

Dariusz Adamczyk / Stephan Lehnstaedt (Hg.)

# Wirtschaftskrisen als Wendepunkte



Ursachen, Folgen und historische Einordnungen  
vom Mittelalter bis zur Gegenwart

fibres

# WIRTSCHAFTSKRISEN ALS WENDEPUNKTE

EINZELVERÖFFENTLICHUNGEN DES  
DEUTSCHEN HISTORISCHEN INSTITUTS WARSCHAU

33

# Wirtschaftskrisen als Wendepunkte

Ursachen, Folgen und historische Einordnungen  
vom Mittelalter bis zur Gegenwart

Herausgegeben von

Dariusz Adamczyk und Stephan Lehnstaedt

**fibre**



Titelabbildung:

Theodor van Thulden: „Der Handel verlässt Antwerpen“, 1650  
(Kupferstich nach Peter Paul Rubens, mit nachträglicher Kolorierung)

*picture alliance / akg*

© fibre Verlag, Osnabrück 2015

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-944870-38-0

[www.fibre-verlag.de](http://www.fibre-verlag.de)

Redaktion des Bandes: Małgorzata Sparenberg

Reihen- und Umschlaggestaltung: Ingo Schneider, [www.isio-design.de](http://www.isio-design.de)

Herstellung: Druckerei Hubert & Co, Göttingen

Printed in Germany 2015

# INHALT

*Dariusz Adamczyk / Stephan Lehnstaedt*

Krisen ohne Ende? Europas Wirtschaft im Wandel der Jahrhunderte .....	9
--	---

## 1. MODERNE KRISEN DES EUROPÄISCHEN KAPITALISMUS

*Werner Plumpe*

Ökonomische Krisen und politische Stabilität in der Moderne .....	25
--	----

*Klemens Kaps*

Entwicklungschancen im Schatten einer Krise? Die Auswirkungen der Großen Depression 1873–1896 auf die Habsburgermonarchie und Galizien .....	49
--	----

*Claus-Christian W. Szejnmann*

Semantik der Kapitalismuskritik in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg .....	77
---	----

*Harald Flohr*

Zwei irische Krisen im Vergleich. <i>Irish Famine</i> 1845–1848/49 und Wirtschaftskrise des <i>Celtic Tiger</i> seit 2008 .....	101
---	-----

*Christian Lekon*

Die südosteuropäische Peripherie in der globalen Wirtschaftskrise. Zypern 1931 und 2013 .....	133
--	-----

## 2. KRISEN „ALTEN“ TYPEN IN STÄDTISCHEN GESELLSCHAFTEN UND IHRE WAHRNEHMUNGEN

*Ulla Kypta*

Die Hanse und die Krise des Spätmittelalters. Überlegungen zum Zusammenspiel von wirtschaftlichem und institutionellem Wandel .....	159
---	-----

*Katrin Moeller*

- Die Krise „mittleren Typs“? Ein Plädoyer für  
 individualspezifische Ansätze in der wirtschaftshistorischen  
 Krisenforschung vormoderner Gesellschaften  
 am Beispiel der Stadt Halle ..... 185

*Werner Scheltjens*

- Die krisenhaften Auswirkungen der Teilungen Polens  
 auf die Struktur des Ostseehandels, 1772–1846 ..... 215

*Ansgar Schanbacher*

- Die Nahrungskrise von 1846/47 in der Provinz Preußen –  
 Wahrnehmung und Bewältigung ..... 233

### 3. FERNHANDELS-, TRIBUT- UND RAUBGESELLSCHAFTEN UND ZERFALLENE STAATEN, ODER: DIE RELATIVITÄT DES BEGRIFFS „KRISE“

*Marzena Matla*

- Eine „Wirtschaftskrise“ und die Staatsbildung  
 der Přemysliden im 10. und in der ersten Hälfte  
 des 11. Jahrhunderts ..... 263

*Andrzej Gliwa*

- Krise durch Plünderung. Die zivilisatorische und  
 ökonomische Entwicklung im Grenzgebiet  
 des Osmanischen Reiches und der  
 polnisch-litauischen Adelsrepublik ..... 289

*Jadwiga Muszyńska*

- Die „Schwedenflut“ und die höfische Wirtschaft  
 auf den Gütern der Krakauer Bischöfe ..... 319

### 4. DER KOMMUNISMUS IN DER KRISE

*Andrea Komlosy*

- Systemtransformation als Krisenmanagement.  
 Der RGW-Umbruch im globalen Kontext,  
 40 Jahre danach (1973–2013) ..... 337

*Patryk Pleskot*

Der kuriose Triumph des Marxismus? Zum internationalen Kontext der ökonomischen Krise in der Volksrepublik Polen als Ursache des demokratischen Systemwandels (1987–1989) ..... 377

*Joanna Wiesler*

Die Kinderfürsorge und der Alltag polnischer Familien in den 1980er-Krisenjahren. Die Arbeit der Gesellschaft der Kinderfreunde [Towarzystwo Przyjaciół Dzieci] ..... 399

Autoren- und Herausgeberverzeichnis ..... 419

Abkürzungsverzeichnis ..... 423

Personenregister ..... 426



## KRISEN OHNE ENDE?

### EUROPAS WIRTSCHAFT IM WANDEL DER JAHRHUNDERTE

Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst der Krise. Was ist eigentlich damit gemeint? Ist es eine strukturelle Banken-, Euro- oder Weltwirtschaftskrise; oder doch „nur“ ein konjunktureller Rückgang, eine Rezession also? Ernteaufschläge, Verschiebungen von Handelsrouten und monetäre Einbrüche, Staatsbankrotte, Kriege oder Spekulationsblasen: Sie alle hatten ihre jeweils spezifischen wirtschaftlichen, aber auch politischen, gesellschaftlichen, demografischen und ökologischen Ursachen, die auf das Leben von Menschen einwirkten und zu bemerkenswerten Rückkopplungsprozessen führten.

Die Frage nach strukturellen Umbrüchen in Folge derartiger Krisen zu stellen, heißt zunächst, Reaktionsmuster zu kategorisieren. Aus der Perspektive der Herrschenden gibt es nur zwei Haupttypen, die sich grundsätzlich als mehr oder weniger Staatlichkeit – also beispielsweise stärkere Institutionen versus liberalere Märkte – zusammenfassen lassen: Es geht letztlich darum, ob prosperierendes Zusammenleben einen festen Rahmen erfordert oder nicht. Die Antworten auf die Herausforderungen sind dabei komplex und zudem stark kontextabhängig.<sup>1</sup> Nicht nur die jeweilige Epoche ist von Relevanz, sondern auch das Verständnis von Volkswirtschaft sowie ganz besonders die Auslöser der Krise: Politische Ursachen wie etwa Kriege, aber auch Seuchen oder Missernten unterschieden sich erheblich von zyklischen Entwicklungen;<sup>2</sup> gerade letztere nahmen aber in

---

<sup>1</sup> Zur Komplexität der Krisen zuletzt als Überblick: WERNER PLUMPE, Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart, München <sup>3</sup>2012, S. 8 f.

<sup>2</sup> Hierzu der Klassiker der ökonomischen Literatur: JOSEPH SCHUMPETER, Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses, Göttingen 2008 (zuerst engl. 1939); siehe auch: RAINER METZ, Trend, Zyklus und Zufall. Bestimmungsgründe und Verlaufsformen langfristiger Wachstumsschwankungen, Stuttgart 2002.

den vergangenen 150 Jahren eine immer größere Rolle ein, wobei sich die Auswirkungen in einer globalen Wirtschaft kaum mehr lokal oder regional begrenzen lassen, wie nicht zuletzt der Zusammenbruch des Monopolsozialismus 1989 zeigt.

Diese Perspektive ist allerdings ausschließlich „von oben“ gedacht. Der vorliegende Band jedoch möchte dazu anregen, die Rolle der Ökonomie auch außerhalb von Politik und wirtschaftlichem Handeln zu berücksichtigen, Individuen und ihre Logik stärker zu bedenken, kulturelle Auswirkungen in den Blick zu nehmen und beispielsweise semantische Praktiken zu beleuchten. All diese Sichtweisen sind exemplarisch in den folgenden Studien vorhanden und zeigen multiperspektivische Zugänge zu Krisen, wobei es hauptsächlich um deren Folgen, viel weniger hingegen um Ursachen geht. In diesem Sinne wird hier auch nicht gewissermaßen klassische Wirtschaftsgeschichte geschrieben. Stattdessen versammelt das Buch Beiträge mit bewusst offenen methodischen Herangehensweisen von der Kultur- über Politik- bis hin zur Sozialgeschichte, mit denen jeweils strukturelle Umbrüche erklärt werden,<sup>3</sup> ohne dabei gezielt Archetypen herausarbeiten zu wollen oder zu können. Jenseits von gewissen Mustern, die vor allem als Anregung für künftige vergleichende Untersuchungen zu sehen sind, ist dergleichen mit einem zehn Jahrhunderte überspannenden Ansatz auch kaum möglich. Insofern bietet der Band ein Panorama verschiedenster Reaktionen auf Krisen, aber keine (Patent-) Rezepte zu deren Bewältigung.

Gerade wegen dieses weiten Horizonts ist die Definition von „Krise“ mit Jörn Rüsen weit gefasst als „herausfordernde Unterscheidung unterschiedlicher Zeiten im Vorgang einer Veränderung menschlicher Lebensumstände“,<sup>4</sup> wobei auf die Unterscheidung veränderter *wirtschaftlicher* Umstände abgestellt wird. Es kommen insbesondere solche Krisen in den Blick, die tatsächlich eine Verschiebung oder sogar Zerstörung bisheriger Deutungs- und Reaktionsmuster nach sich zogen.<sup>5</sup> Demgegenüber bleiben zyklische Wirtschaftskrisen, auf die in den meisten Fällen mit etablierten Schemata reagiert werden konnte, weitgehend außen vor. Allerdings

---

<sup>3</sup> Impulse zuletzt in: Krisengeschichte(n). „Krise“ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive, hg. v. CLARA MEYER u. a., Stuttgart 2013; Krisen Verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen, hg. v. THOMAS MERGEL, Frankfurt a. M. / New York 2012.

<sup>4</sup> JÖRN RÜSEN, Historik. Theorie der Geschichtswissenschaft, Köln u. a. 2013, S. 50. Hervorhebung im Original.

<sup>5</sup> Zu diesen Krisentypen – ohne explizit wirtschaftlichen Bezug: ebd., S. 50 f.

haben die weltweiten Verflechtungen im 20. und 21. Jahrhundert dazu geführt, dass globale ökonomische Rücksetzer an verschiedenen Orten ganz unterschiedliche Auswirkungen haben können: Man denke nur an das Jahr 2009 in Deutschland, Zypern oder Irland, das in letzteren beiden Ländern durchaus einschneidende Neuausrichtungen verlangte.<sup>6</sup> Gerade in dieser Hinsicht sind „etablierte Schemata“ relativ zu sehen.

### Krisen des modernen Kapitalismus

In Deutschland habe es solche Muster aber durchaus gegeben, argumentiert *Werner Plumpe* in seinem Beitrag. Er vertritt die These, dass sich die Wirtschaft seit der ersten Industrialisierung an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert – zumindest in den ökonomischen Vorreiterregionen Europas – in sogenannten langen Wellen von Auf- und Abschwüngen bewegte, die durch technisch-ökonomische Neuerungen bestimmt und nach einem Zyklus von etwa 50 bis 60 Jahren durch neue Basisinnovationen abgelöst wurden. Im 19. Jahrhundert hatte die politische Klasse der westlichen Staaten die Erkenntnis verinnerlicht, dass derartige Schwankungen gewissermaßen normal sind – damals beeinflussten ökonomische Krisen die Stabilität der politischen Systeme nur mittelbar. Dies änderte sich jedoch mit dem Ersten Weltkrieg, als Politiker begannen, durch zielgerichtetes Handeln die Folgen konjunktureller Zyklen abschwächen und die Krisenfaktoren mildern zu wollen. Das Urteil Plumpes über die aktuellen Eingriffsversuche fällt vernichtend aus: Die selbst verschuldete Abhängigkeit der Politik von den Märkten sei der Kern der aktuellen politischen Handlungsfähigkeit. Diese resultiere zuvorderst aus der Illusion, durch gezielte wirtschaftspolitische Maßnahmen gerade Handlungsfähigkeit sichern zu können. In diesem Sinne stelle die strukturelle Selbstüberforderung der Politik eine größere Bedrohung für die Demokratie dar als eine Ökonomie, die sich allein im Rahmen normaler Verlaufsmuster entwickelt.

Plumpes Beitrag reflektiert den Begriff „Krise“ im 19. und 20. Jahrhundert ausschließlich durch die Optik der der modernen Wirtschaft innewohnenden konjunkturellen Rhythmen und illustriert insofern eine Ausgangsüberlegung, die ansonsten den Band aber gerade nicht dominiert.

---

<sup>6</sup> Die schnelle Reaktion der Wirtschaftswissenschaften zeigen exemplarisch: PAUL R. KRUGMAN, *Die neue Weltwirtschaftskrise*, Frankfurt a. M. 2009; HANS-WERNER SINN, *Kasino-Kapitalismus. Wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist*, Berlin 2009.



Ganz im Gegenteil stehen darin ökonomische Krisen im Vordergrund, die tatsächliche Umbrüche darstellen, anstatt sich aus Wellenbewegungen wie etwa den Kondratieff-Zyklen zu ergeben.<sup>7</sup> Die Annäherung an diese Phänomene beginnt mit einem Abschnitt über „Moderne Krisen des europäischen Kapitalismus“ und folgt damit nur innerhalb der einzelnen Kapitel einer chronologischen Reihung. Wie in den anderen drei Teilen sind hier Fallstudien versammelt, die keinen enzyklopädischen Anspruch erheben, sondern lokale Erscheinungen innerhalb eines globalen Kontextes untersuchen. Die Gründerkrise oder auch Große Depression wird deshalb von *Klemens Kaps* am Beispiel von Österreich-Ungarns Kronland Galizien für die Jahre 1873 bis 1896 betrachtet.<sup>8</sup> Die Auswirkungen dieses Umbruchs hält er für strukturell bedingt und nicht konjunkturell begründet. So fand entgegen der reichsweiten Trends während des Niedergangs im Nordosten der Doppelmonarchie ein Aufschwung statt, aber in den darauf folgenden besseren Jahren fiel die Region wieder gegenüber dem Rest des Habsburgerreichs zurück. Eine proto-keynesianische Infrastruktur- und Investitionspolitik begünstigte dabei die entwickelteren Teile Österreich-Ungarns, die sich neue Märkte erschließen konnten – darunter nicht zuletzt Galizien –, wo wiederum das Handwerk seine Konkurrenzfähigkeit verlor. Das Aufkommen einer modernen Fabrikindustrie vermochte diese Verdrängung traditioneller heim- und kleingewerblicher Erzeugung nicht wettzumachen. Weitere Massenabwanderung resultierte daraus, Galizien litt entgegen allgemeiner Trends.

Die Folgen der Weltwirtschaftskrise<sup>9</sup> 1929 behandelt der Aufsatz von *Claus-Christian W. Szejnmann*, der sie als zentral für den Aufstieg der Nationalsozialisten ansieht. Demnach zielte die nationalsozialistische Weltanschauung im Kern auf eine radikale Neuordnung der Wirtschaft ab, weshalb dieser ein zentraler Stellenwert in der Parteipropaganda zukam. Hitler und seinen Anhängern stand damit eine überzeugende Legitimation für ihren Kampf gegen das kapitalistische System der freien Marktwirtschaft zur Verfügung, wie die Analyse dieser Rhetorik und

---

<sup>7</sup> NIKOLAI KONDRATIEFF, Die langen Wellen der Konjunktur, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 56 (1926), S. 573-609.

<sup>8</sup> Für eine breitere Perspektive etwa: HANS ROSENBERG, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Frankfurt a. M. 1976.

<sup>9</sup> JOHN KENNETH GALBRAITH, Der große Crash 1929. Ursachen, Verlauf, Folgen, München 2009; HAROLD JAMES, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936, Stuttgart 1988. Zuletzt als Überblick: FLORIAN PRESSLER, Die erste Weltwirtschaftskrise. Eine kleine Geschichte der großen Depression, München 2013.

ihrer Inhalte zeigt. Die Wahlsiege gelangen der NSDAP auch deswegen, weil sie als Antwort auf die Krise Staatsdirigismus, eine „nationale Wirtschaft“ – die dem Gemeinwohl diene und „judenfrei“ sei –, sowie eine Politik der Autarkie und Expansion versprach. In einem Umfeld, in dem die Schattenseiten des Kapitalismus klar wie selten zu Tage traten, schienen allgemein Umbildungen unumgänglich. Die Nationalsozialisten erfassten den Zeitgeist und präsentierten eine ernstzunehmende Alternative zu anderen Vorschlägen, die entweder – wie etwa bei den Kommunisten – zu radikal, oder – wie bei den Sozialdemokraten – zu moderat erschienen. In einer weiten Kontextualisierung vergleicht Szejnmann das Szenario vor 85 Jahren mit der heutigen Krisenrhetorik und -diagnostik und kann dadurch weitere Spezifika herausarbeiten: Nicht zuletzt herrschte damals das Verlangen nach einem Systemwechsel vor, während heutzutage der Kapitalismus trotz lautstarker Kritik zwar reformbedürftig,<sup>10</sup> aber zugleich alternativlos erscheint. Auch deshalb sind Gleichsetzungen von 1929 und 2008 mit großer Skepsis zu betrachten, da heutzutage mehr denn je ökonomisch-technische Ansätze dominieren und geistig-moralische Maßstäbe und Deutungen kaum gefragt sind. Es wird sich zeigen, ob aus dieser „Orientierungslosigkeit“ auch auf eine weniger gravierende Krise geschlossen werden kann.

Diachrone Vergleiche zwischen damals und heute können dennoch hoch instruktiv sein, wie Harald Flohr und *Christian Lekon* anhand ihrer Texte demonstrieren. Lekon blickt dafür auf Zypern in der Gegenwart und 1931, als dort die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise von 1929 am stärksten zu spüren waren. In der damaligen britischen Kolonie kam es zu wütenden Protesten, weil auf der vorwiegend agrarisch geprägten Insel viele Bauern unter Überschuldung litten und zugleich von einem dramatischen Preisverfall getroffen wurden. Die Reaktionen darauf waren vergleichsweise simpel – und effektiv: Genossenschaften halfen bei der Vermarktung der Ernte, während zugleich ein modernes Bankwesen die Wucherer und Kredithaie verdrängte. Die Situation in der Landwirtschaft blieb jedoch problematisch, weil Protektionismus und Währungspolitik den Export weiterhin erschwerten; der Aufstieg der jungen Bergbauindustrie kompensierte den Niedergang nur teilweise. Wesentlich gravierender noch waren die politischen Veränderungen, denn nach den gewaltsamen

---

<sup>10</sup> Vgl. zuletzt etwa den Weltbestseller von THOMAS PIKETTY, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München 2014, sowie zur Diskussion darüber: STEPHAN KAUFMANN / INGO STÜTZLE, *Kapitalismus. Die ersten 200 Jahre*. Thomas Pikettys „Das Kapital im 21. Jahrhundert“: Einführung, Debatte, Kritik, Berlin 2014.

Protesten setzten die Kolonialherren auf autokratischere Herrschaft und unterdrückten den zypriotisch-griechischen Nationalismus, der dadurch an Momentum gewann. 2010 flammte erneut Widerstand auf, diesmal gegen die EU, die als eine Art Kolonialmacht mit unerfreulicher Politik wahrgenommen wurde. Aber das Land ist trotz großer Überschuldung heute ein souveräner Nationalstaat, gesellschaftlich weitaus moderner und viel stärker in die globalen Finanzströme eingebunden – was Vor- und Nachteile bietet, aber die Parallelen zu 1931 beschränkt.

Für die tatsächlichen wie wahrgenommenen Kolonisatoren stellten sich die Krisen – wie jede Art von Problemen in den Kolonien – in der Tat vorwiegend als ökonomische Fragen dar. Sie erforderten wirtschaftliche Anstrengungen und Zugeständnisse und wurden zugleich auch nur deshalb überhaupt als Krisen wahrgenommen, weil die eigene Prosperität bedroht war. Im damaligen England wie in der heutigen EU schien und scheint vor allem wichtig zu sein, welche Zusatzkosten die Nichtbeachtung nach sich zieht, wie sich die Lasten verteilen und wer davon profitiert. Deshalb führten die Kolonialkrisen – im Unterschied zu denen zwischen Imperien – nicht zu Kriegen, sondern lediglich zu „Auseinandersetzungen“, die sich mit Geld lösen ließen. Dass darüber hinaus Prestige und Legitimation verloren gingen, erscheint weniger wichtig, zumal die Folgen für die Bevölkerung „daheim“ gering blieben – so globalisiert war und ist die Welt dann doch nicht.

Zeitlich noch weiter voneinander entfernt als in Zypern sind die zwei Untersuchungsgegenstände von *Harald Flohr* – und wie bei Lekou kommen erneut die Briten und die EU in Spiel: die große irische Hungerkrise von 1845 bis 1849 und die dortigen Entwicklungen nach 2008. Dabei geht es vor allem um die tieferen sozialen und kulturellen Auswirkungen, die am Beispiel der Emigration in einer Krise sowie dem Umgang mit der irischen Sprache als vermeintlich kulturtragendem Element untersucht werden. Das historische Geschehen weist zahlreiche Unterschiede auf, aber in der Reaktion der Iren zeigen sich gewisse Kontinuitäten oder zumindest Tendenzen: zum einen die schnell entschlossene Auswanderung, selbst wenn diese im 21. Jahrhundert ein geringeres Ausmaß hat als vor 160 Jahren; zum anderen belegt Flohr, wie sehr das Irische nach der „great famine“ unter dem damaligen Rückzug beziehungsweise der Anglisierung der Oberschicht litt. Die literarische Produktion schwand ebenso wie das Prestige der Sprache, wohingegen Englisch zugleich als vielversprechend im Sinne einer Modernisierung galt – an der Muttersprache hielten nur vorgeblich rückständige „Hinterwälder“ fest. Bezeichnenderweise verband sich mit dem ökonomischen Aufstieg im letzten

Viertel des 20. Jahrhunderts auch ein Aufschwung des Irischen, während nach 2008 erneut eine „Internationalisierung“ stattfand, selbst wenn sich deren Folgen noch nicht abschließend beurteilen lassen.

### Krisen „alten“ Typs in städtischen Gesellschaften und ihre Wahrnehmungen

Der Hunger in Irland nach 1845 gehörte zu den letzten „klassischen“ Subsistenzkrisen alten Typs – zumindest in Europa. Bis in diese Zeit litten ländliche Gebiete ebenso wie Städte häufig unter wiederkehrenden Hungersnöten, die gewissermaßen die Konjunkturzyklen der Vormoderne repräsentierten. Das zeigt der Beitrag von *Ansgar Schanbacher* über die Teuerungs- und Nahrungskrise zwischen 1844 und 1847 in der Provinz Preußen. Der Autor legt dar, wie sie ihre Dramatik durch schwache Getreideernte und mehrere schlechte Kartoffelernten erhielt. Die Getreideexporte nach West- und Mitteleuropa verringerten noch zusätzlich den Nahrungsspielraum. Staatliche Unterstützungsmaßnahmen hingen grundsätzlich von den Wahrnehmungen örtlicher und entsandter Beamter ab und wurden überwiegend als unzureichend eingeschätzt. Die Reaktionen der betroffenen Bevölkerungsgruppen gipfelten schließlich in Kriminalität, gewalttätigen Ausschreitungen und Auswanderung. Als Folge des Mangels nahm die Sterberate von 1846 bis 1849 gegenüber den Vorjahren deutlich zu. Ungeachtet ihrer Intensität verursachte die Nahrungskrise von 1846/47 allerdings keine strukturellen Umbrüche in Politik, Wirtschaft und dem sozialen Gefüge der Provinz Preußen.

Wie charakterisierten sich aber die Wendepunkte in vormodernen Gesellschaften? In zwei Kapiteln wird diese Frage thematisiert. Es liegt auf der Hand, dass nicht nur Ernteaufschläge, sondern auch Epidemien und Kriege ein hochgradiges Krisenpotential besaßen. Dabei stellte der „Schwarze Tod“ – vermutlich identisch mit der Pestkrankheit – Mitte des 14. Jahrhunderts die „Urkatastrophe“ schlechthin dar. Die Pandemie hat in einigen Regionen Europas etwa ein Drittel der Bevölkerung dahingerafft und damit nicht nur demografische, ökonomische oder gesellschaftliche, sondern auch kulturell-mentale Transformationen bewirkt: Das bis dahin verbreitete Welt- und Menschenbild wurde tief erschüttert.<sup>11</sup>

---

<sup>11</sup> Klassisch hierzu: DAVID HERLIHY, *The Black Death and the Transformation of the West*, Cambridge (Mass.) 1997; KARL GEORG ZINN, *Kanon und Pest. Über die Ursprünge der Neuzeit im 14. und 15. Jahrhundert*, Opladen 1989; in eurasischer Perspektive

Eine der Folgen in Mitteleuropa schildert *Ulla Kypta* am Beispiel der Hanse. Sie weist darauf hin, dass in Krisenzeiten der Kaufleutebund eine engere Zusammenarbeit bevorzugte, weil Absicherung und Risikominimierung im Abschwung höher eingeschätzt wurden als der durch die Aufgabe unternehmerischer Freiheit verursachte Verlust. So bildete sich die Hanse als Organisation mit Hansetagen und Kontoren heraus – erst die Entstehung einer Gruppenidentität sowie die Abschottung nach außen verwandelten den Zusammenschluss in eine Organisation. Im beginnenden Aufschwung des 16. Jahrhunderts wurde diese in eine Institution mit lockereren Regeln transformiert, weil der Handel innerhalb eines solchen Rahmens den Kaufleuten lohnender erschien und sie der Abgrenzung gegenüber den Konkurrenten weniger Wichtigkeit zuwiesen. Folglich nahmen die Hansen unternehmerisches Risiko wieder eher als Chance denn als Gefahr wahr.

Freilich: Dass in Zeiten ökonomischer Erschütterungen bisweilen auch kulturelle Blüten festzustellen sind, ja beide Narrative in der Geschichtsschreibung miteinander konkurrieren können, zeigt *Katrin Moeller* am Beispiel der Stadt Halle im „langen“ 18. Jahrhundert. Sie stellt die Frage, was eigentlich beide Entwicklungen – Aufklärung und Pietismus versus wirtschaftlichen Verfall – miteinander verbindet und ob Wechselwirkungen beider Strukturen auffindbar sind. Exemplarisch betrachtet Moeller anhand kohortenspezifischer Lebensverläufe bestimmte serielle „Brüche“ in Erwerbsbiografien. Die Generationszusammenhänge werden dabei in den Kontext krisenhafter Ereignisse eingeordnet: der Pestepidemie von 1682, der Teuerungskrise von 1751/1755 und der Teuerungskrise von 1805, die mit Hungertumulten sowie der napoleonischen Besetzung einherging. Letztendlich waren es weder die Teuerungskrisen noch die Epidemien, die zu Zäsuren und erwerbsspezifischen Brüchen führten. Von zentraler Bedeutung erscheint hingegen vor allem der Krieg. Grundsätzlich erfasst Moeller die Beziehungen zwischen Sterblichkeitsrisiko, Naturkatastrophen und Teuerungskrisen zeitlich und kausal mehrdimensional und weist darauf hin, dass die Krisen Prozesse gesellschaftlicher Modernisierung verdichteten, indem sie zu Verhaltensänderungen zwangen, die dann häufig über den kritischen Zeitpunkt hinaus beibehalten wurden.

Wie durch politische Entscheidungen verursachte Turbulenzen ökonomische Strukturen beeinflussen konnten, zeigt *Werner Scheltjens*. Die

Teilungen des polnisch-litauisch-ruthenischen Staatsverbandes zwischen 1772 und 1795 trugen zu einer Verschiebung der kommerziellen Koordinaten im Ostseehandel bei, indem die traditionellen Häfen Danzig und Königsberg von ihrem Hinterland abgeschnitten und durch Stettin ersetzt wurden. Die Entwicklung der preußischen Getreideexporte zwischen 1752 und 1846 deutet darauf hin, dass die Berliner Politik nicht zuletzt darin bestand, die wirtschaftliche Entfaltung Polens mit prohibitiven fiskalischen Maßnahmen so stark wie möglich zu beschränken.

Dass Kriege und politische Handlungen das wirtschaftliche Leben einer Gesellschaft massiv beeinflussen und zu Hungersnöten, monetären Einbrüchen, schließlich zu Elend führen können, wurde schon zeitgenössisch erkannt und reflektiert. Der Kupferstich „Der Handel verlässt Antwerpen“ von Theodor van Thulden (1606–1669), der auf dem Umschlag des Buches abgebildet ist, thematisiert den kommerziellen Verfall der Stadt Antwerpen an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert. Visualisiert werden dort der Handelsgott Merkur, der die Stadt verlässt, der gefesselte Flussgott der Schelde und schließlich die Stadt selbst, die sich mit bittender Geste direkt aus dem Bild an den Statthalter wendet. In einer Seiten-nische – kaum zu sehen – befindet sich die hungernde Familie eines arbeitslosen Seemanns.

### Fernhandels-, Tribut- und Raubgesellschaften und zerfallende Staaten, oder: die Relativität des Begriffs „Krise“

Aus den Beiträgen ergibt sich noch eine weitere historische Konstellation, die den Begriff „Krise“ im Hinblick auf die frühmittelalterlichen Staatsbildungsprozesse im östlichen Europa ein wenig relativiert und in ein neues Licht rückt. Für die entstehenden Dynastien im 10. und 11. Jahrhundert bildeten Fernhandel und Tribute ebenso wie Raub, Plünderung und Beute fiskalisch-ökonomische Grundlagen ihrer Herrschaft. Benachbarte Gesellschaften wurden überfallen, „besteuert“, Menschen als Sklaven verschleppt und in die Handelsnetze eingespeist, die sich auf der Ost-West-Achse von Zentralasien über Mitteleuropa bis Arabisch-Spanien beziehungsweise auf der Süd-Nord-West-Achse von Südrussland über die Ostseeküsten bis nach Deutschland und England erstreckten.<sup>12</sup>

---

<sup>12</sup> Hierzu zuletzt DARIUSZ ADAMCZYK, Silber und Macht. Fernhandel, Tribute und die piastische Herrschaftsbildung in nordosteuropäischer Perspektive (800–1100), Wiesbaden 2014.

Hier hingen Prosperität oder Misserfolg grundsätzlich von zwei Faktoren ab: den Konjunkturen auf den Fernhandelsmärkten sowie der Verfügung über jene Bevölkerungsgruppen, die man ausbeuten konnte. Das führte zu Asymmetrien im Hinblick auf die Auf- und Abschwünge, weil die gerade erfolgreich plündernde Bande Güter anzapfen konnte, die ihr eine „Hausse“ bescherten, während für die ausgeraubte der Überfall ein Desaster bedeuten konnte. In diesem Sinne war das Glück der einen Dynastie zugleich das Elend der anderen. Diese Konstellationen führten dazu, dass die damaligen Monarchien äußerst labil waren und zeitweise wie Kartenhäuser zerfielen – freilich um sich nach einigen Jahren wieder zu erholen.

Exemplarisch zeigt *Marzena Matla* dieses Entwicklungsmuster am Beispiel der Přemysliden im 10. und in der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts. Sie weist darauf hin, dass Böhmen genauso wie die benachbarten Monarchien einem Zyklus von Auf- und Abschwüngen unterlag, der in der Logik der unzureichend ausgebildeten administrativen und wirtschaftlichen Strukturen des „Staates“ begründet war. Der Zeit der Konsolidierung folgte eine breite Expansion nach außen, die dann zu einem bestimmten Zeitpunkt wegen der Existenz einer größeren Konkurrenz in der Region gebremst und schließlich ganz gestoppt wurde. Erst unter der Herrschaft Břetislavs (1035–1055) kam es zu einer gewissen „Endogenisierung“ der Herrschaft – also zu einer stärkeren Erschließung innerer Ressourcen. Diesen Prozess spiegeln sowohl der intensive Ausbau der Burgwallorganisation als auch die Festigung der Kirchenorganisation und die quantitative Erweiterung der Münzmission wider.

Ähnliche Raubgesellschaften entstanden an den Peripherien Europas in der Frühen Neuzeit, wie *Andrzej Gliwa* ausführt. Im südöstlichen Grenzgebiet der Adelsrepublik wiederholten sich die Beutezüge der Tataren beinahe Jahr für Jahr. Die verschleppten Menschen wurden dann auf Sklavenmärkten des Osmanischen Reiches verkauft. Während diese Plünderungszüge für die Khanate – vor allem auf der Krim – eine einträgliche Einnahmequelle darstellten, trugen sie in den betroffenen Regionen zu massiven demographischen und materiellen Verlusten bei. Chronologische Parallelen zu den Sklavenjagen der sogenannten Barbareskenstaaten im westlichen Mittelmeerraum und der atlantischen Händler in West- und Zentralafrika ergeben sich hier von allein.<sup>13</sup>

---

<sup>13</sup> ROBERT C. DAVIS, *Christian Slaves, Muslim Masters. White Slavery in the Mediterranean, the Barbary Coast, and Italy, 1500–1800*, Houndmills 2004; einige Vergleiche mit dem atlantischen Dreieckshandel in DARIUSZ KOŁODZIEJCZYK, *Slave Hunting and Slave*

Den Zusammenhang zwischen Krisen und Kriegsökonomien behandelt auch *Jadwiga Muszyńska*. Die „Sintflut“, wie der Nordische Krieg von 1655 bis 1660 in Polen bezeichnet wird, hat gravierende materielle und demographische Verluste in mehreren Provinzen der Adelsrepublik verursacht. Dass das Ausmaß dieser Zerstörungen allerdings mitunter von zeitgenössischen Historikern übertrieben wird, beweist die Auswertung der Güterinventare der Krakauer Bischöfe. Die Autorin stellt sie den in der bisherigen Forschung herangezogenen Lustrationen der Krongüter gegenüber. Am Rande zeigt sich zudem, dass die von den Tataren verursachten Verwüstungen jene der schwedischen und siebenbürgischen Truppen weit übertrafen.

### Der Kommunismus in der Krise

Im letzten Kapitel beleuchten drei Beiträge den Untergang des Monopolsozialismus in Osteuropa, der im Zeichen einer langen strukturellen Krise der Weltwirtschaft stattfand. Symbolhaft standen dafür drei Ereignisse: Die Aufgabe der Dollarbindung an den Goldstandard und somit auch des Bretton-Woods-Systems von 1944, die dramatische Verteuerung der Ölpreise und die amerikanische Niederlage in Vietnam.<sup>14</sup> Jenseits des Eisernen Vorhangs fielen diese Ereignisse mit dem wirtschaftlichen Dilettantismus der kommunistischen Parteien zusammen und trugen zugleich zum Kollaps des dortigen Systems bei. Die Folgen des Niedergangs schon vor 1989 zeigt *Joanna Wiesler* exemplarisch anhand der Arbeit der polnischen Gesellschaft der Kinderfreunde (*Towarzystwo Przyjaciół Dzieci*), die sich um Kinder aus sozial schwachen Familien kümmerte. Angesichts der ökonomischen Schwierigkeiten des Landes musste die Gesellschaft in den 1980ern immer umfassendere Fürsorgepflichten übernehmen. Auf diese Herausforderung reagierten ihre Mitarbeiter mit einem weniger ideologisch aufgeladenen Erziehungsideal, was ihr gesteigertes Vertrauen der Bevölkerung einbrachte; zugleich wurde der Einfluss des Staates gerin-

---

Redemption as a Business Enterprise. The Northern Black Sea Region in the Sixteenth to Seventeenth Centuries, in: *Oriente Moderno* 86 (2006), S. 149-159.

<sup>14</sup> BERRY EICHENGREEN, Vom Goldstandard zum Euro. Die Geschichte des internationalen Währungssystems, Berlin 2000. JENS HOHENSEE, Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, Stuttgart 1996; die Reaktionen darauf schildert TIM SCHANETZKY, Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966–1982, Berlin 2007.



ger, was größere Selbständigkeit erlaubte. So steht die Gesellschaft der Kinderfreunde für die beginnende Emanzipation vom Staatssozialismus und für wiedererwachenden Bürgergeist, ohne gleich eine Revolution vorauszusetzen; der Beitrag schildert also ein Reaktionsmuster halbstaatlichen sozialen Engagements.

Eine andere Perspektive nimmt *Patryk Pleskot* ein, der die außenpolitischen Verhandlungen der Volksrepublik Polen insbesondere mit den USA in den 1980er Jahren untersucht, in denen es um wirtschaftliche Unterstützung angesichts des ökonomischen Niedergangs ging. Pleskot sieht die Gründe für den Systemwandel in Polen aber eher in diesem Kollaps denn der politischen Bankrotterklärung, gerade weil die beginnende Demokratisierung schon in den 1980er Jahren mit einer immer größeren wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Westen einherging. Der Systemwandel ist in dieser Hinsicht eine Art perverser Triumph des Marxismus: In dieser Ideologie erzwingen schlechte wirtschaftliche Verhältnisse im Kapitalismus den politischen Umsturz – aber diesmal wurden Herrschaftssysteme beseitigt, die sich als kommunistisch bezeichneten.

*Andrea Komlosy* schließlich ordnet diesen Untergang des Kommunismus 1989 in einen breiten zeitlichen und geographischen Kontext ein und setzt den Beginn ihrer Untersuchung bereits an den Anfang der 1970er Jahre. 1973/74 schuf die Weltwirtschaftskrise Herausforderungen, denen sich auch der Ostblock langfristig nicht entziehen konnte, da sich die Planwirtschaft nicht mehr mit den Vorstellungen einer Konsumgesellschaft in Übereinstimmung bringen ließ. Der Übergang zur Marktwirtschaft in Ostmitteleuropa erwies sich jedoch als viel einschneidender als beispielsweise die Krise von 2009 – sowohl in absoluten als auch in prozentualen Zahlen. In Polen, dem Leszek Balcerowicz in der ersten demokratisch gewählten Regierung eine „Schocktherapie“ verordnet hatte, brach 1990 die Wirtschaft um 24 Prozent ein. Die dramatischen Folgen erbrachten mehrere Lehren, auf die Philipp Ther unlängst hingewiesen hat: Zum einen ließen sich Dauer und Tiefe der nun einsetzenden Krise nicht steuern. Zum anderen stellte sich die Gesellschaft gegen die Auflösung des Sozialstaates und sorgte bei den nächsten Wahl für einen Regierungswechsel hin zu den Postkommunisten; neoliberale Marktreformenten, die den Einfluss des Staates zurückführen sollten, erforderten letztlich einen starken Staat, der sie überhaupt erst durchsetzte.<sup>15</sup> Komlosys Analyse dieser Sachverhalte geht weit über nationale Grenzen hinaus und trägt

---

<sup>15</sup> PHILIPP THER, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2014, S. 90-93.

damit überregionalen und globalen Verflechtungen Rechnung. In vielerlei Hinsicht sind heutzutage etwa Gegensätze zwischen Stadt und Land grenzüberschreitende – und damit verbindende – Phänomene.

Die letztere Erkenntnis gilt jedoch nicht nur für die Zeitgeschichte, sondern ist – wie andere Aufsätze in diesem Band zeigen – durchaus schon früher gültig. Wirtschaftskrisen sollten deshalb auch als grenzüberschreitende, transnationale Ereignisse betrachtet und sowohl synchron als auch diachron verglichen und breit kontextualisiert werden, insbesondere außerhalb kurzfristiger ökonomischer Folgen. Die hier vorliegenden Texte wollen dazu anregen und einen Beitrag zur Versachlichung und Differenzierung einer oftmals emotionalen Debatte leisten.

\* \* \*

Dieses Buch geht auf eine Konferenz des Deutschen Historischen Instituts Warschau mit dem Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien zurück, die Anfang 2014 in Warschau stattfand. In der anregenden Atmosphäre des *Pałac Karnickich* kam damit zum ersten Mal eine Tagung zustande, die chronologisch fast ein ganzes Jahrtausend umspannend Phänomene zwischen Mittelalter und Gegenwart untersuchte, und bei der sich Historikerinnen und Historiker aus Deutschland und Polen, Österreich, Zypern und Großbritannien über Wirtschaftskrisen austauschten. Doch bis zu diesem Buch war es ein weiter Weg, den viele Menschen unterstützt haben – und denen wir unseren herzlichen Dank aussprechen möchten: Die ursprüngliche Idee der beiden Herausgeber, gemeinsame Interessen epochenübergreifend zu betrachten, traf am DHI auf die Unterstützung des damaligen Direktors Eduard Mühle und seiner Stellvertreterin Ruth Leiserowitz. Mit Andrea Komlosy aus Wien konnte dann eine kompetente Mitorganisatorin gewonnen werden. Zu einem späteren Zeitpunkt nahm der neue Direktor, Miloš Řezník, den inzwischen vorliegenden Sammelband in die „Einzelveröffentlichungen“ des Instituts auf. Małgorzata Sparenberg hat die redaktionellen Arbeiten geleistet und unermüdlich Fußnoten formatiert. Zuletzt gilt der Dank den Autorinnen und Autoren, die pünktlich abgegeben haben und bereit waren, ihre Texte dann mit uns weiter bis zur Endfassung zu diskutieren.



# 1. MODERNE KRISEN DES EUROPÄISCHEN KAPITALISMUS



WERNER PLUMPE

## ÖKONOMISCHE KRISEN UND POLITISCHE STABILITÄT IN DER MODERNE\*

### Zusammenhang

„Die Ökonomie ist unser Schicksal“ lautete zu Beginn des 20. Jahrhunderts Walther Rathenaus Diktum.<sup>1</sup> Nachdem das 19. Jahrhundert vermeintlich das politische Zeitalter gewesen sei, stehe die Welt nunmehr, zu Beginn des 20. Jahrhunderts, ganz im Schatten der Wirtschaft und ihrer Entwicklung. Nicht, dass Rathenau einer Ökonomisierung des Lebens das Wort geredet hätte, im Gegenteil. Es ging ihm vor allem um Selbstbehauptung gegenüber einer zunehmend mechanistischen Welt, letztlich also um Beherrschung der Wirtschaft aus dem Geist der Wiedergewinnung spiritueller Autonomie. Gerade deshalb war es ihm so wichtig, die in der Tat schicksalsbestimmenden ökonomischen Kräfte planvoll zu bändigen.<sup>2</sup> Heute, gut hundert Jahre später, hat sich Rathenaus Aussage geradezu wortwörtlich bestätigt. Wirtschaft und Währung sind zu Schicksalsfragen zumindest der Europäischen Union geworden, zur primären Bestimmung ihrer Existenz, so meint es zumindest die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland; ja schlimmer noch, weil es nicht gelungen

---

\* Um Nachweise ergänzter Text eines Vortrags, der im Januar 2014 am Deutschen Historischen Institut Warschau gehalten wurde. Der Vortragsstil wurde beibehalten.

<sup>1</sup> „Es wird der Tag kommen, [...] wo das Wort lautet: Die Wirtschaft ist das Schicksal. Schon in wenigen Jahren wird die Welt erkennen, daß die Politik nicht das Letzte entscheidet“, Rede auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, gehalten in München am 28. September 1921, in: WALTHER RATHENAU, *Gesammelte Reden*, Berlin 1924, S. 243-264, hier S. 264.

<sup>2</sup> Zum Verständnis von Walther Rathenau bis heute unerreicht HARRY GRAF KESSLER, *Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk*, Frankfurt a. M. 1988 (zuerst Berlin 1928). Ansonsten vgl. Rathenaus nicht immer klare Schriften in: WALTHER RATHENAU, *Hauptwerke und Gespräche*. Walther Rathenau Gesamtausgabe, hg. v. HANS-DIETER HELBIGE / ERNST SCHULIN, Bd. 2: *Hauptwerke*, München 1977.

ist, die ökonomischen Kräfte zu bändigen, scheint die Gegenwart ihnen geradezu ausgeliefert.<sup>3</sup> Die Daten geben Angela Merkel *prima facie* Recht. Die sich verschärfenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte gefährden die Existenz der EU, ihr Währungssystem droht auseinanderzubrechen, die wirtschaftlichen Probleme und Gegensätze in und zwischen den einzelnen Staaten der Eurozone, ja weltweit, nehmen in rasantem Tempo zu, der innere soziale Zusammenhalt der europäischen Gesellschaften, die sich mit derartigen Problemen konfrontiert sehen, wird zusätzlich brüchig.<sup>4</sup> Die politische Stabilität der europäischen und der einzelstaatlichen Institutionen ist darüber selbst fragwürdig geworden, geltendes Recht und völkerrechtlich bindende Verträge stehen ebenfalls zur Debatte. Es scheint, als habe die ökonomische Krise nach und nach das gesamte politische und soziale Gefüge ins Wanken gebracht. Nun ruft die Politik auch heute wieder: „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch“ (Friedrich Hölderlin), und beschwört angesichts der Schicksalshaftigkeit der Ökonomie ihre eigene Stunde! Aus der vermeintlich fatalen Abhängigkeit von Politik und Gesellschaft von der Struktur und Funktionsweise des Wirtschaftssystems gelte es, sich zu befreien. Und das könne allein: entschlossenes politisches Handeln!

Das, so heißt es wieder, sei der entscheidende Faktor; davon hänge es ab, ob die Tatsache, dass die Wirtschaft unser Schicksal ist, uns zum Heil oder zum Leid ausschlägt. Die Politik rückt damit selbst ins Zentrum. Sie wird zum archimedischen Punkt aller Krisenwahrnehmungen. Die Ökonomie erscheint zwar als das Bedrohende, was sie aber nur sein kann, wenn die Politik versagt. Schon die Wirtschaftskrisen selbst werden daher nicht als Momente des wirtschaftlichen Strukturwandels beschrieben, sondern als Fehler der Mächtigen, die etwa durch ihre Maßnahmen zur Deregulierung der internationalen Finanzmärkte jene Dynamik überhaupt erst ermöglicht habe, die jetzt die Handlungsfähigkeit des politischen Systems bedrohe.<sup>5</sup> So verfestigt sich erneut das Bild, die Ökonomie werde zu unserem Schicksal, wenn man ihr nicht Einhalt gebiete, ihre destruktiven Momente zügle und sie in eine Richtung leite, die Stabilität und soziale Integration ermögliche. Politik und Wirtschaft erscheinen geradezu unwiderruflich miteinander verstrickt, verstrickt in einer Weise,

---

<sup>3</sup> WOLFGANG STREECK, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin 2013.

<sup>4</sup> Typisch für derartige Beschreibungen jüngst THOMAS PIKETTY, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München 2014.

<sup>5</sup> WERNER PLUMPE, *Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart*, München 2013.

die die Regierungen unter ständigen Handlungszwang setzt, um die Risiken der Ökonomie zu begrenzen. Diesem eigenartigen, ja keineswegs selbstverständlichen Verständnis von Politik und Wirtschaft, das für das 20. Jahrhundert, so meine These, insgesamt typisch ist, will ich in den folgenden Ausführungen historisch nachspüren.

Von den vergangenen zweihundert Jahren soll die Rede sein, und zwar vor allem in Bezug auf die entwickelte kapitalistische Welt. Außerhalb dieser Zentren waren die Bedingungen grundlegend andere, ja in vielen Fällen lassen sich Politik und Wirtschaft kaum so identifizieren und abgrenzen, wie dies für die kapitalistischen Gesellschaften der Fall war und ist. Insofern ist die Reichweite der nachfolgenden Überlegungen zweifellos begrenzt, doch bleiben ihre Fragen relevant: Seit wann gibt es diesen Zusammenhang von Ökonomie und Politik, wie er sich heute darstellt? Wie ist es dazu gekommen, die Stabilität von Gesellschaften derart von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig zu machen, dass jedes politische Mittel gerechtfertigt erscheint, die Wirtschaft zu stabilisieren, ja in die von der Politik gewünschte Richtung zu drängen? Und was hatte das für Folgen?

### Befunde

Gehen wir im Krebsgang zurück, so finden wir: Schon das westdeutsche Stabilitätsgesetz von 1967 atmet diesen Geist der politisch zu schaffenden ökonomischen Stabilität,<sup>6</sup> doch ist es selbst wiederum nur Ausdruck einer Überzeugung, die ihren eigentlichen Ursprung in der Weltwirtschaftskrise von 1929 ff. zu haben scheint, im Denken des englischen Ökonomen John Maynard Keynes. Seit seinem epochalen Buch von 1936<sup>7</sup> gibt es die Überzeugung, politisches Handeln müsse, vor allem aber könne die der Ökonomie inhärente Instabilität ausgleichen. Aber auch Keynes steht nur begrenzt am Anfang der Vorstellung, Regierungen könnten die Wirtschaft lenken. Schon in Merkantilismus und Kameralismus gab es eine Art politischen Eudämonismus.<sup>8</sup> Aufgabe und Ziel politischen Handelns sollte es gleichermaßen sein, den Flor des Landes zu fördern und dadurch die

---

<sup>6</sup> ALEXANDER NÜTZENADEL, *Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949–1974*, Göttingen 2005.

<sup>7</sup> JOHN MAYNARD KEYNES, *The General Theory of Employment, Interest and Money*, London 1936. Zu Keynes Leben und Wirken: ROBERT SKIDELSKY, *John Maynard Keynes 1883–1946. Economist, Philosopher, Statesman*, London 2003.

<sup>8</sup> FRITZ BLAICH, *Die Epoche des Merkantilismus*, Wiesbaden 1973.



Handlungsfähigkeit des politischen Systems, des Staates, der Obrigkeit zu sichern. Auch wenn sich die merkantilistischen Kunstlehren und die überaus vielfältigen Praktiken der seinerzeitigen „Wirtschaftssteuerung“ angesichts der verzweigten Forschung kaum mehr auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen<sup>9</sup> und sich von den wirtschaftspolitischen Praktiken der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kategorisch unterscheiden, überrascht es nicht, dass Keynes ihnen einiges abgewinnen konnte.<sup>10</sup>

Das Merkantilssystem, wie man früher sagte, brach freilich spätestens mit der Französischen Revolution in sich zusammen, nicht zuletzt wegen seiner offenkundigen Ineffizienz, wie seine Kritiker betonten.<sup>11</sup> Bis zum Ersten Weltkrieg zog sich der Staat aus der Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung zurück, ja wies jede insofern geforderte Verantwortung geradezu von sich. Er blieb zwar weiterhin aktiv in den Bereichen, die man modern mit den Begriffen Ordnungs- und Strukturpolitik bezeichnet; die Vorstellung allerdings, er könne die Performanz des ökonomischen Systems steuern, ihre Ausschläge mildern und ihren Verlauf stabilisieren, war dem ökonomischen und politischen Denken des 19. Jahrhunderts fremd<sup>12</sup> – im Übrigen keineswegs nur auf der konservativen und liberalen Seite des politischen Spektrums.<sup>13</sup> Auch Karl Marx gab auf staatliches Handeln zumindest in dieser Hinsicht nicht viel. Die Vorstellung, der Staat könne die Funktionsprobleme des Kapitalismus korrigieren, hätte er wahrscheinlich lächerlich gefunden. Insofern, also in Bezug auf einen die Performanz des ökonomischen Systems gestaltenden Ansatz, geriet staatliche Wirtschaftspolitik im 19. Jahrhundert geradezu in Vergessenheit. In der ersten Hälfte des Jahrhunderts dominierte ein ausge-

---

<sup>9</sup> THOMAS SOKOLL, Art. Merkantilismus, in: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 8, Stuttgart 2008, Sp. 380-387.

<sup>10</sup> CHARLES H. HESSION, John Maynard Keynes, Stuttgart 1986, S. 371.

<sup>11</sup> EMMA ROTHCHILD, *Economic Sentiments. Adam Smith, Condorcet, and the Enlightenment*, Cambridge (Mass.) 2002.

<sup>12</sup> HANS JÄGER, *Geschichte der Wirtschaftsordnung in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1988. In den 1970er und 1980er Jahren war es eine Zeit lang modisch, für das späte 19. Jahrhundert von der Entstehung des Interventionsstaates, ja von einer Art „Organisiertem Kapitalismus“ zu sprechen, was sich im Rahmen der marxistischen Wirtschaftsgeschichtsschreibung bis zur These von der Existenz eines „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ hin zuspitzte. Der Forschung hat das alles nicht standgehalten; vgl. vor allem VOLKER HENTSCHEL, *Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im wilhelminischen Deutschland. Organisierter Kapitalismus und Interventionsstaat?*, Stuttgart 1978.

<sup>13</sup> In diesem Zusammenhang weiterhin lesenswert FELIX PINNER, *Die großen Weltkrisen im Lichte des Strukturwandels der kapitalistischen Wirtschaft*, Zürich 1937.

sprochener Freihandelsliberalismus, von manchen als Manchesterliberalismus denunziert.<sup>14</sup> In der zweiten Jahrhunderthälfte gab es zwar verstärkte Aktivitäten des Staates insbesondere im Bereich der Währungs-, Handels- und Sozialpolitik, doch hat sich die zeitweilig auch in der historiographischen Forschung vertretene These eines seinerzeit entstandenen Interventionsstaates, gar einer Art „organisierten Kapitalismus“ mit einer grundlegend gewandelten Funktion des Staates, empirisch nicht behaupten können. Der Staat, so zeigen nicht zuletzt die Forschungen von Cornelius Torp zur Handels- und Zollpolitik,<sup>15</sup> begleitete die Entwicklung eher als sie zu gestalten. Und das Kernstück der internationalen Wirtschaftsbeziehungen des 19. Jahrhunderts, der Goldstandard, dem sich schließlich alle führenden Industrienationen angeschlossen hatten, gilt bis heute als Paradebeispiel einer evolutionären Institution, die sich ohne politische Grundsatzenscheidung allein aufgrund ihrer performativen Nützlichkeit nach und nach durchsetzte.<sup>16</sup> Der Staat des 19. Jahrhunderts war, möchte man heute sagen, in all diesen Fragen eher ein kluger Anpasser als ein bewusster Neuschöpfer.

Dazu passte auch der Stil der ökonomischen Expertise, die weit davon entfernt war, dem Staat durchgreifende Maßnahmen zu empfehlen. Der noch lange nachhallende, in der ökonomischen Dogmengeschichte bis in die Gegenwart eine gewisse Rolle spielende so genannte erste Methodenstreit zwischen dem Wiener Wirtschaftstheoretiker Carl Menger und dem späteren Berliner Großordinarius Gustav Schmoller, im Übrigen Kathedersozialist, wurde ja auch um die Frage ausgetragen, in welcher Weise und mit welchen Aussagen sich die Ökonomie in die politische Debatte einmischen sollte.<sup>17</sup> Der sich im 19. Jahrhundert faktisch durchsetzende

---

<sup>14</sup> Vgl. dessen typische Schilderung bei HANS-ULRICH WEHLER, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2: *Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“ 1815–1845/49*, München 1987. Zum deutschen Manchesterliberalismus vgl. VOLKER HENTSCHEL, *Die deutschen Freihändler und der volkswirtschaftliche Kongreß 1858 bis 1885*, Stuttgart 1975.

<sup>15</sup> CORNELIUS TORP, *Die Herausforderung der Globalisierung. Wirtschaft und Politik in Deutschland 1860–1914*, Göttingen 2005.

<sup>16</sup> Hierzu BARRY EICHENGREEN, *Vom Goldstandard zum Euro. Die Geschichte des internationalen Währungssystems*, Berlin 2000.

<sup>17</sup> Hierzu vor allem DIETER LINDENLAUB, *Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik. Wissenschaft und Sozialpolitik im Kaiserreich vornehmlich vom Beginn des „Neuen Kurses“ bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1890–1914)*, Wiesbaden 1967; vgl. auch ERIC GRIMMER-SOLEM, *The Rise of Historical Economics and Social Reform in Germany, 1864–1894*, Oxford 2003.

Schmoller lehnte staatliche Eingriffe auf der Basis theoretischer Lehrmeinungen, wohlgerichtet auch und gerade liberale, kategorisch ab. Wirtschaftspolitik müsse die historische Entwicklung der Ökonomie beobachten, entsprechend vorsichtig handeln und insgesamt zum sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft beitragen. Eingriffe allein auf der Basis spekulativer theoretischer Setzungen wies er scharf zurück, womit er eben nicht nur Menger, sondern auch eine bestimmte, in seinen Augen wenig realistische Wirtschaftspolitik treffen wollte, die sich an Lehrbuchweisheiten orientiert hätte.<sup>18</sup>

Moritz Julius Bonn, einer der angesehensten jüngeren Ökonomen der Zwischenkriegszeit, der sehr für eine theoriegeleitete Wirtschaftspolitik plädierte, erinnerte sich an Schmoller folgendermaßen: Er sei ein „Relativist“ gewesen.

„Er sagte selten ‚ja‘ oder ‚nein‘. Er lehrte seine Schüler, alle wirtschaftlichen Probleme als formlose, sich immer wandelnde Phänomene zu betrachten, deren wahres Wesen man doch nicht ergründen könne. Daher tue man am besten, ihre Geschichte zu studieren; wer besonders rege, mutig und wißbegierig sei, könne allenfalls gegenwärtige Zustände beschreiben, solle sie aber nicht bewerten. Was die Wirtschaftspolitik angehe, so sei es klug, sich zurückzuhalten; man solle sie den jeweiligen Machthabern überlassen; wenn diese ihre Entscheidung gefällt hätten, könne man sie mit einschlägigen Tatsachen und guten Gründen rechtfertigen.“<sup>19</sup>

Bonn machte sich nicht nur über Schmoller, dessen geheimrätliche Behäbigkeit und sein vermeintliches Zaudern lustig; er stellte der gesamten älteren Ökonomie ein verheerendes Zeugnis aus, ein Urteil, das vor allem unmittelbar nach dem Krieg, der auch als Niederlage der zuvor herrschenden Auffassungen begriffen wurde, virulent war.<sup>20</sup>

Friedrich Meinecke, der Schmoller persönlich gut kannte, hielt das Urteil für ungerecht: „Schmoller sei wohl, wie nach dem Krieg oft behauptet, ein Illusionist gewesen.“ Aber, so Meinecke, „wer heute Schmoller

---

<sup>18</sup> WERNER PLUMPE, Der Gründerkrach, die Krise des liberalen Paradigmas und der Aufstieg des Kathedersozialismus, in: Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik, hg. v. DEMS. / JOACHIM SCHOLTYSECK, Stuttgart 2012, S. 17-42.

<sup>19</sup> MORITZ JULIUS BONN, So macht man Geschichte. Bilanz eines Lebens, München 1953, S. 53; zu Bonn jetzt JENS HACKE, Ein vergessenes Erbe des deutschen Liberalismus. Über Moritz Julius Bonn, in: Merkur 65 (2011), H. 11, S. 1077-1082.

<sup>20</sup> Generell ROMAN KÖSTER, Die Wissenschaft der Außenseiter. Die Krise der Nationalökonomie in der Weimarer Republik, Göttingen 2011.

lersche Illusionen kritisiert, kritisiert die Illusionen eines ganzen Geschlechtes, und, wenn er diesem angehört hat, in der Regel auch seine eigenen.<sup>21</sup> Und waren es denn Illusionen? Der monarchistischer Neigungen völlig unverdächtige Wirtschaftsjournalist Felix Pinner sprach für die Zeit vor 1914 von der „glücklichen Reifezeit des Kapitalismus“, in der sich die Krisen, die es durchaus gab, „ohne viel Aufhebens“ von selbst reguliert hätten. Fast schien es so, schrieb er in den 1930er Jahren im Schweizer Exil mit melancholischem Ton, „als ob die [...] These von der strukturellen Milderung der zyklischen Konjunkturschwankungen [...] sich für alle Zeit als berechtigt erweisen sollte“.<sup>22</sup> Kurz: Vor 1914 stabilisierten sich ökonomischer „Fortschritt“ und wirtschaftspolitischer Pragmatismus unter liberalem Vorzeichen gegenseitig. Opposition hiergegen kam vor allem von der politischen Linken, zunehmend aber auch von konservativ-kulturkritischer und jugendbewegter Seite, die beide die Realität des fortschreitenden Kapitalismus beklagten, die eine seine soziale Schieflage, die anderen seine Geist- und Naturzerstörung. Beide konnten sich vor 1914 nicht durchsetzen.

Den eigentlichen Bruch und damit auch die Eröffnung einer ganz neuen Ära des wirtschaftspolitischen Denkens und der wirtschaftspolitischen Praxis brachte erst der Erste Weltkrieg, mit dem die bis dato verbreiteten Leitvorstellungen einer liberalen Ökonomie und einer evolutionär angelegten politischen Begleitung des ökonomischen Strukturwandels faktisch ebenso untergingen wie sich die wirtschaftlichen Daten selbst geradezu dramatisch änderten – auch wenn es noch bis zur Weltwirtschaftskrise von 1929 dauerte, bis der Wirtschaftsliberalismus seine Glaubwürdigkeit endgültig einbüßte.<sup>23</sup>

Mit dem Weltkrieg wurde in mehrfacher Hinsicht klar, dass das alte liberale Wirtschaftsverständnis passé war. Zunächst hatten mehr oder weniger helllichtige Analytiker schon vor 1914 die These vertreten, die sich vollziehenden Änderungen in der Struktur der kapitalistischen Produktion (Großbetrieb, Massenproduktion, Konzern- und Trustbildung) würden über kurz oder lang einen dramatischen Bruch mit den älteren, liberalen Verhältnissen bringen. In dieser Diagnose trafen sich dabei

---

<sup>21</sup> FRIEDRICH MEINECKE, Drei Generationen deutscher Gelehrtenpolitik, in: *Historische Zeitschrift* 125 (1922), S. 248-283, hier S. 268.

<sup>22</sup> PINNER, S. 259 f.

<sup>23</sup> Beispielhaft kann man das am Leben des liberalen Wirtschaftsjournalisten Gustav Stolper nachvollziehen; vgl. TONI STOLPER, Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit: Wien, Berlin, New York. Gustav Stolper 1888-1947, Stuttgart 1979.

keineswegs nur notorische Marxisten wie Eduard Bernstein, Rudolf Hilferding, Rosa Luxemburg oder Vladimir Lenin.<sup>24</sup> Auch Walther Rathenau Thesen<sup>25</sup> und die kapitalismuskritischen Invektiven der Jugendbewegung gegen das zugleich mechanische und materialistische Zeitalter des Hochkapitalismus atmeten diesen Geist.<sup>26</sup> Wenn Rosa Luxemburg vom „kapitalistischen Babels-Turm“ sprach, konnte sie sicher sein, weit über die Sozialdemokratie hinaus gut verstanden zu werden.<sup>27</sup> Sodann bedurfte es im Krieg offensichtlich der politischen Steuerung der Wirtschaft, die eben spontan das nicht tat, was nun militärisch und politisch zwingend erschien.<sup>28</sup> An die Stelle evolutionärer Begleitung des wirtschaftlichen Wandels hatte dessen bewusste Schöpfung zu treten; Walther Rathenau nannte das „Planwirtschaft“, und zwar nicht allein im Krieg. Auch nach dem Krieg schien die staatliche Lenkung der Wirtschaft, in welcher Form auch immer, in doppelter Hinsicht zwingend. Einerseits galt es, die Kriegsfolgen zu bewältigen, andererseits – unabhängig von der Effizienz des ökonomischen Prozesses – diesen an sich zu demokratisieren.<sup>29</sup>

Eine Rückkehr zum selbst steuernden Kapitalismus der Vorkriegszeit schien parteiübergreifend ausgeschlossen. Die verbreitete, sich auch Marxscher Konzepte verdankende Idealvorstellung war nunmehr, dass eine demokratische, gemeinökonomischen Grundsätzen folgende Wirtschaft zugleich auch effizient sein würde. Das Chaos des Individualtaushes, der kapitalistischen Profitgier und der ungeplanten Produktionsanarchie, also der „Babels-Turm des Kapitalismus“, sollte einer geplanten Kooperation Platz machen. Damit war ein völlig neues Verständnis von

---

<sup>24</sup> Vgl. jetzt die Rekonstruktion von Rudolf Hilferding bei JAN GREITENS, *Finanzkapital und Finanzsysteme*. „Das Finanzkapital“ von Rudolf Hilferding, Marburg 2012.

<sup>25</sup> WALTHER RATHENAU, *Zur Kritik der Zeit* (1912), *Zur Mechanik des Geistes oder Vom Reich der Seele* (1913) sowie *Von kommenden Dingen* (1917), alle abgedruckt in: RATHENAU, *Hauptwerke*, hg. v. HELIGE / SCHULIN, Bd. 2, S. 17-497.

<sup>26</sup> In dieser Hinsicht überaus erhellend ALEXANDER RÜSTOW, *Ortsbestimmung der Gegenwart*. Eine universalgeschichtliche Kulturkritik, 3 Bde., Zürich 1950-1957.

<sup>27</sup> ROSA LUXEMBURG, *Einführung in die Nationalökonomie*, in: DIES., *Gesammelte Werke*, Bd. 5: *Ökonomische Schriften*, Berlin 1985, S. 524-778.

<sup>28</sup> Eine neuere Geschichte der kriegswirtschaftlichen Strukturen während des Ersten Weltkrieges existiert nicht. Informativ, wenn auch von der Interpretation her einseitig, weiterhin DIETER BAUDIS, *Der staatsmonopolistische Kapitalismus im Ersten Weltkrieg (1914-1917/18)*, in: DERS. / HELGA NUSSBAUM, *Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19*, Berlin 1978, S. 253-322.

<sup>29</sup> Generell hierzu FRIEDRICH ZUNKEL, *Industrie und Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914-1918*, Düsseldorf 1974.

Wirtschaftspolitik in der Welt, die nun eben nicht mehr allein die institutionellen Bedingungen des Wirtschaftens, sondern auch dessen materiellen Gehalt selbst mitzubestimmen gedachte.<sup>30</sup>

Lediglich darüber, was diese „Demokratisierung“ bedeuten und wie Planung konkret aussehen sollte, war man sich nicht im Klaren. Die (konkurrierenden) Vorstellungen reichten von einer Verstaatlichung der Wirtschaft bis zu Konzepten, in denen das Privateigentum im Rahmen einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurde.<sup>31</sup> Sicher schien allgemein, dass die kapitalistische Wirtschaft spontan nicht das leisten würde oder könnte, was politisch von ihr erwartet wurde – eine Haltung, der sich in der Weltwirtschaftskrise schließlich auch der „bürgerliche“ Mainstream anschloss, zu dessen Prophet John Maynard Keynes werden sollte. Keynes, weit davon entfernt mit sozialistischen Ideen auch nur zu liebäugeln, wie jüngst Eric Hobsbawm noch einmal betont hat,<sup>32</sup> hatte überhaupt gegenüber Politik und Politikern lebenslang einen heftigen Widerwillen: „Du hast vermutlich noch nie mit Politikern auf engem Raum zusammengelebt“, schrieb er 1911 an seinen Freund Duncan Grant.

„Sie sind die Pest. Manche von ihnen gehören vermutlich seit jeher zum Abschaum, aber ich habe etwas festgestellt, was ich vorher nicht für möglich gehalten hätte – daß Politiker sich im Privatleben genauso verhalten und genauso äußern wie in der Öffentlichkeit. Ihre Dummheit ist unmenschlich.“<sup>33</sup>

Nach seiner Auffassung sollten die Ökonomen den Ton angeben, die Steuerung der Wirtschaft also Ergebnis eines Primats des ökonomischen Wissens sein:

„Der Wirtschaftswissenschaftler ist nicht König, nur zu wahr. Aber er sollte König sein! Er ist ein viel besserer und klügerer Regent als der General oder der Diplomat oder der redegewaltige Anwalt. In der modernen übervölkerten

---

<sup>30</sup> Eine umfassende Darstellung der Gemeinwirtschaftsvorstellungen nach dem Ersten Weltkrieg fehlt bislang. Als ältere Arbeit weiterhin nützlich HANS SCHIECK, *Der Kampf um die deutsche Wirtschaftspolitik nach dem Novemberumsturz 1918*, Ph.D. Dissertation, Heidelberg 1958; vgl. auch DAVID BARCLAY, *Rudolf Wissell als Sozialpolitiker 1890–1933*, Berlin 1984, insbesondere Kap. 3: Rudolf Wissell und Wichard von Moellendorff – Das gescheiterte Planwirtschaftsexperiment 1918/19, S. 75–142.

<sup>31</sup> ZUNKEL, *Industrie*.

<sup>32</sup> ERIC HOBSBAWM, *Wie man die Welt verändert. Über Marx und den Marxismus*, München 2011.

<sup>33</sup> In einem Brief an Duncan Grant, September 1911, zitiert nach HESSION, S. 123.

Welt, die überhaupt nur noch unter geordneten Verhältnissen überleben kann, ist er nicht nur nützlich, sondern unentbehrlich.“<sup>34</sup>

Das war ein anderer Ton, als ihn der zögerliche Gustav Schmoller angeschlagen hatte,<sup>35</sup> und Keynes wusste auch, wozu man die Ökonomen brauchte: Nur sie waren dazu in der Lage, die Krisen des Kapitalismus angemessen zu beurteilen und entsprechende Gegenmittel zielgerichtet zu ermöglichen. Denn der Kapitalismus sei aus sich heraus instabil und neige keineswegs dazu, automatisch zu Gleichgewichtssituationen zurückzukehren. Im Gegenteil könne es sogar zu stabilen Ungleichgewichten kommen, die aus sich heraus keineswegs zur Selbstauflösung neigten – eine Auffassung, die sich in der Weltwirtschaftskrise nach 1929 als offensichtlich evident zu erweisen schien. Die von Keynes gewünschten „geordneten Verhältnisse“ jedenfalls würden spontan, wie es das 19. Jahrhundert ja gehofft hatte, nicht eintreten. Gestaltung hatte an die Stelle der Evolution zu treten, Planung an die Stelle von Selbstregulierung.<sup>36</sup>

Da Keynes von einer dirigistischen Intervention des Staates welcher Art auch immer nichts hielt, suchte er nach Möglichkeiten der Korrektur, die die Struktur der Wirtschaft weitgehend unangetastet ließ. Das von ihm entwickelte Modell der makroökonomischen Steuerung konzentrierte sich daher auf die politische Stimulierung bestimmter, theoretisch als entscheidend angesehener makro-ökonomischer Größen; es war insofern diesseits der Systemschwelle wirksam und daher auch für die nichtsozialistische Politik attraktiv, ja konnte als eine Art universales, geradezu technokratisch definierbares Hilfsmittel der Wirtschaftspolitik angesehen werden. Da zudem in der Zwischenkriegszeit die Wirtschaftsstatistik und die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung entscheidende Fortschritte machten,<sup>37</sup> ließen sich diese Vorstellungen nun auch operativ konkretisieren. Das, was später Globalsteuerung heißen sollte, also die gezielte Einwirkung auf bestimmte volkswirtschaftliche Schlüsselgrößen wie Geldmenge, Zins, Investitionen und Löhne, war geboren.<sup>38</sup>

Erst jetzt entwickelte sich die bis heute im Grunde dominante Vorstellung, der Staat könne die Schwankungen des kapitalistischen Struktur-

---

<sup>34</sup> Zitiert nach HESSION, S. 268.

<sup>35</sup> Zum Vergleich Keynes und Schmoller vgl. PLUMPE, *Der Gründerkrach*, S. 40 ff.

<sup>36</sup> HESSION, John Maynard Keynes, Kap. 12, S. 354-408.

<sup>37</sup> Beispiele bei ADAM TOOZE, *Statistics and the German State 1900–1945. The Making of Modern Economic Knowledge*, Cambridge 2001.

<sup>38</sup> Hierzu ausführlich SKIDELSKY, John Maynard Keynes, S. 414-454.

wandels durch gezielte Interventionen in dessen eigene Logik intervenierend korrigieren. Medium dieser Keynesschen Politik war das Geld, das der Staat, sollte er es nicht haben, durch Kreditschöpfung bereitzustellen hatte, Kredite, die im Erfolgsfall dann wieder getilgt werden konnten. Sozialisten und Kommunisten ging das naheliegenderweise nicht weit genug, für sie war das doch wieder nur der „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“, der hier Pate stand.<sup>39</sup> Doch für den „Mainstream“ war eine derartige Botschaft überaus verlockend, zumal sie sich in den Boomphasen nach dem Krieg geradezu glänzend zu bewähren schien. Der Keynesianismus – in Form der neoklassischen Synthese – war das beherrschende ökonomische Modell der Nachkriegszeit; in der Politikberatung spielte er auch in der Bundesrepublik Deutschland, die unter Ludwig Erhard eine neoliberale Politikvorstellung vorzog, eine wesentliche Rolle, wie Alexander Nützenadel gezeigt hat.<sup>40</sup>

Das hatte freilich mit dem älteren, ebenfalls evolutionär angelegten Verständnis von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, das den sogenannten Paläo-Liberalismus – wie Alexander Rüstow<sup>41</sup> sagte – kennzeichnete, wenig zu tun. Der Neoliberalismus bekannte sich ebenfalls klar zur korrigierenden Intervention des Staates in die Struktur der kapitalistischen Wirtschaft, nur stellte sein bevorzugtes Steuerungsmedium das Recht, insbesondere das Wettbewerbsrecht, dar. Erneut fiel den „Ökonomen“ eine zentrale Rolle zu; der Staat war vor allem Exekutor der wirtschaftstheoretisch gewonnenen Einsichten. Nach 1949 erscheint diese Variante staatlicher Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik wohl auch deshalb so erfolgreich, weil sie einerseits vom Boom profitierte, andererseits die Erfahrungen mit der extremen staatlichen Wirtschaftssteuerung aus dem Nationalsozialismus noch virulent waren.<sup>42</sup>

---

<sup>39</sup> Zur marxistischen Kritik an John Maynard Keynes vgl. GEOFFREY PILLING, *The Crisis of Keynesian Economics. A Marxist View*, London 1987.

<sup>40</sup> NÜTZENADEL, *Stunde der Ökonomen*.

<sup>41</sup> ALEXANDER RÜSTOW, Paläoliberalismus, Kollektivismus und Neoliberalismus in der Wirtschafts- und Sozialordnung, in: *Christentum und Liberalismus*, hg. v. KARL FORSTER, München 1960, S. 149-178.

<sup>42</sup> Zur Wirtschaftspolitik in der Ära Adenauer gibt es bis heute keine guten Überblicksdarstellungen; zumeist werden nur einige Hinweise auf Ludwig Erhard gegeben, ohne die Praxis der Wirtschaftspolitik breit zu entfalten. Die zeithistorischen Darstellungen begnügen sich überdies zumeist mit kurzen Hinweisen. Als Ansatz interessant, wenn auch in den Bewertungen gelegentlich überspitzt, VOLKER HENTSCHEL, *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*, Berlin 1998; ansonsten sehr informativ BERNHARD LÖFFLER, *Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard*,



Praktisch durchsetzen konnte sich eine keynesianisch angelegte Wirtschaftspolitik in Westdeutschland daher erst Mitte der 1960er Jahre, nachdem Erhards Modell in der ersten Nachkriegskrise 1966 seine Bewährungsprobe nicht bestanden hatte. Der Wirtschaftsminister der großen Koalition, der Hamburger Ökonomieprofessor Karl Schiller,<sup>43</sup> setzte danach eine an keynesianischer Globalsteuerung orientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik um, die zunächst scheinbar erfolgreich war, in den Krisen der 1970er Jahre aber rasch Schiffbruch erlitt – eine Erfahrung, die keineswegs auf Deutschland beschränkt blieb: Einige von Keynes' zentralen Annahmen trafen nicht zu, insbesondere erwies sich die Auffassung, dass eine Ausweitung der Geldmenge positive gesamtwirtschaftliche Impulse auslöse, als falsch. Stattdessen machte sich das Phänomen der Stagflation breit, also einer Zunahme der Inflation bei gleichzeitiger Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung. Überdies erwies sich die Hoffnung, der Staat würde jene Defizite, die er in der Krise zu deren Überwindung eingegangen sei, im Boom wieder abbauen, als illusionär. Daran scheiterten nacheinander Alex Möller und Karl Schiller als Wirtschaftsminister.<sup>44</sup>

Die Häufung von Krisenphänomenen seit den 1970er Jahren wurde nicht generell als eine Art negativer Test auf die grundsätzliche Vorstellung staatlicher Regulierung verstanden, sondern nur als Folge falscher Regulierung diagnostiziert.<sup>45</sup> Stabiles Wachstum sei durchaus möglich, nur müssen die Regierungen schlicht richtig handeln. Der Umschlag zu einer neuen Wirtschaftspolitik fiel daher auch weltweit ganz unterschiedlich aus. Während in den USA, Großbritannien und in Teilen Asiens die Vorstellung eines schlanken Staates, einer Reduktion auch sozialstaatlicher Leistungen und weitgehender Deregulierung, so durchgriff,<sup>46</sup> dass

---

Stuttgart 2002; zum Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ und zum ideengeschichtlichen Hintergrund vgl. ALFRED MÜLLER-ARMACK, *Zur Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft. Ausgewählte Werke: Frühschriften und weiterführende Konzepte*, Bern / Stuttgart 1981.

<sup>43</sup> TORBEN LÜTTJEN, Karl Schiller (1911–1994). „Superminister“ Willy Brandts, Bonn 2007.

<sup>44</sup> HARALD SCHERF, *Enttäuschte Hoffnungen – vergebene Chancen. Die Wirtschaftspolitik der Sozial-Liberalen Koalition 1969–1982*, Göttingen 1986.

<sup>45</sup> Allgemein HERBERT GIERSCHE u. a., *The Fading Miracle. Four Decades of Market Economy in Germany*, Cambridge 1992; vgl. auch GABRIELE METZLER, *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft*, Paderborn 2005.

<sup>46</sup> Vgl. die Beiträge in: *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective*, hg. v. NIALL FERGUSON u. a., Cambridge (Mass.) / London 2010.

gelegentlich das Wort von der Rückkehr zum Manchesterliberalismus fiel – gemünzt insbesondere auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik von Margaret Thatcher<sup>47</sup> –, war die Lage auf dem europäischen Kontinent eine andere. Zwar wurde dort ebenfalls der Gedanke der Globalsteuerung der Wirtschaft zugunsten eines Systems der Anreizsteuerung aufgegeben, die zielgerichteter und preiswerter erschien. Insofern spielte auch Deregulierung, also die Verbesserung der Angebotsbedingungen der Wirtschaft, eine Rolle,<sup>48</sup> aber in der Sozialpolitik konnte von einer Abkehr des Staates von seiner sozialfürsorgerischen Aufgabe, die er seit den 1960er Jahren aus einer Vielzahl von Gründen systematisch ausgebaut hatte, nicht die Rede sein.

Die entscheidenden Deregulierungen, die dann u. a. zur Auflösung der so genannten Deutschland AG führten, nahm pikanterweise auch erst die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder vor; die Regierung von Helmut Kohl schreckte vor harten Einschnitten hingegen zurück.<sup>49</sup> In Frankreich kam es Anfang der 1980er Jahre sogar zu einer Wiederkehr sozialistischer Steuerungsvorstellungen – mit freilich derart desaströsen wirtschaftlichen Folgen, dass François Mitterrand das Experiment nach wenigen Jahren abbrach und die kommunistischen Minister aus seiner Regierung verdrängte.<sup>50</sup>

Die 1980er Jahre erscheinen im Rückblick heute als eine Phase der Rückkehr des Liberalismus, der Dominanz des Neoliberalismus und einer entsprechend angelegten Wirtschaftspolitik. Die Globaldaten zu den Staatshaushalten bestätigen dies aber zumindest im kontinentaleuropäischen Fall nicht,<sup>51</sup> selbst wenn die Deregulierung der nationalen und internationalen Finanzmärkte das Bild nahelegen scheint, wonach der

---

<sup>47</sup> Zur Ära Thatcher vgl. vor allem DOMINIK GEPPERT, *Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswechsel der britischen Tories 1975–1979*, München 2002; vgl. auch FRANZ-JOSEF BRÜGGEMEIER, *Geschichte Großbritanniens im 20. Jahrhundert*, München 2010.

<sup>48</sup> TIM SCHANETZKY, *Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982*, Berlin 2007; vgl. auch die Polemik von SCHERF, *Enttäuschte Hoffnungen*.

<sup>49</sup> WERNER PLUMPE, *Das Ende des deutschen Kapitalismus*, in: *WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung*, 2005, H. 2, S. 3–25.

<sup>50</sup> HENRIK UTERWEDDE, *Sozialistische Wirtschaftspolitik in Frankreich 1981–1985. Modernisierung der Volkswirtschaft und des Sozialismus*, in: *Zeitschrift für Politik* 34 (1987), H. 1, S. 56–73.

<sup>51</sup> Vgl. die Angaben bei MARC HANSMANN, *Vor dem dritten Staatsbankrott? Der deutsche Schuldenstaat in historischer und internationaler Perspektive*, München 2012.

Staat den Steuerungsanspruch aufgeben und sich weitgehend aus der Wirtschaftspolitik zurückgezogen habe.<sup>52</sup> Diese Vorstellung korrespondierte dabei zumeist mit dem Befund, dass eine Liberalisierung der Weltwirtschaft und eine entsprechende Öffnung der Produkt-, Arbeits- und Finanzmärkte sozusagen lagerübergreifend seit den 1990er Jahren für angemessen erachtet wurden.<sup>53</sup>

Der Staat gab mithin seit den 1970er Jahren seinen Steuerungsanspruch nicht auf, er begann nur, ihn mit anderen Mitteln zu verfolgen, nämlich einerseits mit einer stärkeren Steuerung durch Anreize und Impulse, andererseits vor allem durch eine Änderung der Geldpolitik. Der Wechsel in den Mitteln der politischen Wirtschaftssteuerung hatte auch mit konkurrierenden Grundsatzüberlegungen zu tun. Während für Keynes volkswirtschaftliche Gleichgewichte nicht nur nicht automatisch eintraten, sondern Ungleichgewichte sogar dauerhaft vorstellbar waren, erschienen in den Augen von Milton Friedman und der so genannten Monetaristen diese Ungleichgewichte gerade als Fehler der Politik, insbesondere einer Politik der Regulierung und der künstlichen Ausweitung beziehungsweise Verknappung der Geldmenge.

Freie Märkte hingegen in Kombination mit einer angemessenen, stabilitätsorientierten Geldpolitik würden, so die verbreiteten Annahmen monetaristischer Ökonomen, reibungslos funktionieren.<sup>54</sup> Beide Konzepte aber hielten an der Gleichgewichtsvorstellung ebenso fest wie sie der Politik eine Schlüsselrolle zuwiesen. Aber auch die monetaristische Hoffnung zerplatzte in der Krise der letzten Jahren – ähnlich wie in den 1970er Jahren der Traum vom „immerwährenden Boom“ untergegangen war: Die Wirklichkeit ruiniert die theoretischen Illusionen.<sup>55</sup>

---

<sup>52</sup> ANDREAS WIRSCHING, „Neoliberalismus“ als wirtschaftliches Ordnungsmodell? Die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er Jahren, in: *Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik*, hg. v. WERNER PLUMPE / JOACHIM SCHOLTYSECK, Stuttgart 2012, S. 139-150.

<sup>53</sup> ANSELM DÖRING-MANTEUFFEL / LUTZ RAPHAEL, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2008.

<sup>54</sup> Zur deutschen Debatte vgl. SCHANETZKY, *Die große Ernüchterung*.

<sup>55</sup> Dass es in der Wirtschafts- und Finanzkrise nach 2008 *de facto* zu einer Art Zusammenschluss der konkurrierenden Auffassungen kam, ist gelegentlich bemerkt worden, jedoch nicht, dass die Basis hierfür ein im Grunde deckungsgleiches Verständnis des Verhältnisses von Politik und Wirtschaft ist; vgl. jetzt MARKUS K. BRUNNERMEIER, „Das letzte Kapitel ist noch nicht geschrieben“. Ein Gespräch mit Markus K. Brunnermeier, Princeton University, über die Lehren aus der Finanzkrise und der Großen Rezession, in: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 15 (2014), H. 3, S. 234-245.

Fassen wir den Befund zusammen: Eine eudämonisch-interventionistische Vorstellung der Rolle des Staates dominierte bis in das späte 18. Jahrhundert, während im 19. Jahrhundert fast durchgängig eine liberale Konzeption und eine entsprechend reduzierte Vorstellung staatlichen Handelns das Bild bestimmte. Die überaus niedrigen Staatsquoten kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, also der Anteil der Staatsausgaben am Inlandsprodukt, belegen das eindrücklich. Der evolutionäre Optimismus des 19. Jahrhunderts, wie man sagen könnte, ging spätestens 1914 unter. Der Weltkrieg markiert einen qualitativen Bruch, da der Staat von der Rolle des Begleiters in die Rolle des Gestalters wechselte, und dieses Gestalten seither durch unmittelbare Eingriffe, vor allem aber durch monetäre und fiskalische Steuerung zu realisieren sucht.

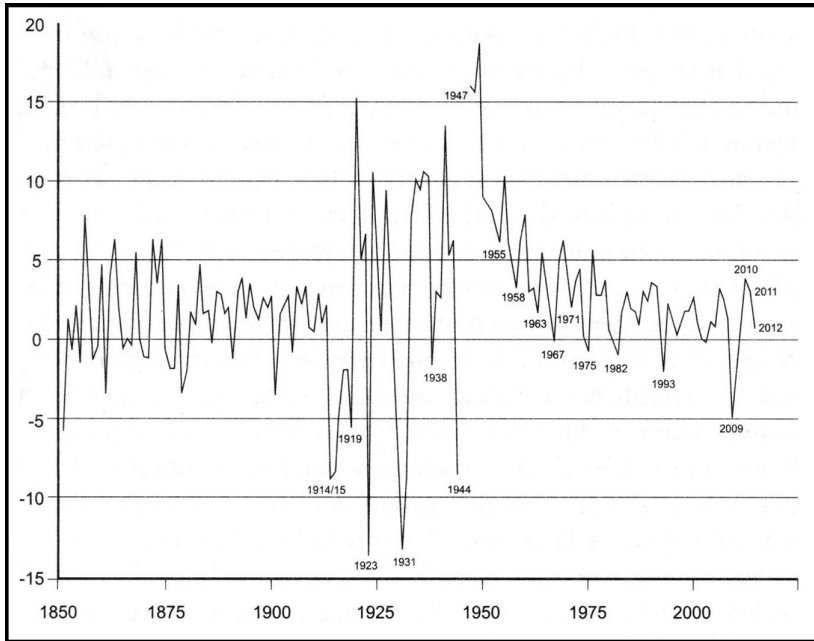
Seither hat die Staatsquote 30 Prozent nicht mehr unterschritten; derzeit pendelt sie in der entwickelten Welt zwischen 30 und 70 Prozent, und selbst diese hohen Quoten haben die seit den 1960er Jahren rasant wachsende Staatsverschuldung nicht verhindert. In der 2007/08 ausgebrochenen Krise nun sind die Staaten in der Falle zurückgehender Wirtschaftsleistungen, aufgehäufter Schulden und wachsender Ausgaben geradezu verfangen, so dass sich fast zwangsläufig die Frage aufdrängt, was all der Aufwand denn nun genutzt hat.

### Überprüfungen

Nach dem Selbstverständnis der Politik hätte ihr massiver Einsatz nun eine Glättung, Stabilisierung und Einhegung der starken Ausschläge des kapitalistischen Strukturwandels bedingen müssen. Die Realität der ökonomischen Daten sieht freilich völlig anders aus: Spätestens seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, definitiv seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts, finden sich bis in die Gegenwart anhaltend Zyklen der ökonomischen Entwicklung, deren wiederkehrende Regelmäßigkeit ihre Ursachen in den jeweiligen politischen Handlungen der Regierung streng genommen ausschließt.

Ein Blick auf die Zyklen der wirtschaftlichen Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert (deutscher Fall) mag diesen Befund zunächst einmal unterstreichen:

Abb. 1: Jährliche Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf in Deutschland 1851–2012<sup>56</sup>



Zeitweilige Hoffnungen wie in den 1950er und 1960er Jahren, es gebe keine Konjunktur-, sondern nur noch Wachstumszyklen, erwiesen sich als voreilig. Nehmen wir zusätzlich das – freilich statistisch umstrittene – Konzept der langen Wellen wirtschaftlicher Entwicklung hinzu, das auf die Arbeiten von Nikolai Kondratieff,<sup>57</sup> Arthur Spiethoff<sup>58</sup> und insbesondere von Joseph Alois Schumpeter<sup>59</sup> aus den 1920er und 1930er Jahren

<sup>56</sup> Grafik aus PLUMPE, *Wirtschaftskrisen*, S. 120. Die Grafik basiert auf RAINER METZ, *Säkulare Trends der deutschen Wirtschaft*, in: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick*, hg. v. MICHAL NORTH, 2., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, München 2005, S. 427-500, hier S. 442, sowie für die Daten der Jahre 2003 bis 2012 auf Destatis/Statistisches Bundesamt.

<sup>57</sup> Die langen Wellen der Konjunktur. Die Essays von Kondratieff aus den Jahren 1926 und 1928, hg. v. ERIK HÄNDELER, Moers 2013.

<sup>58</sup> ARTHUR SPIETHOFF, *Die wirtschaftlichen Wechsellagen. Aufschwung, Krise, Stokung*, Zürich 1955.

<sup>59</sup> JOSEPH A. SCHUMPETER, *Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses*, 2 Bde., Göttingen 1961 (zuerst amerikanisch: DERS., *Business Cycles*, New York / London 1939).

zurückgeht, so lässt sich ein Muster langfristiger wirtschaftlicher Entwicklung identifizieren, das weniger ein Ergebnis politischen Handelns war, als vielmehr selbst eine wesentliche Determinante der politischen Entwicklung darstellt. So gesehen ist eine Wirtschaftspolitik vor allem dann erfolgreich, wenn sie sich auf die jeweiligen konjunkturellen Wechsellagen einstellt – und nicht, wenn sie diese zu korrigieren versucht. Doch betrachten wir das genauer.

Schumpeters lange Wellen der wirtschaftlichen Entwicklung<sup>60</sup> – mit einer durchschnittlichen Dauer von etwa 50 bis 60 Jahren – sind vor allem bestimmt durch so genannte Basisinnovationen, also technisch-ökonomische Neuerungen, die das wirtschaftliche Entwicklungsmilieu in den kommenden Jahren entscheidend prägen, und zwar in der Phase ihrer Ausbreitung als dynamischer Faktor, nach ihrer Verbreitung eher als retardierendes Moment, bis eine neue Basisinnovation erneut eine derartige Wellenbewegung auslöst. Dieses Konzept ist, wie leicht zu sehen, weder statistisch exakt zu erfassen noch im Sinne einer Art historischen Gesetzmäßigkeit, die es freilich ohnehin nicht gibt, zu belegen. Dass mit einer gewissen Regelmäßigkeit alle 50 Jahre Basisinnovationen auftreten sollen, ist schlicht nicht beweisbar. Allerdings bewährt sich Schumpeters Sicht in rückwärtsgewandter Sicht. Trotz aller statistischen Probleme spricht einiges dafür, dass sich mit diesem Modell die wirtschaftshistorischen Befunde sinnvoll ordnen lassen.

Schumpeter konstatierte zu seinen Lebzeiten insgesamt drei Wellen, die mit dem Anbruch des Kapitalismus einsetzten: eine Welle der Industriellen Revolution von den 1780er bis in die 1840er Jahre, einen Eisenbahn-Zyklus von den 1840er bis in die 1890er Jahre und einen neo-merkantilistischen Zyklus von den 1890er bis in die 1930er Jahre. Seither könnte man, mit einiger Spekulation ohne Frage, anderthalb weitere Zyklen identifizieren: einen Automobilzyklus von den 1930er bis in die 1980er Jahre und einen mikroelektronischen Zyklus, dessen Aufschwungphase in der großen Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/09 zu Ende ging. Die Schumpeter-Zyklen bestehen, wie gesagt, jeweils aus zwei Teilen, nämlich einer Aufschwung- und einer Abschwungphase. Statistisch unterscheiden lassen sich diese Phasen jeweils nach der Verteilung von guten und schlechten konjunkturellen Jahren im jeweiligen Zeitraum. In Aufschwungsphasen überwiegen die positiven Jahre, das Preisniveau steigt und die Investitionsquoten und Wachstumsraten sind durchweg auf relativ hohem Niveau; in Abschwungsphasen

---

<sup>60</sup> Das Folgende in Anlehnung an SCHUMPETER, Konjunkturzyklen.

halten sich gute und schlechte Jahre die Waage, gelegentlich überwiegen sogar die schwierigen Jahre mit entsprechenden Folgen für Preise, Gewinne und Investitionen, aber auch für die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die sozialen Lebensbedingungen überhaupt.<sup>61</sup>

Nutzt man nun diese Überlegungen für historiographische Markierungen, so zeigt sich, dass Aufschwungsphasen in der Tat keinen „politischen“ Charakter besaßen, sondern ihrerseits eher geeignet waren, politische Stabilität zu ermöglichen. Im deutschen Fall zumindest kann man in der Tat gute konjunkturelle Zeiten (Reichsgründungszeit, das wilhelminische Wirtschaftswunder, nach dem Krieg das Wirtschaftswunder) von relativ schwierigen Phasen (Pauperismus bis in die 1840er Jahre, die so genannte Große Depression der frühen Kaiserzeit, schwere Krisen der Zwischenkriegszeit sowie die alles in allem problematischen 1970er und 1980er Jahre) klar benennen. Die Beziehungen zur politischen und Mentalitätsgeschichte der jeweiligen Zeit sind offensichtlich, wenn auch sicher nicht so eindeutig, wie es Hans Rosenberg in seiner konjunkturhistorisch inspirierten Arbeit zur Großen Depression und der Bismarckzeit nahe legte.<sup>62</sup>

Eine Art automatischen Zusammenhang zwischen ökonomischer Depression und gesellschaftlichen Anpassungsverhaltensweisen gibt es nicht, aber der Bezug ist gleichwohl signifikant: Krisen, ebenso im Übrigen wie Boomphasen, verändern das gesellschaftliche Milieu, um es einmal derart weit und wenig präzise auszudrücken.<sup>63</sup> Aber darum geht es hier nicht. Wesentlicher ist ein anderer Punkt. Die ökonomischen Wechsellagen waren in der Regel nicht politisch verursacht, auch wenn die jeweilige Politik das für sich in Anspruch nehmen mochte. Namentlich der Boom nach dem Zweiten Weltkrieg, obwohl ein globales Phänomen, das mit ganz unterschiedlichen „Politikstilen“ vereinbar war, wie nicht zuletzt Ludger Lindlar für den europäischen Fall gezeigt hat,<sup>64</sup> hat es auf diese Weise insbesondere in Deutschland zu einer eigenartigen Prominenz

---

<sup>61</sup> Zur Diskussion des Schumpeterschen Konzeptes vgl. die Beiträge in: Konjunktur, Krise, Gesellschaft. Wirtschaftliche Wechsellagen und soziale Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. DIETMAR PETZINA / GER VAN ROON, Stuttgart 1981.

<sup>62</sup> HANS ROSENBERG, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin 1967.

<sup>63</sup> Zu diesem Zusammenhang ausführlich HANSJÖRG SIEGENTHALER, Regelvertrauen, Prosperität und Krisen. Die Ungleichmäßigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und sozialen Lernens, Tübingen 1993.

<sup>64</sup> LUDGER LINDLAR, Das mißverstandene Wirtschaftswunder. Westdeutschland und die westeuropäische Nachkriegsprosperität, Tübingen 1997.

gebracht – gilt er doch immer noch als Meisterleistung der Wirtschaftspolitik, an die es zur Überwindung gegenwärtiger Krisen nur anzuknüpfen gelte.

Mit der historischen Realität haben derartige Vorstellungen wenig zu tun, nicht nur, weil der politische Einfluss auf das Wirtschaftswunder überschätzt wird, sondern weil das Wirtschaftswunder selbst, erklärbar ja nur als Gegenschlag zu dem desaströsen Wirtschaftseinbruch der Jahre zuvor, geradezu zur Benchmark erfolgreicher Politik erklärt wird – eine Fehlwahrnehmung von erheblichem Ausmaß. Betrachtet man die langfristige Entwicklung hingegen nüchtern, so stellt man fest, dass es zu Abweichungen vom Rhythmus des Strukturwandels allein zwischen 1914 und der Mitte der 1960er Jahre gekommen ist, und zwar infolge der Auswirkungen der Weltkriege. Politik kann, so gesehen, wohl zerstören oder begünstigen, aber nur wenig eigenständig schaffen. Und selbst im Rahmen der überaus starken Ausschläge nach 1914 blieb im Übrigen der konjunkturelle Rhythmus intakt.

Kehren wir zu den langen Wellen zurück: Aufschwungsphasen hatten in jedem Fall in politischer Hinsicht stabilisierende Funktionen, während umgekehrt schwere Krisenphasen politisch destabilisierend wirkten beziehungsweise vorhandene Strategien und Konzepte der bis dato herrschenden politischen Ordnung destabilisieren konnten. So wurden wirtschaftlicher Liberalismus und Reichsgründungsaufschwung in den 1850er und 1860er Jahren weitgehend miteinander identifiziert,<sup>65</sup> ebenso wie der Liberalismus in den Jahren nach dem Gründerkrach umfassend in die Defensive geriet, aus der er sich nur ökonomisch, weniger politisch, im Aufschwung seit den 1890er Jahren wieder erholte.<sup>66</sup>

Die Weltwirtschaftskrise brach auch dem älteren Wirtschaftsliberalismus das Genick: In den 1920er und 1930er Jahren machte sich weltweit eine Vorstellung breit, nur staatliche Intervention und die Eindämmung der Anarchie des Marktes könnten wirtschaftlich erfolgreich sein,<sup>67</sup> eine Vorstellung freilich, die im weltweiten Boom der 1950er und der 1960er Jahre sich wiederum stark abmilderte, im westdeutschen Fall sogar einer

---

<sup>65</sup> HELMUT BÖHME, *Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848–1881*, Köln 1966.

<sup>66</sup> ROSENBERG, *Große Depression*.

<sup>67</sup> Jetzt hierzu JAN-OTMAR HESSE u. a., *Die Große Depression. Die Weltwirtschaftskrise von 1929–1939*, Frankfurt a. M. 2014.



Spielart des Neoliberalismus Platz machte, insgesamt aber eine Art liberalen Interventionsstaat als Idealkonzept hervorbrachte.<sup>68</sup>

Die schwierigen Jahre nach dem Auslaufen des Booms und das vermeintliche Versagen der keynesianischen Wirtschaftssteuerung wiederum brachte den Aufschwung so genannter neoliberaler Konzepte, die sich in der Aufschwungphase der 1990er Jahre konsolidierten – am stärksten ausgeprägt vielleicht in der *New-Labour*-Politik von Tony Blair in Großbritannien, die seit 2007/08 freilich wiederum für das Aus-dem-Ruder-Laufen der Finanzmärkte und für die weltweite Wirtschaftskrise der letzten Jahre verantwortlich gemacht wurden. Nun steht erneut eine Reihe eher schwieriger Jahre bevor, und es kann als sicher gelten, dass die neoliberale Rezeptur auf absehbare Zeit ruiniert ist. Das ist für uns hier aber nicht der springende Punkt. Aus der konjunkturhistorischen Betrachtung ergibt sich vielmehr, dass die Rhythmen des ökonomischen Strukturwandels, also die Konjunkturzyklen, sich offenbar der politischen Steuerung entziehen, entsprechende politische Vorstellung also bestenfalls (teure) Illusionen sind. Dieser Befund bedeutet nicht, dass politisches Handeln wirkungslos oder zu vernachlässigen ist. Allein die extrem starken Ausschläge der wirtschaftlichen Daten zwischen 1914 und 1973 sind fraglos auch eine Reaktion auf die politisch-militärischen Katastrophen der ersten Jahrhunderthälfte und ihre Überwindung. Nur kann Politik den ökonomischen Strukturwandel eben nicht steuern.

### Konsequenzen

Rathenaus Diktum von der Wirtschaft, die alles sei, als Signum des 20. Jahrhunderts, ist daher zugleich falsch und gefährlich. Falsch ist es, das sei hier aber nur am Rande vermerkt, in doppeltem Sinne. Einerseits ist zumindest grundsätzlich nicht einzusehen, warum wirtschaftliche Fragen eine größere Rolle spielen sollten als Fragen der Religion oder Wissenschaft. Gesteht man das unkritisch zu, wird aus Rathenaus Diktum eine Art selbsterfüllender Prophezeiung, da das Geld dann zu einem Schlüsselmedium der Gesellschaftsteuerung erhoben wird, die ihm nicht zwangsläufig zukommt. Dann hängt sogar das Kinderkriegen davon ab, was es kostet und wer die Kosten trägt, von der Wissenschaft ganz zu schweigen. Zum zweiten: Warum sollte die Wirtschaft schicksalhafter sein als das

---

<sup>68</sup> Vgl. die zeitgenössische Debatte bei ANDREW SHONFIELD, *Geplanter Kapitalismus. Wirtschaftspolitik in Westeuropa und USA*, Köln 1968.

Recht, die Politik, die Kunst, der Glaube oder – die Wissenschaft? Auf nichts kann verzichtet werden. Insofern ist die Überschätzung der Wirtschaft ein zwar verständlicher, aber trotzdem wenig plausibler Irrtum. Gefährlich war und ist diese Vorstellung letztlich deshalb, weil sie ja eine Handlungsaufforderung darstellt. Denn im Grunde heißt der Satz ja: Gestaltet den Bereich Eures Leben, an dem Euer Schicksal hängt – unterwerft Euch nicht einfach einem Wandel, der Euch ansonsten zu seelenlosen Anhängseln eines bürokratisch organisierten Großkapitalismus macht; gewinnt Eure Handlungsautonomie zurück! In der Konsequenz bedeutete dies einen tiefen Bruch mit dem 19. Jahrhundert.

Während das 19. Jahrhundert die Wirtschaft in institutioneller Hinsicht gestaltete, in performativer Hinsicht aber gewähren ließ und die Politik insofern entlastet war, da ihr die jeweiligen Ausschläge der wirtschaftlichen Entwicklung eben nicht ursächlich zugerechnet wurden, bestenfalls mangelnde Vorsorge für die Krisenfolgen Kritik hervorrief, kennt das 20. Jahrhundert seither einen anhaltenden Kampf der Politik mit einer sich ihr im Grunde nicht fügenden wirtschaftlichen Entwicklung. Verschiedenste Regierungen haben dabei über das Jahrhundert gesehen in doppelter Hinsicht paradoxe Erfahrungen gemacht. Versuche der direkten politischen Steuerung durch Einschränkung der Handlungsautonomie der Ökonomie erwiesen sich zumindest mittel- und langfristig als ineffizient, teuer, schließlich als desaströs, wie der so genannte reale Sozialismus lernen musste, der ja alle vermeintlichen Systemfehler des Kapitalismus, von der Anarchie der Märkte über die Ausbeutung der Arbeiter bis hin zur Profitgier der Finanzwelt, beseitigt hatte – und trotzdem unterging. Die paradoxe Erfahrung war, dass direkte Steuerung die Leistungsfähigkeit der Ökonomie senkt, aber ihre Betriebskosten bis zur Selbstkannibalisierung erhöht. Derartige Experimente, deren historische Bewertung freilich noch kaum erfolgt ist, wurden in den entfalteten kapitalistischen Ökonomien gar nicht erst versucht. Steuern wollte man auch hier, doch den Politikern in den westlichen kapitalistischen Staaten war fast durchweg klar, dass zur Erreichung einer hohen ökonomischen Leistungsfähigkeit es im Grunde auf das Gegenteil ankam, nämlich auf eine Stärkung der Autonomie der Wirtschaft, deren eingebaute Expansionsdynamik es mithin zu entfesseln galt.

Das Problem bestand hier eher in den „Nebenwirkungen“ dieser Dynamik, die einerseits konjunkturell schwankten, andererseits unerwünschte materielle Ergebnisse zeitigten. Dieses Dilemma, dass man die Autonomie der Wirtschaft zugleich wollte und nicht wollte, suchte man durch den vermehrten Einsatz rechtlicher, fiskalischer und monetärer Steuerungs-

mittel zu lösen, also durch eine Ausweitung mittelbarer staatlicher Eingriffe in Form rechtlicher Vorschriften und vor allem monetärer Anreize, die insofern die autonome Struktur der Wirtschaft nicht in Frage stellten, sondern das jeweils gewünschte Ergebnis prämierten, sei es durch Steuervorteile oder -sanktionen, sei es durch Transferleistungen, sei es durch direkte Eingriffe in die konjunkturellen Verläufe. Ergänzt wurden diese monetären Steuerungen durch strukturelle und institutionelle Maßnahmen der Handels- und der Währungspolitik, die alle dem Ziel dienten, die ökonomische Leistungsfähigkeit zu verbessern und zugleich qualitativ zu gestalten.

Für diese Art der Politik steht im Grunde das mit dem Namen Keynes verbundene Programm, das insofern eine effiziente Steuerung der wirtschaftlichen Performanz versprach, ohne in die Fallstricke einer unmittelbaren Planung und Steuerung der Wirtschaft zu geraten. Das hat uns nun freilich in die paradoxe Lage der Gegenwart geführt, in der die Politik, um die Wirtschaft zu steuern, immer mehr von ihr und ihren Mitteln, dem Geld vor allem, abhängig wird; ausgedrückt letztlich in hohen Staatsquoten und Schuldenständen, die die Staaten vor den „Märkten“ in die Knie zwingen. Diese insoweit selbst verschuldete Abhängigkeit der Politik von den Märkten ist der Kern der aktuellen Krise der politischen Handlungsfähigkeit, eine Folge der Illusion, durch gezielte Maßnahmen gerade diese Handlungsfähigkeit sichern zu können.<sup>69</sup>

Das 19. Jahrhundert, das von einer politischen Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung nicht einmal eine ungefähre Vorstellung hatte, war folglich entspannter und zweifellos auch fatalistischer – einen Kampf, wie er für das 20. Jahrhundert typisch werden sollte, hat es nicht geführt und alles in allem wohl davon profitiert. Jedenfalls schlugen ökonomische Krisen zumeist nur sehr vermittelt auf die Stabilität des politischen Systems durch. Diese Art der Entlastung kannte das 20. Jahrhundert nicht, ja die Regierungen wollten sie gar nicht, sondern versuchten durch zielgerichtetes Handeln, die Ökonomie selbst zu beruhigen, um sie als Krisenfaktor zu pazifizieren. Das ist, betrachtet man den zyklischen Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung, letztlich nicht gelungen. Bis heute unterliegt die Ökonomie Rhythmen, die bestenfalls in ihren Auswirkungen zu begleiten und zu moderieren, wohl aber nicht zu verhindern sind, zumal sich jeweils zeigte, dass das Mittel zur Überwindung einer vorigen Krise selbst zum aktuellen Krisenfaktor werden konnte, wie etwa die Politik

---

<sup>69</sup> Wenn auch mit anderer politischer Tendenz, so doch in der Analyse ähnlich STRECK, *Gekaufte Zeit*.

des billigen Geldes in den USA zur Überwindung der Krise zu Beginn der 1990er Jahre ihrerseits eine wichtige Rolle bei der Blasenbildung nach der Jahrtausendwende spielte. Insofern hat die Politik den Kampf gegen die Ökonomie, den sie mit dem Ersten Weltkrieg aufgenommen und als Schicksalskampf überhöht hat, verloren. Sie hat die Ökonomie nicht nur nicht diszipliniert, sondern ist von ihr heute in einer Weise abhängig, die über das Ökonomische hinaus selbst politische Konsequenzen hat.

Mittlerweile haben die Finanzmärkte als Staatenfinanzierer eine derartige Bedeutung, dass ihre Reaktionsweisen die politische Agenda bestimmen und darüber hinaus noch festlegen, wie darüber öffentlich kommuniziert werden darf. Mit der bedrohlichen Volte, eine öffentliche Diskussion würde die Finanzmärkte verunsichern, ist eine Art politisches Arkanum entstanden, das nunmehr in fast undurchschaubaren Einrichtungen wie dem ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) auch seine institutionelle Kristallisierung gefunden hat. *De facto* ist die Zeit der Kabinettspolitik zurückgekehrt, unabhängig von einer wirksamen demokratischen Kontrolle, die die insofern schlecht informierten und fachlich wenig kompetenten Parlamente kaum mehr wahrnehmen können. Dieser Auffassung ist jedenfalls der englische Politologe Colin Crouch,<sup>70</sup> der eine strukturelle Defunktionalisierung demokratischer Strukturen attestiert, die nur noch der Fassade nach aufrechterhalten würden, während im Hintergrund längst obrigkeitsstaatliche Entscheidungsstrukturen eingezogen seien. Postdemokratie nennt er die Herrschaft demokratisch nicht legitimierter Eliten, die sich einer vermeintlich alternativlosen Politik bemächtigt hätten. Das breite sich in Europa und Amerika aus, aber es wäre fatal, wenn mit der Steuerungssillusion des demokratischen Staates in letzter Konsequenz gerade diese Demokratie deshalb in Frage gestellt würde, weil sie sich ihrer grenzenlosen Ausdehnung letztlich als nicht gewachsen erweist.

Die strukturelle Selbstüberforderung der Politik ist daher im Zweifelsfall die größere Bedrohung für die Demokratie als eine Ökonomie, die sich letztlich im Rahmen ihrer Rhythmen berechenbar bewegt – und ihre eigenen Krisen auch sehr viel härter sanktionierte. Gälte der Kapitalismus noch, so wären jedenfalls zahlreiche der Akteure, die heute mit sehr viel Geld gerettet werden müssen, längst vom Markt verschwunden. Das 19. Jahrhundert zeigt, dass so etwas nicht in die Katastrophe führen muss.

---

<sup>70</sup> COLIN CROUCH, Postdemokratie, Berlin 2012 (zuerst englisch: Post-democracy, Malden 2005).



KLEMENS KAPS

## ENTWICKLUNGSSCHANCEN IM SCHATTEN EINER KRISE?

### DIE AUSWIRKUNGEN DER GROSSEN DEPRESSION 1873–1896 AUF DIE HABSBURGERMONARCHIE UND GALIZIEN

Die vom Wiener Börsenkrach im Mai des Jahres 1873 eingeleitete Wirtschaftskrise markiert in mehrfacher Hinsicht einen Wendepunkt in der Entwicklung des späten 19. Jahrhunderts. Es handelt sich bei dem von der Hauptstadt Österreich-Ungarns ausgehenden Kollaps des Finanzwesens, der in weiterer Folge auch auf das Deutsche Reich, die USA, mehrere lateinamerikanische Staaten sowie das Osmanische Reich und Ägypten übersprang, um die erste globale Finanzkrise.<sup>1</sup> Zudem hatte der Zusammenbruch weitreichende und langanhaltende Auswirkungen auf Finanzmärkte, Staatsschulden und die Realwirtschaften einer Reihe von Ländern, weshalb 1873 als Auftakt zu einer Großen Depression gesehen wird, die erst Mitte der 1890er Jahre tatsächlich überwunden werden konnte.<sup>2</sup>

Die Interpretation einer zwei Jahrzehnte anhaltenden Krisenerscheinung wird vorrangig an sinkenden Preisen für Agrar- und Industrieprodukte und geringen Gewinnen festgemacht, während die Produktionsmengen weiter wuchsen.<sup>3</sup> Aus dieser Profitkrise, die sich nicht unwesentlich aus einer Überakkumulation von Kapital in den weltwirtschaftlichen Zentralräumen speiste, folgte ein massiver Geldexport in ärmere Länder

---

<sup>1</sup> CARLOS MARICHAL, Historical Reflections on the Causes of Financial Crises. Official Investigations, Past and Present, 1873–2011, in: *Economic History Research. Investigaciones de Historia Económica – Research* 10 (2014), H. 2, S. 81-91, hier S. 83.

<sup>2</sup> Ebd., S. 83. NIKOLAI KONDRATIEFF, Die langen Wellen der Konjunktur, in: *Archiv für Sozialgeschichte und Sozialpolitik* 56 (1926), S. 573-609, hier S. 590.

<sup>3</sup> GUY PALMADE, *Weltgeschichte*, Bd. 27: Das bürgerliche Zeitalter, Augsburg 2000, S. 69 ff.; JOSE V. SEVILLA, *El declive de la socialdemocracia*, Madrid 2011, S. 36 f.

und Regionen, der das Ziel hatte, lukrative Investitionsmöglichkeiten in Verbindung mit niedrigen Lohnkosten für ergiebige Renditen zu nutzen.<sup>4</sup> So stellten vor allem Marxisten von Rosa Luxemburg bis hin zu Eric Hobsbawm einen Zusammenhang zwischen der Depression und der Expansion der europäischen Kolonialherrschaft in Afrika und Asien her, wie dies in der Formulierung vom „Zeitalter des Imperialismus“ pointiert zum Ausdruck kommt.<sup>5</sup> Aus dieser Sicht spiegelt das Jahr 1873 nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht einen tiefen Einschnitt wider, sondern auch bezüglich der von ihm herbeigeführten oder beschleunigten sozialen, ideologischen sowie geo- und innenpolitischen Veränderungen.

Diese unterschiedlichen Einstufungen und Bewertungen hängen sowohl mit der Art der Krisendefinition als auch der Analyseebene zusammen. Je nachdem, ob das Finanz- und Währungssystem, Löhne und Preise oder aber die Produktionssphäre betrachtet werden, lässt sich von einem konjunkturellen Tief oder einer langanhaltenden Depression sprechen. Aus einer breiteren und langfristiger angelegten entwicklungsökonomischen Perspektive<sup>6</sup> lässt sich wiederum die Frage aufgreifen, inwieweit es sich um eine strukturelle Krise gehandelt habe, die durch die erwähnte Erschließung neuer Absatzmärkte in Übersee sowie neue Investitionsmöglichkeiten einen Wachstumszyklus einleitete. Folglich kann man die als zweite Industrialisierung bezeichnete Entstehung der chemischen und elektrischen Industrie sowie einer Reihe von neuen Konsumgüterindustrien – beispielsweise die Erzeugung von Haushaltsgeräten, Fahrrädern und Automobilen –, die zu den leitenden Branchen des Sekundärsektors aufstiegen, mit der Depression von 1873/96 in Zusammenhang bringen.<sup>7</sup>

Zugleich stellt sich die Frage nach den durch die Krise veränderten Wachstums- und Entwicklungschancen verschiedener Staaten oder Regionen. Tatsächlich sahen die ungarischen Wirtschaftshistoriker Iván Bérend und Györgi Ránkyi den Aufholprozess einiger der schwächer entwickelten Räume Europas vor dem Ersten Weltkrieg im Kapitalexport aus den Zentren infolge der durch die Krise deutlich verminderten Renditechancen.

---

<sup>4</sup> IVÁN BEREND / GYÖRGY RÁNKYI, *The European Periphery and Industrialization 1780–1914*, Cambridge 1982, S. 73 f.

<sup>5</sup> ERIC HOBSBAWM, *The Age of Empire, 1875–1914*, London 2002.

<sup>6</sup> ULRICH MENZEL, *Auswege aus der Abhängigkeit. Die entwicklungspolitische Aktualität Europas*, Frankfurt a. M. 1988.

<sup>7</sup> PALMADE, *Das bürgerliche Zeitalter*, S. 71; HOBSBAWM, *The Age*, S. 52 f.

cen begründet.<sup>8</sup> Demgegenüber betonen neuere Arbeiten einen längerfristigen Konvergenztrend zwischen den Regionen der sogenannten Atlantischen Ökonomie zwischen 1860 und 1914 und weisen auf die positiven Effekte von Verflechtungsprozessen und Marktintegration hin, aus denen die Krisenjahre fast gänzlich ausgeblendet bleiben.<sup>9</sup>

Die hier kurz umrissenen vielfältigen Deutungen der Krise von 1873 und ihrer Auswirkungen auf den sozioökonomischen Wandel weltweit werden im Folgenden anhand des Habsburgerreichs verfolgt. Die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie ist nicht nur deswegen ein ergiebiges Beispiel, weil sie Ausgangspunkt des Börsencrashes war, sondern interessiert auch und gerade aufgrund der besonders markanten inneren räumlichen Disparitäten.

Dementsprechend wird weniger den Ursachen der Krise nachgegangen, als vielmehr deren Folgen für die sozioökonomische Entwicklung der Doppelmonarchie insgesamt; außerdem werden die inneren Ungleichgewichte im Besonderen untersucht. Anders formuliert: Stellte die Große Depression von 1873 bis 1896 einen Wendepunkt in der wirtschaftlichen Entwicklung der Monarchie dar und eröffneten sich dadurch neue Chancen für Regionen, die bis dato nur schwach am Wachstumsprozess partizipieren konnten? Exemplarisch wird dies am Kronland Galizien festgestellt, das innerhalb der Monarchie bis zum Ersten Weltkrieg zu den mit Abstand ärmsten Regionen zählte, jedoch gerade in den Krisenjahren vergleichsweise hohe Wachstumsraten verzeichnete. Dieses vordergründig günstige Bild wird auf die zeitliche Dynamik, insbesondere jedoch auf das umfassende Entwicklungsprofil der vorwiegend agrarisch geprägten Region am nordöstlichen Rand des Reiches hin überprüft. In einem weiteren Schritt werden die Ursachen für diesen Prozess beleuchtet und herausgearbeitet, inwieweit der Wandel durch die Krise selbst und die dadurch bedingten Veränderungen in der staatlichen Wirtschaftspolitik ausgelöst beziehungsweise begünstigt wurde.

---

<sup>8</sup> BÉREND, RÁNKYI, *Periphery*, S. 78-99.

<sup>9</sup> KEVIN O'ROURKE / JEFFREY WILLIAMSON, *Globalization and History. The Evolution of a Nineteenth-Century Atlantic Economy*, Cambridge (Mass.) 1999.



# 1. Wachstumsbremse oder struktureller Wendepunkt? Auswirkungen der Krise von 1873 auf die Habsburgermonarchie

Die mit dem Kurssturz der Wiener Börse im Mai 1873 eingeleitete Finanzkrise beendete eine siebenjährige Konjunkturphase, die in die Historiografie als Erste Gründerzeit Eingang gefunden hat und in welcher ein ungeahnt dynamisches Wachstum aller Wirtschaftssektoren erfolgte. Ausgangspunkt der Prosperitätsphase war das Zusammentreffen von üppigen Getreideerträgen in der Habsburgermonarchie mit Ernteausfällen in Westeuropa in den Jahren 1867/68, was einerseits zu einem Exportboom in der Landwirtschaft führte, andererseits den Eisenbahnunternehmen hohe Gewinne einspielte und ihnen ermöglichte, ihr Anlagekapital günstig zu verzinsen. Dies löste einen Eisenbahnboom aus, der bis zum Ausbruch der Krise zu einer Ausdehnung des Schienennetzes um 9.472 Kilometer führte. Getragen wurde die Expansion zusätzlich durch den Verzicht auf deflationäre Budgetpolitik aufgrund des Kriegs mit Preußen und Italien (1864-1866), was die Geldzirkulation ankurbelte. Dadurch fand die Habsburgermonarchie den Weg aus der Depression der 1860er Jahre und konnte verspätet an die international günstige Konjunkturlage anschließen.<sup>10</sup>

In weiterer Folge expandierten die Stein- und Braunkohleförderung, die eisenverarbeitende Industrie und der Maschinenbau. Dabei kam es neben der quantitativen Ausweitung der Produktionsmengen zu einem qualitativen Wandel, indem neue Erzeugungsstandorte etabliert wurden: Im Maschinenbau traten zu den alten Produktionsstandorten Wien, Prag, Wiener Neustadt und Brünn neue Standorte in Budapest, Graz, Lemberg und Krakau hinzu. Aber auch technologische Innovationen setzten sich, gerade im Hinblick auf die Mechanisierung der Produktion, durch: So stieg die Zahl der im Gewerbe verwendeten Dampfmaschinen zwischen 1863 und 1875 von 2.882 auf 9.160, während die kumulierte Leistungskapazität von 46.996 auf 157.279 PS zunahm.<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> EDUARD MÄRZ, *Österreichs Industrie- und Bankenpolitik in der Zeit Franz Joseph I.*, Wien 1968, S. 139 f., 185; HERBERT MATIS, *Österreichs Wirtschaft 1848–1913. Konjunkturrelle Dynamik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter Franz Joseph I.*, Berlin 1972, S. 157, 165.

<sup>11</sup> MÄRZ, *Österreichs Industrie- und Bankenpolitik*, S. 139 f., 185; MATIS, *Österreichs Wirtschaft*, S. 157, 165.

Der wirtschaftliche Aufschwung äußerte sich insbesondere in einer regen Errichtung von Aktiengesellschaften, die sich als neue unternehmerische Organisations- und Finanzierungsform etablierten.<sup>12</sup> Der Gründungstrend mündete in einer Spekulationswelle, die vorwiegend von den Banken getragen wurde. Zwar bremste ein vorübergehender Einbruch, die sogenannte „kleine Krise“ von 1869/70, den Boom, jedoch erfasste diese weder die Realwirtschaft noch konnte sie die finanzwirtschaftliche Expansion stoppen. Allein im Jahr 1871 wurden 175 Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 361,8 Millionen Gulden (fl.) konzessioniert, 1872 waren es 376 Unternehmen mit einer Kapitalausstattung von 1.783,72 Mio. fl., und in den ersten vier Monaten des darauffolgenden Jahres allein 154 Unternehmen mit einem Volumen von 1.003,86 Mio. fl. Die Mehrheit dieser neu ins Leben gerufenen Unternehmungen waren der Baubranche und dem Kreditgeschäft zuzurechnen und überlebte die Krisenjahre größtenteils nicht.<sup>13</sup>

Die exzessive Aktivität im Finanzsektor legte zudem die Grundlagen für den nachfolgenden Kollaps, der von der zunehmenden Verknappung der Geldmenge und der nicht mehr realisierbaren Erwartung wachsender Renditen ausgelöst wurde. Zugleich konnten neue Eisenbahngesellschaften ihre Betriebskosten nicht mehr decken, was zur Verschiebung des Gründungsgeschäfts in den Bau-, Banken- und Industriesektor führte. Dies konnte den Ausbruch der Krise zwar hinauszögern, nicht jedoch aufhalten, und hing nicht unwesentlich mit der anhaltenden Verminderung der Nachfrage infolge der durch die Preishausse im Zuge des Booms gestiegenen Lebenshaltungskosten und sinkenden Reallöhne zusammen. Mit den zunehmenden Lagerbeständen ergab sich ein starker Preisdruck, der schlussendlich die Kursstürze an der Wiener Börse im Frühjahr 1873 auslöste und bis zum Jahresende einen Wertverlust von etwa eineinhalb Milliarden Gulden verursachte.<sup>14</sup>

Von diesem als Überproduktions- und Überakkumulationskrise interpretierbaren Zusammenbruch wurden insbesondere jene Branchen erfasst, die am Boom besonders stark partizipiert hatten: Neben den Banken, deren Zahl in der österreichischen Reichshälfte innerhalb der ersten fünf Jahre der Großen Depression von 147 auf 53 sank, und die enorme Wertverluste ihres Portefeuilles und ihrer Börsennotierung verbuchen mussten, verloren die in der Baubranche engagierten Aktiengesellschaften in den

---

<sup>12</sup> MATIS, Österreichs Wirtschaft, S. 170.

<sup>13</sup> MÄRZ, Österreichs Industrie- und Bankenpolitik, S. 146 f., 149 ff.

<sup>14</sup> Ebd., S. 171 ff.

unmittelbaren Krisenjahren ein Drittel ihres kumulierten Kapitals (im Umfang von 23 Mio. fl.).<sup>15</sup>

Die Produktion der eisenverarbeitenden Industrie, des Maschinenbaus und der Textilproduktion brach ein und erholte sich erst allmählich ab Ende der 1870er Jahre, während der Sekundärsektor insgesamt, getragen von Bergbau und Nahrungsmittelindustrie, weiterhin wuchs. Zwar fanden die krisengebeutelten Branchen seit Anfang der 1880er Jahre wieder zum Wachstum zurück, doch wurden die Produktionsvolumina von vor der Krise erst ab 1888 erreicht.<sup>16</sup> Neben der Erzeugung gingen auch die Investitionen in neue Aktiengesellschaften zurück (von 1.011 Millionen Gulden zwischen 1866 und 1873 auf 374,4 Millionen Gulden zwischen 1874 und 1900), und die Dividenden der Wiener Banken sanken von 20 Prozent (1867/73) auf acht Prozent im ersten Jahrzehnt der Krise.<sup>17</sup> Diese Zahlen verdecken jedoch, dass die Erholung bereits in den 1880er Jahren einsetzte, sodass die Banken ab Ende des Jahrzehnts in das industrielle Gründungsgeschäft zurückkehrten, das ab Mitte der 1890er Jahre an Dynamik gewann.<sup>18</sup> Neben der Industrie war außerdem der Agrarsektor stark von der Krise betroffen, weil die sinkenden Weltmarktpreise trotz guter Ernten zahlreiche Bauernhöfe in schwerwiegende finanzielle Probleme schlittern ließen. Die Profitkrise geriet im unteren Segment der ländlichen Wirtschaft zu einer ernsthaften Existenzbedrohung, wie der massive Anstieg der aufgrund von nicht bedienbaren Schulden versteigerten bäuerlichen Liegenschaften belegt: von 4.413 im Jahr 1874 auf 9.090 vier Jahre später; im Jahr 1881 erhöhte sich die Zahl auf 13.423.<sup>19</sup>

Während der Konjunkturverlauf Österreich-Ungarns in Einklang mit den weltwirtschaftlichen Zyklen und insbesondere den Kondratieff-Wel-

---

<sup>15</sup> Ebd., S. 176, 181, 187 ff., 192; EDUARD MÄRZ, Einige Besonderheiten der Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, in: Sozialwissenschaftliche Annalen 1 (1977), H. 4, S. 87-107, hier S. 92.

<sup>16</sup> MAX-STEPHAN SCHULZE, The Machine-building Industry and Austria's Great Depression after 1873, in: *Economic History Review* 50 (1997), H. 2, S. 282-304, hier S. 286; ANTON KAUSEL, Österreichs Volkseinkommen 1830-1913. Versuch einer Rückberechnung des realen Brutto-Inlandsproduktes für die österreichische Reichshälfte und das Gebiet der Republik Österreich, in: *Geschichte und Ergebnisse der zentralen amtlichen Statistik 1829-1979*, Wien 1979, S. 689-720, hier S. 707.

<sup>17</sup> MATIS, Österreichs Wirtschaft, S. 423.

<sup>18</sup> RICHARD L. RUDOLPH, *Banking and Industrialization in Austria-Hungary. The Role of Banks in the Industrialization of the Czech Crownlands 1873-1914*, London u. a. 1976, S. 96, 102.

<sup>19</sup> MATIS, Österreichs Wirtschaft, S. 422.

len steht,<sup>20</sup> verwies vor allem David Good darauf, dass die Produktion während der Depressionsphase nie unter das Niveau des Jahres 1867 fiel und somit den langfristigen Wachstumstrend weder umkehrte noch nachhaltig unterbrach.<sup>21</sup> In der Tat weisen auch Goods BIP-Daten ein nur minimal geringeres Wachstum im jährlichen Durchschnitt während der Depressionsjahre im Vergleich mit der darauffolgenden Konjunkturphase auf (1,5 gegenüber 1,8 %). Selbst die eigentlichen Krisenjahre bremsen die Steigerung der Wirtschaftsleistung nur begrenzt, auch wenn zu berücksichtigen ist, dass die in Zehnjahresschritten erhobenen Daten noch einen Teil des fulminanten Gründerzeitbooms widerspiegeln.<sup>22</sup> Allerdings wandelt sich das Bild, wenn das von Max-Stephan Schulze errechnete Volkseinkommen herangezogen wird, das eine doch deutliche Wachstumsverlangsamung während der unmittelbaren Krisenjahre (0,4 %) und der Depressionsphase (0,8 %) gegenüber dem Aufschwung der Jahrhundertwende (1,4 %) zeigt.<sup>23</sup> Sektoral war die Auswirkung noch stärker, wie die deutlich verlangsamte Produktionssteigerung der Industrie belegt.<sup>24</sup>

Lässt sich somit ein doch deutlich wachstumshemmender Effekt auf die Ökonomie der zentraleuropäischen Donaumonarchie während des letzten Viertels des 19. Jahrhunderts feststellen, so unterstreicht der relativ rasche Aufschwung,<sup>25</sup> dass 1873 keinen Bruch im Wachstumsmuster markierte: Anders als während der Jahre nach den Napoleonischen Kriegen oder zwischen 1850 und 1867 blieb eine profunde Stagnation aus.<sup>26</sup>

---

<sup>20</sup> KONDRATIEFF, Die langen Wellen, S. 590.

<sup>21</sup> DAVID F. GOOD, Modern Economic Growth in the Habsburg Monarchy, in: East Central Europe 7 (1980), H. 1, S. 248-268, hier S. 258.

<sup>22</sup> Eigene Berechnungen nach: David F. Good, The Economic Lag of Central and Eastern Europe. Evidence from the Late Nineteenth-Century Habsburg Empire, unpublished draft of the Working Papers in Austrian Studies 93-7, Minneapolis 1993, S. 1-36, hier S. 16.

<sup>23</sup> Eigene Berechnungen nach: MAX-STEPHAN SCHULZE, Regional Income Dispersion and Market Potential in the Late Nineteenth Century Hapsburg Empire, in: The LSE Economic History Working Papers, 2007, Nr. 106, <http://lse.ac.uk/economicHistory/pdf/WP106schulze.pdf>, S. 26 (15.12.2014).

<sup>24</sup> JOHN KOMLOS, Die Habsburgermonarchie als Zollunion. Die wirtschaftliche Entwicklung Österreich-Ungarns im 19. Jahrhundert, Wien 1986, S. 97, 113.

<sup>25</sup> CARLO CICCARELLI / ANNA MISSIAIA, Business Fluctuations in Imperial Austria's regions, 1867–1913: New Evidence, in: The LSE Economic History Working Papers, 2014, Nr. 186, <http://lse.ac.uk/economicHistory/workingPapers/2014/WP186.pdf>, S. 2 (15.12.2014).

<sup>26</sup> KOMLOS, Die Habsburgermonarchie, S. 64-76.

Unklar ist hingegen, inwieweit die Wachstumsverlangsamung sich auf Österreich-Ungarns Partizipation an den von Kevin O'Rourke und Jeffrey Williamson georteten Konvergenzprozessen der späteren OECD-Staaten auswirkte.<sup>27</sup> Während beide Autoren im Einklang mit den Schätzungen von Paul Bairoch und Anton Kausel aus den 1970er Jahren für ein Aufschließen der westlichen Regionen zu den ökonomischen Zentren Westeuropas argumentieren, jedoch einen weiten Abstand für die östlichen Regionen und die Monarchie insgesamt orten,<sup>28</sup> stellen die jüngeren Schätzungen Schulzes diesen Befund insbesondere für die wirtschaftlichen Kernräume der Monarchie infrage. Demnach wäre die Wirtschaftsleistung Österreich-Ungarns gegenüber den europäischen Zentren der globalen Ökonomie ab der Großen Depression bis zum Ersten Weltkrieg schrittweise zurückgefallen – ein Befund, der mit älteren Studien übereinstimmt.<sup>29</sup>

Deutlich lässt sich hingegen festhalten, dass die Depression für die Organisationsform und Struktur der habsburgischen Wirtschaftslandschaft einen Wendepunkt bedeutete.<sup>30</sup> An erster Stelle stehen hier die Umstrukturierungen im Industriesektor selbst. Unter der Ägide der Banken wurde ab den späten 1870er Jahren ein Konzentrationsprozess eingeleitet, der zunächst darauf abzielte, kleinere und mittelgroße Betriebe zu großen Firmenkomplexen zusammenzuschließen oder aber bestehende Großunternehmen zu erweitern. Dabei ging es neben horizontalem Wachstum innerhalb einer Branche zunehmend um den Aufbau vertikal integrierter Betriebe, die verschiedene Fertigungsschritte eines Produkts unter einem unternehmerischen Dach vereinigten. Aber auch komplexe, diversifizierte Betriebe entstanden.<sup>31</sup>

---

<sup>27</sup> O'ROURKE / WILLIAMSON, *Globalization and History*, S. 3-6.

<sup>28</sup> Ebd., S. 17-20; KAUSEL, *Österreichs Volkseinkommen*, S. 712, 714, 716 f., 720; PAUL BAIROCH, *Europe's Gross National Product 1800-1975*, in: *Journal of European Economic History* 5 (1976), H. 2, S. 273-340.

<sup>29</sup> MAX-STEPHAN SCHULZE, *Origins of Catch-up Failure. Comparative Productivity Growth in the Habsburg Empire 1870-1910*, in: *European Review of Economic History* 11 (2007), H. 2, S. 189-218; vgl. RICHARD L. RUDOLPH, *Quantitative Aspekte der Industrialisierung in Cisleithanien 1848-1914*, in: *Die Habsburgermonarchie 1848-1914*, Bd. 1: *Die wirtschaftliche Entwicklung*, hg. v. ALOIS BRUSATTI, Wien 1973, S. 233-249, hier S. 245.

<sup>30</sup> DAVID F. GOOD, *Der wirtschaftliche Aufstieg des Habsburgerreichs 1750-1918*, Wien u. a. 1986, S. 161 ff.

<sup>31</sup> Ebd., S. 165-180; DAVID TURNOCK, *The Economy of East Central Europe 1815-1989. Stages of Transformation in a Peripheral Region*, London / New York 2006, S. 68.

In besonderem Ausmaß wurden von dieser Tendenz die Hüttenindustrie, der chemische Bereich, die Erzeugung von Licht- und Kraftstrom, das Bau- und graphische Gewerbe und die Maschinenindustrie erfasst.<sup>32</sup> Dieser Konzentrationsprozess weitete sich ab den späten 1880er Jahren auf die Etablierung weitreichender Kartelle verschiedener Branchen aus, die erneut von den Banken orchestriert wurden. Dadurch entstand eine enge Verzahnung von Finanz- und Industriekapital, die das Ziel verfolgte, den Absatz am Binnenmarkt zu steuern und die Profitmaximierung abzusichern.<sup>33</sup> Für diese in mehreren westeuropäischen Staaten und Nordamerika anzutreffende Umgestaltung der kapitalistischen Verhältnisse wurde der Begriff des Organisierten Kapitalismus geprägt.<sup>34</sup>

Folglich bestand die Reaktion auf Deflation, Absatz- und Profitkrise in einer Bündelung der unternehmerischen Strukturen, um solcherart die Konkurrenz zu reduzieren und Produktions- und Verkaufsmengen für sichere Gewinne zu regulieren. Dazu trug auch die 1878 eingeleitete Abkehr von der Freihandelspolitik bei, wodurch sowohl die Konkurrenz von jenseits der Staatsgrenzen eingedämmt als auch den sinkenden Weltmarktpreisen entgegengewirkt wurde.<sup>35</sup> Ein anderes Element der Krisenlösung war die Suche nach neuen Investitionsmöglichkeiten, wie allein die Diversifizierung der Unternehmen unter Beweis stellt, und was noch deutlicher in der erwähnten Investition in neue Branchen zum Ausdruck kommt.

## 2. Die Krise und interne Disparitäten: Der Fall Galizien, 1873–1914

Die österreichisch-ungarische Industrie konzentrierte sich in den westlichen Regionen, insbesondere in den böhmischen Ländern, Nieder- und

---

<sup>32</sup> ERNST BRUCKMÜLLER, *Sozialgeschichte Österreichs*, Wien / München <sup>2</sup>2001, S. 307.

<sup>33</sup> Peter Eigner, *Die Konzentration der Entscheidungsmacht. Die personellen Verflechtungen zwischen den Wiener Großbanken und Industriektiengesellschaften, 1895–1940*, Dissertation Universität Wien 1997; GOOD, *Der wirtschaftliche Aufstieg*, S. 180–189.

<sup>34</sup> HOBBSAWM, *The Age*, S. 44.

<sup>35</sup> SCOTT M. EDDIE, *The Terms of Trade as a Tax on Agriculture. Hungary's Trade with Austria 1883–1913*, in: *Journal of Economic History* 32 (1972), H. 1, S. 298–315; GUSTAV OTRUBA, *Die Einführung des Goldstandards in Österreich-Ungarn und seine Auswirkungen auf die Preis- und Lohnentwicklung*, in: *Weltwirtschaftliche und währungspolitische Probleme seit dem Ausgang des Mittelalters* hg. v. HERMANN KELLENBENZ, Stuttgart / New York 1981, S. 123–162, hier S. 150.

Oberösterreich, während die östlichen Provinzen auf die Landwirtschaft ausgerichtet waren. Die verschiedenen sozioökonomischen Profile der einzelnen Gebiete des weitläufigen Habsburgerreiches drücken sich auch in den bereits eingangs angesprochenen beachtlichen Einkommensunterschieden aus. Seit Jahrzehnten arbeiten sich Wirtschaftshistoriker an der Frage ab, ob es zwischen 1870 und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs zu einer Annäherung der regionalen Einkommensdifferenzen kam.<sup>36</sup>

Die Debatte ist bis heute nicht entschieden: David Goods positiver Bewertung, die ein relatives Aufschließen der ärmeren zu den wohlhabenderen Gebieten ortet, setzt Max-Stephan Schulze eine Berechnung entgegen, die sowohl die Monarchie insgesamt gegenüber Westeuropa weiter entfernt sieht, als auch die inneren Disparitäten deutlich stärker akzentuiert.<sup>37</sup> Hierbei ist die Frage, inwieweit die Krise von 1873 die Entwicklung der regionalen Dynamiken beeinflusst hat, zumindest für den ungarischen Fall aufgegriffen worden: Infolge der Krise kam es zu einem Kapitalabfluss aus der cisleithanischen, also der österreichischen Reichshälfte, und zu Investitionen in Ungarn, was der Entstehung einer Mühlen- und Maschinenbauindustrie in Transleithanien zusätzliche Impulse verlieh. Mit der Konjunkturwende ab 1896 floss Geld zurück, wodurch auch die Wachstumsraten der westlichen Regionen wieder stiegen.<sup>38</sup>

Allerdings nimmt ein derartiger Befund keine Rücksicht auf die zeitliche Dimension vor 1870, da infolge mangelnder Daten die Entwicklung der interregionalen Disparitäten nicht präzise dokumentiert werden kann, auch wenn Good von steigenden Unterschieden im Einkommensniveau für die erste Jahrhunderthälfte ausgeht.<sup>39</sup> Zudem lenkt der Fokus auf Ungarn von den auch innerhalb der westlichen Reichshälfte zum Teil enormen Ungleichheiten ab: Kronländer wie Krain, Dalmatien, Galizien und die Bukowina waren weit vom Lebensstandard der böhmischen und österreichischen Industrieräume entfernt. In der Folge wird daher mit Galizien eine dieser Regionen beleuchtet, die selbst Good aus dem Kon-

---

<sup>36</sup> ANDREA KOMLOSY, Regionale Ungleichheiten in der Habsburgermonarchie. Kohäsionskraft oder Explosionsgefahr für die staatliche Einheit, in: *Innere Peripherien in Ost und West*, hg. v. HANS-HEINRICH NOLTE, Stuttgart 2001, S. 97-111.

<sup>37</sup> GOOD, *The Economic Lag*; SCHULZE, *Regional Income Dispersion*.

<sup>38</sup> TURNOK, *The Economy*, S. 69; KOMLOS, S. 139 f.; SCHULZE, *The Machine-building*, S. 292 f., 297.

<sup>39</sup> GOOD, *Modern Economic Growth*, S. 264.

vergenztrend ausnimmt, und vor allem der Einfluss der Krise von 1873 auf die Wachstums- und Entwicklungschancen untersucht.<sup>40</sup>

Galizien, das 1772 vom habsburgischen Staat im Zuge der Ersten Teilung Polen-Litauens erobert und in weiterer Folge unter staatlicher Ägide in den zentraleuropäischen habsburgischen Wirtschaftsraum integriert wurde, war nachhaltig von der Agrarverfassung des Gutshofs geprägt und vorwiegend auf die Landwirtschaft sowie die Extraktion und Aufbereitung von Rohstoffen ausgerichtet. Gewerbliche Produktion bestand vorwiegend in den auf den adeligen Herrschaften eingerichteten Eisenhütten, Kupferhämmern, Getreidemühlen, Pottaschesiedereien sowie Schnapsbrennereien und Bierbrauereien, die allesamt lokale Ressourcen weiterverarbeiteten und in ihrer großen Mehrheit als Ergänzungs- und Erweiterungsbetriebe zu und neben der Landwirtschaft fungierten. Außerdem spielten der Salz- und Kohlebergbau und die vorwiegend heimgewerblich betriebene Leinenproduktion eine wichtige Rolle.<sup>41</sup>

Die Gutshöfe hielten bis zu den späten 1860er Jahren an ihrem extensiven Produktionsmodell fest, auch wenn vielerlei Brüche wie der Verlust des Danziger Absatzmarktes für Getreide infolge der preußischen Hochzollpolitik und der Agrarreformen in den 1780er Jahren, die Produktivitätskrise der 1830er Jahre oder die Grundentlastung 1848 erfolgten. Aus der insgesamt geringen Innovations- und Investitionstätigkeit der galizischen Grundbesitzer ergab sich eine in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis in die 1860er Jahre sinkende Flächenproduktivität sowie eine bis dahin nur in Ansätzen stattfindende Diversifizierung der angebauten Feldpflanzen.<sup>42</sup> An die Mitte der 1820er Jahre in den westlichen Regionen einsetzende Industrialisierung konnte Galizien ebenso wenig anschließen wie an die in den 1860er Jahren in den ungarischen Regionen entstehende Agrarindustrie. Vielmehr kamen mit dem Eisenbahnanschluss ab den 1840er Jahren jene heimgewerblichen Textilsparten in Bedrängnis, die für überregionale Märkte produzierten.<sup>43</sup>

---

<sup>40</sup> DERS., *Der wirtschaftliche Aufstieg*, S. 138.

<sup>41</sup> HELENA MADUROWICZ / ANTONI PODRAZA, *Próba rejonizacji gospodarczej Małopolski zachodniej*, in: *Studia z dziejów wsi małopolskich w drugiej połowie XVIII w.*, hg. v. CELINA BOBIŃSKA, Warszawa 1957, S. 57-167.

<sup>42</sup> ROMAN SANDGRUBER, *Österreichische Agrarstatistik 1750–1918 (Wirtschafts- und Sozialstatistik Österreich-Ungarns, Teil 2)*, Wien 1978, S. 177.

<sup>43</sup> MARIUSZ KULCZYKOWSKI, *Protoindustrializacja i deindustrializacja Galicji w latach 1772–1918. Problemy badawcze*, in: *Roczniki Dziejów Społecznych i Gospodarczych* 50 (1989), S. 105-118, hier S. 113.



Dies spiegelte sich ebenso in Galiziens Einkommen wie in den Wachstumsraten wider. So lag das Regionalprodukt pro Kopf Mitte der 1780er Jahre bei 46,5 Prozent des Durchschnitts der späteren cisleithanischen und bei 59,6 Prozent der transleithanischen Reichshälfte. Bis 1841 verlor die nordöstliche Provinz gegenüber den westlichen Regionen an Boden (40,9%), um dann bis zu Weltkriegsausbruch wieder aufzuholen (47,3%). Gegenüber Ungarn hingegen war die Entwicklung genau umgekehrt – dem beachtlichen Aufholen bis 1841 (80,6 %) stand ein Zurückfallen in der zweiten Jahrhunderthälfte entgegen (71,3 %), was jedoch vorwiegend auf die dynamische Entwicklung der ungarischen Wirtschaft ab den 1860er Jahren zurückzuführen ist.<sup>44</sup>

Dieser erste Hinweis auf ein starkes Wachstum Galiziens im späten 19. Jahrhundert im Vergleich mit den davorliegenden Jahrzehnten wird durch die erwähnten BIP-Daten Goods und Schulzes deutlich relativiert: So lag Galiziens Wachstumsrate in beiden Schätzungen zwischen 1870 und 1913 mit 1,52 Prozent (Good) bzw. mit 0,85 Prozent (Schulze) im unteren Drittel aller österreichisch-ungarischen Regionen; im ersten Fall geringfügig über, im zweiten Fall leicht unter dem Durchschnitt der Gesamtmonarchie. Und ungeachtet der Differenzen war Galizien im letzten Vorkriegsjahr die drittärmste Provinz Österreich-Ungarns: Nur Dalmatien sowie Kroatien-Slawonien (Good) bzw. die Bukowina (Schulze) unterboten jene 707 bzw. 1205 US-Dollar, die auf einen Bewohner Galiziens im Durchschnitt an Jahreseinkommen entfielen.<sup>45</sup>

Insgesamt konnte somit Galizien im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts bis zum Kriegeausbruch mit dem Wachstumstempo der übrigen Regionen des habsburgisch regierten Zentraleuropas mithalten, allerdings keinen nennenswerten Aufholprozess in Gang setzen – nicht zuletzt infolge der dynamischen Wohlstandssteigerung zahlreicher Komitate Transleithaniens. Von diesem Panorama sind jedoch gerade die Jahre der Großen Depression auszunehmen: In beiden Schätzungen konnte Galizien nicht nur mit dem Wachstumstempo des Gesamtstaats mithalten,

---

<sup>44</sup> PETER G. M. DICKSON, *Finance and Government under Maria Theresia 1740–1780*, Bd. 1: *Society and Government*, Oxford 1987, S. 137, 438 f.; FRIEDRICH VON FELLNER, *Das Volkseinkommen Österreichs und Ungarns*. Sonderabdruck aus dem September-Oktober-Heft der Statistischen Monatsschrift 21, Wien 1917, S. 113; PETER HANÁK, *Hungary in the Austro-Hungarian Monarchy. Preponderancy or Dependency*, in: *Austrian History Yearbook* 3 (1967), H. 1, S. 260–302, hier S. 283; LESLIE KOOL, *Economic Development on the Periphery. A Case Study of East Galicia*, Ph.D. Dissertation Temple University, Ann Arbor 1994, S. 251.

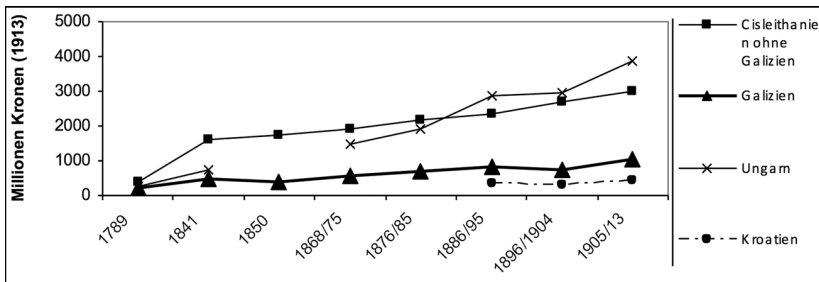
<sup>45</sup> GOOD, *The Economic Lag*, S. 16; SCHULZE, *Regional Income Dispersion*, S. 26.

sondern dieses zwischen 1880 und 1890 leicht (1,5 gegenüber 1,3 %) bis deutlich (2 gegenüber 1,6 %) übertreffen, bevor dann um die Jahrhundertwende mit dem Einsetzen der neuen Konjunkturphase ein weiterer Rückschlag einsetzte. Zwar lag Galiziens Wachstum im unmittelbaren Krisenjahrzehnt unter dem Durchschnitt der Monarchie, doch ist dieser Wert durch die Einbeziehung der letzten drei Jahre des Gründerzeitbooms verzerrt.<sup>46</sup>

### 3. Die Krise als Wendepunkt für eine strukturschwache Region: Einsetzendes Wachstum in Industrie und Landwirtschaft

Dass für Galiziens prekäre Ökonomie die Krisenjahre beachtliche Wachstumsimpulse bedeuteten, wird bei einem Blick auf die Entwicklung des Primär- und Sekundärsektors deutlich: So wuchs der Ausstoß der Feldfrüchteproduktion währenddessen kontinuierlich und im relativen Gleichklang mit dem übrigen Cisleithanien, auch wenn er von der dynamischen Zunahme in Transleithanien stark entfernt blieb (Abb. 1).

Abbildung 1: Wertschöpfung der Feldfrüchteproduktion Österreich-Ungarns im Vergleich



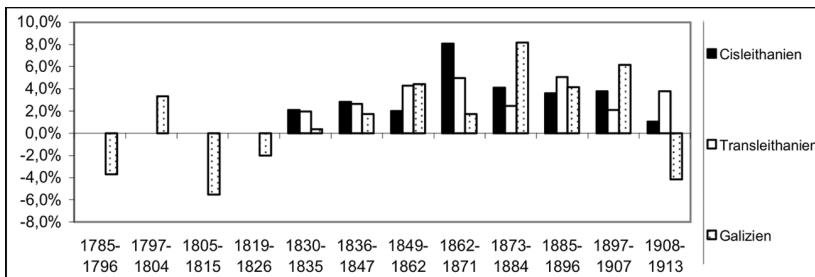
Quelle: KOOL, Development, S. 308 f. KOMLOS, Zollunion, S. 161-165. SANDGRUBER, Agrarstatistik, S.107.

Zugleich nahmen erstmals im 19. Jahrhundert die durchschnittlichen Hektarerträge zu, was auf die Einführung rationalisierender Produktionstechniken und Anbaumethoden sowie komplexere Fruchtwechselsysteme und Meliorationen zurückzuführen ist. Allerdings ließen erst metallene

<sup>46</sup> Eigene Berechnungen nach: ebd.

Pflüge und Eggen sowie Dampfmaschinen und Mineraldünger im frühen 20. Jahrhundert die Flächenproduktivität merklich anschwellen.<sup>47</sup> Noch markanter war das Wachstum im Sekundärsektor, das insbesondere im ersten Jahrzehnt nach der Krise (1873–1884) einen nicht nur im langen 19. Jahrhundert ungekannten Spitzenwert erreichte, sondern auch die restlichen habsburgischen Regionen dies- und jenseits der Leitha deutlich hinter sich ließ (Abb. 2). Sowohl im zweiten Jahrzehnt der Großen Depression wie im neuerlichen Konjunkturaufschwung nach 1896 nahm der Produktionswert von Galiziens Sekundärsektor stärker als im restlichen Cisleithanien zu, bevor in den Vorkriegsjahren ein heftiger Einbruch erfolgte.

Abbildung 2: Durchschnittliches jährliches Wachstum von Bergbau und Industrie



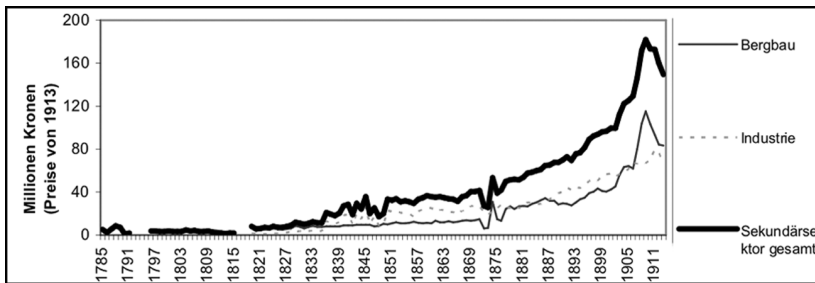
Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage verschiedener offizieller Statistiken, Details der Berechnung siehe: KLEMENS KAPS, *Ungleiche Entwicklung in Zentraleuropa. Überregionale Arbeitsteilung und imperiale Politik im habsburgischen Galizien (1772–1914)*, Wien 2015, Appendix C.

Deutlicher als die Daten des Bruttoinlandsprodukts unterstreicht die Produktionswertentwicklung in Bergbau und Industrie, dass die Krise von 1873 einen Wendepunkt in Galiziens Entwicklung markierte: Die vorwiegend durch die Schockwirkungen aufgrund der erzwungenen Integration in den habsburgischen Binnenmarkt ausgelösten Wachstumseinbrüche des späten 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts wurden ebenso zurückgelassen wie die langwierigen und von vielen Rückschlägen gekennzeichneten Stagnationsphasen zwischen den 1830er und den 1860er Jahren – dies unterstreicht ein Blick auf die Jahresreihen der Produktionsentwicklung.

<sup>47</sup> GOOD, *Der wirtschaftliche Aufstieg*, S. 69, 225.

Selbst der Gründerzeitboom war an Galiziens Sekundärsektor relativ spurlos vorbeigegangen. Umgekehrt hielt der Rückgang in der Erzeugung durch die Krise nur kurz an, während sich danach ein relativ steiles Wachstum anschloss. Dieses gewann im Einklang mit dem neuerlichen Konjunkturaufschwung noch weiter an Dynamik und erreichte bis zur Rezession der Vorkriegsjahre einen ungekannten Spitzenwert (Abb. 3).

Abbildung 3: Wertschöpfung der Industrie- und Gewerbeproduktion Galiziens (1785–1913)



Quelle: Wie Abbildung 2.

Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die hier verwendeten Reihen nur einen Teil der Gewerbe- und Industrieproduktion beinhalten: So beruhen die Statistiken vor 1819 fast ausschließlich auf der Kohle- und Salzproduktion, danach ist das Sample mit dem Bergbau, der Metallerzeugung und der Nahrungs- und Genussmittelindustrie deutlich breiter und repräsentiert ab der Jahrhundertmitte 62,5 bzw. 42,7 Prozent der im Bruttoinlandsprodukt der Jahre 1841 und 1911/13 enthaltenen Branchen des Sekundärsektors. Allerdings blieb beispielsweise die heimgewerblich organisierte Textilerzeugung ausgeklammert.<sup>48</sup>

Eine vollständige Datenreihe würde mit Sicherheit die Wachstumsraten in den einzelnen Zeiträumen verändern, der allgemeine Trend vor der Krise von 1873 bliebe allerdings stabil. Tatsächlich könnte sich die Entwicklung der Jahrhundertwende als zu dynamisch erweisen, da es neben der Expansion der Alkoholerzeugung und der Extraktion fossiler Brennstoffe, insbesondere von Erdöl und Erdwachs, zu einer beachtlichen Verdrängung der lokalen Gewerbe und der auf überregionale Märkte

<sup>48</sup> KOOL, Development, S. 268, 275, 298.

ausgerichteten Textilerzeugung kam.<sup>49</sup> Insgesamt jedoch ändern diese Relativierungen am Befund wenig, wonach um die Jahrhundertwende Galiziens sekundärer Sektor im Unterschied zu den Jahrzehnten bis zum abrupten Ende der Gründerzeit ein rapides und anhaltendes Wachstum zu verzeichnen hatte. Der Bruch mit den Rückschlägen und Stagnationstendenzen der davorliegenden Jahrzehnte, der vorwiegend auf die Produktionssteigerung der Genussmittelerzeugung – hier vor allem Bierbrauereien, Branntweinbrennereien und Zuckerraffinerien – sowie den Erdölboom zurückzuführen ist,<sup>50</sup> hängt dabei nicht unwesentlich mit der Krise von 1873 zusammen. So wäre in der Erdölförderung, die sich ab den 1870er Jahren von einer heimgewerblichen Branche zu einer industriekapitalistischen Hochtechnologiesparte wandelte und damit einen der wenigen erfolgreichen Übergänge von Proto- zu moderner Fabrikindustrie in Galizien darstellt,<sup>51</sup> die außerordentliche Expansion ohne die Importe von Kapital, Know-how und Technologie aus Westeuropa, Nordamerika sowie den böhmischen und österreichischen Zentren unmöglich gewesen.

Insgesamt flossen durch die Gründung von Aktiengesellschaften bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs 154,3 Millionen Kronen an Investitionen aus den österreichisch-ungarischen Regionen, insbesondere Wien, sowie aus Westeuropa und Nordamerika nach Galizien. In der Erdölförderung betrug der Anteil externen Kapitals zu jenem Zeitpunkt 75,6 Prozent, womit die Branche nach der chemischen Industrie und dem Bergbau insgesamt am stärksten von Investitionszuflüssen profitierte.<sup>52</sup> Die beachtlichen Kapitalvolumina waren aufgrund des hohen Primärinvestitionsaufwands für das Bohren von Schächten sowie die Anschaffung der dafür unabdinglichen Geräte notwendig. Mit der Einführung von Dampfmaschinen wuchs die Fördermenge zwischen 1874 und 1885 von 10.929,95 auf 37.995,30 Tonnen rasant an. Die aus Pennsylvania und Kanada übernommene Tiefbohrmethode, die ab den 1880er Jahren eingeführt wurde, legte den Grundstein für den galizischen Erdölboom um die Jahrhundertwende. Da ab diesem Zeitpunkt Ölvorkommen in ungekann-

<sup>49</sup> KULCZYKOWSKI, Protoindustrializacja, S. 112 f., 116.

<sup>50</sup> Vgl. Daten in: KAPS, Ungleiche Entwicklung, Appendix C.

<sup>51</sup> JANUSZ BAR u. a., Problem protoindustrializacji w przemyśle naftowym Galicji, in: *Roczniki Dziejów Społecznych i Gospodarczych* 44 (1983), S. 57-83; ALISON FRANK FLEIG, *Oil Empire. Visions of Prosperity in Austrian Galicia*, Cambridge 2007, S. 70.

<sup>52</sup> JAKIV SAMUEL CHONIGSMAN, Pronykennja inosemnoho kapitalu v ekonomiku Zachidnoji Ukrainy v epochu imperializmu (do 1918 r.), L'viv 1971, S. 125, 240-248.

ten Tiefen erschlossen werden konnten, stieg die Fördermenge von 111.930,20 (1894) sprunghaft auf den Spitzenwert von 2,1 Millionen Tonnen im Jahr 1909. Zugleich verschob sich der räumliche Schwerpunkt von Zentralgalizien um Gorlice nach Boryslav, Drohobyč und Kolomea.<sup>53</sup>

Die Bedeutung des Kapital- und Technologieimports für die Verwandlung in einen industriekapitalistischen Produktionszweig belegt der Umstand, dass im Jahr 1910 neun Großbetriebe mit 900.000 Tonnen 56,1 Prozent der Gesamtfördermenge extrahierten. Im letzten Vorkriegsjahr erzeugten fünf Unternehmen (17,8 % aller Betriebe) mit 365.000 Tonnen 78,1 Prozent des fossilen Rohstoffs.<sup>54</sup> Die durch die Krise von 1873 hervorgerufene Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten ermöglichte im Zusammenspiel mit der verstärkten Nachfrage nach Öl als Heiz- und Beleuchtungsmittel, später auch als Brennstoff, dem nordöstlichen Kronland den erfolgreichen Aufbau einer Industriebranche. Gefördert durch die Aufhebung seines Status als königliches Regal (1884/86) verwandelten die Unternehmer ein Material, das jahrzehntelang am Rande der kommerzialisierten Ökonomie produziert und konsumiert wurde, in einen kapitalintensiven Rohstoff.<sup>55</sup>

Andere Branchen folgten dieser Tendenz: Während neben der bereits erwähnten chemischen Industrie und dem Bergbau auch Sägewerke (67,3 %) und die Herstellung von Baumaterialien (60 %) auf externe Investitionen zurückgriffen, wurde die für Galizien bedeutende Nahrungsmittelproduktion vorwiegend von lokalen Unternehmern, insbesondere dem Adel, modernisiert. Auch hier fand ein enormer Konzentrationsprozess statt: So sank beispielsweise die Zahl der Bierbrauereien zwischen 1890 und 1900 von 157 auf 113, während zeitgleich die Erzeugungsmenge von 876.069 auf 1.155.934 Hektoliter anwuchs.<sup>56</sup> Erneut waren es die Jahre der Großen Depression, innerhalb derer das Produktionswachstum

---

<sup>53</sup> PIOTR FRANASZEK, Die Voraussetzungen für die Entwicklung des Erdölbergbaus in Galizien, in: Österreich – Polen. 1000 Jahre Beziehungen, hg. v. JÓZEF BUSZKO / WALTER LEITSCH, Kraków 1996, S. 193-227, hier S. 199, 205 f.; Produktionsdaten nach: JANUSZ BAR / PIOTR FRANASZEK, Informator statystyczny do dziejów przemysłu w Galicji. Górnictwo i Hutnictwo (Produkcja, Ceny, Zbyt, Przedsiębiorstwa, Zatrudnienie), Kraków 1981, S. 128-133.

<sup>54</sup> CHONIGSMAN, Pronykennja, S. 142.

<sup>55</sup> FRANASZEK, Die Voraussetzungen, S. 195, 202 ff.

<sup>56</sup> JÓZEF BUSZKO, Zum Wandel der Gesellschaftsstruktur in Galizien und in der Bukowina, Wien 1978, S. 19.

einsetzte – insbesondere bei Bier und Branntwein –, während Tabak und Zucker erst ab 1890 spürbar expandierten.<sup>57</sup>

Eine Folge der sich verändernden Industrielandschaft Galiziens war der Anstieg der Industriearbeiterschaft: Die Zahl der in der Erdölextraktion und Petroleumraffination Beschäftigten nahm von 2.917 im Jahr 1886 auf 4.522 am Ende der Depression zu. Von da an kam es zu einem Wachstum, das zum Teil starken Schwankungen unterlag und mit 7.258 im letzten Vorkriegsjahr einen vorläufigen Spitzenwert erreichte. Insgesamt stieg die Zahl der in der Schwerindustrie Arbeitenden von 8.201 im Jahr 1880 auf 11.871 1890, und in weiterer Folge auf 12.724 (1900) und 20.180 (1910) an. Die Gesamtbeschäftigtenzahl in Galiziens Industrie wuchs von 172.078 (1880) auf 238.533 ein Jahrzehnt später, um nach einem Rückgang bis zur Jahrhundertwende erneut kräftig anzusteigen (304.827).<sup>58</sup>

Insgesamt wird hierbei deutlich, dass während der Großen Depression die Arbeiterzahlen stärker anstiegen als in der Konjunktur ab Mitte der 1890er Jahre. Dies scheint mit den sich umkehrenden Kapitalflüssen von den peripheren Räumen der Monarchie zurück in die Finanz- und Industriezentren innerhalb Cisleithaniens im Einklang zu stehen. Mit der zunehmenden Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften vergrößerten sich auch die realen Einkommen in Galizien zwischen 1891 und dem Ersten Weltkrieg stärker als jene in anderen cisleithanischen Kronländern. Die Zunahme war insbesondere im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts ausgeprägt, danach machten sich stagnative Tendenzen breit, die von den Rezessionen 1902/03 und 1907/08 beeinflusst wurden (Abb. 4). Der beachtliche Aufholprozess Galiziens bei der Industrialisierung schlug sich folglich noch deutlicher in den Reallöhnen der Beschäftigten nieder.

Die Krise von 1873 markierte diesbezüglich einen strukturellen Wendepunkt, der über die Verfügbarkeit von nach profitablen Anlagemöglichkeiten suchenden Investoren im Zusammenspiel mit Galiziens Ressourcenausstattung einen ökonomischen Wandel der ärmsten Region Cisleithaniens bewirkte, der sich in Mechanisierung, Konzentration und Kommerzialisierung sowie gesteigertem Wohlstand niederschlug. Die Prosperität der Region wurde dabei nicht unwesentlich durch die staatsinterventionistische Wende vom Freihandelsliberalismus zu einem sozial-konservativ geprägten Proto-Keynesianismus mit beeinflusst: Neben der

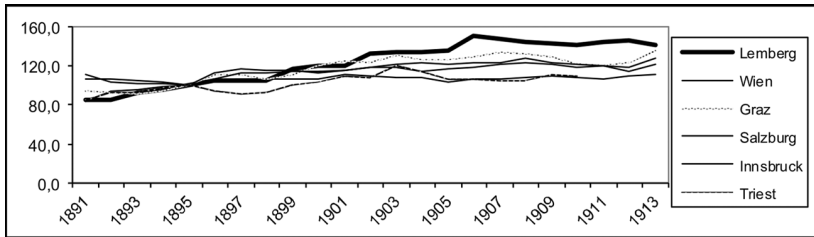
---

<sup>57</sup> KAPS, *Ungleiche Entwicklung*, Appendix C.

<sup>58</sup> ANDRZEJ BURZYŃSKI, *Informator statystyczny do dziejów przemysłu w Galicji. Górnictwo, Hutnictwo i przemysł rafineryjny* (struktura zatrudnienia na tle wartości i wielkości produkcji), Kraków 1982, S. 103, 222.

Einführung von Schutzzöllen ab 1878 für Agrar- und Industriegüter kurbelten die Behörden in Wien und Lemberg das Wirtschaftswachstum nicht unwesentlich durch den Eisenbahnbau sowie die Schaffung zweier öffentlicher Regionalbanken an – der Landesbank (1883) und der Industriebank (1910), die billige Kredite an Landwirtschaft sowie Gewerbe- und Industriebetriebe vergaben.<sup>59</sup>

Abbildung 4: Reallohnentwicklung der in der Unfallversicherung erfassten Beschäftigten



Quelle: Eigene Berechnung nach MICHAEL MESCH, Arbeiterexistenz in der Spätgründerzeit. Gewerkschaften und Lohnentwicklung in Österreich 1890–1914, Wien 1984, S.182 f. STANISŁAW HOSZOWSKI, Ceny we Lwowie w latach 1701–1914, Lwów 1934. Details siehe: KAPS, Ungleiche Entwicklung, Appendix D.

Einerseits erleichterte die Streckung der dünnen Kapitaldecke die Gründung und Expansion von Unternehmen, andererseits gingen von den staatlichen Infrastrukturprojekten direkte Nachfrageimpulse für einzelne Unternehmen und ganze Branchen aus (wie die Metallindustrie und die Erdölförderung). Außerdem senkte die Verdichtung des Eisenbahnnetzes die Transportkosten für den Warentransport und setzte somit über sich verflechtende Märkte weitere Anreize für Kommerzialisierung und Wachstum in der gesamten Monarchie.<sup>60</sup>

#### 4. Zwischen Wachstumspfad und strukturellen Krisenerscheinungen

Die bisherigen Befunde haben verdeutlicht, dass die Krise von 1873 eine markante Trendwende für Galiziens Ökonomie bedeutete: Durch Kapi-

<sup>59</sup> MÄRZ, Industrie- und Bankenpolitik, S. 193; ZBIGNIEW LANDAU / JERZY TOMASZEWSKI, Wirtschaftsgeschichte Polens im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1986, S. 50, 88.

<sup>60</sup> MATIS, Österreichs Wirtschaft, S. 395, 398.



talzufluss, technologische Neuerungen und die Impulse der staatlichen Wirtschaftspolitik wurden verschiedene Sektoren und Branchen der galizischen Ökonomie von einer Prosperitätsbewegung erfasst, die für weite Teile der davor liegenden Jahrzehnte ungekannt war und tatsächlich zu ihrem Aufschließen zu den österreichisch-ungarischen Zentralräumen führte. Am deutlichsten wird das bei den Wachstumsraten von Gewerbe und Industrie sowie den Reallöhnen der qualifizierten Fabrikarbeiterschaft.

Doch diese positive Deutung verliert beachtlich an Überzeugungskraft, wenn umfassende makroökonomische Kennzahlen berücksichtigt werden. Am offensichtlichsten ist das beim erwähnten Realeinkommen pro Kopf, das nach einem leichten relativen Aufholen zum Durchschnitt der Monarchie während der Großen Depression in der neuerlichen Konjunkturphase vergleichsweise zurückfiel, sodass Galizien am Vorabend des Ersten Weltkriegs die drittärmste Region Österreich-Ungarns war. Die hier zum Ausdruck kommende Fragilität hängt mit der Schwäche des Agrarsektors zusammen, dessen Anteil ungeachtet des starken Rückgangs an der Wirtschaftsleistung (von 56 % 1841 auf 30 % 1910) immer noch beachtlich war.<sup>61</sup>

Die Produktionsrückgänge im Ackerbau in den 1890er Jahren wirkten sich dementsprechend auf die allgemeine Wertschöpfung aus. Selbst das deutliche Wachstum an Erntemengen und Hektarerträgen nach 1900 konnte die Barrieren, die einer nachhaltenden Entwicklung entgegenstanden, nur ansatzweise überwinden.<sup>62</sup> Dies lässt sich zudem daran ablesen, dass genau während der Großen Depression und des beachtlichen Wachstums des sekundären Sektors der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten von 79,7 (1880) auf 77,5 (1890) Prozent nur leicht sank. Aber auch nach der Jahrhundertwende fiel der Rückgang kaum stärker aus (von 77 % auf 74,5 %).<sup>63</sup> Parallel dazu nahm die Pauperisierung weiter Teile der bäuerlichen Bevölkerung zu: So stieg der Anteil der Bauernhöfe mit einer Nutzfläche unter fünf Hektar zwischen 1859 und der Jahrhundertwende von bereits beachtlichen 69 auf 80 Prozent.<sup>64</sup>

---

<sup>61</sup> KOOL, Development, S. 251, 275.

<sup>62</sup> SANDGRUBER, Agrarstatistik, S. 177.

<sup>63</sup> Ebd., S. 222.

<sup>64</sup> Andrea Berger, *Landwirtschaft in Galizien 1848–1914. Mit einer Analyse anhand des Ökotypen-Systems*, Diplomarbeit Universität Salzburg 1999, S. 48, 51 ff.; BUSZKO, Wandel, S. 17.

Neben zu schwachen Wachstumstendenzen stand deren mangelnde Reichweite: Folglich verstellen die steigenden Löhne der vergleichsweise gut ausgebildeten, entsprechend bezahlten und sozialrechtlich abgesicherten Fabrikarbeiterschaft den Blick auf die stagnierenden Einkommen der kaum qualifizierten Handwerker im lokal ausgerichteten Gewerbe. Schlosser und Tischler in der Landeshauptstadt Lemberg konnten beispielsweise nach massiven Einbußen während der ersten Krisenjahre nach 1880 zum Teil beachtlich profitieren, bevor sie in den letzten beiden Vorkriegsjahrzehnten erneut Kaufkraftverluste hinnehmen mussten.<sup>65</sup> Somit beschränkte sich der positive Aufwärtstrend der Fabrikklöhne auf einen relativ kleinen, wenn auch stark zunehmenden Teil der galizischen Lohnabhängigen, während der Gutteil der im Gewerbe Beschäftigten mit einem vielfach fragileren Lebensstandard konfrontiert war.

Zudem bedeuteten nicht alle Momente der in Bewegung geratenen galizischen Wirtschaft eine Aufwärtstendenz: An erster Stelle steht hier die monarchieweit mit 0,95 Prozent im jährlichen Durchschnitt zwischen 1869 und 1910 rasch ansteigende Bevölkerung. Die demografische Dynamik allein reduzierte die kumulativen Wachstumsraten zu einer höchstens bescheidenen Pro-Kopf-Steigerung.<sup>66</sup> Eine andere Form einer zwiespältigen Verbesserung beinhaltete auch die von dem expandierenden Eisenbahnnetz getragene Ausweitung des Warenhandels: Die lückenhaften und von diversen Verzerrungen gekennzeichneten Daten der Außenhandels- und Eisenbahnstatistik belegen eine kontinuierliche Zunahme der über Galiziens Grenzen verlaufenden Güterströme sowohl innerhalb Österreich-Ungarns als auch jenseits der Staatsgrenzen: Zwischen 1890/1892 und 1913 wuchs der per Schiene abgewinkelte Güterabsatz von 196,9 auf 420,4 Millionen Kronen beim Import und bedeutend weniger stark – von 132,8 auf 170,5 Millionen Kronen – beim Export.<sup>67</sup>

Während somit Galiziens Einbindung in internationale Märkte nach Überwindung der Großen Depression nicht nur deutlich zunahm, sondern auch das Wirtschaftswachstum insgesamt übertraf – wie der Anstieg

---

<sup>65</sup> Vgl. Daten bei: HOSZOWSKI, *Ceny we Lwowie*, S. 142-146.

<sup>66</sup> HEINOLD HELCZMANOVSKI, *Die Bevölkerung Österreichs-Ungarns*, in: *Geschichte und Ergebnisse der zentralen amtlichen Statistik 1829-1979*, Wien 1979, S. 369-402, hier S. 379.

<sup>67</sup> Eigene Berechnung nach: LEON WŁADYSŁAW BIEGELEISEN, *Stan ekonomiczny Małopolski na podstawie bilansu handlowego*, Warszawa 1921, S. 273 f., 346-361; *Rocznik Statystyki Przemysłu i Handlu Krajowego*, H. 17, T. 2 (hiernach: RSP 17/2), Lwów 1895, S. 2-152.

der Exportquote von 6,9 auf 9 Prozent belegt<sup>68</sup> –, so lässt sich die Entwicklung während der Krisenjahre weniger eindeutig rekonstruieren: Ein Vergleich der offiziellen Außenhandelsstatistik mit den Eisenbahnausweisen belegt einen Rückgang der Güterströme Galiziens mit dem Ausland zwischen 1872 und 1890/92: beim Import von 51 auf 47,5 und beim Export, etwas weniger stark, von 52,2 auf 50,2 Millionen Kronen. Hingegen weisen Schätzungen für den gesamten Außenhandel Galiziens, inklusive jenes am österreichisch-ungarischen Binnenmarkt abgewickelten, zwischen 1869 und 1883 einen massiven Anstieg auf; im Vergleich mit der Eisenbahnstatistik von 1890/92 wuchsen jedoch die Importe stark, während die Ausfuhren zurückgingen.<sup>69</sup>

Aus diesen sich teilweise widersprechenden Daten, die auch deswegen nicht vollkommen vergleichbar sind, da der mit der Eisenbahn abgewickelte Handel nicht mit den überregionalen Güterströmen an sich gleichgesetzt werden kann, lässt sich dennoch ablesen, dass sich die Integration Galiziens in den österreichisch-ungarischen Binnenmarkt während der Krisenjahre ausweitete, während der Auslandshandel durch die protektionistischen Maßnahmen relativ geschwächt wurde. Wie stark das Wachstum ausfiel, ist zudem deswegen schwer abzuschätzen, weil die auf Grundlage der Eisenbahnausweise berechneten Steigerungsraten außerdem die qualitative Verlagerung des Handels von der Straße auf die Schiene widerspiegeln. Dieser Effekt war insbesondere in den ersten Jahren nach der Wiederverstaatlichung des Bahnbaus 1881 ausgeprägt, als Galiziens Schienennetz stark zu wachsen begann, nachdem es am Gründerzeitboom eher am Rande partizipiert hatte. Da jedoch die Bahnstrecken insbesondere auf lokaler Ebene bis zum Weltkriegsausbruch sukzessive ausgeweitet wurden, wirkte der qualitative Wandel bis 1913 fort.<sup>70</sup>

Insgesamt bestand die Auswirkung der Krise auf Galiziens Außenhandelsbeziehungen in der Schaffung der politischen und infrastrukturel-

---

<sup>68</sup> Eigene Berechnung nach den Handelsdaten bei: ebd.; BIP-Daten nach: SCHULZE, *Regional Income Dispersion*, S. 26.

<sup>69</sup> Daten für 1890/1892 und 1913 nach: RSP 17/2; BIEGELEISEN, *Stan ekonomiczny*, S. 273 f., 346-361; Daten für 1872: Ausweise über den Handel von Oesterreich-Ungarn im Verkehr mit dem Auslande und über den Zwischenverkehr von Ungarn und Siebenbürgen mit den anderen österreichischen Provinzen im Jahr 1872; Daten für 1869 und 1883: STANISŁAW SZCZEPANOWSKI, *Nędza Galicyi w cyfrach i program energicznego rozwoju gospodarstwa krajowego*, Lwów 1888, S. 46.

<sup>70</sup> KARL BACHINGER, *Das Verkehrswesen*, in: *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, Bd. 1: *Die wirtschaftliche Entwicklung*, hg. v. ALOIS BRUSATTI, Wien 1973, S. 278-322, hier S. 285, 287 ff., 289, 293 ff., 297.

len Rahmenbedingungen für eine verstärkte Expansion nicht nur in quantitativer Hinsicht, sondern auch in Bezug auf ihre räumliche Orientierung, indem der Binnenmarkt nach der Freihandelsperiode der vergangenen zwei Jahrzehnte wieder gestärkt wurde. So stieg der Handelsumsatz Galiziens mit den österreichisch-ungarischen Regionen von 70,7 auf 83,5 Prozent des Gesamtvolumens zwischen 1890/92 und 1913.<sup>71</sup>

Aus einer *longue durée* –Perspektive betrachtet, bedeutete die Krise von 1873 für die räumliche Dimension einen Wendepunkt in der galizischen Handelsgeschichte, während die Tendenz zunehmender überregionaler Marktintegration nicht verändert wurde. Diese an sich positive Wachstumstendenz wurde jedoch durch ihr disproportionalen Muster teilweise ins Gegenteil verkehrt: Einerseits folgte aus Galiziens traditioneller Rolle als Rohstoff- und Halbfertigwarenlieferant sowie Fertigwarenimporteur eine negative Handelsbilanz. Um die Jahrhundertwende nahm das Defizit weiter zu (von 64,1 auf 249,9 Millionen Kronen zwischen 1890/92 und 1913).<sup>72</sup>

Andererseits hing das nicht unwesentlich mit der Verdrängung der galizischen klein- und heimgewerblichen Produktion durch die effizientere Industrierzeugung der westlichen Zentren inner- und außerhalb der Monarchie zusammen. Dieser Prozess setzte teilweise bereits im frühen 19. Jahrhundert ein und wurde durch die Eisenbahnlinien verstärkt, da sich das Zusammentreffen ungleicher Produktivitätsniveaus intensivierte. Dies lässt sich insgesamt als Transformation begreifen, da traditionelle Gewerbeprodukte durch moderne Fabrikwaren ersetzt wurden. Letztere stammten jedoch aus Erzeugungsstandorten jenseits der regionalen Grenzen, sodass Fertigwarenerzeugung zum großen Teil ersatzlos verdrängt wurde und der ökonomische Wandel in seiner räumlichen Dimension als Deindustrialisierung erscheint.<sup>73</sup>

Diese Ummodellung der galizischen Ökonomie spiegelt sich auch in der Außenhandelsbilanz wider: So stieg der Anteil von Fertigwarenimporten gegenüber dem späten 18. Jahrhundert bis 1890/92 von 27,74 auf 53,5 Prozent, um bis zum letzten Vorkriegsjahr weiter auf 73,3 Prozent zu-

---

<sup>71</sup> Eigene Berechnung nach: RSP 17/2; BIEGELEISEN, Stan ekonomiczny, S. 273 f., 346-361.

<sup>72</sup> Eigene Berechnung nach: ebd.

<sup>73</sup> KULCZYKOWSKI, Protoindustrializacja ; KLEMENS KAPS, Peripherisierung der Ökonomie, Ethnisierung der Gesellschaft: Galizien zwischen äußerem und innerem Konkurrenzdruck (1856–1914), in: Galizien. Fragmente eines diskursiven Raums, Wien 2009, S. 37-62, hier S. 38-40.

zunehmen. Spiegelverkehrt reduzierten sich die Ausfuhren von Gewerprodukten drastisch von etwa 50 auf 15 Prozent zwischen 1784/87 und 1913. Das Gewicht verschob sich zu Rohstoffexporten, die von ebenfalls etwa 50 Prozent am Ausgang des 18. Jahrhunderts bis 1890/92 auf 75 Prozent anstiegen, um zwei Jahrzehnte später 85,3 Prozent zu erreichen.<sup>74</sup>

Diese Zahlen lassen die Große Depression in Kontrast zum Einsetzen quantitativen Wachstums als qualitative Transformationsphase in Erscheinung treten, die das bereits im späten 18. Jahrhundert markante Profil der Region als Rohstofflieferant und Fertigwarenkonsument massiv vorantrieb und praktisch zementierte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Galiziens Gewerbetreibenden nicht nur ihre überregionalen Absatzmärkte verloren, sondern durch die zunehmenden Fertigwarenimporte auch ihre regionalen und lokalen Kunden zunehmend an externe Produzenten abgeben mussten.

Selbst wenn sich aufgrund der beachtlichen Datenlücken nicht genau bestimmen lässt, wann dieser Prozess an Dynamik gewann, so deuten die Zahlen der amtlichen Außenhandelsstatistik und vereinzelte qualitative Belege darauf hin, dass mit den ersten überregionalen Eisenbahnanbindungen der 1860er Jahre – der Carl Ludwigs-Bahn zwischen Lemberg und Krakau sowie der Lemberg-Czernowitz-Jassy-Linie – der Konkurrenzdruck für die regionale Leinenerzeugung entstand, der jedoch durch teilweise Umstellung auf Baumwollwarenerzeugung und spezielle Leinenwaren verzögert oder aufgefangen werden konnte. Dennoch halbierte sich die Zahl der Leinenweber zwischen 1889 und 1902 von 30.000 auf 16.000. Erst mit der zunehmenden Verdichtung des Bahnnetzes ab den 1880er Jahren setzte mit der tatsächlichen Aufgabe gewerblicher Produktion die eigentliche Deindustrialisierung ein, die besonders stark in den Bereichen der Konsumgüterindustrie wie Textilien und Schuhen ausgeprägt war: Hier und in weiteren Branchen der gewerblichen Erzeugung sowie bei nicht mehr benötigten Dienstleistungsberufen verloren zehntausende Menschen ihren Erwerb.<sup>75</sup>

Dies führte gemeinsam mit der insgesamt beschränkten Schaffung neuer Arbeitsplätze in den expandierenden Industriebranchen zur saisonalen und dauerhaften Abwanderung eines beachtlichen Teils der galizischen Gesellschaft: Zwischen 1880 und 1913 verließen zwischen 856.000

---

<sup>74</sup> Eigene Berechnung nach: Österreichisches Staatsarchiv Wien, Finanz- und Hofkammerarchiv, Bankale, Nr. 2982, Merkantiltabellen M3; RSP 17/2; BIEGELEISEN, S. 273 f., 346-361.

<sup>75</sup> KAPS, *Peripherisierung*, S. 40 f.

und 1,04 Millionen Menschen das Kronland, was zwischen 10,7 und 13 Prozent des Bevölkerungsstands des Jahres 1910 ausmachte.<sup>76</sup> Der Rhythmus der Abwanderung folgte dabei relativ genau dem Verlauf der Deindustrialisierung und unterstreicht die Interdependenz beider Phänomene.

### Schlussfolgerungen

Die als Finanzkrise begonnene, jedoch auf Überangebot und Überakkumulation beruhende Große Depression zwischen 1873 und 1896 hatte mannigfaltige Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der späten Habsburgermonarchie. Zwar kam es zu keinem Abbruch der mit der Ersten Gründerzeit eingeleiteten Wachstumstendenz, wohl aber ließ die deutlich verlangsamte Steigerung den Abstand zu den innereuropäischen Zentren anwachsen, was auch in der neuerlich einsetzenden Konjunkturphase nicht wieder wettgemacht werden konnte. Im Inneren Österreich-Ungarns reduzierten sich hingegen die räumlichen Disparitäten während der unmittelbaren Krisenjahre, wobei neben den ungarischen Zentralräumen mit Galizien auch eine Region von den ursächlich durch die Krise bedingten Kapitalexporten in ärmere Gebiete profitieren konnte, die bislang selbst in den positivsten Szenarien aus den innerhabsburgischen Konvergenztrends ausgeklammert worden war.

Allerdings sind die begrenzte zeitliche Dauer und insbesondere die limitierte Reichweite dieser Wachstumsdynamik zu betonen: So fiel Galizien in der neuerlichen Konjunkturphase nicht nur aufgrund des Rückgangs in der Agrarproduktion, sondern auch der verlangsamten Steigerungsrate des Sekundärsektors bei der Wirtschaftsleistung im monarchieweiten Vergleich wieder leicht zurück. Viel aussagekräftiger ist der sich just im neuerlichen Konjunkturaufschwung bemerkbar machende Rückgang der Industriebeschäftigten.

---

<sup>76</sup> Eigene Berechnung nach: BIRGIT BOLOGNESE-LEUCHTENMÜLLER, *Bevölkerungsentwicklung und Berufsstruktur, Gesundheits- und Fürsorgewesen in Österreich 1750–1918*, Wien 1978, S. 138; ANDRZEJ PILCH, *Migrations of the Galician Populace at the Turn of the Nineteenth and Twentieth Centuries*, in: *Employment-seeking Emigrations of the Poles World-wide XIX and XX c.*, hg. v. CELINA BOBIŃSKA / ANDRZEJ PILCH, Kraków 1975, S. 77–101, hier S. 93; KRZYSZTOF ZAMORSKI, *Informator statystyczny do dziejów społeczno-gospodarczych Galicji. Ludność Galicji w latach 1857–1910*, Kraków / Warszawa 1989, S. 65, 180 ff.; KAI STRUVE, *Bauern und Nation in Galizien. Über Zugehörigkeit und soziale Emanzipation im 19. Jahrhundert*, Göttingen 2005, S. 315.

Markiert somit die Große Depression einen deutlichen Wendepunkt für Galiziens fragile Ökonomie, indem nach Jahrzehnten der Rückschläge und Stagnation nachhaltiges Wachstum sowohl im Agrar- als auch im Industriesektor einsetzte und sich eine eigentliche Fabrikindustrie erst auszubilden begann, so zeigt sie auch die ihr inhärenten Widersprüche auf. Am deutlichsten wird das durch das disproportionale Wachstum des Warenhandels. Zwar wuchsen die Exporte stärker als die Wirtschaft insgesamt, dennoch blieb diese Zunahme hinter jener des Importwerts deutlich zurück und schlug sich in weiterer Konsequenz in einer beachtlichen Ausweitung des Handelsbilanzdefizits nieder. Dieses Defizit lässt sich mit den Verschiebungen in der Handelsstruktur Galiziens in Zusammenhang bringen, weil die Ausweitung von Fertigwarenimporten und Rohstoffexporten die Terms of Trade verschlechterte – selbst wenn durch den Protektionismus im Vergleich mit dem Weltmarkt den sinkenden Rohstoff- und Agrarpreisen entgegengearbeitet wurde. Dahinter steht die relative Deindustrialisierung der Produktionssphäre. Die Entstehung moderner Fabriken konnte die Verdrängung traditioneller heim- und kleingewerblicher Erzeugung für den Ausfall an Wertschöpfung und Beschäftigung insgesamt nicht wettmachen, was in weiterer Folge zu Massenabwanderung führte. Dieser starke Kontrast zu den positiven Befunden der Wachstumsraten und der einsetzenden Fabrikindustrialisierung unterstreicht, dass die Jahre der Großen Depression weniger konjunkturelle als strukturelle Krisenerscheinungen für die galizische Ökonomie brachten.

Während somit die Große Depression monarchieweit einen neuen Wachstumszyklus einleitete und den Weg zur Zweiten Industrialisierung ebnete, konnte Galizien an diesem Prozess im besten Fall nur marginal partizipieren. Viele der neu entstehenden Branchen dienten geradewegs der Extraktion und Aufbereitung von Rohstoffen und ebneten der qualitativen Abstufung des Sekundärsektors den Weg. Damit wird deutlich, dass quantitatives Wachstum nicht abgelöst von seiner qualitativen Dimension betrachtet werden kann. Diese qualitative Abstufung war auch deswegen enorm, weil abseits der Grundstoffindustrie hochwertige Industriebranchen nur ansatzweise und in Nischen wuchsen. Bringt man diese Tendenzen mit einer der Ursachen der Krise in Zusammenhang, nämlich dem mangelnden Absatz von Industriewaren in den Produktionsstandorten der cisleithanischen Zentralräume, so legt das galizische Beispiel die über den Rahmen dieses Aufsatzes hinausweisende These nahe, dass gerade die durch staatliche Infrastrukturinvestitionen und protektionistische Handelspolitik vorangetriebene Binnenmarktintegration zur

Überwindung der Großen Depression beitrug. Tatsächlich stützt die Parallelität des Zurückfallens Österreich-Ungarns am Weltmarkt mit den zunächst schrumpfenden, dann aber wieder wachsenden internen Disparitäten diese Interpretation. Durch Maßnahmen des Staates wurde einerseits der Marktzugang innerhalb der Donaumonarchie verbessert, andererseits durch die Spezialisierungsprozesse innere Konkurrenz zurückgedrängt und somit neue Nachfrage nach Industriewaren geschaffen.

Insgesamt konnten die böhmischen und österreichischen Fertigwarenersteller innerhalb der Monarchie, beispielsweise in Galizien, jene Märkte neu erschließen, die ihnen im Ausland aufgrund wirtschaftlicher und geopolitischer Gründe um die Jahrhundertwende zunehmend verschlossen wurden. Dieser Umstand scheint ein bedeutendes Element in der Überwindung der Großen Depression im habsburgischen Zentraleuropa gewesen zu sein und erklärt sowohl das vorübergehende Schrumpfen als auch die danach erneute Zunahme der internen Disparitäten, die mit dem Zurückfallen am Weltmarkt verbunden war. Die proto-keynesianische staatliche Wirtschaftspolitik hatte hieran einen bedeutenden Anteil.





CLAUS-CHRISTIAN W. SZEJNMANN

## SEMANTIK DER KAPITALISMUSKRITIK IN DEUTSCHLAND NACH DEM ERSTEN WELTKRIEG

Bei einem Forschungsprojekt über den Aufstieg des Nationalsozialismus während der Weimarer Republik bin ich unlängst auf zwei – wie mir scheint – wichtige Aspekte gestoßen:<sup>1</sup> Einmal ist mir bewusst geworden, wie bedeutsam, in der Tat zentral, die Wirtschaft für die nationalsozialistische Weltanschauung war. Kaum ein Experte hat dies bislang so gesehen. Ganz im Gegenteil, Fachleute verweisen auf Hitlers „Primat der Politik“ und etikettieren NS-Wirtschaftspolitik und -vorstellungen als konfuse Ideen, während sie nationalsozialistischen Antikapitalismus entweder ignorieren oder als propagandistische Rhetorik verwerfen.<sup>2</sup> Laut meinen Befunden steckte im Kern der nationalsozialistischen Weltanschauung jedoch eine radikale Wirtschaftsvision und Wirtschaftsrhetorik, die den Nationalsozialisten eine Authentizität und Legitimation für ihren erfolgreichen Kampf gegen das kapitalistische System der freien Marktwirtschaft gegeben hat. Dies hilft entscheidend, den nationalsozialistischen Erfolg bei der Massenmobilisierung zu erklären. In der Tat macht es begreiflich, warum während der Weltwirtschaftskrise weite Kreise der Bevölkerung die NSDAP als Regierungspartei akzeptierten. Zentrale Aspekte in deren Wirtschaftsvision waren: Staatsdirigismus, eine „nationale Wirtschaft“ (auch „deutsche Wirtschaft“), die dem Gemeinwohl dient und „judenfrei“ ist, sowie eine Politik der Autarkie und Expansion.

Nach dem Ersten Weltkrieg fanden in Deutschland sehr lebendige Diskussionen über diverse Wirtschaftsformen statt – besonders über die

---

<sup>1</sup> CLAUS-CHRISTIAN W. SZEJNMANN, Nazi Economic Thought and Rhetoric during the Weimar Republic. Capitalism and its Discontents, in: Politics, Religion & Ideology 14 (2013), H. 3, S. 355-376.

<sup>2</sup> Für einen detaillierten Forschungsüberblick und Interpretation vgl. HAUKE JANSSEN, Nationalökonomie und Nationalsozialismus. Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts, Marburg 2012, besonders S. 88 ff.

Wesensarten und die Zukunft des Kapitalismus. Ob in Sachbüchern, Romanen, Zeitschriften und Zeitungen, ob im Theater oder im Kino, oder in Karikaturen und Fotomontagen, ob in Gesprächen mit Freunden oder Verwandten, bei öffentlichen Vorträgen, beruflichen Veranstaltungen, parlamentarischen Debatten oder Wahlveranstaltungen: Kapitalismus und Kapitalismuskritik waren zentrale Themen in der Kultur, Wirtschaft und Politik. Die Fachliteratur hat dies bisher nur punktuell beleuchtet.<sup>3</sup>

Mit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er Jahre formierte sich dann in kürzester Zeit ein breit angelegter und dynamischer, nationaler antikapitalistischer Diskurs. Kritik und Bedenken über einzelne Aspekte schlugen nun in prinzipielle Ablehnung um. Es schien so, als ob die Weltwirtschaftskrise in Deutschland außerhalb der extremen Flügelparteien ein radikales Umdenken über das wirtschaftliche System auslöste. Damit wurden auch entscheidende Aspekte der NS-Wirtschaftsvision in vielen Gesellschaftskreisen sozusagen hoffähig. Plötzlich sah sich also das liberale weltmarktorientierte Freihandelsprinzip des kapitalistischen Wirtschaftssystems massiver Kritik ausgesetzt – seine Eigenarten und ihre Zweckmäßigkeit für die deutsche Gesellschaft wurden prinzipiell in Frage gestellt. Die dramatische Abkehr vom Kapitalismus ging Hand in Hand mit einer wachsenden Unterstützung für den Aufbau einer nationalen, weitgehend vom Staat gesteuerten Volkswirtschaft, eingebettet in einen möglichst autarken, europäischen Wirtschaftsraum unter deutscher Dominanz (Großraumwirtschaft).<sup>4</sup>

Kritik am Kapitalismus hatte in Deutschland zwar tiefe Wurzeln, aber nun florierte eine Art antikapitalistischer Zeitgeist, der letztendlich auch das demokratische System und den Liberalismus hinterfragte, und der entscheidend zum Erfolg der Nationalsozialisten beitrug. Vertreter aus den unterschiedlichsten Gesellschaftsschichten und Berufsgruppen, inklusive der Nationalsozialisten, betrachteten auf ähnliche Weise die Krisensymptome des Kapitalismus. Gleichzeitig propagierten sie teilweise recht andersgeartete Lösungsversuche, um diese negativen Merkmale zu überwinden und eine besser funktionierende und harmonischere Gesellschaft aufzubauen. Aber es gab mitunter große Übereinstimmungen, auch zwischen Nationalsozialisten und anderen Gruppierungen.

---

<sup>3</sup> Eine Ausnahme bildet der Fokus auf die deutsche Wirtschaftswissenschaft; vgl. ebd.

<sup>4</sup> HANS-ERICH VOLKMAN, Von der Weltwirtschaft zur Großraumwirtschaft, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 1: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, hg. v. WILHELM DEIST u. a., Stuttgart 1979, S. 177-207.

Was für eine Wirtschaftsrhetorik verfolgten die Nationalsozialisten? Wie war ihre Rhetorik mit der allgemeinen Kapitalismuskritik verflochten? Welche Rolle spielten sie bei der dramatischen Abkehr vom Kapitalismus während der Weltwirtschaftskrise (und war die Abkehr so dramatisch, wie sie auf den ersten Blick erscheint)? Welche Rolle spielten all diese Faktoren und Entwicklungen für das Scheitern der Weimarer Republik und den Triumph des Nationalsozialismus? In vielerlei Hinsicht zieht sich die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus wie ein roter Faden durch die neue deutsche Geschichte und spielt oftmals eine zentrale Rolle bei wichtigen historischen Wendepunkten wie 1933, 1945 und 1989. Dennoch haben Historiker die Themen Kapitalismus und Antikapitalismus in den letzten Jahrzehnten kaum aufgegriffen.

Dieser Beitrag beleuchtet die Semantik der Kapitalismuskritik in Deutschland während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, mit einem Fokus auf kulturell-gesellschaftliche Aspekte. Es geht also nicht um Wirtschaftssysteme, sondern um Wirtschaftsdenken. Das Thema Antikapitalismus ist ausgesprochen komplex und umfangreich und kann hier in seiner ganzen Breite und Tiefe nicht dargestellt werden.<sup>5</sup> An dieser Stelle widmen wir uns einer Kernfrage: Warum kam es ab Ende der 1920er Jahre zu einem antikapitalistischen Konsens, der die Machtergreifung der Nationalsozialisten ermöglichte und damit zu einem strukturellen Umbruch führte – einem Umbruch, den viele Zeitgenossen bewusst befürworteten? In der Suche nach einer Antwort schildern wir mehrere Faktoren, die gleichzeitig den Beitrag strukturieren.

In einem ersten Schritt gilt es, den Hintergrund, also lang- und mittelfristige Entwicklungen und Tendenzen, aufzuzeigen. Dabei können wir nur einen groben Überblick liefern, der sich mit tiefsitzenden antikapitalistischen Traditionen und den damit verknüpften Denkweisen über die Konsumgesellschaft und Metaphern von Geld befasst. Der Kern des Beitrags beleuchtet dann die Weltwirtschaftskrise und ihre Konsequenzen. Hier werden also kurzfristige Entwicklungen und Denkweisen einer äußerst dramatischen Periode beschrieben, die natürlich in einem Gesamtkontext interpretiert werden müssen: Viele Zeitgenossen deuteten die Krise als den Anfang vom Ende des kapitalistischen Systems. Was genau

---

<sup>5</sup> WOLFGANG HOCK, *Deutscher Antikapitalismus. Der ideologische Kampf gegen die freie Wirtschaft im Zeichen der großen Krise*, Frankfurt a. M. 1960. Dies ist die einzige kurze Überblicksdarstellung über dieses Thema. Während die Studie sehr nützliche Analysen enthält, ist sie vom Ansatz her veraltet und enthält auch keinerlei Informationen über die NSDAP.

waren die „Krisen- und Zukunftsaneignungen“ (Rüdiger Graf)<sup>6</sup>? Zentral dabei ist die Untersuchung der zeitgenössischen Antikapitalismusrhetorik. Der Rahmen dieser Publikation erlaubt dabei nur eine eher skizzenhafte Darstellung. Die Fallstudie über das Wirtschaftsdenken von Nationalsozialisten und von Katholiken lässt aber dennoch exemplarisch eine Untersuchung von zeitgenössisch weit verbreiteter Semantik zu. Schließlich kommt es zum Versuch, das Fazit in einen diachronen Kontext zur Gegenwart zu stellen, um einen Vergleich der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre und der heutigen Finanzkrise zu wagen.

### Wirtschaftsdenken, Konsum und Geld in Deutschland vor der Weltwirtschaftskrise

Im deutschen Wirtschaftsdenken gab es eine spezifische geistesgeschichtliche Tradition, die weit in das 18. Jahrhundert zurückging, und deren Hauptmerkmale, bei allen Divergenzen, eine stark etatistische Wirtschaftsauffassung waren. Dabei wäre es falsch, die Entwicklung dieser sogenannten historischen und romantischen Schule als eine Art „Sonderweg“ zu interpretieren. Zwar betont Hauke Janssen eine gewisse „Kontinuität“ innerhalb der deutschen Volkswirtschaftslehre des 19. und 20. Jahrhunderts:

„Im Lichte der Lehren von Romantik und Historismus waren die nationalsozialistischen Gedanken – selbst manche Ausfälle Hitlers – über die Wirtschaft und Wirtschaftstheorie zwar radikal, ihrer Tendenz nach aber keineswegs neu. Wissenschaftspolitisch richteten sie sich vor allem gegen die klassische Tradition in der akademischen Wirtschaftslehre.“<sup>7</sup>

Trotzdem darf dies nicht als eine logische Fortsetzung von der historischen Volkswirtschaftslehre zum NS-Wirtschaftsdenken interpretiert werden: „Der Nationalsozialismus knüpfte zwar an bestehende Strömungen in der deutschen Volkswirtschaftslehre an, doch insgesamt hatte die Entwicklung des Fachs im 20. Jahrhundert auch in Deutschland einen anderen Weg eingeschlagen.“<sup>8</sup>

---

<sup>6</sup> RÜDIGER GRAF, *Either-Or: The Narrative of „Crisis“ in Weimar Germany and in Historiography*, in: *Central European History* 43 (2010), H. 4, S. 592-615; DERS., *Die Zukunft der Weimarer Republik. Krisen und Zukunftsaneignungen in Deutschland 1918-1933*, München 2008.

<sup>7</sup> JANSSEN, *Nationalökonomie*, S. 112.

<sup>8</sup> Ebd., S. 130; vgl. auch S. 21 ff.

Für die Periode vor dem Ersten Weltkrieg kann man jedoch festhalten, dass das Wirtschaftsdenken der oft „deutschtümelnden“ historischen Schule einen dominanten Einfluss besaß. Die Besonderheiten ihrer Denkensweise lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Das erste Ziel wirtschaftlicher Betätigung liegt nicht in der individuellen Bedarfsdeckung, sondern in der Machtstärkung des Staats oder des Volks und ihrer gesellschaftlichen und politischen Aufgaben.
2. Daraus ergaben sich die Pflicht und das Recht des Staats, die Wirtschaft zu dirigieren und Privatinitiative zu Gunsten des „Gemeinwohls“ einzuschränken.
3. Eine Vorliebe für Autarkie innerhalb eines kontinentalen „Großwirtschaftsraums“, „dessen Expansion durch die – zumindest wirtschaftliche – Durchdringung des europäischen Ostens und Südostens zu sichern sei“.
4. Eine romantische Priorisierung der Landwirtschaft und starke Ambivalenz gegenüber der Industrialisierung.<sup>9</sup>

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das nationalistisch-etatistische Wirtschaftsdenken nur von einer Minderheit postuliert. Dazu gehörten Nationalsozialisten, konservative Denker wie Othmar Spann (1878–1950), Werner Sombart (1863–1941) und Oswald Spengler (1880–1936) sowie Ingenieure und der Tat-Kreis. In ihrem Denken beriefen sie sich bewusst auf traditionelle Gegner des *Laissez-faire* und antikapitalistische Ökonomen wie Adam Müller (1779–1829; Staatswirtschaft), Friedrich List (1789–1846; Staatskontrolle), Wilhelm Roscher (1817–1894; nationale Eigentümlichkeiten), Adolf Wagner (1835–1917; Staatssozialismus) und Gustav von Schmoller (1838–1917; zentraleuropäische Großraumwirtschaft).<sup>10</sup> Das Wirtschaftsdenken wurde durch die (Massen)konsumgesellschaft entscheidend geprägt. Die Entwicklung von deren Grundstrukturen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rief in der Regel „Abwehrreaktionen hervor, die eine Disziplinierung und Begrenzung der materiellen Ansprüche bezweckten“, während „Tugenden von Fleiß, Sparsamkeit und Maßhaltung [...] das bürgerliche Fortschrittsdenken“ bestimmten.<sup>11</sup>

---

<sup>9</sup> AVRAHAM BARKAI, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933–1945, Frankfurt a. M. 1988, S. 68 ff., hier besonders S. 71.

<sup>10</sup> Ebd., S. 72–96; vgl. auch JEFFREY HERF, *Reactionary Modernism. Technology, Culture, and Politics in Weimar and the Third Reich*, Cambridge 1984.

<sup>11</sup> CLAUDIUS TORP, Wachstum, Sicherheit, Moral. Politische Legitimationen des Konsums im 20. Jahrhundert, Göttingen 2012, S. 14; vgl. auch DERS., Konsum und Politik in der Weimarer Republik, Göttingen 2011; Die Konsumgesellschaft in Deutschland 1890–1990. Ein Handbuch, hg. v. HEINZ-GERHARD HAUPT / CLAUDIUS TORP, Frankfurt a. M./

Vor allem Frauen wurden wegen ihrer angeblichen Willensschwäche und Emotionalität als verführbare Konsumenten stigmatisiert.<sup>12</sup> Tatsächlich gab es vielseitige Bemühungen im Bürgertum, die „entfesselte Dynamik“ des Konsumstrebens zu bändigen. Vor allem die rasante Ausbreitung von dessen visueller Kultur, insbesondere Reklameschilder, „rief Widerwillen hervor, drohten doch kleinbürgerliche Profite ebenso wie bildungsbürgerliche Ordnungskompetenzen verloren zu gehen.“<sup>13</sup> Diese konsumkritischen Haltungen können jedoch nicht einfach als reaktionäre Sicht auf die materielle Kultur der Moderne reduziert werden, denn sie drückten auch das Verlangen aus, „im Medium des Konsums den Einzelnen ethisch verbessern und damit zugleich die Gesellschaft reformieren zu können“.<sup>14</sup>

Unter den Bedingungen der Not und der Entbehrungen während des Ersten Weltkriegs und in den anschließenden Krisenjahren während der Weimarer Republik verschärfen sich die Forderungen nach einer Moralisierung des Konsums und einem verantwortlichen Verhalten gegenüber der Gemeinschaft. Dies ging Hand in Hand mit dem Anspruch, dass der Staat dabei regulierend eingreifen sollte. Walther Rathenau skizzierte 1917 einen Gesellschaftsvertrag, der soziale und moralische Komponenten besaß:

„Wirtschaftlich betrachtet ist die Welt, in höherem Maße die Nation, eine Vereinigung Schaffender; wer Arbeit, Arbeitszeit oder Arbeitsmittel vergeudet, beraubt die Gemeinschaft. Verbrauch ist nicht Privatsache, sondern Sache der Gemeinschaft, Sache des Staates, der Sittlichkeit der Menschheit.“<sup>15</sup>

Während der Weimarer Republik war das Thema Konsum stark politisiert. Konsumpolitische Diskurse und Maßnahmen, also Versuche, den Verbraucher zu schützen und gleichzeitig moralisch und kulturell zu erziehen, waren oftmals durch „Kompromiss und Konsens“ und weniger durch Fragmentierung und Konflikte gekennzeichnet.<sup>16</sup> Dazu mischten sich allerdings unterschiedliche Wertvorstellungen und Gesellschaftsvisionen, wie „nationalistische Ressentiments gegen die kulturelle Über-

---

New York 2009; vgl. auch JOSEPH VOGL, *Kalkül und Leidenschaft. Poetik des ökonomischen Menschen*, München 2002.

<sup>12</sup> TORP, *Wachstum*, S. 14.

<sup>13</sup> Ebd., S. 16 f.

<sup>14</sup> Ebd., S. 25.

<sup>15</sup> Ebd., S. 49.

<sup>16</sup> TORP, *Konsum und Politik*, S. 319 ff.

fremdung“, oder „die Bewahrung eines religiösen Enthaltensamkeitsideals“. <sup>17</sup> So kritisierte der Soziologe Siegfried Kracauer den Verlust der Individualität in dem maschinenartigen und de-sexualisierten Tanz von amerikanischen Tänzergruppen in Berlin. <sup>18</sup> Laut Kracauer wurde Kultur zum kapitalistischen Produktionsprozess: Die Tänzerinnen glichen Henry Fords Fließband, und kapitalistische Modernität ersetzte selbst das fundamentalste menschliche Gefühl, Sexualität, mit den Tiller Girls oder den Jackson Girls.

Während der Weltwirtschaftskrise schien der Widerspruch zwischen überflüssigem Konsum und begrenzten ökonomischen Ressourcen besonders akut. Selbst bei den wirtschaftlichen Reformern waren in dieser Hinsicht traditionelle Denkweisen stark verankert. Befürworter von unorthodoxen keynesianischen Ankurbelungskonzepten, die im national-sozialistischen Arbeitsbeschaffungsprogramm übernommen wurden, strebten nach einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der „Arbeit, Bedarfsdeckung und Krisensicherheit“ – und nicht Wohlstand und Konsum (aufbauend auf dem konjunkturellen Potential des privaten Konsums) – im Mittelpunkt standen. <sup>19</sup> Die zentrale Forderung nach Autarkie war demnach die logische Abkehr von der unberechenbaren und als pervers angesehenen Konsumgesellschaft der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Metaphern von Geld und Besitz haben in den letzten Jahrhunderten eindrucksvoll menschliche Verhaltensweisen in der Konsumgesellschaft beschrieben und gedeutet. Mitte des 19. Jahrhunderts lässt sich eine Wandlung von der romantischen Figur der Selbstreflexion zum „Mensch des Selbst-Interesses beziehungsweise Eigennutzes“ beobachten. <sup>20</sup> Um 1900 scheint das „Ökonomische“ dann allumfassend: „Die vielfältigsten Verhaltensweisen erscheinen den Zeitgenossen nun von innen her ökonomisch infiltriert.“ <sup>21</sup> Dies wurde von fast allen gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen kritisch beleuchtet, inklusive dem bedeutendsten Vertreter der expressionistischen Dramatik, Georg Kaiser. In seinem Schauspiel „Von morgens bis mitternachts“ (Uraufführung 1917) stiehlt ein

---

<sup>17</sup> TORP, Wachstum, S. 52.

<sup>18</sup> ERIC D. WEITZ, Weimar Germany. Promise and Tragedy, Princeton / Oxford 2007, S. 272 f.

<sup>19</sup> TORP, Wachstum, S. 55.

<sup>20</sup> FRITZ BREITHAUPT, Der Ich-Effekt des Geldes. Zur Geschichte einer Legitimationsfigur, Frankfurt a. M. 2008, S. 19.

<sup>21</sup> Ebd., S. 21.



Bankkassierer 60.000 Mark, muss aber in einem tragisch-verrückten Tag erleben, dass man mit Geld die Essenz des Lebens nicht einhandeln kann und vielmehr seine Seele belastet. Kurz vor seinem Selbstmord am Ende des Stücks im Saal eines Ballhauses reflektiert er:

„Ich bin seit diesem Morgen unterwegs. Ich bekenne: ich habe mich an der Kasse vergriffen, die mir anvertraut war. Ich bin Bankkassierer. Eine große Summe: sechzigtausend! Ich flüchtete damit in die asphaltene Stadt. Jetzt werde ich jedenfalls verfolgt – eine Belohnung ist wohl auf meine Festnahme gesetzt. Ich verberge mich nicht mehr, ich bekenne. Mit keinem Geld aus allen Bankkassen der Welt kann man sich irgendetwas von Wert kaufen. Man kauft immer weniger, als man bezahlt. Und je mehr man bezahlt, umso geringer wird die Ware. Das Geld verschlechtert den Wert. Das Geld verhüllt das Echte – das Geld ist der armseligste Schwindel unter allem Betrug! (*Er holt es aus den Fracktaschen.*) Dieser Saal ist der brennende Ofen, den eure Verachtung für alles Armselige heizt. Euch werfe ich es hin, ihr zerstampft es im Augenblick unter euren Sohlen. Da ist etwas von dem Schwindel aus der Welt geschafft. Ich gehe durch eure Bänke und stelle mich dem nächsten Schutzmann: ich suche nach dem Bekenntnis die Buße. So wird es vollkommen! (*Er schleudert aus Glacéhänden Scheine und Geldstücke in den Saal.*) (*Die Scheine flattern noch auf die Verdutzten im Saal nieder, die Stücke rollen unter sie. Dann ist heißer Kampf um das Geld entbrannt. In ein kämpfendes Knäul ist die Versammlung verstrickt. [...]*)“<sup>22</sup>

Kurzum, am Vorabend der Weltwirtschaftskrise waren spezifisches Wirtschaftsdenken, Erkenntnisse und Interpretationen der Konsumgesellschaft und auch Metaphern von Geld und Besitz entweder fest in der deutschen Gesellschaft verankert oder besaßen zumindest tief liegende historische und ideologische Wurzeln. Dies war entscheidende Voraussetzung für die Herausformung eines „antikapitalistischen Zeitgeistes“ und für den strukturellen Umbruch, den breite Kreise in der Gesellschaft während der Krise unterstützten.

### Die Weltwirtschaftskrise und ihre Konsequenzen

Seit 2008 haben die dramatischen Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise in allen Gesellschaftsbereichen enormes Interesse am Thema Krise(n)

---

<sup>22</sup> GEORG KAISER, Von morgens bis mitternachts. Stück in zwei Teilen, Stuttgart 2008, S. 66.

ausgelöst.<sup>23</sup> Die Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre hatte eine ähnliche Wirkung. Dies führte zur weit verbreiteten Ansicht, dass das kapitalistische System bankrott und nun sein Ende gekommen sei. Der Ökonom Ludwig von Mises, ein starker Gegner des Interventionismus und Verteidiger des Kapitalismus, kommentierte 1932: „Fast allgemein wird heute die Auffassung vertreten, mit der Wirtschaftskrise der letzten Jahre sei das Ende des Kapitalismus gekommen ... und so blieb denn der Menschheit, wenn sie nicht untergehen wolle, nichts übrig als der Übergang zur Planwirtschaft, zum Sozialismus.“<sup>24</sup> Der katholische Intellektuelle Heinrich Getzeny betonte im gleichen Jahr, dass viele Zeitgenossen der Meinung seien, es handle sich „um eine Endkrise des Systems selber“ und vermerkte: „Die Untergangspropheten mehren sich wie die Pilze im Regen.“<sup>25</sup> Der einflussreiche nationalistische Journalist und Schriftsteller Friedrich Zimmermann proklamierte eine „Zeitenwende“ und prognostizierte „den Zusammenbruch des wirtschaftlichen Systems“ und damit „Das Ende des Kapitalismus“ (Buchtitel).<sup>26</sup> Gregor Strasser, einer der wichtigsten Führer der NSDAP vor 1933, verkündete in seiner berühmten Reichstagsrede am 10. Mai 1932:

„Das Volk protestiert gegen eine Wirtschaftsordnung, die nur in Geld, Profit, Dividende denkt, und die vergessen hat, in Arbeit und Leistung zu denken. Interessant und wertvoll an dieser Entwicklung ist die große antikapitalistische Sehnsucht – wie ich es nennen möchte –, die durch unser Volk geht.“<sup>27</sup>

Solche Äußerungen fingen Stimmungen ein. Sie waren auch Ausdruck dafür, dass die Weltwirtschaftskrise die Spannungen zwischen den Strömungen Klassik und Historismus innerhalb der deutschen Nationalöko-

---

<sup>23</sup> Auch in der Fachliteratur boomt das Interesse an „Krisen“; vgl. Krisengeschichte(n). „Krise“ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive, hg. v. CLARA MEYER u. a., Stuttgart 2013; Krisen Verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen, hg. v. THOMAS MERGEL, Frankfurt a. M. / New York 2012; GERHARD SCHULZE, Krisen. Das Alarmdilemma, Frankfurt a. M. 2011; WERNER PLUMPE, Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart, München 2010.

<sup>24</sup> LUDWIG VON MISES, Die Legende vom Versagen des Kapitalismus, in: Der internationale Kapitalismus und die Krise. Festschrift für Julius Wolf zum 20. April 1932, hg. v. SIEGFRIED V. KARDOFF u. a., Stuttgart 1932, S. 23-29, hier S. 23.

<sup>25</sup> HEINRICH GETZENY, Kapitalismus und Sozialismus im Lichte der neueren, insbesondere der katholischen Gesellschaftslehre, Regensburg 1932, S. 73.

<sup>26</sup> FERDINAND FRIED [alias FERDINAND FRIEDRICH ZIMMERMANN], Das Ende des Kapitalismus, Jena 1931.

<sup>27</sup> GREGOR STRASSER, Rede vom 20. Mai 1932, in: Verhandlungen des Reichstages. Stenographische Berichte, Bd. 446, Berlin 1930, S. 2510-2521, hier S. 2511.

nomie dramatisch zuspitzte. Während das *Laissez-faire* der Klassik massiver Kritik ausgesetzt war, wurde der Interventionismus, gegenüber dem der Historismus stets offen war, populär. Laut Janssen wirkte dabei der Nationalsozialismus „quasi katalytisch auf das Kräfteverhältnis der rivalisierenden Richtungen ein“: Während die klassische Nationalökonomie ins Abseits geriet, erlebten „die in den zwanziger Jahren im Niedergang befindlichen historischen und romantischen Richtungen“ eine vermeintliche neue Blüte.<sup>28</sup>

Gleichzeitig schürten solche Äußerungen Ängste und polarisierten die Gesellschaft. Keiner nutzte dies besser aus als Nationalsozialisten und Kommunisten. Nicht nur waren ihre Anhänger die aggressivsten Kritiker des zeitgenössischen Systems. Noch wichtiger war, und dies wird oftmals nicht differenziert ausgelotet, dass beide radikale Lösungen anboten, wie die Krise überwunden werden konnte. Kurzum, ihre Kritik war mit einer Alternative, einem konkreten Lösungsvorschlag und einer positiven Vision gekoppelt: eine Gesellschaft, die nicht nur besser funktionierte, sondern auch wesentlich fairer war. Wie Rüdiger Graf feststellte, war die Krise demnach kein rein negatives Erlebnis, sondern speiste auch die weit verbreitete Hoffnung auf fundamentale Erneuerung.<sup>29</sup> Tatsächlich debattierten Wissenschaftler während der gesamten Weimarer Republik eine Vielzahl von Alternativen von funktionsfähigen Wirtschaftsordnungen. Dabei benutzten sie oftmals das Schlagwort des „Dritten Wegs“, ohne dass sich dabei eine „einheitliche, die Parteigrenzen überschreitende, konsensfähige wirtschaftspolitische Konzeption herausbildete“.<sup>30</sup>

Die Antikapitalisten profitierten von einer gegen das System gerichteten Dynamik, die während der Weltwirtschaftskrise eine Radikalisierung und Polarisierung entfesselte. Gleichzeitig war sie Teil einer weitverbreiteten Rhetorik, bei der politische Repräsentanten oftmals verschiedene Krisen diagnostizierten und wirtschaftliche, politische, moralische sowie kulturelle – also dementsprechend unterschiedliche – Strategien anboten, um diese Krisen zu überwinden.<sup>31</sup> Viele zeitgenössische Politiker und Intellektuelle sahen Krisen nicht als etwas Fatalistisches, sondern als einen Aufruf zum Handeln und eine Möglichkeit zur Veränderung. Dies löste einen breiten Diskurs über die Zukunft aus, in der Extremisten

---

<sup>28</sup> JANSSEN, Nationalökonomie, S. 22 f.

<sup>29</sup> GRAF, Either-Or; DERS., Zukunft der Weimarer Republik.

<sup>30</sup> MARC LÜDDERS, Die Suche nach einem Dritten Weg. Beiträge der deutschen Nationalökonomie in der Zeit der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 2004, S. 257.

<sup>31</sup> Für diesen Teil vgl. GRAF, Either-Or; DERS., Zukunft der Weimarer Republik.

rhetorische Strategien verfolgten wie die Konstruktion radikaler Dichotomien: *Entweder* wird ein Drittes Reich oder eine sozialistische Gesellschaft entstehen *oder* die Gesellschaft wird Horrorszenarien und Untergang erleben. Zudem praktizierten sie eine Politik von zugleich passivem Widerstand und Gewalt. In der Rhetorik griff man auf wichtige Vorlagen von 1914 zurück: Nicht wenige Intellektuelle hatten damals den Krieg als eine Gelegenheit für eine tiefgreifende Erneuerung begrüßt. Gleichzeitig bangten sie um die Zukunft der deutschen Kultur. Sie stilisierten die militärische Auseinandersetzung als einen „Kulturkrieg“ zwischen einer „deutschen Kultur“, die als weise, tiefsinnig, kraftvoll, volkstümlich, staatsreu und pflichtbewusst beschrieben wurde, und einer feindlichen „westlichen Zivilisation“, die als oberflächlich und dekadent zurückgewiesen wurde und die angeblich von materialistischen Sozialstrukturen und politischer Praxis geprägt war.<sup>32</sup>

Der Historiker Eric Hobsbawm verbrachte seine Jugend während der Weltwirtschaftskrise in Berlin. Rückblickend versuchte er, die Gefühle und Erwartungen einer ganzen Generation zu verdeutlichen, die durch eine spezifische Radikalisierung und Polarisierung gekennzeichnet war:

„Because you can't understand anything about the first half of the 20<sup>th</sup> Century, at least from 1914 until the Second World War right in the middle – without grasping that most people believed the old world was coming to an end, inevitably. The old world was crashing. We were living in the crashing of an old world. And you had to look for an alternative. It was either the fascist alternative or it was a socialist alternative which in Germany in 1931, '32, would have meant Communism.“<sup>33</sup>

Ausgelöst durch die Weltwirtschaftskrise formierte sich in relativ kurzer Zeit außerhalb des sozialdemokratischen und kommunistischen Lagers ein breiter Konsens hinter einer extremen politisch-wirtschaftlichen Forderung. Deutschland, so war die Meinung, könne nur blühen, wenn es seine nationalen Interessen verfolge und Dinge nach deutscher Art mache – und dies solle durch Staatsdirigismus und Autarkie, verbunden mit Großraumwirtschaft, umgesetzt werden.<sup>34</sup> Dies waren sozusagen Leitbilder für die Gestaltung einer neuen Wirtschaftsordnung. Ohne Frage gab es davor auch Kritik am Kapitalismus – und natürlich auch an entscheidenden

---

<sup>32</sup> WOLFGANG KRUSE, *The First World War. The „True German Revolution“?*, in: *The Problem of Revolution in Germany, 1789–1989*, hg. v. REINHARD RÜRUP, Oxford / New York 2000, S. 67–92, hier S. 73 f.

<sup>33</sup> Interview with Michael Ignatieff, BBC, *The Late Show Special*, 24. Oktober 1994.

<sup>34</sup> VOLKMANN, *Von der Weltwirtschaft*.

Aspekten des Versailler Vertrages. Aber vor der Weltwirtschaftskrise hatten nur radikale Gruppierungen und Parteien (vor allem die KPD und NSDAP) oder einzelne Aktivisten die fundamentale Abkehr vom westlichen Wirtschaftssystem ohne wenn und aber befürwortet. Plötzlich schien es zu einer Verschmelzung von verschiedenen antikapitalistischen Motivationen in Kultur, Wirtschaft und Politik gekommen zu sein. Nationalistische Rhetorik wurde integraler Bestandteil eines einflussreichen anti-kapitalistischen Zeitgeists, der die Kernprinzipien des Kapitalismus in Frage stellte. Seine Befürworter verurteilten dessen Selbstsüchtigkeit, den damit verbundenen Materialismus und die Ungerechtigkeiten, und verlangten stattdessen, dass das Wohl der Gemeinschaft vor der individuellen Gier geschützt werden müsse. Die allgemeine Sehnsucht nach Gemeinwohl, Gemeinschaft und Gerechtigkeit – was auch immer das im Detail für den Einzelnen bedeutete – führte zum Bruch mit dem herkömmlichen Kapitalismus.

Bei den Nationalsozialisten hatte Gregor Strasser, der ab Anfang der 20er Jahre sehr ähnliche Ansichten über die Wirtschaft vertrat wie Hitler,<sup>35</sup> schon lange „gegen den Geist des Materialismus“<sup>36</sup> und die „Entwurzelung der arbeitenden Menschen“<sup>37</sup> gewettert. Metaphern wie „Herrschaft des Geldes“,<sup>38</sup> „fetter Geldsack als Symbol krassesten Eigennutzes“,<sup>39</sup> oder „Nicht Gewinnsucht Einzelner, sondern die Bedarfsnotwendigkeit des Volksganzen“,<sup>40</sup> gehörten zur weitverbreiteten NS-Rhetorik. Die Nationalsozialisten ließen keine Zweifel offen: Sie wollten die „Herrschaft des Kapitals brechen“<sup>41</sup> und verkündeten in ihrem wirtschaftlichen Aufbauprogramm vom Oktober 1932:

---

<sup>35</sup> SZEJNMANN, Nazi Economic Thought.

<sup>36</sup> GREGOR STRASSER, Gedanken über die Aufgaben der Zukunft, 15. Juni 1926, in: DERS., Kampf um Deutschland, München 1932, S. 129-139, hier S. 119.

<sup>37</sup> DERS., Die Lüge der Demokratie, 26. Mai 1926, in: DERS., Kampf um Deutschland, S. 124-128, hier S. 126.

<sup>38</sup> DERS., Nationaler Sozialismus, in: Nationalsozialistische Briefe, 34. Brief, 15. Februar 1927; BODO UHSE, Mecklenburg vor der politischen Entscheidung – Gegen Paris. Für die deutsche Freiheit, in: Niederdeutscher Beobachter, 21. Juni 1929.

<sup>39</sup> Der Weckruf, 24. August 1928.

<sup>40</sup> JOSEF SIERSCHE, Marxismus und Nationalsozialismus, in: in: Nationalsozialistische Führerbriefe. Beilage zu Volk und Gemeinde. Monatsblätter für nationalen Sozialismus und Gemeindepolitik 12 (1932), S. 173-78, hier S. 176.

<sup>41</sup> OTTO RENZ, Durch Überwindung des Klassenkampfes zur Überwindung des Kapitalismus, in: Die Deutsche Zukunft. Monatsschrift des jungen Deutschland 1 (1931), H. 1, S. 8-15, hier S. 11.

„Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei erstrebt einen Neubau des Staates und der Wirtschaft auf nationalsozialistischer Grundlage, was nur durch eine tiefgreifende Umgestaltung des politischen und wirtschaftlichen Systems in einer Totallösung zu erreichen ist.“<sup>42</sup>

Seit Gründung der NSDAP war dies eine zentrale Forderung der Nationalsozialisten. Gregor Strasser schrieb Mitte der 20er Jahre:

„Wir haben erkannt, daß jenes Wirtschaftssystem des Kapitalismus mit seiner Ausbeute des wirtschaftlichen Schwachen, mit seinem Diebstahl an der Arbeitskraft des Arbeitnehmers, mit seiner unsittlichen Wertung des Menschen nach Besitz und Geld, statt nach Adel und Leistung, ersetzt werden muß durch eine neue, gerechte Wirtschaftsordnung, durch einen deutschen Sozialismus!“<sup>43</sup>

Die Auszüge eines Artikels des NSDAP-Aktivisten Ernst Hermann sollen exemplarisch zeigen, wie die Nationalsozialisten die „Krankheit“ der gegenwärtigen Gesellschaft darstellten und mit ihrer Vision von „sozialer Gerechtigkeit“ kontrastierten:

„Was verstehen wir unter sozialer Gerechtigkeit? Unter sozialer Gerechtigkeit verstehen wir in wirtschaftlicher Hinsicht die Bindung der Wirtschaft an Moral und Sittlichkeit. In erster Linie Schutz den wirtschaftlich Schwächeren, gerechte Entlohnung der Arbeit aller ehrlich Schaffenden nach ihrer Leistung und ihrem Wissen, kurz ‚Jedem das Seine! [...] Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ [...].

Was ist Liberalismus und was bedeutet er in der Wirtschaft? Liberalismus ist die Selbstständigwerdung des Menschen und seine Befreiung von allen naturrechtlichen, gesellschaftlichen, religiösen und staatlichen Gebundenheiten. In der Wirtschaft bedeutet der Liberalismus schrankenlose Freizügigkeit in allen Zweigen wirtschaftlichen Lebens. Damit ist der Liberalismus der Ausgangspunkt der Demokratie, des Marxismus und der kapitalistischen Wirtschaftsführung. Was ist Kapitalismus und was bedeutet er in der Wirtschaft? Kapitalismus (Plutokratie) ist Geldherrschaft, in seiner Auswirkung Zinsknechtschaft. Der Kapitalismus in der Wirtschaft bedeutet die Herrschaft des Kapitals über die Arbeit. [...] Die Außerachtlassung der naturgesetzmäßigen Wirtschaftsgrundgedanken, und die Außerachtlassung jeglicher sozialer Vernunft und Gerechtigkeit sind die unmittelbaren Ursachen unserer heutigen schweren Wirtschaftskrise. [...] So hat die liberalistische Vernunft es zuwege gebracht, dass Millionen Menschen arbeitslos sind und hungern. Dabei werden

---

<sup>42</sup> Das Wirtschaftliche Aufbauprogramm der NSDAP, in: GOTTFRIED FEDER, Kampf gegen die Hochfinanz, München 1935, S. 371-382, hier S. 371.

<sup>43</sup> GREGOR STRASSER, „Wir und die anderen“, 20. Juni 1925, in: DERS., Kampf um Deutschland, S. 62-71, hier S. 70.

Ummengen von Lebensmitteln sogar mutwillig vernichtet. Die gepriesene Freiheit hat einen geängstigten Menschen geschaffen, den man zu hunderttausenden auf die Straße wirft und dem Elend preisgibt. Noch nie waren die Spannungen in den Besitzverhältnissen so groß wie heute. Wie weit es mit der Brüderlichkeit her ist, hat der Weltkrieg zur Genüge gezeigt. Eine Gesundung der Wirtschaft mit Hilfe des liberal-kapitalistischen Systems ist nicht gut möglich. Das Ziel muss sein: Die Rückbesinnung auf die alten, gesunden, wirtschaftlichen Methoden, die Rückkehr zur nationalen Wirtschaftsführung in nationalwirtschaftlich geschlossenen Wirtschaftsräumen (Mitteleuropäischer Wirtschaftsraum). [...]

Was ist Autarkie? [...] Das ideelle Ziel der Autarkie ist die Selbstbestimmung der Menschen und Völker in höherem, sittlichen, anstatt in rein materialistischen Sinne; die Wiedergewinnung der wirtschaftlichen, politischen und der nationalen und sozialen Freiheit.<sup>44</sup>

Die rhetorische Kritik der Katholiken am kapitalistischen Wirtschaftssystem und dessen unmenschlichen Auswirkungen hatte frappierende Ähnlichkeiten. Die Enzyklika „Quadragesimo Anno“ von Papst Pius XI. (15. Mai 1931) manifestierte eine vernichtende Ablehnung der „kapitalistischen Wirtschaftsweise“. Der Papst beschrieb diese als „schwer mißbildet“ und gekennzeichnet von „üblen Mißbräuchen“, „schlimmsten Ungerechtigkeiten und Betrügereien“ und „Pflichtvergessenheit“. Im gleichen Atemzug entwarf er das Bild eines „verderblichen und verwerflichen“ „internationalen Finanzkapitals“.<sup>45</sup> Die Kritik war unmissverständlich: Das Kapital beute die Mehrheit der Menschen aus, „ohne Rücksicht auf die Menschenwürde des Arbeiters, ohne Rücksicht auf den gesellschaftlichen Charakter der Wirtschaft, ohne Rücksicht auf Gemeinwohl und Gemeinwohlgerechtigkeit“.

Diesen Zustand beschrieb der Papst als Produkt einer längeren Entwicklung, in dem der „freie Wettbewerb“ erst zu „Gewinnstreben“ und dann zu „zügellosem Machtstreben“ führe, wodurch im ganzen Wirtschaftsleben eine „furchtbare, grausenerregende Härte“ entstehe. Demnach lebe ein großer „Teil der Menschheit unter jammervollen, kläglichsten Verhältnissen in unwürdiger Lage“ und sei „zu einem Leben an der Grenze des Existenzminimums“ verdammt. Während materielle Ungleichheiten als unakzeptabel beschrieben wurden, beklagte Pius XI. vor allem die

---

<sup>44</sup> ERNST HERMANN, Unsere Wirtschaftsgrundsätze, in: Nationalsozialistische Führerbriefe 8 (1932), S.108-111, hier S. 109-111.

<sup>45</sup> Papst PIUS XI, Encyclica „Quadragesimo Anno“, 15. Mai 1931. Für alle Zitate hier und danach vgl. die deutsche Übersetzung <http://www.uibk.ac.at/theol/leseraum/texte/319.html> (11.1.2014).

damit verbundenen Veränderungen in Bezug auf menschliche Verhaltensweisen. Laut ihm stärke das Prinzip der freien und individuellen Wirtschaft den Individualismus und zerschlage gleichzeitig das Gemeinschaftsleben. Dies komme einem „Verderben der Seelen“ gleich, weil Individuen nach „Reichtumserwerb mit allen Mitteln“ strebten und „ihren Eigennutz über alles stellend und allem andern vorziehend“ handelten – ein Zeichen der „ungeordnete[n] Begierlichkeit in der Menschenbrust, diese traurige Folge der Erbsünde“.

Wie alle katholischen Meinungsführer warnte der katholische Sozialwissenschaftler Paul Jostock während der Weltwirtschaftskrise vor einer sozialistischen Revolution („Planwirtschaft des Staatssozialismus“) und „Chaos“, wenn nicht „endlich mit konstruktiven Reformen“ angefangen und dabei konsequenter „Aufbauwille“ gezeigt würde.<sup>46</sup> Jostock appellierte direkt an das Bürgertum zur „freiwilligen Mitarbeit und Preisgabe bisheriger Vorteile“. Laut ihm war das Bürgertum verantwortlich für die Zerklüftung des Volkes, weil es der „Nutznießler der heutigen Zustände“ und vom „Geldgeist“ besessen sei. Sein Appell zur Einsicht und Reform sollte einen gewaltsamen Aufstand der „unterdrückten Massen“ verhindern, klang allerdings alles andere als hoffnungsvoll:

„Die friedliche Durchführung der Sozialreform erscheint eben ziemlich aussichtslos, solange jene, die die Schlüssel zur Wirtschaft in Händen halten und zugleich auf Grund ihrer Geistesbildung Führerplätze beanspruchen, nicht als Führer zur sozialen Gerechtigkeit vorangehen, ja nicht einmal zu folgen bereit sind, wenn andere trotz aller trüben Aussicht den Aufbruch wagen.“<sup>47</sup>

Schließlich würdigte Heinrich Getzeny, Verfasser einer umfangreichen Schrift über die Beziehung zwischen Katholizismus, Kapitalismus und Sozialismus, die „gewaltigen wirtschaftliche Leistungen“ des Kapitalismus, betonte aber gleichzeitig ihre „Schattenseite [...], nämlich die Zerstörung jeglicher gesellschaftlicher Ordnung in der Neuzeit“, was zu einer „fortschreitende[n] Proletarisierung des Gesamtvolkes“ geführt habe.<sup>48</sup> Getzeny erläuterte dies näher: „Proletarisierung ist ihrem Wesen nach Entwurzelung. Und zwar ist es eine dreifache Entwurzelung, die das Schicksal der proletarischen Massen ausmacht, eine wirtschaftliche, eine soziale und

---

<sup>46</sup> PAUL JOSTOCK, *Der deutsche Katholizismus und die Überwindung des Kapitalismus. Eine ideengeschichtliche Skizze*, Regensburg 1932; für Folgendes vgl. S. 206 ff.

<sup>47</sup> Ebd., S. 210.

<sup>48</sup> GETZENY, *Kapitalismus*, S. 90, 92.



eine seelische Entwurzelung.“<sup>49</sup> Laut ihm war der angebliche Zerfall der Familiengemeinschaft dabei besonders tragisch, da dies direkt auch „zum Zerfall der höchsten Gemeinschaft, die religiöse Gemeinschaft“, geführt habe.<sup>50</sup> Um diese „soziale[n] Problem[e] der Gegenwart“ zu beheben, bedürfe es nichts weniger als einer „Neuordnung unseres gesamten Wirtschafts- und Volkslebens“.<sup>51</sup>

Diskussionen über die Wirtschaft, die Vor- und Nachteile des kapitalistischen Systems und seine potentiellen Alternativen, nahmen einen zentralen Platz in der Weimarer Gesellschaft ein und wurden mit viel Leidenschaft geführt. Dabei benutzten Meinungsführer aus unterschiedlichen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Richtungen oft die gleichen Schlagworte und Metaphern. Wie wir gesehen haben, formulierten Katholiken und Nationalsozialisten sehr ähnliche, oftmals identische Kritik am Kapitalismus. Sie äußerten Ängste und Sorgen über den Modernisierungsprozess, lehnten den Materialismus ab und verlangten den Schutz des Gemeinwohls vor egoistischer Gier. Trotz ihrer antikapitalistischen Grundhaltung wollten beide an Besitz und Privateigentum, also an einem zentralen Aspekt des Kapitalismus, festhalten. Dies war ein entscheidender Unterschied zum klassischen Marxismus, der die Abschaffung des Privateigentums anvisierte. Allerdings, und dies war neu, sollte der Eigennutz dem Prinzip des Gemeinnutzes unterordnet werden – in diesem Sinne sprachen die Nationalsozialisten vom „Deutschen Sozialismus“.

Wie sah es mit Zukunftsvisionen aus? Katholische Führer sehnten sich nach einer „Erneuerung der Gesellschaft“ („Aufbau einer neuen Volksordnung“), die eine soziale Gerechtigkeit für alle („Gemeinwohlgerechtigkeit“) und eine neue „Vergemeinschaftung“ des menschlichen Gesellschaftslebens mit sich bringen würde. All dies hatte starke Ähnlichkeiten mit nationalsozialistischen Visionen – und selbst bei der konkreten Gestaltung des Zukunftsstaats gab es große Übereinstimmungen. Bei den Katholiken sollte das Fundament durch folgende Aspekte gelegt werden: eine ständische Berufsordnung; einen starken Staat, der moralische Zurückhaltung und soziale Gerechtigkeit garantiert; und eine „sittliche Erneuerung aus christlichem Geiste“.

Gleichzeitig verdeckten Schlagwörter und Metaphern fundamentale Unterschiede. Nationalsozialisten propagierten einen nationalistischen Antikapitalismus und eine revolutionäre Vision, deren Kern gewaltsamer

---

<sup>49</sup> Ebd., S. 92.

<sup>50</sup> Ebd., S. 100.

<sup>51</sup> Ebd., S. 102.

Rassismus – insbesondere Antisemitismus<sup>52</sup> – und aggressive Expansion waren. Laut Janssen bedienten sich die Nationalsozialisten der älteren deutschen Volkswirtschaftslehre, „indem Versatzstücke ohne große Rücksicht auf ihren spezifischen Kontext herausgebrochen, vulgarisiert und auf eine biologische-rassistische Grundlage gestellt wurden.“<sup>53</sup> Die pseudowissenschaftliche biologische Rassenlehre bildete also das konstituierende Element ihres Antikapitalismus und ihres Wirtschaftsdenkens. Janssen resümiert:

„Im NS-Wirtschaftsdenken waren Kapitalismus, Judentum und Liberalismus häufig nur verschiedene Seiten einer Medaille. [...] Auf der Rassenlehre fußend unterschieden NS-Ökonomen zwischen deutschem Sozialismus einerseits und jüdischem Individualismus und Kapitalismus andererseits [...]. Die nationalsozialistische Parole *Gemeinnutz geht vor Eigennutz* war also rassistisch fundiert, die Lösung der sozialen Frage ging im nationalsozialistischen Denken mit der Lösung der Rassenfrage einher.“<sup>54</sup>

Außerdem standen hinter der Volksgemeinschaftsparole Auffassungen von Arbeit und Leistung, die nichts mit Gleichheit, Solidarität und Mitleid zu tun hatten. Die Vision ihrer rassistischen, sozialdarwinistischen Leistungsgesellschaft strebte nach einer brutalen, biologisch-utilitaristischen Ungleichheit.<sup>55</sup> Gemeinsam benutzte Schlagwörter und Metaphern führten also zu einer Mehrdeutigkeit von häufig benutzten Ausdrucksweisen. Zudem luden Vertreter aus verschiedenen politischen Lagern diese zusätzlich mit unterschiedlichen Werten und Bedeutungen auf, während in gleicher Weise eine „soziale Radikalisierung“ zwischen Marxisten und Nationalsozialisten um Begriffe wie Kapitalismus, Revolution und „soziale Frage“ stattfand.<sup>56</sup>

### Fazit und weiterführende Gedanken

Anfang der 1930er Jahre, also mitten in der Weltwirtschaftskrise, schien Deutschland „reif“ für einen strukturellen Umbruch zu sein. Spezifische

---

<sup>52</sup> Über die fatale Verknüpfung von Antisemitismus und Antikapitalismus vgl. die Beiträge in: Kapitalismusedebatten um 1900 – Über antisemitisierende Semantiken des Jüdischen, hg. v. NICOLAS BERG, Leipzig 2011.

<sup>53</sup> JANSSEN, Nationalökonomie, S. 132.

<sup>54</sup> Ebd., S. 118 f., 132.

<sup>55</sup> SZEJNMANN, Nazi Economic Thought.

<sup>56</sup> Ebd.

kulturelle und gesellschaftliche Traditionen und Denkweisen, die zentrale Aspekte des wirtschaftlichen Systems und dessen Auswirkungen kritisierten und lange in der Gesellschaft gegart hatten, erhielten durch die katastrophale Krise desselben wirtschaftlichen Systems den Schub zum Durchbruch.

Bis dahin hatte das kapitalistische Wirtschaftssystem einen Januskopf gezeigt. Es konnte auf beispielloses Wachstum, Reichtum und Möglichkeiten der Entfaltung verweisen. Gleichzeitig erschienen aber beängstigende „dunkle Schattenseiten“: die wirtschaftlichen, sozialen und seelischen Entwurzelungen, wie sie Heinrich Getzeny beschrieb. Einmalig war, dass diese erste große Weltwirtschaftskrise schlichtweg die Zukunft des kapitalistischen Systems in Frage stellte. In Deutschland, wo Zweifler und Kritiker des Kapitalismus traditionell reichen Nährboden fanden und die Gesellschaft zudem mit besonders heftigen Problemen des Modernisierungsprozesses konfrontiert wurde,<sup>57</sup> reichte dies, einen strukturellen Umbruch auszulösen – auch weil es plötzlich zu einer wirkmächtigen Verschmelzung verschiedener antikapitalistischer Richtungen in Kultur, Wirtschaft und Politik gekommen war.

In dieser Situation hatten die Nationalsozialisten, die während der Krise die weitaus größte Partei geworden waren, mit Abstand die stärksten Karten. Ihre Vision des „deutschen Sozialismus“ und ihre Parole „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ erfassten den antikapitalistischen Zeitgeist und präsentierten eine ernstzunehmende Alternative zu anderen Krisenlösungen. Kaum jemand klammerte sich noch an den Status quo: „Moderate“ Reformen erschienen unglaublich (weswegen die Sozialdemokraten regelrecht hilflos im Angesicht der Krise wirkten), und der „marxistische internationale Sozialismus“ der Kommunisten hinkte in der Popularität dem „deutschen Sozialismus“ der Nationalsozialisten weit hinterher. Die besondere Leistung der Nationalsozialisten lag in der gleichzeitigen Befriedigung des Verlangens nach einem radikalen Umbruch und der Sehnsucht nach Kontinuität und Restauration, was insbesondere durch die Beibehaltung von Besitz und Eigentum eingelöst wurde. Dabei schürten die schlechten Erfahrungen mit den Konsequenzen der individuellen Freiheit die Akzeptanz für eine nationalsozialistische Diktatur.

Schließlich ist ein Vergleich der Reaktionen während der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre und der Finanzkrise seit 2008 auf-

---

<sup>57</sup> DETLEF PEUKERT, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne*, Berlin 1987.

schlussreich. Folgendes fällt auf: Die Symptome des Kapitalismus werden recht ähnlich beschrieben, wenn auch heutzutage die Rhetorik von vor 85 Jahren extrem und apokalyptisch anmutet. Damals wie heute werden zentrale Probleme kapitalistischer Gesellschaften thematisiert, inklusive

1. der Spannung zwischen Eigeninteresse und Gemeinwohl;
2. des Verhältnisses zwischen nationaler und multi-ethnischer Kultur;
3. der sogenannten sozialen Frage, inwieweit die Gesellschaft und der Staat eine Verantwortung in Bezug auf sozial Schwache haben;
4. der Vor- und Nachteile der Globalisierung;
5. des Gefühls der Entfremdung in der modernen Welt.

Kurzum, die Kritik des Kapitalismus bleibt relevant, gerade weil Gesellschaften oftmals weit entfernt sind von konkreten Lösungen – Lösungen, die entweder den Kapitalismus zähmen (wobei sich die Frage stellt, ob dies dann noch Kapitalismus ist), oder eine alternative Wirtschaftsform anvisieren.

Bis heute polarisiert der Kapitalismus. Georg Kaisers „Von morgens bis mitternachts“ ruft weiterhin Zustimmung und Ablehnung hervor. Während des Ersten Weltkriegs verhinderte der wilhelminische Zensor die in Berlin geplante Uraufführung; 1933 verbrannten die Nationalsozialisten Kaisers Bücher. Trotzdem, oder gerade deshalb, wurde Kaiser ein großes Vorbild der politischen Linken, inklusive Bertolt Brechts. Ende 2013 / Anfang 2014 lief das antikapitalistische Stück im Nationaltheater in London. Während der linksliberale „Guardian“ es ausdrücklich lobte („production full of vitality and a beautifully unsentimental central performance“), verrissen rechte Kritiker das Werk regelrecht („dull, predictable and second-rate“).<sup>58</sup>

Wie sieht es nun mit Lösungsvorschlägen aus, um die bekannten „dunklen Schatten“ des Kapitalismus zu überwinden? Während vor 80 Jahren von extremen Alternativen die Rede war, gar der Ablösung des kapitalistischen Systems, zumindest aber dem Verlangen nach einer grundsätzlich neuen Einstellung in der Gesellschaft, so wirken heutzutage Vorschläge, wenn überhaupt welche angeboten werden, in der Regel bescheiden, halbherzig und ratlos. Im Westen scheint sich die große Mehrheit mit dem Kapitalismus als Wirtschaftssystem abgefunden zu haben. Mit kleinen Schritten will man die Welt verbessern – und nicht mit dra-

---

<sup>58</sup> Vgl. Rezensionen in: The Guardian, <http://www.theguardian.com/stage/2013/dec/08/from-morning-to-midnight-review>, und The Daily Telegraph, <http://www.telegraph.co.uk/culture/theatre/theatre-reviews/10504096/From-Morning-to-Midnight-National-Theatre-review.html> (3.1.2014).

matischen Visionen und Sprüngen, wie vor 85 Jahren. Und auch wenn Krisen immer wieder zum Anschwellen von Stereotypen gegen die „Anderen“ und gegen Ausländer führen, werden eine aggressiv-nationalistische und rassistische Rhetorik oder gar eine expansionistische Außenpolitik kaum noch akzeptiert. Warum? Nach 1945 zementierten der Sieg über die nationalsozialistische Barbarei und einmaliger Wohlstand in der westlichen Welt die Unterstützung für das demokratische System, die Akzeptanz der Gleichheit aller Menschen und eine Ablehnung von Antisemitismus und Rassismus.

Heutzutage kann der Kapitalismus auf eine gemischte Bilanz blicken. Einerseits scheint er im Aufwind zu sein und genießt einflussreiche Unterstützung: Während Reformen im 20. Jahrhundert Staatsintervention und Staatsschutz forderten, um vor den chaotischen und brutalen Auswirkungen des kapitalistischen Wettbewerbs zu schützen, empfehlen Politiker heutzutage, diesen Schutz abzubauen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben.<sup>59</sup> Zugleich ist der „kapitalistische“ Westen Ende des Kalten Kriegs nicht mehr unter Druck, dem „sozialistischen“ Osten einen ausgefeilten Wohlfahrtsstaat gegenüberzustellen, um damit den Anspruch auf ein „sozialeres“ und „humanitäreres“ Wirtschaftssystem erheben zu können. Derweil preisen einige Prominente, wie Londons Bürgermeister Boris Johnson, Attribute wie Neid und Gier als Antrieb für die wachstums-erzeugende kapitalistische Wirtschaft und sehen Reichtum als Belohnung für die natürliche Auslese der Klügsten:

„Ding dong! communism’s dead. Ding dong! socialism’s dead! [...] Like it or not, the free market economy is the only show in town. Britain is competing in an increasingly impatient and globalised economy, in which the competition is getting ever stiffer. No one can ignore the harshness of that competition, or the inequality that it inevitably accentuates; and I am afraid that violent economic centrifuge is operating on human beings who are already very far from equal in raw ability, if not spiritual worth. Whatever you may think of the value of IQ tests, it is surely relevant to a conversation about equality that as many as 16 per cent of our species have an IQ below 85, while about 2 per cent have an IQ above 130. The harder you shake the pack, the easier it will be for some cornflakes to get to the top.

And for one reason or another – boardroom greed or, as I am assured, the natural and God-given talent of boardroom inhabitants – the income gap between the top cornflakes and the bottom cornflakes is getting wider than ever. I stress: I don’t believe that economic equality is possible; indeed, some

---

<sup>59</sup> LEO PANITCH, *Europe’s Left Has Seen How Capitalism Can Bite Back*, in: *The Guardian*, 13. Januar 2014.

measure of inequality is essential for the spirit of envy and keeping up with the Joneses that is, like greed, a valuable spur to economic activity. [...] It seems to me therefore that though it would be wrong to persecute the rich, and madness to try and stifle wealth creation, and futile to try to stamp out inequality, that we should only tolerate this wealth gap on two conditions: one, that we help those who genuinely cannot compete; and, two, that we provide opportunity for those who can.“<sup>60</sup>

Andererseits scheint gerade die Finanzkrise diversen Kritikern des Kapitalismus Futter für Schlagzeilen zu geben. Journalisten, Schriftsteller, Forschungsgruppen, Theater- und Filmregisseure beschäftigen sich verstärkt mit dem Thema „soziale Ungerechtigkeit“ und den Auswirkungen des „Materialismus“ im Kapitalismus. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht eine weitere Studie zu beweisen glaubt, dass (exzessiver) Materialismus und Geld den Menschen alles andere als Glück und Zufriedenheit bescherten.<sup>61</sup> So ist ein dickes Sachbuch über die Wirtschaft, „Capital in the Twenty-First Century“, unlängst ein internationaler Bestseller geworden.<sup>62</sup> Der Autor, der französische Ökonom Thomas Piketty, genießt inzwischen „celebrity“-Status, weil er akribisch für die letzten 200 Jahre, aber insbesondere für die Zeit nach 1945 belegt hat, dass im Kapitalismus der Wohlstand ungleich verteilt ist.

Derweil greift Papst Franziskus ähnliche Symptome des Kapitalismus an, wie schon vor 83 Jahren sein Vorgänger Pius XI. In seinem ersten längerem Apostolischen Schreiben schildert Franziskus eine „Entmenschlchung“ und eine „historischen Wende“ und verkündigt: „Nein zur neuen Vergötterung des Geldes“; „Nein zu einem Geld, das regiert, statt zu dienen“; „Nein zur sozialen Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt“; und „Nein zur egoistischen Trägheit“.<sup>63</sup> Ähnliches verkündigt er in seinen

---

<sup>60</sup> BORIS JOHNSON, The Third Margaret Thatcher Lecture, 27.11.2013; vgl. <http://www.cps.org.uk/events/q/date/2013/11/27/the-2013-margaret-thatcher-lecture-boris-johnson> (3.1.2014).

<sup>61</sup> GRAHAM MUSIC, The Good Life. Wellbeing and the New Science of Altruism, Selfishness and Immorality, London 2014; TIM KASSER u. a., Changes in Materialism, Changes in Psychological Well-being. Evidence from Three Longitudinal Studies and an Intervention Experiment, in: Motivation and Emotion 38 (2014), H. 1, S. 1-22; MONIKA A. BAUER u. a., Cuing Consumerism. Situational Materialism Undermines Personal and Social Well-Being, in: Psychological Science 23 (2012), H. 5, S. 517-523.

<sup>62</sup> THOMAS PIKETTY, Capital in the Twenty-First Century, Harvard 2014.

<sup>63</sup> Apostolisches Schreiben Evangelii Gaudium des Heiligen Vaters Papst Franziskus an die Bischöfe, an die Priester und Diakone, an die Personen geweihten Lebens und an die christgläubigen Laien. Über die Verkündigung des Evangeliums in der Welt von Heute, Rom 2013, S. 3.

„Tweets“: „Inequality is the root of social evil“ (28.4.2014); „The Kingdom of Heaven is for those who place their trust in the love of God, not in material possessions“ (22.11.2013); „If money and material things become the center of our lives, they seize us and make us slaves“ (29.10.2013).<sup>64</sup>

Aber auch andere Aspekte des Kapitalismus werden momentan detailliert beleuchtet, wie zum Beispiel der Zusammenhang zwischen der extremen Rechten und dem Antikapitalismus sowie der Antiglobalisierung;<sup>65</sup> die Beziehung zwischen Kapitalismus und Klimawandel;<sup>66</sup> und schließlich die Vielfalt der kapitalistischen Systeme (USA / Großbritannien: Neoliberalismus; Europa: Wohlfahrtsstaat; China: autoritärer Kapitalismus; Lateinamerika: populärer Kapitalismus) und wie dies zu tiefgreifenden Spannungen führt.<sup>67</sup>

Ohne Frage: Der Kapitalismus und seine Zukunft sind momentan einmal mehr im kritischen Rampenlicht. Die dramatischen Sparmaßnahmen in Europa haben eine politische Polarisierung ausgelöst, in der extreme Parteien der politischen Rechten und Linken, wie Ukip in Großbritannien, Nationale Front in Frankreich, die Fünf-Sterne-Bewegung in Italien, Jobbik in Ungarn, Podemos in Spanien, Syriza und Goldene Morgenröte in Griechenland, teilweise mit stark antikapitalistischen Parolen aufwarten und damit eine Neukonfiguration der politischen Landschaft auszulösen scheinen.<sup>68</sup> Es bleibt noch abzuwarten, ob dies in den jeweiligen Ländern, oder sogar in ganze Europa, tiefgreifende und

---

<sup>64</sup> Vgl. <https://twitter.com/Pontifex>.

<sup>65</sup> IAN COBAIN, Nick Griffin's Vision for BNP-led Britain Shown in 1990s Police Interviews, in: *The Guardian*, 6. Mai 2014; RICHARD SAULL, Capitalist Development and the Rise and „Fall“ of the Far-Right, in: *Critical Sociology*, 4.2.2013, DOI: 10.1177/0896920512468891; vgl. <http://crs.sagepub.com/content/early/2013/01/31/0896920512468891> (3.1.2014); *Völkischer Antikapitalismus. Eine Einführung in die Kapitalismuskritik von rechts*, hg. v. MICHAEL BARTEL / BENJAMIN JUNG, Münster 2013; HENDRIK PULS, *Antikapitalismus von rechts? Wirtschafts- und sozialpolitische Positionen der NPD*, Münster 2012; *Volksgemeinschaft statt Kapitalismus? Zur sozialen Demagogie der Neonazis*, hg. v. RICHARD GEBHARD / DOMINIK CLEMENS, Köln 2009; BERND SOMMER, Anti-capitalism in the Name of the Ethno-nationalism. Ideological Shifts on the German Extreme Right, in: *Patterns of Prejudice* 42 (2008), H. 3, S. 305-316.

<sup>66</sup> NAOMI KLEIN, *This Changes Everything. Capitalism vs the Climate*, London 2014.

<sup>67</sup> SLAVOJ ŽIŽEK, Who Can Control the Capitalist Order, in: *The Guardian*, 6. Mai 2014; JAMIL ANDERLINI, Does Size Matter? China Poised to Overtake US as World's Largest Economy in 2014, in: *The Financial Times*, 30. April 2014.

<sup>68</sup> Vgl. auch SEUMAS MILNE, The Centre Cannot Hold under Austerity, in Britain or Europe, in: *The Guardian*, 6. November 2014.

langfristige gesellschaftliche Umbrüche auslöst. Während Experten von der tiefsten Krise sprechen, mit der die Europäische Union seit ihrer Geschichte konfrontiert wird, warnen einige Kommentatoren vor den fatalen Ähnlichkeiten zwischen den Versäumnissen der 1930er Jahre und der Entwicklung der Weltwirtschaft seit 2008. Immerhin führte dies damals zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs.<sup>69</sup>

---

<sup>69</sup> TIMOTHY GARTON ASH, Let a New Generation Speak up for Europe, in: *The Guardian*, 8. Dezember 2014; LARRY ELLIOTT, Financial Peace in Our Time? That's a Bit Rich, in: *The Guardian*, 13. Oktober 2014.





HARALD FLOHR

## ZWEI IRISCHE KRISEN IM VERGLEICH

### IRISH FAMINE 1845–1848/49 UND WIRTSCHAFTSKRISE DES CELTIC TIGER SEIT 2008

#### 1. Zwei ungleiche Krisen

„Unless we are much deceived, posterity will trace up to that famine the commencement of a salutary revolution in the habits of a nation long singularly unfortunate, and will acknowledge that on this, as on so many other occasions, Supreme Wisdom has educed permanent good out of transient evil.“<sup>1</sup>

Dieses Zitat von Charles Trevelyan, einem der Hauptakteure der Großen Irischen Hungersnot, scheint auf den ersten Blick dem Sprichwort ähnlich, laut welchem in jeder Krise eine Chance steckt. Der historische Kontext und der letzte Teil des Zitates aber zeigen, dass es Trevelyan um deutlich mehr ging als um einen bloßen Zweckoptimismus, nämlich den Glauben an die reinigende Wirkung der Krise, an einen tieferen Sinn. Er und andere Administratoren sahen darin einen Ansatzpunkt, um die bei den Iren wahrgenommenen schädlichen Verhaltensweisen zu ändern. Diese Geisteshaltung stellte zu der Zeit keinesfalls eine Einzelmeinung dar, wobei die Perzeption und Beurteilung der Hungersnot durch die verschiedenen sozialen und politischen Gruppierungen noch wenig erforscht sind und für sich genommen bereits einen relevanten Untersuchungsgegenstand bilden.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> CHARLES TREVELYAN, *The Irish Crisis*, London 1848, S. 1.

<sup>2</sup> Ansatzweise finden sich hierzu Quellen und Aussagen an verschiedenen Stellen: JOHN CROWLEY u. a., *Atlas of the Great Irish Famine*, Cork 2012, besonders Kap. II, IV (in den allgemeinen Einführungen), V und VII.

Doch der in der Folge vorgenommene Vergleich der Hungersnot im 19. Jahrhundert mit der modernen irischen Finanz- und Wirtschaftskrise<sup>3</sup> geht über die reine Perzeptionsgeschichte hinaus. Er fokussiert außerdem nicht auf die Ursachen und Abläufe oder die direkten, offenkundigen Wirkungen, die ob des historischen Kontexts und wegen ihres Ausmaßes schwerlich vergleichbar sind, sondern auf die tiefer wurzelnden sozialen und kulturellen Auswirkungen, die derartige Krisen als Einschnitte in eine Gesellschaft mit sich bringen. Hierbei ist insbesondere nach der „Pfadabhängigkeit“ im Falle der Geschichte Irlands im 19. Jahrhundert zu fragen, die bei einer derartigen Interpretation der Hungersnot und ihrer Folgeentwicklungen von großer Bedeutung ist. Diese Untersuchung sehr unterschiedlicher Wirtschaftskrisen zu verschiedenen Zeiten analysiert deshalb nach einer knappen strukturellen Gegenüberstellung insbesondere zwei spezifische Parallelen in den Nachwirkungen: Die Tendenz zur Emigration als Reaktion auf eine Krise sowie zusätzlich den Umgang mit der irischen Sprache als vermeintlich kulturtragendem Element. Zugleich wird die Frage nach Kontinuitäten dieser sozio-kulturellen Konsequenzen gestellt.<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> Diese Krise steht im Rahmen der ursprünglichen amerikanischen und auf Europa ausgeweiteten Finanzkrise, die regional auch in eine Wirtschaftskrise umschlug. Dennoch sollte hierbei nicht unbeachtet bleiben, dass einige Schwellenländer ökonomisch von der Krise sogar profitierten bzw. zumindest ein konstantes oder gar beschleunigtes Wachstum aufwiesen, so vor allem Indien und China, vgl. SEBASTIAN DULLIEN u. a., *The Financial and Economic Crisis of 2008–09 and Developing Countries*, New York / Geneva, 2010, besonders Kapitel zu Indien, Brasilien und Afrika.

<sup>4</sup> CORMAC Ó GRÁDA, *Black '47 and Beyond. The Great Irish Famine in History, Economy and Memory*, Princeton 1999, S. 226, traut sich hierbei an die psychologischen und kulturellen Wirkungen nicht heran. Die Forschungsliteratur ignoriert die linguistisch-kulturellen Folgen, v. a. die Wirkungsweise über den direkten Verlust von Sprechern hinaus, bis auf eine kurze irischsprachige Monographie (Ó GRÁDA, *An Drochshaol. Béaloidas agus Amhráin*, Dublin 1994) und verfolgt keinen holistischen Ansatz (inklusive sprachhistorisch). SEÁN DE FRÉINE, *The Great Silence*, Dublin 1965, handelt zwar von der kulturellen Entwicklung, die in Zusammenhang mit dem Niedergang der Sprache steht, ist aber zum einen nicht mehr zeitgemäß und unterschätzt zum anderen die Wirkungen der Hungersnot. Am nächsten kommt dem, ohne explizit zu werden, MICHAEL MAURER, *Geschichte Irlands*, Stuttgart 2013, S. 219–226; Maurer spricht die kulturelle Seite und die Sprachbewegung an, versäumt aber, den direkten Bezug zur Hungersnot als Katalysator des Niedergangsprozesses herzustellen, den sowohl die Fakten zur Emigration als auch zu den sinkenden Sprecherzahlen, v. a. den quasi verschwindenden monoglotten Irischsprechern, nahelegen. Auch REG HINDLEY, *The Death of the Irish Language*, London / Oxford 1991, S. 15 und S. 20, nennt zwar die Wirkungen der Hungersnot auf die Sprache und sogar im gleichen Kontext den positiven Faktor, den die *Gaelic League* darstellte, doch vermerkt

Zunächst soll die fatale Versorgungskrise in Irland im mittleren 19. Jahrhundert, bekannt als *Great Irish Famine* mit über einer Million Toten und 1,5 Millionen Auswanderern, kurz in ihren zentralen Punkten behandelt werden, bevor ihre weit reichenden gesellschaftlichen Folgen – wie Emigration und Landflucht beziehungsweise Verstädterung – beschrieben werden. Die Wirkungen auf verschiedene gesellschaftliche Gruppen gingen weit über die räumlichen und zeitlichen Grenzen der Hungersnot hinweg und zeigten sich beispielsweise in den Einwandererländern USA, Kanada und Australien. Neben der Migration sind für die kulturellen Nachwirkungen der Krise außerdem die komplementären Konzepte von traditionellen Kulturträgern gegenüber Neo-Kulturträgern relevant. Üblicherweise bestand zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftsschichten, denen sie meist angehörten, eine kulturelle Kluft (*cultural gap*), die durch die Hungersnot verbreitert wurde – was wiederum entscheidenden Niederschlag in der sprachlichen Praxis fand. Aus diesen Ereignissen im 19. Jahrhundert entwickelten sich historische Kontinuitäten, die sich mindestens in Teilen auch 150 Jahre später zeigten, was nachgerade zu einer vertieften vergleichenden Analyse auffordert.

## 2. *The Great Irish Famine / An Gorta Mór / An Drochshaol*

Die irische Hungersnot ist neben der Unabhängigkeit das herausragende historische Ereignis der neueren irischen Geschichte und indirekt, über die wachsende Unzufriedenheit mit den englischen Besatzern, auch mit dieser verknüpft. Neuere Untersuchungen wie Ó Grádas vergleichen sie mit anderen Hungersnöten, immer mit dem Ergebnis, dass die irische zu denen größten Ausmaßes gehört. Hierfür sind die Umstände vor und während der Krise, die Gründe und historischen Zusammenhänge inzwischen genauestens untersucht. Neben den harten Fakten sind aber selbst so substanzielle Elemente wie das Netto-Verhältnis von Import und Export von Lebensmitteln noch umstritten.<sup>5</sup> Eindeutig ist, dass in der irischen Hungersnot vergleichsweise mehr Menschen starben als in den

---

auch er trotz der zeitlichen Koinzidenz die geographische und gesellschaftliche Trennung der beiden Ströme nicht als relevanten Fakt.

<sup>5</sup> Vgl. hierzu COLM TÓIBÍN / DIARMUID FERRITER, *The Irish Famine. A Documentary*, London 2004, S. 9 ff. Ein Grund für die Unsicherheiten und Diskussionen ist auch die teils unklare Daten- und Faktenlage, wie ROBERT F. FOSTER, *Modern Ireland 1600–1972*, London / Dublin 1990, S. 319 f., beschreibt.

allermeisten modernen und historischen Hungersnöten, vor allem proportional zur Bevölkerungsgröße: Eine Million Menschen, etwas ein Achtel der Bevölkerung, erlag direkt oder indirekt der Unterernährung.<sup>6</sup>

Der hitzig geführte Ursachenstreit über die Hauptursachen dieser Krise dreht sich um die Ausbreitung von pilzartigen Mikroorganismen (*Phytophthora infestans*), die anders als in den Niederlanden, wo eine Trockenzeit diesen Befall beendete, Irland mit voller Härte traf; dazu kommt aus Sicht der englischen Autoritäten die Rückschrittlichkeit der irischen Landwirtschaft und die der ländlichen Bevölkerung, die sich zu sehr auf Kartoffeln als Grundnahrungsmittel verließ. Außerdem ist zu nennen die verspätete, halbherzige Reaktion der zweiten damit befassten britischen Regierung (*Whigs*), nachdem Robert Peel (ein *Tory*) zuvor 1845 vorausschauend indisches Getreide gelagert hatte und so im ersten Jahr das Schlimmste abwenden konnte.<sup>7</sup>

Die *Whigs* unter Lord Russell waren erst 1847 bereit, von der *Laissez-faire*-Strategie abzuweichen und Suppenküchen zu öffnen, als die *workhouses*, die nicht anlässlich der Hungersnot eingerichtet wurden, sondern zufällig einen Teil des neu implementierten und von der Hungersnot geradezu überrollten *Irish Poor Law* darstellten,<sup>8</sup> wegen zu niedriger Löhne bei in die Höhe geschossenen Getreidepreisen keine Linderung brachten. An diesem Punkt setzt die Diskussion an, ob es sich um eine Wirtschafts- oder eine Subsistenzkrise in Folge einer Naturkatastrophe handelte. Der auch von Ó Gráda in seinen Publikationen gewählte Mittelweg eines multikausalen Ansatzes führt dabei am weitesten.<sup>9</sup> Auf der anderen Seite steht die seltener vertretene Meinung,<sup>10</sup> dass die britische Reaktion auf die Hungersnot zumindest ab dem Jahr 1847 weniger in Verbindung mit dem *Laissez-faire* stand als vielmehr mit der kurzzeitigen

---

<sup>6</sup> Folgend Ó GRÁDA, Black '47, mit komparativen und ökonomischen Ansatz.

<sup>7</sup> TIM PAT COOGAN, *The Famine Plot. England's Role in Ireland's Greatest Tragedy*, Basingstoke 2012.

<sup>8</sup> TIMOTHY W. GUINNANE, *The Vanishing Irish. Households, Migration and the Rural Economy in Ireland, 1850–1914*, Princeton 1997, S. 60 ff.

<sup>9</sup> Ó GRÁDA, *Ireland before and after the Famine – Explorations in Economic History 1800–1925*, Manchester 1988, S. 122.

<sup>10</sup> Zuletzt wurde dieser These neuer Impetus gegeben von der Untersuchung von CHARLES READ, *Laissez-faire, the Irish Famine, and British Financial Crisis c.1846–50*, in: *The Economic History Society. Annual Conference, New Researchers' Papers*, Warwick 2014, S. 53–58.

englischen Wirtschaftskrise, die als *Panic of 1847* bezeichnet wird.<sup>11</sup> Einerseits setzte diese zwar erst zwei Jahre nach dem ersten Ernteausfall ein, andererseits kann sie aber zur Erklärung beizutragen, warum die neue britische Regierung 1847 zunächst weniger eingriff als noch zuvor und so 1847 zum schlimmsten Jahr der Hungerkrise wurde. Es steht somit zwar weiter außer Frage, dass das Budget des Britischen Imperiums eine weitere Intervention zugelassen hätte, allerdings ergänzt es die irische Hungersnot um übergreifende ökonomische Aspekte, die zur Versorgungs- und Verteilungskrise hinzukamen.<sup>12</sup>

Teilweise nahm die Bevölkerung auch eine selbstkritische Sicht an und sah die Not, die sie erlitt, als verdiente Strafe Gottes.<sup>13</sup> Allerdings sollten derartige Zeugnisse nicht überbewertet werden. Die meisten Quellen beschreiben primär das Leid und die verlorene Hoffnung auf die Kartoffel als die Nahrung der armen Massen. Neil Buttimer<sup>14</sup> unterstützt diese Sicht und ergänzt, dass es vergleichsweise wenig offene Beschuldigungen gab, und dann meist untereinander, zugleich aber „the reduction of their civilisation“ von den Gälern beklagt wurde.<sup>15</sup> Nur beiläufig erwähnt Buttimer den „major impetus the Famine and its aftermath gave to its [Irish language] retreat“ und die Tatsache, dass „the survival of Irish itself as a vernacular came into question“. <sup>16</sup> Zweifelsohne litt die mündliche Erzähltradition am Verlust vieler (oft älterer) Erzähler, mit denen ein Stück irischer Kultur verloren ging. Der sich ergebende Antagonismus zwischen irischer Landbevölkerung und Britischer Regierung und Besatzung, der viel zur folgenden Unabhängigkeitsbewegung beitrug, wurde wiederum in

---

<sup>11</sup> DAVID MORIER EVANS, *The Commercial Crisis, 1847–1848. Being Facts and Figures*, London 1849; JESÚS HUERTO DE SOTO, *Dinero, Crédito bancario y ciclos económicos*, Madrid 1998, S. 378 f.

<sup>12</sup> Die Einteilung in verschiedene Krisentypen wie Versorgungskrise (Subsistenzkrise) mit Naturkatastrophen oder -ereignissen als Grund, Teuerungskrisen (für Grundnahrungsmittel) und Finanzkrisen (in der Moderne) basiert auf bestehender Literatur und wird in den anderen eingangs erwähnten Beiträgen weiter ausgeführt. Die Zeit Mitte des 18. Jahrhunderts stellt eine Übergangsperiode zwischen den früheren agrarischen Krisen wegen des großen Einflusses der Natur für die Ernte (sowie der folgenden Verteuerung, z. B. von Getreide) und modernen, systeminhärenten Krisen dar. Daher stammt auch die Bezeichnung für die hier behandelte (europäische) Krise der 1840er Jahre als letzte Krise „alten Typs“ (*type ancien*, Subsistenzkrise): WILHELM ABEL, *Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Europa*. Versuch einer Synopses, Berlin 1986, S. 279 f.

<sup>13</sup> Ó GRÁDA, *An Drochshaol*, S. 38.

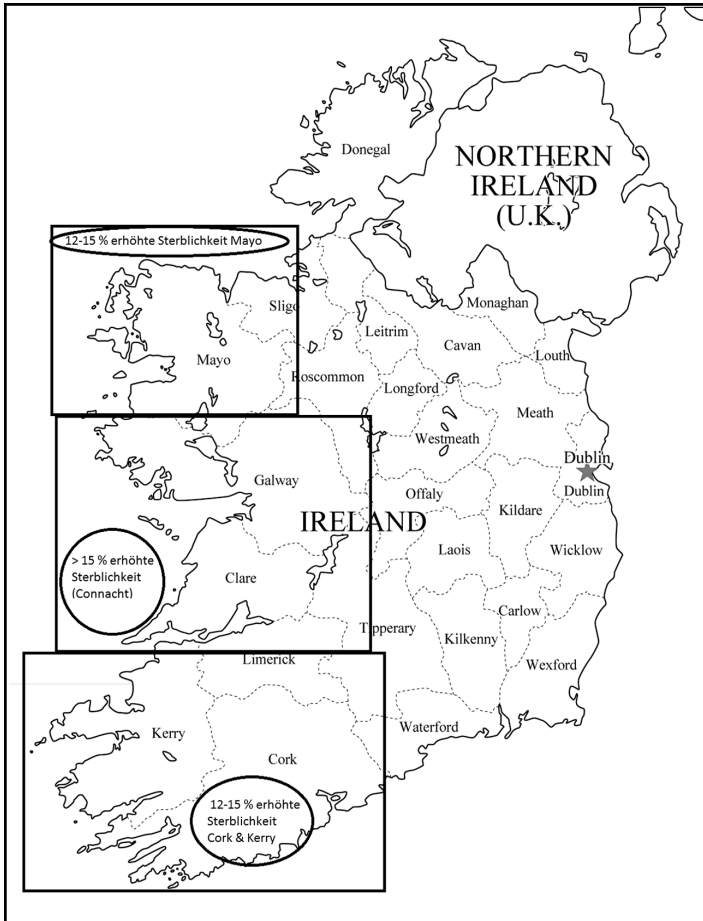
<sup>14</sup> „The Great Irish Famine in Gaelic Manuscripts“, in: CROWLEY, *Atlas*.

<sup>15</sup> CROWLEY, *Atlas*, S. 472.

<sup>16</sup> Ebd., S. 464.

England gespiegelt vom dortigen Misstrauen gegenüber den hungernden und nach England flüchtenden Iren.

Abbildung 1: Sterblichkeitsüberhang in Prozent 1846–1859<sup>17</sup>



Der Sterblichkeitsüberhang zwischen 1848 und 1850 weist deutliche regionale Unterschiede auf: Im Westen waren es in dieser Zeit über

<sup>17</sup> CROWLEY, S. 109; S. H. COUSENS, Regional Death Rates in Ireland during the Great Famine from 1846 to 1851, in: Population Studies 14 (1960), H. 1, S. 55-74. Zum Vergleich mit den damals vornehmlich irischsprachigen Gebieten und der heutigen *gaeltacht*, siehe Abbildung 4.

15 Prozent, im Südwesten zwischen 12,5 und 15 Prozent, in Zentralirland zehn bis 12,5 Prozent, während er in den meisten Gebieten im Osten und Norden, den vorherrschend anglophonen Gebieten, meist unter 7,5 Prozent lag, in manchen Übergangsgebieten 7,5 bis 10 Prozent. Diese Zahlen waren 1847 noch etwas höher, wobei gerade die ärmeren westlichen Gebiete später stärker betroffen waren als die anderen, da die lange Dauer der Hungersnot die Ärmsten am härtesten traf und sie deshalb auch später noch zur Emigration trieb. Die Krise wirkte also nicht auf alle Bevölkerungsgruppen gleich. Ungleichheiten bestanden vor allem zwischen der irischsprachigen, ländlichen Bevölkerung und der angloirischen, oft protestantischen oberen Mittelschicht. Diese Unterschiede bestanden nicht nur faktisch (ökonomisch), sondern auch in der Selbstwahrnehmung der Bevölkerungsgruppen und verstärkten so die im nächsten Kapitel behandelten Wirkungen.

### 3. Auswirkungen der Großen Hungersnot

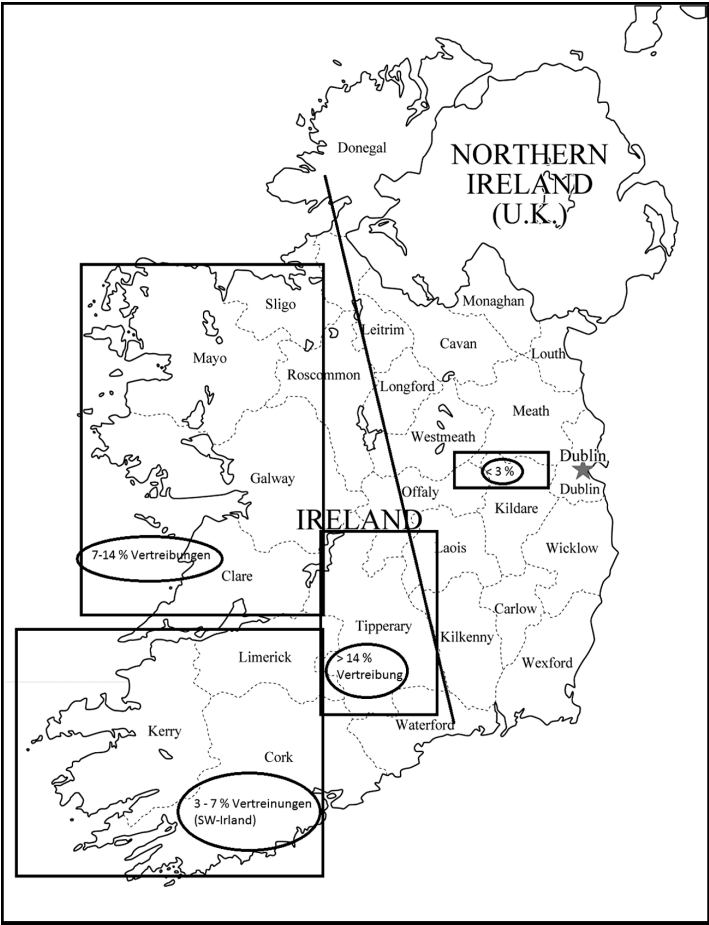
Die Folgen der Hungersnot als einschneidendes historisches und gesellschaftliches Ereignis lassen sich bis in die Gegenwart zurückverfolgen: Irland ist das einzige Land Europas, dessen Bevölkerungszahl heute noch unter jener von 1840 liegt und das zudem die typisch westliche Entwicklung einer Stagnation oder eines Rückgangs der Einwohnerzahl im 20. Jahrhundert nicht teilte. Ohne die Hungersnot und die folgende, Jahrzehnte andauernde Massenemigration gäbe es nicht die vielen Amerikaner, Kanadier und Australier, die ihre Familiengeschichte nach Irland zurückverfolgen und großes Interesse an irischer Kultur und Sprache haben. Traditionelle Lieder wie „Fields of Athenry“ (mit Bezug zu Trevellyans Getreide) werden auf Sportveranstaltungen von Iren und Irischstämmigen gesungen; außerdem existieren viele von irischen Emigranten gegründete Sportclubs wie „Celtic Glasgow“, „London Irish“ (Rugby) oder die „Boston Celtics“. Die *Famine*-Erfahrung schlägt sich somit auch in der Popkultur nieder. Zudem liegt das sehr ambivalente Verhältnis der Iren zu den Engländern und Schotten, inklusive des inneririschen Verhältnisses und des von Protestanten und Katholiken, zu einem Großteil in der Hungersnot samt Folgen begründet. Selbst viele der Gefangenen, die England nach Australien schickte, stammten aus dem Irland der Hungersnot und wurden oft aus Armut und Not zum Diebstahl getrieben.



3.1. Kulturelle und soziale Auswirkungen der Großen Hungersnot

Der direkte Zusammenhang zwischen ökonomischen und sozialen Folgen wird deutlich, wenn man die Rolle der Regierung, der Landbesitzer und der Bevölkerung betrachtet.

Abbildung 2: Anzahl der Vertreibungen nach County<sup>18</sup>



So war die Emigration während der Hungersnot oft nicht freiwillig: Verarmte oder vertriebene Pächter (*landlord induced emigration*) zählten

<sup>18</sup> CROWLEY, S. 503. Erneut waren die Zahlen im Westen am höchsten.

zu den vielen Auswanderern, weil viele Landbesitzer nicht die Armensteuer (*4-pound clause*) zahlen wollten, die von Grundbesitzern für ihre verarmten Pächter zu entrichten war. Deshalb vertrieben sie diese kurzerhand gewaltsam – und lasteten das wiederum dem Staat an, der sie quasi dazu genötigt habe.<sup>19</sup> So vertiefte sich erneut die Kluft zwischen den sozialen Gruppen, wobei wiederum eine geographisch-soziale Komponente in diesem Phänomen zu beobachten ist, wie Abbildung 2 zeigt.

Die sozialen Folgen lassen sich an einigen Beispielen belegen: Erbteilung der Höfe auf die Söhne war vor der Hungersnot die übliche Praxis, was bei den hohen Geburtenraten von rund 33 pro 1.000 Einwohner (im Jahr 1841 laut Zensus) oft zu extremer Zerstückelung führte, bis hin zu nicht mehr wirtschaftlichen Parzellengrößen. Diese Zersplitterung, zusammen mit der Bevölkerungsdichte und dem Fokus auf die Kartoffel bei der meist Subsistenzwirtschaft betreibenden Landbevölkerung, verschlimmerten die Versorgungslage während der Hungersnot. Danach geschah daher eine Abkehr von dieser Erbschaftspraxis zugunsten einer *impartible land inheritance*, die das Land einem der Kinder übertrug, während die anderen anderweitig ein Einkommen suchen mussten – oft in der Emigration, was zur Auswanderung von zwischen einem Drittel und der Hälfte jeder Generation in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts führte und somit diese Tendenz weiter verstärkte.<sup>20</sup> Die *Famine* war auch der Hauptgrund für das steigende Heiratsalter der Iren, da die Sorge, keine Familie durchbringen zu können, der Ehe einen negativen wirtschaftlichen Aspekt beigab.<sup>21</sup>

Eine weitere, entfernt von der Hungersnot eingeleitete Entwicklung war der *Land Purchase Act* 1881 zur Pachtreduktion, der zum Aufkauf von Gutsteilen durch die Pächter führte und somit mittelfristig die Machtverhältnisse auf dem Land veränderte und einen Beitrag zur Unabhängigkeitsbewegung leistete.<sup>22</sup>

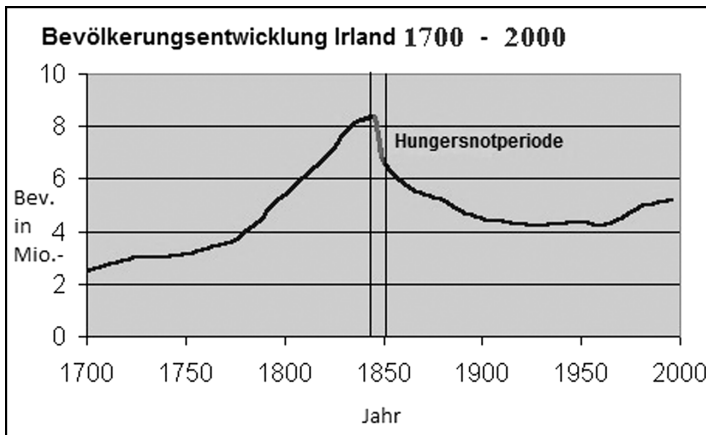
---

<sup>19</sup> Vgl. JAMES S. DONNELLY JR., Landlords and Tenants, in: WILLIAM E. VAUGHAN, A New History of Ireland, Bd. 5: Ireland Under the Union, 1801–1870, Oxford 1989, S. 332–349, hier S. 336 ff.

<sup>20</sup> Ó GRÁDA, Ireland before and after the Famine, S. 161.

<sup>21</sup> Zum Thema des lange anhaltenden irischen Bevölkerungsrückgangs u. a. GUINANE, Vanishing Irish, und JOHN Ó BRIEN, The Vanishing Irish. The Enigma of the Modern World, New York 1953. Zum Vergleich siehe den Beitrag von Katrin Moeller in diesem Band.

<sup>22</sup> FOSTER, Modern Ireland, S. 374.

Abbildung 3:<sup>23</sup>

Wie Abbildung 3 darstellt, war der Bevölkerungsrückgang nicht auf die Hungerjahre beschränkt, sondern setzte sich bis ins frühe 20. Jahrhundert fort. Bis 1846 war er selbst während der Hungersnot noch vergleichsweise gering (am höchsten im später weniger betroffenen Norden). Auch spielte Emigration noch eine untergeordnete Rolle: Gut 215.000 Personen emigrierten 1847 gen USA und in die Kolonien, mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr.<sup>24</sup> Entscheidender aber: Die hohen Emigrantenzahlen von über 100.000 pro Jahr hielten bis Mitte der 1850er an und flachten selbst dann bei immer noch rund 70.000 pro Jahr nur leicht ab.<sup>25</sup>

In der Zensusdekade 1841/51 sank die Bevölkerung um über zwei Millionen, großteils durch Emigration. Oft wird die Dunkelziffer noch höher eingeschätzt.<sup>26</sup> Während die moderne Forschung häufig relativiert, dass die Hungersnot nicht den alleinigen Grund für die hohen irischen Emigrantenzahlen darstelle, da bereits zuvor eine Tendenz zur Emigration bestanden habe, muss sie dennoch, allein ob des Ausmaßes und des

<sup>23</sup> [http://www.wesleyjohnston.com/users/ireland/past/famine/demographics\\_pre.html](http://www.wesleyjohnston.com/users/ireland/past/famine/demographics_pre.html) (5.1.2015).

<sup>24</sup> Quelle: <http://libraryireland.com/articles/DeclinePopulationThom1861/> basierend auf Zensusdaten.

<sup>25</sup> Ó GRÁDA, *The Great Irish Famine*, London 1989, S. 61 f.

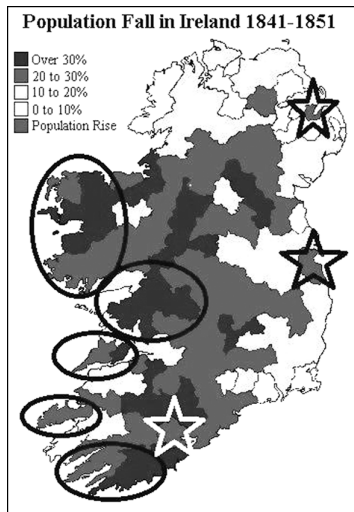
<sup>26</sup> Nota bene: „Emigration“ nach England und Schottland ist in offiziellen Zahlen nicht berücksichtigt, da es sich innerhalb des Vereinigten Königreichs offiziell nicht um Emigration handelte.

rapiden Anstiegs sowohl der absoluten als auch prozentualen Zahlen, als Höhepunkt der rasanten und zugleich Anfangspunkt der stetigen irischen Emigration gesehen werden.<sup>27</sup>

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung Irlands 1831–1851<sup>28</sup>

1831 Zensus	1841 Zensus	Prognosti- zierter 1851 Zensus	Tatsächli- cher 1851 Zensus	Rückgang in % 1841 bis 1851	Tatsächli- cher totaler Bevölke- rungsrück- gang 1841 bis 1851	Geschätzter Bevölkerungs- rückgang durch Hun- gersnot und Emigration
7.784.536	8.175.233	8.565.930	6.552.115	20 %	1.623.118	2.013.815

Abbildung 4: Bevölkerungsrückgang in Irland 1841–1851<sup>29</sup>



<sup>27</sup> FOSTER, *Modern Ireland*, S. 345.

<sup>28</sup> Census of Ireland, Tabelle nach website „Ireland’s history in maps“, <http://rootsweb.ancestry.com/~irlkik/ihm/ire1841.htm> (12.09.2014). „Forecasted 1851 Census“ meint die extrapolierte Bevölkerung für 1851, basierend auf der Bevölkerungszuwachsrate 1831–1841.

<sup>29</sup> R. DUDLEY EDWARDS / DESMOND WILLIAMS, *The Great Famine: Studies in Irish History 1845–1852*, Dublin 1956 (1997), S. 260 (Abbildung 20). Vom Verfasser umkreist sind irischsprachige Regionen, die besonders extremen Bevölkerungsrückgang erfuhren, mit Sternen markiert die Städte Belfast, Cork und Dublin, die als einzige im Zuge der Landflucht / Verstädterung Bevölkerungszuwachs aufwiesen.

Tabelle 2: Bevölkerung Irlands in Tausend ab 1841. Zahlen für Nordirland gegenüber der Republik vor 1921 sind die Addition der jeweiligen *Counties*.

Jahr	Republik Irland	Nordirland
1841	6.529	1.649
1861	4.402	1.396
1881	3.870	1.305
1901	3.222	1.237
1926	2.972	1.257
1946	2.955	1.338
1961	2.818	1.425
1981	3.443	1.536
1991	3.526	1.578

Neben der bloßen Anzahl sind die bereits erwähnten regionalen Unterschiede beim Bevölkerungsrückgang und der Emigration entscheidend: Ohne völlig zu pauschalisieren, ist eindeutig erkennbar, dass primär die ländliche Bevölkerung, besonders im Westen, von der Hungernot betroffen war und auch emigrierte. Gerade kleinere Ortschaften und Städte erlebten einen Rückgang, während nur größere Städte wie Galway und Dublin einen Bevölkerungsanstieg verzeichneten – mit den üblichen Folgen bei Urbanisierung. Wichtig ist hierbei, dass die Städte, insbesondere Dublin, anglophon waren und so die aus dem irischsprachigen Westen<sup>30</sup> stammende migrierte Bevölkerung ihre Muttersprache nach nur einer Generation in der Mehrheit aufgab, da das Englische wirtschaftlich bessere Perspektiven bot, zumal bei folgender Emigration nach England oder Übersee.

---

<sup>30</sup> Vgl. Karten in ERNST G. RAVENSTEIN, On the Celtic Languages of the British Isles, in: Journal of the Statistical Society of London 42 (September 1879), H. 3, S. 583 f., die sowohl die Beschränkung der Irischsprecher auf den Westen als auch den rasanten Rückgang bereits bis 1871 zeigen.

Tabelle 3: Prozentualer Bevölkerungsrückgang in Irland<sup>31</sup>

Jahrzehnt	Leinster	Munster	Ulster	Connacht	Irland gesamt
1841–1851	15,3	22,5	15,7	28,8	19,9
1851–1861	12,9	18,5	4,8	9,6	11,5
1861–1871	8,1	7,9	4,2	7,3	6,7
1871–1881	4,5	4,5	4,9	2,9	4,4
1881–1891	7,1	11,9	7,1	11,8	9,1
1891–1901	3,3	8,3	2,3	10,1	5,2
1901–1911	+0,8	3,8	0,1	5,6	1,5
1841–1911	41,2	56,8	33,8	57,0	46,45

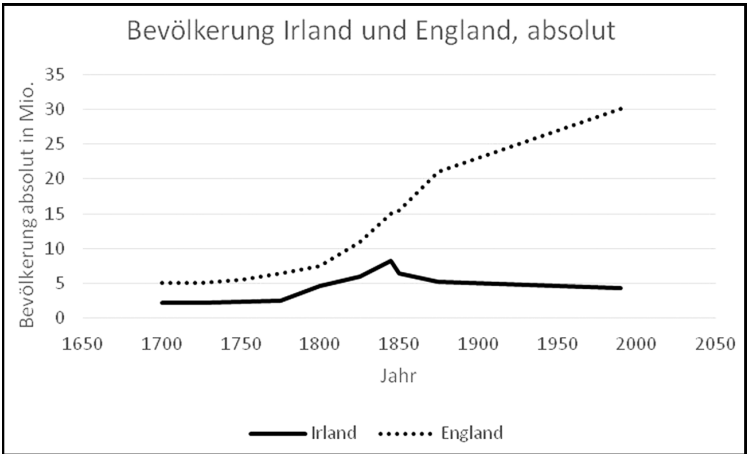
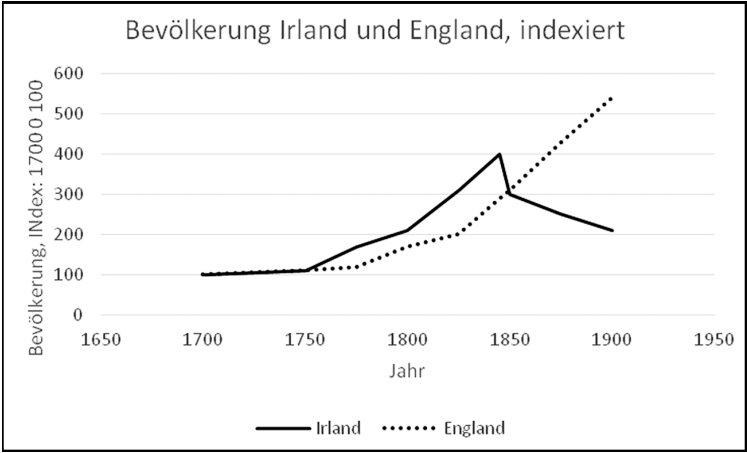
Der in den Tabellen 2 und 3 sowie Abbildung 5 zu sehende weitere Bevölkerungsrückgang in den Folgejahrzehnten ist ein Phänomen, das sich größtenteils auf die westlichen Provinzen Connacht und Munster bezog.<sup>32</sup> Irland hatte im internationalen Vergleich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts keine besonders hohe Sterberate und keine besonders niedrige Geburtenrate *in den Ehen*, was nochmals die Bedeutung der Emigration und der ausbleibenden Ehen aufzeigt. Diese Art von fortdauerndem Krisenverhalten einer Population wird manchmal als *crise larvée* (latente Krise) bezeichnet und kann sich in Form sinkender Zahlen der Eheschließungen oder sinkender Fertilität (Kinder pro Ehe) äußern, die in Kombination mit erhöhter Mortalität auftreten können.<sup>33</sup>

<sup>31</sup> JOSEPH LEE, *The Modernisation of Irish Society 1848–1918*, Dublin 2008, S. 2, Hervorhebungen (Zahlen in Kursiva) durch den Verfasser.

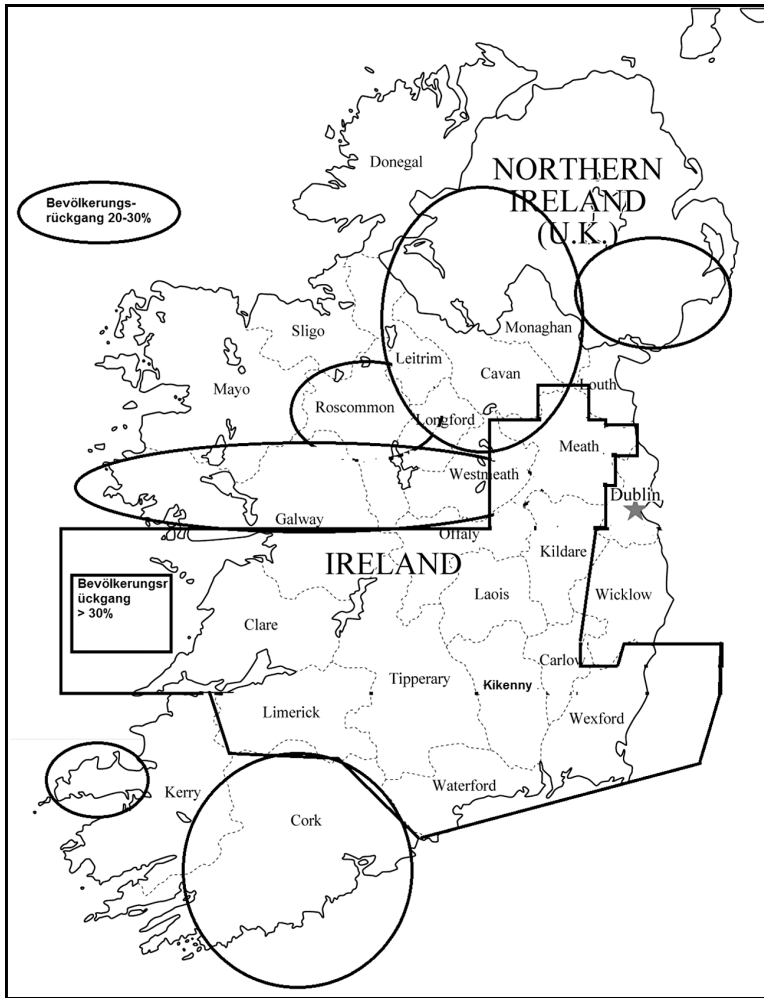
<sup>32</sup> Die Karte in Abbildung 6 (S. 115) zeigt, dass die Depopulation auch nach der Hungersnot primär noch die gleichen Gebiete betraf; zudem liefert GUINNANE, *Vanishing Irish*, S. 99, den stärksten Indikator für die Korrelation von Großem Hunger und folgender Depopulation, nämlich dass der freiwillige Zölibat vieler Iren auf dem (stärker unter Hunger leidenden) Land teils mehr auftrat als in der Stadt, was ansonsten soziologisch atypisch ist.

<sup>33</sup> Zu den langfristigen Effekten einer Krise (Hungersnot oder, wie dort behandelt, eine Epidemie) auf eine Population vgl. ALFRED PERRENOUD, *Maladies émergentes et dynamique démographique*, in: *History and Philosophy of the Life Sciences* 15 (1993), H. 3, S. 297–311.

Abbildungen 5a und 5b: Vergleich der englischen zur irischen Bevölkerungsentwicklung seit 1700<sup>34</sup>



<sup>34</sup> GUINNANE, Vanishing Irish, S. 5.

Abbildung 6: Depopulation 1851–1881<sup>35</sup>

<sup>35</sup> Zensusdaten nach WILLIAM E. VAUGHAN / A. J. FITZPATRICK, Irish Historical Statistics: Population 1821–1971, Dublin 1978, Tabelle 6, mit Korrelationen zu originalen Zensusdaten: aus GUINNANE, Vanishing Irish. Hervorhebungen besonders hoher Werte durch den Verfasser: umkreist Regionen mit 20-30 % Bevölkerungsverlust, in eckigen Formen Gebiete mit über 30 % Bevölkerungsrückgang.



Ein letzter relevanter Punkt neben der meist westlichen Herkunft ist noch, dass die irischen Emigranten (aufgrund des beschriebenen Kontexts noch stärker als ohnehin üblich) jung und vorwiegend männlich waren:

Tabelle 4. Prozentualer Bevölkerungsrückgang in Irland 1861-1911<sup>36</sup>

Jahrzehnt	Geschlecht	Leinster	Ulster	Munster	Connacht	Irland
1861 – 1871	M	28,64	33,47	36,05	41, 57	33,29
	F	22,74	23,41	32,55	36,50	27,69
1871 – 1881	M	19,90	30,83	27,68	34,83	28,07
	F	17,45	21,79	26,76	31,53	23,61
1881 – 1891	M	22,50	30,17	32,96	39,65	30,73
	F	20,81	24,96	34,64	40,91	29,23
1891 – 1901	M	16,64	24,03	28,26	37,40	25,58
	F	12,60	15,51	27,02	35,73	21,07
1901 – 1911	M	12,21	21,69	23,82	32,47	21,49
	F	12,62	17,97	25,32	37,49	21,44

Zusammenfassend waren somit die langfristige Bevölkerungsentwicklung, also der drastische Rückgang durch spätere und seltenere Eheschließungen bei gleichzeitig konstant bleibender innerehelicher Fertilität,<sup>37</sup> sowie die fortlaufende Emigration, sehr ungewöhnlich für das 19. Jahrhundert. Trotz unterschiedlicher Ursachen war sie ähnlich dem wirtschaftlich weitgehend gesicherten Europa der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – markanterweise nach der ebenfalls einschneidenden Erfahrung des Zweiten Weltkriegs. Das Geschehen in Irland ist aufgrund der zeitlichen Koinzidenz und der plausiblen kausalen Verknüpfung mit hoher Wahrscheinlichkeit direkt mit der Hungersnoterfahrung verbunden. Ebenso können tief greifende Einschnitte, wie die Änderung der Erbschaftsbräuche zugunsten eines Haupterben und die späten oder ausbleibenden Ehen, damit korreliert werden. Diese sozialen Folgen hatten zusätzlich durch Transfer

<sup>36</sup> Folgend GUINNANE, *Vanishing Irish*. M – Male, F – Female.

<sup>37</sup> Ebd., S. 2-10.

DOI <https://doi.org/10.3790/978-3-88640-427-8> | Generated on 2025-12-16 07:32:40  
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | <https://creativecommons.org/about/cclicenses/>

eine langfristige psychologische Wirkung auf die Bereitschaft zur Nutzung der irischen Sprache, zumal einige Tendenzen wie Ó Conaills Mahnungen zur Abkehr vom Irischen (s. u.) bereits vorher bestanden.

### 3.2. Auswirkungen der Hungersnot auf die Sprache

Die in Kapitel 2 beschriebenen Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen und Regionen wurden von der Erfahrung der Hungersnot verstärkt. Es begann mit der Behandlung der Betroffenen durch die britische Regierung und durch die Landbesitzer und hatte in der Folgezeit Auswirkungen auf die irische Sprache: Mangels praktischen Nutzens dieses Idioms und der damit verbundenen Traditionen galt es bald als Armutsymbol einerseits – bei der Landbevölkerung – und als exotisch andererseits, nämlich seitens der anglophonen Ober- und Mittelschicht, die zunehmend Interesse an der gälischen Kultur und Literatur entwickelte.

Das Irische war trotz verschiedener Einwanderungswellen seit den ersten Wikingereinfällen im ausgehenden achten Jahrhundert knapp tausend Jahre später immer noch die dominante Sprache Irlands – trotz der dauerhaften Ansiedlung der Wikinger, der Ankunft der Normannen 1169, der Ausbreitung des Englischen im Osten des Landes, den *Ulster Plantations* (1609) nach der Flucht der Grafen 1607 (*Flight of the Earls*) und der Eroberung Irlands durch Cromwell (1649–1653). Viele dieser Zuwanderer, gerade in der Frühphase, übernahmen das Irische. Alle diese Ereignisse hatten jedoch kumulativ einen destabilisierenden Effekt auf die Sprache.<sup>38</sup> Trotz dessen andauernder Vitalität gewannen Großbritannien und so das Englische infolge des *Act of Union* 1801 erneut an Bedeutung. Durch die Einführung rein englischer Schulen ab 1843 (bis 1871, teilweise bis nach 1900) und die Einstellung der Führungsschicht wurden diese direkten Wirkungen auf die Sprache aggregiert.<sup>39</sup> Dennoch war direkt vor der Hungersnot die absolute Sprecherzahl von gut zwei Millionen wegen des vorhergehenden Bevölkerungswachstums die höchste in der Geschichte. Die Krise und die daraus resultierende langfristige Emigration, die

---

<sup>38</sup> Vgl. für das 16. Jahrhundert: The Irish Sections of Fynes Moryson's Unpublished Itinerary, hg. v. GRAHAM KEW, Dublin 1998, S. 50, und COLM LENNON, Richard Stanishurst and Old English Identity, in: Irish Historical Studies 21 (1978), S. 121–143; zur Flucht der *Earls* und ihren Folgen insbesondere: STEPHEN MAY, Language and Minority Rights. Ethnicity, Nationalism and the Politics of Language, New York / Oxon 2008, S. 144.

<sup>39</sup> Für die große Rolle der Hungersnot auch gegenüber der Schulen für den Niedergang der Sprache spricht u. a. die Situation in Wales zur selben Zeit: GWYNETH TYSON ROBERTS, The Language of the Blue Books. The Perfect Instrument of Empire, Cardiff 1998.

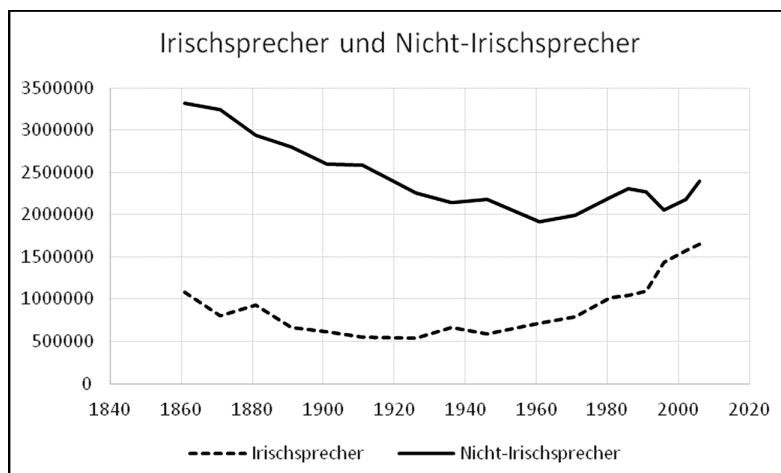
hauptsächlich die armen *gaeltacht*-Gebiete traf, stellte somit einen erneuten Einschnitt dar. Hinzu kam die einsetzende Urbanisierung im 19. Jahrhundert mit negativen Auswirkungen auf die Wahl der Sprache bei der vormaligen Landbevölkerung bis ins 20. Jahrhundert hinein. Insgesamt ging die Sprecherzahl in den wenigen Jahrzehnten nach der *Great Famine* bis 1901 auf nur rund 600.000 zurück. Anfang des 18. Jahrhunderts sprachen rund 40 Prozent der Iren Irisch (ca. 2,4 Millionen von 5,6-6 Millionen), 1845 noch rund ein Drittel der 8,178 Millionen.<sup>40</sup>

Tabelle 5 mit Abbildung 7: In Irland gesprochene Sprachen<sup>41</sup>

Jahr	Irischsprecher	Nicht-Irischsprecher
1861*	1.077.087	3.325.024
1871*	804.547	3.248.640
1881*	924.781	2.945.239
1891*	664.287	2.804.307
1901*	619.710	2.602.113
1911*	553.717	2.585.971
1926	540.802	2.261.650
1936	666.601	2.140.324
1946	588.725	2.182.932
1961	716.420	1.919.398
1971	789.429	1.998.019
1981	1.018.413	2.208.054
1986	1.042.701	2.310.931
1991	1.095.830	2.271.176
1996	1.430.205	2.049.443
2002	1.570.894	2.180.101
2006	1.656.790	2.400.856

<sup>40</sup> Das Irische verlor somit erst zum Ende des 18. Jahrhunderts überhaupt seinen Status als Mehrheitssprache. Ein genauer Zeitpunkt ist schwer festzulegen, da im Zensus 1851 die Sprachfrage erstmals gestellt wurde und Schätzungen von Historikern weit auseinander gehen (vgl. HINDLEY, *The Death*, S. 18 f.).

<sup>41</sup> Ebd. – Die Jahre 1861 bis 1911 (\*) beziehen sich auf Sprecherzahlen für ganz Irland unter der britischen Krone; ab 1926 für den Freistaat von 1922 bzw. ab 1961 für die Republik Irland (ab 1949).



1861 war die Zahl der Sprecher dann schon auf 24 Prozent (knapp 1,1 Millionen) gesunken, 1926 waren es noch rund 18 Prozent bei rund 540.000 (in der Republik Irland). Ó Gráda bemerkt zu diesem Rückgang nur knapp: „Neither O’Connellite nor Fenian brands of nationalism did anything to foster Irish, and by the time a more advanced nationalist ideology adopted the old tongue it was too late.“<sup>42</sup>

Der Status des Irischen sank zudem, weil dessen Assoziation mit Rückständigkeit durch führende soziale Denker und Aktivisten wie Domhnall Ó Conaill (Daniel O’Connell, *The Emancipator / Liberator*, – mit einem berühmten Ausspruch über die Nutzlosigkeit der irischen Sprache<sup>43</sup>) in der auf die irischsprachige Bevölkerung härter wirkenden Hungersnot scheinbar eine Bestätigung fand. Zu besagter Oberschicht gehörten auch

<sup>42</sup> Ó GRÁDA, *The Great Irish Famine*, S. 67; die Sprachbewegung selbst berücksichtigt er in seiner Aussage nicht und auch nicht die Tatsache, dass statt der gescheiterten *Fenian* und *Young Irelanders Movements* am Ende die aus dem *Cónradh na Gaeilge* entsprungene und dann politisierte Unabhängigkeitsbewegung den politischen Erfolg brachte.

<sup>43</sup> „I am sufficiently utilitarian not to regret its gradual abandonment. A diversity of tongues is no benefit [...]. Therefore though the Irish language is connected with many recollections that twine around the hearts of Irishmen, yet the superior utility of the English tongue, as the medium of all modern communication, is so great that I can witness without a sigh the gradual disuse of Irish.“ (Ó Conaill, 1833).

die Begründer der irischen Sprachbewegung,<sup>44</sup> die von einer großen kulturellen Distanz zur irischsprachigen Bevölkerung geprägt war.<sup>45</sup>

Erst ausgangs des 19. Jahrhunderts begann mit der Gründung des *Conradh na Gaeilge* (*Gaelic League*) ein Wandel in der Sprachbewegung – unter anderem hervorgerufen durch die prekäre Lage des Irischen, aber auch durch die langsame Politisierung hin zu einer Unabhängigkeitsbewegung (*Home Rule Movement*). Die neue Ausrichtung, obgleich ohne wissenschaftlich ausgearbeiteten Plan, bestand nun im Bemühen, die „Nationalsprache“ vor weiterer Erosion zu bewahren. Der Aktivismus um eine Popularisierung brachte schnelle Erfolge, d. h. hohe Mitgliedszahlen bis zu 100.000 im *Conradh*. Die Vereinigung richtete sich erstmals auf die gesprochene Sprache aus und engagierte sich auf breiter Fläche mit Sprachkursen auch für die breite Masse<sup>46</sup> – nota bene der *galltacht*-Bevölkerung, während die Muttersprachler der *gaeltacht* weiterhin wenig beachtet wurden und ihrerseits die Sprache zunehmend aufgaben und sie nicht an die Folgegeneration weitergaben. De hÍde sah die Wiederbelebung des Irischen auf breiter Basis außerhalb der *gaeltacht* nicht als realistisches Ziel und forderte daher als Erster kurz vor der Jahrhundertwende die soziale und ökonomische Unterstützung der ländlichen *gaeltacht*-Gebiete sowie die intergenerationale Transmission des Irischen in *gaeltacht*-Familien. Zu diesem Zeitpunkt waren aber bereits zwei Generationen seit der Hungersnot verstrichen, in denen die Sprache nicht mehr auf breiter Basis weitergegeben wurde und ein Großteil ihrer Sprecher aus- oder in die urbanen Zentren abgewandert war.<sup>47</sup> So verhinderte die große Distanz zwi-

---

<sup>44</sup> Die Sprachbewegung begann in ihrer frühen, elitär-akademischen Form bereits Anfang des 19. Jahrhunderts mit der Gründung der *Gaelic Society* (1807), der *Ulster Gaelic Society* (1828) und der *Celtic Society* (1845), die sich aber (teils mit Ausnahme der *Ulster Gaelic Society*) nicht der Sprache oder der die Sprache sprechenden Bevölkerung, sondern der irischen Literatur und ihrer Aufarbeitung widmeten. In dieser kulturell-literarischen Tradition standen auch die deutlich später gegründete und immer noch aktive *Irish Texts Society* von 1898 und einige ihrer Vorgängerorganisationen. Die Initiative war zudem primär bürgerlich und oft protestantisch bzw. presbyterianisch.

<sup>45</sup> DONNCHADH Ó CORRÁIN / TOMÁS Ó RIORDÁIN, Ireland 1815–1870. Emancipation, Famine and Religion, Dublin 2011, S. 55.

<sup>46</sup> Auf dieser von De hÍde gelegten Basis stand dann die Einführung des Irischen als Unterrichtssprache in vielen *gaeltacht*-Schulen nach 1906.

<sup>47</sup> Die kulturell-literarische Auseinandersetzung mit dieser Erfahrung geschah teils noch auf Irisch, wie die Werke Martin Ó Direáins zeigen, die vom Gegensatz zwischen Stadt und Land berichten. Zugleich trug die starke, identitätsstiftende hiberno-englische Literatur mit mehreren Autoren von Weltrang um die Jahrhundertwende ebenfalls zum Niedergang des Irischen bei, da sie der Sprache die *Ideological Clarification* nahm und das

schen den Bevölkerungsgruppen in letzter Konsequenz den Transfer von der alten, verehrten Schriftkultur<sup>48</sup> zur noch bestehenden mündlichen Tradition – und wichtiger, zur gesprochenen und in beiden Traditionen verwurzelten Alltagssprache.

## 5. Die irische Finanz- und Wirtschaftskrise im 21. Jahrhundert

Irland hatte sich im Vorfeld der ersten globalen Krise des dritten Jahrtausends mit Hilfe von Strukturhilfen der EU sowie einer insbesondere für amerikanische Unternehmen attraktiven Steuer- und Ausbildungsstruktur bei gleichzeitig relativ niedrigen Löhnen von einem der traditionell ärmsten Länder Europas zu einer der erfolgreichsten, produktivsten und modernsten Klein-Ökonomien entwickelt. Unter der Bezeichnung *Celtic Tiger* galt das Land auch als Erfolgsgeschichte des EU-Ansatzes für schwächere Volkswirtschaften.<sup>49</sup> Pro Kopf gehört Irland nach den Nieder-

---

Englische als irische Nationalsprache etablierte; vgl. JOSHUA A. FISHMAN, *Reversing Language Shift. Theoretical and Empirical Foundations of Assistance to Threatened Languages*, Clevedon 1991; DERS., *Can Threatened Languages Be Saved?*, Clevedon 2001, S. 451-463, 474-483; BERNARD SPOLSKY, *Language Policy. Key Topics in Sociolinguistics*, Cambridge 2004, S. 186-216; vgl. HARALD FLOHR, *Een hernieuwde blik op taalpolitiek – de gevallen Hebreuws en Iers*, in: *Kelten. Mededelingen van de Stichting A. G. van Hamel voor Keltische Studies*, Utrecht 2015.

<sup>48</sup> Zum Zusammenhang mit der Literatur der Hungersnotperiode CHRISTOPHER MORASH, *The Hungry Voice. Poetry of the Irish Famine*, Dublin 1989, S. 18. Es ist auffällig, dass bis auf ein einziges Werk (PEADAR Ó LAOGHAIRE, *Mo scéal féin*, Dublin 1915) und einige in Ó GRÁDA, *An Drochshaol*, aufgelistete Volkslieder, wie das recht bekannte „Johnny Seoighe“, keine bekanntere Literatur zur Hungersnot auf Irisch existiert. Zu einigen kleineren Gedichten und Einzelaussagen vgl. DUDLEY / WILLIAMS, *The Great Famine*, besonders S. 391-436.

<sup>49</sup> Die heutige irische Finanz- und Wirtschaftskrise hat noch keine quellenbasierten historischen oder ökonomischen Untersuchungen erfahren, so dass Zeitungartikel und allgemeine Publikationen die Grundlagen darstellen. Dazu kommt die Literatur zum „Keltischen Tiger“, wie DONAL DONOVAN / ANTOIN E. MURPHY, *The Fall of the Celtic Tiger. Ireland and the Euro Debt Crisis*, Oxford 2013; PEADAR KIRBY / MARY P. MURPHY, *Towards a Second Republic. Irish Politics after the Celtic Tiger*, London 2011; einen langfristigeren Gesamtüberblick bietet DIARMAID FERRITER, *The Transformation of Ireland 1900–2000*, London 2005. – Zu den lesenswerten Berichten gehören: Irland: Das goldene Zeitalter des keltischen Tigers, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. Februar 2001; PHILIP PLICKERT, *Keltischer Tiger in Not. Reiches Irland hängt am Tropf ärmerer Staaten* in: *Ebd.*, 23. November 2010; zum Wiedererstarken der irischen Wirtschaft: Irland will den Rettungsschirm verlassen, Videobeitrag der Deutschen Welle vom 6. Dezember 2012, <http://www.dw.de/irland-will-rettungsschirm-verlassen/av-17155094> (20.04.2015);

landen laut Bruttoinlandsprodukt zu den wohlhabendsten Ländern Europas und hat selbst nach der Krise noch eine der weltweit höchsten Arbeitsproduktivitätsraten. Das Land ist weiterhin exportorientiert (Exportquote gut 100 % des Bruttosozialprodukts) und basiert primär auf ausländischen Unternehmen in den Bereichen Chemie / Pharmazie, Elektronik und Dienstleistungen, was zu einer modernen aber instabilen Wirtschaftsstruktur führt.

Die globale Krise griff ab 2008 primär als Immobilien- und zunehmend Finanzkrise stark auf Irland über – unter anderem begünstigt durch bestehende Verbindungen zu den USA,<sup>50</sup> aber vor allem durch innerirische Strukturprozesse aus der Erfolgszeit des *Celtic Tiger*, nämlich zwei aufeinander folgende, aber genotypisch verschiedenen Wachstumsphasen seit Mitte der 1990er mit daraus resultierender Immobilienblase.

Die erste Wachstumsperiode von 1997 bis 2002 bestand aus einem *catching-up growth* aufgrund einer vorteilhaften Demographie, des hohen Ausbildungsniveaus und damit verbunden schnell steigender Produktivität, die den Export begünstigten. Ab 2002 änderte sich aber die Art des Wachstums fundamental, da es nun zunehmend auf Krediten und Privatverschuldung beruhte, insbesondere wegen eines wachsenden Immobilienmarkts und damit verbundenen rapide ansteigenden Bauaktivitäten. Zwischen 1996 und 2006 stiegen so die Immobilienpreise beinahe um den Faktor fünf.<sup>51</sup> Das Staatseinkommen stammte nun vornehmlich aus zyklischen Quellen wie Vermögenszuwachssteuern und Grunderwerbssteuern, was bei gleichzeitigem Lohnanstieg die Wettbewerbsfähigkeit schwächte.

Die ersten hohen Verluste der Banken entstanden auf von ihnen vergebene Kredite, die mittelfristig zu Liquiditätsproblemen führten, als die internationale, vom Lehman-Brothers-Kollaps ausgelöste Bankkrise hinzukam. Die Regierung reagierte mit der für den Staatshaushalt fatalen und intransparent gegebenen Haftungsgarantie für einheimische Finanzinstitute,<sup>52</sup> unter anderem die am stärksten betroffene Anglo-Irish Bank.<sup>53</sup> Die

---

GERHARD ELFERS, Hayes: „Vertrauen ist der Schlüssel“, 11.12.2013, <http://www.dw.de/hayes-vertrauen-ist-der-schl%C3%BCssel/a-17288787> (20.04.2015).

<sup>50</sup> Die parallele aber drastischere Entwicklung im Vergleich zu den USA sieht man gut in KARL WHELAN, *Ireland's Economic Crisis. The Good, the Bad and the Ugly*, Dublin 2013, S. 7 f.

<sup>51</sup> Ebd., S. 7-11.

<sup>52</sup> Ebd., S.13.

<sup>53</sup> Zur Finanzkrise und gerade der Rolle der Banken gibt es bereits erste Publikationen, z. B. SHANE ROSS, *The Bankers: How the Banks Brought Ireland to Its Knees*, Dublin 2010.

Kombination aus fiskalischer Austerität, mangelndem Vertrauen in die Wirtschaft und niedrigem Konsum führte zu steigender Arbeitslosigkeit und wandelte so die Immobilienblase über eine Banken- / Finanzkrise in eine vollständige Wirtschaftskrise. Sie ist somit klar als finanzbasiert einzuordnen – im Gegensatz zu einer Verteilungskrise, Versorgungskrise oder einem Hybrid wie der Hungersnot.

Irland geriet so als erstes europäisches Land in Rezession (2008) und Depression (2009); erst danach folgten die noch problematischeren Fälle Griechenland und Portugal sowie Spanien und Italien, die inzwischen ob ihrer Größe mehr Aufmerksamkeit bekommen. Nach Mehrheitsmeinung ist Irland inzwischen zwar wieder im Aufschwung, aber namhafte Experten wie Morgan Kelly, Ökonom der *National University of Ireland* in Galway, weisen darauf hin, dass die Krise weiterhin nicht als ausgestanden gelten könne.<sup>54</sup>

Irland hat über 67 Milliarden aus dem Euro-Rettungsfond erhalten und damit die Staatsneuverschuldung von 32 auf 8,5 Prozent senken können, obwohl die Arbeitslosigkeit mit 14,7 Prozent noch fast auf Prä-Wirtschaftsboom-Niveau (15 %) liegt – gegenüber nur fünf Prozent in der Hochphase des *Celtic Tiger*. Ansonsten hatte die ursprüngliche Krise fünf Jahre harte Sparpolitik zur Folge, gemäß europäischer Vorgaben und dem Beharren der Regierung, Banken aus dem Staatsbudget zu entschulden. Als Reaktion auf die fiskalische Austeritätspolitik kam es im November 2012 in Dublin zu Protesten von über 10.000 Menschen. Seit 2013 allerdings ist eine sichtbare Verbesserung eingetreten.

Hinzu kommt, dass in der Vorperiode viel für die Infrastruktur getan wurde, was Irland von den ärmeren europäischen Staaten abhebt. Immobilienpreise in und um Dublin steigen wieder besorgniserregend an, die Unternehmenssteuern sind nach wie vor niedrig, der Tourismus floriert wie der fortlaufende Export. Die Bevölkerung, vor allem die ausdünnende Mittelschicht, leidet dennoch teils unter Steuererhöhungen und gestiegenen Lebenshaltungskosten. Das Vertrauen in die Ökonomie – Schnittpunkt zwischen der Wirtschaftslage und strukturellen und sozialen Folgen – ist noch nicht wiederhergestellt. Positiv ist allerdings zu vermerken, dass viele der angesiedelten High-Tech-Industrien und Dienstleister erhalten blieben und Irland aufgrund der zunächst eigenständigen Sanierung der

---

<sup>54</sup> <http://irishcentral.com/news/Economist-who-predicted-Celtic-Tigers-crash-says-worst-is-yet-to-come.html> (15.9.2014), basierend auf dem Artikel „Real crisis in economy may be yet to come, warns Kelly“, in: Irish Times, 9. März 2014.



Bankschulden von der EU erneut als beispielhaft gesehen wird, nun für die Überwindung der Krise.<sup>55</sup>

### 5.1. Soziale und kulturelle Folgen der modernen irischen Wirtschaftskrise

Zunächst war die Finanzkrise in Irland von Skandalen rund um Banken und Regierung begleitet und führte zur Ablösung der Regierungskoalition um *Fiana Fáil* durch eine *Fine Gael-Labour*-Koalition bei der Wahl 2011 und zum historischen Rückfall von *Fiana Fáil* auf den dritten Populartätsrang.<sup>56</sup> Neben dieser politischen Reaktion ist im vorliegenden Kontext noch die Rezeption des Geschehens und die Haltung gegenüber den als Schuldigen Wahrgenommenen sowie gegenüber der Rolle der EU interessant: Wie vielerorts, aber in Irland verstärkt, gab man Bankern ob ihrer Gier die Schuld. Die Regierungsparteien wurden ebenfalls damit in Verbindung gebracht, wie der von *Fianna-Fáil*-Sprechern so bezeichnete „democratic riot“ zeigte.

Auffällig ist insbesondere, dass der Bezug zur Hungersnot hergestellt wird, wenngleich nicht inhaltlich, sondern als einschneidendes Erlebnis. So bezeichnete Finanzminister Michael Noonan bei einer Pressekonferenz zum *Bail-out* im Dezember 2013 die aktuelle Lage als gravierendste Krise seit der Großen Hungersnot.<sup>57</sup> Während Art und Ausmaß der Krisen schwerlich vergleichbar sind, zeigt diese Konnotation zum einen, wie fest die Hungersnot als einschneidendes historisches Ereignis noch im kollektiven Bewusstsein verankert ist, und zum anderen, wie drastisch die gegenwärtige Lage wahrgenommen wird.<sup>58</sup> Die Iren haben indes trotz der mit der EU assoziierten Sparpolitik weiterhin ein sehr positives Bild von

---

<sup>55</sup> SABINE KINKARTZ, Irland pocht auf Sonderstatus. Euro-Rettung, 1.11.2012, <http://www.dw.de/irland-pocht-auf-sonderstatus/a-16348818> (20.04.2015).

<sup>56</sup> HENRY McDONALD, *Fianna Fáil Trounced as Fine Gael and Labour Set to Form Coalition*, in: *The Observer*, 26. Februar 2011. Die historische Wahlniederlage bedeutete, dass *Fianna Fáil* erstmals überhaupt seit Bestehen der Republik nicht die stärkste Fraktion stellt. Nach Umfragen war diese Wählerreaktion direkt mit der Handhabung der Finanzkrise verknüpft.

<sup>57</sup> GRAEME WEARDAN, *Ireland Prepares to Exit Bailout after „Biggest Crisis since the Famine“*, in: *The Guardian Online*, 13. Dezember 2013.

<sup>58</sup> Nur kurz sei an dieser Stelle auf die moderne Einordnung von Krisen als Wahrnehmungsphänomene verwiesen; vgl. THOMAS MERGEL, *Einleitung: Krisen als Wahrnehmungsphänomene*, in: *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*, hg. v. DEMS., Frankfurt a. M. 2012, S. 9-22.

Europa,<sup>59</sup> weil das Land über Jahrzehnte von den Strukturhilfen profitiert hatte und die Gemeinschaft eine Möglichkeit bot, sich von England zu distanzieren, demgegenüber immer noch gemischte Gefühle bestehen.

Was (voraussichtliche) langfristige Wirkungen angeht, bewegen die Arbeitsmarktsituation sowie die ersten Rückzüge größerer internationaler Firmen oder diesbezügliche Ankündigungen viele zur Emigration nach Großbritannien, Australien, aber auch zunehmend in nicht-traditionelle Auswanderungsländer. Die Bevölkerungszahlen<sup>60</sup> in Irland waren bis in die frühen 2000er leicht aber stetig angestiegen, unter anderem durch eine Immigration aus den neuen EU-Beitrittsländern sowie durch geringe Abwanderungsraten und recht hohe Geburtenraten – den zweithöchsten in der EU hinter Frankreich. 2007 hatte Irland bei über 150.000 Einwanderern mit 100.000 den höchsten Netto-Gewinn seiner Geschichte verzeichnet. 2008, mit dem Einsetzen der Finanzkrise, sank dieser Trend erstmals ab, wobei die Netto-Migration immer noch ein Plus von circa 60.000 aufwies. 2009 stieg die Zahl auf rund 75.000, aber 2010 war das erste Jahr, in dem der Wert mit rund 25.000 im negativen Bereich lag; auf 65.000 Emigranten kamen nur noch 40.000 Einwanderer. Diese Entwicklung setzt sich seitdem fort mit je rund 25.000 bis 35.000 Netto-Emigranten in den Jahren 2011 bis 2013, die von der langsam einsetzenden, aber schon wieder rückläufigen Re-Immigration seit 2011 nicht aufgefangen werden. 2013 erreichte die Netto-Emigration mit circa 35.000 ihren vorläufigen Höhepunkt. Zugleich stieg die Zahl der Immigranten (inklusive gut 15.000 irischen Remigranten) erstmals seit 2009 auf 55.000. Insgesamt waren zwischen 2008 und 2013 rund 210.000 Iren ausgewandert (dazu 240.000 Auswanderer anderer Nationalität), wobei 120.000 von ihnen zu irgendeinem Zeitpunkt zumindest temporär wieder immigrierten.

Insgesamt beträgt die Zahl der dauerhaft emigrierten Iren somit gut 80.000 seit 2008. Während dies nicht vergleichbar ist mit den Zahlen der Hungersnotperiode, ist es dennoch die höchste Zahl seit den 1950er Jahren mit ihrer starken Emigration nach Großbritannien. Entscheidender aber ist, dass im heutigen Fall, anders als Mitte des letzten Jahrhunderts, eine Trendwende vorliegt, da sich Irland in den Vorjahren zu einem stetigen Einwanderungsland entwickelt hatte. Ein weiterer entscheidender

---

<sup>59</sup> Dies geht u. a. aus diversen Beiträgen internationaler Medien und Alltagsobservationen hervor, so JAMIE SMYTH, *Irish Support for Europe Fails to Dim in Euro Crisis*, in: *Financial Times Online*, 15. Dezember 2013.

<sup>60</sup> Die folgenden Zahlen stammen aus den erwähnten Zeitungsartikeln, deren Daten auf den Zensusdaten und den Daten der *Central Statistics Office* beruhen.

Punkt ist die Demographie der Emigranten: Während junge Männer weiterhin wie üblich die größte Gruppe unter ihnen stellen, sind es signifikant zunehmend auch junge Familien mit Kindern. Relevant ist zudem, dass der natürliche Bevölkerungszuwachs, zumal ebenfalls großteils mitgetragen von Immigranten, erstmals seit Jahrzehnten von fast 45.000 auf 40.000, also um zehn Prozent, abflachte.<sup>61</sup>

Der Bezug zur Hungersnot besteht aber nicht nur in dieser instinktiven Reaktion einer Population auf eine Krise, sondern auch in einem spezifischen Bezug für Irland selbst, der Wahl der Destinationsländer für die Emigration: Während ein Großteil der Iren im 19. Jahrhundert in die USA auswanderte, was heute wegen zahlreicher Restriktionen schwieriger ist, stellten daneben immer Australien und Großbritannien traditionelle Emigrationsländer dar. Heute sind zwar neue Destinationen hinzugekommen, aber dennoch wanderten allein rund 43 Prozent aller Emigranten aus Irland weiterhin in eines dieser beiden althergebrachten Zielländer aus – rund ein Viertel nach Großbritannien und knapp 18 Prozent nach Australien.

Diese Zahlen sind noch höher, wenn sie um die Remigranten bereinigt werden, die von Irland in ihre Heimat zurückkehren. Die Wahl traditioneller Emigrationsländer zeigt somit zum einen die Kontinuität der irischen Auswanderergesellschaft über mehrere Generationen und zum anderen das Wirken einer *pulled chain*, die auf die Hungersnotperiode (*pushed-chain*-Effekt) folgte: Nach der ökonomisch erzwungenen folgte eine Phase halbfreiwilliger Emigration, die auf früheren Kontakten und Erfahrungen fußte. So sind sich Iren auch heute noch der vielen im Ausland lebenden Irischstämmigen bewusst, und viele haben Verbindungen zu kürzlich oder schon vor Generationen Emigrierten.

Es ist ergo eine valide Vermutung, die Emigrationstendenz als Reaktion auf die Krise zu sehen, also die heute wieder schnell angestiegenen Emigrationszahlen als einen Anknüpfungspunkt an diese Auswanderung nach der Hungersnot. Doch das Modell lässt sich zudem auf die Sprachsituation übertragen: Ebenso wie die steigende Emigration mit der wirtschaftlichen Situation und den Sparmaßnahmen der Regierung verbunden ist, betrifft sie kulturelle und soziale Aspekte – wie die gerade erst neu konzipierte Sprachpolitik in der *20-Year-Strategy for the Irish Language*.<sup>62</sup>

---

<sup>61</sup> Vgl. zu diesen Entwicklungen als Folge einer Krise PERRENOUD, *Maladies*, S. 300 ff.

<sup>62</sup> Die Strategie verfolgt erstmals einen holistischen Ansatz, der alle Lebensbereiche betreffen soll und somit intensiverer und breiterer Maßnahmen bedarf. Für mehr Informationen vgl. HARALD FLOHR, *Language Policy Revisited and the Concerted Effort Strategy*

Insgesamt herrscht Einigkeit, dass die gälische Sprache eine zu niedrige Priorität einnimmt, zumal in Zeiten fiskalischer Austerität zu wenig für ihr Überleben getan wird.<sup>63</sup> Diese Situation ähnelt somit auf anderer Ebene der aus dem späten 19. Jahrhundert.

Neben zu erwartenden und auch in anderen Bereichen stattfindenden Budgetkürzungen sind vor allem die erneut aufgekommenen Diskussionen über den Sinn der Sprachpolitik und die Bemühungen um das Irische von Relevanz, da sie zum einen über die Medien das in den vergangenen Jahrzehnten erstmals wieder gestiegene Prestige der Sprache beeinträchtigen,<sup>64</sup> und zum anderen die einmal eingeschlagene Richtung der Sprachpolitik nun in Frage stellen. So ist der symbolische Rücktritt Seán Ó Cuirreáins als *Language Commissioner* im Februar 2014 ein auffälliges Ereignis als Folge der von Behörden missachteten Vorgaben der Sprachpolitik.<sup>65</sup> Es wurde von Protesten von Sprachaktivisten begleitet, die ebenso wie er die Ignoranz gegenüber der ersten offiziellen Landessprache anprangerten.

Diese Entwicklung steht in Irland ebenso wie die Emigration in einer Tradition oder auch einer Kontinuität, die noch aus der Zeit vor der Hungersnot stammt und von dieser auf die Spitze getrieben wurde: das Zurückstellen des Irischen hinter das Englische aus ökonomischen Gründen, was der Sprache bezüglich ihres Prestiges und in Form geringerer Ausgaben für Bildungs- und Kulturprogramme schadet. In Form dieser beiden Elemente liegt somit eine doppelte, nicht nur rein rhetorische Kontinuität von der Hungersnot bis heute vor.

---

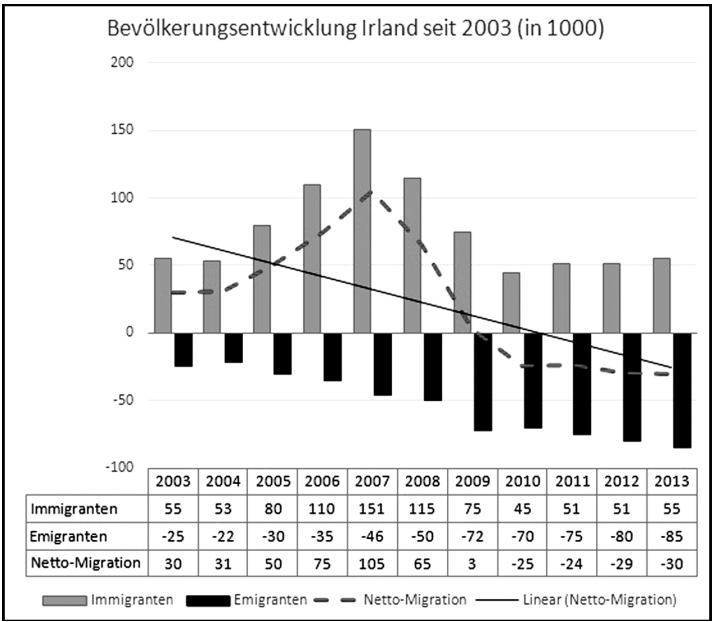
(CES) – the Cases of Israel and Ireland (der Beitrag wird in einem Tagungsband zur „International Conference on Endangered Languages in Europe 2013“ erscheinen).

<sup>63</sup> ÉANNA Ó CAOLLAÍ u. a., Irish Language „Being Driven to Margins of Society“, in: Irish Times, 23. Januar 2014. – Ein weiterer Aspekt, der in Irland trotz geringer Wirkung auf die Vitalität der Sprache überzogene Aufmerksamkeit erhält, ist der der Bereitstellung irischsprachiger öffentlicher Dienste – zugleich Grund für Ó Cuirreáin's Rücktritt.

<sup>64</sup> Vgl. PÁDRAIG Ó RIAGÁIN, Language Policy and Social Reproduction. Ireland 1893–1993, Oxford 1997, S. 1–30.

<sup>65</sup> Vgl. Ó CAOLLAÍ, Commissioner; BRIAN McDONALD, „Slán to Sean“ Protest over Irish Services, in: Irish Independent, 24. Februar 2014; Demonstrations Continue for Language Rights, in: Irish Republican News, 1. März 2014.

Abbildung 8: Migration Irland seit 2003<sup>66</sup>



6. Vergleich der kulturellen und sozialen Auswirkungen  
und Schlussfolgerungen

Im politischen Kontext wird ein Bezug zwischen den beiden Krisen hergestellt, der ansonsten von ihrem Ausmaß und Verlauf her nicht haltbar ist. Dennoch zeigen sich in der Reaktion der Iren auf beide Krisen gewisse Kontinuitäten oder Tendenzen: zuvorderst die schnell entschlossene Emigration, die die „Irish Times“ schon zur Betitelung der heutigen jungen Erwachsenen-Generation als „Generation Emigration“ verleitete, obschon sie mit rund 30.000 Netto-Auswanderern pro Jahr seit 2010 ungleich geringer ausfällt als die der Hungersnot – trotz der heute grundsätzlich deutlich mobileren Gesellschaft.<sup>67</sup> Die damalige Subsistenzkrise – zugleich mit dem Element einer Teuerungskrise – bewirkte auf vielen

<sup>66</sup> CIARA KENNY, From Today’s Paper: More Analysis of the CSO Migration Stats, in: Irish Times, 30. August 2013.

<sup>67</sup> Ebd.

Ebenen einen Strukturwandel im späteren 19. Jahrhundert, während die heutige Finanzwirtschaftskrise bisher neben der Emigration kaum Strukturwandel mit sich gebracht hat.

Vergleichbar sind zudem einzelne Elemente, wie etwa bei beiden Krisen die Verbindung zu einer bedeutsamen Wirtschaftsmacht mit der Kapazität einzugreifen. Der strukturelle Unterschied besteht unter anderem darin, dass die EU anders als das *British Empire* eine Interessengemeinschaft und kein Besatzer ist, andererseits aber selbst als Einheit auch von der Krise betroffen ist. Dennoch sind deren Rolle und die irische Wahrnehmung ihres Eingreifens interessant. Die Perzeption der EU in Irland ist viel positiver als die Englands im 19. Jahrhundert – und die der EU in den anderen Krisenländern heute. Ein weiterer Unterschied ist die vergleichsweise lokale Begrenzung der damaligen Krise, trotz gewisser Parallelen in anderen Teilen Europas,<sup>68</sup> während heutzutage das globale Wirtschaftssystem betroffen ist. Die Folgen der irischen Hungersnot waren und sind dennoch nicht nur in Irland zu spüren, sondern auch in den Migrationszielländern.

Ein abschließender Aspekt ist die Frage, ob man die beiden irischen Fälle unter dem meist im ökonomischen Kontext verwendeten Begriff *Pfadabhängigkeit* subsumieren kann.<sup>69</sup> Gemeint ist an dieser Stelle mehr als nur die weiche Form des Begriffs, wonach Geschichte relevant ist für jegliche weitere Entwicklung,<sup>70</sup> sondern das, was erstmals von W. Brian Arthur als „lock-in“ bezeichnet wurde und sich auf historische Entwick-

---

<sup>68</sup> Hierzu ausführlich: When the Potato Failed. Causes and Effects of the Last European Subsistence Crisis 1845–1850, hg. v. CORMAC Ó GRÁDA u. a., Turnhout 2007.

<sup>69</sup> Zur ökonomischen Komponente BRIAN ARTHUR, Increasing Returns and Path Dependence in the Economy, Michigan 1994; JOEL BELLAÏCHE, On the Path-dependence of Economic Growth, in: Journal of Mathematical Economics 46 (2010), S. 163–178. Zur politischen Ebene JAMES MAHONEY / DANIEL SCHENSUL, Historical Context and Path Dependence, in: Oxford Handbook of Contextual Political Analysis, hg. v. ROBERT E. GOODIN / CHARLES TILLY, Oxford 2006, S. 454–471. Zur historisch-soziologischen Ebene JAMES MAHONEY, Path Dependence in Historical Sociology, in: Theory and Society 29 (August 2000), H. 4, S. 507–548. Zum Unterschied und dem Zusammenwirken zwischen Kausalität für Einzelfälle und die Bevölkerung betreffende Entwicklungen: DERS., Toward a Unified Theory of Causality Comparative, in: Political Studies 41 (2008), H. 4–5, S. 412–436, besonders S. 412 f. und 420 ff. Weiter allgemein zum Verhältnis von Krisen und Entscheidungen REINHART KOSELLECK, Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt, Frankfurt a. M. 1992.

<sup>70</sup> Vgl. MAHONEY, Path Dependence, S. 507 f.; weiterhin DERS. / SCHENSUL, Historical Context, S. 454–460.

lungen übertragen lässt:<sup>71</sup> Bestimmte Weichen, einmal gestellt, können schwer zurückgestellt werden, wie beispielsweise die *Flight of the Earls* und der resultierende Prestigeverlust des Irischen nebst Sprecherverlust, verstärkt durch die Hungersnot als erneut Weichen stellendes Element.<sup>72</sup>

Louis De Paor schrieb in einem Zeitungsartikel: „The gaelic world died from the top down.“<sup>73</sup> Diese Aussage bezieht sich auf die Effekte des Verlusts der Oberschicht auf das Irische, angefangen mit der literarischen Produktion und dem langsamen Verschwinden der Standardsprache, wodurch auch die heute wichtigen Dialekte relevant wurden. Durch den Verlust der Oberschicht verlor das Irische erstmals an Prestige, dem in Kontaktsituationen wohl wichtigsten einzelnen Faktor dafür, welche Sprache sich durchsetzt.<sup>74</sup> Das dann stetig weiter schwindende Ansehen stellt eine Kontinuität in der Entwicklung dar, die durch die von der Hungersnot geschaffene Diskontinuität sogar verstärkt wurde. Das führte zur weiteren Entfremdung der für die Sprache relevanten Bevölkerungsgruppen und beschleunigte ihren Niedergang drastisch.<sup>75</sup>

Praktischer formuliert stellte es sich als nahezu unmöglich heraus, selbst und gerade die irischsprachige Bevölkerung zu überzeugen, das prestigelose Irische als Muttersprache an die Folgegeneration weiterzugeben, nachdem die Hungersnot recht drastisch vor Augen geführt hatte, wie ökonomisch rückständig die irischsprachigen Gebiete waren und wie

---

<sup>71</sup> Es besteht in der Forschung Uneinigkeit darüber, wie häufig Pfadabhängigkeit hierbei ist, ebd., S. 456; zum Begriff *lock-in* vgl. W. BRIAN ARTHUR, *Competing Technologies, Increasing Returns, and Lock-In by Historical Events*, in: *Economic Journal* 99 (März 1989), H. 394, S. 642-665; (non-vidi, zitiert nach STAN J. LIEBOWITZ / STEPHEN E. MARGOLIS, *Path Dependence, Lock-In, and History*, in: *Journal of Law, Economics and Organization* 11 (April 1995), H. 1, S. 205-226). Nach der Unterscheidung in SCOTT E. PAGE, *Path Dependence*, in: *Quarterly Journal of Political Science* 1 (2006), H. 1, S. 87-115, hier S. 88, fielen der irische Fall vermutlich auch am ehesten unter *lock in*. Auch das Konzept von *self-reinforcement* (ebd.) käme in Betracht. – Vgl. STAN J. LIEBOWITZ / STEPHEN E. MARGOLIS, *Path Dependence*, in: *The New Palgrave Dictionary of Economics and the Law*, hg. v. PETER NEWMAN, Bd. 3, London 1999, S. 19-22.

<sup>72</sup> Beispiele für historische Prozesse mit Pfadabhängigkeit zum Vergleich finden sich in MAHONEY / SCHENSUL, *Historical Context*, S. 454 ff.

<sup>73</sup> LOUIS DE PAOR, *The Irish World Died from the Top Down*, in: *The Irish Times*, 10. Juni 1985; vgl. Ó RIAGÁIN, *Language Policy*, S. 4.

<sup>74</sup> Hierzu u. a. SARAH GREY THOMASON / TERRENCE KAUFMANN, *Language Contact, Creolization, and Genetic Linguistics*, Berkeley / Los Angeles 1988.

<sup>75</sup> Vgl. Ó RIAGÁIN, *Language Policy*, S. 4 f. Dort spricht Ó Riagáin ebenfalls die direkten Folgen der Hungersnot an, ebenso wie die Anfänge der Spracherhaltungsbewegung, ohne jedoch den komplexen Zusammenhang darzustellen.

wenig Nutzen das Irische außerhalb dieser Gebiete hatte. So dauerte es trotz darauf ausgerichteter Sprachpolitik in der neuen Republik bis ins letzte Viertel des 20. Jahrhunderts, bis das Irische wieder genug Ansehen hatte, um erstmals einige wenige Englischsprecher zu überzeugen, ihre eigenen Kinder auf Irisch zu erziehen. Das gelang bemerkenswerterweise nahezu zeitgleich mit dem einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung Irlands in der EU.

Zusammenfassend gilt Ó Grádas<sup>76</sup> Einschätzung, dass das Irische sich Mitte des 18. Jahrhunderts aus verschiedenen Gründen bereits im Niedergang befand – trotz noch nie da gewesenen absoluten Sprecherzahlen am Vorabend der Hungersnot –, zwar weiterhin; seine Schlussfolgerung aber, dass die Auswirkungen der Hungersnot auf die Sprache überschätzt worden seien, ist zu hinterfragen: Nicht allein die direkte Wirkung durch Tod und Abwanderung vieler Irischsprecher, sondern vielmehr die psychologischen Folgen für das Prestige der Sprache, die zudem in einer eigenen Tradition standen, drängten das Irische langfristig in den Hintergrund. Sie machten das ohnehin schon dominante Englische zum einzig attraktiven Kommunikationsmedium.

Da verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedliche, kaum vereinbare Erfahrungen machten – also Armut gegenüber kulturellem Erwachen –, entstand eine Kluft. Durch die Hungersnot wurde der Aufbau einer Verbindung zusätzlich unwahrscheinlich. Diese Tradition setzte sich in einer weiteren Teilkontinuität in den ersten Jahrzehnten des Freistaates und der Irischen Republik fort. Die Hungersnot kam in gewisser Weise dazwischen, bevor sich das Interesse der Oberschicht auch auf die populäre Tradition und die gesprochene Sprache ausweiten konnte, wie es teilweise gegen Ende desselben Jahrhunderts, endgültig aber erst im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts geschah.

Tatsächlich erkannten die bürgerlichen Sprachbewegten damals nicht rechtzeitig, dass ihnen durch die Armut und den Zwang zur Auswanderung sowie nicht zuletzt durch das Aufgeben des Irischen als Muttersprache jene Basis verloren ging, die zur später angestrebten Wiederbelebung nötig gewesen wäre. Es handelt sich um ein Beispiel einer um zwei Generationen verpassten Gelegenheit und eines zu späten Erwachens seitens der Sprachaktivisten. Eben hierin lag der Hauptaspekt der Pfadabhängigkeit in Bezug auf die Hungersnot. Hier nur von einer Kontinuität des Sprachniedergangs zu reden und der Hungersnot die Rolle in der Entwicklung abzusprechen, wird daher den historischen Fakten nicht

---

<sup>76</sup> Ó GRÁDA, *The Great Irish Famine*, S. 67.



gerecht, zumal die Haltungen durch die Hungersnot quasi bestätigt, katalysiert und dauerhaft in das kulturelle Gedächtnis eingebrannt wurden. Hierin wiederum bestehen sowohl die Kontinuität wie der Bezug zur heutigen Finanzkrise.

CHRISTIAN LEKON

## DIE SÜDOSTEUROPÄISCHE PERIPHERIE IN DER GLOBALEN WIRTSCHAFTSKRISE

### ZYPERN 1931 UND 2013\*

Einführung: Von Brandstiftern und Baulöwen

Das 1879 errichtete *Government House*, die Residenz des britischen Gouverneurs von Zypern,<sup>1</sup> war eine überwiegend aus Holz gefertigte Standardausführung. Die Tapeten allerdings folgten dem Stil des *Arts and Crafts Movement* von William Morris, das bewusst auf eine vorindustrielle und als harmonisch wahrgenommene Handwerkstradition zurückgriff.<sup>2</sup> Ein schönes Beispiel britischer Kolonialarchitektur also. Aber leider ist das *Government House* nicht mehr zu besichtigen.

Am 21. Oktober 1931 entluden sich die Spannungen zwischen der britischen Kolonialverwaltung und der griechisch sprechenden Mehrheit der Zyprioten auf explosive beziehungsweise brennbare Art. Es hatte wenige Tage vorher damit begonnen, dass der eigentlich als gemäßigt geltende Bischof Nikodimos von Larnaka als Protest gegen die Steuerpolitik der Kolonialherren von seinem Posten als Abgeordneter des Legislativrats zurückgetreten war. Dies sicherte seine Popularität bei den politisch aktiven griechischen Zyprioten, verstimmt aber die radikaleren Kräfte, die sich nun den Wind aus den Segeln genommen sahen. Um die Initiative zurückzugewinnen, brachten sie in der Hauptstadt Nikosia eine Massenkundgebung zustande, auf der der Rücktritt der verbliebenen

---

\* Mein Dank gilt Stephan Lehnstaedt, Alexander Apostolides und Fehiman Eminer für deren wertvolle Anregungen. Die Verantwortung für diesen Text liegt allein bei mir.

<sup>1</sup> HEINZ A. RICHTER, *Geschichte der Insel Zypern*, Bd. 1: 1878–1949, Mannheim / Möhnsee 2004, S. 25.

<sup>2</sup> TABITHA MORGAN, *Sweet and Bitter Island. A History of the British in Cyprus*, London / New York 2010, S. 9.

griechisch-zypriotischen Abgeordneten sowie die Übergabe eines Kataloges von Forderungen an den Gouverneur, Ronald Storrs (1926–1931), verlangt wurde.

Dann glitt die Entwicklung den Organisatoren aus den Händen. Die Menge setzte sich spontan in Richtung *Government House* in Marsch und ließ sich, dort angekommen, weder von den britischen Beamten noch von ihren nun nervös gewordenen eigenen Anführern zum Abzug bewegen. Steine flogen; Autos wurden umgekippt und angezündet. Als die geringe Anzahl der Polizeikräfte schließlich das Feuer auf die Randalierer eröffnete, war es bereits zu spät. Das hölzerne *Government House* brannte lichterloh. Es folgten Tage der Unruhe auf der ganzen Insel, die nur durch eiligst herbeigerufene militärische Verstärkungen von den Briten unter Kontrolle gebracht werden konnten.<sup>3</sup>

Gehen wir acht Jahrzehnte vorwärts. Es geht um den *Eleftheria Square* (Platz der Freiheit), der in Form einer Brücke die ummauerte Altstadt Nikosias mit der Neustadt verbindet. Ein Wettbewerb für den Umbau dieses Knotenpunktes wurde 2005 von keiner Geringeren als der Stararchitektin Zaha Hadid gewonnen. Der von Hadid gemeinsam mit einem griechisch-zypriotischen und einem türkisch-zypriotischen Kollegen vorgelegte Entwurf einer Neugestaltung sieht eine wellenförmig geschwungene Brücke vor, die nachts für den Verkehr geschlossen und somit für soziale Aktivitäten genutzt werden kann. Eine Rampe führt von der Brücke zu einem darunter liegenden großzügigen Park.

Nikosia wird also mit einem Glanzlicht zeitgenössischer Architektur, entworfen gar von einem der Superstars der Branche, trumpfen können. Trotzdem hagelte es Kritik. Auf der architekturtheoretischen Ebene wurde diskutiert, ob durch Hadids Entwurf nicht dem, was in erster Linie als Brücke fungieren soll, nun die Funktion eines Platzes aufgezwungen werde. Es meldete sich aber auch eine Art lokaler Kulturnationalismus. Das Baumaterial sei den zypriotischen Klimabedingungen nicht angemessen und überhaupt passe das Design nicht in die Umgebung. Zudem wurde moniert, dass Hadid selber nie nach Zypern gekommen sei.<sup>4</sup>

In der Tat hat der neue *Eleftheria Square* darin eine frappierende Ähnlichkeit mit dem alten *Government House*, dass stilistisch ein lokaler Bezug fehlt. Wie das *Government House* mit seinen *Arts and Crafts*-Tape-

---

<sup>3</sup> RICHTER, Geschichte, S. 290-308.

<sup>4</sup> NADIA CHARALAMBOUS / CHRISTOS HADJICHRISTOS, A Square or a Bridge? The Eleftheria Square Case, [http://www.sss7.org/Proceedings/06 Urban Territoriality and Private and Public Space/013\\_Charalambous\\_Hadjichristos.pdf](http://www.sss7.org/Proceedings/06%20Urban%20Territoriality%20and%20Private%20and%20Public%20Space/013_Charalambous_Hadjichristos.pdf) (25.11.2013).

ten überall im *British Empire* hätte stehen können, so finden sich die geschwungenen weißen Trägersäulen des geplanten *Eleftheria Square* auch bei anderen Bauten Hadids, ob sie nun in den Vereinigten Arabischen Emiraten oder in China zu bewundern sind.<sup>5</sup>

Das Schicksal des *Government House* wird dem *Eleftheria Square* wohl erspart bleiben. Dafür gibt es andere Probleme. Acht Jahre nach Vorlage des Entwurfes sind die oben erwähnten Trägersäulen bislang fast das Einzige, was von dem neuen Markenzeichen Nikosias zu sehen ist. Ursprünglich war die Fertigstellung für September 2013 vorgesehen, doch es wird wohl noch eine Weile dauern. Zeitweise gingen Stadtverwaltung und Bauunternehmer, die sich gegenseitig die Schuld an der Verspätung gaben, gerichtlich gegeneinander vor. Der Bauunternehmer kritisierte neben der Administration auch die Architektin. Hadid habe beispielsweise ein Jahr gebraucht, um das grüne Licht für die gewählte Zementsorte zu geben.<sup>6</sup> Ein pikantes Detail am Rande verweist auf die Verquickung politischer und wirtschaftlicher Interessen: Einer der Vertreter des ausführenden Unternehmens in der *Eleftheria-Square*-Affäre ist ein ehemaliger Landwirtschaftsminister. Dass seine Lobbyistentätigkeit so kurz nach dem Ausscheiden aus dem Amt eigentlich unzulässig sei, habe er, so der Ex-Minister, gar nicht gewusst.<sup>7</sup> Hadids Bau ist somit zwar nicht brennbar, aber trotzdem ein heißes Eisen.

Sowohl der Brand des *Government House* 1931 als auch der Streit um den *Eleftheria Square* 2013 fanden zu einer Zeit statt, in der Zypern tief in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckte. Diese Schwierigkeiten waren die lokale Variation weltweiter Wirtschaftskrisen, die 1929 und 2008 begonnen hatten. Ein Vergleich beider Krisen bereitet somit auch den Kontext für die eben beschriebenen Vorgänge. Dies ist umso mehr der Fall, als beide Bauten zudem das Zentrum-Peripherie-Verhältnis symbolisieren, dem Zypern jeweils ausgesetzt war.

Das *Government House* repräsentierte das britische Kolonialimperium, das in der Gestalt des Hausherrn, also des Gouverneurs, aber vor allem in Form von Bürokraten und Soldaten physisch auf der Insel anwesend war. Demgegenüber ließe sich beim *Eleftheria Square* mit seiner physisch

---

<sup>5</sup> PHILIP JODIDO, *Architecture Now!*, Köln 2012, S. 166-175.

<sup>6</sup> Court Decides Today on Eleftheria Square Injunctions, 22.11.2013, <http://cyprus-mail.com/2013/11/22/court-decides-today-on-eleftheria-square-injunctions> (25.11.2013).

<sup>7</sup> CONSTANTINOS PSILIDES, *Aletraris Did Not Know He Was Breaking the Rules*, 06.12.2013, <http://cyprus-mail.com/2013/12/06/aletraris-did-not-know-he-was-breaking-the-rules> (8.12.2013).

abwesenden Architektin, die irakischer Herkunft ist und ihr Büro in London hat, an die multiethnische EU denken. Deren Zentrum kommt ohne die Präsenz eines Verwaltungs- oder gar Zwangsapparates aus und stützt seinen Einfluss in Zypern vielmehr auf finanzielle Mittel.

Im Folgenden sollen die beiden zypriotischen Krisen von 1931 und 2008 sowohl in ihren rein wirtschaftlichen Aspekten als auch in ihren politischen Auswirkungen untersucht werden. Die Darstellung beruht nicht auf eigenen Quellenstudien, sondern verwendet die Arbeiten anderer. Insofern dieser Artikel Anspruch auf Originalität erheben kann, besteht dies im Aufzeigen einiger Gemeinsamkeiten zwischen den ansonsten sehr unterschiedlichen Krisen – hier eine Agrarkrise, dort eine Krise des Bankenwesens. Die Parallelen finden sich vor allem darin, dass beide ein bestehendes Zentrum-Peripherie-Verhältnis ins Wanken brachten.

Die landwirtschaftliche Krise der 1930er Jahre

Die Wirtschaft des kolonialen Zyperns hatte bei Ausbruch der Weltwirtschaftskrise einen überwiegend agrarischen Charakter, was sich nicht zuletzt an der Verteilung der Arbeitskräfte auf verschiedene Sektoren zeigt.

Tabelle 1: Verteilung der zypriotischen Arbeitskräfte<sup>8</sup>

	Landwirtschaft	Bergbau und Verschiffung	Handwerk, Industrie, Bauwesen	Dienstleistungen
Arbeitskräfte 1931	62 %	2 %	20 %	16 %
Arbeitskräfte 1938	55 %	8 %	17 %	19 %

Angebaut wurde überwiegend Getreide, gewöhnlich zusammen mit Johannisbrot-, Oliven- oder Mandelbäumen, dazu kamen Wein und Hülsenfrüchte und in geringem Maß Obst und Gemüse. Die Bauern hielten außerdem Vieh (Schweine, Ziegen und Schafe) und verfügten über

<sup>8</sup> ALEXANDER APOSTOLIDES, *Economic Growth or Continuing Stagnation? Estimating the GDP of Cyprus and Malta, 1921–1938*, Ph.D. thesis, University of London 2010, S. 84.

eine gewisse Hausindustrie. Der Großteil der bäuerlichen Produktion war marktorientiert.<sup>9</sup> Die landwirtschaftliche Produktivität der Insel sah sich mehreren Handicaps gegenüber: primitive Instrumente (Holzpflug) und Anbaumethoden (wenig Fruchtwechsel);<sup>10</sup> Mangel an Wasser bzw. Bewässerungsanlagen;<sup>11</sup> sowie die unwirtschaftliche Größe und die durch Erbrecht sowie Bevölkerungswachstum bedingte Fragmentierung der meisten Parzellen.<sup>12</sup>

Tabelle 2: Besitz landwirtschaftlicher Flächen in Zypern 1929<sup>13</sup>

	Orthodoxe Kirche	<i>vakıf</i> (islamische Stiftungen)	Großgrundbesitzer	wohlhabende Bauern (27 %)	mittlere Bauern (21 %)	ärmere Bauern (52 %)
landwirtschaftliche Nutzfläche	5 %	0,6 %	1,5 %	51 %	24 %	13 %

Zypern war ein Land der bäuerlichen Familienbetriebe, zwischen denen es allerdings erhebliche Besitzunterschiede gab. Dazu kam das Problem der Verschuldung, von dem 1928 etwa 80 Prozent der Bauern betroffen waren.<sup>14</sup> 1930 machte der durchschnittliche Anteil der Schulden am bäuerlichen Besitz je nach Größe des Landbesitzes zwischen 19 und 33 Prozent aus.<sup>15</sup>

Etwa 60 Prozent der ländlichen Kredite wurde innerhalb der Gruppe der gewöhnlichen Bauern vergeben,<sup>16</sup> es gab aber auch drei Gruppen von spezifischen Kreditgebern: Erstens die städtischen „vollberuflichen“ Geldverleiher, die das Land der Bauern als Sicherheit registrierten und beim geringsten Zahlungsrückstand in Besitz nehmen konnten. Die zweite

<sup>9</sup> NICHOLAS CONSTANTINE LANITIS, *Rural Indebtedness and Agricultural Co-Operation in Cyprus*, Limassol 1992, S. 8 f., 13 f.

<sup>10</sup> Ebd., S. 11 f.

<sup>11</sup> APOSTOLIDES, *Economic Growth*, S. 105 f.

<sup>12</sup> Ebd., S. 108 ff.; LANITIS, *Rural Indebtedness*, S. 3 ff.

<sup>13</sup> RICHTER, *Geschichte*, S. 362; bei den Angaben bleibt der Besitz von etwa fünf Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche unklar.

<sup>14</sup> Ebd., S. 363.

<sup>15</sup> LANITIS, *Rural Indebtedness*, S. 15 f.

<sup>16</sup> RICHTER, *Geschichte*, S. 149.

Gruppe war die der städtischen Ladenbesitzer, die von ihren Schuldnern mit Erntegut bezahlt wurden und somit zu Getreidehändlern avancierten. Der dritte Typ waren die dörflichen Geldverleiher und Ladenbesitzer, die sowohl am Erwerb der Ernte als auch des Landes ihrer Schuldner interessiert waren.<sup>17</sup> Die Zinsen konnten 15 Prozent oder mehr betragen, was durch das hohe Risiko des Zahlungsausfalls bedingt war. Dass viele Bauern kaum Chancen hatten, ihre Schulden je zurückzuzahlen, wirkte sich wiederum negativ auf ihre Arbeitsmotivation und somit die landwirtschaftliche Produktivität aus.<sup>18</sup>

Die weitverbreitete Verschuldung hatte diverse Ursachen: Der generell mit Kosten und Risiken verbundene Charakter der Landwirtschaft; die Übernahme von auf einem ererbten Grundstück lastenden Altschulden; wirtschaftliche Unerfahrenheit und primitive Produktionsmethoden der Bauern; Dürreperioden; Kauf von Land auf Kredit in Zeiten guter Preise für landwirtschaftliche Produkte.<sup>19</sup> Letzteres geschah vor allem in den Boomjahren des Ersten Weltkrieges. Als die Preise für agrarische Produkte 1921 plötzlich nachgaben, fanden sich viele Bauern in der Schuldenfalle wieder.<sup>20</sup> Aber nicht nur für die Bauern, sondern auch für die Geldverleiher war die Situation kritisch. Den zuweilen extrem hohen Zinsen stand für die Gläubiger das Risiko der Nichtrückzahlung und somit des Verlusts des verliehenen Gelds gegenüber.<sup>21</sup> In der Tat waren ab 1921 viele Kreditgeber mit dem Problem konfrontiert, dass ihr eingesetztes Kapital durch Zahlungsverzug eingefroren war und die von illiquiden Bauern erworbenen Erntegüter oder Grundstücke nur niedrige Preise brachten.<sup>22</sup> Eine 1925 gegründete Agrarbank sowie die in ihrem Gefolge aus dem Boden schießenden Kreditgenossenschaften konnten das Schuldenproblem nicht lösen, da sie mit ihren mittelfristig angelegten Krediten an den auf kurzfristigen Kapitalbedarf fixierten Bedürfnissen der Bauern vorbeiging. Stattdessen wurden diese Kredite genutzt, um Altschulden zu mindern.<sup>23</sup>

Die zypriotische Landwirtschaft befand sich also bereits in einer kritischen Lage, als sie von der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre erfasst wurde. Schon 1930 kam es zu einem dramatischen Verfall der Preise für

---

<sup>17</sup> LANITIS, *Rural Indebtedness*, S. 41 f.

<sup>18</sup> Ebd., S. 35 f.

<sup>19</sup> Ebd., S. 18-22; RICHTER, *Geschichte*, S. 147, 243.

<sup>20</sup> APOSTOLIDES, *Economic Growth*, 110 f.

<sup>21</sup> RICHTER, *Geschichte*, S. 148.

<sup>22</sup> APOSTOLIDES, *Economic Growth*, S. 111 f.

<sup>23</sup> Ebd., S. 114 f.; LANITIS, *Rural Indebtedness*, S. 44-47; RICHTER, *Geschichte*, S. 366 ff.

agrарische Produkte und dem Bankrott von mehreren Exporteuren von landwirtschaftlichen Gütern.<sup>24</sup> Neben dem Preisverfall machte auch eine zu schlechten Ernten führende Dürreperiode 1931 bis 1933 den Bauern zu schaffen.<sup>25</sup> Vor allem aber verschärfte die Krise das bereits bestehende agrарische Schuldenproblem noch weiter.

Allein zwischen 1931 und 1934 wuchs die landwirtschaftliche Verschuldung um elf Prozent.<sup>26</sup> Während der gesamten 1930er Jahre stieg der Anteil der verschuldeten Bauern auf fast hundert Prozent. Auch wechselte etwa ein Drittel des bäuerlichen Besitzes seinen Inhaber, so dass viele Geldverleiher zu Großgrundbesitzern wurden.

Tabelle 3: Bäuerliche Besitzverhältnisse auf Zypern 1934<sup>27</sup>

	„reich“	„wohlhabend“	Landbesitz etwas über 2,1 ha	Landbesitz um 2,1 ha	ohne eigenes Land
Anteil an bäuerlichen Familien	3 %	8 %	34 %	10 %	45 %

Tabelle 4: Besitz landwirtschaftlicher Flächen in Zypern 1940<sup>28</sup>

	Orthodoxe Kirche, vakıf und çiftlik (Großgrundbesitzer)	Geldverleiher u. a. Stadtbewohner	Bauern
landwirtschaftliche Nutzfläche	15 %	7 %	78 %

Tabelle 5: Verteilung der zypriotischen Arbeitskräfte 1940<sup>29</sup>

	reine Landbesitzer	Landbesitzer / Pächter	reine Pächter	Landarbeiter
erwachsene Männer	69 %	14 %	11 %	6 %

<sup>24</sup> RICHTER, Geschichte, S. 238.

<sup>25</sup> APOSTOLIDES, Economic Growth, S. 362; RICHTER, Geschichte, S. 103.

<sup>26</sup> LANITIS, Rural Indebtedness, S. 39.

<sup>27</sup> RICHTER, Geschichte, S. 363.

<sup>28</sup> LANITIS, Rural Indebtedness, S. 9.

<sup>29</sup> Ebd., S. 6 f.



Ein Vergleich mit Tabelle 2 zeigt, dass der prozentuale Anteil von bäuerlichen Familienbetrieben in den 1930er Jahren etwas geschrumpft war. Bei der Pacht wurde die Anteilswirtschaft zunehmend durch die Geldrente verdrängt.<sup>30</sup> Ins Auge sticht die Diskrepanz zwischen den Anteilen der Nicht-Landbesitzer bei den Zahlen von 1934 (45 %) und 1940 (17 %). Dies mag mit den unterschiedlichen Kategorien (hier Familien, da erwachsene Männer) zusammenhängen. Aus beiden Statistiken geht aber die Dominanz von (wenn auch überwiegend armen und verschuldeten) landbesitzenden Bauern hervor.

Die Verschärfung der Schuldenkrise und die damit einhergehende Verarmung der Landbevölkerung zwangen den kolonialen Staat zum Handeln. Ab 1935 wurde die Errichtung von Genossenschaften gefördert, die nicht nur als Kreditgeber fungierten, sondern den Bauern auch beim Anbau sowie der Vermarktung ihrer Produkte halfen. Den Platz der moribunden Agrarbank übernahm eine 1938 gegründete Zentralbank der Genossenschaften. Auf diese Weise wurde die Abhängigkeit der Bauern von den oftmals gleichzeitig als Händler fungierenden Geldverleihern gebrochen.<sup>31</sup>

Nachdem sie bereits die Anzahl der Zwangsverkäufe durch ein entsprechendes Gesetz 1934 eingeschränkt hatten, packten die Briten ab 1940 das Schuldenproblem zudem direkt an. Ein staatlich ernanntes Komitee begann mit der Neuregulierung bestehender Schuldverhältnisse. Im Allgemeinen wurden die bäuerlichen Schulden um ein Drittel reduziert, die Zinsen auf fünf Prozent festgesetzt und die Laufzeit für die Rückzahlung auf 15 Jahre ausgedehnt. Zusammen mit dem Anstieg der Preise für landwirtschaftliche Güter während des Zweiten Weltkriegs machten diese Maßnahmen der Schuldenfalle endlich den Garaus.<sup>32</sup> Was die landwirtschaftlichen Exporte Zyperns betrifft, so brachte die Weltwirtschaftskrise ebenfalls Veränderungen, allerdings weniger dramatischer Art. Trotz des agrarischen Charakters von Zyperns Wirtschaft musste ein großer Teil der Grundnahrungsmittel importiert werden, vor allem Mehl, Bohnen und Speiseöl. Diese Importe nahmen während der Dürre Anfang der 1930er Jahre noch zu.<sup>33</sup>

---

<sup>30</sup> Ebd., S. 7 f.

<sup>31</sup> Ebd., S. 77-118; RICHTER, Geschichte, S. 369 f.

<sup>32</sup> LANITIS, Rural Indebtedness, S. 23-28; RICHTER, Geschichte, S. 365 f.

<sup>33</sup> Ebd., S. 361.

Tabelle 6: Anteil der Agrargüter am Wert der landwirtschaftlichen Gesamtexporte<sup>34</sup>

	Karuben	Kartoffeln	Vieh	Wein	Zitrusfrüchte	Rosinen	Baumwolle
1932	36 %	17 %	16 %	14 %	7 %	7 %	5 %
1938	54 %	13 %	0 %	14 %	19 %	0 %	0 %

Karuben (die Früchte des Johannisbrotbaumes) litten zunächst besonders unter dem Preisverfall und der Dürre, bauten aber mittelfristig ihre Stellung als führendes landwirtschaftliches Exportgut der Insel aus. Zitrusfrüchte avancierten in diesem Zeitraum auf Platz Zwei, was dem Unternehmegerist der zypriotischen Diaspora in England zu verdanken war.<sup>35</sup>

Als Teil des *British Empire* musste sich Zypern allerdings den währungs- und zollpolitischen Interessen des Zentrums, also des Vereinigten Königreiches, unterordnen. Die Rückkehr des Letzteren zum Goldstandard 1925 verteuerte Zyperns landwirtschaftliche Exporte nach Griechenland, einem der Hauptmärkte, und führte zu einem Anwachsen des Anteils von Großbritannien und Ägypten unter den Abnehmern der Exporte Zyperns. Etwa um die gleiche Zeit sahen sich die zypriotischen Getreidebauern mangels Schutzzöllen der Konkurrenz nordamerikanischer Farmer gegenüber. Zudem griffen sowohl Griechenland als auch Ägypten zu Beginn der Weltwirtschaftskrise zu protektionistischen Maßnahmen, was Zyperns Exporten schadete. Aber auch das *British Empire* ging 1931/32 durch Abkehr vom Goldstandard und Einführung imperialer Vorzugszölle teilweise zum Protektionismus über. Dies half, wie gesagt, dem Export von Zitrusfrüchten nach Großbritannien. Für die Getreidefarmer bedeutete es aber nur, dass die Konkurrenz kontinental-europäischen Mehls durch die von Mehl aus dem *British Empire* ersetzt wurde.<sup>36</sup>

Ein dritter Aspekt des wirtschaftlichen Wandels während der krisengeschüttelten 1930er Jahre war der Aufstieg des Bergbausektors. Dieser wurde durch ausländische Firmen kontrolliert, vor allem der US-amerikanischen Cyprus Mines Corporation.<sup>37</sup> Gefördert und exportiert wurden

---

<sup>34</sup> Ebd., S. 362.

<sup>35</sup> Ebd.

<sup>36</sup> APOSTOLIDES, *Economic Growth*, S. 95, 100 f.

<sup>37</sup> DAVID LAVENDER, *The Story of Cyprus Mines Corporation*, San Marina 1962.

Pyrit, Kupfererz und Asbest,<sup>38</sup> wobei während dieser Dekade das sich aufrüstende nationalsozialistische Deutschland das *British Empire* als Hauptabnehmer verdrängte. Die rasante Zunahme der Förderung wurde zwar in der ersten Hälfte der 1930er Jahre durch die Krise unterbrochen, nahm danach aber wieder Fahrt auf. Bereits 1936 übertrafen Zyperns Mineralienexporte die der landwirtschaftlichen Güter.<sup>39</sup> Der Anteil des Bergbaus am Gesamtwert von Zyperns Exporten wuchs – kurzfristig gebremst durch die Krise – recht dramatisch von 38 Prozent 1929 auf 63 Prozent 1938.<sup>40</sup> Allerdings änderte diese Erfolgsgeschichte nichts an den generellen Schwierigkeiten der zypriotischen Wirtschaft. Wie anhand der Daten zu sehen ist, verblieb der Großteil der Arbeitskräfte in der angeschlagenen Landwirtschaft; der Bergbausektor bot nur sehr bedingt alternative Beschäftigungsmöglichkeiten. Zudem waren die Löhne sehr niedrig und wurden in den Krisenjahren weiter gedrückt während die Bergbaufirmen angesichts niedriger Besteuerung die meisten ihrer Profite von Zypern in die USA und anderswo transferieren konnten.<sup>41</sup>

### Zwischen dem *British Empire* und Griechenland

Über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinaus hatte die Krise der frühen 1930er Jahre politische Rückwirkungen. Das manifestierte sich zunächst in Form von Spannungen zwischen dem britischen Gouverneur und dem Legislativrat. Letzterer bestand aus 24 Mitgliedern: neun britischen Kolonialbeamten, zwölf griechischen Zyprioten und drei türkischen Zyprioten, wobei die einheimischen Abgeordneten alle fünf Jahre auf der Basis eines – allerdings an die Zahlung einer Einkommenssteuer gebundenen – allgemeinen Wahlrechts für Männer gewählt wurden. Da die Gesetzesinitiative beim Gouverneur lag, sollte der Legislativrat nicht mit dem Parlament eines demokratischen Staates verwechselt werden. Er drückte auch den Graben zwischen den ethnischen Gruppen aus, da die türkischen Abgeordneten nicht selten mit den britischen gegen die griechischen stimmten.<sup>42</sup> Immerhin stellte er ein Forum für die Zusammen-

---

<sup>38</sup> RICHTER, Geschichte, S. 372.

<sup>39</sup> Ebd., S. 371 ff.

<sup>40</sup> DEMETRIOS CHRISTODOULOU, Inside the Cyprus Miracle. The Labours of an Embattled Mini-Economy, Minneapolis 1992, S. 75.

<sup>41</sup> APOSTOLIDES, Economic Growth, S. 132-136.

<sup>42</sup> RICHTER, Geschichte, S. 179 f.

arbeit zwischen den Kolonialherren und der einheimischen politischen Elite bereit.<sup>43</sup>

Die Weltwirtschaftskrise führte nun in den Fiskaljahren 1930 und 1931 zu sinkenden Zolleinnahmen und somit einem Haushaltsdefizit, das durch Verrechnung früherer Haushaltsüberschüsse sowie durch Anzapfen eines Reservefonds für Notzeiten ausgeglichen wurde. Letzteres missfiel dem Kolonialministerium, das Gouverneur Storrs aufforderte, für 1932 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.<sup>44</sup> Das wiederum verursachte eine direkte Kraftprobe zwischen dem Gouverneur und dem Legislativrat. In Folge der Krise waren bei den Wahlen von 1930 nicht nur unter den griechischen Abgeordneten weniger kompromissbereite Vertreter ans Ruder gekommen; auch die Repräsentanten der türkischen Zyprioten waren nicht länger ohne weiteres bereit, für die Briten gegen die Griechen in die Waagschale zu springen. Die Kolonialverwaltung setzte vor allem auf eine effizientere Einzugsmethode der Zölle; demgegenüber verlangten die gewählten Abgeordneten eine Senkung der üppigen (und durch zypriotische Steuern finanzierten) Gehälter der Kolonialbeamten. Am Ende musste der Gouverneur mangels Mehrheit im Rat die Zollerhöhungen durch königlichen Erlass durchsetzen.<sup>45</sup>

Eine peinliche Neuigkeit trug zur Verschärfung der Spannungen bei. Hierbei ging es um ein eigentlich abgeschlossen scheinendes Thema: Als die Briten 1878 von den Osmanen die Verwaltung Zyperns übernahmen, verpflichteten sie sich, jährlich eine dem Überschuss der Einnahmen aus den bisherigen osmanischen Steuern (nach Abzug der Ausgaben) entsprechende Summe zu überweisen. Dieser zypriotische Tribut kam aber nicht den Osmanen zugute. Der Großteil der jährlichen Summe wurde zur Bezahlung der Zinsen einer osmanischen Anleihe bei westlichen Gläubigern verwendet, während ein kleinerer Teil in einen Fonds zur Tilgung der Anleihe ging. Gouverneur Storrs setzte sich 1927 erfolgreich für die Aufhebung der Zahlungen ein. Die bislang eingezahlten Beträge wurden aber von den Briten einbehalten, was Storrs den Zyprioten verschwieg. Als dies 1931 im britischen Unterhaus aufflog, war es mit der moralischen Autorität des ursprünglich durchaus beliebten Gouverneurs

---

<sup>43</sup> RONALD ROBINSON, *Non-European Foundations of European Imperialism. Sketch for a Theory of Collaboration*, in: *Studies in the Theory of Imperialism*, hg. v. ROGER OWEN / BOB SUTCLIFFE, London 1972, S. 117-142.

<sup>44</sup> RICHTER, *Geschichte*, S. 238, 259 f.

<sup>45</sup> Ebd., S. 276-280; APOSTOLIDES, *Economic Growth*, S. 201-204.

zu Ende.<sup>46</sup> All dies bereitete den Boden für die eingangs beschriebenen Ereignisse, die zum Niederbrennen des *Government House* führten.

Die Opposition gegen die britische Kolonialherrschaft und deren Art, mit der Krise umzugehen, manifestierte sich in der Form eines ethnischen Nationalismus. Die politische Elite der griechischsprachigen Bevölkerungsmehrheit verlangte einhellig den Anschluss (*Enosis*) Zyperns an Griechenland; man war sich lediglich über die Taktik gegenüber der Kolonialmacht uneinig und schwankte zwischen partieller Kooperation und kompromissloser Konfrontation. Dieser pan-griechische Nationalismus, dem sich etwas verspätet auch sein türkisches Gegenstück hinzugesellte, war lange vor der Weltwirtschaftskrise entstanden. Er war nicht zuletzt durch die Expansion des Erziehungssystems bedingt, das die auf der jeweiligen Sprache beruhende kulturelle Identität der beiden Ethnien betonte.<sup>47</sup>

In den frühen 1930er Jahren, also während der Krise, mischten sich sowohl der griechische als auch der türkische Konsul in zypriotische Angelegenheiten ein. Ersterer förderte die radikaleren griechischen Nationalisten gegen die Moderaten; sein türkischer Kollege setzte sich für die kemalistischen Kräfte und gegen die etablierte konservative Führungsschicht der türkischen Zyprioten ein.<sup>48</sup> Die Wirtschaftskrise trug zur weiteren Entwicklung dieser Nationalismen bei.

Nachdem sich der Rauch von den Trümmern des *Government House* verzogen hatte, begann eine neue Phase in den britisch-zypriotischen Beziehungen. Die Briten setzten nun auf eine autokratische Herrschaft. Der Legislativrat wurde aufgelöst und sollte bis zum Ende der Kolonialherrschaft nicht wiederhergestellt werden. Viele führende zypriotische Politiker, darunter Bischof Nikodimos, wurden verhaftet und des Landes verwiesen.<sup>49</sup> Die *Oktovriana*, wie die Ereignisse vom Oktober 1931 in der griechisch-zypriotischen Geschichtsschreibung genannt werden, hatte weitreichende Folgen. Der griechische Ruf nach *Enosis* wurde noch stärker, was langfristig zu den gewalttätigen Konfrontationen der zweiten Hälfte der 1950er Jahre führen sollte.<sup>50</sup> Das Fehlen eines Quasi-Parlaments bedeutete ferner, dass eine Generation von politischen Führern heran-

---

<sup>46</sup> RICHTER, Geschichte, S. 56-62, 196-202, 274 f.

<sup>47</sup> REBECCA BRYANT, *Imagining the Modern. The Cultures of Nationalism in Cyprus*, London / New York 2004.

<sup>48</sup> RICHTER, Geschichte, S. 261-273.

<sup>49</sup> Ebd., S. 314-323.

<sup>50</sup> APOSTOLIDES, *Economic Growth*, S. 207.

wuchs, denen die Praxis politischer Kompromisse fehlte, was wiederum das Klima in den Jahren nach der Unabhängigkeit vergiftete – mit Folgen bis heute.<sup>51</sup>

### Die Finanzkrise der 2010er Jahre

Die gegenwärtige Wirtschaft der Republik Zypern, also des griechischsprachigen südlichen Teils der Insel,<sup>52</sup> unterscheidet sich fundamental von der der britischen Kronkolonie. Dies wird vor allem an der Verteilung der Arbeitskräfte deutlich.

Tabelle 7: Verteilung der griechisch-zypriotischen Arbeitskräfte 2006<sup>53</sup>

	Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungen
Arbeitskräfte	8,5 %	20,5 %	71 %

Zypern hatte sich von einer Agrar- zu einer Dienstleistungswirtschaft transformiert, wobei unter dem heterogenen Begriff „Dienstleistungen“ vor allem Tourismus, Schifffahrt, Rechts- und Buchführungswesen sowie nicht zuletzt der Finanzsektor zu verstehen sind.<sup>54</sup> Letzterer verfügte über ein Vermögen, welches das der übrigen Sektoren in den Schatten stellte. Diese Dominanz war in Zypern stärker ausgeprägt als in den meisten anderen europäischen Ländern, ohne dass es allerdings den Spitzenplatz einnahm. Wirtschaftlich ging es den Zyprioten unter diesen Umständen gut. Das Pro-Kopf-Einkommen entsprach 2010 immerhin 89 Prozent des EU-Durchschnitts.<sup>55</sup> Umso größer war der Schock, als das Wirtschaftswunderland im östlichen Mittelmeer plötzlich ins Trudeln geriet.

<sup>51</sup> MORGAN, Sweet and Bitter Island, S. 133.

<sup>52</sup> Dieser ist gemeint, wenn im Folgenden von „Zypern“ die Rede ist. Der nördliche Teil der Insel ist von türkischen Truppen besetzt und umfasst die international nicht anerkannte Türkische Republik Nordzypern.

<sup>53</sup> Economy of Cyprus, [http://en.wikipedia.org/wiki/Cyprus\\_economy](http://en.wikipedia.org/wiki/Cyprus_economy) (14.12.2013).

<sup>54</sup> GEORGE SYRICHAS u. a., The Cyprus Economy. Past Successes, Current and Future Challenges, in: The Cyprus Economy. Historical Review, Prospects, Challenges, hg. v. DEMS./ATHANASIOS ORPHANIDES, Nikosia 2012, S. 1-36, hier S. 5; [http://www.centralbank.gov.cy/media/pdf/CBC\\_book\\_EN.pdf](http://www.centralbank.gov.cy/media/pdf/CBC_book_EN.pdf) (26.12.2013); Cyprus One Year on Injured Island, in: The Economist, 8. März 2014, S. 60 f., hier S. 60.

<sup>55</sup> SYRICHAS u. a., The Cyprus Economy, S. 1.

Tabelle 8: Verhältnis des Bankvermögens zum Bruttoinlandsprodukt (Zahlen für 2008 bzw. 2013)<sup>56</sup>

EU-Durchschnitt	Großbritannien	Republik Zypern	Luxemburg
3,5 : 1	5,4: 1	7,5 : 1	22: 1

Zypern wurde 2004 Mitglied der EU und trat vier Jahre später auch der Europäischen Währungsunion bei. Die niedrige Besteuerung von Unternehmen und diverse Doppelbesteuerungsabkommen machten es für viele ausländische – und nicht zuletzt russische – Unternehmen attraktiv, sich als zypriotische Firmen registrieren zu lassen. Die Insel wurde somit zu einem finanziellen Umschlagplatz. Geld strömte aus dem Ausland ein und floss dann, nominell zypriotisch und somit steuerlich günstig behandelt, wieder zurück in andere Länder. Diese Praxis führte dazu, dass das zypriotische Bankensystem überproportional wuchs. Zypern war somit in die Riege der Steuerparadiese aufgestiegen – eine Art Luxemburg des Mittelmeeres. Und wie in anderen Ländern heizte der Zufluss von Kapital einen Immobilienboom mit der damit einhergehenden Verschuldung vieler Haushalte an.

Unglücklicherweise verspekulierten sich die beiden größten Banken der Republik. Sowohl die Bank of Cyprus (BoC) als auch die Laiki Bank (LB; Volksbank) investierten in großem Maße in griechische Staatsanleihen – und das sogar noch nachdem das Ausmaß der griechischen Schuldenkrise offenbar geworden war. Hier spielte wohl die Erwartung eine Rolle, im schlimmsten Falle würde die zypriotische Regierung in der EU ein Veto gegen einen Schuldenschnitt für Griechenland einlegen oder aber dafür sorgen, dass die EU den Banken finanziell die Kastanien aus dem Feuer hole. In der Tat konnte die LB sich noch von der Europäischen Zentralbank (EZB) Geld leihen, als eigentlich bereits klar gewesen sein sollte, dass sie kurz vor der Pleite stand. Die später für die Abwicklung der verschuldeten Bank notwendigen Summen wurden somit unnötig erhöht.

Weiterhin war die Regierung unter dem von 2008 bis 2013 amtierenden postkommunistischen Präsidenten Demetris Christofias nicht in der Lage, die Feuerwehr für die Banken zu spielen. Eine spendierfreudige

---

<sup>56</sup> LARRY ALLEN, *The Global Economic Crisis. A Chronology*, London 2013, S. 103; JACQUES SAPIR, *Cyprus Between Germany and Russia* (übersetzt von Anne-Marie de Grazia), 24.03.2013, <http://russeurope.hypotheses.org/1082> (17.09.2013).

Fiskalpolitik, die sich auf Sozialleistungen und Patronage konzentrierte, hatte die Staatskoffer geleert. Hinzu kam, dass 2011 eine Explosion das Hauptelektrizitätswerk der Republik zerstörte und die darauf folgenden steigenden Strompreise die Wirtschaft bereits in Richtung Rezession drängten. Die Regierung behandelte nicht nur die von der griechischen Krise ausgehende Bedrohung dilatorisch, sondern konnte sich auch nicht zu Ausgabenkürzungen oder zu einem rechtzeitigen Hilferuf an die EU-Partner entschließen. Zwar gab Russland einen umfangreichen Kredit, doch das reichte nicht aus, um die Situation zu retten.

Als dann 2012 der Schuldenschnitt für Griechenland implementiert wurde, mussten BoC und LB enorme Verluste hinnehmen. Die Rating-agenturen brandmarkten Zypern als risikohaften Schuldner, der nun den Offenbarungseid zu leisten hatte. Damit war die Bühne frei für die sogenannte Troika, bestehend aus der EU-Kommission, der EZB und dem Internationalen Währungsfond (IWF). Die Medizin, die verabreicht wurde, war schmerzhaft, und die Doktoren fanden sich deshalb im Kreuzfeuer der Kritik wieder. Auf die zweifelhafte Rolle der EZB bei der künstlichen Lebensverlängerung der LB ist bereits hingewiesen worden.

Im März 2013 sah sich der neugewählte Präsident Zyperns, Nicos Anastasiades, den Bedingungen für das Rettungspaket gegenüber. Der zypriotische Staat würde durch Hilfgelder von zehn Milliarden Euro vor der eigenen Pleite gerettet werden. Doch gab es wenig finanzielle Unterstützung zur Rekapitalisierung der Banken; diese mussten für ihre Verluste weitgehend selbst geradestehen. Dies war eine Bedingung des IWF, der auf diese Weise der weiteren Verschuldung des bereits angeschlagenen zypriotischen Staates einen Riegel verschieben wollte. Es entsprach auch den Wünschen der deutschen Regierung, die sich eine Verwendung deutscher Steuergelder zur Entschädigung der Kunden zypriotischer Banken (darunter viele Russen) politisch nicht leisten zu können glaubte.

Die zur Rettung der Banken notwendigen Gelder sollten zunächst durch eine zwangsweise Transformation von Teilen der Bankguthaben in Anteilsscheine zusammenkommen. Von allen Guthaben über 100.000 Euro würden 9,9 Prozent konvertiert werden; auch die eigentlich der Einlagensicherung unterliegenden Guthaben unter 100.000 Euro wären mit 6,75 Prozent zur Kasse gebeten worden. Dieser Plan führte zu einem Proteststurm und wurde vom zypriotischen Parlament abgelehnt. Während neu verhandelt wurde, blieben die Banken für zwölf Tage ganz geschlossen, was einen Guinness-verdächtigen Rekord darstellte.

Am Ende kam es zu einer alternativen Lösung. Während die unter dem Schirm der Einlagensicherung stehenden Summen nun doch unange-



tastet blieben, griff die Konvertierung von Guthaben in – weitgehend wertlose – Anteilsscheine bei Vermögen über den gesicherten 100.000 Euro voll durch. Bei der LB betraf dies alle Einlagen, bei der BoC einen zunächst nicht spezifizierten Prozentsatz. Für die Bankkunden galt also das Prinzip des *bail-in*; ihr Geld sollte die Kreditinstitute rekapitalisieren. Außerdem mussten beide Unternehmen ihre griechischen Filialen und deren finanzielle Ressourcen zu einem Schleuderpreis an eine griechische Bank verkaufen. Dies erhöhte die Verluste (und somit die notwendigen „Beiträge“ der Bankkunden), wurde aber von der EU-Kommission durchgesetzt, um die Krisen in Griechenland und Zypern voneinander abzukoppeln. Während diese von der Troika initiierten Maßnahmen somit Zyperns Staat und Banken zumindest vorläufig vor dem Bankrott retteten, zahlten die Bankkunden die Zeche. Dies betraf nicht zuletzt auch eine Vielzahl von meist kerngesunden zypriotischen Firmen, die einen Großteil ihres liquiden Kapitals verloren und deshalb in finanzielle Schwierigkeiten gerieten.<sup>57</sup> Insgesamt lagen in dem 21,7 Milliarden Euro schweren Hilfspaket die durch den *bail-in* zusammengekommenen Summen nicht weit hinter den von der EU und dem IWF vergebenen Geldern zurück.<sup>58</sup> Zwar wurden danach die Banken wieder geöffnet, aber Kapitalkontrollen machten Finanztransfers ins Ausland von der Erlaubnis der staatlichen Behörden, insbesondere der Zentralbank, abhängig – auch wenn dies in Widerspruch zum freien Kapitalverkehr im EU-Binnenmarkt stand.<sup>59</sup> Die Kontrollen sind inzwischen für Unternehmen weitgehend aufgehoben worden, bleiben aber für individuelle Guthaben weiter in Kraft.<sup>60</sup>

---

<sup>57</sup> ALEXANDER APOSTOLIDES, Beware of German Gifts Near Elections. How Cyprus Got There and Why It Is Currently More out Than in the Eurozone, in: Capital Markets Law Journal 8 (2013), H. 3, S. 300-318; JIM LEONTIADES, Eleven Steps to a Financial Crisis, 27.10.2013, <http://cyprus-mail.com/2013/eleven-steps-to-a-financial-crisis> (23.12.2013); FIONA MULLEN, Who Was to Blame for the Ten Days That Rocked the Eurozone? A Confluence of Inter-Related Causes, in: Financial Mirror, 19. März 2014, S. 4 f.; GEORGE TEOCHARIDES, Cypriot Financial Crisis. Its Causes and Impact on Financial Markets, 4.9.2013, <http://www.ciiim.ac.cy/news-events/entry/cypriot-financial-crisis-its-causes-and-impact-on-financial-markets.html> (23.12.2013).

<sup>58</sup> 2012–13 Cypriot Financial Crisis, [http://en.wikipedia.org/wiki/2012-13\\_Cypriot\\_financial\\_crisis](http://en.wikipedia.org/wiki/2012-13_Cypriot_financial_crisis) (17.9.2013).

<sup>59</sup> ANDREW HIGGINS, Currency Controls in Cyprus Increase Worry About Euro System, 9.7.2013, <http://www.nytimes.com/2013/07/10/world/europe/currency-controls-in-cyprus-increase-worry-about-euro-system.html?pagewanted=all> (17.9.2013).

<sup>60</sup> LIZ ALDERMAN, Russians Return to Cyprus, a Favorite Tax Haven, 17.2.2014, [http://www.nytimes.com/2014/02/18/business/international/russian-business-target-of-cypriot-bailout-still-loves-the-island.html?\\_r=0](http://www.nytimes.com/2014/02/18/business/international/russian-business-target-of-cypriot-bailout-still-loves-the-island.html?_r=0) (21.3.2014).

Die Bedeutung der Krise in Zypern liegt darin, dass nach einer europäischen Welle von Bankenrettungen auf Kosten der Steuerzahler zum ersten Mal das Prinzip des *bail-in* in einem Land durchgeführt wurde. Für das Versuchskaninchen Zypern bestand der Preis im Anstieg der Arbeitslosigkeit von dem Rekordtief von vier Prozent im Jahre 2008<sup>61</sup> auf 16 Prozent im Jahre 2014 und dem Schrumpfen des Bruttoinlandsprodukts um fünf (2013) beziehungsweise drei Prozent (2014). Die öffentliche Verschuldung liegt 2014 bei 108 Prozent der Wirtschaftsleistung. Für die kommenden Jahre wird wieder leichtes Wirtschaftswachstum erwartet, allerdings kein baldiges Abnehmen der Arbeitslosigkeit und der Verschuldung.<sup>62</sup>

Die Bank of Cyprus, die einen Teil der abgewickelten Laiki Bank übernommen hat, sieht sich aufgrund der Zahlungsrückstände von mehr als der Hälfte ihrer Schuldner weiter in einer prekären Situation und ist auf Hilfskredite der EZB angewiesen.<sup>63</sup> Die Pleitewelle hat vor allem mittlere und kleinere Unternehmen getroffen.<sup>64</sup> Es wird bezweifelt, ob Tourismus oder die in der Nähe der Insel liegenden unterseeischen Gasvorkommen allein die Wirtschaft wieder auf Trab bringen können. Für ein kleines Land wie Zypern, so ein Kommentator, bleibe der Finanzsektor letztlich die wichtigste Option.<sup>65</sup>

### Zwischen der EU und Russland

Die gegenwärtige Krise hat Zypern auch politisch erschüttert. Der EU wird das *bail-in* übelgenommen; laut einer Umfrage misstrauen ihr 83 Prozent der Bevölkerung.<sup>66</sup> Besonders Deutschland steht im Kreuzfeuer der Kritik. Bei den Protesten gegen den ursprünglichen Rettungsplan, wonach auch die der Einlagensicherung unterliegenden Summen herange-

---

<sup>61</sup> GEORGE KYRICAOU u. a., The Labour Market, in: The Cyprus Economy, hg. v. SYRICHAS / ORPHANIDES, S. 403-450, hier S. 429, [http://www.centralbank.gov.cy/media/pdf/CBC\\_book\\_EN.pdf](http://www.centralbank.gov.cy/media/pdf/CBC_book_EN.pdf) (26.12.2013).

<sup>62</sup> EC: Modest Recovery in 2015, in: Financial Mirror, 6. November 2014, S. 3.

<sup>63</sup> Cyprus One Year on.

<sup>64</sup> ALDERMAN, Russians Return.

<sup>65</sup> JIM LEONTIADES, The Future of Cypriot Banking. Is There a Life After the Troika?, in: Financial Mirror, 18. Dezember 2013, S. 8.

<sup>66</sup> More than Eight out of Ten Cypriots Do Not Trust the EU, 23.7.13, <http://cyprus-mail.com/2013/07/23/more-than-eight-out-of-ten-cypriots-do-not-trust-the-eu> (24.12.2013).

zogen worden wären, konnte man Plakate sehen, die die EU als ein Feigenblatt für einen erneuten deutschen Griff zur Weltmacht kritisierten.<sup>67</sup> Der ehemalige Finanzminister Michaelis Sarris, der während der dramatischen Vorgänge im März 2013 im Amt war, argumentiert, Deutschland habe bewusst Zyperns Image als Finanzzentrum ruiniert.<sup>68</sup> Ein anderes Beispiel für derartige Schuldzuweisungen ist die Behauptung, Angela Merkel habe die Bundestagswahl auf Kosten Zyperns gewonnen.<sup>69</sup>

Wie dem auch sei: Die deutsche Haltung gegenüber den zypriotischen Problemen war in der Tat nicht gerade von tiefem Mitgefühl geprägt; Merkel soll Zypern als ein bedeutungsloses kleines Land abqualifiziert haben.<sup>70</sup> Ihr Bestehen auf den *bail-in* der Bankkunden in Zypern hing sicher auch damit zusammen, im Bundestag kritischen Fragen seitens der Opposition über die Rettung eines angeblich als Wäscherei für schmutziges russisches Geld agierenden Landes zuvorzukommen.<sup>71</sup>

Was ist nun die Rolle Russlands in der zypriotischen Finanzkrise? Die Republik Zypern hat enge Bindungen an Russland. Neben dem gemeinsamen christlich-orthodoxen Glauben ist dies vor allem auf politische Faktoren zurückzuführen: Während des Kalten Krieges verfolgte Zypern eine Politik der Blockfreiheit; und viele Mitglieder der mächtigen kommunistischen AKEL-Partei (darunter der spätere Präsident Christofias) erhielten in dieser Zeit eine Ausbildung in der Sowjetunion.

Dazu kam in den 1990er Jahren die Zuwanderung von Russen pontischer, also griechischer, Abstammung aus der Schwarzmeerregion. Derzeit machen in Zypern lebende Russen um die fünf Prozent der Gesamtbevölkerung aus; sie sind vor allem in der Hafenstadt Limassol („Limasolgrad“) zu finden. In der Zypernfrage, also dem Konflikt mit dem türkischen Teil der Insel und der Türkei, wird Russland als einer der wichtigsten Freunde der Republik Zypern gesehen. In den Umfragen vor der

---

<sup>67</sup> HAROLD JAMES, Cyprus Rescue Fuels a Growing Rift That Endangers EU Integration, 28.3.2013, <http://www.guardian.co.uk/business/economics-blog/2013/mar/28/cyprus-rescue-growing-rift-eu-integration> (16.7.2013).

<sup>68</sup> Germany Wanted to Destroy Cyprus as a Financial Centre, Former FinMin Says, <http://famagusta-gazette.com/germany-wanted-to-destroy-cyprus-as-a-financial-centre-former-finmin-says-p20101-69.htm> (24.12.2013).

<sup>69</sup> MULLEN, Who Was to Blame, S. 5.

<sup>70</sup> SAPIR, Cyprus.

<sup>71</sup> ZANNY MINTON BEDDOES, Europe's Reluctant Hegemon, in: The Economist, 15. Juni 2013, Special Report S. 3-7, hier S. 4.

Krise rangierte Russland hoch in der Beliebtheitsskala, wenn auch (damals!) hinter der EU.<sup>72</sup>

Von den 90 Milliarden Euro umfassenden Guthaben in zypriotischen Banken kurz vor der Krise gehörten 63 Prozent den Insulanern selbst, aber mit 22 Prozent folgten Russland und andere ehemalige Staaten der Sowjetunion bereits auf dem zweiten Platz, während sich der Rest auf alle anderen Länder verteilte.<sup>73</sup> Russische Einlagen machten also einen ansehnlichen Brocken aus, ohne allerdings eine dominante Position einzunehmen. Dazu kamen noch finanzielle Transaktionen aus oder nach Russland im Gesamtwert von 250 Milliarden; dieses Geld gehörte einerseits russischen Firmen und andererseits britischen, schweizerischen und luxemburgischen Unternehmen, die oft im Besitz von Russen waren.<sup>74</sup> Insgesamt war Zypern der Hauptzielort für russische Auslandsinvestitionen, gefolgt von den Niederlanden und den Britischen Jungferninseln.<sup>75</sup>

Darin war sicher viel Geld der „Oligarchen“ und Mafiosi enthalten. Neben der vielgescholtenen „Geldwäsche“ spielten aber auch der oben erwähnte Steuersparmechanismus sowie die im Vergleich mit Russland größere Rechtssicherheit für den Zufluss russischer Gelder nach Zypern eine wichtige Rolle.<sup>76</sup> Abgesehen von dieser Funktion als finanzieller Umschlagplatz hatte Zypern noch in anderer Hinsicht für Russland Bedeutung: Die Insel war in den Export russischer Waffen in den Mittleren Osten involviert; so wurde Anfang 2012 ein russisches Schiff, das Waffen für das Assad-Regime in Syrien transportierte und dabei Zypern anlief, von den örtlichen Behörden unbehelligt gelassen.<sup>77</sup>

---

<sup>72</sup> KATE FLYNN / TONY KING, *The Cyprus-Russia Connection. Political Culture and Public Attitudes*, 8.4.2013, <http://www.opendemocracy.net/mk-flynn-tony-king/cyprus-russia-connection-political-culture-and-public-attitudes> (16.7.2013); LUKE HARDING, *Russian Expat Invasion of Cyprus Also Has Sinister Overtones*, 26.1.2012, <http://www.guardian.co.uk/world/2012/jan/26/cyprus-russian-invasion> (16.7.2013).

<sup>73</sup> SAPIR, Cyprus.

<sup>74</sup> Ebd.

<sup>75</sup> JOHN SCHOEN, *Mapped. Where Russia Stashes Its Cash*, 19.3.2014, <http://www.thedailybeast.com/articles/2014/03/19/mapped-where-russia-stashes-its-cash.html> (21.3.2014).

<sup>76</sup> FLYNN / KING, *The Cyprus-Russia Connection*; HARDING, *Russian Expat Invasion*; MICHAEL WEISS, *Cyprus, Russia – and Syria*, 21.3.2013, <http://now.mmedia.me/lb/en/commentaryanalysis/cyprus-russia-and-syria> (16.7.2013); EMILY YOUNG, *Russian Money in Cyprus. Why is There so Much?*, 18.3.2013, <http://www.bbc.co.uk/news/business-21831943> (16.7.2013).

<sup>77</sup> HARDING, *Russian Expat Invasion*; WEISS, *Cyprus*.

Dass russische Bankkunden Verluste als Folge des Rettungspakets der Troika hinnehmen mussten, wurde von russischer Seite als unfreundlicher und somit die Beziehungen zur EU und gerade Deutschland belastender Akt bezeichnet.<sup>78</sup> Es waren aber vor allem die infolge der Krise errichteten Kapitalkontrollen, die die Kremlherren ergrimmen ließen, da es mit Zyperns Rolle als finanzielles Bindeglied zwischen Russland und der EU zeitweise vorbei war.<sup>79</sup> Mit der Lockerung der Kapitalkontrollen ist der Zufluss russischen Kapitals auf die Insel inzwischen aber wieder im Gange.<sup>80</sup> Auch gibt es ein unvorgesehenes Resultat des *bail-in*: Nach der zwangsweisen Teilkonvertierung von Bankguthaben in Anteilsscheine halten nun russische Teilhaber, wenn auch wider Willen, die Mehrheit an der Bank of Cyprus.<sup>81</sup>

### Schlussfolgerung: Strukturelle Umbrüche

Inwieweit stell(t)en die wirtschaftlichen Krisen der 1930er und 2010er Jahre eine strukturelle Scheidelinie dar? Zur Beantwortung dieser Frage soll zunächst für diesen Artikel der Begriff „Struktur“ definiert werden. Wir folgen hier dem Ansatz des britischen Soziologen Anthony Giddens, der Strukturen als Ansammlungen gesellschaftlicher Regeln und Ressourcen versteht. Strukturen manifestieren sich einerseits als *structural principles*, also die grundlegenden Organisationsprinzipien eines bestimmten Typs von Gesellschaft. Ein Beispiel hierfür ist die Trennung von politischen und wirtschaftlichen Institutionen in einer kapitalistischen Gesellschaft. Andererseits spricht Giddens auf einer niedrigeren Abstraktionsebene von *structural properties*, nämlich institutionalisierten Elementen einer Gesellschaft, wie beispielsweise die industrielle Arbeitsteilung.<sup>82</sup>

---

<sup>78</sup> MIRIAM ELDER / LUKE HARDING, Cyprus Bailout Threatens Germany's „Special Relationship“ with Russia, 29.3.2013, <http://www.guardian.co.uk/world/2013/mar/29/cyprus-bailout-germany-russia-relationship> (16.7.2013); WEISS, Cyprus.

<sup>79</sup> SAPIR, Cyprus.

<sup>80</sup> ALDERMAN, Russians Return.

<sup>81</sup> ANDREW HIGGINS, Cyprus Bank's Bailout Hands Ownership to Russian Plutocrats, 21.8.2013, [www.nytimes.com/2013/08/22/world/europe/russians-still-ride-high-in-cyprus-after-bailout.html?\\_r=0](http://www.nytimes.com/2013/08/22/world/europe/russians-still-ride-high-in-cyprus-after-bailout.html?_r=0) (17.9.2013).

<sup>82</sup> ANTHONY GIDDENS, *The Constitution of Society. Outline of the Theory of Structuration*, Cambridge 1984, S. 180-193.

Auf der Basis dieser Terminologie können wir das agrarische Kreditwesen im Zypern der Zwischenkriegszeit als eine solche *structural property* verstehen. Der wichtigste unmittelbare Effekt der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre war es, die bestehende Verschuldung der Bauern – also der Mehrheit der Bevölkerung – drastisch zu verschärfen. Zur Lösung dieses Problems förderte der koloniale Staat das agrarische Genossenschaftswesen und griff schließlich zu radikalen Entschuldungsmaßnahmen. Dies bedeutete, dass die Wirtschaftskrise der 1930er Jahre indirekt die strukturellen Grundlagen des agrarischen Kreditwesens umkrempelte, da sie den Anstoß für die Ausschaltung der bestehenden Kreditgeber zugunsten der Genossenschaften gab.

Die Wirtschaftskrise der 1930er Jahre hatte auch politische Auswirkungen. Hier bestand die relevante *structural property* in der Zusammenarbeit zwischen den britischen Kolonialbeamten und der im Legislativrat vertretenen zypriotischen Elite. Die Kolonialverwaltung reagierte auf die Krise zunächst mit einer Austeritätspolitik zwecks eines ausgeglichenen Haushaltes, was dann aber zu der in den *Oktovriana*-Unruhen gipfelnden gegenseitigen Entfremdung zwischen Briten und Zyprioten und dem Übergang zu einer autokratischen Herrschaft, also einer anderen institutionellen politischen Grundlage, führte. Langfristige Folge war das Anwachsen ethnisch-nationalistischer Bewegungen bei den Zyprioten und letztlich die Unterminierung der Kolonialherrschaft.

In mancher Hinsicht weist die zypriotische Wirtschaftskrise der 2010er Jahre, mindestens in ihren kurzfristigen Effekten, frappierende Parallelen zu ihrer Vorgängerin in den 1930er Jahren auf. Auch heute besteht ein dramatisches Schuldenproblem, das nun allerdings nicht die Bauern, sondern Staat, Banken und letztlich auch viele Unternehmen und Haushalte betrifft. Ob das 2013 beschlossene Rettungspaket langfristig ausreichen wird, um diesen Sprengsatz zu entfernen, oder ob später drastischere, an die Entschuldungsmaßnahmen der 1940er Jahre erinnernde Aktionen notwendig sein werden, bleibt abzuwarten. Mit Blick auf *structural properties* lässt sich argumentieren, dass sich mit der Abwicklung der zweitgrößten zypriotischen Bank die institutionellen Bedingungen des Finanzwesens bereits stark gewandelt haben.

Eine andere Parallele zwischen 1931 und 2013 besteht darin, dass Zypern von außen zunächst eine Austeritätspolitik aufgezwungen wurde, nämlich das *bail-in* durch die Troika. Die *de facto* Abgabe von Entscheidungskompetenzen der zypriotischen Regierung an die Troika bedeutet einen weiteren Bruch mit den bestehenden *structural properties*. Und ähnlich wie das britische Krisenmanagement den Segen des *British Em-*

pire für die Insel in Frage stellte, so haben die Ereignisse des letzten Jahres den Zyprioten zunächst den Geschmack an der EU-Mitgliedschaft verdorben. Auch hier wird die Zukunft zeigen, ob dies vorübergehend ist oder ob es beispielsweise zu einer langfristigen Abkehr Zyperns von der EU bzw. Hinwendung zu Russland kommen wird.

Kommen wir nun zu den *structural principles*, die hinter unterschiedlichen Typen von Gesellschaften stehen. Einer dieser Typen ist laut Giddens die *class-divided society*. Damit meint er die Gesellschaften der vorindustriellen Hochkulturen. In diesem Gesellschaftstyp sind die bäuerlichen Produzenten nicht von ihren Produktionsmitteln getrennt und werden durch Androhung von physischer Gewalt zur Abgabe eines Teils ihrer Produkte oder zur Arbeitsleistung gezwungen. Das dominante Strukturprinzip liegt in der Teilung der Gesellschaft in Städte, wo die Machtressourcen konzentriert sind, und die von ihnen dominierten ländlichen Gegenden. Herrschaft manifestiert sich in diesem Gesellschaftstyp gewöhnlich in Form von Imperien. Demgegenüber sind in den *class societies* beziehungsweise kapitalistischen Gesellschaften der Gegenwart die Produzenten Lohnarbeiter ohne direkten Zugriff auf die Produktionsmittel, deren Arbeitsleistung somit auf ökonomischem und nicht physischem Zwang beruht. Das dominante Strukturprinzip ist hier die Trennung von politischen und wirtschaftlichen Institutionen. In politischer Hinsicht ist der Nationalstaat die typische Herrschaftsform.<sup>83</sup> Obwohl das Zypern der 1930er Jahre bereits voll in die kapitalistische Weltwirtschaft integriert war, hatte seine Gesellschaft noch viele Charakteristika einer *class-divided society* im Sinne von Giddens.

Eines der Merkmale war die strukturelle Teilung in Städte und Hinterland: Obwohl die Mehrheit der Bevölkerung auf dem Land lebte, konzentrierte sich die Macht in den Städten. Dies bedeutete unter anderem, dass die wichtigsten Kreditgeber der Bauern eben Städter waren. Insofern bedeuteten die Reformen des Kreditwesens in den 1930er und 1940er Jahren auch eine Abschwächung des Stadt-Land-Gefälles. Das *British Empire*, dem Zypern angehörte, war gewiss von anderer Art als die vor-modernen Imperien wie beispielsweise das der Osmanen. Aber es stellte eben auch keinen modernen Nationalstaat dar. So gesehen war die lauter gewordene Forderung nach Dekolonisierung auch ein Aspekt des Über-

---

<sup>83</sup> DERS., *A Contemporary Critique of Historical Materialism*, London 1981; DERS., *A Contemporary Critique of Historical Materialism*, Bd. 2: *The Nation State and Violence*, Cambridge 1985.

ganges von einer vormodernen *class-divided society* in eine moderne, kapitalistische *class society*. Die Wirtschaftskrise der 1930er erscheint sicher nicht als einziger Faktor in der Unterminierung der *structural principles* der noch weitgehend nicht-kapitalistischen Gesellschaft Zyperns, also Dominanz der Stadt über das Land und imperiale Herrschaft, hat aber entscheidend dazu beigetragen.

Im Gegensatz dazu ist das gegenwärtige Zypern durch und durch von kapitalistischen Verhältnissen geprägt. Gerade durch das *bail-in*, wonach die Bankkunden keine staatlichen Zuwendungen erwarten konnten, wurde die Trennung von Politik und Wirtschaft noch einmal unterstrichen. Die Frage ist freilich, ob sich dieses *structural principle* angesichts des Ausmaßes des Schuldenproblems durchhalten lässt. Und auch Zyperns Position als souveräner Nationalstaat, ein anderes *structural principle*, hat durch die Wirtschaftskrise gelitten, als es mit der Souveränität zeitweise vorbei war. Es ist allerdings noch schwer abzusehen, welche langfristigen strukturellen Folgen die Wirtschaftskrise in Zypern (und anderswo) für die kapitalistische Gesellschaft dort haben wird.





## 2. KRISEN „ALTEN“ TYPEN IN STÄDTISCHEN GESELLSCHAFTEN UND IHRE WAHRNEHMUNGEN



ULLA KYPTA

## DIE HANSE UND DIE KRISE DES SPÄTMITTELALTERS

### ÜBERLEGUNGEN ZUM ZUSAMMENSPIEL VON WIRTSCHAFTLICHEM UND INSTITUTIONELLEM WANDEL

Die Hanse war ein Krisenphänomen. Dieser Aufsatz vertritt die These, dass sie deshalb nicht zufällig genau zur Zeit einer spätmittelalterlichen Wirtschaftskrise bestand. Der engere organisatorische Zusammenschluss der Kaufleute und damit auch der Städte, aus der diese Kaufleute kamen, kann vielmehr als Reaktion auf verschlechterte konjunkturelle Bedingungen angesehen werden. Als die wirtschaftliche Lage sich gegen Ende des 15. Jahrhunderts erholte, nahm auch die Bedeutung des hansischen Handels ab, der schließlich spätestens im 17. Jahrhundert keine Rolle mehr spielte. An die Stelle der Organisation der Hanse – der Kontore und des Hansetags – traten institutionelle Arrangements, in denen sich der frühmoderne Staat konstituierte.

In dieser Untersuchung wird zwischen Organisationen und Institutionen unterschieden, was auf Ansätzen des englischen *organizational institutionalism* beruht.<sup>1</sup> Seine wirtschaftswissenschaftliche Spielart, die Neue Institutionenökonomik, ist besonders bekannt:<sup>2</sup> Damit reagierte die Forschung auf die Erkenntnis, dass die hochabstrakten neoklassischen Modelle die Welt so verzerrt spiegeln, dass sie keine nutzbaren Aussagen oder gar Prognosen über das Wirtschaftsleben ermöglichten. Die Institu-

---

<sup>1</sup> Eine konzise Einführung bieten ROYSTON GREENWOOD u. a., Introduction, in: The SAGE Handbook of Organizational Institutionalism, hg. v. DEMS. u. a., London 2008, S. 1-46.

<sup>2</sup> Mit der Neuen Institutionenökonomik wird vor allem der Name des Nobelpreisträgers Douglass C. North verbunden. Seinen Ansatz fasst er zusammen in DOUGLASS C. NORTH, Institutions, in: The Journal of Economic Perspectives 5 (1991), H. 1, S. 97-112. Berühmt und empfehlenswert ist zudem sein Werk: DERS., Institutions, Institutional Change and Economic Performance, Cambridge 1990.

tionenökonomik bezieht deshalb Transaktionskosten<sup>3</sup> in ihre Analyse ein, also von Ausgaben für die Suche nach einem Geschäftspartner oder einem geeigneten Handelsgut über Zölle und Fracht bis hin zu den Kosten, um einen geschlossenen Vertrag auch durchzusetzen. Transaktionskosten sinken, wenn das wirtschaftliche Treiben von Institutionen geregelt wird.

Institutionen kann man als regulative, normative und kognitive Ordnungen definieren, die gesellschaftliches Verhalten ordnen und durch Erwartungssicherheit stabilisieren.<sup>4</sup> Sie regeln nicht nur wirtschaftliches Verhalten, sondern sämtliche gesellschaftlichen Interaktionen.<sup>5</sup> Indem sie Rahmenbedingungen für Handlungen vorgeben, machen sie das Verhalten der Mitmenschen vorhersehbar. Auch Organisationen stabilisieren Abläufe und sorgen so für bessere Kalkulationsmöglichkeiten. Der Unterschied zwischen Organisationen und Institutionen liegt darin, dass sich erstere außerdem durch Identität und Legitimität auszeichnen. In einer Organisation konstituiert sich ein abgeschlossener Kreis von Menschen, der seinen Zugang reguliert; sie beruht auf einer bestimmten Identität und schafft sie zugleich.<sup>6</sup> Deshalb kann sie nicht langfristig bestehen, wenn sie ihre Funktion nicht erfüllt, da sie sonst ihre Legitimität verliert. In gewissem Grade statet sie die Prozesse, die in ihrem Rahmen ablaufen, aber auch mit Legitimität aus.<sup>7</sup> Organisationen entwickeln außerdem, anders als Institutionen, stets eine Eigenlogik: Einmal etabliert, streben sie immer danach, ihr Bestehen zu sichern.<sup>8</sup> Beispiele für Organisation, die mit Ein-

---

<sup>3</sup> Vgl. DERS., *Structure and Change in Economic History*, New York 1981, insbesondere S. 33-44.

<sup>4</sup> W. RICHARD SCOTT, *Institutions and Organizations. Ideas and Interests*, Los Angeles 2008, S. 48.

<sup>5</sup> Deshalb werden sie auch in der Politikwissenschaft und der Soziologie erforscht. Die Vorgeschichte der heutigen Institutionentheorie seit der Wende zum 20. Jahrhundert in diesen drei Bereichen Wirtschaftswissenschaft, Politikwissenschaft und Soziologie beschreibt SCOTT, *Institutions*, S. 19-44. Im deutschsprachigen Raum nähert sich vor allem die Politikwissenschaft der hier beschriebenen Verwendungsweise der Worte Institution und Organisation an, so etwa GERHARD GÖHLER, *Der Zusammenhang von Institution, Macht und Repräsentation*, in: *Institution – Macht – Repräsentation. Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken*, hg. v. DEMS., Baden-Baden 1997, S. 11-62, hier S. 15.

<sup>6</sup> Schon in der frühen Organisationsforschung wurde Identität als wichtiges Merkmal einer Organisation gesehen, zum Beispiel PHILIP SELZNICK, *Foundations of the Theory of Organization*, in: *American Sociological Review* 13 (1948), H. 1, S. 25-35.

<sup>7</sup> GREENWOOD, *Introduction u. a.*, S. 7.

<sup>8</sup> MARY DOUGLAS, *How Institutions Think*, Syracuse 1986, S. 92. Die Abgrenzung zwischen Institutionen und Organisationen gestaltet sich im konkreten Fall häufig schwierig, insbesondere da sich beide natürlich stets beeinflussen; vgl. dazu SCOTT, *Institutions*, S. 178.

trittsschranken ihre Identität sichern und deren Legitimität weithin anerkannt wird, können das Auswärtige Amt oder die Harvard University abgeben. Eine Institution liegt zum Beispiel vor, wenn sich die Mitarbeiter eines bestimmten Referats jeden Tag um 12 Uhr zum Mittagessen treffen, oder wenn jeweils in der letzten Sitzung eines Kurses die Abschlussprüfung abgehalten wird. Organisationen entstehen aus Institutionen und stützen sich stets auf eine Vielzahl der letzteren, die ihre Arbeit prägen.

Der vorliegende Beitrag möchte zeigen, dass sich in der wirtschaftlichen Krisenphase des 14. Jahrhunderts mit der Hanse eine Organisation herausbildete, deren Aufrechterhaltung die Kaufleute im folgenden Aufschwung nicht mehr als lohnend ansahen. Die Organisation der Hanse bildeten die Kontore und die Hansetage. Das Händlernetzwerk hingegen, dessen Funktionieren größtenteils auf informellen Regeln beruhte, kann nicht als Organisation im eben genannten Sinne angesehen werden, vielmehr beruhte es auf einem Bündel von Institutionen.

Im ersten Schritt wird gezeigt, dass im 14. Jahrhundert eine wirtschaftliche Krise insbesondere im Nordwesten Europas herrschte, in deren Folge die Kaufleute aus Westfalen und dem Nord- und Ostseeraum zu Formen engerer Zusammenarbeit fanden. Im zweiten Abschnitt wird allgemeiner gefragt, warum institutionelle Verfestigung überhaupt als sinnvolle Antwort auf eine Wirtschaftskrise aufgefasst werden kann. Anschließend sucht das dritte Kapitel nach Alternativen: Flexible, nicht feste Strukturen sollten sich eigentlich als anpassungsfähiger und damit in Krisenzeiten erfolgreicher erweisen.

Solche Reaktionen, in denen Veränderungen durch Flexibilität erfolgreicher gemeistert wurden, lassen sich allerdings hauptsächlich für den wirtschaftlichen Umschwung finden, der ab dem späten 15. Jahrhundert wieder eine Wachstumsphase der Wirtschaft einläutete. Im letzten Schritt wird deshalb versucht, diese beiden Reaktionen mit Hilfe der Konzepte von Organisation und Institution zu kontrastieren: Während in der Krise versucht wurde, sich durch festere Strukturen vor Verlusten zu schützen und entsprechende Organisationen entstanden, gab es in der Aufschwungsphase weniger Angst vor Konkurrenz, weshalb an ihrer Stelle Institutionen ausgebildet wurden, die Handlungen ebenfalls vorhersehbar machten, aber potenziell mehr Menschen offen standen und eine schwächere Abgrenzungswirkung ausübten. Sie regelten wirtschaftliches Handeln, schränkten die Entscheidungsmöglichkeiten der Wirtschaftssubjekte aber weniger stark ein als Organisationen und legten damit die Grundlage für längerfristiges Wachstum.

## Wirtschaftskrise und Entstehung der Hanse im 14. Jahrhundert

Die Krise des 14. Jahrhunderts beendete die Aufschwungphase des Hochmittelalters. Die Blütezeit zwischen 950 und 1350 wird seit dem epochalen Werk von Robert S. Lopez als „kommerzielle Revolution“ bezeichnet:<sup>9</sup> Günstige klimatische Bedingungen und relative politische Stabilität führten zu einem demographischen Aufschwung, der von Verbesserungen in der Landwirtschaft gestützt wurde. Dreifelderwirtschaft, schwerere Pflüge und Wassermühlen beispielsweise steigerten die Erträge des Ackerbaus. So konnte die Landwirtschaft Überschüsse produzieren, die sich verkaufen ließen, und zugleich mehr Menschen ernährten, die nicht selbst als Bauern arbeiten mussten und deshalb Kaufleute werden konnten. Die Zunahme des Warenverkehrs wurde noch einmal dadurch verstärkt, dass die Kaufleute sesshaft wurden und auf diese Weise mehrere Handelstransaktionen zur gleichen Zeit laufen lassen konnten. Damit veränderte sich die ganze Struktur des Handels: Handelsgesellschaften, Abrechnungen, Korrespondenzen, Versicherungen und Kredite stützten und ermöglichten größere Warenströme, die die Kaufleute nicht mehr selbst begleiteten.

Diese Wandlungs- und Wachstumsdynamik ließ im 14. Jahrhundert nach.<sup>10</sup> Die Verschlechterung des Klimas, Seuchen und Kriege beeinträchtigten das Wirtschaftstreiben. Manche Forscher lehnen es ab, diese Phänomene als „Krise des 14. Jahrhunderts“ zusammenzufassen, da nicht überall in Europa wirtschaftlicher Niedergang zu Weltuntergangsstimmung geführt habe.<sup>11</sup> Peter Schuster beispielsweise verwendet einen solchen eingeschränkten Krisenbegriff, weil ihm die Definition als Wendepunkt den Terminus zu entleeren scheint, denn Wandlungen gebe es schließlich in jedem Jahrhundert.<sup>12</sup> Diese Kritik schüttet in gewisser Weise das Kind mit dem Bade aus: Natürlich verhindern fehlende quantitative Daten eine genaue Einschätzung der Ausmaße des wirtschaftlichen Rückgangs in den verschiedenen Regionen Europas. Dennoch bleiben genug Indizien, um einschätzen zu können, dass sich die Rahmenbedingungen für wirtschaft-

---

<sup>9</sup> ROBERT S. LOPEZ, *The Commercial Revolution of the Middle Ages. 950–1350*, Cambridge 1976.

<sup>10</sup> Ebd., S. 164–167.

<sup>11</sup> Eine Zusammenfassung solcher Stimmen liefert PETER SCHUSTER, *Die Krise des Spätmittelalters. Zur Evidenz eines sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Paradigmas in der Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts*, in: *Historische Zeitschrift* 269 (1999), H. 1, S. 19–55, hier S. 20–23.

<sup>12</sup> Ebd., S. 41 f.

liches Handeln im Laufe des 14. Jahrhunderts grundlegender änderten als dies in anderen Jahrhunderten der Fall war. Vor allem lässt sich feststellen, dass das wirtschaftliche Treiben Europas mit widrigeren Bedingungen zu kämpfen hatte als in den Jahrhunderten zuvor, wie in den folgenden Absätzen ausgeführt wird.

Es lässt sich schwerlich leugnen, dass Klimaverschlechterung, Seuchen und Kriege auf das Verhalten der Wirtschaftsakteure einwirkten. Da wir uns im vorliegenden Aufsatz mit den Entscheidungen von Kaufleuten beschäftigen, ist von besonderem Interesse, wie sich durch diese drei Faktoren die Rahmenbedingungen für den Handel veränderten. Zunächst führte die Verschlechterung des Klimas in Nordeuropa zwischen 1315 und 1322 zu einer großen Hungersnot.<sup>13</sup> Kaltes, feuchtes Wetter herrschte in den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts vor. Entsprechend nahm die Produktivität der Böden ab, sodass die Ernte kaum Überschüsse erbrachte, die in den Handel eingespeist werden konnten.

Noch einschneidender wirkte der zweite große externe Schock auf das Wirtschaftssystem: der Große Tod, der von 1346 bis 1352 in Europa wütete.<sup>14</sup> Wiederum kann nicht genau quantifiziert werden, wie viele Menschen in welchen Regionen starben, es bleibt jedoch unbestritten, dass die europäische Bevölkerung so stark dezimiert wurde, wie es in wenigen anderen Jahrhunderten geschah. Grassierende Seuchen beeinträchtigten die Mobilität und damit den Austausch. Handelsströme wurden dadurch behindert, die Kaufleute mieden Städte, die vom Großen Tod heimgesucht wurden. Die Planbarkeit von Handelsgeschäften litt darunter, sodass die Wahrscheinlichkeit sank, den Abschluss des Geschäfts noch zu erleben. Insbesondere im Norden und Westen Europas wurde das wirtschaftliche Treiben außerdem von Kriegen gestört. Ins Jahr 1337 datiert man den Beginn des Hundertjährigen Krieges zwischen Frankreich und England, der nicht nur die Ökonomie dieser beiden Länder in Mitleidenschaft zog, sondern auch in Flandern – einer der kommerziell und industriell prosperierendsten Regionen Europas<sup>15</sup> – zu Instabilität führte, die

---

<sup>13</sup> STEVEN A. EPSTEIN, *An Economic and Social History of Later Medieval Europe. 1000–1500*, Cambridge 2009, S. 160 ff.

<sup>14</sup> Der Name „Großer Tod“ wurde von den Zeitgenossen geprägt. Ob es sich dabei tatsächlich um Beulenpest handelte, wie lange angenommen, ist ungewiss, deshalb verwende ich den Ausdruck Großer Tod anstelle von Pest; vgl. dazu EPSTEIN, *An Economic and Social History*, S. 171 ff.

<sup>15</sup> DAVID NICHOLAS, *Economic Reorientation and Social Change in Fourteenth-Century Flanders*, in: *Past and Present* 70 (1976), H. 1, S. 3–29, hier S. 3.



den Austausch am „Welthandelsmarkt des Mittelalters“,<sup>16</sup> in Brügge, beeinträchtigte.

Das 14. Jahrhundert kann man also insofern als Krisenzeit bezeichnen, als sich die Rahmenbedingungen, an denen die Wirtschaftssubjekte ihr Handeln ausrichteten, massiv veränderten. Insbesondere auf den Großen Tod in der Mitte des Jahrhunderts trifft die Definition einer Krise zu: Es war ein „Umbruch, der die sozialen Verhältnisse tiefgreifend verändert, nach dem ‚alles anders‘ ist.“<sup>17</sup> Insbesondere für den europäischen Handel spielte es dabei keine entscheidende Rolle, dass Regionen unterschiedlich stark in Mitleidenschaft gezogen wurden. Erstens stieg nämlich die Mortalitätsrate gerade entlang der Handelsrouten, da sich der Erreger – welcher auch immer es genau gewesen sein mag<sup>18</sup> – hier besonders schnell verbreiten konnte.<sup>19</sup> Zweitens hatten sich im Zuge der oben geschilderten kommerziellen Revolution die europäischen Regionen bereits stark vernetzt,<sup>20</sup> sodass wirtschaftliche Turbulenzen an einem Ort Auswirkungen über hunderte Kilometer Entfernung haben konnten.<sup>21</sup>

Es lässt sich also festhalten, dass sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus Sicht der Kaufleute um die Mitte des 14. Jahrhunderts verschlechtert hatten: Seuchen und Kriege behinderten ihre Geschäfte, geringere landwirtschaftliche Überschüsse reduzierten die Investitionen in

---

<sup>16</sup> ROLF HAMMEL-KIESOW, *Die Hanse*, München 32004, S. 101.

<sup>17</sup> CARLA MEYER u. a., *Krisengeschichte(n). „Krise“ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive – eine Einführung*, S. 9-23, in: *Krisengeschichte(n). „Krise“ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive*, hg. v. DERS. u. a., Stuttgart 2013, S. 12. Wie viele kulturwissenschaftliche Studien berufen sie sich bei der Ausarbeitung des Krisenbegriffs auf den Artikel von REINHART KOSELLECK, *Krise*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hg. v. OTTO BRUNNER u. a., Bd. 3: H–Me, Stuttgart 1982, S. 617-650. Eine weitgreifende These zu den Auswirkungen des Schwarzen Todes entwirft zum Beispiel DAVID HERLIHY, *The Black Death and the Transformation of the West*, Cambridge (Mass.) 1997.

<sup>18</sup> EPSTEIN, *An Economic and Social History*, S. 171 ff.

<sup>19</sup> JANET LIPPMANN ABU-LUGHOD, *Das Weltsystem im dreizehnten Jahrhundert: Sackgasse oder Wegweiser?*, in: *Vom Mittelmeer zum Atlantik. Die mittelalterlichen Anfänge der europäischen Expansion*, hg. v. PETER FELDBAUER u. a., Wien 2001, S. 11-35, hier S. 27.

<sup>20</sup> LIPPMANN ABU-LUGHOD, *Das Weltsystem*, S. 13 f., 16-21.

<sup>21</sup> Carsten Jahnke zeigt zum Beispiel, dass Probleme der schonischen Heringsfischerei bis nach Limburg und Goslar mit Sorge beachtet wurden, da man bei einem Anstieg der Heringspreise städtische Unruhen befürchtete; CARSTEN JAHNKE, *Das Silber des Meeres. Fang und Vertrieb von Ostseehering zwischen Norwegen und Italien (12.-16. Jahrhundert)*, Köln 2000, S. 261.

den Handel. Handelsgeschäfte waren nun mit höheren Risiken verbunden. Dadurch veränderte sich das Präferenzsystem der Kaufleute, was sich unter anderem darin zeigt, dass sie es als lohnenswert ansahen, sich zu einer Organisation zusammenzuschließen.

Genau in die Krisenzeit in der Mitte des 14. Jahrhunderts fällt nämlich nach der aktuellen Forschung auch das Entstehen der Hanse als Organisation. Handelsnetzwerke zwischen Fernhändlern bestanden schon früher, spätestens seit im 12. Jahrhundert westfälische und niedersächsische Kaufleute die Küsten der Ostsee zu bevölkern begannen.<sup>22</sup> Im 14. Jahrhundert lief diese Expansionsbewegung aus, und auch im Ostseeraum lässt sich ein wirtschaftlicher Rückgang fassen: In Lübeck beispielsweise halbierte sich die Emission der Münze nach 1372, Kapitalumsätze auf dem Immobilienmarkt brachen ein. Bevölkerungszahl, Güterproduktion und Nachfrage sanken in dem Gebiet, in dem die niederdeutschen Kaufleute Handel trieben.<sup>23</sup> Einen neuerlichen Aufschwung erlebte die europäische Wirtschaft ab den letzten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts. Die Periode der Wirtschaftskrise, die Zeit von circa 1350 bis circa 1470, bezeichnete die ältere Forschung als die Blütezeit der Hanse.<sup>24</sup> Zwischen dem Frieden von Stralsund 1370 nach dem Krieg gegen Dänemark und dem Frieden von Utrecht 1474 nach dem Krieg gegen England kann man die Hanse als politischen Akteur mit gewissem Einfluss wahrnehmen. Die Historiographie des 19. und eines großen Teiles des 20. Jahrhunderts setzte Größe damit gleich, im politischen Mächtekoncert mitspielen zu können,<sup>25</sup> worunter sie hauptsächlich die Fähigkeit verstand, Kriege gegen europäische Monarchen führen zu können.<sup>26</sup> Im 16. und 17. Jahrhundert ließ die

---

<sup>22</sup> ROLF HAMMEL-KIESOW u. a., *Die Hanse*, Darmstadt 2009, S. 8-11. Die Ausbildung der Handelsstrukturen im Ostseeraum und insbesondere die Rolle Lübecks dabei beschreibt CARSTEN JAHNKE, *Handelsstrukturen im Ostseeraum im 12. und beginnenden 13. Jahrhundert. Ansätze einer Neubewertung*, in: *Hansische Geschichtsblätter* 126 (2008), S. 145-185.

<sup>23</sup> STEPHAN SELZER, *Die mittelalterliche Hanse*, Darmstadt 2010, S. 44 f.

<sup>24</sup> So beschreibt es zum Beispiel STUART JENKS, *Der Frieden von Utrecht 1474*, in: *Der hansische Sonderweg? Beiträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Hanse*, hg. v. STUART JENKS / MICHAEL NORTH, Köln 1993, S. 59-76, hier S. 59-61.

<sup>25</sup> Zusammengefasst in ULLA KYPTA, *Aufstieg, Blüte, Niedergang – Entstehung, Krise, Übergang. Von der bürgerlichen zur postmodernen Hanseforschung?*, in: *Hansegeschichte als Regionalgeschichte*, hg. v. OLIVER AUGÉ, Frankfurt a. M. 2014, S. 413-428, hier S. 414 f.

<sup>26</sup> Im Übrigen führte „die Hanse“ keine Kriege, sondern hansische Städte schlossen besondere Bündnisse zur Kriegsführung. Die berühmte Kölner Konföderation, die den dänischen König Waldemar 1370 besiegte, bestand aus diversen Städten, die sich niemals als Hansestädte bezeichneten, etwa Amsterdam. Dagegen blieben zahlreiche Städte, die an

organisatorische Festigkeit der Hanse nach. Doch natürlich profitierten auch Kaufleute aus dem Nord- und Ostseeraum wie aus Niedersachsen und Westfalen von der aufblühenden Weltwirtschaft.

Hansischen Handel niederdeutscher Kaufleute im eigentlichen Sinne gab es demnach wesentlich länger als die strukturierte Kooperation ihrer Heimatstädte. Ersterer profitierte vom Wirtschaftsaufschwung, letztere von der Wirtschaftskrise. Politische Organisation und wirtschaftlicher Abschwung korrelieren zeitlich zu genau, um nicht nach möglichen Kausalbeziehungen zu suchen. Entsprechend schreiben Rolf Hammel-Kiesow und Matthias Puhle: Die Hanse werde „vom institutionengeschichtlichen Ansatz her als defensives Bündnis bewertet, das in erster Linie dem Erhalt der errungenen Positionen im nordeuropäischen Handel gedient habe.“<sup>27</sup>

Etwas vorsichtiger formuliert Stephan Selzer: „Vermutlich stieg die Organisationsnotwendigkeit sogar durch die wirtschaftliche Krise erheblich an.“<sup>28</sup> In seinem Handbuch zur Hansegeschichte folgt auf ein Kapitel zur Vorgeschichte, betitelt mit „Gilden und Hansen vor der Hanse“, das Kernstück unter der Überschrift „Die mittelalterliche Hanse (1350 bis 1500)“. Dessen erstes Unterkapitel nun lautet: „Krise und Solidarisierung“. Die Hanse als Organisationsform, so also der aktuelle *common sense* der Forschung, entstand in der Mitte des 14. Jahrhunderts in einer wirtschaftlichen Krisenphase. Ökonomische Probleme, geringere Produktionszahlen, gesunkene Absatzmöglichkeiten und höhere Risiken des Handels führten dazu, dass manche Kaufleute es offenbar als nützlich ansahen, mit anderen Kaufleuten nicht nur in Form von temporären Handelspartnerschaften zu kooperieren, sondern außerdem die Zusammenarbeit der Ratsmitglieder ihrer Heimatstädte in gewissem Grade zu institutionalisieren.

Die Interessen von Kaufleuten und Ratsmitgliedern überschnitten sich, da sich letztere in den norddeutschen Handelsstädten aus der Schicht der wohlhabenden Kaufleute rekrutierten. In den Binnenstädten setzte sich der Rat zumeist aus Handwerkern und Händlern zusammen, während es den Kaufleuten in den Seestädten gelang, die Ratsfähigkeit für ihre Berufs-

---

vielen hansischen Tagfahrten teilnahmen und deshalb als Hansestädte angesehen werden können, der Konföderation fern, so z. B. Köln; SELZER, Die mittelalterliche Hanse, S. 67.

<sup>27</sup> HAMMEL-KIESOW u. a., Die Hanse, S. 182.

<sup>28</sup> SELZER, Die mittelalterliche Hanse, S. 45.

genossen zu reservieren.<sup>29</sup> Diese Abgrenzungstendenzen führten aber zumindest bis zum Ende des Mittelalters nicht dazu, dass sich ein Patriziat im Sinne einer abgeschlossenen Schicht herausbildete. Aufsteigende Kaufleute konnten stets neu in den Rat aufgenommen werden, weshalb immer wieder Menschen in den politischen Führungszirkel aufrückten, denen das wirtschaftliche Wohlergehen ihrer Standesgenossen ein konkretes und persönliches Anliegen war.<sup>30</sup> Natürlich verschob sich die ökonomische Aktivität derjenigen, die in den Rat gelangten, da neben dem politischen Engagement kaum auch noch intensive Handelstätigkeiten verfolgt werden konnten. Die Ratsherren legten ihr Geld eher in Grundbesitz, Renten und anderen Kapitalgeschäften an.<sup>31</sup> Das Interesse an einer Förderung des Handels, wie man ihn selbst betrieben hatte und wie ihn Verwandte und Geschäftspartner immer noch betrieben, bestand trotzdem weiter fort. So überrascht es nicht, dass Krisenerscheinungen in der Wirtschaft dazu führten, dass nicht nur die Kaufleute, sondern auch deren Repräsentanten in den städtischen Räten begannen, strukturiert zusammenzuarbeiten.<sup>32</sup>

---

<sup>29</sup> HAMMEL-KIESOW u. a., *Die Hanse*, S. 44. In Lübeck beispielsweise erklärte die Ratswahlordnung Handwerker für ratsunfähig; vgl. *Die Urkunden Heinrichs des Löwen, Herzogs von Sachsen und Bayern*, bearbeitet v. KARL JORDAN (MGH DD HL), Stuttgart 1995, S. 92 f., Nr. 63. Trotzdem es sich, in den Worten von Ernst Pitz, um eine „arrogante und arglistig auf den Namen Herzog Heinrichs des Löwen gefälschte Ratswahlordnung“ handelte, blieb sie bis ins 19. Jahrhundert in Kraft: ERNST PITZ, *Bürgerreinigung und Städteinung. Studien zur Verfassungsgeschichte der Hansestädte und der deutschen Hanse*, Köln 2001, S. 103. Die Ausgrenzung der Handwerker ging nicht konfliktfrei vonstatten: In Lübeck versuchten die Handwerker zum Beispiel in den Knochenhaueraufständen, ihre Beteiligung am Rat durchzusetzen, blieben dabei aber erfolglos; AHASVER VON BRANDT, *Die Lübecker Knochenhaueraufstände von 1380–84 und ihre Voraussetzungen. Studien zur Sozialgeschichte Lübecks in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts*, in: *Lübeck, Hanse, Nordeuropa. Gedächtnisschrift für Ahasver von Brandt*, hg. v. KLAUS FRIEDLAND / ROLF SPRANDEL, Köln 1979, S. 129–208.

<sup>30</sup> In Lübeck konnten sogar Nicht-Lübecker bis in die höchsten Ämter aufsteigen. Immerhin neun der 65 Bürgermeister des 14. und 15. Jahrhunderts waren nicht dort geboren; AHASVER VON BRANDT, *Geist und Politik in der Lübeckischen Geschichte. Acht Kapitel von den Grundlagen historischer Größe*, Lübeck 1954, S. 63.

<sup>31</sup> Zwar sollte den Lübecker Ratsherren die Möglichkeit, weiter Handel zu treiben, dadurch offenstehen, dass sie sich jeweils zwei Jahre im sitzenden Rat befanden und anschließend ein Jahr Pause erhielten, um sich ihren Geschäften zu widmen. Diese Zeit reichte aber nicht für ausgedehnte Handelsaktivitäten; ERICH HOFFMANN, *Lübeck im Hoch- und Spätmittelalter. Die große Zeit Lübecks*, in: *Lübeckische Geschichte*, hg. v. ANTEKATHRIN GRASSMANN, Lübeck 1988, S. 79–340, hier S. 223.

<sup>32</sup> Die personale Verflechtung von Kaufleuten, städtischen Ratsherren und hansischen Ratssendeboten beschreibt DIETRICH POECK, *Die Herren der Hanse. Delegierte und Netzwerke*, Frankfurt a. M. 2010.

Zwei Organisationen sind zu nennen, in denen sich diese Zusammenarbeit institutionalisierte: Die Hansetage und die Kontore.<sup>33</sup> Auf den hansischen Tagfahrten, erst seit der Neuzeit auch „Hansetage“ genannt, trafen sich die Ratssendeboten der geladenen Städte. Rückblickend lässt sich feststellen, dass die Reihe solcher regelmäßiger Treffen im Zuge der Flandernblockade von 1358 bis 1360 ihren Anfang nahm.<sup>34</sup> In dieser Auseinandersetzung zwischen den niederdeutschen Kaufleuten und der Stadt Brügge konzipierte sich nach heutiger Forschungsmeinung die Hanse als Organisation erstmals selbst. Der Konflikt wurde von konkreten ökonomischen Problemen ausgelöst.<sup>35</sup> Wie oben schon erwähnt, beeinträchtigte der Hundertjährige Krieg zwischen England und Frankreich das Wirtschaftstreiben in Flandern: Englische und schottische Schiffe trugen vor den Küsten Flanderns einen Kaperkrieg aus. Außerdem wurde der Graf von Flandern auch soweit in den Krieg hineingezogen, dass er die Zölle erhöhen musste, um seine Kosten tragen zu können. Ein weiterer Konflikt schädigte den Handel von und nach Flandern: Ludwig von Male, der Graf von Flandern, und Wenzeslaus, Herzog von Luxemburg, stritten sich um die Nachfolge als Herzog von Brabant. Im Zuge dessen ließ Ludwig die Schelde blockieren, die Brügge mit dem Meer verband. Zur Belagerung Antwerpens zog er Schiffe der Niederdeutschen heran, ohne dass deren Besitzer eingewilligt hätten.<sup>36</sup>

Da Ludwig sich auf die Auseinandersetzung mit Wenzeslaus konzentrierte, vernachlässigte er den Schutz der flandrischen Küste, was wiederum den Schaden vergrößerte, den die Kaperfahrten des englisch-französischen Krieges anrichteten. Zudem sahen die niederdeutschen Kaufleute, wie fast beständig im Verlauf der Geschichte des Brügger Kontors, ihre Privilegien verletzt. Zum ersten Mal hatten die Kaufleute des Römischen

---

<sup>33</sup> SELZER, *Die mittelalterliche Hanse*, S. 50-54.

<sup>34</sup> Zu den ersten hansischen Tagfahrten vgl. VOLKER HENN, *Hansische Tagfahrten in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts*, in: *Die hansischen Tagfahrten zwischen Anspruch und Wirklichkeit*, hg. v. DEMS., Trier 2001, S. 1-21.

<sup>35</sup> Anke Greve hat herausgearbeitet, dass Einschränkungen des Handelsverkehrs und nicht Verletzungen der Privilegien stets den Anlass dafür bildeten, dass die niederdeutschen Kaufleute ihr Kontor aus Brügge in eine andere Stadt verlegten, was vom 13. bis zum 15. Jahrhundert insgesamt fünfmal geschah: ANKE GREVE, *Hansische Kaufleute, Hosteliers und Herbergen im Brügge des 14. und 15. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M. 2011, S. 134-159. Auf ihre Ausführungen stützt sich der folgende Absatz.

<sup>36</sup> Darüber legte das Brügger Kontor Beschwerde ein, siehe *Hanserecense* (hiernach: HR), hg. v. der Bayerischen Akademie der Wissenschaften u. a., bearbeitet von KARL KOPPMANN, Bd. 1.1, Leipzig 1870, Nr. 249, S. 176.

Reiches, wie sie in den frühen Privilegien adressiert wurden, in den Jahren 1252/53 solche besonderen Rechte erhalten. Sie waren 1282 und 1309 bestätigt und umfangreich ergänzt worden.<sup>37</sup> Nun klagten die Osterlinge, dass der Zoll willkürlich, die Mieten für Häuser und Keller unrechtmäßig erhöht sowie überhöhte Gebühren für die Nutzung der Tuchhalle und die Vermittlung durch Makler verlangt würden.<sup>38</sup>

Um ihren Forderungen nach Absicherung und Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Handel Nachdruck zu verleihen, verlegten die niederdeutschen Kaufleute nicht nur ihr Kontor von Brügge nach Dordrecht,<sup>39</sup> sondern verhängten eine Handelssperre über ganz Flandern. Die Strategie versprach Erfolg, da die flandrischen Tuchindustriezentren sowohl vom Import preußischen Getreides als auch vom Export ihrer Tuche in den Ostseeraum abhängig waren, die beide von den niederdeutschen Kaufleuten abgewickelt wurden. Die Handelssperre konnte aber nur wirksam sein und langfristige Verbesserungen der Handelssituation für alle erreichen, wenn die flandrischen Städte dazu gezwungen wären, auf die Wünsche der Niederdeutschen einzugehen; und das konnte nur funktionieren, wenn der Druck groß genug würde, Flandern also tatsächlich vom Handel nach Nordosten abgeschnitten würde.

Ein Blockadebruch versprach allerdings dem einzelnen Kaufmann kurzfristige Vorteile: Er hätte das Getreide in Flandern oder die Tuche im Ostseeraum zu stark erhöhten Preisen anbieten können. Deshalb mussten die vor Ort zusammengeschlossenen Kaufleute auch darüber hinaus zusammenarbeiten, um die Abweichler zu bestrafen, denn das Kontor an sich hatte kaum Sanktionsmöglichkeiten in der Hand. Empfindlich traf einen Händler erst, wenn sein Besitz in der Heimatstadt eingezogen und er von sämtlichem Handel nicht nur dort, sondern auch in allen mit

---

<sup>37</sup> Die Privilegien von 1309 sind ediert im Hansischen Urkundenbuch (hiernach: HUB), hg. v. Verein für Hansische Geschichte, bearbeitet v. KONSTANTIN HÖHLBAUM, Bd. 2, Halle 1879, Nr. 154, S. 65-69, und in Quellen zur Hansegeschichte 36 (hiernach: FSGA), hg. von ROLF SPRANDEL, Darmstadt 1982, S. 220-225. Die Privilegien von 1360 sind zu finden im HUB, Bd. 3, Halle 1882-1886, Nr. 495-497, S. 243-267. Zu den Privilegien von 1309 und 1360 vgl. ausführlich PETER STÜTZEL, Die Privilegien des deutschen Kaufmanns in Brügge im 13. und 14. Jahrhundert, in: Hansische Geschichtsblätter 116 (1998), S. 23-63.

<sup>38</sup> HR, Bd. 1.1, Nr. 236-240, S. 223-240; Klagen aus dem Jahr 1360 in: Ebd., Nr. 249, S. 174 ff.

<sup>39</sup> Zu den Kontorsverlegungen vgl. DIETRICH POECK, Kontorverlegung als Mittel hansischer Diplomatie, in: Hansekaufleute in Brügge 4. Beiträge der internationalen Tagung in Brügge April 1996, hg. v. NILS JÖRN, Frankfurt a. M. 2000, S. 33-53.

seiner Heimatstadt verbündeten Städten ausgeschlossen wurde. Der Plan einer Blockade zwang die Kaufleute und die Städte also geradezu zu einer engeren Kooperation, denn nur so ließen sich die genannten Strafen realisieren.<sup>40</sup>

Entsprechend trat die Hanse im Zuge der Flandernblockade als Organisation in Erscheinung: Erstens wird die Versammlung der städtischen Abgesandten zur Absprache über das Vorgehen gegen Flandern gemeinhin als erster Hansetag angesehen. Die Meinungen gehen lediglich darüber auseinander, ob das Treffen im Februar 1356<sup>41</sup> oder dasjenige vom 20. Januar 1358<sup>42</sup> als erste Tagfahrt beurteilt werden soll.<sup>43</sup> Seitdem verstetigte sich die Kooperation der niederdeutschen Kaufleute in Gestalt der Ratsherren ihrer Heimatstädte: Die Treffen der Ratssendeboten institutionalisierten sich in dem Sinne, dass sie zwar nicht regelmäßig, aber doch in nicht allzu langen Abständen stattfanden, und zumindest grob einem standardisierten Ablauf folgten, der mindestens in der Einladung der Städte, dem Treffen und schließlich dem Verfassen eines Protokolls dieser Treffen, eines Rezesses, bestand.<sup>44</sup> Alle Beschlüsse der Hansetage mussten allerdings in städtisches Recht übernommen werden, um Gültigkeit zu erlangen; sie besaßen keine unmittelbare Rechtskraft.<sup>45</sup>

Auf ein gewisses organisatorisches Gerüst konnten sich die niederdeutschen Handelsstädte nun aber verlassen: Auf den Hansetagen konnten Klagen vorgetragen, Konflikte gelöst und gemeinsames Vorgehen besprochen werden. Zweitens tritt das Wort „deutsche Hanse“ seit der Versammlung vom Januar 1358 häufig und dauerhaft in einer vorher nur selten verwendeten Bedeutung auf: Er bezeichnete nun das Kollektiv der niederdeutschen Kaufleute und ihrer Heimatstädte und schuf es damit eigentlich erst.<sup>46</sup> Um die Handelsblockade zum Erfolg zu führen, mussten

---

<sup>40</sup> SELZER, *Die mittelalterliche Hanse*, S. 48 f.

<sup>41</sup> HR, Bd. 1.1, S. 125 f.

<sup>42</sup> Ebd., Nr. 212-214, S. 135-139.

<sup>43</sup> Von der Versammlung im Februar 1356 schlussfolgert man allerdings lediglich, dass sie stattgefunden haben muss; vgl. *Die hansischen Tagfahrten zwischen Anspruch und Wirklichkeit*, hg. v. VOLKER HENN, Trier 2001, S. 1. Deshalb entscheidet sich beispielsweise Selzer für das spätere Datum, denn von dieser Zusammenkunft blieb auch ein Protokoll, ein so genannter Recess, erhalten; SELZER, *Die mittelalterliche Hanse*, S. 51.

<sup>44</sup> Eine kurze Beschreibung liefert HENN, *Hansische Tagfahrten*, S. 7 ff.

<sup>45</sup> PITZ, *Bürgerreinigung*, S. 413 f.

<sup>46</sup> THOMAS BEHRMANN, *Über Zeichen, Zeremoniell und Hansebegriff auf hansischen Tagfahrten*, in: *Die hansischen Tagfahrten zwischen Anspruch und Wirklichkeit*, S. 109-124.

die Städte als Einheit auftreten, und das taten sie, indem sie einen gemeinsamen Namen wählten.

Als zweite Organisationsstruktur neben den Tagfahrten gelten die Kontore.<sup>47</sup> Außer den vier großen Kontoren Brügge, Bergen, Novgorod und London existierten noch viele kleinere Handelsniederlassungen. Hier schlossen sich die Kaufleute des Römischen Reiches zusammen, um sich gegenseitig Hilfe und Unterstützung zu leisten, aber auch aufeinander Acht zu geben: Kontore reglementierten zwar das Leben der Kaufleute, die ihnen angehörten, boten dafür aber Informationen und Handelskontakte sowie häufig den Genuss konkreter Handelsprivilegien.<sup>48</sup> In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts wurde die Organisationsstruktur der Kontore durch Kontorsordnungen gestrafft.<sup>49</sup> Außerdem versuchten die Hansestage, den Kontoren eine hansische Identität zu verleihen: So fasste die Tagfahrt von 1366 den Beschluss, dass nur noch Bürger einer Hansestadt die Privilegien eines Kontors nutzen durften.<sup>50</sup> Daran hielten sich die Kontore zwar nicht durchgängig,<sup>51</sup> doch die Idee wird fassbar, dass die Hansestädte eine bestimmte Gruppe bildeten, zu der eben nicht alle Städte des Römischen Reiches gehörten.<sup>52</sup> Die Hanse konstituierte sich als Orga-

---

<sup>47</sup> SELZER, Die mittelalterliche Hanse, S. 54.

<sup>48</sup> Zu den vier großen Kontoren vgl. ERNST SCHUBERT, Novgorod, Brügge, Bergen und London. Die Kontore der Hanse, in: *Concilium medii aevi* 5 (2002), S. 1-50.

<sup>49</sup> Lediglich die Ordnung des Novgoroder Kontors lässt sich schon für das 13. Jahrhundert nachweisen. Die Kontorordnungen sind gedruckt in FSGA 36, S. 322-386. Dazu auch NILS JÖRN, Die Herausbildung der Kontorordnungen in Novgorod, Bergen, London und Brügge im Vergleich – 12.-17. Jahrhundert, in: *Prozesse der Normbildung und Normveränderung im mittelalterlichen Europa*, hg. v. DORIS RUHE / KARL-HEINZ SPIESS, Stuttgart 2000, S. 217-235.

<sup>50</sup> HR Bd. 1.1, Nr. 376, S. 331-338. §11 legt fest, dass nur Bürger von Hansestädten die Privilegien und Freiheiten der Deutschen nutzen sollen. In §12 wird festgeschrieben, dass nur ein Bürger einer Hansestadt Ältermann in Flandern oder Bergen werden solle.

<sup>51</sup> So berichten Ratssendeboten 1393, das Brügger Kontor habe auf die Frage, ob sie auch nur Bürger aus den Hansestädten aufnähmen, geantwortet, sie würden aufnehmen und zu Älterleuten wählen, wer ihnen geeignet erscheine. HR, bearbeitet v. KARL KOPPMANN, Bd. 1.4, Leipzig 1877, Nr. 134, § 10 und § 11, S. 106. Die Ratssendeboten schließen zustimmend: *Doch duchte uns des, dat se des redeliken gheramet hadden.*

<sup>52</sup> Das zeigt sich auch daran, dass sich die Bezeichnung der Gruppe änderte, die durch die Privilegien begünstigt wurde. Die früheste Privilegierung der niederdeutschen Kaufleute in Brügge 1252 richtete sich an alle Kaufleute des Römischen Reiches (*ad instantiam universorum mercatorum Romani imperii*, FSGA 36, S. 183-186), die Privilegien von 1309 ebenso (*den coepmannen van den Roemschen rike*, FSGA 36, Nr. 15, S. 220-225). Die Privilegien von 1392 hingegen schränkten den Kreis der Begünstigten auf diejenigen Kaufleute des Römischen Reiches ein, die zur Hanse gehörten (lateinische Version: *mercatores communi-*



nisation, indem sie sich von anderen abgrenzte und somit eine eigene Identität herausbildete.

Die Krise des 14. Jahrhunderts – oder konkreter gefasst die lahrende Konjunktur und die kriegsbedingte politische Instabilität in Flandern – führten dazu, dass die niederdeutschen Kaufleute eine stärkere Koordination und Kooperation miteinander für lohnend erachteten. Die Konstituierung als Gruppe ging mit der Abgrenzung von anderen Kaufleuten einher, die nicht zu denjenigen gehörten, die gemeinsam ihre Vorrechte verteidigen wollten. Die niederdeutschen Kaufleute schufen sich Strukturen und eine Identität und ließen damit die „Hanse“ als Organisation entstehen.

### Wirtschaftskrisen und Organisationsbemühungen

Warum reagierten die niederdeutschen Kaufleute auf die ökonomischen Schwierigkeiten in Flandern damit, dass sie sich enger zusammenschlossen? Welche Logik gebietet, auf eine Krise mit institutioneller Verfestigung zu reagieren? Die Wirtschaftsgeschichtsforschung zum Mittelalter beurteilt dieses Verhalten als rational, weil sie von zwei Grundannahmen ausgeht: Erstens fördere politische Stabilität die wirtschaftliche Blüte.<sup>53</sup> Zweitens werden Wirtschaftskrisen als exogene Einflüsse auf den Handel angesehen: Die oben genannten Hauptgründe für den Abschwung, die Klimaverschlechterung, Seuchen und Kriege mit allen ihren Folgeerscheinungen, wurden nicht von den Kaufleuten initiiert, sondern brachen über sie herein. Entsprechend sinnvoll erscheint es, wenn die Leidtragenden der Krise auf die Instabilität reagierten, die diese hervorgerufen hatte, indem sie selbst Strukturen schufen. Dahinter steht also die Idee, dass ein gewisser fester Rahmen für erfolgreiches Wirtschaften nötig gewesen sei und sich die Kaufleute diesen selbst hätten setzen können, indem sie eine Organisation gründeten.<sup>54</sup>

---

*um civitatum Romani imperii de Hanza*, flämische Version: *den inwonende cooplieden van den ghemeenen steen van den Roomschen rike der Duutscher Hanze*, HUB, bearbeitet v. KARL KUNZE, Bd. 5, Leipzig 1899, Nr. 9, S. 10).

<sup>53</sup> So bezeichnet zum Beispiel David Nicholas politische Stabilität als einen der entscheidenden Gründe für die Prosperität Flanderns im 12. und 13. Jahrhundert, NICHOLAS, *Economic Reorientation*, S. 3.

<sup>54</sup> Eine solche Organisation wird dann sogar als Prävention gegen Krisen angesehen. So formuliert SELZER, *Die mittelalterliche Hanse*, S. 62: „In Krisenzeiten konnte es gefährlich sein, wenn man nicht befehlen, sondern langwierig überreden musste.“ Eine feste Organisation mit klaren hierarchischen Strukturen sieht er offenbar als besonders krisenfest an. Ganz ähnlich meint Wolfgang von Stromer, in Krisenzeiten könnten nur größere Unter-

Instabile politische und wirtschaftliche Verhältnisse gestalteten den Handel risikoreicher. Die Wahrscheinlichkeit, mit hochriskanten Geschäften auch hohe Gewinne einzufahren, lag im 14. Jahrhundert allerdings niedriger als in den Jahrhunderten zuvor. Wagnis wurde nicht mehr als Gelegenheit, sondern als Gefahr wahrgenommen.<sup>55</sup> Die Strukturen einer Organisation wiederum minderten sowohl das Risiko als auch die Gewinnmöglichkeiten: Zwar hatte der Kaufmann, der nach Brügge handelte, mit dem Kontor eine Anlaufstelle, die ihm mit Unterstützung und Informationen zu Hilfe stand, sodass das Wagnis verringert wurde, von seinen Käufern in Brügge betrogen zu werden. Dafür musste er sich aber auch an die Regeln für die Kontorsmitglieder halten, sich zum Beispiel den Urteilen der Ältermänner beugen, und durfte nicht vor dem Brügger Gericht gegen sie vorgehen.<sup>56</sup>

In der Zeit der Wirtschaftsflaute veränderte sich die Risikostruktur dahingehend, dass die Kaufleute eine Verminderung ihrer Gefährdungen höher bewerteten als eine Einschränkung ihrer Gewinnmöglichkeiten. Feste Strukturen zu schaffen und sich ihnen zu unterwerfen verursachte aber zum einen Opportunitätskosten durch entgangene Gewinne aus Geschäften, die der Zusammenschluss in einer Organisation verhinderte: Während der Flandernblockade beispielsweise hätte ein einzelner Kaufmann, der trotzdem Getreide nach oder Tuche von Flandern gehandelt hätte, sicher hohe Profite einfahren können. Hinzu kommen zum anderen die Kosten, die die Organisation direkt verursachte. Die Vereinbarung und Durchsetzung von gemeinsamem Handeln kostete Zeit und Geld: Die Ältermänner wurden aus den Kontorsmitgliedern gewählt, waren also Händler, die sich in der Zeit, in der sie zusammenkamen, um sich zu beraten und Regelungen zu erlassen, nicht ihren Geschäften widmen konnten.<sup>57</sup> Auch die Ratsherren der Städte, die die hansischen Tagfahrten

---

nehmen überleben, vgl. WOLFGANG VON STROMER, *Oberdeutsche Hochfinanz 1350–1450*, Wiesbaden 1970, S. 67.

<sup>55</sup> EPSTEIN, *An Economic and Social History*, S. 183.

<sup>56</sup> Tideman Blomenrod wurde 1350 von der Nutzung der Privilegien und aus der Kontorgemeinschaft ausgeschlossen, weil er die Ältermänner des Kontors vor einem Brügger Gericht verklagt hatte, vgl. HUB, Bd. 3, Nr. 160, S. 77 f.

<sup>57</sup> Einer der berühmtesten hansischen Kaufleute, Hildebrand Veckinchusen, bekleidete zum Beispiel dreimal das Amt des Ältermanns des Brügger Kontors. Er wurde zweimal, in den Jahren 1394 und 1398, zum Ältermann des gotländisch-livländischen Drittels gewählt, ein weiteres Mal fungierte er im Jahr 1419 als Ältermann für das wendisch-sächsische Drittel; FRANZ IRSIGLER, *Der Alltag einer hansischen Kaufmannsfamilie im Spiegel der Veckinchusen-Briefe*, in: *Hansische Geschichtsblätter* 103 (1985), S. 75–99, hier S. 80, 92.

beschickten, waren zumindest teilweise noch im Handel tätig. Außerdem mussten sie zum Ort der Zusammenkunft kommen und dort untergebracht werden. Die Entscheidungen des Hansetages mussten verschriftlicht, verschickt und in den einzelnen Stadträten nochmals durchgesetzt werden, um Gültigkeit zu erlangen.<sup>58</sup>

Augenscheinlich wurde der Nutzen der festen Strukturen höher bewertet als die damit verbundenen Kosten. Sie schufen vor allem Erwartungssicherheit: Wie zu Beginn des Aufsatzes geschildert, geben sie nicht nur die Rahmenbedingungen für die eigenen Aktivitäten vor, sondern machen auch das Handeln der anderen vorhersehbar, so dass Gewinne und Gefahren besser kalkulierbar werden. Jeder einzelne Kaufmann sparte außerdem Kosten dadurch, dass das Kontor diese Strukturen für alle bot, er sich also nicht selbst darum kümmern musste, Erwartungssicherheit herzustellen. Stuart Jenks hat gezeigt, wie die Privilegien, die das Brügger Kontor insbesondere im 14. Jahrhundert erwarb, die Transaktionskosten der Hansekaufleute erheblich senkte:<sup>59</sup> Zölle und Gebühren für die Lagerung, für das Be- und Entladen wurden für die niederdeutschen Kaufleute reduziert oder zumindest festgeschrieben, um willkürliche Erhöhungen zu erschweren. Rahmenbedingungen für Verträge wurden festgelegt, wodurch die Vereinbarungskosten sanken. Die Durchsetzungskosten wurden reduziert, indem die Stadt Brügge den Berufungsweg festschrieb und eine rasche Erledigung von Streitfällen zusagte. Zudem prüfte das Kontor die Qualität des *stapelgut*,<sup>60</sup> sodass diese Art der Messkosten für den einzelnen Kaufmann wegfiel; es vermittelte städtische Lagerplätze und reduzierte damit die Suchkosten der Geschäftsleute.

So erklärt die Forschung, warum sich der so genannte hansische Ameisenhandel lohnte: Neben den Großkaufleuten gab es zahlreiche kleinere Händler, die nur sehr wenige Waren ins hansische Handelssystem einspeisten. Es konnte Gewinn bringen, auch kleine Mengen zu handeln, da

---

<sup>58</sup> Die Kosten dafür übernahm die ausrichtende Stadt. Da es sich dabei besonders häufig um Lübeck handelte, forderte man im 15. Jahrhundert eine Beteiligung der anderen Städte an den hohen Auslagen, vgl. STUART JENKS, A Capital without a State. Lübeck *caput totius hanze* (to 1474), in: Historical Research. The Bulletin of the Institute of Historical Research 65 (1992), S. 134-149, hier S. 147.

<sup>59</sup> STUART JENKS, Transaktionskostentheorie und die mittelalterliche Hanse, in: Hansische Geschichtsblätter 123 (2005), S. 31-42.

<sup>60</sup> Nach aktuellem Stand der Forschung bezeichnet *stapelgut* die Waren, deren Qualität im Kontor geprüft wurde, wohingegen unter *ventegut* die Güter zu verstehen sind, deren Qualität in der Hansestadt, aus der sie kamen, überprüft worden war; vgl. ebd., S. 38 f.

die Transaktionskosten so niedrig lagen.<sup>61</sup> Die Geschichtswissenschaft hat in den letzten Jahren herausgearbeitet, dass das hansische Händlernetzwerk zusammen mit den Kontoren und den Hansetagen all das bereitstellte, was Wolfgang von Stromer als Wettbewerbsvorteil großer Unternehmen ansieht: Informationen, weitreichende Beziehungen, Kapitalreserven und den Schutz mächtiger Protektoren.<sup>62</sup> Informationen wurden unter befreundeten Händlern und im Kontor ausgetauscht<sup>63</sup> oder über die Hansetage vermittelt.<sup>64</sup> Das Netzwerk der Hansekaufleute verschaffte ihnen weitreichende und tragfähige Beziehungen und damit auch den Zugang zu Krediten.<sup>65</sup> Protektion und günstige Bedingungen gewährten die Herrscher den hansischen Kontoren mehr oder weniger freiwillig: Wie oben am Beispiel der Flandernblockade gezeigt, verschaffte das gemeinsame Auftreten den Hansekaufleuten ein gutes Druckmittel und damit eine verbesserte Verhandlungsposition. Informationen, Beziehungen und Kapital stellte bereits das informelle Netzwerk der Kaufleute bereit, das schon früher bestand als die Organisationsstrukturen. Kontore und Hansetage intensivierten lediglich die Zusammenarbeit und damit den Fluss an Informationen, Gütern und Kapital. Der hauptsächliche Mehrwert der Organisation lag darin, dass die Erwartungssicherheit durch die festeren Strukturen noch gesteigert wurde und ein gemeinsames Auf-

---

<sup>61</sup> HAMMEL-KIESOW u. a., *Die Hanse*, S. 115.

<sup>62</sup> STROMER, *Oberdeutsche Hochfinanz*, S. 67.

<sup>63</sup> Auf diesem quasi-informellen Weg sparten die Hansekaufleute natürlich erhebliche Informationskosten, vgl. STEPHAN SELZER / ULF CHRISTIAN EWERT, *Verhandeln und Verkaufen, Vernetzen und Vertrauen. Über die Netzwerkstruktur des Hansischen Handels*, in: *Hansische Geschichtsblätter* 119 (2001), S. 135-161, hier S. 160.

<sup>64</sup> Stuart Jenks konnte zum Beispiel zeigen, dass die Kreditverbote, die der Hansestag in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts erließ, keine allgemeine kreditfeindliche Haltung der Hanse widerspiegeln, sondern die Informationen über die Geldpolitik der flandrischen Autoritäten verarbeiteten und in Form einer Handlungsanleitung an die Hansekaufleute weitergaben. Auf Kredit zu handeln, wäre zu den damaligen Konditionen sehr unvorteilhaft gewesen; STUART JENKS, *War die Hanse kreditfeindlich?*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 69 (1982), S. 305-338. Die These, dass die Hanse eine Organisation war, die dazu diente, die Kosten für die Informationsbeschaffung zu reduzieren, arbeitet er aus in DERS., *Die Hanse als kybernetische Organisation*, in: *Hansegeschichte als Regionalgeschichte*, hg. v. OLIVER AUGÉ, Frankfurt a. M. 2014, S. 59-84.

<sup>65</sup> SELZER / EWERT, *Verhandeln. – Zu den Problemen und offenen Fragen der Netzwerkforschung* vgl. STEPHAN SELZER / ULF CHRISTIAN EWERT, *Netzwerke im europäischen Handel des Mittelalters. Konzept – Anwendungen – Fragestellungen*, in: *Netzwerke im europäischen Handel des Mittelalters*, hg. v. GERHARD FOUQUET / HANS-JÖRG GILOMEN, Ostfildern 2010, S. 21-47, S. 35-47.

treten es ermöglichte, eine politische Verhandlungsposition einzunehmen, die den hansischen Kaufleuten handelsförderliche Privilegien verschaffte.<sup>66</sup>

Die festeren Strukturen verursachten also Kosten, insbesondere für die Ältermänner, die Ratssendeboten und die Städte, die die Hansetage ausrichteten. Dafür brachten sie auch Vorteile, insbesondere für die Kaufleute, die unter verbesserten Bedingungen handeln konnten. Solch eine Konstellation, in der diejenigen, die für etwas zahlen, nicht die gleichen sind wie die, die davon profitieren, birgt immer die Gefahr von Trittbrettfahrern: Kaufleute konnten sich zum Beispiel an den hansischen Privilegien, nicht aber an deren Aufrechterhaltung beteiligen. Ließ sich das schon kaum verhindern, so sollte doch wenigstens ausgeschlossen werden, dass Kaufleute die Profitmöglichkeiten des hansischen Handelssystems nutzten, dieses aber untergruben, wenn ihnen das gewinnbringender erschien. Um dergleichen zu verhindern, durfte das System nicht zu durchlässig gestaltet sein, damit Sanktionen gegen Fehlverhalten verhängt und durchgesetzt werden konnten.

Das Netzwerk der hansischen Händler versuchte deshalb, sich mit Hilfe des Reputationsmechanismus gegen betrügerisches Verhalten zu schützen.<sup>67</sup> Mit unbekannten Kaufleuten wurden zunächst nur kleinere Geschäfte getätigt, bis sie sich ein entsprechendes Vertrauen erarbeitet hatten. Man kannte seine Handelspartner gut.<sup>68</sup> Bei Betrug konnte man diese Information über sein Netzwerk an alle anderen Handelspartner weitergeben und den Betrüger so aus dem künftigen Handel ausschließen. Fehlverhalten wurde ebenfalls mit Ausschluss sanktioniert: Wer eine Handelssperre unterlaufen hatte, durfte nicht von den dadurch errungenen Privilegien profitieren.<sup>69</sup> Das Kontor begegnete dem Trittbrettfahrerproblem ebenfalls mit einer stärkeren Abschliefung der Gruppe: Wie

---

<sup>66</sup> Zur kurzfristigen Wettbewerbsverbesserung durch Privilegien vgl. ROLF SPRANDEL, Die Konkurrenzfähigkeit der Hanse im Spätmittelalter, in: *Hansische Geschichtsblätter* 102 (1984), S. 21-38, hier S. 21 ff.

<sup>67</sup> SELZER / EWERT, *Verhandeln*, S. 148-153.

<sup>68</sup> Friedrich Bernward Fahlbusch hat dafür das Wort „Amigonat“ geprägt: FRIEDRICH BERNWARD FAHLBUSCH, Zwischen öffentlichem Mandat und informeller Macht. Die hansische Führungsgruppe, in: *Hansische Geschichtsblätter* 123 (2005), S. 43-60.

<sup>69</sup> In einem Brief vom 25. Mai 1364 nennen die Älterleute des Brügger Kontors alle niederdeutschen Kaufleute, die die Handelsblockade gebrochen haben, indem sie aus Flandern weggesehlt sind, vgl. HR, Bd. 1.1, Nr. 325, § 19, S. 282 f. Manche Kaufleute wurden nach Verhandlungen vor den Ratssendeboten wieder zu den hansischen Privilegien zugelassen, so GEORG ASMUSSEN, *Die Lübecker Flandernfahrer in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts (1358-1408)*, Frankfurt a. M. 1999, S. 260.

oben dargelegt, fand sich im Zuge der Flandernblockade der Kampfname „Hanse“, der eine gemeinsame Identität schuf. Der festere Zusammenschluss ging also notwendigerweise mit einer stärkeren Abgrenzung einher. Die Hansekaufleute erwarben zwar Handelsvorteile, aber nur für diejenigen, die zu ihrer Gruppe gehörten. Damit verringerten sie die Gewinnmöglichkeiten anderer Kaufleute, die nun zum Beispiel in Brügge zu ungünstigeren Bedingungen als die Niederdeutschen Handel treiben mussten und deshalb eine schlechtere Position im Wettbewerb einnahmen als vor der Vergabe von Privilegien an ausgewählte Kaufleute.

Zusammengefasst kann die Ausbildung festerer Strukturen in einer Phase wirtschaftlicher und politischer Unsicherheit damit erklärt werden, dass die Kosten für die Organisation geringer eingeschätzt wurden als der Gewinn, der durch eine Reduzierung des Risikos entstand. Um zu vermeiden, dass Kaufleute von den Vorteilen profitierten, die sich an den Kosten nicht beteiligten, musste die Gruppe der Profiteure allerdings abgegrenzt werden. Damit brachten Organisationsstrukturen eindeutige Nachteile für die Kaufleute, die sich nicht daran beteiligen konnten und deren Position im Wettbewerb dadurch geschwächt wurde.

### Alternativen zu festen Strukturen

Die engere Kooperation in festen Strukturen als Reaktion auf eine Krise bringt einige Nachteile mit sich. Ein alternatives Krisenszenario könnte darin bestehen, dass die Akteure und Strukturen des Wirtschaftssystems flexibel und damit anpassungsfähig bleiben. Krisen könnten damit als Chance gelten, zum Beispiel im Handel neue Methoden, neue Routen, neue Märkte zu entdecken.<sup>70</sup> Auch in diesem Fall gibt es natürlich Verlierer: Der Prozess schöpferischer Zerstörung<sup>71</sup> führt dazu, dass sich flexible, kreative oder einfach glückliche Akteure erfolgreich behaupten oder durchsetzen, eben etwas Neues schöpfen, andere Teilnehmer am Wirtschaftsleben jedoch ihre Existenzgrundlage verlieren.

Lässt sich empirisch auch nachweisen, dass Kaufleute gerade nicht mit einem festeren Zusammenschluss auf die Krise reagierten? Kehren wir zurück zur Flandernblockade der Jahre 1358 bis 1360, so stellen wir fest, dass es durchaus Kaufleute gab, die sich nicht daran beteiligten, zum

---

<sup>70</sup> So sieht es LOPEZ, *The Commercial Revolution*, S. 165.

<sup>71</sup> Das Konzept von der schöpferischen Zerstörung prägte Schumpeter. Er sah darin das wesentliche Funktionsprinzip des Kapitalismus; vgl. insbesondere JOSEPH A. SCHUMPE-TER, *Capitalism, Socialism and Democracy*, London 1942.

Beispiel aus Nürnberg. Zwar hatte der Rat der Stadt Thorn einen Brief an den Nürnberger Rat gesandt, um ihn von den Beschlüssen der niederdeutschen Städte zu informieren und ihn zu bitten, doch gegen die eigenen Händler vorzugehen, die immer noch Flandernwaren ankauften.<sup>72</sup> Eine Reaktion darauf ist jedoch nicht bekannt. Genauso wenig konnte bisher überzeugend geklärt werden, warum sich die Nürnberger nicht an der Sperre beteiligten. Eventuell überschnitten sich ihre Interessen zu wenig mit jenen der nördlicheren Städte des Römischen Reiches, da zwar beide flandrische Tuche einkauften, ansonsten aber mit anderen Gütern handelten: Die Nürnberger waren insbesondere auf dem Markt für Metalle im Karpaten- und Sudetenraum sehr aktiv.<sup>73</sup> Diese Regionen wurden von der Wirtschaftskrise zudem wahrscheinlich weniger stark erfasst als der Nordwesten Europas.

Aber auch der Nürnberger Stadtrat arbeitete mit anderen Städten zusammen, beispielsweise mit Regensburg.<sup>74</sup> Daraus entstand jedoch keine Organisation mit festen, regelmäßigen Versammlungen, die mit den Hansetagen verglichen werden könnte. Ebenso erwarben die Nürnberger Kaufleute Privilegien fremder Herrscher,<sup>75</sup> dabei kam es allerdings zu keiner Konfrontation, die mit der Flandernblockade insofern vergleichbar gewesen wäre, dass „Nürnberger“, „Oberdeutsche“ oder ein anderer Name für die Zusammenarbeit von Städten wie Nürnberg, Regensburg und Prag zu einem Kampfbegriff geworden wäre, der einer Gruppe eine feste Identität gestiftet hätte. Die Privilegien wirkten als Institutionen, die den Handel strukturierten, bildeten aber nicht die Grundlage für eine Organisation. Ein gewisses Maß an schöpferischer Zerstörung lässt sich folglich beobachten: So dominierten zunächst Regensburger Kaufleute den Handel mit den Karpatenländern, bis Nürnberger sie ablösten, die schließlich von den Augsburgern verdrängt wurden. Auch die Nürnberger Kaufleute passten sich schnell neuen Gegebenheiten an, siedelten zum Beispiel recht rasch von Brügge nach Antwerpen über, als Brügges Bedeutung in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts abnahm.<sup>76</sup>

---

<sup>72</sup> STROMER, *Oberdeutsche Hochfinanz*, S. 31 f., Brief und Kopie der Blockadebeschlüsse sind wiedergegeben als Beilage 1 und 2, S. 461-464.

<sup>73</sup> Ebd., S. 90-154.

<sup>74</sup> Ebd., S. 23 ff.

<sup>75</sup> Zu den Privilegien in Ungarn und Polen vgl. ebd., S. 93-107.

<sup>76</sup> Die wichtige Rolle der oberdeutschen Kaufleute in Antwerpen beschreibt DONALD J. HARRELD, *High Germans in the Low Countries. German Merchants and Commerce in Golden Age Antwerp*, Leiden 2004.

Gewissermaßen einen Mittelweg zwischen festen Organisationen und schöpferischer Zerstörung kann man in Institutionen sehen. Sie sorgen zwar ebenfalls für Erwartungssicherheit, bilden jedoch keine so festen Strukturen aus wie Organisationen und senken deshalb das Risiko zwar weniger stark, wirken dafür aber auch weniger ausschließend. Die Meinungen sind geteilt, ob feste Strukturen oder schöpferische Zerstörung die bessere Reaktion auf eine Krise darstellen. Umfassend positiv beurteilt wird hingegen die Wirkung der strukturierenden Kraft von Institutionen, die Eigentumsrechte sichern und dadurch Anreize schaffen, die Wirtschaftsleistung zu steigern, die das Verhalten der Mitmenschen vorhersehbar machen und dadurch bessere Kalkulationen ermöglichen.<sup>77</sup> Institutionen reduzieren die Unsicherheit, schmälern aber Gewinnchancen und Innovationsmöglichkeiten weniger als eine Organisation. Wenig Reflexion gibt es bisher darüber, wie solche Institutionen entstehen. In ihrer zeit- und weltumspannenden Studie machen Daron Acemoglu und James A. Robinson eine Kombination aus Kontingenz und Pfadabhängigkeit dafür verantwortlich:<sup>78</sup> Schon bestehende Institutionen prägten stets die Herausbildung neuer Institutionen. Außerdem könnten exogene Schocks wie Kriege oder Klimaveränderungen das institutionelle Setting eines Landes umformen. Für die Zeit des Spätmittelalters nehmen die Forscher eher eine Minderheitenposition ein, die von einer evolutionären Entstehung von Institutionen ausgehen.<sup>79</sup> Häufiger seien moderne Staaten sich aber über die Setzung und Durchsetzung allgemein gültiger Regeln konstituiert.<sup>80</sup> Sheilagh Ogilvie beispielsweise vertritt energisch die These,

---

<sup>77</sup> Ein freier Markt konnte sich in Europa im Spätmittelalter nur deshalb immer mehr durchsetzen, weil zum Beispiel Eigentumsrechte und Konfliktlösungsmechanismen sein Funktionieren absicherten, EPSTEIN, *An Economic and Social History*, S. 7 ff. Die Grundlage für solche Ansätze legte NORTH, *Structure*, vgl. Anm. 2.

<sup>78</sup> DARON ACEMOGLU / JAMES A. ROBINSON, *Why Nations Fail. The Origins of Power, Prosperity and Poverty*, London 2012.

<sup>79</sup> So beschreibt zum Beispiel James M. Murray die Herausbildung der Handelsinstitutionen in Brügge als ungeplanten Prozess: Unbewusst und zögerlich hätten sich die Kaufleute in Reaktion auf die Krise zu einer Handelsgemeinschaft zusammengeschlossen; JAMES M. MURRAY, *Of Nodes and Networks. Bruges and the Infrastructure of Trade in Fourteenth-Century Europe*, in: *International Trade in the Low Countries (14<sup>th</sup>-16<sup>th</sup> Centuries). Merchants, Organisation, Infrastructure*, hg. v. PETER STABEL u. a., Leuven / Apeldoorn 2000, S. 1-14, hier S. 3.

<sup>80</sup> Epstein sieht einen direkten Zusammenhang zwischen den Kriegen des Spätmittelalters, insbesondere dem Hundertjährigen Krieg, und der Staatsbildung. Der Hundertjährige Krieg habe England und Frankreich dazu genötigt, ihre Ressourcen besser zu mobilisieren, vor allem die Steuererhebung effektiver zu gestalten. Die Ressourcen, die an den



dass ausschließende Gilden der Gesamtwirtschaft geschadet hätten, wohingegen die Entstehung allgemeiner Institutionen, die die Transaktionen für alle Marktteilnehmer erleichterten, die europäische Wirtschaft auf den Wachstumspfad gesetzt hätten.<sup>81</sup>

Auch das Ende hansischen Handels kann man so interpretieren, dass Institutionen die Organisation ersetzten. Die heutige Forschung spricht nicht mehr von einer Zeit des Niedergangs, sondern des Übergangs:<sup>82</sup> Das Wirtschaftssystem Europas veränderte sich im 16. Jahrhundert, als die Wirtschaft wieder zu blühen begann und sich der europäische Handel auf und über den Atlantik ausdehnte. Deshalb veränderte sich die Art und Weise, wie Kaufleute im Norden des Römischen Reiches Handel trieben. Als Umschlagplatz des europäischen Warenaustausches zum Beispiel fungierte nicht mehr Brügge, sondern Antwerpen. Dort waren nicht alle Kaufleute in einem Kontor mit festen Bindungen, Regelungen und Privilegien organisiert.<sup>83</sup>

Der Austausch, die Lagerung von Waren oder die Abrechnungen wurden mehr und mehr von allgemeinen Institutionen geregelt und nicht länger in Vereinbarungen mit einzelnen Kaufleutegruppen festgeschrieben.<sup>84</sup> Die Mitgliedschaft in der Organisation Hanse lohnte sich für einige Städte kaum noch. Breslau zum Beispiel schrieb 1469: „die in der hense sint gebunden und müssen vorterven und die uswendig der hense sind frey und gedeyen“, <sup>85</sup> und trat folgerichtig im Jahr 1474 aus der Organisation aus.<sup>86</sup>

König und seine Regierung geflossen seien, hätten sie nun auch in Friedenszeiten für eine aktivere Politik nutzen können; EPSTEIN, *An Economic and Social History*, S. 167, 229.

<sup>81</sup> SHEILAGH OGILVIE, *Institutions and European Trade. Merchant Guilds 1000–1800*, Cambridge 2011.

<sup>82</sup> HAMMEL-KIESOW u. a., *Die Hanse*, S. 194.

<sup>83</sup> Zwar wurde 1520 ein hansisches Kontor in Antwerpen errichtet, zog aber nie besonders viele Kaufleute an. Die Oberdeutschen, Skandinavier und Venezianer besaßen nicht einmal Privilegien in Antwerpen, trieben aber trotzdem regen Handel dort; vgl. HARRELD, *High Germans*, S. 58.

<sup>84</sup> So beschreiben es BRUNO BLONDÉ u. a., *Foreign Merchants Communities in Bruges, Antwerp and Amsterdam, c. 1350–1650*, in: *Cultural Exchange in Early Modern Europe*, hg. v. DONATELLA CALABI / STEPHEN TURK CHRISTENSEN, Bd. 2: *Cities and Cultural Exchange in Europa 1400–1700*, Cambridge 2007, S. 154–174, hier S. 167. In Amsterdam, der Handelsmetropole des 17. Jahrhunderts, sei dieser Prozess dann zum Abschluss gelangt, S. 174.

<sup>85</sup> HR, Bd. 2.6, Nr. 183 (5), S. 140 f.

<sup>86</sup> HR, Bd. 2.7, Nr. 181, S. 392.

Stephan Selzer bringt die Veränderungen auf den Punkt: Die Hanse als Organisation sei vergangen, die einzelnen Kaufleute aber nicht.<sup>87</sup> Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass sich in der Wirtschaftskrise des 14. Jahrhunderts die Kosten für einen engeren Zusammenschluss lohnten, weshalb die Organisation Hanse entstand. Im Aufschwung des 16. Jahrhunderts schien es den Kaufleuten weniger gewinnbringend, Ressourcen zu investieren, um Risiken zu senken. Zur Zeit des Wirtschaftsaufschwungs geriet deshalb die Hanse als Organisation in eine Krise. Darauf reagierte sie mit der Eigenlogik jeder Organisation und versuchte, sich zu erhalten, indem sie ihre Strukturen noch ausbaute.<sup>88</sup>

Im Laufe des 16. Jahrhunderts wurde erprobt, regelmäßige Finanzbeiträge und die Gültigkeit der Beschlüsse des Hansetags auch für Abwesende zu etablieren; mit dem Syndicus bestellte der Hansetag außerdem einen festen Geschäftsführer.<sup>89</sup> Diese Strategie musste im Misserfolg enden, da sie die Kosten dafür, Hansestadt zu sein und am hansischen Handel zu partizipieren, noch weiter erhöhte. Um im Aufschwung des 16. Jahrhunderts bestehen bleiben zu können, hätte die Hanse ihre Strukturen lockern und nicht festigen müssen. So kann man argumentieren, dass dieser Zusammenschluss ab dem 17. Jahrhundert im Gegensatz zu den frühmodernen Staaten keine Rolle mehr spielte, weil er zu fest organisiert war, wohingegen die frühneuzeitlichen Staaten und Städte weniger feste Strukturen vorwiesen und eher allgemeine Rahmenbedingungen setzten. Während ein Kaufmann im Brügge des 15. Jahrhunderts einer Handelsonation – zum Beispiel der Hanse – angehören musste, um Informationen über Preise, Kurse und günstige Gelegenheiten zu erhalten, konnte er im Antwerpen des 16. Jahrhunderts die für alle offene Börse besuchen und öffentliche Preislisten konsultieren.<sup>90</sup>

---

<sup>87</sup> SELZER, Die mittelalterliche Hanse, S. 125: „Um 1600 war der Niedergang der hansischen Organisation unübersehbar. Für die einzelnen hansischen Händler galt das nicht so pauschal.“

<sup>88</sup> Dass Organisationen immer danach streben, ihr Bestehen zu sichern, beschreibt DOUGLAS, How Institutions Think, S. 92.

<sup>89</sup> SELZER, Die mittelalterliche Hanse, S. 118. Zu den Syndici vgl. auch HERBERT LANGER, Gestalten der Spätzeit – die Syndici der Hanse, in: Akteure und Gegner der Hanse – Zur Prosopographie der Hansezeit, hg. v. DETLEF KATTINGER / HORST WERNICKE, Weimar 1998, S. 219-230.

<sup>90</sup> OSCAR GELDERBLOM, *Cities of Commerce. The Institutional Foundations of International Trade in the Low Countries, 1250–1650*, Princeton 2013, S. 55.

## Reaktionen auf Veränderungen: Organisationen und Institutionen

In zwei Situationen wirtschaftlichen Umschwungs entstand einmal eine Organisation, das andere Mal Institutionen: In der Krisenphase des 14. Jahrhunderts bildete sich die Hanse als Organisation mit Hansetagen und Kontoren heraus,<sup>91</sup> im beginnenden Aufschwung des 16. Jahrhunderts wandten sich die Kaufleute von der Organisation ab, da ihnen der Handel innerhalb eines institutionellen Rahmens lohnender erschien. In Krisenzeiten bevorzugten sie eine engere Zusammenarbeit, weil sie Absicherung und Risikominimierung im Abschwung höher einschätzten als die Verluste durch die Aufgabe unternehmerischer Freiheit. Um abzusichern, dass sich die damit verbundenen höheren Kosten auch lohnten, musste die Gruppe nach außen abgegrenzt werden. Die Abschließung und die damit verbundene Herausbildung einer Gruppenidentität machten aus dem Zusammenschluss eine Organisation.<sup>92</sup>

In einer wirtschaftlichen Aufschwungsphase wurde der Abschottung nach außen offenbar weniger Wichtigkeit zugemessen. In Zeiten wirtschaftlicher Blüte galt Konkurrenz als weniger bedrohlich als in Krisenzeiten. Zudem nahm man unternehmerisches Risiko wieder eher als Chance denn als Gefahr wahr. So lässt sich erklären, warum es sich für die meisten Kaufleute augenscheinlich nicht mehr lohnte, die Kosten für eine Organisation aufzubringen. Institutionen, die den Handel für alle Beteiligten gleichermaßen regelten, schienen nun die besseren Rahmenbedingungen bereitzustellen. Kurz gesagt: Veränderungen, die die Ängste und Risikoaversionen der Kaufleute steigerten, begünstigten die Entstehung von Organisationen. Demgegenüber förderten Veränderungen, die Risiko eher als Chance für erhöhte Gewinne erscheinen ließen, die Orientierung an institutionellen Rahmenbedingungen.

Nun bliebe zu überprüfen, ob sich diese These für andere Regionen oder Zeiten bestätigen oder modifizieren lässt. Generalisieren kann man sie sicherlich nicht, denn nicht in jeder Krise entstehen Organisationen, und natürlich blieben ausschließende Organisationen auch in der wirtschaftlichen Blütezeit der Frühen Neuzeit bestehen.<sup>93</sup> Zudem ließe sich die

---

<sup>91</sup> Kontore gab es bereits seit dem 12. Jahrhundert, erst im 14. Jahrhundert jedoch gewannen sie, wie oben geschildert, Legitimität und Identität und wurden so zu Organisationen.

<sup>92</sup> Die Definition einer Organisation erfolgte zu Beginn des Artikels.

<sup>93</sup> Ogilvie lässt ihre Untersuchung der wirtschaftsschädigenden Macht von Gilden deshalb bis 1800 laufen. Die charakteristische Erscheinungsform ausgrenzender wirtschaft-

These in mindestens zwei Aspekten ausdifferenzieren: Erstens ist zu bedenken, dass die Entscheidung zum engeren Zusammenschluss auch im Falle der Hanse auf mehreren Ebenen fallen musste. Zum einen musste sich jeder städtische Rat entscheiden, welchen institutionellen Rahmen er für seine Kaufleute bereitstellte und ob es sich lohnte, die hansischen Tagfahrten zu beschicken und sich an Aktionen wie der Flandernblockade zu beteiligen. Wie gesehen, hielt sich die Stadt Nürnberg offenbar nicht an die Handelssperre und verzichtete darauf, die Kaufleute zu bestrafen, die mit Flandern weiter Handel trieben. Diese Taktik schadete diesen nicht, denn im Januar 1362 erhielten sie die gleichen Privilegien, die für die Niederdeutschen eineinhalb Jahre zuvor ausgestellt worden waren.<sup>94</sup> In Brügge nahmen die Nürnberger zwar keine so bedeutende Stellung ein wie die Hansekaufleute. Da sie aber organisatorisch nicht an Brügge gebunden waren, konnten sie schneller nach Antwerpen umsiedeln und im dortigen Handel eine wichtige Rolle spielen.<sup>95</sup>

Zum anderen konnte sich auch ein Kaufmann zumindest in begrenztem Maße entscheiden, Bürger einer anderen Stadt zu werden, wenn ihm der dortige institutionelle Rahmen oder die Voraussetzungen für wirtschaftlichen Erfolg vielversprechender erschienen. Nürnberger nahmen zum Beispiel die Lübecker oder Krakauer Bürgerschaft an,<sup>96</sup> der Lübecker Kaufmann Tideman Blumenrod ließ sich eventuell in Brügge einbürgern, um dort als Wechselr arbeiten zu können.<sup>97</sup> Im Jahr 1366 beschloss ein Hansetag in Lübeck, dass Städte niemanden mehr als Bürger aufnehmen sollten, der zuvor in Kriegszeiten das Bürgerrecht einer anderen Stadt

---

licher Zusammenschlüsse in der Neuzeit sei in den Handelskompanien zu sehen, beispielsweise in den Ostindienkompanien der Holländer und Briten; OGLVIE, *Institutions*, S. 95.

<sup>94</sup> STROMER, *Oberdeutsche Hochfinanz*, Beilage 3, S. 464-473.

<sup>95</sup> HARRELD, *High Germans*.

<sup>96</sup> *Oberdeutsche*, die sich am hansischen Handelsnetzwerk beteiligen wollten, sicherten sich zudem meist durch Einheirat in eine hansische Kaufmannsfamilie ab, vgl. SELZER / EWERT, *Verhandeln*, S. 156. Die Nürnberger Ulrich Kamrer und Peter Sayler kündigten nach dem Bankrott der Kamerer-Seiler-Gesellschaft nach einem Kredit an König Sigismund die Nürnberger Bürgerschaft auf und zogen nach Krakau und Ungarn, STROMER, *Oberdeutsche Hochfinanz*, S. 216.

<sup>97</sup> Raymond de Roover geht davon aus, dass nur Brügger Bürger als Wechselr arbeiten durften und Blumenrod deshalb Brügger Bürger geworden sein müsse; vgl. RAYMOND DE ROOVER, *Money, Banking and Credit in Mediaeval Bruges. Italian Merchant-Bankers Lombards and Money-Changers. A Study in the Origins of Banking*, Cambridge (Mass.) 1948, S. 172; ASMUSSEN, *Die Lübecker Flandernfahrer*, S. 296, meldet daran allerdings Zweifel an.

verlassen hatte.<sup>98</sup> Während und nach einem Krieg, insbesondere nach einem verlorenen, erhöhte der Stadtrat üblicherweise die Abgabenlast der Bürgerschaft.<sup>99</sup> Das nahmen offenbar so viele Kaufleute zum Anlass, das Bürgerrecht zu wechseln, dass der Hansestag eine Regelung dagegen erließ. Kaufleute wechselten ihr Bürgerrecht also augenscheinlich auch aus Nützlichkeitsabwägungen. Die Beziehungen zwischen diesen beiden Entscheidungsebenen – städtischer Rat und einzelner Kaufmann – auf den institutionellen Rahmen harren noch einer Untersuchung.

Zweitens wird in der Forschung, wie oben erwähnt, die konjunkturelle Lage als exogener Faktor für kaufmännisches Handeln angesehen. Hier bliebe zu überlegen, ob nicht auch der Unterschied, ob ein Wirtschaftssystem sich stärker auf organisatorische oder auf institutionelle Strukturen stützt, einen Einfluss auf die Konjunkturentwicklung besitzt. Wie schon dargestellt, wirken Organisationen ausgrenzend und schließen damit zahlreiche wirtschaftliche Akteure von der Teilhabe an ökonomischen Vorteilen aus. Acemoglu und Robinson argumentieren deshalb genau wie Ogilvie, dass die Bedingungen für Wirtschaftswachstum günstiger liegen, wenn Wirtschaft und Gesellschaft von möglichst offenen Institutionen geprägt werden.<sup>100</sup>

Eventuell kann hier ein Unterschied zwischen eher sozial- und eher wirtschaftswissenschaftlich geprägten Historikern ausgemacht werden: Während die Sozialgeschichtler die Funktionsweise einer Gesellschaft zu erklären suchen und deshalb die Wirtschaft als exogenen Faktor betrachten, fokussieren die Wirtschaftshistoriker auf das ökonomische System und nehmen deshalb die gesellschaftlichen Gegebenheiten als Einflussfaktoren wahr. Eine Einbeziehung beider Perspektiven böte die Chance, die Verschränkung von Institutionen und Organisationen auf der einen Seite und wirtschaftlicher Krise oder Blüte auf der anderen Seite differenzierter zu betrachten.

---

<sup>98</sup> HR, Bd. 1.1, Nr. 376, § 17, S. 333; vgl. dazu STUART JENKS, Zum hansischen Gästerecht, in: *Hansische Geschichtsblätter* 114 (1996), S. 3-60, hier S. 27 ff.

<sup>99</sup> Nach der verlorenen Schlacht bei Kronberg überlegte der Rat der Stadt Frankfurt beispielsweise, die Aufgabe der Bürgerschaft zu verbieten, um den Abfluss des Vermögens zu verhindern. Schließlich beließ man es damit, den Abzug unter der Bedingung zu erlauben, dass ein nach Vermögen bemessener Anteil zur Schuldentilgung zuvor geleistet wurde; DIETRICH ANDERNACHT, Einleitung, in: *Die Bürgerbücher der Reichsstadt Frankfurt 1311-1400 und das Einwohnerverzeichnis von 1387*, hg. v. DEMS. / OTTO STAMM, Frankfurt a. M. 1955, S. XI-XXVII, hier S. XXIII.

<sup>100</sup> Vgl. Anm. 78 und 81.

KATRIN MOELLER

## DIE KRISE „MITTLEREN TYP“?

EIN PLÄDOYER FÜR INDIVIDUALSPEZIFISCHE ANSÄTZE IN  
DER WIRTSCHAFTSHISTORISCHEN KRISENFORSCHUNG  
VORMODERNER GESELLSCHAFTEN  
AM BEISPIEL DER STADT HALLE

Berichten heute Medien in Deutschland über die aktuelle Krisensituation, benutzen sie gerne das Beispiel der Stadt Halle zur plakativen Dokumentation von Verfall und Depression. Die wirtschaftliche Talfahrt durch den Verlust großer Teile der chemischen und metallurgischen Industrien seit 1989 sowie der Rückbau der Stadt durch den massiven Einwohner-schwund haben dem Niedergang ein Gesicht gegeben: Halles verfallene Neubauten und Industrieruinen. Die in Mitteldeutschland zentral gelegene Stadt platziert man in dieser Wahrnehmung wahlweise an der Peripherie oder tief in der Provinz. Besonders beliebt sind Vergleiche mit anderen großen Städten – allen voran den unmittelbaren Konkurrenten Leipzig, Magdeburg oder dem „Elbflorenz“ Dresden, wobei Halle jeweils als Negativbeispiel dient. Strukturelle Unterschiede – allein schon was die Bevölkerungszahlen betrifft – blenden solche Vergleiche meist aus.<sup>1</sup> Halle ist und bleibt die „Diva in Grau“. Diese prosaische Beschreibung rührt aus einer Bilderkollektion von Helga Paris her, die zwischen 1983 und 1985 mit ihren schwarzweißen Aufnahmen den baulichen Verfall der Stadt in der späten DDR sehr eindringlich dokumentierte.<sup>2</sup>

Diese Ausführungen sollen nicht dazu dienen, das Image Halles zu verbessern. Sie sollen zeigen, dass dieser Ort den Topos der Krise heute

---

<sup>1</sup> Diesen Umstand wohlwissend arbeitet die historische Stadtgeschichtsforschung paradigmatisch mit verschiedenen Typen vormoderner Städte, die jeweils den zentralen Charakter einer Stadt reflektieren. In öffentlichen Diskursen bleiben solche Vergleiche unberücksichtigt.

<sup>2</sup> HELGA PARIS, Häuser und Gesichter Halle 1983–1985, Halle 1990.

intensiv an sich bindet. Es handelt sich dabei allerdings nicht um ein neues Abbild der Stadt, sondern scheint der Historiografie über viele Dekaden, vielleicht sogar Jahrhunderte, tief ins kollektive lokale Gedächtnis wie auch der überregionalen, öffentlichen Wahrnehmung eingebrannt. Es wäre eine ganz eigene Untersuchung wert, hier den Anfängen und Ursachen für diese Einordnung nachzuspüren. Sie ergeben sich vermutlich aus einem nicht auflösenden Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit oder dem sich tatsächlich eröffnenden Möglichkeitsraum dieser mittelgroßen Stadt in Mitteldeutschland.

Wesentlichen Anteil an der Generierung des Negativimages hatten die wirtschaftshistorischen Chronisten Halles, die – immer aus dem retrospektiven Blick der prosperierenden Industrialisierungsphase – die Situation im 18. Jahrhundert und frühen 19. Jahrhundert als Ausdruck wirtschaftlicher Depression, fehlender Innovationskraft und mangelnder Perspektive charakterisierten. Einer der für dieses Bild wichtigen Urheber war Erich Neuß, der die hallische Historie – durchaus fundiert und quellen gesättigt – als Geschichte von „Unterschichten“ und einem „derben, barschen“ Bürgertum prägte,<sup>3</sup> und gleichzeitig das Aufblühen der Stadt im 19. Jahrhundert als „eine Art Notwendigkeit“ unter dem „Gestaltungswille[n] einzelner hervorragender Persönlichkeiten“<sup>4</sup> beschrieb, da die Bevölkerung auf „wirksame Anregung von oben her“<sup>5</sup> angewiesen blieb.<sup>6</sup>

Festgemacht wird diese Krise vor allem am Prospekt der Stadt, an ihrem Zustand und Aussehen. „Halle war zu Anfang des 19. Jahrhunderts eine der ärmlichsten, schmutzigsten, verfallensten Städte in ganz Preußen“ schreibt Hertzberg.<sup>7</sup> Heinecke resümierte: „Je mehr die Entwicklung dazu überging, autarke Wirtschaftsgebilde herauszustellen, desto stärker musste gerade die Grenze wie ein Halseisen auf die hallesche Wirtschaft drü-

---

<sup>3</sup> ERICH NEUSS, Die Entwicklung des halleschen Wirtschaftslebens vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Weltkrieg, Halberstadt 1924, S. 14; DERS., Entstehung und Entwicklung der Klasse der besitzlosen Lohnarbeiter in Halle, Berlin 1958, S. 156-232.

<sup>4</sup> NEUSS, Die Entwicklung, S. 245.

<sup>5</sup> Ebd., S. 14.

<sup>6</sup> Zur modernisierungstheoretischen Stufentheorie der wirtschaftlichen Entwicklung bei Neuß auch: WOLFGANG PETRI, Der Aufstieg der Industriestadt, in: Geschichte der Stadt Halle, hg. v. WERNER FREITAG u. a., Bd. 2: Halle im 19. und 20. Jahrhundert, Halle 2006, S. 10-26, hier S. 10.

<sup>7</sup> GUSTAV FRIEDRICH HERTZBERG, Geschichte der Stadt Halle an der Saale während des 18. und 19. Jahrhunderts, Bd. 1, Halle 1893, S. 87.

cken.“<sup>8</sup> Die positive Überraschung, die bereits am Ende des 18. Jahrhunderts Besucher der Stadt erlebten, in der gar nicht alles so schlimm sei wie gemeinhin beschrieben, entdecken die hallischen Einwohner auch heute oft bei ihren Gästen.<sup>9</sup>

Was man als Konstrukt typisch öffentlich-medialer Urteile entkleiden kann, wirkt sich jedoch bis in die jüngste Geschichtsschreibung fort. Die Historiografie beschreibt das Innovationspotential der Stadt immer als Importleistung, etwa durch die ökonomisch orientierte Ansiedlungspolitik des preußischen Staats<sup>10</sup> oder den Zuzug einer führungskräftigen Bildungselite an die erst 1694 gegründete Universität. Zurück bleibt das fade Bild einer traditionellen, dem Modernisierungsprozess sich verschließenden oder ihn wenigstens verpassenden Stadtgesellschaft, die noch zusätzlich aggressiv gegen die wirtschaftlichen Innovatoren in Gestalt der am Ende des 17. Jahrhunderts angesiedelten Juden und Hugenotten auftrat.<sup>11</sup> Angesichts dieser Hinführung dürfte hinlänglich belegt sein, warum sich die Entwicklung Halles im 18. Jahrhundert hervorragend für eine historische Analyse von Krisen allgemein und Wirtschaftskrisen im Besonderen eignet. Gefragt wird also danach, wie sehr mediale und öffentliche Diskurse die Krisenmetapher stilisieren und welche realen Krisensituationen hier möglicherweise genau diesen Diskurs in Gang setzten.<sup>12</sup>

Die analytische Scheidung der Krise selbst und ihrer Rezeption erscheint umso wichtiger, als Halle im 18. Jahrhundert auch ganz anders beschrieben werden könnte: Gemeint ist die Postulierung der Stadt als Zentrum von Aufklärung und Pietismus. Es gab eine Universität, die sich vor allem seit dem späten 17. Jahrhundert als Mittelpunkt der Frühauf-

---

<sup>8</sup> ERNST HEINECKE, *Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Halle unter brandenburg-preußischer Wirtschaftspolitik von 1680–1806*, Halberstadt 1929, S. 43.

<sup>9</sup> Aus dem Reisetagebuch eines jungen Zürichers in den Jahren 1782–84, hg. v. ERNST DÜMLER, Halle 1892, S. 11, zitiert nach WERNER FREITAG / MICHAEL HECHT, *Verlassene Residenz und Konsumentenstadt an der preußischen Peripherie (1680–1806)*, in: *Geschichte der Stadt Halle*, Bd. 1: *Halle im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit*, Halle 2006, S. 405–429, hier S. 427. Mit weiteren historischen Beispielen HANS-JOACHIM KERTSCHER, *Der Blick auf Stadt und Universität – Halle in Reisebeschreibungen des späten 18. Jahrhunderts*, in: *Geschichte der Stadt Halle*, Bd. 1, S. 498–510, hier S. 501.

<sup>10</sup> MARTIN GABRIEL, *Die reformierte Gemeinde am Dom zu Halle von ihren Anfängen bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts (1688–1750)*. Ein Beitrag zur Geschichte der reformierten Gemeinden in Mitteldeutschland, Halle 1959, S. 22 ff.

<sup>11</sup> Zusammenfassend: FREITAG / HECHT, *Verlassene Residenz*, S. 426 f.

<sup>12</sup> Vielfältige Ergebnisse bündelnd und in modernen Wissenschaftsdiskursen einbindend: Ebd., passim.



klärung konsolidierte, sowie zusätzlich die Franckeschen Waisenhäuser, die nicht nur den Pietismus verbreiteten, sondern gleichzeitig ganz neue Impulse für die Erziehung und schulische Ausbildung setzten. Halle war und ist seit langem eine Stadt des Wissens und der Bildung. Hier lassen sich die überregionale Ausstrahlung und der Sog finden, die im wirtschaftlichen Bereich so intensiv vermisst werden – obwohl erstere in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts verblassten. Die Bildungseinrichtungen der Franckeschen Waisenhäuser waren attraktiv für die städtischen Eltern. Die Institution wirkte zudem stimulierend und führte bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts neben den üblichen Volks- und Bürgerschulen und dem städtischen Gymnasium zur Einrichtung von Privatschulen zur Knaben- und Mädchenbildung. Eine ähnliche Wirkung lässt sich entlang der beginnenden beruflichen Bildung ausmachen.

Diese beiden Narrative der Stadt – die kulturelle Blüte und der wirtschaftliche Verfall – konkurrieren in der Geschichtsschreibung Halles miteinander. Nur selten jedoch wird danach gefragt, was eigentlich beide Entwicklungen miteinander verbindet, ob Wechselwirkungen beider Strukturen auffindbar sind. Besonders Werner Freitag und Michael Hecht machten sich daher für einen integrativen Blick auf die Stadtgeschichte stark. Sie resümierten bei ihren vielfältigen Überlegungen zur Krisensituation des späten 18. Jahrhunderts eine tiefe soziale Spaltung, wie sie bis heute greifbar ist. Letztlich lautet ihr Fazit, dass es zwischen den Bildungsbürgern und dem „barschen“ Bürgertum Neuß' keine Bindeglieder und Verknüpfungen gebe, beide existierten unbeeindruckt nebeneinander her.<sup>13</sup> Die städtischen Bürger verweigerten sich auch langfristig der Neuerung der Aufklärung.<sup>14</sup>

### Die Krise des 18. Jahrhunderts in Halle

Kann man also mit diesem Vorwissen von einer Krise des späten 18. Jahrhunderts in Halle sprechen, oder sind es moderne Metaphern, die wir heute auf die Vergangenheit projizieren? Die Befunde sind ebenso ein-

---

<sup>13</sup> WERNER FREITAG, Eine andere Sicht der Dinge. Die Entwicklung Halles im 18. Jahrhundert unter wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Aspekten, in: THOMAS MÜLLER-BAHLKE, Gott zur Ehr und zu des Landes Besten. Die Franckeschen Stiftungen und Preußen: Aspekte einer alten Allianz, Halle 2001, S. 297-314, hier besonders S. 311 f.

<sup>14</sup> HOLGER ZAUNSTÖCK, Gesellschaft der Aufklärer oder aufgeklärte Stadtgesellschaft – die Sozietätsbewegung und Soziabilitätskultur des 18. Jahrhunderts, in: Geschichte der Stadt Halle, Bd. 2, S. 447-463, hier S. 459 f.

deutig wie uneindeutig! Das späte 17. Jahrhundert brachte der Stadt einen tiefen gesamtgesellschaftlichen Umbruch. Der Tod des Administrators August von Sachsen (geboren 1614, regierte 1638 bis 1680) beendete eine relativ langwährende Herrschaftsphase.<sup>15</sup> Wirksam wurden nun die Vereinbarungen des Westfälischen Friedens, die eine Metamorphose Halles von einer Residenz mit zentralen administrativen Funktionen zur Provinzialstadt an der Peripherie des brandenburgisch-preußischen Staats nach sich zog. Administrativ umfasste der Gestaltwandel eine fortgesetzte,<sup>16</sup> nun aber radikalisierte<sup>17</sup> Einschränkung städtischer Autonomie, die Einpassung in den preußischen Staat, den Umbau der Verwaltung in eine Staatsbehörde. Gleichzeitig verlor die Stadt entscheidende administrative Funktionen: Provinzialregierung und Kammer, Konsistorium und Archiv wanderten nach Magdeburg ab.<sup>18</sup> Die Neugründung der Universität und die Ansiedlung der Garnison 1717 bestimmten fortan den sehr heterogenen Charakter Halles als Schul- und Militärstadt. Nur bruchstückhaft ist diese fundamentale Umgestaltung in Hinblick auf ihre Protagonisten, auf ihre Bedeutung für die städtische Bevölkerung, ihre Eliten und funktionalen Netzwerke, die städtische Identität oder Integrationsprozesse untersucht.<sup>19</sup>

Interessanterweise wird in der Forschungsliteratur nicht die Umbruchsituation am Ende des 17. Jahrhunderts als Krise wahrgenommen, obwohl – oder weil – sich diese mit so vielen einschneidenden Neuerungen verband. Erst die langfristigen Folgen dieses intensiven Umbaus der Stadt, der alte Strukturen wirksam zerstörte, neue jedoch nicht langfristig konsolidieren konnte, nahm man in dieser Perspektive wahr. Ganz anders sah

---

<sup>15</sup> WERNER FREITAG u. a., Einführung. Residenz und Stadtgesellschaft (1478–1680), in: *Geschichte der Stadt Halle*, Bd. 2, S. 261–313, hier S. 288–300.

<sup>16</sup> MATTHIAS MEINHARDT, Die Residenzbildung in Halle in der mitteleutschen Residenzenlandschaft, in: *Ein „höchst stattliches Bauwerk“. Die Moritzburg in der Halleschen Stadtgeschichte*, hg. v. MICHAEL ROCKMANN, Halle 2004, S. 19–42, hier S. 21 ff.

<sup>17</sup> Auch wenn diese von Werner Freitag immer noch als vergleichsweise moderat beschrieben wird, die eben nicht auf den Dissens zwischen Landesherr und Stadtgemeinde angelegt war; FREITAG / HECHT, *Verlassene Residenz*, S. 406 f.

<sup>18</sup> HANNS GRINGMUTH, Die Behördenorganisation im Herzogtum Magdeburg. Ihre Entwicklung und Eingliederung in den brandenburg-preußischen Staat, Halle 1935, S. 36 ff. und S. 50 ff.; FREITAG / HECHT, *Verlassene Residenz*, S. 405–411.

<sup>19</sup> Eine Ausnahme bilden die Pfännerfamilien, aus denen sich allerdings auch ein Großteil der städtischen Oberschicht rekrutierte: MICHAEL HECHT, *Patriziatsbildung als kommunikativer Prozess. Die Salzstädte Lüneburg, Halle und Werl in Spätmittelalter und Früher Neuzeit*, Köln u. a. 2010, S. 262–268.

dies aus der Blickrichtung von Halles Einwohnern aus, welche den Autonomieverlust, die neue Grenzlage, die zahlreichen Reformen und Änderungen nicht nur positiv kommentierten. Die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts, vor allem nach der Zäsur des Siebenjährigen Kriegs (1756 bis 1763), beschreiben die Chronisten dagegen als rasante Talfahrt, langanhaltende Wirtschaftskrise und ungeheure Verarmung der Stadt, die am Beginn des 19. Jahrhunderts besonders in der Teuerungskrise von 1804/05 eskalierte, in der es auch zu größeren Tumulten kam.<sup>20</sup>

Versucht man sich nun abseits dieser vorgezeichneten Paradigmen den Verhältnissen im 18. Jahrhundert anzunähern, bietet sich zunächst ein Rückgriff auf die methodisch erprobten, klassischen Ansätze der wirtschaftshistorischen und demografischen Forschungen an. Sie charakterisierten Subsistenzkrisen, die heute oft als Krisen „alten Typs“ oder „type ancien“ bezeichnet werden. Werner Plumpe hat sie im Kontext seiner vergleichenden Betrachtungen vormoderner und moderner Wirtschaftskrisen noch einmal systematisch zusammengefasst und skizziert. Dabei handelt es sich um ein sehr komplexes Modell, welches keineswegs nur ökonomische Fundierungen besaß. Krisen wurden danach vor allem durch exogene naturbedingten Faktoren ausgelöst und führten letztlich im Sinne der malthusianischen Falle zum Absinken des Lebensstandards und zu höherer Sterblichkeit.<sup>21</sup> Identifiziert werden auf diese Weise Subsistenzkrisen, die als erhebliche Teuerungswellen mit gravierenden Auswirkungen im Sinne einer Verdichtung von Sterblichkeit bei einem gleichzeitigen Rückgang von Konzeptionen und Heiraten umfassen.

Nach dem klassischen, von Ernest Labrousse beschriebenen und später von Jean Meuvret weiterentwickelten Modell führte die Teuerung bei unelastischen Nahrungsmitteln (Getreide) zu gewerblichen Absatzmängeln, die wirtschaftliche Schwierigkeiten, Einnahmeverluste und Arbeitslosigkeit nach sich zogen, denen später negative demografische Konsequenzen folgten.<sup>22</sup> Diesem Modell folgend interpretierte Michael Hecht die Teuerungswellen der Stadt Halle zu Beginn des 19. Jahrhunderts als markante Krisensituation. Bereits er verwendete die in den Chroniken der Stadt Halle und im „Hallischen patriotischen Wochenblatt“ wiedergege-

---

<sup>20</sup> MICHAEL HECHT, Teuerung, Wirtschaftskrise und „moralische Ökonomie“. Halle in den Notjahren 1804/05, in: Jahrbuch für hallische Geschichte 1 (2003), S. 11-30.

<sup>21</sup> WERNER PLUMPE, Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart, München 2010, S. 27-34.

<sup>22</sup> ERNEST LABROUSSE, Esquisse du mouvement des prix et des revenus en France au XVIII<sup>e</sup> siècle, Paris 1933.

benen Getreidepreise<sup>23</sup> und Einwohnerzahlen<sup>24</sup>, um auf die Teuerungsspitzen vom späten 17. bis frühen 19. Jahrhundert aufmerksam zu machen.

Prägnant lassen sich in dieser Zeit die Teuerungsjahre 1610, 1621, 1638, 1699, 1762, 1771, 1804/05, 1816/17 und 1820 ausmachen. Unter diesen ragen vor allem 1621 und 1805 hervor. Die Abweichung vom Durchschnittspreis fiel bei beiden Teuerungsraten ähnlich hoch aus.<sup>25</sup> Während die Münzverschlechterung in den Kipper- und Wipperzeiten und die am Ende dieser Periode hervorgerufene Teuerungskrise von 1621 sowohl zeitgenössisch als auch historiografisch einen größeren Nachhall gefunden haben, blieb die am Anfang des 19. Jahrhunderts in der Geschichtswissenschaft eher unkommentiert. Michael Hecht führt das auf die im europäischen Maßstab intensiveren Teuerungsraten von 1770 bis 1772 und 1816/17 zurück.<sup>26</sup> Es ist jedoch ein hallisches Spezifikum, dass zwar die Teuerungen von 1762/63 und 1770 bis 1772 die Stadt nicht mit der gleichen Wucht trafen, aber dennoch die erste Krise durch die Begleitumstände des Siebenjährigen Krieges und die zweite durch die von Runde als „Faulfieber“ klassifizierte und im gesamten Jahrhundert als opferreichste Epidemie<sup>27</sup> zusätzliche Schärfe erhielten.

Besonders die Betrachtung der trendbereinigten Varianzen nach David Weir erweist eine sehr ungleiche Verteilung von Teuerungskrisen, die vor allem in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts (Dreißigjähriger Krieg) und um die Wende des 18./19. Jahrhunderts (Siebenjähriger Krieg 1756 bis 1763, Befreiungskriege 1813 bis 1815) kompaktere Gestalt annahmen. In dieser Perspektive lässt sich die von der wirtschaftshistorischen Forschung konstatierte ökonomische Krisensituation im Sinne einer Zu-

---

<sup>23</sup> JOHANN CHRISTOPH VON DREYHAUPT, *Pagus Neletici et Nudzici, oder, Ausfuehrliche diplomatisch-historische Beschreibung des zum ehemaligen Primat und Ertz-Stifft, nunmehr aber durch den westphaelischen Friedens-Schluss secularisirten Hertzogthum Magdeburg gehoerigen Saal-Creyes und aller darinnen befindlichen Staedte, Schloesser, Aemter, Rittergueter, adelichen Familien, Kirchen, Cloester, Pfarren und Doerffer, insonderheit der Staedte Halle, Neumarckt, Glaucha, Wettin, Loebeguen, Coennern und Alsleben*, Bd. 1, Halle 1755, S. 640; *Rundes Chronik der Stadt Halle 1750–1835*, hg. v. BERNHARD WEISENBORN, Halle 1933, S. 30. Die Getreidepreise werden hier nach eigenen Berechnungen mit einem Preis pro Gramm Silber auf den Kilogramm wiedergegeben.

<sup>24</sup> *Rundes Chronik*, S. 428–431, S. 573–577.

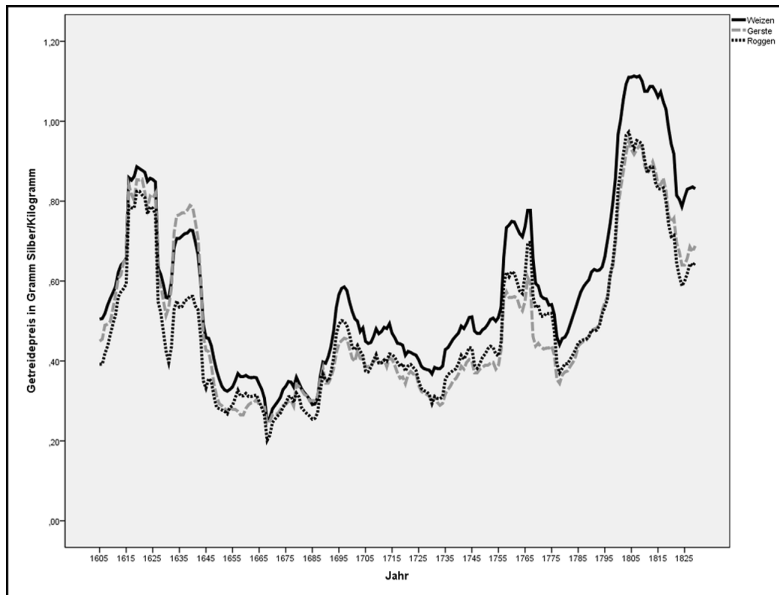
<sup>25</sup> 1621 betrug der Nominalwert 2,93 Gramm Silber pro Kilogramm Weizen und 1,83 Gramm Silber pro Kilogramm Roggen. 1805 betrug der Wert jeweils 1,83 bzw. 1,86 Gramm Silber pro Kilogramm.

<sup>26</sup> HECHT, *Teuerung*, S. 13.

<sup>27</sup> *Rundes Chronik*, S. 577.

nahme der Teuerung ab dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts nachhaltig bekräftigen. Allerdings hatten solche Preissteigerungen im 18. Jahrhundert offenbar nicht mehr unbedingt die angenommene durchschlagende Wirkung auf die Sterblichkeit.<sup>28</sup> In Halle zogen Epidemien zudem ganz abseits von Teuerungswellen hohe bis höhere Sterblichkeitsraten nach sich.<sup>29</sup> Aus dieser Perspektive bleibt es sehr fraglich, ob der zeitliche Zusammenfall zwischen Teuerungsrate und Sterblichkeitskrise auch einen ursächlichen Zusammenhang repräsentiert.

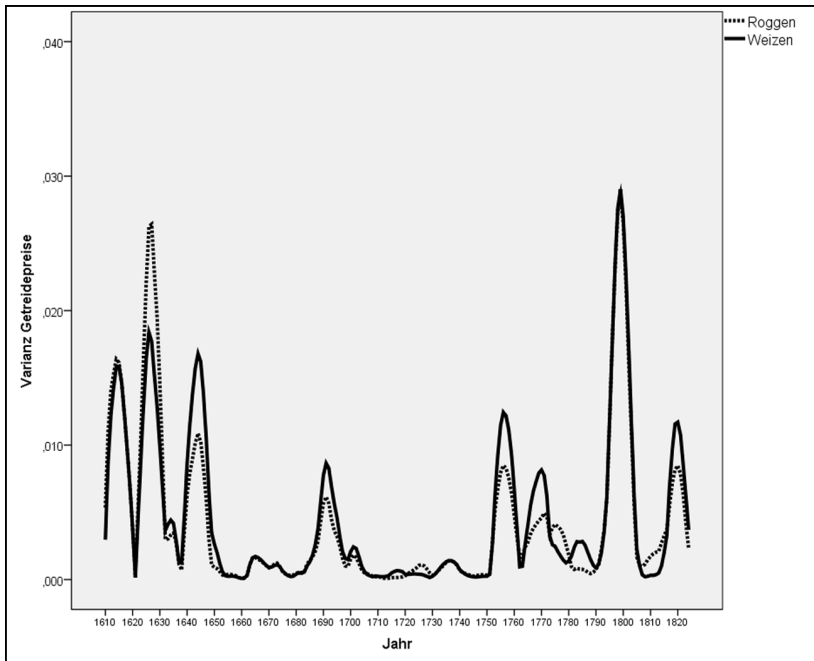
Abbildungen 1a und 1b: Getreidepreise in Halle 1600–1820 (absolut, Varianzen)<sup>30</sup>



<sup>28</sup> Christian Schlöder, Bonn im 18. Jahrhundert. Die Bevölkerung einer geistlichen Residenzstadt, Wittlich 2012 (ungedruckte Dissertation), S. 263 f.; PLUMPE, Wirtschaftskrisen, S. 30.

<sup>29</sup> Über 15 % erhöhte Sterblichkeit betraf die Jahre: 1708 = 19 %, 1717 = 19 %, 1722 = 21 %, 1728 = 23 %, 1732 = 31 %, 1741 = 22 %, 1751 = 49 %, 1757 = 32 %, 1758 = 17 %, 1772 = 139 %, 1783 = 17 %, 1791 = 37 %, 1800 = 51 %, 1806 = 55 %, 1813 = 30 %, 1814 = 119 %.

<sup>30</sup> HECHT, Teuerung, besonders S. 14. Für diese Studie erfolgte eine Umrechnung der verschiedenen Gewichte und Währungen auf den international vergleichbaren Standard des Silberpreises pro Kilogramm. Zur Trendbereinigung wurde mit der Varianz nach den Modellen von Weir gearbeitet: DAVID R. WEIR, Markets and Mortality in France, 1600–1789, in: Famine, Disease and the Social Order in Early Modern Society, hg. v. ROGER SCHOFIELD / JOHN WALTER, Cambridge 1989, S. 201–234, hier S. 206 f.



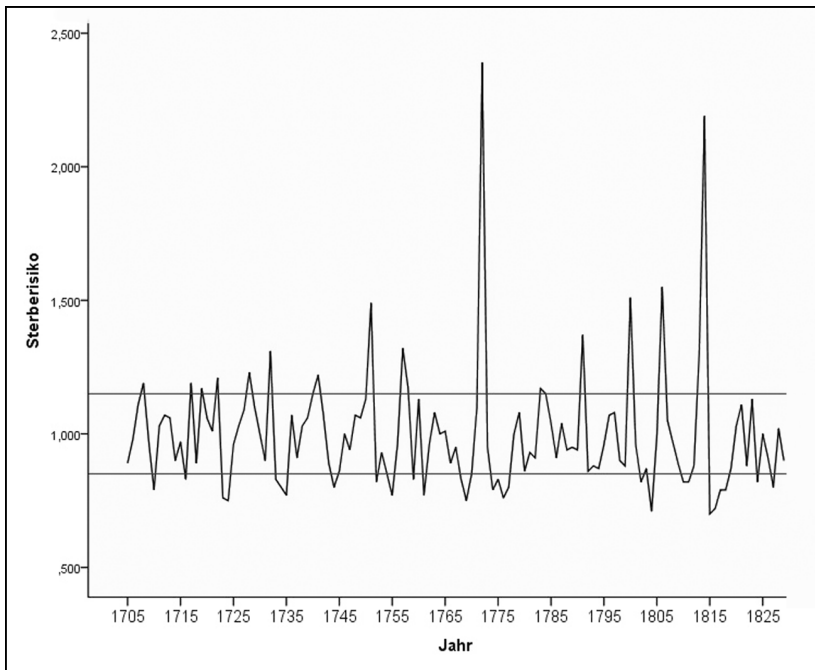
Die Darstellung des Sterberisikos in Abbildung 2 zeigt nicht nur eine sehr gleichförmige Verteilung von Sterblichkeitskrisen zwischen 1700 und 1830 an, sondern gleichzeitig steigende Varianzen in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts. Sterblichkeitskrisen hoben sich nun schroffer von der „normalen“ Sterblichkeit ab als zuvor. Demografische Krisenjahre mit einer Sterblichkeit über 15 Prozent zum elfjährigen gleitenden Mittelwert finden sich dann vor allem im frühen 19. Jahrhundert wieder. Kriege wirkten „demografisch“ sehr unterschiedlich. Während der Siebenjährige Krieg fast noch mehr Bevölkerung in die Stadt spülte, führten die französische Besetzung und die damit verbundenen Kriegshandlungen ab 1806 zu einem rasanten Bevölkerungseinbruch.

Hinsichtlich des Sterberisikos herausgehoben erscheinen die Jahre 1682 (Pest),<sup>31</sup> 1772 („Faulfieber“, Fleckfieber) und 1813/14 (Scharlach, Typhus). Interessanterweise wuchs die Bevölkerung vor allem in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, also der Zeit, die eigentlich als Krisenzeit markiert wird, während zuvor – also in der Aufschwungsphase – eine deutliche

<sup>31</sup> Das Jahr fällt hier zwar in der zeitlichen Darstellung heraus, ist aber aufgrund der erheblichen Auswirkungen auf die demografische Struktur der Stadt bekannt.

Abnahme von Heiraten und Taufen zu verzeichnen ist. Es mag sein, dass die Bevölkerung in den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts durch den starken Zustrom von Migranten wuchs, wie dies die ältere Literatur für Halle aufgrund von Schätzungen annimmt.<sup>32</sup>

Abbildung 2: Sterblichkeitskrisen (horizontale Linie: über bzw. unter 15 Prozent Abweichung vom normalen Sterberisiko)<sup>33</sup>



Die wirtschaftliche Prosperität schlug sich jedoch nicht positiv auf die innerstädtische demografische Entwicklung nieder. Bevölkerung und wirtschaftliche Lage entwickelten sich genau gegenläufig. Eventuell kann

<sup>32</sup> CARL HUGO VOM HAGEN, *Die Stadt Halle*, nach amtlichen Quellen historisch-topographisch-statistisch dargestellt, Bd. 1, Halle 1867, S. 279.

<sup>33</sup> Die demografische Forschung behilft sich ähnlich wie bei den Preisen mit vergleichenden Sterblichkeitsquoten zu „Normaljahren“, um demografische Krisen zu identifizieren. Hier wird das von Christian Schlöder entwickelte Modell des um 15 % erhöhten Sterberisikos im Bezug zu elfjährigen gleitenden Mittelwerten verwendet; Schlöder, Bonn, S. 269 ff.

hier das von Werner Plumpe entwickelte und an Malthus angelehnte Modell erblickt werden. Er konstatiert einen höheren Lebensstandard bei sinkender Bevölkerung, der bei daran anschließendem Bevölkerungswachstum wieder zerrinnt.<sup>34</sup>

So lässt sich in Halle ein größerer Bevölkerungsanstieg in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ausmachen, der sich mit einem deutlichen Anstieg der Taufen (ab 1769) und mit einem Jahr Verzögerung auch der Heiraten (1770) verband, der später auf gleichbleibenden Niveau verharrte und bis zur napoleonischen Besetzung anhielt.

Gleichzeitig sanken die Sterblichkeit und die Anzahl der Geburten pro Ehe (Reproduktionskoeffizient). Letzteres ist vor allem bemerkenswert, weil sich die Quote der Geburten und Heiraten parallel zueinander verfolgen lässt. Frisch getraute Ehepaare wanderten also nicht einfach aus Halle ab, sondern bekamen weniger Kinder.<sup>35</sup> Dies verweist auf eine mögliche Geburtenregulierung, die eventuell dem Verfall des Lebensstandards geschuldet war. Trotzdem wuchs die Bevölkerung in jedem Jahrzehnt um rund tausend Einwohner an – und damit vermutlich stärker als in den prosperierenden Jahren des späten 17. und beginnenden 18. Jahrhunderts. Zugleich stieg die Lebenserwartung,<sup>36</sup> zwischen 1720 bis 1810 um etwa acht bis zehn Jahre.

Sie nahm allmählich, wenn auch nicht linear ansteigend, von durchschnittlich 21,4 Jahren in der Dekade 1720 bis 1729 auf 26,3 Jahre in der Dekade 1740 bis 1749 zu. Erst ab den 1790ern lässt sich ein weiteres Ansteigen der Lebenserwartung auf 28 Jahre beobachten (1810 bis 1820 im Durchschnitt 31 Jahre). Die Krisenjahre 1804/05 beeinflussten die Zunahme der Lebenszeit nur marginal. Begreift man die Lebenserwartung als Indikator für den soziokulturellen Wohlstand, ergibt sich hier gerade nicht die monoton gegenläufige Entwicklung von Bevölkerung und Lebensstandard, wie sie Malthus schlussfolgerte.

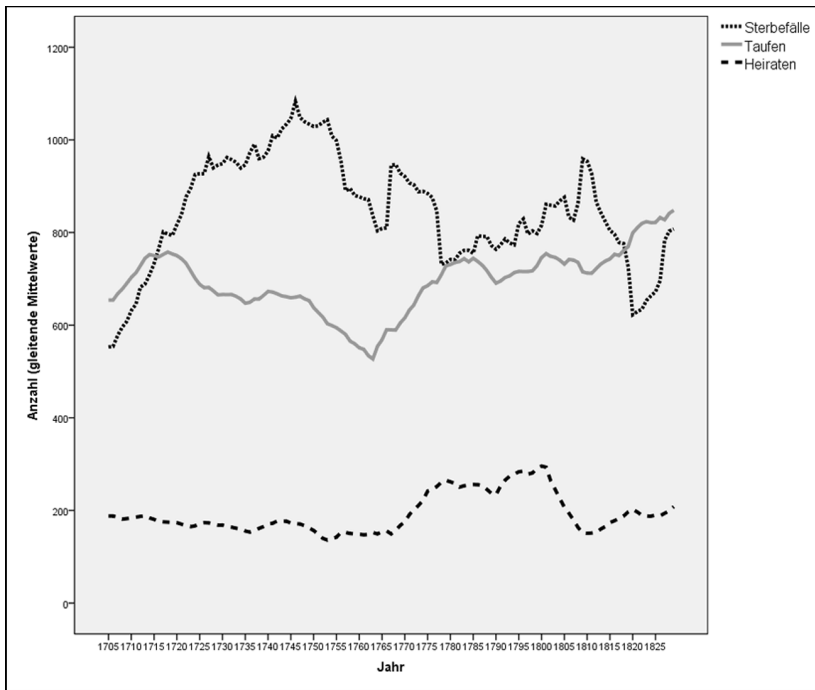
---

<sup>34</sup> PLUMPE, Wirtschaftskrisen, S. 27 f.

<sup>35</sup> Anders als beispielsweise in Bonn, wo sich bei wachsenden Heiratsraten fallende Geburtenraten feststellen lassen, vgl. Schlöder, Bonn, S. 158.

<sup>36</sup> Ausgewertet werden hier lediglich die Daten des größten Hallischen Kirchsprengels, der Mariengemeinde.



Abbildung 3: Vitalstatistische Ereignisse Halle 1700–1830<sup>37</sup>

Schauen wir abschließend noch auf die Naturkatastrophen und Missernten, die als einschlägiger Auslöser von vormodernen Subsistenzkrisen gelten. Folgt man den hallischen Chronisten Dreyhaupt<sup>38</sup> und Runde<sup>39</sup> lässt sich mit einem Abstand von rund fünf Jahren ein Krisenjahr aufgrund von Dürren, kalten Wintern, verregneten Sommern und Sturmfluten ausmachen. Zwischen 1700 und 1829 benennt Runde aber insgesamt nur zwölf Jahre mit Missernten und Teuerungen sowie ganze zwei Jahre mit dezidiert guten Ernten. Schon im 19. Jahrhundert lässt sich damit eine stärkere Wahrnehmung von Krisen- statt Wohlstandssymptomen beobachten.

<sup>37</sup> Die Daten betreffen die drei innerstädtischen Gemeinden, während die Vorstädte, das Militär, die reformierte und katholische Gemeinde sowie die Juden hier nicht betrachtet werden.

<sup>38</sup> DREYHAUPT, Pagus Neletici, S. 621-624, 628-632.

<sup>39</sup> Rundes Chronik, S. 15-20, 24-28.

Abbildung 4: Krisenjahre in Halle 1670–1820

Teuerungskrisen:	1699	1762/63	1772		1804/05	1816/17
hohes Sterblichkeitsrisiko:	1682	1751	1772	1800	1806	1814
Natur:	1679	1741	1771	1788	1799	1815/16
	Flut	Flut	Wetter Flut	harter Winter	24./25. 02.1799 Flut	Nasse Sommer

Es fällt schwer, den von Labrousse und Meuvret behaupten Zusammenhang von Teuerungskrise und Mortalität anhand der hallischen Daten zu bekräftigen. Mortalitätskrisen erfolgten zum Teil völlig isoliert oder genau vor Teuerungskrisen, mitunter aber auch in der skizzierten Dynamik. Naturkatastrophen gingen Jahre mit ausufernden Sterblichkeitsrisiken vorweg, ohne dass dies Wirtschaftskrisen (Teuerungen) nach sich zog.

Es bleibt trotz einer vorhandenen Koinzidenz beispielsweise überaus fraglich, ob die katastrophale Flut am 24./25. Februar 1799 die Pockenepidemie ab Juli/August 1800 tatsächlich mit bedingt haben könnte. Sich an die Verschlechterung der Wasserqualität, Nahrungsmittelverluste und Ernteaufälle anschließende Sterblichkeitskrisen hätten vermutlich noch im gleichen Jahr einsetzen müssen. Demografische Folgen konnten jedoch der Wirtschaftskrise und Naturkatastrophe auch direkt vorweggehen, ohne dass sich hier ein kausaler Zusammenhang unmittelbar herstellen ließe. Deutlich ersichtlich wird dies im „Krisenzeitraum“ 1813 bis 1817. Hier folgten auf die Sterblichkeitskrise im Kriegsjahr 1813/14 (bedingt durch die Einrichtung Halles als Lazarett nach der Völkerschlacht und die hohen Einquartierungszahlen) ein starker Ernteaufall und eine Teuerungskrise in den zwei Folgejahren.

Eindimensional oder linear kann eine Verknüpfung von Ernteaufall, Teuerung und Epidemie also nicht beobachtet werden. Gleichwohl wäre es nun natürlich fahrlässig, alle drei Faktoren als allgemeine Krisenfaktoren zu verwerfen. Dennoch scheint mir hier eine sorgfältige Differenzierung notwendig. Auf eine Naturkatastrophe erfolgten auch im frühneuzeitlichen Krisenmanagement andere Reaktionsweisen als bei Teuerungskrisen. Diesen Unterschied bringen die hallischen Chroniken plastisch hervor.

Für die Katastrophenflut im Februar 1799, mit bis heute bekanntem zweithöchstem Wasserstand der Saale überhaupt,<sup>40</sup> schildert Runde ausführlich das solidarische Verhalten der hallischen Einwohner und berichtet etwa umfänglich von dramatischen Rettungsaktionen.<sup>41</sup> Dem gleichen Autor bleibt bei der Schilderung der Teuerung im Juni 1805 jede Krisenromantik völlig fremd. Hier repräsentieren die nennenswerten Ereignisse die entsetzlichen Taten der hungernden Tumultanten, für deren Plünderungen und Gewalttaten weder der preußische Staat noch der Chronist Runde Verständnis oder Einsichten fanden,<sup>42</sup> auch wenn die ausgedehnten Aktivitäten des Armenvereins künftig schlimmste Auswüchse verhindern sollten. Seine Ausführungen verweisen auf den unterschiedlichen Charakter und die differierenden Handlungsabläufe von Naturkatastrophe, Sterblichkeits- oder Wirtschaftskrise.

Die Maßnahmen der „moralischen Ökonomie“<sup>43</sup> oder die Entstehung von Tumulten als spezifischen Interventionen bei Wirtschaftskrisen verweisen zugleich auf den vollkommen anderen Charakter von Sterblichkeitskrisen, Kriegen oder Naturkatastrophen. Neuß betonte zwar die Ähnlichkeit zwischen epidemischer Krise 1682 und Hungerkrise 1772, verwies aber auch auf den Unterschied, „daß die Opfer nicht auf dem Pestacker liegen, sondern (1785) die Träger der ‚herrschenden allgemein lästigen Straßenbettelei‘ sind“.<sup>44</sup>

Hier komparativ auf den Charakter einzelner Geschehnisse zu blicken, sie jedoch gleichzeitig genauer analytisch voneinander zu scheiden, scheint mir eine wichtige Aufgabenstellung der Forschung zu bleiben. Festgehalten werden darf wohl, dass der makrohistorische Zugriff methodisch sehr präzise auf ein Konglomerat von wirtschaftlichen, demografischen und natürlichen Faktoren verweist und sehr gute Möglichkeiten bietet, allgemeine Krisensituationen zu identifizieren.

---

<sup>40</sup> MATHIAS DEUTSCH, „[...] und konnte sich keiner an solche Fluthen erinnern.“ Zur Untersuchung schwerer, historischer Hochwasser der Saale im Zeitraum von 1500 bis 1900, in: *Wasserhistorische Forschungen. Schwerpunkte Hochwasserschutz / Elbe*, hg. v. Deutsche Wasserhistorische Gesellschaft e.V. (DWhG), Siegburg 2004, S. 117-141.

<sup>41</sup> *Rundes Chronik*, S. 25 ff.

<sup>42</sup> Ebd., S. 671-674.

<sup>43</sup> EDWARD P. THOMPSON, *The Moral Economy of the English Crowd in the 18th Century*, in: *Past and Present* 50 (1971), H. 1, S. 76-136; MANFRED GAILUS / THOMAS LINDENBERGER, *Zwanzig Jahre „moralische Ökonomie“*. Ein sozialhistorisches Konzept ist volljährig geworden, in: *Geschichte und Gesellschaft* 20 (1994), H. 3, S. 469-477.

<sup>44</sup> NEUSS, *Entstehung*, S. 179.

Ob es sich dabei allerdings wirklich um den Typ der „alten“ Krise im Sinne der globalen Subsistenzkrise handelt und welche Ursachen diese tatsächlich hatten, kann aus dem gleichen Material meiner Meinung nach nicht stichhaltig ermittelt werden. Ein weiteres Problem repräsentiert die zeitgenössische Wahrnehmung selbst. Inwieweit eine heute prozentual zu identifizierende Sterblichkeitskrise im Zeitalter der „unsicheren Lebenszeit“ tatsächlich als solche erlebt wurde, darüber vermag dieser Ansatz bisher nur wenig gesicherte Erkenntnisse zu erbringen.

### Theoretische Ansätze

Was hier anhand des Beispiels Halles sehr schnell greifbar wird, füllt in theoretischer Hinsicht mittlerweile zahlreiche Bände.<sup>45</sup> Auf die Diskrepanz zwischen medial-öffentlicher Wahrnehmung sowie symbolischer Kommunikation einerseits und den beobachtbaren Entwicklungen, Prozessen und Strukturen einer Krise andererseits haben bereits einige Analysen hingewiesen. Die Geschichtswissenschaft muss also ihre methodischen Herangehensweisen verbessern, um die öffentliche Verhandlung ganz genau von der Existenz einer tatsächlichen Krise zu trennen, und sie muss andererseits weitere Anstrengungen unternehmen, dem Wesen der frühneuzeitlichen Subsistenzkrise sowie der Krise vom „type ancien“ im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert mehr Konturen und Gesicht zu verschaffen.

Dieser Notwendigkeit der Differenzierung im Wege steht mittlerweile der zutiefst heterogene und in seinen Abstraktionen manchmal kaum nachvollziehbare Krisenbegriff in der geisteswissenschaftlichen Krisen- und Kontingenzforschung.<sup>46</sup> Diese Unschärfen führen dazu, dass man sich zwar von der eingangs demonstrierten demografisch-wirtschaftshistorischen Forschung verabschiedet hat, ohne jedoch neue methodische Kon-

---

<sup>45</sup> REINHART KOSELLECK, *Krise*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hg. v. OTTO BRUNNER u. a., Bd. 3: H-Me, Stuttgart 1982, S. 617-650; *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*, hg. v. THOMAS MERGEL, Frankfurt a. M. 2012 (hiernach: *Krisen verstehen*); *Krise und Aufbruch in der Geschichte Europas*, hg. v. WOLFGANG BEHRINGER, Saarbrücken 2013; *Krisengeschichte(n). „Krise“ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive*, hg. v. CARLA MEYER u. a., Stuttgart 2013; RICHARD RORTY, *Kontingenz, Ironie und Solidarität*, Frankfurt a. M. 1989.

<sup>46</sup> MARKUS HOLZINGER, *Kontingenz in der Gegenwartsgesellschaft. Dimensionen eines Leitbegriffs moderner Sozialtheorie*, Bielefeld 2007.

zeptionen anzubieten. Vorhandene Empfehlungen der modernen Krisenanalyse liefern mitunter auch keinerlei Anknüpfungspunkte für historische Phänomene.<sup>47</sup> Das Produkt dieses wissenschaftlichen Aushandlungsprozesses bringt daher kaum vergleichbare Ergebnisse mit eher heuristischem Wert hervor – was gar nicht so sehr als Kritik, sondern vielmehr als Bestandsaufnahme zu verstehen ist.<sup>48</sup>

Diese Begriffsentwicklung in der Geschichtswissenschaft ist allerdings keine vorgezeichnete Zwangsläufigkeit. Blickt man über die kulturwissenschaftliche Forschung hinaus, gibt es sehr präzise Definitionen von Krisensituationen. Sich in Exaktheit und Klarheit hervorhebend ist etwa die Analyse der Wirtschaftshistorikerin Margit Grabas. Sie plädiert intensiv dafür, den Begriff der Krise einerseits vom Terminus des „Niedergangs“ oder „Zerfalls“, andererseits vom Begriff des „Umbruchs“ zu trennen. Während eine Krise für Grabas immer systeminhärente Verhaltensänderungen und Modifizierungen repräsentiert, führt der Umbruch zur plötzlichen Herausbildung neuer Strukturen oder Systeme.<sup>49</sup> Eine Krise bedeutet danach erst einmal weder einen positiven noch negativ gedeuteten Verlauf, sondern eher ein überraschendes Ereignis, welches gewohnte Abläufe außer Kraft setzte und damit den Möglichkeitsraum für kreative Neuordnungen schuf. Merkmal bleibt die mehr oder weniger reibungslose Integration der Neuerung ins Gesamtsystem. Das System wird also nur modifiziert, nicht radikal umgestaltet.

Dieser Definition lässt sie eine Reflexion des Begriffes der Innovation vorweggehen, indem sie auf die Ansätze des Nationalökonomen Joseph Schumpeter Bezug nimmt. Schumpeter beschäftigte sich mit der verspäteten Industrialisierung Österreichs und fragte nach den fehlenden und existierenden Antriebskräften. Daraus entwickelte er eine Theorie wirtschaftlicher Entwicklung, die nicht ein Modell statischer Gleichgewichte und ihrer zyklischen Störungen (neoklassische Theorien) favorisierte,

---

<sup>47</sup> ALEXANDRA KULMHOFER, *Ergebnisse der Krisen- und Katastrophenforschung. Ein interdisziplinärer Ansatz*, Wien 2007.

<sup>48</sup> STEFAN BECK / MICHI KNECHT, *Jenseits des Dualismus von Wandel und Persistenz? Krisenbegriffe der Sozial- und Kulturanthropologie*, in: *Krisen verstehen*, S. 59-78, hier S. 68 ff.

<sup>49</sup> MARGIT GRABAS, *Wandel, Krise, Umbruch. Begriffsannäherungen und kritische Reflexionen aus wirtschafts-, sozial- und innovationshistorischer Perspektive*, in: *Mutations 3*, hg. v. Fondation Bassin Minier, Luxemburg 2012, S. 11-23, hier S. 18.

sondern dynamische Entwicklungsschübe, die durch einen Prozess der schöpferischen Zerstörung zu abrupten Weiterentwicklungen führen.<sup>50</sup>

Gleichzeitig bekräftigt Grabas die Notwendigkeit historischer Forschungen, da „Perzeptions- und Evaluationsprozesse von Veränderungen nur im Kontext soziokulturell im Raum und in der Zeit variierender Werte- und Normensysteme“ erklärbar seien.<sup>51</sup> Dass sich die retrospektive Diagnose von Krisen jedoch nicht zwangsläufig mit zeitgenössisch wahrgenommenen Krisen decken muss, deutet die Entstehung des allgemeinen „Krisentopos“ der Stadt Halle an.<sup>52</sup> Hier ist vielmehr danach zu fragen, welche Veränderungen gesellschaftlicher Rahmenbedingungen tatsächlich als Krise, also (nach Grabas) als Zuspitzung oder Entscheidung einer Situation, wahrgenommen wurden, welche als Umwälzung. Darüber hinaus bleibt zu isolieren, welche Szenarien zwar von außen betrachtet Krisen repräsentieren, auf das Handeln der Menschen jedoch weniger Einfluss besaßen.

Bereits in dieser Hinsicht wird ein zweiter wichtiger Aspekt ersichtlich, der mir für die historische Krisenforschung eminent erscheint. Sehr viel stärker als bisher ist eine Historisierung der Krise zu leisten. Obwohl es mittlerweile einige historische Auseinandersetzungen und Analysen gibt, muten diese in ihrer Autopsie häufig sehr modern an, auch weil sich die Forschung eher moderner Phänomene annimmt. Das Wissen über den aktuellen gesellschaftlichen Umbruch evoziert Wissen über die historische Krise, indem etwa die angeblich statische Gesellschaft der frühen Neuzeit der dynamischen Gesellschaft der Moderne gegenübergestellt wird.<sup>53</sup> Das Diktum Winfried Schulzes, „die Möglichkeit des Scheiterns ist der Kern

---

<sup>50</sup> JOSEPH A. SCHUMPETER, *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus* [1911], Kap. 2: Das Grundphänomen der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin 1997, S. 88-139; GRABAS, *Wandel*, S. 14 ff. (auch mit weiterer Literatur).

<sup>51</sup> Ebd., S. 17 f.

<sup>52</sup> Zur Zeitgebundenheit von Krisen auch THOMAS MERGEL, *Einleitung. Krisen als Wahrnehmungsfänomene*, in: *Krisen verstehen*, S. 9-14, hier S. 13; zur Problematik eines fehlenden engeren Krisenbegriffs RAIMUND HASSE, *Bausteine eines soziologischen Krisenverständnisses. Rückblick und Neubetrachtung*, in: *Krisen verstehen*, S. 29-46, hier S. 30.

<sup>53</sup> Zum Beispiel HOLZINGER, *Kontingenz*, S. 45-59. Die Frühneuzeitforschung dagegen geht schon lange von einer sehr mobilen, dynamischen Gesellschaftsstruktur aus, vgl. WINFRIED SCHULZE, *Die ständische Gesellschaft des 16./17. Jahrhunderts als Problem von Statik und Dynamik*, in: *Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität*, hg. v. DEMS., München 1988, S. 1-17.

der Moderne selbst“,<sup>54</sup> verweist dagegen auf die eigentliche Problematik. Zunächst wäre erst einmal eine Diskussion darüber zu führen, ob der Begriff der Krise für die vormoderne Gesellschaft überhaupt ohne weiteres anwendbar und mit modernen Begrifflichkeiten vereinbar ist. Soziologische und philosophische Fragestellungen im Rahmen kritischer Aufarbeitungen von Modernisierungstheorien verhandeln die Krise daher oft als typische Kennzeichen moderner, ökonomisierter Gesellschaften.<sup>55</sup> Nicht zuletzt verbindet sich mit dieser Scheidung von vormodernen und modernen Krisen die Begrifflichkeit des „alten“ und „neuen“ Typs.

Auch in dieser Perspektive vermag der Ansatz von Grabas Impulse zu geben, unterscheidet sich äußerlich jedoch wenig von dem in der ethnologischen Forschung von Victor Turner herausgearbeiteten Modell des „sozialen Dramas“.<sup>56</sup> Das Liminalitätskonzept oder auch das Modell der Übergangsriten<sup>57</sup> folgt jeweils – den Bestimmungen Grabas von Krise durchaus nicht unähnlich – einer spezifischen Handlungsabfolge: dem Bruch mit einer bestimmten sozialen Norm, dem Versuch der Konfliktlösung über spezifische Rituale (etwa Verkehrsrituale oder Ironisierungen<sup>58</sup>) außerhalb des normalen sozialen Kontextes und der Wiedereingliederung oder dauerhaften Trennung in oder von einer Gemeinschaft. Die soziale Gruppe kann auf diese Weise Verstöße gegen die geltende Ordnung zulassen, indem sie ein Mitglied zeitweilig aus dem Gruppenverband entlässt und ihm die Möglichkeit zum sozialen Experiment einräumt. Die Plakatierung der Krise als Erfahrungsraum außerhalb gewohnheitsmäßiger Strukturen und Abläufe ist ihr per Definition eingeschrieben. Intensiv gefragt werden muss jedoch nach den Markern, mit denen Krisenzustände gesellschaftlich gezeichnet werden: Welcher Möglichkeitsraum eröffnet sich in Krisensituationen mit welchen Konsequenzen tatsächlich, und wo sind die Grenzen zur Umwälzung?

---

<sup>54</sup> WINFRIED SCHULZE, *Ende der Moderne? Zur Korrektur unseres Begriffs der Moderne aus historischer Sicht*, in: *Zur Diagnose der Moderne*, hg. v. HEINRICH MEIER, München 1990, S. 69-97, hier S. 96.

<sup>55</sup> Darauf verweist ANDREAS WEISS, *Theoretische Zugänge zur Krise. Einführung*, in: *Krisen verstehen*, S. 25-28, hier S. 25. In etwas anderer Perspektive und als Überblick angelegt WOLFGANG KNÖBL, *Die Kontingenz der Moderne. Wege in Europa, Asien und Amerika*, Frankfurt a. M. 2007, S. 23-28; PLUMPE, *Wirtschaftskrisen*, S. 42 f.

<sup>56</sup> VICTOR TURNER, *Das Ritual. Struktur und Anti-Struktur*, Frankfurt a. M. 2005.

<sup>57</sup> ARNOLD VAN GENNEP, *Übergangsriten*, Frankfurt a. M. 2005.

<sup>58</sup> *Verkehrte Welten?*, hg. v. DOMINIK FUGGER, München 2013. Darin vor allem auch die Einführung von DOMINIK FUGGER, *Im Schatten der Saturnalien. Zur Theoriegeschichte der „verkehrten Welt“*, S. 11-38.

In den Blick gerät die Analyse der Bewältigung und Problemlösung innerhalb von Krisen, die einerseits bestehende Ordnungen zwar auf den Kopf stellen, andererseits diese Innovation sozial verträglich kommunizierten, indem sie außerhalb des normalen Möglichkeitsraums mit dem zu lösenden Problem experimentierten. Eine Innovation gelingt, wenn die soziale Gruppe sich mit der Änderung identifiziert und sie übernimmt. Ansonsten markiert die Gemeinschaft die Inszenierung als „Spiel“ – hier als eklatante Ausnahmeerfahrung – und erhält die gewohnte Ordnung nach Integration des Akteurs unangefochten aufrecht oder errichtet sie erneut. Krisen dürften – hält man sich die Definition Grabas’ vor Augen – ganz ähnlich funktionieren, da sie innerhalb des etablierten Systems zwar eine Ausnahme definieren und dieses nur modifizieren, aber nicht radikal umgestalten. Sie repräsentieren keine spielerische Umgestaltung der Wirklichkeit, machen jedoch eine von der Normalität abgehobene Ausnahme-situation in der Innovationen möglich und lassen soziale Experimente zu, die sich teilweise oder verfestigen können. Wie weit hier die Grenzen der Normalität verschoben werden und in welchem Ausmaß sich Innovationen durchsetzen oder wieder eingeschränkt werden, verweist daher auf den Bedeutungsumfang einer Krise. Ihre Rituale wiederum können helfen, die Herkunft und Zusammenhänge von Krisen besser zu verstehen und Ursachenanalysen weiter zu präzisieren.

Sowohl die Ansätze von Grabas als auch von Turner betrachtend, möchte ich dafür plädieren, nicht ausschließlich auf die komplexen und teilweise vermutlich unentwirrbaren Ursachen von Krisensituationen zu blicken, sondern vielmehr auf die Aktivitäten in Krisenzeiten. Umgedreht hilft vielleicht auch der alleinige Blick auf die Reaktionen von Menschen, Krisenmomente abseits der bekannten Forschungsstrategien erst einmal zu entdecken. Dieser Ansatz macht sich psychologische Aspekte der Krisenforschung zu Eigen. Ob eine überraschende Entwicklung, sei es eine Naturkatastrophe, Epidemie oder ein wirtschaftlicher Einbruch, tatsächlich als Krise wahrgenommen wird, zeigt sich an den Handlungsweisen der Akteure. Eine Lebenskrise entsteht danach, wenn ein Mensch nicht nur mit Ereignissen oder Lebensumständen konfrontiert wird, die ihn aufgrund seiner Fähigkeiten und sozialen Ressourcen überfordern, sondern er diese Situation auch subjektiv so wahrnimmt und sein Verhalten daran ausrichtet.<sup>59</sup> Nicht jede „objektiv“ ermittelbare Krisensituation

---

<sup>59</sup> Mit Hinweisen auf weiterführende Literatur THOMAS GIERNALCZYK, Beratung in Lebenskrisen, in: Handbuch Psychologische Beratung, hg. v. CHRISTOPH STEINEBACH, Stuttgart 2006, S. 460-484, hier S. 460 f.; ANSGAR THIESSEN, Organisationskommunikation



repräsentiert daher auch wirklich eine derartig erlebte Krise und/oder muss mit typischen sozialpsychologischen Merkmalen der Krisenverarbeitung einhergehen. Naturkatastrophen oder Teuerungswellen können so zwar auf Krisensituationen verweisen, gleichzeitig aber auch bei entsprechender Prophylaxe und trotz katastrophaler Resultate in ihren Auswirkungen gar nicht als Krise wirken, da spezifische individuelle Reaktionen ausbleiben. Vielmehr, und darauf ist gelegentlich schon verwiesen worden, werden in bestimmten Situationen spezifische solidarische Mechanismen und Hilfeleistungen aktiviert, also Ressourcen, auf die Individuen im Normalfall gar nicht zurückgreifen könnten und die Defizite kompensierten.

Dieses Netzwerk der Unterstützung bedenkt positive Mechanismen des Krisenmanagements, die eine Bewertung der spezifischen Situation beeinflussen. Die Ermittlung verschiedener Verhaltensmuster in unterschiedlichen Organisationsstrukturen<sup>60</sup> – angefangen von Individuen und Familien über lokale Administrationen bis hin zu staatlichen Institutionen – deuten daher auf unterschiedliche Wahrnehmungsmuster und vielleicht auch auf das Ausmaß von Krisensituationen hin.

Im Mittelpunkt solcher Betrachtungen stehen dann nicht allein objektiv ermittelbare demografische, ökonomische oder wetterbedingte Situationen, wie sie die Forschung zur Untersuchung der Krise „alten Typs“ gewöhnlich betrachtet, sondern die kurz- und langfristigen Verhaltensmuster von Individuen. Eine Möglichkeit, solche Verhaltensmuster zu analysieren, bietet die Erforschung von Lebensverläufen und Erwerbsbiografien. Für Krisensituationen sind „Brüche“ als Kennzeichen sozialen Wandels geradezu ein klassisches Merkmal, allen voran ein oft genannter Elitenwechsel oder der Wechsel von beruflichen Strategien.<sup>61</sup> Für Halle

---

in Krisen, Reputationsmanagement durch situative, integrierte und strategische Krisenkommunikation, Wiesbaden 2001, S. 76 ff.; aus etwas anderer Sicht DIETRICH DÖRNER, Die Logik des Misslingens. Strategisches Denken in komplexen Situationen, Reinbek 2008, S. 58-66.

<sup>60</sup> JEAN CLAM, Kontingenz, Paradox, Nur-Vollzug. Grundprobleme einer Theorie der Gesellschaft, Konstanz 2004, S. 40-58.

<sup>61</sup> ANDREA SCHULZ / GUNDULA GREBNER, Generation und Geschichte. Zur Renaissance eines umstrittenen Forschungskonzepts, in: Generationswechsel und historischer Wandel, hg. v. DENS. (Historische Zeitschrift, Beiheft Nr. 36), München 2003, S. 1-24; ULRIKE JUREIT, Generation, Generationalität, Generationenforschung, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.2.2010, <http://docupedia.de/zg/Generation?oldid=97400>; HEIKE SOLGA u. a., Soziale Ungleichheit – Kein Schnee von gestern. Eine Einführung, in: Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse, hg. v. DERS. u. a., Frankfurt a. M. 2009, S. 11-46, besonders S. 42 ff.

stehen über ein Projekt zu Lebensverläufen und Erwerbsbiografien<sup>62</sup> zahlreiche lebensgeschichtliche Daten von Einzelpersonen zur Verfügung, die sich aus einem Konglomerat vitalstatistischer Angaben, zahlreicher serieller Quellen (Steuerregister, Neubürgerverzeichnisse, Mieter- und Hausbesitzerlisten, Quellen zu städtischen Ämtern und Stellenbesetzungen, Manufakturen, Pfänner etc.), aber auch Egodokumenten, Quellen zu Einzelpersonen, Familien, Gewerken und anderen qualitativen Daten zusammensetzen. Allein für die größte innerstädtische Gemeinde Halles, die Mariengemeinde, lassen sich zwischen 1670 und 1800 rund 40.000 Biografien ermitteln, von denen etwa die Hälfte jedoch nur zehn Jahre währten.<sup>63</sup>

Insgesamt erweist der genauere Blick auf vormoderne Lebensverläufe schnell, dass der methodisch-makrohistorische Zugriff auf die Krise „alten Typs“ zwar die demografisch-epidemische Krisensituation in das Konzept der wirtschaftlichen Krise der Vormoderne aufnimmt, jedoch längst nicht umfassend genug ausfällt, da er nur die kurzfristigen Folgen einer möglichen Absatzkrise betrachtet. Nicht gefragt wird beispielsweise nach den familiären Auswirkungen der demografischen Krise. Eine Teuerungswelle oder Epidemie konnte zwar allgemeine Krisensituationen verschärfen, die familiär gebundene Struktur von Arbeit bedingte jedoch bei jedem Sterbefall eine „individuelle“ Krisensituation. Der Tod des Familienoberhaupts oder anderer wichtiger Bindeglieder im sozialen Netzwerk der Familie konnte zu kurz- wie langfristigen negativen Lebensperspektiven des Nachwuchses führen. Wie genau sich der Tod des Familienoberhaupts auf die erwerbsspezifischen Strategien des Nachwuchses niederschlug, ist empirisch bisher kaum belegt. Andererseits eröffnete gerade eine erhöhte Sterblichkeit innerhalb der Erwachsenengeneration immer die damit verbundenen Chancen der sozialen Platzierung einer jüngeren Generation und begünstigte so schnellere Innovationen.<sup>64</sup> Demografische Krisen

---

<sup>62</sup> „Durch Leistung zur Ehre! Berufswahl, Erwerbsbiografien und Berufsidentität in der städtischen Gesellschaft des 18. Jahrhunderts“, [www.geschichte.uni-halle.de/mitarbeiter/moeller/forschung/](http://www.geschichte.uni-halle.de/mitarbeiter/moeller/forschung/) (8.7.2014).

<sup>63</sup> Die Rekonstruktion der Daten erfolgte in einem von der Thyssenstiftung geförderten Projekt im Jahr 2013/2014. Die Säuglingssterblichkeit (erstes Lebensjahr) betrug in der Mariengemeinde der Stadt Halle im 18. Jahrhundert 28,5 %, weitere 20,1 % der Bevölkerung starben zwischen dem zweiten und zehnten Lebensjahr.

<sup>64</sup> AAGE B. SØRENSEN, A Model and a Metric for the Analysis of the Intergenerational Status Attainment Process, in: *The American Journal of Sociology* 85 (1979), H. 2, S. 361-384.

mussten daher nicht zwangsläufig nur negative wirtschaftliche Folgewirkungen auslösen, wie das Modell „alten Typs“ suggeriert.

Werner Plumpe identifiziert das Handeln in vormodernen Wirtschaftskrisen typischerweise jedoch nicht mit Innovationen oder Verhaltensdynamiken, sondern sieht hier viel eher eine Zementierung „traditioneller“ Verhaltensweisen und Verarbeitungsmechanismen gegeben.<sup>65</sup> Ähnlich charakterisiert Michael Hecht das Agieren der städtischen Einwohner im Rahmen der Hungertumulte 1805. Die Beamten leiteten zahlreiche Maßnahmen der alten „moralischen“ Ökonomie ein, um die Ordnung in der Stadt wiederherzustellen und eine notdürftige Versorgung der Hungernen sicherzustellen, während der auf einen wirtschaftsliberalen Kurs orientierte Preußenkönig über die Behörden grollte, die sich die Notstandsmaßnahmen hätten „vom Pöbel [...] abtrutzen lassen“, statt mit Gewalt für Ruhe zu sorgen.<sup>66</sup>

Genau diese Perspektive einer vermeintlich statischen Gesellschaft der frühen Neuzeit ist anhand von einzelnen Krisen einer kritischen Überprüfung zuzuführen. Die zunehmende Pauperisierung um 1800 löste in Halle jedenfalls zahlreiche Aktivitäten aus, die sich mit dem Tumult 1805 noch einmal verstärkten. Auffällig intensiver als die kommunale Verwaltung wirkte die 1799 gegründete „Gesellschaft freiwilliger Armenfreunde“ auf die reguläre Armenversorgung in der Stadt ein.<sup>67</sup> Diese Privatinitiative aus den Schichten des Wirtschafts- und Bildungsbürgertums lieferte bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts grundlegende Impulse für die Entwicklung einer neuen Sozialpolitik. Sie verfügte nicht nur über ein engmaschiges System von Kontrolle und Versorgung, sondern setzte auch auf ein Bündel präventiver Maßnahmen.

Vermutlich spielte bei der Wahrnehmung der Krise auch weniger eine Rolle, ob Halle nun bereits eine umfassendere Mechanisierung erlebt hatte oder nicht. Die zeitgenössischen Stimmen dazu bleiben uneindeutig. Sprechen einige Zeitgenossen von einer Fabrikstadt mit einer ansehnlichen Zahl von Industrien,<sup>68</sup> sehen andere in der mangelnden Mechanisierung gerade die Ursache der Pauperisierung, da Erwerbsmöglichkeiten für

---

<sup>65</sup> PLUMPE, Wirtschaftskrisen, S. 118.

<sup>66</sup> HECHT, Teuerung, S. 28.

<sup>67</sup> Universitäts- und Landesbibliothek Halle, Pon Yb 3272 f, QK, Zurschrift [der Gesellschaft freywilliger Armenfreunde zu Halle] an unsre Mitbürger, Halle 1799.

<sup>68</sup> JOHANN SALOMO SCHORCHT, Lauchstädt, ein kleines Gemählde an Herrn D. H. in Z. Pendant zum dritten Bande der neuen Reisebemerkingen in und über Deutschland, Halle 1787, S. 75, zitiert nach KERTSCHER, Der Blick auf Stadt und Universität, S. 501.

die unteren Sozialschichten fehlten.<sup>69</sup> Ein wissenschaftlicher Vergleich der Wirtschafts- und Sozialstruktur Halles mit Städten ähnlichen Typs (Koblenz, Weimar), beschreibt die wirtschaftliche Entwicklung durchaus als adäquat „zeittypisch“.<sup>70</sup>

Weit wichtiger dürfte der öffentliche Diskurs über die zunehmende „Industrialisierung“ selbst gewesen sein. Das Jahrzehnt vor dem großen Tumult 1805 war in Halle die Zeit der ersten Welle der Mechanisierung. Seit 1792 waren in schneller Folge 20 Spinn- und 40 Kratzmaschinen in Betrieb genommen worden.<sup>71</sup> Der Stadtrat reklamierte immer wieder das Problem der damit einhergehenden Arbeitslosigkeit und prägte so öffentlich wahrnehmbare Argumentationsmuster.<sup>72</sup> Er beklagte besonders die Folgen der schnelleren Verarbeitung und der noch wenig darauf abgestimmten Produktion. Die mangelhafte Organisation führte tatsächlich rasch zu Rohstoffengpässen und ersten Entlassungen,<sup>73</sup> was vermutlich bestehende Ängste verstärkt haben dürfte. Auch wenn die Hungerkrise von 1805 äußerlich wie eine Subsistenzkrise vom Typ „ancien“ erscheint, dürfte diese Interpretation bei genauem Hinsehen kaum tragfähig sein.

Nicht nur der Kenner der hallischen Verwaltungsgeschichte Streeck verweist vielmehr auf die Moderne, die hier das erste Aufbegehren der „neuen“ Schicht der fast besitzlosen Produzenten hervorbringt, wie sie für Halle so typisch war.<sup>74</sup> Nicht zuletzt war dies der erste Tumult nach einer über hundertjährigen „Ruhephase“ seitens der unteren sozialen Schichten. Vielleicht waren es daher gerade die Akteure der gesellschaftlichen Liberalisierung, die nun ebenso um die Sozialverträglichkeit ihrer Version einer freiheitlicheren Gesellschaft rangen.<sup>75</sup> Fortlaufend optimierte und rationalisierte die „Gesellschaft freiwilliger Armenfreunde“ ihre Hilfsange-

---

<sup>69</sup> JULIUS HASEMANN, Die Armuthsfrage. Ursachen und Heilmittel des Pauperismus unserer Zeit, Halle 1847, S. 81.

<sup>70</sup> Thomas Gawron, Die Lage der Gewerbe in der Stadt Halle in den Jahren 1817 und 1820, Halle 2014 (unveröffentlichte Magisterarbeit), S. 97-107; der Autor vergleicht Halle, Weimar und Koblenz.

<sup>71</sup> NEUSS, Entstehung, S. 180; CARL AUGUST SCHWETSCHKE, Kurze Geschichte und Beschreibung der Schierschen Metall-Knopfwarenfabrik in Halle, in: Journal für Fabrik, Manufaktur, Handlung und Mode 5 (1793), S. 370 ff.

<sup>72</sup> NEUSS, Entstehung, S. 180.

<sup>73</sup> Ebd., S. 178.

<sup>74</sup> Zitiert nach ebd., S. 57 ff.

<sup>75</sup> Personalliste sämtlicher Mitglieder der Gesellschaft freywilliger Armenfreunde, im sechsten Jahr: Stiftungstag, der 28ste August 1799, o. O. 1805.

bote.<sup>76</sup> Sie gab mit dem „Hallischen patriotischen Wochenblatt“ bis 1855 eine Zeitschrift zur „Beförderung nützlicher Kenntnisse und wohlthätiger Zwecke“ heraus, deren Verkauf zusätzlich zur Finanzierung der Armenfürsorge diente. Kommunale Verwaltungen reagierten erst in Folge dieses bürgerschaftlichen Engagements sowie des Protests von Seiten der unteren Bevölkerungsgruppen rund zwanzig Jahre später mit der Neustrukturierung der Sozialpolitik.<sup>77</sup> Fast hundert bürgerlich-ehrenamtliche Armenväter stellten auch innerhalb dieser kommunalen Neuplanung den wesentlichen Baustein dar, um überhaupt den Kontakt mit den Bedürftigen herzustellen und das Armutspotential zu ermitteln und zu kontrollieren.

So waren es mitunter gerade diejenigen, die die Risiken des Freihandels für die Teuerungskrisen verantwortlich machten, die gleichzeitig in ihren Fabriken die Wege des technisch-mechanischen Fortschritts verfolgten. Sie prangerten das „Streben nach einem ungewöhnlich hohen Gewinne“ und die Spekulation mit Getreide und Nahrungsmitteln in „börsenähnlichen“ Zeitverkäufen an.<sup>78</sup> Siegmар von Schultze-Galléra verweist zusätzlich auf die ökonomischen Verhaltensmuster der ärmeren Bevölkerung, die nicht mehr zu den neuen Produktionsweisen am Anfang des 19. Jahrhunderts gepasst hätten. So hätten die weniger Wohlhabenden keine langfristigen Versorgungsstrategien entwickelt, sondern seien weiterhin der reinen Subsistenz-Lebensweise gefolgt.<sup>79</sup> Ähnliche Kommentare zur selbstverantworteten Armut der unteren Schichten gehörten auch 1805 zu häufigen Kritikpunkten.<sup>80</sup> Insgesamt schenkten die Kommentatoren neben der schnellen Hilfe und Linderung des Hungers sowie zielgerichteten aktivierenden Maßnahmen insbesondere den gezielten Verhaltensänderungen der Betroffenen große Aufmerksamkeit.

Die Initiative der neuen Armenversorgung griff zahlreiche Impulse der Bildung ärmerer Schichten auf, wie sie die Franckeschen Waisenhäuser bereits längere Zeit praktizierten. Nicht ganz zufällig konzipierte August Hermann Francke im frühen 18. Jahrhundert praktisch orientierte Aus-

---

<sup>76</sup> Marienbibliothek Halle, Nachlass Johann Karl Bullmann, MS 304 (7), Armenfürsorge.

<sup>77</sup> MICHAEL HECHT, Pauperismus, Armenfürsorge und sozialer Protest in Halle in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Geschichte der Stadt Halle, Bd. 2, S. 100-114, hier S. 104.

<sup>78</sup> Ebd., S. 111.

<sup>79</sup> „[...] hatte man Geld, so lebte man frisch drauf los, selbst der dürftigste Arme entzog sich nicht seinen zweimaligen Bohnenkaffee des Tages“, SIEGMAR VON SCHULTZE-GALLÉRA, Die Stadt Halle, ihre Geschichte und Kultur, Halle 1930, S. 227.

<sup>80</sup> Hallisches patriotisches Wochenblatt 6 (1805), S. 389 ff.

bildungsfächer, die in der Stadt auf reges Interesse stießen,<sup>81</sup> hatte er doch das Elend der hallischen Unterschichten allzu deutlich vor Augen. „Mit-arbeit“ formulierte Francke als grundlegende religiöse Pflicht im Rahmen familialer Gemeinnützigkeit. Dabei konzentrierte er sich auf Fähigkeiten des Strickens, Webens, Kleiderflickens und der Viehhaltung, die anschlussfähig zu den gewerblichen Branchen der Stadt waren. Sowohl Jungen als auch Mädchen partizipierten an geschlechtsspezifisch ausgerichteten, standesgemäßen Ausbildungen.<sup>82</sup> Diese Hilfe zur Selbsthilfe statt bloßer Reaktion stand auch für die neue Armenfürsorge in Halle im Mittelpunkt. So verbanden die Armenväter die Zuweisungen immer mit der Forderung nach einem regelmäßigen Schulbesuch der Kinder dieser Haushalte und teilweise auch der beruflichen Ausbildung. Da jeder Fallhelfer nur einen kleinen Bereich zu betreuen hatte, konnten er durchaus individuelle Kontrolle und Hilfe leisten.

Insgesamt zeigen die Erwerbsbiografien der hallischen Einwohner deutliche Reaktionsformen auf die sich verändernden Rahmenbedingungen, die sich jeweils an spezifische Krisensituationen anknüpften. Prägnant ist etwa der rasante Anstieg des Frauenanteils am Erwerb des Bürgerrechts. Hatte sich diese Entwicklung im späten 17. Jahrhundert bereits zögerlich angekündigt, da hausbesitzende Frauen nun das Bürgerrecht erwerben mussten, und im frühen 18. Jahrhundert konsolidiert (durchschnittlich sieben Prozent), kletterte der Anteil der Frauen an der Bürgerrechtsverleihung um den Siebenjährigen Krieg herum auf mitunter über 30 Prozent (durchschnittlich 26 Prozent). Der Anteil der Hausbesitzerinnen stieg in dieser Zeit zwar ebenfalls leicht, blieb jedoch weit hinter dem Erwerb des Bürgerrechts aufgrund der Ausübung einer Profession zurück. Die Beanspruchung des Militärs durch den Krieg hatte damit vermutlich unmittelbare Auswirkungen auf die zunehmende weibliche Erwerbstätigkeit. Das Verhaltensmuster blieb jedoch auch nach dem Krieg existent. Frauen reklamierten so weiterhin das Bürgerrecht für sich und gingen häufig einem Beruf nach.

Mit dem rasanten krisenhaften Rückgang der Bürgerimmatrikulation während der französischen Besetzung Halles (1806 bis 1813) kam es hier langfristig wiederum zu Verhaltensänderungen, der Bürgerrechtserwerb

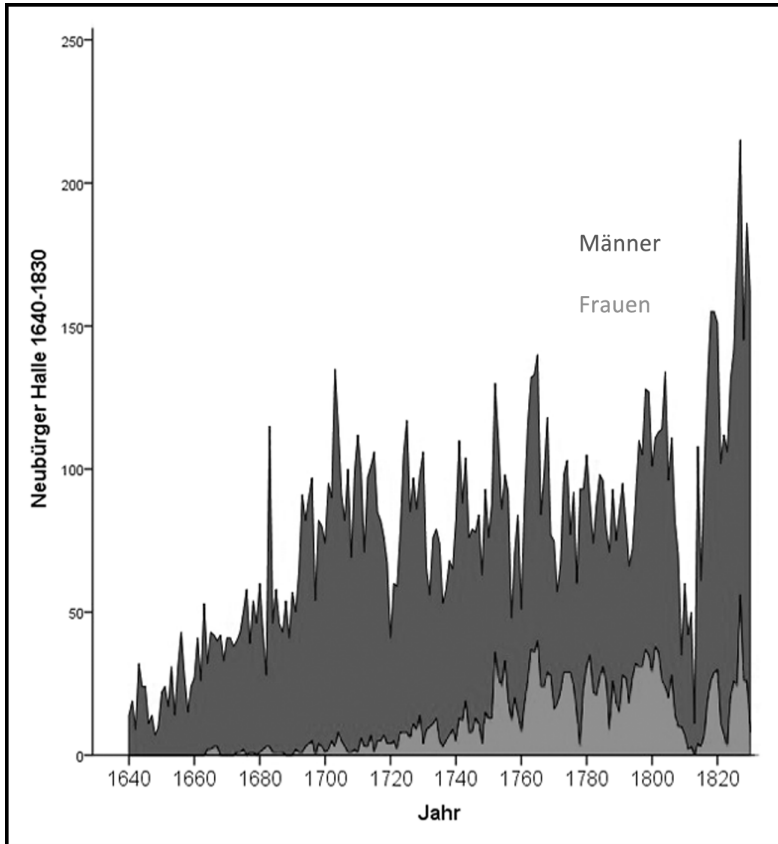
---

<sup>81</sup> WOLF OSCHLIES, *Die Arbeits- und Berufspädagogik August Hermann Franckes*, Witten 1969, besonders S. 59 f., 200 f.

<sup>82</sup> Ebd., S. 65 f., 85-90.

von Frauen erfolgte nun eher diskontinuierlich. Schließlich schränkte die preußische Regierung diese Möglichkeiten 1831 rechtlich stark ein.<sup>83</sup>

Abbildung 5: Bürgerrechtsgewinn in Halle, 1640–1830<sup>84</sup>



<sup>83</sup> Das beginnende 19. Jahrhundert machte dieser Entwicklung wenigstens vorläufig ein Ende. Hier trafen zwei Entwicklungen aufeinander: einerseits die napoleonische Zeit, andererseits die Neukonstitution des preußischen Staats. 1808 bestimmte die preußische Städteordnung die Ausgestaltung eines individuelleren Bürgerrechts, das auf eine basale politische Mitbestimmung aller Bürger abzielte. Dies führte auf der anderen Seite zur Einschränkung der Rechte von Frauen, am Bürgerrecht überhaupt noch zu partizipieren. Namentlich für verheiratete Frauen und ledige Töchter schränkte besonders die Neufassung dieser Ordnung im Jahr 1831 erheblich ein; UTE FREVERT, „Mann und Weib, und Weib und Mann“. Geschlechter-Differenzen in der Moderne, München 1995, S. 74-82.

<sup>84</sup> Stadtarchiv Halle, Handschriften B 1, Bürgerbuch 1400–1830, 2 Bde.

Auch langfristig gesehen offenbart bereits eine eher oberflächliche Betrachtung der hallischen Erwerbsbiografien deutliche Anpassungsleistungen an sich verändernde Gesellschaftsstrukturen und wirtschaftliche Krisensituationen. Die ökonomische Potenz der Stadt wird gemessen an den Leistungs- und Wachstumsparametern des 19. und 20. Jahrhunderts, also an modernen Maßstäben mit stark modernisierungstheoretischen Implikationen.<sup>85</sup> Geschaut wird immer wieder auf die „überkommenen“ Strukturen einer überlebten und in Auflösung begriffenen Gesellschaft. Die Wirtschaftshistoriker Halles diagnostizierten dies vorrangig aufgrund der mangelhaften Technisierung, der fehlenden Manufakturen und vor allem der „Überfüllung“ bzw. Überbesetzung des Handwerks<sup>86</sup> am Ende des 18. Jahrhunderts. Misselwitz berechnete 625 selbständig Gewerbetreibende auf 10.000 Einwohner 1803 als höchsten in Halle je erreichten Wert.<sup>87</sup>

Dabei bleibt jedoch unklar, was dieser Wert der „Überfüllung“ eigentlich misst. Der von Werner Freitag doch fast ein wenig bedauerte gesellschaftliche Wandel Halles von einer Residenz- zu einer Militärstadt zog natürlich Konsequenzen nach sich. Dieser Wandel offenbart gerade im Marienviertel, also der größten und reichsten Gemeinde, den Funktionsverlust für die Stadt, ebenso jedoch die Funktionsgewinne. Halle büßte zahlreiche privilegierte Beamte und prestigeträchtige Funktionsträger ein, damit wanderte eine kapitalträchtige Bevölkerungsschicht ab.<sup>88</sup> Mit dem Militär entwickelte sich nun der größte potentielle „Arbeitgeber“ der Stadt. Insgesamt wäre zu hinterfragen, welchen Bedarf an handwerklichen Produkten und Nahrungsmitteln das nichtproduzierende Militär und die Universität in Halle erzeugten. Keineswegs war damit jedenfalls eine relative Zunahme des Handwerks verbunden. Ganz im Gegenteil ist dessen kontinuierliche, langfristige Schrumpfung über das gesamte 18. Jahrhundert zu verfolgen.

Einschneidende Veränderungsschübe erlebte das Gewerbe vor allem mit Beginn der preußischen Zeit, gleich im Anschluss an die Pest von 1682.

---

<sup>85</sup> Im Falle Halles systematisierend FREITAG, Eine andere Sicht, hier besonders S. 311 f.

<sup>86</sup> ALFRED MISSELWITZ, Die Entwicklung des Gewerbes in Halle während des 19. Jahrhunderts, Jena 1913, S. 19 f.; FREITAG, Eine andere Sicht, passim; HECHT, Pauperismus, S. 101.

<sup>87</sup> MISSELWITZ, Die Entwicklung, S. 19.

<sup>88</sup> FREITAG, Eine andere Sicht, S. 297 f.



Tabelle 1: Berufsstruktur erwachsener Verstorbener der hallischen Kirchengemeinde „Unser Lieben Frauen“, 1670–1820<sup>89</sup>

	1670–1699	1700–1759	1760–1799	1800–1820	Gesamt
Militär	3,9 %	11,4 %	24,0 %	23,8 %	18,9 %
Handwerk	27,7 %	19,5 %	16,3 %	17,9 %	18,9 %
Textilproduktion („Neues Gewerbe“)	4,0 %	10,2 %	10,5 %	10,0 %	9,3 %
Bildung, Kirche	10,5 %	10,3 %	9,5 %	7,2 %	9,2 %
Lohnarbeit	5,7 %	10,9 %	8,2 %	8,2 %	8,3 %
Nahrungsgewerbe	8,2 %	5,9 %	7,8 %	8,5 %	7,7 %
Dienstleistung, Transport	9,9 %	10,8 %	7,8 %	9,2 %	8,9 %
Beamte	16,2 %	8,8 %	7,7 %	6,9 %	9,0 %
Salzproduktion	8,1 %	5,6 %	4,5 %	3,4 %	5,0 %
Bau- und Metall	5,2 %	5,8 %	2,6 %	3,5%	3,7 %
Landwirtschaft	0,4 %	0,9 %	1,1 %	1,4 %	1,0 %

Viele Familien nahmen ihr Handwerk nach der Pestwelle nicht wieder auf, etwa weil die Eltern oder auch nur ein Elternteil gestorben waren.<sup>90</sup> Attraktivität besaßen für die nachfolgende Generation eher das durch die Migranten mitgebrachte Textil- und Luxusgewerbe sowie das Militär. Beide Branchen erlaubten offenbar einen einfachen und schnellen beruflichen Einstieg oder Quereinstieg in die Stadt. Die Epidemie begünstigte also die Entstehung von Lohnarbeit. Ein immer wieder von der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung beklagter Rückgang der „neuen“ Textilproduktion lässt sich bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts nicht feststellen.

Ein zweiter Veränderungsschub in der Berufsstruktur erfolgte mit der Teuerungskrise in den 1750er Jahren und dem Siebenjährigen Krieg, blieb

<sup>89</sup> Ausgewertet werden hier Todesfälle ab einem Lebensalter von 14 Jahren. Die Zeitschnitte wurden entlang Veränderungsprozessen gewählt. Sterberegister der Marienkirche Halle, 1670–1820, Marienbibliothek Halle. Die Datenerhebung erfolgte im Rahmen des von der Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung unterstützten Projekts: „Erwerbsbiographie und Lebenslauf in der städtischen Gesellschaft des 18. Jahrhunderts“.

<sup>90</sup> Dazu auch Stadtarchiv Halle, Handschriften, C1, Hauptbuch der Stadt Halle über die gewöhnlichen Unpflichten Marien-, Ulrichs-, Moritz- und Nicolaiviertel ab 1665.

jedoch deutlich über die Ereignisse hinaus existent. Fast ein Viertel der erwachsenen Verstorbenen der Mariengemeinde gehörte seit diesem Zeitpunkt bis ins 19. Jahrhundert hinein dem Militär an.<sup>91</sup> Dabei ist eine sehr enge Verzahnung von Handwerk, textiler Produktion, Nahrungsgewerbe und Militärgesellschaft erkennbar.<sup>92</sup> Vielleicht bedingte gerade diese Häufigkeit von Mischerwerbsstrategien auch die Vielzahl der Gewerbestellen, da nur saisonal produziert wurde. Insgesamt deuten sie auf recht flexible Anpassungsleistungen von Erwerbsmustern.

Exemplarisch und rudimentär offenbaren die Lebensverläufe bestimmte serielle „Brüche“ in Erwerbsbiografien. Damit können Generationszusammenhänge analysiert werden, die sich an spezifische krisenhafte Ereignisse anlagern. Dies sind zwischen 1670 und 1820 vor allem die Pestepidemie von 1682, die Teuerungskrise von 1751 bis 1753 in Verbindung mit dem Siebenjährigen Krieg sowie die Teuerungskrise von 1805 (mit Hungertumult) und die napoleonische Besetzung. Vorrangig sind es weder die Teuerungskrisen noch die Epidemien, sondern vor allem der Krieg, der zu Zäsuren und erwerbsspezifischen Brüchen führt. Die Beziehungen zwischen Sterblichkeitsrisiko, Naturkatastrophe und Teuerungskrise sind nicht eindimensional zeitlich oder kausal fixiert. Grundsätzlich gab es daher im 18. Jahrhundert in Halle keine in ihren Ursachen oder Abläufen fest zu definierende Krise „alten Typs“.

Es macht aber auch keinen Sinn, von einer Art Übergangskrise zwischen vormoderner und moderner Krise („mittlerer“ Krise) zu sprechen. Jede Krise hatte für sich ganz spezifische Bedingungen und Wirkungen. Alle drei Typen offenbaren jedoch erwerbsspezifische Reaktionsformen, die nicht unbedingt ökonomischer Natur waren. Sie verdichteten Prozesse gesellschaftlicher Modernisierung, indem sie zu Verhaltensänderungen zwangen, die dann häufig über die Krise fortdauernd beibehalten wurden.<sup>93</sup>

Diese Problematik ergab sich jedoch viel eher durch die familiengebundene Ausgestaltung von Arbeit als durch von demografischen Ereignissen

---

<sup>91</sup> Für Halle schätzt Ute Fahrig in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine Besatzung von ca. 200-400 Soldaten (bei ca. 14.000 Einwohnern), vgl. UTE FAHRIG, „Er hätte eben nicht über die Soldaten zu klagen, daß sie ihm malefiziret hätten“ – brandenburg-preußisches Militär in Halle (1680–1740), in: *Geschichte der Stadt Halle*, Bd. 2, S. 430-446, hier S. 434. Werner Freitag geht dagegen von einem Viertel der Bevölkerung aus. Es muss offen bleiben, ob die Nähe von Garnison und Mariengemeinde hier zu einer besonders starken Wohnbesetzung durch das Militär geführt hat.

<sup>92</sup> Neben den Zahlen in Tab. 1 vgl. auch FAHRIG, S. 441 f.

<sup>93</sup> FREITAG, *Eine andere Sicht*, S. 297.

ausgelösten Absatzschwankungen. Den innerfamiliären und damit erwerbsspezifisch-ökonomischen Auswirkungen von Krisen weiter nachzugehen, dürfte insgesamt eine noch wichtige Aufgabe zur Historisierung der Krisenforschung der Vormoderne sein.

WERNER SCHELTJENS

## DIE KRISENHAFTEN AUSWIRKUNGEN DER TEILUNGEN POLENS AUF DIE STRUKTUR DES OSTSEEHANDELS, 1772–1846

Bislang wurden Fragen bezüglich der Teilungen Polens meist im Kontext soziologischer, politischer oder kultureller Forschung behandelt. Eine generelle Sicht ihrer ökonomischen Auswirkungen auf die Menschen, die annektierenden Mächte und auf Europa als Ganzes ist bisher nicht entwickelt worden. Führende Historiker der polnischen Geschichte, wie beispielsweise Jerzy Topolski, haben jedoch wiederholt angedeutet, dass die Teilungsmächte vor allem durch wirtschaftliche Motive vorangetrieben worden seien, was dann erst die historiografisch viel diskutierten sozialen, politischen und kulturellen Folgen nach sich zog.<sup>1</sup> Die weitgehenden ökonomischen Auswirkungen der Teilungen Polens zeigen sich darüber hinaus in der Historiographie der Wiedervereinigung Polens nach 1918 sowie in der Gegenwart.<sup>2</sup>

Da bisher lediglich begrenzte Aufmerksamkeit auf diese Gründe und die Langzeitauswirkungen der ökonomischen Strategien auf den früheren Doppelstaat mit seinen Einwohnern gerichtet wurde, möchte dieser Aufsatz zumindest einen Ansatz bieten, um diese Lücke zu schließen. Deswegen werden die Teilungen von 1772, 1793 und 1795 sowie die

---

<sup>1</sup> JERZY TOPOLSKI, *Gospodarka*, in: *Polska w epoce Oświecenia. Państwo – społeczeństwo – kultura*, hg. v. BOGUSŁAW LEŚNODORSKI, Warszawa 1971, S. 171-211, hier S. 209; zitiert nach ZBIGNIEW LANDAU / JERZY TOMASZEWSKI, *Wirtschaftsgeschichte Polens im 19. und 20. Jahrhundert* (ins Deutsche übertragen und hg. v. BERTHOLD PUCHERT), Berlin 1986, S. 7 f.

<sup>2</sup> Vgl. dazu zum Beispiel folgende Studien: NIKOLAUS WOLF, *Endowment vs. Market Potential. What Explain the Relocation of Industry after the Polish Reunification in 1918?*, in: *Explorations in Economic History* 44 (2007), H. 1, S. 22-42; DERS., *Path Dependent Border Effects. The Case of Poland's Reunification (1918-1939)*, in: *Explorations in Economic History* 42 (2005), H. 3, S. 414-438; IRENA GROSFELD / EKATERINA ZHURAVSKAYA, *Persistent Effects of Empires. Evidence from the partitions of Poland*. PSE [Paris School of Economics] Working Papers 2013-05. 2013 <halshs-00795231>.

weiteren Entwicklungen des frühen 19. Jahrhunderts – einerseits die Schaffung des Herzogtums Warschau (1807 bis 1815) und andererseits die Gründung des sogenannten Königreichs Polen (1815 bis 1830) – aus einer maritimen Perspektive analysiert. Entlang der Küsten der ehemaligen *Rzeczpospolita* verursachten die Teilungen grundsätzliche Veränderungen, wobei die Auswirkungen der wirtschaftspolitischen Eingriffe Preußens und Russlands im Zentrum der Analyse stehen. Obwohl auch Hafenstädte wie etwa Danzig oder Königsberg betroffen waren, haben sich Historiker bislang hauptsächlich für die wirtschaftlich-geographische Entwicklung der Küstengebiete interessiert. Hier wird hingegen die Frage gestellt, welche Folgen die Teilungen sowie die damit verbundenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen insgesamt auf die Struktur des Ostseehandels hatten. Im Fokus stehen dabei die Entwicklungen entlang der pommerschen, westpreußischen und ostpreußischen Gestade – besonders aber die Stadt Stettin.

### Historiographie

Die Geschichtsschreibung zur wirtschaftlichen Entwicklung der Ostseeküsten zwischen der ersten Teilung 1772 und der Eingliederung Krakaus ins Habsburgerreich 1846 lässt sich im Großen und Ganzen in drei Themenbereiche einordnen: erstens die Erfassung statistischer Quellen über den Handel und die Schifffahrt einzelner Häfen, zweitens die Analyse maritim-ökonomischer Entwicklungen in der Region Pommern sowie drittens die Betrachtung der Entwicklung der Ostseeküsten als Teil der preußischen Wirtschaftsgeschichte. Doch trotz der Vielzahl statistischer Auswertungen zu Handel und Schifffahrt einzelner Häfen<sup>3</sup> ist die Histo-

---

<sup>3</sup> Zum Beispiel: JERZY WIŚNIEWSKI, *Początki układu kapitalistycznego (1713–1805)*, in: *Dzieje Szczecina*, Bd. 2: *Wiek X–1805*, hg. v. GERARD LABUDA, Warszawa 1963, S. 418–649; RADOŚLAW GAZIŃSKI, *Handel morski Szczecina w latach 1720–1805*, Szczecin 2000; ROLF STRAUBEL, Stettin als Handelsplatz und wirtschaftlicher Vorort Pommerns im spätabolutistischen Preußen, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ost-Deutschlands* 50 (2004), S. 131–190. Für einen Überblick von weiteren relevanten Publikationen bis 2000 vgl. GAZIŃSKI, *Handel*, S. 9–18. Zusätzlich sind auch folgende, durch eine breitere Perspektive gekennzeichnete Arbeiten beachtenswert: PAWEŁ KOZŁOWSKI, *Rekonstruktion der preussischen Handelsflotte sowie Probleme der Schifffahrt und Häfen der südlichen Ostseeküste 1793–1830*, Potsdam 1999; EDWARD WŁODARCZYK, *Die bahnbrechende Bedeutung des 19. Jahrhunderts für die Entwicklung der Seewirtschaft Pommerns (bis 1918)*, in: *Studia Maritima* 16 (2003), S. 157–179; DERS., *The Evolution of the Maritime Function of the 19<sup>th</sup> Century Pomeranian Port Towns*, in: *Studia Maritima* 24 (2011), S. 147–157.

riographie des Stettiner Handels vergleichsweise übersichtlich: Außer den Arbeiten von Jerzy Wiśniewski, Radosław Gaziński und Rolf Straubel sind die ausführlichen Aufsätze von Theodor Schmidt, Martin Wehrmann und Heinz Hinkel die einzigen grundlegenden Werke für das 18. und die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts.<sup>4</sup> Manchmal werden auch ältere, zeitgenössisch publizierte Materialien genutzt. Ein gegenwärtiger Versuch, die Schifffahrtsstatistiken für Stettin zu überprüfen, zeigt sowohl die Vielfalt an vorhandenen Angaben als auch die beschränkten Erkenntnismöglichkeiten, die solche summarischen Daten dem Forscher bieten.<sup>5</sup> Die Häufigkeit von Schiffsbewegungen bleibt oft die einzige Variable.<sup>6</sup> Auf deren Basis lassen sich aber zumindest Zeitreihen erstellen, aus denen man auf die Entwicklung einzelner Häfen schließen kann.<sup>7</sup>

Nennenswert sind in dieser Hinsicht die Arbeiten von Edward Włodarczyk, die sich mit der Region *Pomorze* und deren maritim-ökonomischer Entwicklung als Teil Preußens befassen.<sup>8</sup> Obwohl Włodarczyk im Grunde genommen eine qualitative Analyse unternimmt, worin die Häufigkeit von Schiffsbewegungen nur eine illustrierende Rolle spielt, beschreibt er überzeugend, dass die kleinen Häfen im Oderdelta, wie etwa Anklam, Alt- und Neuwarp (polnisch: Nowe Warpno), Wollin (polnisch:

---

<sup>4</sup> THEODOR SCHMIDT, Geschichte des Handels und der Schifffahrt Stettins, in: Baltische Studien 19 (1863), H. 2, S. 1-100; DERS., Geschichte des Handels und der Schifffahrt Stettins, in: Baltische Studien 20 (1864), H. 1, S. 165-273; DERS., Beiträge zur Geschichte des Stettiner Handels. Die Stettiner Schifffahrt unter Friedrich dem Großen, in: Baltische Studien 21 (1866), H. 2, S. 168-236; DERS., Zur Geschichte des Handels und der Schifffahrt Stettins. Fortsetzung. Der Handel unter Friedrich Wilhelm II, in: Baltische Studien 25 (1875), H. 2, S. 1-160; MARTIN WEHRMANN, Geschichte der Stadt Stettin, Stettin 1911; HEINZ HINKEL, Schiffsbestand und Schiffer in den Häfen Pommerns, sowie Angaben über die Fischerei im 18. Jahrhundert (nach Johann Christian Brandes), in: Baltische Studien 53 (1967), S. 71-82.

<sup>5</sup> MICHAŁ KNITTER, Verifizierung von Schifffahrtsstatistiken des Stettiner Hafens in der zweiten Hälfte des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts, in: Studia Maritima 25 (2012), S. 23-50.

<sup>6</sup> Ebd., S. 28.

<sup>7</sup> Klassisch sind die Studien, basierend auf der tabellarischen Darstellung der dänischen Sundregistern; vgl. NINA BANG / KNUD KORST, Tabeller over Skibsfart og Varentransport gennem Øresund 1497-1660, København 1906-1922. Weitere Beispiele sind: FRAUKE RÖHLK, Schifffahrt und Handel zwischen Hamburg und den Niederlanden in der zweiten Hälfte des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts, Wiesbaden 1973. Für ein gegenwärtiges Forschungsbeispiel, das im Grunde genommen auf der Häufigkeit der Schiffsbewegungen basiert: MAGNUS RESSEL, Swedisch Pomeranian Shipping in the Revolutionary Age (1776-1815), in: Forum Navale 68 (2012), S. 65-103.

<sup>8</sup> WŁODARCZYK, The Evolution, S. 147-157.

Wolin) und Cammin (gelegentlich auch Kammin, polnisch: Kamień Pomorski) in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts unterschiedlichen Entwicklungen unterlagen. Während die am Ostrand gelegenen Häfen ihre Rolle in der Seeschifffahrt verloren, blieben die westlichen Orte auch im 19. Jahrhundert noch aktiv.<sup>9</sup>

Obwohl für eine grundsätzliche Erklärung dieses Phänomens nicht genügend Daten vorhanden sind, weist die Entwicklung deutlich auf die beherrschende Rolle Stettins hin, welche ab der Jahrhundertwende immer stärker wird. Manchmal werden detaillierte Übersichten von transportierten Gütervolumina angeführt, wie etwa in den Statistiken des Güterverkehrs Danzigs von Czesław Biernat, in den statistischen Angaben zum Import und Export Stettins von Gaziński oder in Straubels ausführlichen deskriptiven Analysen des Stettiner Handels im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, welche auf den von Hugo Rachel publizierten statistischen Quellen basieren.<sup>10</sup>

Eine allgemeine Bewertung von Transportvolumina bleibt jedoch fast unmöglich, da Maße und Gewichte normalerweise nicht berücksichtigt werden, obwohl hier Wertangaben gelegentlich Auskunft bieten können. Die Erstellung von Zeitreihen, basierend auf der Häufigkeit von Schiffsbewegungen, erfolgt in der Regel auf Kosten der räumlichen Perspektive, während die Erstellung von Kreuztabellen, die auf nicht-standardisierten Volumina beruhen, oft auf Kosten der zeitlichen Perspektive stattfindet.<sup>11</sup> Bei Kreuztabellen können zudem nur zwei Variablen erfasst werden: eine in Spalten und eine in Reihen. Da die Komplexität der Güterregistrierungen in frühneuzeitlichen Quellen das Hochrechnen von einzelnen Angaben nicht ermöglicht, ist der Forscher gezwungen, zwischen den relevanten Variablen eine Auswahl zu treffen, meistens zugunsten der Güter- und Ortsangaben, viel seltener zugunsten der zeitlichen Perspektive. Dazu kommt, dass die meisten Quellen nur einen kurzen Zeitraum berücksichtigen, wobei eher selten sowohl die Periode vor den napoleo-

---

<sup>9</sup> Ebd., S. 148.

<sup>10</sup> Zum Beispiel: CZESŁAW BIERNAT, *Statystyka obrotu towarowego Gdańska w latach 1651–1815*, Warszawa 1962; HUGO RACHEL, *Die Handels-, Zoll- und Akzisepolitik Preußens 1740–1786*, Bd. 3, Berlin 1928, S. 491–519; weitere Titel sind bei KNITTER, *Verifizierung* (Anm. 5) erhältlich.

<sup>11</sup> WERNER SCHELTJENS, *Maße und Gewichte. Konvertierungsmöglichkeiten am Beispiel der Sundzollregister*, in: *Wiegen – Zählen – Registrieren. Handelsgeschichtliche Massenquellen und die Erforschung mitteleuropäischer Märkte (13.–18. Jahrhundert)*, hg. v. PETER RAUSCHER / ADREA SERLES, Innsbruck u. a. 2015, S. 455–479.

nischen Kriegen als auch die nach dem Wiener Kongress ins Blickfeld rückt.<sup>12</sup>

Eine breitere geographische Perspektive bieten Studien zur preußischen Ökonomie im 18. und 19. Jahrhundert, wobei ein wirtschaftspolitischer Fokus oft dominierend ist. Das Ausmaß und die quantitative Darstellung zentraler Variablen wie Urbanisierung, demografische Entwicklung, Gewerbeproduktion oder gutswirtschaftliche Erträge stehen vergleichsweise weniger im Zentrum. Oft ist die 1772 gegründete preußische Seehandlung der Ausgangspunkt, vor allem aber werden ihre gewerblichen Tätigkeiten und ihr Einfluss auf die (frühe) Industrialisierung Preußens berücksichtigt.<sup>13</sup> Die Küsten, mit Ausnahme der großen Häfen,<sup>14</sup> geraten weniger ins Blickfeld als die industrialisierenden, ländlichen Regionen, obwohl dazu eine regional und lokal geprägte Historiographie vorhanden ist.<sup>15</sup>

Auffällig ist, dass der Ostseeraum in der Forschung hauptsächlich als eine Art Binnensee begriffen wird, der für den internationalen Handel schlechte Voraussetzungen bot und im Vergleich mit den Nordseehäfen Bremen und Hamburg nicht konkurrenzfähig war.<sup>16</sup> In einer solchen Interpretation spiegelt sich das traditionelle Bild von der Verlagerung des internationalen Handels an die atlantischen Küsten wider. Gleichzeitig wird aber die Bedeutung des über den dänischen Sund laufenden Zugangs zur globalen Ökonomie für den gesamten zentral- und osteuropäischen Wirtschaftsraum stark unterschätzt.

---

<sup>12</sup> Straubel berücksichtigt die Periode bis 1806. Gaziński's repräsentative Arbeiten berücksichtigen auch meistens die Periode bis 1806. Biernat führt bis 1815 laufende Statistiken für Danzigs Export auf. Dem gegenüber steht Radtkes Monographie zur Seehandlung, die erst 1820 einsetzt: WOLFGANG RADTKE, *Die preußische Seehandlung zwischen Staat und Wirtschaft in der Frühphase der Industrialisierung*, Berlin 1981.

<sup>13</sup> ROLF STRAUBEL, *Carl August von Struensee. Preußische Wirtschafts- und Finanzpolitik im ministeriellen Kräftespiel (1786–1804/06)*, Potsdam 1999, S. 225–284.

<sup>14</sup> Für die großen Häfen, vor allem Danzig, in bestimmtem Maß auch Stettin, steht eine umfangreiche Literatur zur Verfügung, die aber einen starken Fokus auf das Zeitalter bis 1806 zeigt und viel weniger auf die weitere Entwicklung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eingeht.

<sup>15</sup> Vgl. dazu zum Beispiel die bibliographischen Übersichten in „Bibliografia Pomorza Zachodniego. Piśmiennictwo krajowe“ sowie in „Bibliografia Pomorza Zachodniego. Piśmiennictwo zagraniczne“.

<sup>16</sup> RADTKE, *Die preußische Seehandlung*, S. 250 f.



## Quellen und Methode

Die dänischen Sundregister sind die Unterlagen des Zolls, der beim dänischen König von allen Schiffen, welche den Sund passierten, erhoben wurde. Die Register werden im dänischen Nationalarchiv aufbewahrt. Sie umfassen fast 700 Zollbücher mit Einträgen zwischen 1497 und 1857, die etwa 1,8 Millionen Durchfahrten erfassen. Eine fast ununterbrochene Serie erstreckt sich über den Zeitraum von 1574 bis 1857. Für jede individuelle Durchfahrt, östlich oder westlich, sind der Name des Schiffers, seine Heimat, sein Abfahrts- und sein Bestimmungshafen, die Ladung und die geschuldeten Zölle verzeichnet. Im Rahmen des Projektes *Sound Toll Registers Online* (STRO, [www.soundtoll.nl](http://www.soundtoll.nl)) wurde von 2009 bis 2013 eine elektronische Datenbank der gesamten Aufstellungen für den Zeitraum von 1633 bis 1857 realisiert. Diese Datenbank beinhaltet in Form eines Verzeichnisses von Varianten und Standardformen erste Ansätze zur Metrologie und Produktnomenklatur, jedoch kam es noch nicht zur Standardisierung von Maßen, Gewichten und Produkten. Im Rahmen einer Publikation von Import- und Exportstatistiken der wichtigsten Häfen im Ostseeraum zwischen 1670 und 1850 wurde aber eine Konvertierung unternommen,<sup>17</sup> die uns jetzt in die Lage versetzt, das in der Historiographie verfestigte Bild der Küsten nach den Teilungen Polens zu ergänzen und manchmal zu korrigieren.

Die dänischen Sundregister sind aus drei Gründen von Vorteil in der nachfolgenden Analyse: Erstens bieten sie nicht nur eine maritime Perspektive, sondern erlauben es, Globalisierungsprozesse im internationalen Handel und der Schifffahrt am Vorabend der Moderne zu erkennen. Zweitens ermöglichen die Daten dank ihrer detaillierten und fast vollständigen Fassung einen Gesamtblick auf die Ostseeküsten nach den Teilungen, womit die bisher auf die lokale Ebene beschränkte Darstellung zumindest teilweise erweitert werden kann. Drittens sind die dänischen Sundregister besonders für den oben genannten Zweck dieses Aufsatzes geeignet, weil sie sowohl die internationale Güterströme zwischen Ostsee, Nordsee und Atlantik beinhalten, als auch einen einzigartigen Blick auf die Transporteure – also die Schiffer – ermöglichen, die diese in die Tat umsetzten. In diesem Kontext sind die Angaben über die Herkunft der Schiffer von besonderer Bedeutung, weil sie die notwendigen Grundlagen für die Analyse eines bislang immer noch viel zu wenig erforschten Wirtschaftszweiges darstellen: des maritimen Transportdienstleistungsge-

---

<sup>17</sup> Diese Konvertierung ist Teil des Habilitationsvorhabens des Verfassers.

schäfts. Im Folgenden wird versucht, den Strukturwandel im Ostseehandel quantitativ darzustellen sowie die wichtigsten Umbrüche zu identifizieren. Dabei beschränkt sich die Analyse hauptsächlich auf die strukturellen Umbrüche im internationalen Güterverkehr Stettins, wobei seine Entwicklung mit jener des Danziger Hafens verglichen wird. Daran anschließend bleibt die Untersuchung der wirtschaftspolitisch begründeten Konkurrenz der Oderschifffahrt mit dem Güterverkehr auf der Elbe im kontrastierenden Vergleich von Hamburger und Lübecker Häfen mit dem Güterverkehr Stettins ein wichtiges Desiderat.

Die Untersuchung stellt die Entwicklung des internationalen maritimen Warenverkehrs über Stettin zwischen 1772 und 1846 quantitativ dar. Dabei wird ein Vergleich mit den wichtigsten Konkurrenten Stettins in der Ostsee unternommen: Danzig, Königsberg und Pillau (russisch: Baltijsk). Weil strukturelle Änderungen im Güterverkehr fast für jedes Produkt unter anderen Bedingungen stattfanden, ist ihre vollständige Bearbeitung im Rahmen eines Aufsatzes leider nicht möglich. Die Analyse beschränkt sich daher auf den Import der überseeischen Waren Kaffee, Zucker, Tee, Mandeln und Rosinen einerseits, und auf den Export von Weizen, Gerste und Roggen andererseits. Zusätzlich wird auf die Entwicklung maritimer Transportdienstleistungen als „neuem“ Zweig in der Wirtschaft Preußens eingegangen.

## Export

Der baltische Getreideexport, der sich seit den letzten Dekaden des 17. Jahrhunderts in einer strukturellen Krise befand, erlebte gerade in den 1760ern unter dem Einfluss des Bevölkerungswachstums in Westeuropa seinen ersten Aufschwung seit fast hundert Jahren.<sup>18</sup> In der zweiten Hälfte der 1760er wurde von Danzig dreimal so viel Getreide exportiert wie zehn Jahre zuvor (siehe Abbildung 1). Auch in Königsberg, Memel (litauisch: Klaipėda) und Pillau lässt sich eine ähnliche Entwicklung feststellen, während Stettin immerhin ein unregelmäßiger Teilnehmer an den Getreideexporten blieb. Der Aufschwung war kurzfristig, weil Preußen zur Zeit der ersten Teilung einen Wirtschaftskrieg gegen Danzig auslöste, um Polen im internationalen Güterverkehr möglichst stark zu behindern.<sup>19</sup> In

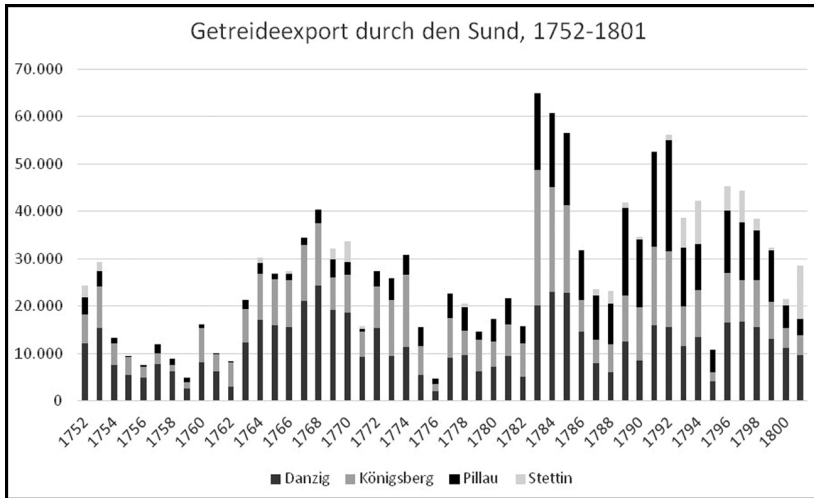
---

<sup>18</sup> MILJA VAN TIELHOF, *The „Mother of all Trades“. The Baltic Grain Trade in Amsterdam from the Late 16<sup>th</sup> to the Early 19<sup>th</sup> Century*, Leiden 2002.

<sup>19</sup> RACHEL, *Die Handels-, Zoll- und Akzisepolitik*, S. 397-409, 459-487.

den ersten Jahren nach 1772 wurden zuerst die Städte Elbing und Bromberg (polnisch: Elbląg und Bydgoszcz) durch neue Zollverordnungen gegenüber Danzig bevorteilt.

Abbildung 1: Getreideexport durch den Sund 1752 bis 1801. Quelle: STRO.



Obwohl eine Interpretation der vorliegenden Daten sehr kompliziert ist und eine Vielfalt an lokalen, regionalen und internationalen wirtschaftspolitischen Entwicklungen berücksichtigen muss, lassen sich trotzdem anhand der zusammengefassten Exportzahlen einige grundlegende Tendenzen identifizieren: Zuerst entfaltete sich ein „Kampf gegen Danzig“,<sup>20</sup> der sowohl zollpolitische als auch infrastrukturelle Maßnahmen beinhaltete. In den Vorstädten Danzigs wurden neue Zollkammern eingerichtet,<sup>21</sup> der Transitzoll in Elbing aufgehoben „weil man ihn für den Handel Elbings über Pillau schädlich findet“<sup>22</sup> und in Bromberg ein Zoll angelegt, „der allerdings vernünftige Principien und Sätze haben muss, so dass diese Stadt alle denkbaren Vorteile gegen Danzig durch ihre Lage gewinnen kann.“<sup>23</sup>

<sup>20</sup> Nach ebd., S. 397-409; STRAUBEL, Stettin, S. 136.

<sup>21</sup> RACHEL, Die Handels-, Zoll- und Akzisepolitik, S. 398.

<sup>22</sup> Ebd., S. 397.

<sup>23</sup> Ebd., S. 407.

Der letzte Punkt steht in Zusammenhang mit infrastrukturellen Maßnahmen, die Preußen in den neuen Gebieten begann, wie dem Bau des Bromberger Kanals zwischen Drahe und Netze, der einen Wasserweg zwischen Weichsel und Oder schuf.<sup>24</sup> Später, 1783, wurde der Nogat – ein Nebenfluss der Weichsel – durch den Kraffohlkanal mit Elbing verbunden.<sup>25</sup>

Der Effekt dieser Maßnahmen lässt sich leicht zeigen. Das bevorzugte Elbing und die damit zusammenhängende Ausfuhr über Pillau führten in den 1770ern zu einem deutlichen Wachstum, wodurch der Getreideexport über Königsberg und Pillau den aus Danzig überholte. Gleichzeitig muss aber auch festgestellt werden, dass die Gesamtmenge in den ersten Jahren nach 1772 zurückging, unter anderem, weil die polnischen Händler ihre Vorräte so lange wie möglich zurückzuhalten versuchten.<sup>26</sup> Einen richtigen Aufschwung erlebten die Getreideexporte preußischer Städte erst in den frühen 1780ern, wobei auffällig ist, dass sie in allen in der Graphik verzeichneten Häfen stark anstiegen. Im Vergleich mit Königsberg und Pillau blieben Danzigs Zahlen aber stark zurück. Nach der zweiten Teilung Polens fanden weitere strukturelle Änderungen statt, die die Eingliederung Südpreußens in die preußische Wirtschaft verursachten. Mit dieser Region wurde ein Getreideüberschüsse produzierendes Gebiet erworben, das relativ gute Verkehrsverbindungen mit Stettin aufwies.<sup>27</sup> Zwischen 1793 und der Jahrhundertwende kamen etwa 5.000 Tonnen Getreide aus dieser Stadt durch den Sund. Ein erster Höhepunkt war 1801 erreicht, als Stettin 11.328 Tonnen Getreide ausfuhrte, was die Mengen von Danzig (9.699 Tonnen), Königsberg (4.168 Tonnen) und Pillau (3.553 Tonnen) deutlich überstieg.<sup>28</sup>

Während der ersten Jahre des 19. Jahrhunderts konnte sich diese Entwicklung infolge der napoleonischen Kriege nicht fortsetzen. Die Voraussetzungen für den internationalen Getreidehandel änderten sich fast jedes Jahr, zwischen 1802 und 1804 sogar mit günstigen Auswirkungen für Danzig (siehe Abbildung 2). Ab 1805 und bis 1813 befand sich der Getrei-

---

<sup>24</sup> Ebd., S. 406 f., 421 f.

<sup>25</sup> Ebd., S. 422.

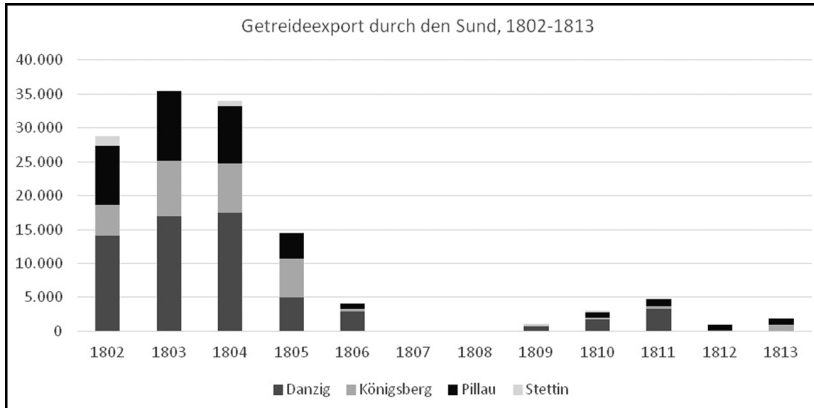
<sup>26</sup> Ebd., S. 401.

<sup>27</sup> STRAUBEL, Stettin, S. 133, 160.

<sup>28</sup> Dazu auch STRAUBEL, Carl August von Struensee, S. 112-127; STRAUBEL, Stettin, S. 140 f.

deexport offensichtlich in einer äußerst schwierigen Lage, die allerdings mit Napoleons Kontributionspolitik in Zusammenhang stand.<sup>29</sup>

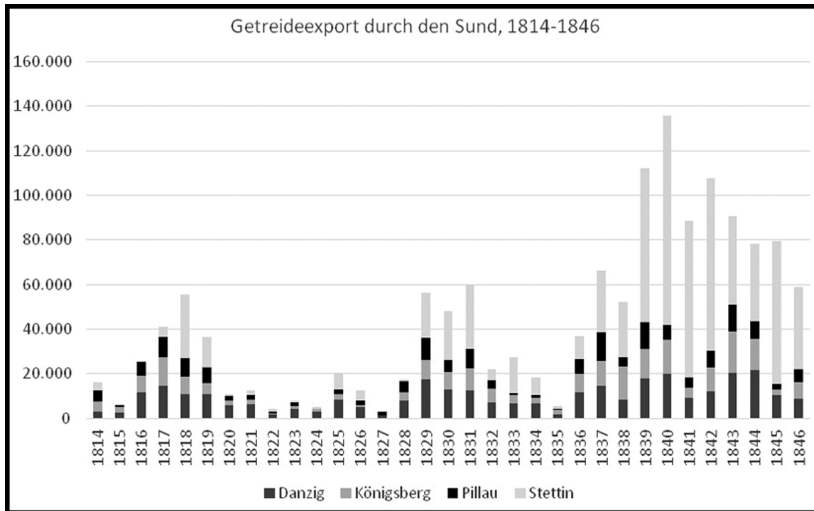
Abbildung 2: Getreideexport durch den Sund 1802 bis 1813. Quelle: STRO.



Erst 1814 änderte sich die Situation und der Getreideexport kam wieder im Schwung. Einen ersten Höhepunkt nach der napoleonischen Zeit erlebten die preußischen Getreideexporte 1816 bis 1819, als die Nachfrage in Westeuropa infolge des „Jahrs ohne Sommer“ 1816 und der Missernte 1817 sehr stark anstieg. 1816 und 1817 gelangte Getreide hauptsächlich aus Königsberg, Pillau und Danzig nach Westeuropa; 1818 und 1819 wurde das meiste Getreide aus Stettin exportiert (siehe Abbildung 3). Aber erst nach einer neuen langjährigen Krise in den 1820ern, einem kurzfristigen Aufschwung zwischen 1829 und 1831 und einem neuen Einbruch von 1832 bis 1836 setzte sich Stettin als der wichtigste Getreideexporthafen Preußens durch. Obwohl die wirtschaftliche Lage sich nicht nur für diese Stadt, sondern auch für Danzig, Königsberg und Pillau positiv entwickelte, lässt sich eine deutliche und grundsätzliche Divergenz zwischen Stettin einerseits und den anderen preußischen Häfen andererseits zeigen. Durchschnittlich wurden aus Stettin zwischen 1837 und 1846 etwa 53.000 Tonnen jährlich durch den Sund ausgeführt, während sich die Danziger, Königsberger und Pillauer Exporte auf 14.000, 11.000 und 7.600 Tonnen beschränkten.

<sup>29</sup> KARL WATZ, Napoleonische Kontributionspolitik: Die „preußischen Forderungen“ im Herzogtum Warschau, 1807–1813, in: FinanzArchiv / Public Finance Analysis 3 (1935), H. 4, S. 693-717.

Abbildung 3: Getreideexport durch den Sund 1814 bis 1846. Quelle: STRO.



Auf der einen Seite zeigte der schon ab 1772 geführte Kampf gegen Danzig seine Erfolge, auf der anderen Seite wirkte das einem weiteren Wachstum Königsbergs und Pillaus im 19. Jahrhundert entgegen. Wie lässt sich das erklären? Zuerst ist hier auf die preußischen Agrarreformen hinzuweisen, die schon in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts begonnen und durch die napoleonischen Kriege beschleunigt wurden.<sup>30</sup> In den 1820ern und 1830ern schufen unter anderem die Bauernbefreiung und die Einführung eines Hypothekenkreditsystems<sup>31</sup> weitere Grundlagen für „die Umgestaltung der traditionellen Wirtschaftsweise der Güter“. <sup>32</sup> Zweitens waren vermutlich infrastrukturelle Entwicklungen, die Verbreitung der Dampfschifffahrt sowie der beginnende Eisenbahnbau für Stettin – als „Vorort“ Berlins – vorteilhaft im Vergleich zu den anderen preußischen Hafenstädten.<sup>33</sup> Drittens spielte auch der Gegensatz von Tradition und Modernität in den internationalen Handelsbeziehungen Danziger und Königsberger beziehungsweise Stettiner Kaufleute eine Rolle.

<sup>30</sup> LANDAU / TOMASZEWSKI, Wirtschaftsgeschichte Polens, S. 15-18.

<sup>31</sup> Ebd., S. 16; RADTKE, Die preußische Seehandlung, S. 119-129.

<sup>32</sup> LANDAU / TOMASZEWSKI, Wirtschaftsgeschichte Polens, S. 18 f.

<sup>33</sup> RADTKE, Die preußische Seehandlung, S. 244-301.

Ein Vergleich der bevorzugten Routen des Getreideexports aus Danzig und Stettin zwischen 1793 und 1846 zeigt, dass die bis zum Ende des 18. Jahrhunderts wichtigste Getreideroute „Danzig-Amsterdam“ nie durch eine neue Spezialisierung ersetzt worden ist. Nach 1793 ist keine einzelne Strecke nachzuweisen, die für Danzig eine höhere Bedeutung hatte, ganz im Gegenteil: Relativ kleine Mengen Getreide (insgesamt 489.905 Tonnen) wurden im Zeitraum von 1793 bis 1846 von Danzig in insgesamt 238 verschiedene Orte in den Niederlanden (insgesamt mindestens elf Prozent, davon: Rotterdam vier Prozent, Amsterdam zwei Prozent), in Großbritannien (insgesamt mindestens 37 Prozent, davon: Liverpool drei Prozent, Newcastle drei Prozent, London zwei Prozent, Grangemouth zwei Prozent, Hull zwei Prozent) und Norwegen (insgesamt mindestens zwölf Prozent, davon: Bergen drei Prozent, Stavanger zwei Prozent, Trondheim zwei Prozent) exportiert. Keiner von diesen Bestimmungshäfen hatte einen Anteil von mehr als vier Prozent. Ganz anders verhielt es sich mit den Stettiner Exporten, die durch ein hohes Maß an Spezialisierung gekennzeichnet waren. Nicht nur wurde zwischen 1793 und 1846 deutlich mehr Getreide durch den Sund verschifft (insgesamt 766.373 Tonnen), dieses war auch viel stärker auf einzelne Städte in Großbritannien (insgesamt mindestens 71 Prozent, davon: London 27 Prozent, Hull acht Prozent, Liverpool, Newcastle fünf Prozent, Leith vier Prozent), in den Niederlanden (insgesamt mindestens neun Prozent, davon: Amsterdam sieben Prozent, Rotterdam zwei Prozent) und in Norwegen (insgesamt mindestens sieben Prozent, davon: Bergen drei Prozent) konzentriert. Diese Ausrichtung auf Großbritannien, und dabei vor allem auf London, weist darauf hin, dass über Stettin – viel mehr als über Danzig – ein Anschluss an die damals am höchsten entwickelte Nation realisiert wurde. Man könnte in diesem Sinne Stettin sogar als „Vorort der Moderne“ in der preußischen Wirtschaft bezeichnen, während Danzig und andere preußische Städte sich nicht in dieser Lage befanden.

Zusammenfassend lässt sich die Entwicklung der preußischen Getreideexporte zwischen 1752 und 1846 als das Ergebnis einer Politik interpretieren, die sich zum Ziel setzte, die wirtschaftliche Entwicklung Polens mittels prohibitiven fiskalischen Maßnahmen so stark wie möglich zu beschränken. Im Gegensatz dazu fanden die mit dem preußischen Kernland vereinigten Gebiete weitgehende Unterstützung. In diesem Sinne war die Zerstückelung der Weichsel durch politische und wirtschaftliche Grenzen von großer Bedeutung.<sup>34</sup> Der Strom hörte auf, „die Verkehrsader

---

<sup>34</sup> LANDAU / TOMASZEWSKI, *Wirtschaftsgeschichte Polens*, S. 11.

zu sein, die die polnischen Gebiete mit dem Meer verband“.<sup>35</sup> Dass Stettin und nicht Königsberg einen zunehmend größeren Teil des Ostseehandels an sich zog, war den Verbindungen zu den Wachstumsregionen Schlesien und Südpreußen (nach 1815 das Großherzogtum Posen) geschuldet, die es im ostpreußischen Hinterland nicht gab.<sup>36</sup> Dabei ist zu beachten, dass Schlesien und Südpreußen nicht nur Getreideüberschüsse lieferten, sondern zusammen mit Berlin auch als Absatzregionen für importierten Wein, überseeische Produkte und Manufakturwaren von Bedeutung waren.<sup>37</sup>

### Import

Im Vergleich mit den Getreideexporten zeigen die Importe überseeischer Waren in die preußischen Hafenstädte während und nach den Teilungen Polens eine viel weniger durch kurzfristige Veränderungen verkomplizierte Entwicklung. In den 1750ern und 1760ern war Stettin im Vergleich zu Danzig nur in bestimmten Jahren konkurrenzfähig, etwa von 1753 bis 1757, 1763 und 1767. 1772 fand ein Umbruch statt, der als eine krisenhafte Auswirkung der ersten Teilung Polens auf die Struktur der überseeischen Warenimporte interpretiert werden kann. Während 1771 der Import in Stettin (812 Tonnen) und Danzig (1.017 Tonnen) noch einen vergleichbaren Umfang hatte, erlebte Stettin im nächsten Jahr einen Anstieg von etwa 430 Prozent auf 4.397 Tonnen. Im selben Jahr verminderten sich die Importe in Danzig um etwa 36 Prozent (auf 647 Tonnen). In den nachfolgenden Jahren bis 1790 blieben die Einfuhren nach Stettin gleichmäßig hoch, während die nach Danzig nur noch einige hundert Tonnen pro Jahr ausmachten. Auf ähnliche Weise wie bei den Getreideexporten führten die hohen Weichselzölle sowie die Inbetriebnahme des Bromberger Kanals zu einer Verlagerung überseeischer Waren von Danzig weg.<sup>38</sup> Gleichzeitig wuchsen die Importe in Königsberg auf ein Niveau an, das mit dem Danzigs vergleichbar war (siehe dazu Tabelle 1).

---

<sup>35</sup> Ebd.

<sup>36</sup> STRAUBEL, Stettin, S. 136 f.

<sup>37</sup> Ebd., S. 149, 154-158.

<sup>38</sup> STRAUBEL, Stettin, S. 136.



Tabelle 1: Import von überseeischen Waren durch den Sund (in Tonnen), Fünfjahres-Mittelwerte. Quelle: STRO.

	Danzig	Königsberg	Memel	Pillau	Stettin
1752–1756	778	197	1	0	388
1757–1761	325	51	0	0	56
1762–1766	841	221	2	0	450
1767–1771	742	164	1	0	558
1772–1776	464	243	3	0	3.653
1777–1781	252	231	12	28	4.525
1782–1786	599	689	5	10	5.294
1787–1791	953	595	17	54	4.101
1792–1796	628	622	44	43	1.146
1797–1801	631	686	26	96	1.262
1802–1806	1.127	832	38	120	3.493
1807–1811	36	260	49	0	165
1812–1816	629	378	244	159	1.898
1817–1821	512	909	219	39	1.884
1822–1826	672	494	180	71	2.079
1827–1831	627	292	46	109	2.943
1832–1836	523	152	30	38	3.673
1837–1841	409	77	50	17	4.200
1842–1846	628	259	420	421	9.920

Zwischen 1791 und 1802 änderte sich die Lage Stettins grundsätzlich: Durchschnittlich wurden nur noch etwa 1.200 Tonnen überseeische Waren jährlich importiert, was eine Verminderung von etwa 75 Prozent im Vergleich mit der vorhergehenden Periode bedeutete. Wenn wir berücksichtigen, dass die Einfuhr überseeischer Waren in der Zeit der Elbblockade (1803 bis 1805) bald wieder ihr früheres Niveau erreichte, könnte man davon ausgehen, dass die Entwicklung in engem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage in Hamburg stand. Aus dieser Perspektive sollte man die Importe Stettins im Kontext der kontinuierlichen preußischen Bemühungen sehen, die Oder als Alternative zur Elbe zu stärken,<sup>39</sup>

<sup>39</sup> STRAUBEL, Carl August von Struensee, S. 112-127.

denn „[a]m abträglichsten für den pommerschen Vorort war [...] der über Hamburg laufende Elbverkehr mit den mittleren preußischen Provinzen sowie weiteren Gebieten des Reiches“.<sup>40</sup>

Im Zentrum dieser Konkurrenz befanden sich die Städte Berlin, Magdeburg und Breslau.<sup>41</sup> Bedeutungsvoll für die weitere Analyse ist, dass Stettin „vor allem aufgrund der Spedition von überseeischen Waren“ nach Berlin und Breslau einen starken Import entwickelt hatte.<sup>42</sup> Um den Rückgang der Einfuhr überseeischer Waren in Stettin zwischen 1791 und 1802 erklären zu können, soll wiederum auf die Konkurrenz mit Hamburg hingewiesen werden. Trotz Mangel an direkten Vergleichsmöglichkeiten kann anhand der Reexporte überseeischer Waren von Hamburg in den Ostseeraum festgestellt werden, dass sowohl Hamburg als auch Stettin einen ähnlichen Rückgang erlebten. Dies bedeutet, dass die beiden Hafenstädte sich wahrscheinlich von denselben Quellen beliefern ließen. Sowohl für Hamburg als auch für Stettin war Bordeaux einer der wichtigsten Einfuhrhäfen für überseeische Waren – meistens Zucker. Damit kann die Importkrise der 1790er als eine Folge des großen Sklavenaufstands in Saint-Domingue (1791 bis 1804) erklärt werden – dem zu dieser Zeit wichtigsten Zucker- und Kaffeelieferanten Frankreichs.<sup>43</sup>

Die Abbildung 4 verdeutlicht den Umfang der durch die napoleonischen Kriege ausgelösten Wirtschaftskrise. Erst ab 1814 nahmen die Importe überseeischer Waren wieder zu. Ab dieser Zeit manifestierte sich Stettin eindeutig als der bedeutendste Einfuhrhafen für überseeische Waren in Preußen. Zwischen 1814 und 1846 vervierfachte sich der Umfang dieses Geschäfts, während Danzig und Königsberg auf dem Niveau des späten 18. Jahrhunderts stagnierten (siehe dazu Tabelle 1). Schon damals spielte die Spedition für den Anstieg Stettins eine entscheidende Rolle.<sup>44</sup> Obwohl die Entstehung von spezialisierten Dienstleistungsunternehmen in der späten frühen Neuzeit bekannt ist, fehlt es bis heute an Studien, die präzise auf Transportunternehmen im maritimen Bereich als

---

<sup>40</sup> STRAUBEL, Stettin, S. 135.

<sup>41</sup> Ebd., S. 136.

<sup>42</sup> Ebd., S. 151 f., 158 f.

<sup>43</sup> FRANÇOIS CROUZET, War, Blockade and Economic Change in Europe 1792–1815, in: *The Journal of Economic History* 24 (1964), H. 4, S. 567–588; SILVIA MARZAGALLI, La négoce maritime et la rupture révolutionnaire: un ancien débat revisité, in: *Annales historiques de la Révolution française*, 2008, H. 2, S. 183–207.

<sup>44</sup> WIŚNIEWSKI, Początki, S. 575–579.

„neuem“ Wirtschaftszweig eingehen, weshalb hierzu einige Ausführungen angebracht sind.

Abbildung 4: Import in Stettin und Reexport von Hamburg durch den Sund von überseeischen Waren (in Tonnen), 1791 bis 1813. Quelle: STRO



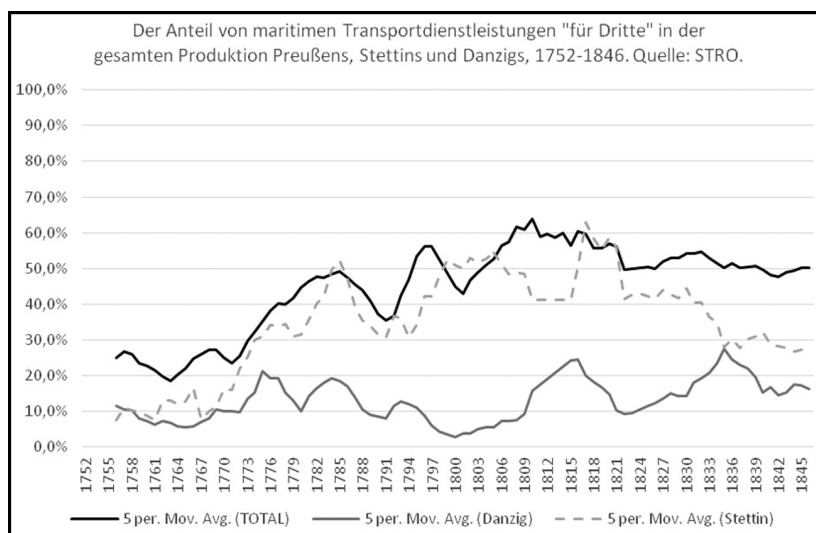
Transport

Gleichzeitig mit der ersten Teilung Polens unternahm Preußen Maßnahmen zur Verbreitung von Schifffahrt und Reederei.<sup>45</sup> Stettin sollte sich dabei als Zentrum entwickeln. Die nachfolgende Abbildung zeigt, welchen Anteil die Schifffahrt „für Dritte“ in der gesamten Schifffahrt Preußens, Stettins und Danzigs hatte. Diese Transportdienstleistungen wurden als der Teil der gesamten von Schiffern mit Heimathafen in Preußen transportierten Tonnage gemessen, welche nicht durch den Sund transportiert worden ist. Das Ergebnis ist eindeutig: In Preußen entstand im späten 18. Jahrhundert ein von den Handelsbeziehungen der eigenen Heimathäfen größtenteils unabhängiger maritimer Transportdienstleistungssektor. An dieser Entwicklung hatte Danzig aus wirtschaftspolitischen Gründen nur einen kleinen Anteil, während sie in Stettin schnell an

<sup>45</sup> STRAUBEL, Stettin, S. 170 ff.

Bedeutung gewann. Schon in den frühen 1780ern machten solche Aufträge mehr als 50 Prozent der gesamten den Sund passierenden Schifffahrtsbewegungen Stettins aus. In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts setzte sich dieser Trend fort – ähnlich den meisten pommerischen Hafenstädten.<sup>46</sup>

Abbildung 5: Der Anteil von maritimen Transportdienstleistungen „für Dritte“ in Preußen, Stettin und Danzig, 1752 bis 1846. Quelle: STRO



Erst in den 1830ern, als sich der Industrialisierungsprozess in Preußen beschleunigte und „eine Intensivierung des Wirtschaftslebens begann“, stabilisierte sich der Anteil der Fahrten „für Dritte“ in Stettin bei etwa 30 Prozent und lag für die Gesamtheit der preußischen Häfen sogar bei mehr als 50 Prozent. Das weist darauf hin, dass zu dieser Zeit entlang der pommerischen Küsten Schiffergemeinschaften entstanden sind, die sich ausschließlich auf Transportdienstleistungen spezialisierten. Nachweisbar ist das für Orte wie Barth, Stolp (polnisch: Słupsk) oder Ueckermünde, die fast ausschließlich als Heimathäfen fungierten, ohne dass eine wesentliche Einfuhr oder Ausfuhr nachgewiesen werden kann.

<sup>46</sup> WŁODARCZYK, The Evolution, S. 148.

<sup>47</sup> RADTKE, Die preußische Seehandlung, S. 357.

Auffällig ist die Divergenz im Trend bei Danzig und Stettin zwischen 1772 und 1800: In Danzig hatten die Transportdienstleistungen offensichtlich keine Chance, sich auf eine ähnliche Weise wie in Stettin zu entwickeln. Erst ab 1814, als Danzig Teil Preußens wurde, kam es zu einer schwachen Annäherung an die dortigen Entwicklungen, aber auch in den 1840ern spielten Fahrten „für Dritte“ in Danzig nur eine untergeordnete Rolle.

### Schlussbemerkungen

In diesem Aufsatz wurde versucht, die wichtigsten Umbrüche in der Struktur des Ostseehandels durch Preußen zu identifizieren, sowie einige grundlegende Tendenzen in der Entwicklung des preußischen internationalen maritimen Handels und der Schifffahrt nach den Teilungen Polens zu beschreiben. Die Hafenstädte entlang der pommerschen, west- und ostpreußischen Küsten standen dabei im Fokus. Vor allem konzentrierte sich dieser Beitrag auf den Import überseeischer Waren, den Export von Getreide und die maritimen Transportdienstleistungen „für Dritte“ der Häfen Stettin und Danzig. Dabei lässt sich feststellen, dass es nach den krisenhaften Teilungen tatsächlich zu einem Strukturwandel im Ostseehandel Preußens kam. Die traditionellen Häfen Danzig und Königsberg wurden von ihrem Hinterland abgeschnitten und durch Stettin ersetzt.

Eine weitere Analyse der wirtschaftlichen Maßnahmen Preußens sowie ein Vergleich mit den Entwicklungen entlang der russischen Küstenregionen der Ostsee nach dem Ende der Adelsrepublik sind nur einige der Desiderate, die für ein Gesamtbild der zentraleuropäischen Wirtschaft unabdingbar sind. Daneben sollten auch der Austausch innerhalb des Ostseeraums sowie der Landhandel miteinbezogen werden.

ANSGAR SCHANBACHER

## DIE NAHRUNGSKRISE VON 1846/47 IN DER PROVINZ PREUSSEN – WAHRNEHMUNG UND BEWÄLTIGUNG

Von Irland bis Ostpreußen

Die zweite Hälfte der 1840er gilt in der Geschichtsschreibung West- und Mitteleuropas als Krisenzeit. Bekannt ist die große Hungersnot in Irland, die besonders katastrophale Auswirkungen hatte. Die durch die Kartoffelfäule ab 1845 ausgelösten Verluste der für breite Bevölkerungsschichten besonders wichtigen Pflanze und mehrere schlechte Getreideernten betrafen neben Irland auch Teile Frankreichs, Deutschlands, der Niederlande und Flandern.<sup>1</sup> Krise und Kartoffelkrankheit erreichten ebenfalls die östlichen Regionen Preußens, von denen hier die Provinz Preußen – nach einer Betrachtung der Anwendbarkeit des Begriffs der Krise für die Mitte des 19. Jahrhunderts – näher untersucht wird. Auf Grundlage amtlicher Quellen lässt sich über die bisherigen historiographischen Fragestellungen, wie die Behandlung sozialer Proteste und die wirtschaftlichen und politischen Hintergründe der Krise in der Provinz Preußen,<sup>2</sup> hinausgehen.

---

<sup>1</sup> Vgl. aktuell die Beiträge im Sammelband: *When the Potato Failed. Causes and Effects of the Last European Subsistence Crisis, 1845–1850*, hg. v. CORMAC Ó GRÁDA u. a., Turnhout 2007, sowie zu Irland CIARÁN Ó MURCHADHA, *The Great Famine. Ireland's Agony 1845–1852*, London 2011, mit weiterführender Literatur.

<sup>2</sup> Unter diesen Aspekten betrachteten bereits mehrere Historiker die Krise von 1846/47: HANS H. BASS, *Hungerkrisen in Preußen während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, St. Katharinen 1991; DERS., *The Crisis in Prussia*, in: *When the Potato Failed*, S. 185–212; MANFRED GAILUS, *Straße und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens, 1847–1849*, Göttingen 1990. Vgl. außerdem ANDREAS PETTER, *Armut, Finanzhaushalt und Herrschaftssicherung. Staatliches Verwaltungshandeln in Preußen in der Nahrungskrise von 1846/47*, in: *Region im Aufruhr. Hungerkrise und Teuerungsproteste in der preußischen Provinz Sachsen und in Anhalt 1846/47*, hg. v. CHRISTINA BENNINGHAUS, Halle (Saale) 2000, S. 187–243.

Nach einer einleitenden Einschätzung der Ernteerträge hinsichtlich eines akuten Lebensmittelmangels und des Potenzials der Provinz zur Autarkie analysiert dieser Text die Wahrnehmung des Notstands durch Behörden und Privatpersonen. Dabei werden besonders vulnerable Regionen und Gruppen herausgearbeitet und erörtert, wie die Bevölkerung die staatlichen Hilfsmaßnahmen aufnahm.<sup>3</sup> Anschließend wird der Frage nachgegangen, wie die Bewohner der Provinz mit der starken Steigerung der Preise und dem verbreiteten Mangel an Nahrungsmitteln umgingen: Waren Rufe nach staatlicher Hilfe und nach gesellschaftlicher Unterstützung die Folge, oder versuchten die Betroffenen verstärkt selbst ihre Situation zu verbessern? Abschließend wird eine Einschätzung über mögliche Strukturveränderungen durch die Krise von 1846/47 in der Provinz Preußen gegeben.

### Begrifflichkeiten – Krise und Nahrungskrise

Der Begriff der Krise kommt in alltäglichen und wissenschaftlichen Texten und Zusammenhängen überaus häufig vor.<sup>4</sup> In der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung, die oft verschiedenste Typen von Krisen untersucht, ist es bisher aber noch nicht gelungen, sich auf eine einheitliche und übergreifende Definition zu einigen.<sup>5</sup> Aufbauend auf den grundlegenden Arbeiten von Reinhart Koselleck, der den Begriff in seiner vielfältigen Verwendung und seinen Verwandlungen verfolgt,<sup>6</sup> ist man sich heute darin einig, dass Krisen Wahrnehmungsphänomene darstellen, die

---

<sup>3</sup> Zum Begriff der Vulnerabilität in der historischen Forschung vgl. DOMINIK COLLET, „Vulnerabilität“ als Brückenkonzept der Hungerforschung, in: *Handeln in Hungerkrisen. Neue Perspektiven auf soziale und klimatische Vulnerabilität*, hg. v. DEMS. u. a., Göttingen 2012, S. 13-25.

<sup>4</sup> Zur Kritik an einer derartig ausgebreiteten Nutzung des Krisenbegriffs: GERD SPITTLER, *Handeln in einer Hungerkrise – das Beispiel der Kel Ewey Tuareg*, in: *Handeln in Hungerkrisen*, S. 27-44, hier S. 33; für die Geschichtswissenschaft vgl. JAN MARCO SAWILLA, *Zwischen Normabweichung und Revolution – „Krise“ in der Geschichtswissenschaft*, in: *Krisengeschichte(n). „Krise“ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive*, hg. v. CARLA MEYER u. a., Stuttgart 2013, S. 145-172, hier S. 145 ff.

<sup>5</sup> Vgl. dazu aktuell die Beiträge in: *Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen*, hg. v. THOMAS MERGEL, Frankfurt a. M. 2012.

<sup>6</sup> REINHART KOSELLECK, *Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt*, Frankfurt a. M. 1992; DERS., *Krise*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, hg. v. OTTO BRUNNER u. a., Stuttgart 2004, S. 617-650.

sich, abhängig von der jeweiligen gesellschaftlichen Vorstellung von Normalität, aus dem Alltag hervorheben.<sup>7</sup> In den meisten Fällen treten sie dabei am Ende einer Entwicklung und beim Abstieg des „Alten“ auf.<sup>8</sup> Bei der Allgemeinheit des Begriffs und der Vielzahl von Wortverbindungen, die „-krise“ enthalten, ist eine einheitliche, feste Definition möglicherweise gar nicht erstrebenswert. Vielmehr erscheint es angebracht, krisenhafte Erscheinungen in ihrem zeitlichen und inhaltlichen Kontext einzugrenzen, zu bestimmen und anschließend eine für den betreffenden Forschungsgegenstand angemessene Definition von Krise vorzulegen.

Im Hinblick auf die Missernten von 1845 und 1846 mit ihren teils drastischen Folgen für West- und Mitteleuropa hat sich im deutschen Sprachraum seit Wilhelm Abel, der diese Jahre zu einer „Teuerungskrisis“ zählte, Ernest Labrousse folgend die Bezeichnung der „letzten Krise vom alten Typ“ etabliert.<sup>9</sup> Abel legte dabei zwar keine Definition von „Krise“ vor, machte aber einen Zusammenhang mit der jeweiligen Preisentwicklung deutlich. Unter Berücksichtigung der zeitgenössischen Wahrnehmung, die die Geschehnisse der 1840er Jahre nicht als Krise bezeichnete, sondern sie Notstand, Not, Teuerung und Mangel nennt,<sup>10</sup> bleibt es für diesen Zeitraum bei einer Zuschreibung *ex post*.

Hier bietet sich nun in Abwandlung einer ökonomischen Krisentheorie des 19. Jahrhunderts eine Definition von Krise als „historische Durchgangsphase, bei der das ökonomische und soziale Gleichgewicht deutlich gestört ist“, an.<sup>11</sup> Entscheidend ist die „deutliche“ Störung, die auch eine Überforderung der Akteure einschließen kann,<sup>12</sup> da in den

---

<sup>7</sup> THOMAS MERGEL, Einleitung. Krisen als Wahrnehmungsphänomene, in: Krisen verstehen, S. 9-22, hier S. 13; THOMAS GUTMANN, L'état de crise. Normenbegründung in der Moderne – eine Skizze, in: Krisen verstehen, S. 315-328, hier S. 321; HENNING TÜMMERS, Sammelrezension Krisen unter <http://hsokult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2013-3-184>; SAWILLA, Zwischen Normabweichung, S. 166.

<sup>8</sup> Ebd., S. 151.

<sup>9</sup> WILHELM ABEL, Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Europa. Versuch einer Synopsis, Hamburg / Berlin 1974, S. 279 f., 302, 365.

<sup>10</sup> Vgl. HEIDRUN KÄMPER, Krise und Sprache: Theoretische Anmerkungen, in: Krisen verstehen, S. 241-255, besonders S. 249 ff.

<sup>11</sup> KOSELLECK, Kritik und Krise, S. 644. Vergleichbar ist Luhmanns Krisendefinition als „heikle Situationen in System/Umwelt-Beziehungen, die den Fortbestand des Systems oder wichtiger Systemstrukturen unter Zeitdruck in Frage stellen“; zitiert nach SAWILLA, Zwischen Normabweichung, S. 161.

<sup>12</sup> CLEMENS ZIMMERMANN, „Krisenkommunikation“. Modellbildung und das empirische Beispiel der Teuerungskrisen 1770/72, 1816/18, 1845/46 im südwestdeutschen Raum, in: Krisengeschichte(n), S. 387-406, hier S. 391.



Agrargesellschaften der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Unregelmäßigkeiten bei den Ernten häufig auftraten: Problematisch waren für Teile der ländlichen Gesellschaft sowohl überdurchschnittlich hohe als auch niedrige Preise für Agrarprodukte. Durch die Zunahme der Bevölkerungszahlen und die Verringerung des Arbeitsangebots fand außerdem der bereits von den Zeitgenossen beobachtete Pauperismus weite Verbreitung.<sup>13</sup> Ereignisse wie sie den Missernten von 1816 und 1845/46 folgten, stellten dabei nur die Höhepunkte einer allgemeinen latenten Krise dar. Ob es erfolgversprechend ist, die Krise als offene Kategorie zu betrachten, die auch Chancen und Lernpotenziale beinhaltet,<sup>14</sup> muss dabei jeweils anhand der Quellen erörtert werden.<sup>15</sup>

Während des Notstands von 1846/47 stellte sich das wirtschaftliche und soziale Gleichgewicht in vielen europäischen Regionen als deutlich gestört dar, und die Regierungen fürchteten gewalttätige Reaktionen der Betroffenen. Da die Krise in erster Linie den Agrarsektor betraf und sich erst später auf andere Bereiche ausdehnte, kann sie als Hunger- oder Subsistenzkrise betrachtet werden, die sich als „relativ abrupte und vorübergehende, in unregelmäßigen Zeitabständen wiederkehrende Phasen einer für breite Volksschichten existenziell bedrohlichen Verknappung und extremem Teuerung von lebensnotwendigen Grundnahrungsmitteln“ definieren lässt.<sup>16</sup>

Auch im Folgenden werden die Ereignisse von 1846/47 in der Provinz Preußen als eine solche Subsistenzkrise betrachtet, die den realen Mangel an Lebensmitteln, die Angst vor einer Hungersnot und dem gesellschaftlichen Abstieg sowie Diskussionen über die Rolle von Staat und Gemeinden umfasste.<sup>17</sup> Sie stellte eine Störung dar, die, anders als die revolutionären Unruhen im Frühjahr 1848, Staat und Gesellschaft zu Anstrengungen

---

<sup>13</sup> Bogdan Wachowiak hob in Bezug auf die preußischen Getreideexport-Provinzen Pommern und Preußen die besondere Bedeutung der Niedrigpreiskrise 1824/25 hervor, ging dagegen kaum auf 1846/47 ein; vgl. BOGDAN WACHOWIAK, II. Gospodarka i społeczeństwo (wieś i miasto), in: Historia Pomorza (1815–1850), hg. v. GERARD LABUDA, Bd. 3, T. 1: Gospodarka, społeczeństwo, ustrój, Poznań 1993, S. 266–273. Zum Pauperismus und der zeitgenössischen Debatte vgl. HANS-ULRICH WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 1: Vom Feudalismus des Alten Reichs bis zur Defensiven Modernisierung der Reformära 1700–1815, München 2008, S. 281–296.

<sup>14</sup> ZIMMERMANN, „Krisenkommunikation“, S. 390.

<sup>15</sup> Zu diesem Ansatz vgl. den Beitrag von Katrin Moeller in diesem Band.

<sup>16</sup> MANFRED GAILUS, Hungerkrisen und -revolten, in: Enzyklopädie der Neuzeit, hg. v. FRIEDRICH JAEGER, Bd. 3, Stuttgart / Weimar 2005–2012, Sp. 712.

<sup>17</sup> Ebd., Sp. 712 f.

und reformerischen Einzelmaßnahmen trieb, jedoch für das Gesamtsystem nicht existenzbedrohend war.<sup>18</sup>

### Teuerung und Not – die Krise in der Provinz Preußen

In Ost- und Westpreußen, die zwischen 1824 und 1878 zur Provinz Preußen vereinigt waren, kam es in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mehrmals zu Störungen des wirtschaftlichen und sozialen Gleichgewichts. In der Historiographie finden dabei besonders die durch niedrige Getreidepreise ausgelöste Agrarkrise von 1824/25 sowie die Teuerung von 1846/47 Berücksichtigung.<sup>19</sup>

Im Folgenden wird die Teuerungskrise der 1840er Jahre in der Provinz Preußen untersucht, der Oberpräsident Karl Wilhelm Bötticher von 1842 bis 1848 vorstand. Dabei stehen, in Ergänzung zu bereits vorhandenen Arbeiten, die Ernteerträge, die Wahrnehmung der Krise in der Bevölkerung und die Reaktionen der Betroffenen auf stark steigende Preise und Mangel an Lebensmitteln im Zentrum.

### Ernteerträge, Kartoffelkrankheit und Außenhandel

Anders als im westlichen Teil Deutschlands, der 1844 insgesamt eine gute Ernte erzielte,<sup>20</sup> gehörte dieses Jahr in der Provinz Preußen bereits zu den durch eine schlechte Ernte ausgelösten Notjahren und rief Unterstützungsmaßnahmen der Regierung hervor.<sup>21</sup> 1845 war der Getreideertrag im Regierungsbezirk Danzig knapp unterdurchschnittlich und die Behörden sahen keinen drohenden Mangel; im westpreußischen Kreis Konitz (polnisch: Chojnice) fiel dagegen die Roggenernte schlecht aus, und auch im

---

<sup>18</sup> KOSELLECK, Kritik und Krise, S. 619.

<sup>19</sup> MAX TÖPPEN, Geschichte Masurens. Ein Beitrag zur preußischen Landes- und Kulturgeschichte, Aalen 1979 (1870), S. 441; BRUNO SCHUMACHER, Geschichte Ost- und Westpreußens, Würzburg 1977, S. 260; WACHOWIAK, II. Gospodarka, S. 266-273; BASS, Hungerkrisen, S. 226-237; BASS, The Crisis in Prussia, S. 185-211; HERBERT OBENAU, Die Provinz Preußen 1807-1848, in: Handbuch der Geschichte Ost- und Westpreußens, hg. v. ERNST OPGENOORTH, Lüneburg 1998, S. 23-27.

<sup>20</sup> ABEL, Massenarmut, S. 361.

<sup>21</sup> Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (hiernach: GStA), XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 2 Bd. 17, Bl. 165; GStA, I. HA Rep. 89 Nr. 30178, Bericht der Minister Ernst von Bodelschwingh und Heinrich Eduard von Flottwell an den König, 23. Oktober 1845.

Regierungsbezirk Königsberg blieb die Getreideernte unzureichend und die Behörden beobachteten steigende Preise.<sup>22</sup> Verallgemeinerbare Zahlen für die gesamte Provinz fehlen jedoch.<sup>23</sup> 1845 verursachte die Kartoffelkrankheit in West- und Mitteleuropa großes Aufsehen.<sup>24</sup> In der Provinz Preußen wurde sie erstmals im Herbst 1845 bemerkt,<sup>25</sup> ihr Umfang jedoch noch nicht als bedrohlich eingeschätzt.<sup>26</sup>

Aus dem westlichsten Bezirk Marienwerder (polnisch: Kwidzyn) hieß es zu dieser Zeit:

„Es wird zwar vielfach über die Neigung der Kartoffeln zum Faulen geklagt, doch sind von der in den westlichen Provinzen herrschenden Krankheit unter den Kartoffeln im hiesigen Regierungsbezirk bis jetzt nur an einigen Orten verdächtige Anzeichen bemerkt worden.“<sup>27</sup>

Auch im Bezirk Danzig gab es Anzeichen der Krankheit; als besonders betroffen betrachtete der Regierungspräsident die Kreise Carthaus (polnisch: Kartuzy), Stargard (polnisch: Starogard Gdański) und Anfang Januar außerdem Neustadt (polnisch: Wejherowo), und forderte die Einwohner zu besonderer Vorsicht und Sorgfalt bei der Behandlung der Kartoffeln auf.<sup>28</sup> Der Landrat des Kreises Neustadt, der bekannt machte „Leider! ist es nicht mehr zu bezweifeln, daß diese Krankheit auch unsern Kreis erreicht hat“, empfahl dabei konkret die größtmögliche Trockenhaltung und „fleißiges Aussammeln der angefaulten Kartoffeln“.<sup>29</sup> Die Regierung in Königsberg berichtete Anfang 1846 rückblickend über eine Verschärfung der Situation:

---

<sup>22</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 361, 388; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 2 Bd. 17, Bl. 391 f.

<sup>23</sup> Vgl. BASS, *The Crisis in Prussia*, S. 197.

<sup>24</sup> Ó GRÁDA, *When the Potato Failed*.

<sup>25</sup> Während das erste Auftreten der Krankheit im Rheinland im August 1845 beobachtet wurde, erreichte die Seuche ab Mitte September und Oktober 1845 die östlichen preußischen Provinzen; W. A. KREISSIG, *Die sichere Verhütung der Faulkrankheit der Kartoffeln*, Königsberg i. Pr. 1847, S. 22 f.

<sup>26</sup> Die Behörden der Provinz profitierten dabei anscheinend nicht von diesem Zeitgewinn, sondern warteten auf Anweisungen aus Berlin; vgl. Kreisblatt für den Neustädter Kreis, 29. Oktober 1845, Nr. 44, S. 323.

<sup>27</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 2 Bd. 17, Bl. 409.

<sup>28</sup> Ebd., Bl. 384; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 361; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 57.

<sup>29</sup> Kreisblatt für den Neustädter Kreis, 29. Oktober 1845, Nr. 44, S. 329.

„Die unzweifelhaft in mehreren Gegenden hervorgetretene Kartoffelkrankheit hat jedoch an vielen Orten die umfangreichsten Verluste herbeigeführt, und wenn auch im allgemeinen die größte Sorgfalt dem ferneren raschen Verderben der Kartoffeln Schranken gesetzt hat, so hat doch das wiederholte Hervortreten des Uebels allgemein zu einer rücksichtslosen Consumption der Kartoffelvorräthe geführt, die sehr bald bei den kleineren Besitzer und Arbeitsleuten in einen Mangel übergehen wird.“<sup>30</sup>

Wie stark die Ernährung der Bevölkerung von der Kartoffelernte abhing, zeigt sich an einer Äußerung des Oberpräsidenten, der Ende November 1845 den Ertrag insgesamt für ausreichend hielt, wenn die Kartoffeln „nicht durch die immer ausgedehnter hervortretende Fäulniß großentheils den Konsumenten und selbst dem Verbräuche zu Futter verloren gingen“. <sup>31</sup>

1846, als die Ernten in weiten Teilen Europas missrieten, erzielte die Provinz Preußen nach Aussage der Regierungen wegen der auftretenden Hitze und Dürre knapp mittelmäßige Erträge bei Weizen und Roggen und schlechte bei den Kartoffeln (Tabelle 1).<sup>32</sup> Die Bezirksregierung Marienwerder beschrieb das erneute Erscheinen der Kartoffelkrankheit detailliert und wies anhand seiner typischen Merkmale das Vorhandensein des die Krankheit auslösenden Pilzes *P. infestans* nach:

„Das Innere der Kartoffel ist mit schwärzlichen wässerigen Wolken durchzogen, schwammartig, und viel weicher als das übrige Kartoffelfleisch; manche Kartoffeln sind auch hohl und enthalten Wasser, mit einem stinkenden Geruch, oder aber sie haben schwarze schorartige Flecken an der Schale. Verbreitet sich die Krankheit erst auf ganze Ackerstücke, so macht sie sich so gleich durch einen faulen Geruch bemerkbar.“<sup>33</sup>

Überall kam es zu einer schlechten Kartoffelernte – im Bezirk Marienwerder lag der Kartoffelertrag bei 40 Prozent einer Mittelernte, im Bezirk Gumbinnen (russisch: Gusev) hingegen betrug er nur das drei- bis dreieinhalbfache der Aussaat. Dies war sicherlich kein Ergebnis, das sich eignete, „den Wohlstand des Landes“ zu heben – wurde jedoch der großen Trockenheit und weniger der Krankheit zugeschrieben.<sup>34</sup> Im Bezirk Danzig war allerdings die weiße Speisekartoffel, das Hauptnahrungsmittel der

---

<sup>30</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 2 Bd. 17, Bl. 415.

<sup>31</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 368.

<sup>32</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 2 Bd. 18, Bl. 100, 103, 116, 129.

<sup>33</sup> Ebd., Bl. 129.

<sup>34</sup> Ebd., Bl. 134, 143, 153, 165.

einfachen Menschen, „überall gänzlich mißrathen und krank“.<sup>35</sup> Der Gewerbeverein des Bezirks machte bereits im August die „betrübende Wahrnehmung“ einer großen Ausdehnung der Kartoffelkrankheit,<sup>36</sup> und der Landrat von Berent (polnisch: Kościerzyna) hörte „tagtäglich Beschwerden über Mangel an Kartoffeln“.<sup>37</sup> Eine Subsistenzkrise für die unteren Bevölkerungsschichten war somit spätestens im Herbst 1846 vorhanden.

Tabelle 1: Ernteerträge in Abweichung vom mehrjährigen Durchschnitt in der Provinz Preußen 1846–1851<sup>38</sup>

Jahr	Weizen	Roggen	Erbsen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
1846	0,80	0,66	0,83	0,66	0,64	0,34
1847	1,07	1,20	1,11	0,89	0,90	0,33
1848	0,91	1,19	0,79	1,13	1,09	1,21
1849	1,30	1,25	1,14	1,26	1,10	0,54
1850	1,02	0,90	0,75	0,85	0,79	0,95
1851	0,94	0,74	0,96	0,85	0,85	0,37

1847 fand in der ganzen Provinz eine „segensreiche“ Getreideernte statt,<sup>39</sup> die Klage über die Verbreitung der Kartoffelkrankheit nahm dagegen deutlich zu. Wahrscheinlich ermöglichte eine feuchtere Wetterlage die bessere Verbreitung des Pilzes. Besonders davon betroffen war der Bezirk Marienwerder, in dem nur die einfache bis zweieinhalbfache Aussaat gewonnen wurde.<sup>40</sup> Die Ernährungssituation der auf Kartoffeln angewiesenen Bevölkerungsgruppen entspannte sich somit auch nach drei Mangeljahren nicht, „da die eingesammelten geringen Vorräthe [an Kartoffeln]

<sup>35</sup> Ebd., Bl. 134. Ähnlich war auch in Nordwestdeutschland häufig die weiße, sog. Holländische Kartoffel von der Krankheit betroffen; vgl. Hauptstaatsarchiv Hannover, Hann. 84 Nr. 335, Bericht Gericht St. Andreasberg an Berghauptmannschaft Clausthal, 13. August 1846.

<sup>36</sup> Kreisblatt für den Neustädter Kreis, 26. August 1846, Nr. 35, S. 206.

<sup>37</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 3, Bl. 383.

<sup>38</sup> Nach FRIEDRICH VON REDEN, Erwerbs- und Verkehrs-Statistik des Königsstaats Preussen in vergleichender Darstellung, Bd. 1, Darmstadt 1853, S. 92 ff.

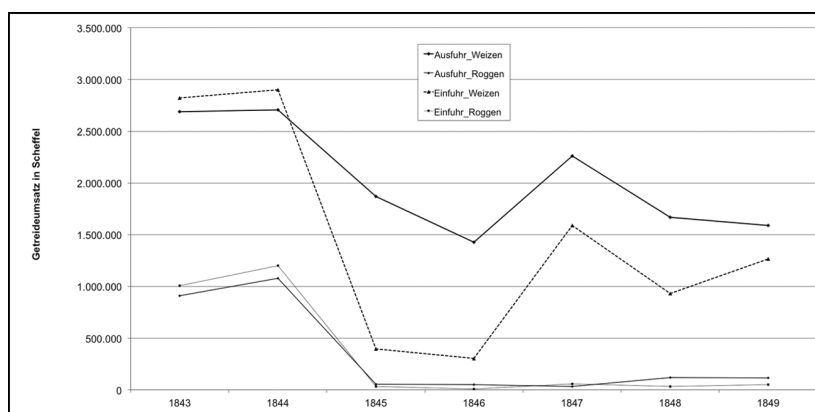
<sup>39</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 2 Bd. 18, Bl. 389.

<sup>40</sup> Ebd.

nicht weit reichen können, durch den reichlichen Ertrag des Roggens aber der Ausfall an Kartoffeln, für die Losleute, die weder Roggen geerntet noch ihn zu kaufen die Mittel haben, nicht gedeckt werden kann“.<sup>41</sup> Hier konnte die Fürsorge von Gemeinden und Hilfsvereinen jedoch in einem größeren Maß greifen, als in den Notstandsjahren.

Die Ernteerträge der Krisenjahre stellen sich somit in der Provinz Preußen zwar als unterdurchschnittlich dar, eine deutliche Unterversorgung, die zu Mangel und Hunger führen konnte, lag aber vor allem bei den Kartoffeln vor. In dieser traditionellen Agrarexportregion ließen sich Kaufleute und Marktproduzenten allerdings weitgehend durch Preisanreize aus Westeuropa leiten. Deswegen kam es zu Preissteigerungen unabhängig vom Bedarf der Bevölkerung, die bei den Ärmern zu Mangelversorgung führten.<sup>42</sup> Die Krise lässt sich deutlich an den Aus- und Einfuhren Danzigs zeigen (Tabelle 2).

Tabelle 2: Getreidehandel in Danzig 1843–1849<sup>43</sup>



Gab es 1843 und 1844 für die Stadt an der Weichsel einen Nettoüberschuss beim Weizenhandel, verwandelte sich dieser in den Folgejahren bei

<sup>41</sup> Ebd., Zeitungsbericht Regierung Danzig, 1. November 1847.

<sup>42</sup> BASS, Hungerkrisen, S. 228, errechnete z. B. für eine einprozentige Steigerung des Weizenpreises in England eine Steigerung des Danziger Exports um 1,86 % im selben Jahr. Aussagen der preußischen Bevölkerung zum Abfluss des Getreides nach England bei PETTER, Armut, S. 211.

<sup>43</sup> Zusammengestellt nach: GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 10 Bd. 17, Bl. 110, 152, 189, 218, 249, 279.

leicht gesunkenen Ausfuhren in ein deutliches Defizit, das durch vorhandene Vorräte ausgeglichen werden musste, die dann vor Ort nicht mehr zur Verfügung standen. Auch bei Roggen ging der Gesamtumsatz in der Krise deutlich zurück, doch während 1846 nur 16,3 Prozent der Ausfuhren durch Importe gedeckt wurden, blieben 1847 etwa 26.000 Scheffel in der Stadt zurück.<sup>44</sup>

### Krisenorte und Betroffene – Selbst- und Fremdwahrnehmungen

Die Teuerungskrise der 1840er Jahre traf in einer insgesamt gegenüber Missernten anfälligen Region wie der Provinz Preußen, die in weitem Maße von der Agrarproduktion abhängig war, nicht sämtliche Gebiete und Einwohnergruppen. Die Wahrnehmungsmuster in dieser Situation zerfielen in zwei gegensätzliche Sphären: einerseits die preußischen Ministerien in Berlin und der Oberpräsident in Königsberg, andererseits die örtliche Verwaltung wie Bürgermeister und Landräte sowie Gutsbesitzer und sonstige Einwohner. Zwischen ihnen standen vermittelnd die vier Bezirksregierungen.

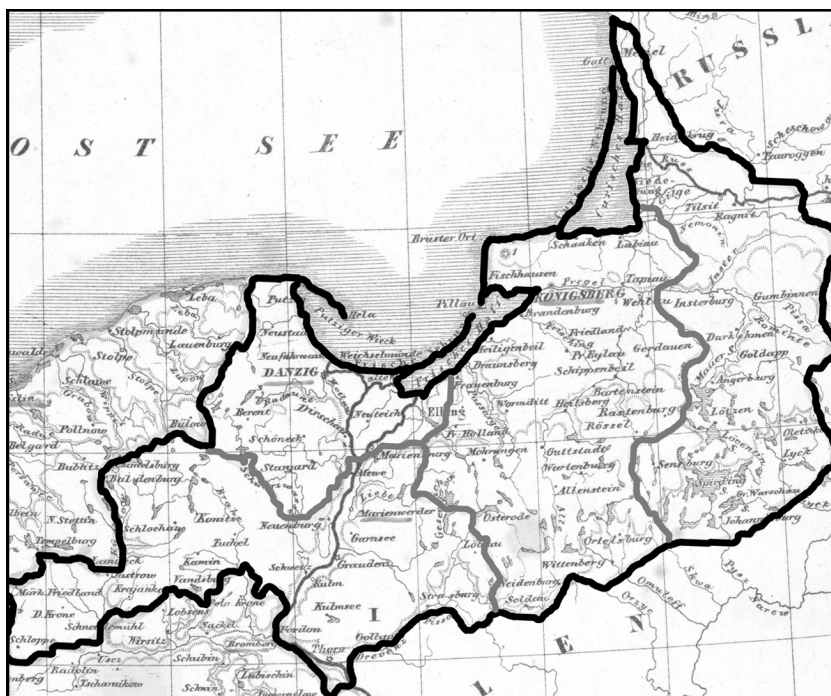
Die Magistrate der größeren Städte der Provinz wandten sich an die Regierungen, um Unterstützung bei der Bekämpfung des Notstands zu erhalten. Der Magistrat von Thorn (polnisch: Toruń) beklagte beispielsweise im April 1847 den drohenden Mangel von Brotgetreide, da Zufuhren aus Kongresspolen wegen einer Kornsperrre fehlten und das vorhandene polnische Getreide exportiert worden war:

„Thorn gerade vermöge seiner Lage auf die Grenze gewiesen, und auch auf solche außerordentliche Preise und Maaßregeln unvorbereitet, befindet sich in der besorglichen Lage eines wahrscheinlichen bedenklichen Mangels, wozu noch die Schlechtigkeit der Kommunikation hinzukommt. Nach der uns gewordenen Versicherung werden im Kurzem eine Anzahl Bäcker wegen Mangel an Korn ihr Backgeschäft einstellen.“<sup>45</sup>

---

<sup>44</sup> Auch aus Königsberg fanden 1847 trotz Mangels im Hinterland große Getreideausfuhren, vor allem nach England, Belgien, Frankreich, in die Niederlande und die mittleren preußischen Provinzen statt; FRIEDRICH WILHELM SCHUBERT, Statistik des Ackerbaus, Garten- und Weinbaus, der Viehzucht, des Seidenbaus und Bienenzucht, der Forstwirtschaft, Fischerei und des Bergbaus im Preussischen Staate, Königsberg i. Pr. 1848, S. 40.

<sup>45</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 262. Ab 1.4.1847 hatte die russische Seite eine Kornsperrre gegenüber der Provinz Preußen verhängt.

Abbildung 1: Die Provinz Preußen<sup>46</sup>

Die Stadt Thorn zeigte sich demnach trotz der seit dem Sommer 1846 bekannten Ernteverluste durch das Ausmaß der Preissteigerungen und Grenzsicherungen überrascht. Auch der Magistrat von Marienburg (polnisch: Malbork) erwartete Roggenmangel und beantragte beim Oberpräsidenten Nahrungsmittelhilfen. Ähnlich meldete das Vorstheramt der Königsberger Kaufmannschaft zusätzlichen Nahrungsmittelbedarf für die Provinzhauptstadt, der durch zollfreie Einfuhr und die Ausgabe von Getreide aus staatlichen Magazinen behoben werden sollte.<sup>47</sup> Dieser Bitte schloss sich der Magistrat an, der das lebhaftes Exportgeschäft beklagte: „Täglich noch sehen wir Schiffe mit bereits verkauftem Getreide von hier abgehen, und es hat sich die traurige Gewißheit bereits herausgestellt, daß

<sup>46</sup> Unter Verwendung von: Hand-Atlas des Preussischen Staats in 36 Blättern, hg. v. FRIEDRICH HANDTKE, Glogau 1846, Blatt: Preussischer Staat.

<sup>47</sup> Ebd., Bl. 319.



mit dem, was hier bleibt, bis zur nächsten Ernte lange nicht ausgereicht wird.“<sup>48</sup> In Danzig dagegen zeigte sich die örtliche Regierung über die Versorgung der Stadt Ende Mai 1847 mit Roggen und Kartoffeln und den geforderten Preisen zufrieden:

„Roggen ist nicht viel vorhanden, der Bedarf zur inneren Consumption bisher jedoch, sowohl durch mäßige Land- als Wasserzufuhren, letztere namentlich von Königsberg her mit den Dampfschiffen, stets gesichert gewesen, so daß es noch an keinem Tage an Brod gefehlt hat, vielmehr dergleichen nicht nur auf den Märkten, sondern auch in den Läden der Bäcker und Höcker bis auf den späten Abend zu haben ist.“<sup>49</sup>

Gleichzeitig betonte ein weiterer Bericht „daß in hiesiger Stadt sowohl im Wege der Privat-Wohlthätigkeit als auch Seitens der Kommune nach Möglichkeit dahin gewirkt wird, den Druck der Theuerung den dürftigen Einwohnern weniger fühlbar zu machen“.<sup>50</sup>

Den negativen Selbsteinschätzungen der anderen Städte folgten die vorgesetzten Behörden nur teilweise. So hatte der Oberpräsident dem Magistrat von Königsberg im Mai 1847 immerhin 4.800 Scheffel Roggen zu je drei Talern verkauft<sup>51</sup> und damit den Anträgen aus seinem direkten Umfeld nachgegeben.<sup>52</sup> Gegenüber Marienburg verhielt er sich dagegen Ende Mai 1847 weit zurückhaltender und lehnte staatliche Hilfen ab:

„Die Roggen Vorräthe [...] sind für diejenigen Gegenden wo nicht allein Theuerung, sondern sogar Mangel ist, kaum hinreichend und selbst da nur für Hilfsbedürftige bestimmt. Dort [in Marienburg] kann es an Gelegenheit nicht fehlen, sich mit Roggen zu versorgen.“<sup>53</sup>

---

<sup>48</sup> Ebd., Bl. 421.

<sup>49</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 117 ff.

<sup>50</sup> Ebd., Bl. 39. Zur Gratwanderung von Stadtverwaltung und Bürgern von Danzig zwischen Armenhilfe und Unterdrückung von Unruhen vgl. GAILUS, Straße und Brot, S. 235-240.

<sup>51</sup> In Neustadt lag der Marktpreis für Roggen im Mai 1847 im Vergleich dazu bei 3 Taler 20 Silbergroschen bis 4 Taler je Scheffel; Kreisblatt für den Neustädter Kreis 1847, S. 82, 86, 90, 94, 98.

<sup>52</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 13. Die Berliner Ministerien kritisierten gleichzeitig das Vorgehen des Oberpräsidenten, der Roggen an die Königsberger Bäcker verteilen und so alle Bürger der Stadt von der staatlichen Hilfe profitieren ließ; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 511.

<sup>53</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 47. Ähnlich lautete die Absage eines Gesuchs einiger Antragsteller in Fischhausen (russisch: Primorsk) vom April 1847; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 263.

Beispiele einer derartigen Bevorteilung bemerkte auch die Zentralregierung in Berlin und kritisierte die bevorzugte Behandlung von Königsberg, das sich selbst mit Lebensmitteln versorgen könne. Eine „Beihülfe des Staats erscheint hauptsächlich für die ärmeren Ortschaften in den von der Küste entfernten Landestheilen der dortigen Provinz begründet“.<sup>54</sup>

Auch diese „entfernten Landestheile“ machten während der Krise auf sich aufmerksam oder wurden von den Regierungen erwähnt. Die Regierung in Danzig verwies im Herbst 1846 auf die Missernte in den Kreisen Berent, Carthaus und Putzig (polnisch: Puck) und den staatlichen Handlungsbedarf.<sup>55</sup> Bereits im Sommer 1845 merkte der Landrat von Stallupönen (russisch: Nesterov) gegenüber dem Oberpräsidenten die gewünschte Gleichbehandlung aller Gemeinden an.

„Besonders ist dies mit den Bewohnern des erst vor ein Paar Jahren vom Goldapper Kreise hierher geschlagenen Kirchspiels Mehlkehmen der Fall, welche häufig und bitter sich darüber beklagt haben, daß sie durch ihre Abtrennung von Goldapp der angeblich großartigen Unterstützungen für Masuren verlustig gegangen.“<sup>56</sup>

23 Unterzeichner eines Gesuchs aus dem Kirchspiel Kallningken im Kreis Kaukehmen (russisch: Prochladnoje, Jasnoje) beklagten im Februar 1847 die Knappheit der Nahrungsmittel wegen der großen Entfernung nach Tilsit und Labiau (russisch: Sovetsk, Polesk) und sahen sich „nothgedrungen, einigen wenigen Getreide-Wucherern in die Hände zu fallen, denen wir Roggen, Gerste, Hafer und Erbsen metzenweise und wenigstens jede Metze um einen S[ilber]gr[oschen] theurer als anderswo bezahlen müssen.“<sup>57</sup> Nicht nur eine solche Knappheit an Nahrungsmitteln konnte zu einem gefühlten Notstand und einer Hungerkrise führen, sondern auch die Ausfuhr. Im Kreis Schlochau (polnisch: Człuchów) war die Ernte 1846 nicht missraten, trotzdem entstand Mangel. Dies begründete der Landrat im April 1847 mit einer plötzlichen raschen Preissteigerung, für die er den Wucher verantwortlich machte:

„Von allen Seiten, von Rakel, Stettin, Landsberg, Colberg, Stolpe und vielen anderen Orten waren Aufkäufer, meistens Juden, wirklich schaarenweise in den Kreis gekommen, und hatten von Gut zu Gut, ja von Haus zu Haus

---

<sup>54</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 22.

<sup>55</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 3, Bl. 289.

<sup>56</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 64. Masuren wurde dabei von den Zeitgenossen als besonders arme Region eingeschätzt; ebd., Bl. 10.

<sup>57</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 126.

gekauft, alle irgend wo ausgekundschafteten Vorräthe an Roggen, Erbsen, Gerste, Hafer und Kartoffeln an sich zu bringen gewußt, und die Produzenten theils durch die enorme Höhe der offerirten Preise, theils durch die Bequemlichkeit ihre Produkte gegen sofortige baare Bezahlung gleich im Hause loszuwerden, sich verleiten lassen, alle irgend entbehrlichen, und zum Theil auch wohl unentbehrlichen Vorräthe an den Mann zu bringen, so daß in den letzten Tagen viele Hunderte von Scheffeln aus dem Kreise gegangen sind.“<sup>58</sup>

Besonders kleine Bauern seien hierbei sehr unvernünftig gewesen.<sup>59</sup> Mitte Mai 1847 wünschte die Regierung in Marienwerder, die der Argumentation des Landrats offensichtlich folgte, die „schleunigste Überweisung von 8.000 Scheffel Roggen“ für den Kreis Schlochau.<sup>60</sup> Durch die lohnende Ausfuhr verwandelte sich somit ein Kreis mit gesicherter Subsistenz in ein Zufuhrgebiet.

Der Gemeindevertreter des Rentamts Baldenburg (polnisch: Biały Bór) an der Grenze zur Provinz Pommern beantragte im März 1846 ebenfalls staatliche Hilfe:

„Es ist hier eine fürchterliche Noth, aus der wir uns nicht mehr erretten können, wir haben so lange alles geduldig ertragen, als es möglich war. Jetzt hat sie aber einen bedenklichen Grad erreicht und droht in kurzer Zeit alle gesellschaftlichen Bande aufzulösen.“<sup>61</sup>

Neben der eiligen Bewilligung von Roggen, die vor allem ab Mai 1847 erfolgte,<sup>62</sup> unternahm die Provinzialregierung mehrmals Versuche, durch Inspektionsreisen hoher Beamter vertrauenswürdige Berichte zur Lage vor Ort zu erhalten. Eine solche Vermittlerfunktion erhielt Oberregierungsrat Botho von Eulenburg, der Ende Mai 1847 von der Königsberger Regierung in die Kreise Wehlau, Gerdauen (russisch: Znamensk, Železnodorožnyj) und Labiau befohlen wurde, um „aus den verschiedensten Quellen Ansichten und Thatsachen über den jetzigen Zustand der Arbeiter Familien auf dem platten Lande zu sammeln“.<sup>63</sup> Eulenburg stellte eine weitgehende Erschöpfung der Nahrungsmittelvorräte fest und kritisierte

---

<sup>58</sup> Ebd., Bl. 410.

<sup>59</sup> Ebd.

<sup>60</sup> Ebd., Bl. 469.

<sup>61</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 213.

<sup>62</sup> Vgl. zur Verteilung von Roggen im Regierungsbezirk Königsberg GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 282. Innerhalb von zehn Tagen wurden dort im Mai 1847 etwa 21.000 Scheffel Roggen ausgegeben.

<sup>63</sup> Hier und im Folgenden: GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 212-316. Vgl. zu solchen Gutachten und Notstandsberichten außerdem PETTER, Armut, S. 197 f.

die fehlende Verpflegung bei den öffentlichen Wegearbeiten. Durch „Kraftlosigkeit und Kränklichkeit der Arbeiter“ sei es bereits zu fünf Todesfällen gekommen. Aufgrund seiner Vollmachten ordnete er die Wiederaufnahme der ruhenden Arbeiten an und befahl die Einrichtung zweier Speiseanstalten.<sup>64</sup>

Die Regierung in Königsberg folgte Anfang Juni 1847 dem Vorgehen und den Empfehlungen Eulenburgs und genehmigte den öffentlich beschäftigten Arbeitern „täglich einmal eine ausreichend kräftige warme Speise von Erbsen im Werth von höchstens 2 S[ilber]gr[oschen] als Zuschuß zu den bestehenden anschlagsmäßigen, aber jetzt nicht ausreichenden Arbeitslöhnen“.<sup>65</sup>

Nicht nur einzelne Regionen der Provinz wurden als besonders vom Notstand betroffen wahrgenommen. Die Zeitgenossen unterschieden außerdem zwischen bedürftigen und wohlhabenden Einwohnern. Die Regierung von Königsberg sprach sich etwa für den staatlichen Getreideverkauf zu ermäßigten Preisen aus, um den „Untergang einer großen Zahl von kleinen Grundbesitzern“ zu verhindern. Die Missernte von 1845 habe die Bauern nach den bereits schlechten Erträgen von 1844 stark getroffen.

„Viele, sehr viele kleine Grundbesitzer haben nichts zu verkaufen; Alles was Entbehrliches in Haus und Hof war, ist schon im vergangenen Jahre versilbert und im Erlös zur Lebensfristung verwendet; wer Kredit hatte, mußte ihn schon voriges Jahr erschöpfen und erhält dieses Jahr für die höchsten Prozente so wenig Geld als Naturalien von Privaten geliehen.“<sup>66</sup>

Diese Einschätzung teilte das Gesuch eines Gutsbesitzers aus Rastenburg (polnisch: Kętrzyn), der im Sommer 1845 die „arbeitende Klasse“ als versorgt betrachtete, aber feststellte: „schlimmer steht es um den kleinen Grundbesitzer“, dem es an Kredit fehle und der durch schlechte Wege und die große Entfernung zu Handelsstädten benachteiligt sei.<sup>67</sup>

Ein solches Urteil wiederum relativierte der Landrat von Marggrabowa (polnisch: Olecko), der im Sommer 1845 eine „Steigerung des Jammers und Elends“ erwartete. Besonders gefährdet sah er indes nicht die kleinen

---

<sup>64</sup> Eulenburg beschäftigte sich auch im weiteren Verlauf seiner Karriere mit der Verbesserung der Verkehrswege; KURT FORSTREUTER, Eulenburg, Botho Heinrich Graf zu, in: Neue deutsche Biographie, Berlin 1957, S. 680, <http://deutsche-biographie.de/pnd133608026.html>.

<sup>65</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 215, 222.

<sup>66</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 26 f.

<sup>67</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 10.

Bauern, sofern sie noch Kartoffeln ernteten, sondern die landlosen Arbeiter.

„Anders aber steht es mit den Käthnern, den Losleuten, Wittwen pp. Diese haben größtentheils keine oder doch nur sehr wenige Kartoffeln ausgesetzt und erndten daher unter jeden Umständen nicht so viel, als sie zu ihrem und der Ihrigen Lebensunterhalt brauchen.“<sup>68</sup>

Tatsächlich bedrohte die Kartoffelkrankheit bereits ab Herbst 1845 die vermeintliche Sicherheit der kleinen Bauern.

Nach der weiteren schlechten Ernte von 1846, als sich der Mangel an Roggen und Kartoffeln deutlich zeigte, bestätigte die Direktion der Oberländischen Gesellschaft praktischer Landwirte des Kreises Pr. Holland (polnisch: Paślęk) die mangelhafte Versorgungssituation der landlosen Bevölkerung in den königlichen, adligen und Bauerndörfern. Anders als die an königliche Domänen oder Rittergüter angebundenen Tagelöhner könnten solche Einlieger nicht mit Nahrungsmittelhilfe rechnen.<sup>69</sup> Gleichzeitig verloren sie häufig Beschäftigungsmöglichkeiten, da Gutsbesitzer vorwiegend eigene Leute beschäftigten.<sup>70</sup>

Als besonders betroffen erscheinen demnach Personengruppen ohne Anschluss an größere Güter, die sich auch bei einer schlechten Ernte selbst versorgen konnten, und Bauern, die keinen Zugang zu anderen Erwerbsmöglichkeiten und Krediten besaßen.<sup>71</sup> Diese Gruppe wurde in der amtlichen Korrespondenz der Provinz Preußen an mehreren Stellen genauer spezifiziert und ein besonderes Augenmerk auf die Versorgung von Frauen mit bezahlter Arbeit gelegt. Die Deputation des Landwirthschaftlichen Central-Vereins für Litthauen befürchtete im Winter 1846 angesichts der Krise „nachtheilige Folgen für die physische und sittliche Haltung“ der Bevölkerung und forderte öffentliche Arbeiten für Frauen.<sup>72</sup> Auch im Frühjahr 1847 beantragte ein Landschaftsrat aus Wehlau öffentliche Spinnarbeiten für alte Frauen und Ehefrauen auswärtiger arbeitender Männer. Die Ministerien in Berlin lehnten solche Anträge jedoch ab und

---

<sup>68</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 22.

<sup>69</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 3, Bl. 451.

<sup>70</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 53, Bericht Regierung Gumbinnen vom 17. Januar 1846.

<sup>71</sup> Hierzu konnten durchaus auch Gutsbesitzer zählen. So bat der Rittergutsbesitzer Friedrich Wilhelm Sacksen den Oberpräsidenten im Winter 1846 um einen Vorschuss von 200 Scheffeln Hafer und 10 Scheffeln Bohnen, die er innerhalb von drei Jahren in natura zurückerstatten wollte; ebd., Bl. 76.

<sup>72</sup> Ebd., Bl. 118.

verwiesen auf private Initiativen von Vereinen, Gemeinden und Gutsbesitzern.<sup>73</sup> Ob hierbei eine geringere Furcht vor Tumulten als bei Männern eine Rolle spielte, muss vorerst offen bleiben.<sup>74</sup>

### Die staatlichen Krisenhilfe und ihre Wahrnehmung

Staatliche Stellen in der Provinz Preußen reagierten überwiegend auf Anweisung und mit Genehmigung Berlins auf die Teuerung.<sup>75</sup> Ein zentraler Aspekt war dabei Sparsamkeit. Ende 1846 hob dies Innenminister Ernst von Bodelschwingh gegenüber dem preußischen Oberpräsidenten erneut hervor. Nach dem Gesetz „ist für die Hilfsbedürftigen zunächst von den Gemeinden und Gutsherrschaften zu sorgen, und wo deren Kräfte nicht ausreichen, muß der Landarmen-Verband Beihülfe leisten“. Darüber hinaus sollten „Anforderungen an die Staats-Kasse auf seltene außerordentliche Fälle beschränkt werden“.<sup>76</sup> Diese auf Schonung des Fiskus bedachte Haltung wurde jedoch selbst innerhalb des Behördenapparats nicht immer kritiklos hingenommen. Die Regierung von Königsberg erkannte zwar die staatlichen liberalen Grundsätze an, hielt ihre vollständige Umsetzung, etwa im Bereich der Getreideverkäufe, jedoch nicht für geboten.<sup>77</sup> Schärfere Töne der Ablehnung kamen von der Regierung in Marienwerder, die Ende Januar 1847 gegenüber dem Innenministerium erklärte:

„Wir glauben [...], daß wenn auch die moralische Verpflichtung der Communen, Gutsherrschaften usw zur Unterstützung in dem ausgedehnten Sinne der Nothstandsbesichtigung gewiß nicht geläugnet werden soll, doch ihre gesetzliche Verpflichtung sehr zu bezweifeln sein dürfte.“<sup>78</sup>

---

<sup>73</sup> Ebd., Bl. 67, 158.

<sup>74</sup> Zur teilweise maßgeblichen Beteiligung von Frauen an Tumulten vgl. GAILUS, *Straße und Brot*, S. 291-295, und CHRISTINA BENNINGHAUS, *Sittliche Ökonomie, soziale Beziehungen und Geschlechterverhältnisse. Zur inneren Logik der Hungerunruhen*, in: *Region im Aufruhr. Hungerkrise und Teuerungsproteste in der preußischen Provinz Sachsen und in Anhalt 1846/47*, hg. v. DERS., Halle (Saale) 2000, S. 117-158, hier S. 126.

<sup>75</sup> Zur Gesamteinschätzung der staatlichen Krisenpolitik 1846/47, die als ökonomisch liberal betrachtet werden muss, vgl. PETTER, *Armut*, S. 191.

<sup>76</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 2; vgl. auch GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 26.

<sup>77</sup> Ebd.

<sup>78</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 96.

Im April 1847 kritisierte der Regierungspräsident in Marienwerder, Jacob von Nordenflycht, erneut die Passivität der Regierung und gab dabei deutliche Hinweise auf die Furcht vor Unruhen:

„Was Vertrösten und Hinhalten von Seiten der Verwaltung zu leisten vermag, ist mit anscheinender Hartherzigkeit bisher geschehen, und hat sechs Monate lang gute Früchte getragen, dieses Mittel muß gegenwärtig aber als erschöpft [...] erkannt werden, denn es ist die Zeit gekommen, wo auch die Staats-Verwaltung es als ihre unabweisliche Pflicht wird betrachten müssen, werktätig einzuschreiten, und nicht bloß ihrer hungernden Unterthanen mit aller ihr zu Gebote stehenden Mitteln hülfreich sich anzunehmen, sondern zugleich die Personen und das Eigenthum aller derer, die etwas besitzen, gegen Raub und Gewaltthätigkeit ihrer verzweifelnden Mitmenschen kräftig zu schützen.“<sup>79</sup>

Öffentliche Arbeiten, die Zuteilung von Roggen und Saatgut sowie die abgesagte Landwehrübung im Sommer 1847 bildeten wichtige staatliche Maßnahmen gegen Mangel und Unruhen.<sup>80</sup> Aus den überlieferten Quellen lässt sich die Wahrnehmung und Einschätzung dieser Initiativen häufig nur indirekt erschließen. Öffentliche Arbeiten fanden in der Provinz Preußen besonders 1845/46 in größerem Umfang statt.<sup>81</sup> Anders als 1847 wurde Beschäftigung dabei 1845 in einzelnen Regionen umfassend gefördert:

„Da nach der Ansicht der Polizeibehörden der Umgegend [von Czersk] vor der Erndte ein Nothstand fühlbar wurde, so sind zur Abhülfe desselben die Meliorationsarbeiten am Schwarzwasser während des ganzen Sommers in der Ausdehnung gefördert worden, daß keine Arbeiter abgewiesen werden durften.“<sup>82</sup>

Der euphorische Dank des Landrats von Schlochau für die staatlichen Chausseearbeiten<sup>83</sup> entsprach jedoch möglicherweise mehr Karrieredenken

---

<sup>79</sup> Ebd., Bl. 274; vgl. zu den Hintergründen eines Angriffs auf Kartoffelkähne auf der Weichsel: GAILUS, Straße und Brot, S. 240 f., 256.

<sup>80</sup> Zusammenfassungen finden sich bei BASS, Hungerkrisen, S. 235-237, und für ganz Preußen bei PETTER, Armut, S. 237-242.

<sup>81</sup> Die Zentralregierung hatte allein für 1846 rund 900.000 Taler bewilligt; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 149. 1847 versuchte die Regierung die Ausgaben für öffentliche Arbeiten dagegen möglichst niedrig zu halten; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 82.

<sup>82</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 194.

<sup>83</sup> „Alle Herzen sind von dem innigsten Dankgefühle beseelt, daß die hohen und höchsten Behörden so weise und umfassende Maaßregeln zur Beseitigung oder wenigstens doch Linderung des Nothstandes getroffen haben, und gewiß ist noch niemals inbrünstiger als

oder einer kurzzeitig positiven Wahrnehmung als der wirklichen Stimmung der Bevölkerung.<sup>84</sup>

Bereits im Sommer 1845 sah der Landrat von Marggrabowa die Bevölkerung durch das bisherige Hilffsystem „auf eine ganz unerwartete Weise demoralisirt, muß es noch immer mehr werden, wenn nicht bald Einsicht geschieht“ und forderte öffentliche Arbeiten und die Verteilung von Roggen.<sup>85</sup> Diese überall geforderte Maßnahme zur Bekämpfung des Notstands war jedoch in der Praxis kein Allheilmittel. Ende November 1846 empörte sich Oberpräsident Bötticher über Nachrichten aus dem Kreis Preußisch Eylau (russisch: Bagrationovsk), wonach „gerade der Kreis in welchem vorläufig einzig und allein in dieser Provinz jetzt wieder öffentliche Arbeiten an der Chaussee eröffnet worden sind, die in diesen Tagen bereits im Gange sein werden, zum Schauplatze ruchloser Thaten geworden ist, die selbst in der größten Noth noch keine Entschuldigung finden.“<sup>86</sup>

Eine Begründung für ein hier nicht näher erklärtes Missverhalten der Bedürftigen lieferte Anfang Januar 1847 der Landrat desselben Kreises. Die Chausseearbeiten seien als „negative Hilfe“ zu betrachten, da selbst ein fleißiger Arbeiter nur fünf bis sechs Silbergroschen pro Tag verdiene und damit kaum das benötigte Brot bezahlen könne. Der Landrat befürchtete „heilloseste Folgen“: „Es ist Thatsache, daß die Arbeitsleute diese Arbeitsstelle wegen Mangel des Verdienstes verlassen, um ihren Unterhalt durch Betteln, Stehlen pp zu suchen.“<sup>87</sup> Gewährten die öffentlichen Arbeiten somit kaum ausreichenden Verdienst, war es für Bedürftige auch durchaus schwierig, dort überhaupt Anstellung zu finden. So mussten beispielsweise in Czersk viele Arbeiter zurückgewiesen werden, und auch beim Festungsbau in Königsberg wurden zwar im Frühsommer 1847 immerhin 400 Arbeiter mehr als geplant beschäftigt, alle weiteren jedoch abgewiesen.<sup>88</sup>

---

jetzt von allen Bewohnern des Kreises gebetet, daß Gott den geliebten Landesvater schützen und tausendfältig segnen möge.“, GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 423.

<sup>84</sup> Möglicherweise kam es auch hier zu einer „Filterung von unliebsamen Informationen“, wie sie PETTER, Armut, S. 195, für die Provinz Sachsen nachweist.

<sup>85</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 21 f.

<sup>86</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 3, Bl. 409.

<sup>87</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 23-29.

<sup>88</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 45, 191. Bei der Arbeitsvergabe in Czersk wurde dabei nach den Familienverhältnissen der Arbeitssuchenden selektiert. Dementsprechend seien „nur die Bedürftigsten auszusondern, alle jungen ledigen Leute, welche als Knechte sich vermieten können, zurückgewiesen, dagegen nur Familienväter



Unter diesen Bedingungen litt vermutlich der Ruf dieser Arbeiten unter der Bevölkerung. Bei der Versorgung mit Saatgut zeigt sich ein zwiespältiges Bild. Einerseits waren die Behörden, wie die Regierung von Marienwerder im Juli 1847, „wie allgemein anerkannt“ zufrieden mit den von staatlichen Stellen, Privatpersonen und Vereinen gewährten Saatvorschüssen und der Bestellung der Felder.<sup>89</sup> Andererseits bedeuteten derartige Vorschüsse für die Empfänger, die nicht bar bezahlen konnten, häufig eine zusätzliche Belastung, wenn die vom Oberpräsidenten festgelegte Verzinsung von vier Prozent angewandt wurde.<sup>90</sup> Im September 1845 verzeichnete beispielsweise eine Zusammenstellung den Roggenbedarf der Landwirte des Rentamts Friedrichsbruch bei Schneidemühl (polnisch: Płosków, Piła) mit etwa 5.900 Scheffeln, tatsächlich von der Regierung wünschten die Betroffenen jedoch nur etwa 2.500 Scheffeln.<sup>91</sup> Unter dem Zwang der Umstände verzichteten die Regierungen in Königsberg und Danzig Anfang 1847, als die ersten Vorschusszahlungen aus dem Winter 1844/45 fällig wurden, zeitweise auf deren Tilgung, da dies „als eine hinzutretende Belastung der Vorschuß-Empfänger einen üblen Eindruck hervorbringen dürfte, welchen wir in Hinblick auf den sich täglich mehr ausbreitenden Nothstand zu vermeiden wünschen“.<sup>92</sup>

Mit den Preisen stieg im Laufe des Jahres 1847 auch die Nachfrage nach verbilligtem Roggen. Bereits Ende Januar stellte die Regierung in Marienwerder eine Verdreifachung der Kartoffelpreise fest und berichtete: „Die Klagen über Mangel und Noth erhalten von überall her, theils unmittelbar theils von den Behörden an uns gebracht immer lauter und die Anträge auf Hilfe und auf außerordentliche Unterstützung werden mit jedem Tage dringender.“<sup>93</sup> Hier klingen die Ansprüche der Menschen gegenüber dem Staat und das Hoffen auf eine positive Intervention der Behörden durch. Neben Einzelpersonen hofften auch die Kommunen auf Hilfe von oben. Der Landrat von Heydekrug (litauisch: Šilutė) stellte so im März 1847 an den Oberpräsidenten in Königsberg die Forderung, die Ernährung der Bedürftigen zu sichern und für Arbeit zu sorgen. „Beide

---

ohne zulänglichen Grundbesitz und solche unverheirathete Leute, welche sich durch ein Attest der Behörde darüber ausweisen, daß sie eine Mutter und kleine Geschwister zu ernähren haben zur Arbeit zugelassen worden.“, ebd., Bl. 45.

<sup>89</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 6, Bl. 3.

<sup>90</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 258, 260.

<sup>91</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 219.

<sup>92</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 104, 108.

<sup>93</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 94.

Maaßregeln sind unerlässlich, denn die Noth ist größer als 1844 und die Kommunen von der Uebermasse der Ortsarmen so erschöpft, daß sie zum großen Theil bald selbst eine Unterstützung bedürfen“.<sup>94</sup> Das erforderte seitens der staatlichen Stellen und Hilfsvereine beträchtliche Anstrengungen, ermöglichte Getreidehändlern dagegen große Gewinne.<sup>95</sup> Die Behörden mussten bei der Ausgabe des Getreides versuchen, die Zahl der Käufer gering zu halten, um Unruhe zu verhindern.<sup>96</sup> Andere symbolische Akte der Verwaltung, wie die Vermeidung als unangenehm empfundener Pflichten, etwa die Teilnahme an Landwehrübungen, trugen sicherlich zur Entspannung der Krisensituation bei.<sup>97</sup> Insgesamt dürfte die weitgehende Zurückhaltung des Staats bei der Krisenhilfe von der Bevölkerung deutlich registriert worden sein und zu einer Entfremdung, besonders der unteren Bevölkerungsschichten, von Preußen beigetragen haben. Einen gewissen Ausgleich für das mangelhafte staatliche Engagement stellten die Aktivitäten von Privatpersonen und Hilfsvereinen dar, die besonders in den größeren Städten wirkten.<sup>98</sup> In abgelegenen Regionen des Hinterlandes dagegen reichte die Hilfe häufig kaum aus.<sup>99</sup>

### Bewältigungsstrategien – die Reaktionen der Betroffenen

Die Versuche der von Mangel und Teuerung besonders Betroffenen, sich dieser unangenehmen und schnell lebensbedrohlich werdenden Situation

---

<sup>94</sup> Ebd., Bl. 124.

<sup>95</sup> So erklärt sich die Bereitwilligkeit von Getreidehändlern und Gutsbesitzern, Roggen und Kartoffeln an den Staat zu verkaufen, mit der garantierten Bezahlung der Marktpreise; vgl. Anerbieten des K.D. Jacoby aus Johannisburg [Pisz]; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 60, und zum staatlichen Kartoffelankauf durch die Regierung von Gumbinnen: GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 318 f. Wie die Öffentlichkeit vermeintliche Wucherer charakterisierte, zeigt GAILUS, Straße und Brot, S. 252-256, am Beispiel des Kornhändlers Johann David Bestvater in Marienwerder.

<sup>96</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 18.

<sup>97</sup> So berichtete die Regierung Marienwerder Anfang Juli 1847: „Die Aufhebung der 14tägigen Übung der Landwehr Infanterie hat allgemeine Freude erregt.“; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 2 Bd. 18, Bl. 328.

<sup>98</sup> So meldete die Königsberger Regierung im März 1847 nach Berlin, dass in allen Städten des Bezirks Suppenanstalten mit warmen Mahlzeiten eingerichtet seien und dies auch auf dem platten Land geschehen sei. Außerdem würden die Bedürftigen dort der Reihe nach von den bemittelten Einwohnern versorgt; ebd., Bl. 217.

<sup>99</sup> Vgl. den folgenden Abschnitt „Bewältigungsstrategien – die Reaktionen der Betroffenen“.

zu entziehen, sind in den Quellen häufig nur indirekt greifbar und finden vor allem dann Erwähnung, wenn Ruhe und Ordnung als gefährdet angesehen wurden. Bewältigungsstrategien, wie sie hier am Beispiel der Provinz Preußen zwischen 1845 und 1847 untersucht werden, können dabei als historische Universalien betrachtet werden, die bei Nahrungsmangel auch in der Gegenwart auftreten.

Eine Möglichkeit der Reaktion auf die Nahrungs- und Teuerungskrise stellte weitgehende Passivität und Ratlosigkeit dar. Die Menschen verbrauchten ihre geringen Vorräte an Kartoffeln, besonders wenn ein Verlust durch die Kartoffelkrankheit drohte, und andere Nahrung, und erwarteten anschließend Hilfe von außen.<sup>100</sup> Um an Lebensmittel zu gelangen, wurden alle entbehrlichen Gegenstände des Haushalts verkauft und Schulden gemacht.<sup>101</sup> Die Regierung von Gumbinnen schätzte bereits im März 1846 die Fähigkeit der Kreditnehmer zur Schuldentilgung als sehr gering ein und hielt auch eine spätere Pfändung für unrealistisch, erklärte jedoch: „Nichts destoweniger können sie nicht hilflos bleiben.“<sup>102</sup> Somit konnten die Bedürftigen eher auf Darlehen von staatlicher Seite als von Privatleuten hoffen.

Weite Verbreitung fand der Versuch, Pflanzen zu essen, die normalerweise nicht zu den menschlichen Nahrungsmitteln gehörten.<sup>103</sup> Diese Form der Anpassung wurde durch die Behörden registriert, ohne sie zu kritisieren. Aus dem Kreis Berent berichtete ein Oberregierungsrat im Sommer 1845 an die Regierung in Danzig: „Die Nahrung der bauerlichen Wirthe insbesondere aber der kleinen Leute [...] beschränkt sich größtentheils nur auf gekochte Kräuter.“ Durch den trockenen Sommer sei das Sammeln dieser Kräuter jedoch sehr erschwert.<sup>104</sup> Anfang Januar 1847 berichtete die Regierung in Marienwerder ebenfalls über teilweise fehlende Nahrungsmittel, sah aber nur eine Einschränkung auf „Kohl und ähnliche Gewächse“.<sup>105</sup> Aus dem bei Königsberg liegenden Kreis Wehlau

---

<sup>100</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 3, Bl. 365; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 94; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 2 Bd. 17, Bl. 415.

<sup>101</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 26.

<sup>102</sup> Ebd., Bl. 191.

<sup>103</sup> Als solche *famine foods* betrachtet der irische Hungerforscher Cormac Ó Gráda „leaves, shoots, pods, seeds, fruits, meats, or vegetables not usually consumed but acknowledged to be edible in times of severe food stress“, CORMAC Ó GRÁDA, *Famine. A Short History*, Princeton (New Jersey) 2009, S. 73.

<sup>104</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 80.

<sup>105</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 97.

berichtete der bereits erwähnte Botho von Eulenburg Ende Mai 1847, dass „durch Nesseln und andere Kräuter manche Existenz spärlich gesichert wird“. <sup>106</sup> Auch Kadaver verendeter Tiere wurden, wie der Kreisdeputierte aus Neustadt im Juni 1847 berichtete, verzehrt: „Nur die allergrößte Noth kann wohl nur [sic] Menschen dazu zwingen daß sie wie dies in der Gegend bei Zoppot vorgekommen ist, über ein gefallenes Pferd hergefallen, und das Fleisch roh verzehren.“ <sup>107</sup> Sicherlich nahmen in der Krise ebenfalls die Jagd auf Kleintiere und das Sammeln von Nüssen und Ähnlichem zu. <sup>108</sup>

Angesichts der Bedrohung der Kartoffelernte durch die Faulkrankheit erfolgte die Bestellung der Felder sorgfältiger, und wegen des Mangels an Saatkartoffeln wurden diese weiter als üblich voneinander entfernt gepflanzt – eine Maßnahme, die tatsächlich gegen den Erreger der Fäule Wirkung gezeigt haben könnte. <sup>109</sup> Auf der anderen Seite wurden aus Sparsamkeit allein Kartoffelkeime eingepflanzt, die jedoch für die Krankheit empfänglicher waren. <sup>110</sup> Gab es in der Nähe des Wohnorts öffentliche Arbeiten oder Suppenküchen, die warme Mahlzeiten verbilligt oder gratis verteilten, war dies eine Möglichkeit der Versorgung mit Bargeld und Nahrung, selbst wenn die Angebote schwerlich für alle Interessierten ausreichten. <sup>111</sup> Auch Gesuche wie das der Einwohner eines Kirchspiels bei Kaukehmen, wobei nur drei von 23 Unterzeichnern fähig waren, ihren Namen zu schreiben, <sup>112</sup> können als Möglichkeit gesehen werden, Auswege aus der Krise zu finden.

Reichte der Verdienst bei öffentlichen oder privaten Arbeiten nicht aus, fehlte es an Darlehen und veräußerbaren Gegenständen und waren die Vorräte aufgebraucht, folgte Bettelei als der nächste logische Schritt.

---

<sup>106</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 216.

<sup>107</sup> Ebd., Bl. 261.

<sup>108</sup> Mit solchen Praktiken verließen die Bedürftigen bereits die Zone der Legalität und gerieten in verstärkten Konflikt mit den gesellschaftlichen Normen.

<sup>109</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 6, Bl. 3; BÄRBEL SCHÖBER-BUTIN, *Die Kraut- und Knollenfäule der Kartoffel und ihr Erreger Phytophthora infestans* (Mont.) de Bary, Berlin 2001, S. 46.

<sup>110</sup> GStA, I. HA Rep. 164 A Nr. 35 Bd. 1, Bl. 70.

<sup>111</sup> Besonders 1845 und 1846 fanden verbreitet öffentliche Arbeiten statt: GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 2, Bl. 424, 434; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 45. Zur Verpflegung Bedürftiger wurden z. B. in Insterburg [Černjachovsk] ab Januar 1847 täglich 260 Essensportionen, die aus 1 Quart Suppe und einem halben Pfund Brot bestanden, gratis verteilt; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 295.

<sup>112</sup> Ebd., Bl. 126.

Tatsächlich meldeten viele Beamte und andere Berichterstatter die starke Zunahme dieser Erscheinung.<sup>113</sup> So beschrieb ein Gutsbesitzer aus dem Kreis Tapiau (russisch: Gvardejsk) im April 1847 sein eigenes Erlebnis:

„Gestern war ein Mann Namens Gross aus Nerkelsdorf bei mir, und klagte vor Hunger umkommen zu müssen, ich möge mich seiner u seiner Angehörigen erbarmen, er müsse sonst Verbrechen begehen, um sein Leben zu fristen. Ich that was ich konnte, dergleichen Bettler sind aber zu viel, beinahe Zwanzig täglich, die von Ort zu Ort weit herum, wie Schattenbilder, mit Frau und Kind wandern um ihr Leben zu fristen; es steht aber dringend zu erwarten, daß jede milde Hand, eigener Noth wegen, sich schließen muß, und die Bettler auf den Straßen des Hungertodes sterben müssen.“<sup>114</sup>

Ähnlich berichtete der Kreisdeputierte aus Neustadt im Juni 1847:

„Daß wirklich große Noth im Kreise vorhanden ist, unterliegt keinem Zweifel, den täglich kommen Proletare schaarenweise in das Kreisamt deren Jammergestalten es documentiren daß großer Mangel sie drückt, und deren gewöhnliche Klage[n], seit so und so vielen Tagen schon nichts mehr gegessen zu haben wohl schwerlich übertrieben sind.“<sup>115</sup>

Bettelei mündete dabei nicht selten in Diebstähle und größere Vergehen, ohne dass die Ordnungshüter dies verhindern konnten.<sup>116</sup> So berichtete die Regierung von Marienwerder im April 1847:

„Schon findet man aller Orten auf Stegen und Wegen Schaaren von Bettlern, ohne daß die Polizei diesem Unfug zu steuern im Stande ist, heimliche und gewaltsame Diebstähle von Lebensmitteln mehren sich von Woche zu Woche und nehmen einen immer mehr bedrohlichen Charakter an; am gestrigen Tage hat sich aber in Neuenburg auch schon das erste Beispiel offener Widersetzlichkeit der Massen gezeigt, indem mit Gewalt das Verschiffen einer

---

<sup>113</sup> Die Wohltätigkeit der Besitzenden erfolgte dabei teils aus Mitleid, „theils aus Besorgniß“ um den eigenen Besitz; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 217. Der Landrat des Kreises Neustadt betonte im Juli 1847, da die Bettelei „noch immer in sehr hohem Grade“ stattfinde, wiederholt die Pflicht der Polizei jeden ortsfremden Bettler festzunehmen; vgl. Kreisblatt für den Neustädter Kreis, 14. Juli 1847, Nr. 29, S. 127.

<sup>114</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 209. Tatsächlich lag die Zahl der Gestorbenen in Ostpreußen 1847 (68.302) und 1848 (67.271) um mehr als 15 % und in Westpreußen besonders 1848 (44.032) um 10,8 % über dem Durchschnitt der Jahre 1816–1875; ANTIJE KRAUS, Quellen zur Bevölkerungsstatistik Deutschlands 1815–1875, Boppard am Rhein 1980, Tab. 21a, 22a.

<sup>115</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 5, Bl. 261.

<sup>116</sup> Teilweise kam es auch zu „Drohungen auf Angriffe fremden Eigenthums“, die sicherlich freiwillige Lebensmittelgaben zum Zweck hatten; GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 467.

Quantität Kartoffeln von dort aus verhindert wurde, ohne daß die Obrigkeit im Stande gewesen ist, den Widerstand mit Erfolg zu bekämpfen.“<sup>117</sup>

Der bereits erwähnte Gutbesitzer aus dem Kreis Tapiau meldete im April 1847 Beispiele für Nahrungsdiebstähle:

„Im Gute Friedrichsthal, im Gute Spindlack bei mir u.[nd] a.[nderen] O.[rten] wurden in jüngster Zeit gewaltsam durch Einbruch, die Tennen, Speicher u[nd] Kartoffelbehälter beraubt. – Nachforschungen blieben ohne Erfolg, u[nd] der Nothstand macht es dringend, die aufgeregten Gemüther nicht zu reizen.“<sup>118</sup>

Wie an vielen anderen Stellen schien hier erneut die Angst der Besitzenden vor Protesten und Unruhen auf, die durchaus ihre Berechtigung besaß.

Solche Tumulte, die die offene Rebellion und die größte Abwendung von den staatlich gesetzten Normen darstellten, konnten nicht überall verhindert werden. So erbat die Regierung von Marienwerder Mitte Mai 1847 „wegen eines hiesigen Volks-Auflaufs, wobei mehrere Hundert Personen aus den an die Stadt grenzenden Dörfern betheiligt sind, und nach gewaltsamer Erbrechung eines mit nicht unbedeutenden Getreidebeständen gefüllten Speichers eines hiesigen Kaufmanns“ vom Oberpräsidenten militärische Hilfe.<sup>119</sup> Einer spontan gebildeten örtlichen Bürgerwehr gelang noch vor Ankunft des Militärs die Vertreibung der Plünderer, der Sturm auf den Getreidespeicher fand jedoch sein Echo bis in den Vereinigten Landtag in Berlin.<sup>120</sup>

Eine weniger drastische, von den Behörden jedoch ebenfalls abgelehnte Strategie zum Umgang mit der Nahrungskrise stellte die Auswanderung dar.<sup>121</sup> Bereits im Herbst 1845 berichtete die Regierung von Gumbinnen

---

<sup>117</sup> Ebd., Bl. 274. Bei dieser Steigerung der Unbotmäßigkeit spielten sicherlich Aspekte der *moral economy* eine wesentliche Rolle; vgl. EDWARD P. THOMPSON, Die „sittliche Ökonomie“ der englischen Unterschichten im 18. Jahrhundert, in: Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Studien zur Lage der Unterschichten in 18. und 19. Jahrhundert, hg. v. DETLEV PULS, Frankfurt a. M. 1979, S. 13-80.

<sup>118</sup> GStA XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 4, Bl. 209.

<sup>119</sup> Ebd., Bl. 487.

<sup>120</sup> Vgl. zum gesamten Marienwerder Tumult ausführlich: GAILUS, Straße und Brot, S. 240-246.

<sup>121</sup> Die Auswanderungszahlen für die Provinz Preußen lagen für den Zeitraum 1844–1859 niedriger als im benachbarten Pommern. Eine größere Bedeutung als die Auswanderung nach Übersee oder in benachbarte Länder besaß die Binnenwanderung innerhalb Preußens. Der Wanderungsverlust betrug in der Provinz Preußen 1846–1849 insgesamt

nach Königsberg, „eine nicht unbedeutende Zahl Familienväter [habe] dadurch, daß sie vom Auswanderungs-Schwindel ergriffen, ihre Brodstellen aufgegeben oder verloren“. <sup>122</sup> Der Landrat von Allenstein (polnisch: Olsztyn) bestätigte im Oktober 1846 den allgemein verbreiteten Notstand, sah jedoch vor allem die negativen Folgen der Auswanderung für den Arbeitsmarkt: „Eine Folge von diesem bedrohlichen Zustande sind die Auswanderungen Arbeitssuchender nach Polen wodurch dem Ackerbau dieser Gegend aber wiederum die nöthigen Hände entzogen werden!“ <sup>123</sup>

Insgesamt kann man in der Provinz Preußen eine große Verbreitung der legalen und halblegalen Bewältigungsstrategien der Betroffenen beobachten. Aufstände und Unruhen, die von Behörden und dem Bürgertum gefürchtet wurden, fanden dabei ebenfalls in größerem Umfang statt. <sup>124</sup>

## Schluss

Die Teuerungs- und Nahrungskrise zwischen 1844 und 1847 in der Provinz Preußen erhielt ihre Dramatik einerseits durch unterdurchschnittliche Ergebnisse der Getreideernte und mehrere schlechte Kartoffelernten. Dies traf besonders die ländliche Bevölkerung mit geringem oder ohne Grundbesitz sowie die Regionen des Hinterlands. Durch Getreideexporte ins kaufkräftige West- und Mitteleuropa verringerte sich der Nahrungsspielraum zusätzlich, und solidarische Hilfe wurde durch Getreidemangel und stark erhöhte Preise erschwert. Staatliche Unterstützungsmaßnahmen orientierten sich vorwiegend an den Wahrnehmungen örtlicher und

---

30.065 Personen, wobei die größte Zahl mit 14.982 Personen aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen stammte; WACHOWIAK, II. Gospodarka, S. 157 ff.

<sup>122</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 1, Bl. 301. Ende April 1847 betonte Oberpräsident Bötticher, dass die Regierung die Emigration keinesfalls unterstützen würde und warnte eindringlich davor: „Wer aber ungeachtet aller Belehrungen und Warnung sich dennoch zu unüberlegten Auswanderungs-Unternehmungen verführen lassen sollte, wird die traurigen Folgen seiner Unwissenheit und Leichtgläubigkeit nur sich selbst zuschreiben können.“, Kreisblatt für den Neustädter Kreis, 19. Mai 1847, Nr. 21, S. 87 f.

<sup>123</sup> GStA, XX. HA Rep. 2 I Tit. 40 Nr. 21 Bd. 3, Bl. 292, im Original mit Unterstreichungen.

<sup>124</sup> GAILUS, Hungerkrisen, Abb. 13, zählte im April und Mai 1847 in der Provinz Preußen 19 Tumulte und ähnliche Unruhen.

entsandter Beamter, wurden aber weitgehend als unzureichend eingeschätzt. Die Bewertung der Notlage hing dabei häufig mit dem Weltbild der Entscheidungsträger zusammen.

Die Reaktionen der von Teuerung und Nahrungsmangel Betroffenen wurden mit der Zunahme des Leids extremer und gipfelten in Kriminalität, gewalttätigen Ausschreitungen und der Auswanderung aus der Provinz. In Folge des Mangels nahm die Sterberate 1846 bis 1849 gegenüber den Vorjahren deutlich zu. Durch bessere Getreideernten ab 1847 und die Auswanderung wurde die Not jedoch gedämpft. Die Revolution von 1848/49 führte in der Provinz Preußen trotz der vorherigen Nahrungskrise zu geringeren Unruhen als in anderen Regionen des Landes wie Schlesien oder Berlin.<sup>125</sup>

Die Krise der 1840er bildete einen Höhepunkt des längerfristigen wirtschaftlichen und sozialen krisenhaften Zustands in der Provinz Preußen. Erst mit der Anbindung an das Eisenbahnnetz und der Gründung des Deutschen Reiches überwand das nordöstliche Preußen diesen permanenten Krisenzustand.<sup>126</sup> Trotz ihrer Intensität bewirkte die Nahrungskrise von 1846/47 in der Provinz noch keine strukturellen Umbrüche in Politik, Wirtschaft und dem sozialen Gefüge. Eine Ausnahme war dabei möglicherweise die Etablierung der Auswanderung in die westlicheren Gebiete Preußens und ins Ausland. Ein großer Teil der Bevölkerung verharrte weiterhin in einer prekären materiellen Situation.

Weitgehend abhängig von den Entscheidungen in Berlin blieben die Reaktionen der örtlichen Behörden innerhalb des Rahmens traditioneller Notstandsmaßnahmen, die zumindest teilweise die direkten Folgen der Krise abmilderten, aber keine langfristigen Veränderungen herbeiführten. Trotz einzelner Kritiker des staatlichen Vorgehens innerhalb des Verwaltungsapparats setzte die Regierung aus Sparsamkeit vorwiegend auf die Eigeninitiative von Behörden und Vereinen auf lokaler Ebene und unterdrückte entstehende Unruhen mit Gewalt.

---

<sup>125</sup> WEHLER, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, S. 713; William J. Orr führt dies auf den „Erfolg konservativer Kräfte, eine bedeutende Anzahl von Arbeitern für die monarchistische und preußisch-partikularistische Sache zu gewinnen“ zurück; vgl. WILLIAM J. ORR, Königsberg und die Revolution von 1848, in: *Zeitschrift für Ostforschung* 26 (1977), S. 271-306, hier S. 303 f.

<sup>126</sup> ANDREAS KOSSERT, *Ostpreußen. Geschichte und Mythos*, München 2005, S. 150 ff.





### 3. FERNHANDELS-, TRIBUT- UND RAUBGESELL- SCHAFTEN UND ZERFALLENDEN STAATEN, ODER: DIE RELATIVITÄT DES BEGRIFFS „KRISE“



MARZENA MATLA

## EINE „WIRTSCHAFTSKRISE“ UND DIE STAATSBILDUNG DER PŘEMYSLIDEN IM 10. UND IN DER ERSTEN HÄLFTE DES 11. JAHRHUNDERTS

Die Formierung der přemyslidischen Herrschaft im 10. Jahrhundert

Der Staat der Přemysliden betrat die Bühne der Geschichte im letzten Viertel des 9. Jahrhunderts. Damals gelang es dem ersten ihrer Herrscher, Bořivoj, dank des Protektorats des großmährischen Fürsten Svatopluk, die bisher unabhängigen böhmischen Häuptlingstümer unter eigene Kontrolle zu bringen. Nach Bořivojs Tod Ende der 880er sowie seines großmährischen Schutzherren (894) wurde die Konsolidierung des Böhmischen Beckens grundsätzlich aufrechterhalten, auch wenn gewisse Dezentralisierungstendenzen zu bemerken waren. Obwohl die Quellen auf der politischen Bühne und in den internationalen Kontakten in erster Linie Bořivojs Sohn Spytihněv erwähnen,<sup>1</sup> können im Böhmischen Becken damals noch mindestens drei Stammesfürstentümer beobachtet werden, die zumindest theoretisch um die Herrschaft in der Region rivali-

---

<sup>1</sup> Über die Etappe der Herausbildung des böhmischen Staats unter Bořivoj und dessen Nachfolgern vgl. u. a. DUŠAN TŘEŠTÍK, Bořivoj a Svatopluk – Vznik českého státu a Velká Morava, in: Velká Morava a počátky československé státnosti, hg. v. JOSEF POULÍK / BOHUSLAV CHROPOVSKÝ, Praha / Bratislava 1985, S. 273-330; DUŠAN TŘEŠTÍK, Počátky Přemyslovců. Vstup Čechů do dějin (530–935), Praha 1997, S. 312-353; JIŘÍ SLÁMA, K počátkům hradské organizace v Čechách, in: Topologie raně feudálních slovanských států, hg. v. JOSEF ŽEMLIČKA, Praha 1987, S. 175-190; MARZENA MATLA-KOZŁOWSKA, Pierwsi Przemyslidzi i ich państwo (od X do połowy XI wieku). Ekspansja terytorialna i jej polityczne, Poznań 2008, S. 25-32; JOANNA A. SOBIESIAK, Jak Przemyslidzi zdobyli panowanie nad „plemieniem Czechów“. Historia i archeologia o powstaniu czeskiego państwa (IX–X w.), in: Instytucja „wczesnego państwa“ w perspektywie wielości i różnorodności kultur, hg. v. JACEK BANASZKIEWICZ u. a., Poznań 2013, S. 249-272; vgl. dort auch den Beitrag von KATEŘINA TOMKOVÁ, Archeologie o počátcích středověkého státu – pramen či ilustrace dějin, S. 273-301.

sieren konnten: das lutschanische in Nordwestböhmen, in Ostböhmen Alt Kouřim und das Dudlebeiner im Süden.<sup>2</sup>

Unter den ersten Přemysliden gestaltete sich der Prozess des Staatsaufbaus zweispurig. Was die Eroberung des Beckens betrifft, so gab es bis zur Zeit von Vratislav (gestorben 921), Bořivojs jüngerem Sohn, nicht viele unmittelbar beherrschte und dem mittelhöhmischen Fürstentum einverleibte Gebiete.<sup>3</sup> Deshalb muss angenommen werden, dass die übrigen Fürstentümer höchstwahrscheinlich nur nominell abhängig waren, also die Oberherrschaft der Přemysliden anerkannten und ihnen vielleicht auch Tribut zahlten,<sup>4</sup> manchmal aber eine unabhängige „Innenpolitik“ betrieben, die nicht notwendigerweise mit den Interessen Prags übereinstimmte. Die Herrscher, besonders Bořivojs älterer Sohn Spytihněv (gestorben 915), konzentrierten sich zu Beginn des 10. Jahrhunderts in erster Linie auf den inneren Ausbau der eigenen Domäne, das heißt Mittelböhmens.

Von zentraler Bedeutung sind bisher die Befunde von Jiří Sláma, der nachwies, dass sich um die an der Wende vom 9. zum 10. Jahrhundert entstandene Prager Burg ein ganzes System von Burgsiedlungen entwickelt hat: sie entstanden in ähnlicher Entfernung vom Zentrum (etwa 26 bis 34 Kilometer) an den Grenzen der přemyslidischen Domäne. Diese Burgwälle, in ihrer Mehrheit neue Objekte, mussten die Verwaltungszentren bilden, die das Eintreiben der Abgaben und die Durchsetzung verschiedener Dienstleistungen überwachten, obwohl sie natürlich gleichzeitig dem Schutz gegen äußere Gefahren dienten. Das zentral gelegene Prag erfüllte nicht nur eine politische Funktion, sondern wurde auch zu einem wirtschaftlichen Zentrum mit einem sich dynamisch entwickelnden und an einer internationalen Handelsstraße gelegenen Markt; hierzu trugen zudem kirchliche Organisationen bei.<sup>5</sup>

---

<sup>2</sup> MATLA-KOZŁOWSKA, Pierwsi Przemyślidzi, S. 33-37.

<sup>3</sup> Ebd., S. 54 f.; JIŘÍ SLÁMA, Přemyslovská doména na počátku století, in: Přemyslovci. Budování českého státu, hg. v. PETR SOMMER / JOSEF ŽEMLIČKA u. a., Praha 2009, S. 74.

<sup>4</sup> SLÁMA, K počátkům hradské, S. 182.

<sup>5</sup> JIŘÍ SLÁMA, Přínos archeologie k poznání počátků českého státu, in: Časopis Národního Muzea v Praze, řada A-Historie 37 (1983), H. 2-3, S. 161-166; DERS., K počátkům hradské, S. 178-182; DERS., Střední Čechy v raném středověku, Bd. 3: Archeologie o počátcích přemyslovského státu, Praha 1988, S. 74; DERS., Počátky přemyslovského státu, in: České země v raném středověku, hg. v. PETR SOMMER, Praha 2006, S. 37; SLÁMA, Přemyslovská doména, S. 74 ff.; vgl. jetzt auch LADISLAV VARADZIN, K vývoji hradišť v jádru Čech se zřetelem k přemyslovské doméně (příspěvek do diskuse), in: Archeologické rozhledy 62 (2010), H. 3, S. 535-554, S. 539-548; IVANA BOHÁČOVÁ, Počátky budování

Dieses System ermöglichte den Přemysliden die Dominanz bei innerböhmischem Konflikten zwischen den einzelnen Fürstentümern oder sogar bei einzelnen Angriffen von außen (wie beim Überfall des bayerischen Fürsten im Jahre 922),<sup>6</sup> aber in der Auseinandersetzung mit einer größeren Macht wie zum Beispiel dem Heer des Königs Heinrich I. des Voglers zeigte das Gebilde dann doch seine Schwächen.<sup>7</sup> Dessen Kriegszug gegen die Slawen 928/29 richtete sich nach der brutalen Unterwerfung der Stodoraner (Heveller) und Daleminzen<sup>8</sup> gegen Böhmen und Prag, wo 929 der dortige Herrscher Wenzel (um 923/24 bis 935), der Sohn Vratislavs I., geschlagen wurde.<sup>9</sup> Interessant ist jedoch, dass der böhmische Fürst im Gegensatz zu den Stämmen der Elbslawen – obwohl er theoretisch mächtiger war als jene – ganz offensichtlich keinerlei Versuche unternahm, ihm Widerstand zu leisten.<sup>10</sup> Dafür können verschiedene Faktoren verantwortlich gemacht werden: die Notwendigkeit, angesichts der Stärkung der Position Heinrichs I. im Reich oder seiner Erfolge gegen die Elbslawen (eigentlich seiner Hegemonie in diesem Teil Europas) die Existenz des Staats zu sichern, dann die Persönlichkeit des Herrschers und späteren Märtyrers Wenzel, dessen Abneigung gegen Gewaltanwendung in man-

---

přemyslovského státu a jeho centra – synchronizace výpovědi archeologických pramenů a její interpretace, in: *Archaeologia Historica* 38 (2013), H. 1, S. 7-25; TOMKOVÁ, *Archeologie*, S. 291 ff.

<sup>6</sup> TŘEŠTÍK, *Počátky Přemyslovců*, S. 369, 374.

<sup>7</sup> Über dessen Politik schrieb unlängst WOLFGANG GIESE, *Heinrich I. Begründer der ottonischen Herrschaft*, Darmstadt 2008.

<sup>8</sup> *Widukindi monachi Corbeiensis Rerum gestarum Saxonicarum libri tres*, hg. v. PAUL HIRSCH / HANS-EBERHARD LOHMANN (*Monumenta Germaniae Historica, Scriptores rerum Germanicarum*), lib. 1, Hannover 1935, S. 49 ff.; *Die Slaven in Deutschland. Geschichte und Kultur der slawischen Stämme westlich von Oder und Neiße vom 6. bis 12. Jahrhundert*, hg. v. JOACHIM HERRMANN, Berlin 1985, S. 335; CHRISTIAN LÜBKE, *Regesten zur Geschichte der Slaven an Elbe und Oder (vom Jahr 900 an)*, Bd. 2, Berlin 1985, S. 40-44.

<sup>9</sup> *Widukindi monachi*, lib. 1, cap. 35, S. 50 f.; ZDENĚK FIALA, *Dva kritické příspěvky ke starým dějinám českým*, in: *Sborník historický* 9 (1962), S. 5-65, hier S. 23 f.; GERD ALTHOFF / HAGEN KELLER, *Heinrich I. und Otto der Große. Neubeginn auf karolingischem Erbe*, 2 Bde., Göttingen u. a. 1985, S. 88; LÜBKE, *Regesten*, Bd. 2, S. 45 ff.; HELMUT BEUMANN, *Die Ottonen*, Stuttgart u. a. 1994, S. 44; TŘEŠTÍK, *Počátky Přemyslovců*, S. 392 ff.; MATLA-KOZŁOWSKA, *Pierwszi Przemyślidzi*, S. 49 ff.

<sup>10</sup> LOTHAR DRALLE, *Zu Vorgeschichte und Hintergründen der Ostpolitik Heinrichs I.*, in: *Europa Slavica – Europa Orientalis. Festschrift für Herbert Ludat zum 70. Geburtstag*, hg. v. KLAUS-DETLEV GROTHUSEN / KLAUS ZERNACK, Berlin 1980, S. 124; JIŘÍ VESELSKÝ, *K chaosu okolo pojmu tzv. tributárnosti etnik k říši franské*, in: *Časopis Matice moravské* 110 (1991), H. 2, S. 205-215, S. 212 f.

chen Legenden geschildert wird, oder schließlich die Erfordernis, den neu formierten Staat auch politisch in den westlichen Kulturkreis zu integrieren.<sup>11</sup>

Aber der eigentliche Grund scheint ein anderer gewesen zu sein – schon damals war die Krise spürbar, oder besser gesagt das ökonomische Defizit, das aus der bisherigen Abhängigkeit des Böhmisches Beckens resultierte. Finanziellen Nutzen konnten die Přemysliden in den 20er Jahren des 10. Jahrhunderts vor allem aus ihrer eigenen Domäne ziehen. Wenn deren Bevölkerung annähernd auf ungefähr 20.000 bis 25.000 Personen geschätzt wird, dann betrug die professionelle Gefolgschaft, deren Unterhalt geleistet werden konnte, etwa 350 bis 400 Krieger.<sup>12</sup> Bekanntlich musste der Herrscher seine Leute versorgen, bewaffnen und beschenken,<sup>13</sup> folglich erforderte eine zahlenmäßige Vergrößerung der Gefolgschaft neue finanzielle Aufwendungen. Ganz offensichtlich lieferten weder die eigene Domäne noch die sich aus dem Handel und dem sich schon damals entwickelnden Prager Markt<sup>14</sup> ergebenden Einnahmen diese in ausreichender Menge. Die eventuell bestehenden militärischen Verpflichtungen der anderen Fürsten aus dem Becken waren demgegenüber viel zu unsicher.<sup>15</sup>

Die Entscheidung Wenzels im Jahre 929, sich kampflos zu ergeben und die Oberhoheit Heinrichs I. anzuerkennen, war zwar auch mit einer Tributzahlung verbunden, scheint aber angesichts des Fehlens ausreichen-

---

<sup>11</sup> Dies bespricht TŘEŠTÍK, *Počátky Přemyslovců*, S. 414 ff.

<sup>12</sup> JOSEF ŽEMLIČKA, *Expanze, krize a obnova Čech v letech 935-1055 (K systémovým proměnám raných států ve střední Evropě)*, in: *Český časopis historický* 93 (1995), H. 2, S. 205-222, S. 207.

<sup>13</sup> *Legenda Christiani. Vita et passio sancti Wenceslai et sacte Ludmille ave eius*, hg. v. JAROSLAV LUDVÍKOVSKÝ, Praga 1978 (hiernach: *Legenda Christiani*), S. 36, S. 57; JOSEF ŽEMLIČKA, „*Duces Boemanorum*“ a vznik přemyslovské monarchie, in: *Československý časopis historický* 37 (1987), H. 5, S. 697-721, hier S. 712, 716; ausführlicher über die Gefolgschaft: FRANTIŠEK GRAUS, *Raně středověké družiny a jejich význam při vzniku států ve střední Evropě*, in: *Československý časopis historický* 13 (1965), H. 1, S. 1-18, hier S. 7-15.

<sup>14</sup> Zur Entwicklung des Prager Marktes vgl. DUŠAN TŘEŠTÍK, „*Veliké město Slovanů jménem Praha*“. *Státy a otroci ve střední Evropě v 10. století*, in: *Přemyslovský stát kolem roku 1000*, hg. v. LUBOŠ POLANSKÝ u. a., Praha 2000 (hiernach: *Přemyslovský stát kolem*), S. 49-70.

<sup>15</sup> Was schon die Situation nach Wenzels Tod zeigt, als Boleslav I. mit einem mit den Sachsen verbündeten Fürsten kämpfte, vgl.: *Widukindi monachi, lib. 2, cap. 3*, S. 68; vgl. auch TŘEŠTÍK, „*Veliké město*“, S. 49.

der Einkünfte die einzig rationale Handlung gewesen zu sein.<sup>16</sup> Dennoch standen die Přemysliden in diesem Moment vor dem Dilemma, wie sie angesichts der wenig effektiven wirtschaftlichen Grundlagen ihrer Herrschaft den Staat gegen äußere Überfälle absichern sollten. Da bot sich ein einfaches Rezept an: die Zerstörung der teilweise unabhängigen Fürstentümer und Stämme und der Aufbau einer neuen eigenen Burgorganisation in ihren Gebieten, die einen immer größeren Raum umfassen und dank der Belastung der Bevölkerung mit verschiedenen Leistungen an den Staat eine sicherere Einnahmequelle bilden sollte.<sup>17</sup> Einen solchen Effekt hatte auch die von Wenzel vielleicht nach der Konfrontation mit Heinrich I. eingeleitete Politik, die nach seiner Ermordung 935 durch seinen Bruder Boleslav I. ein Ende fand.

In den bisherigen Forschungen über die strukturellen Veränderungen des böhmischen Staats wurde bereits auf die Rolle der ökonomischen Fragen und der Verteidigungsmöglichkeiten verwiesen, vor allem auf die Notwendigkeit einer Erweiterung der Gefolgschaft und auf die Ineffektivität des bisherigen Systems, Einkünfte nur aus Abgaben und Belastungen der eigenen, noch bescheidenen Domäne zu gewinnen.<sup>18</sup> Die neue „Innenpolitik“ wird gewöhnlich erst mit der Herrschaft Boleslavs I. in Verbindung gebracht, aber die Krise des bisherigen Systems war bereits früher zum Problem geworden. Wahrscheinlich hatte schon Fürst Wenzel Veränderungen in Gang gesetzt, die zur Konsolidierung des böhmischen Staats führen sollten. Trotz der nicht immer eindeutigen Quellen können wir annehmen, dass eben unter seiner Herrschaft das südliche und südwestliche Böhmen erobert und unmittelbar der Herrschaft der Přemys-

---

<sup>16</sup> Vgl. TŘEŠTÍK, *Počátky Přemyslovců*, S. 416.

<sup>17</sup> Vgl. ZOFIA KURNATOWSKA, *Wielkopolska w X wieku i formowanie się państwa polskiego*, in: *Ziemie polskie w X wieku i ich znaczenie w kształtowaniu się nowej mapy Europy*, hg. v. HENRYK SAMSONOWICZ, Kraków 2000, S. 104-107; SŁAWOMIR MOŹDZIOCH, *Castrum Munitissimum Bytom. Lokalny ośrodek władzy w państwie wczesnopiastowskim*, Warszawa 2002, S. 50 ff.; ARNE SCHMIDT-HECKLAU, *Die archäologischen Ausgrabungen auf dem Burgberg in Meißen (Die Grabungen 1959–1963)*, Dresden 2004, S. 14 ff.

<sup>18</sup> ŽEMLIČKA, „*Duces Boemanorum*“, S. 712, 716; DERS., *Expanze*, S. 205 ff.; DERS., *Das „Reich“ des böhmischen Boleslavs und die Krise an der Jahrtausendwende. Zur Charakteristik der frühen Staaten in Mitteleuropa*, in: *Archeologické rozhledy* 47 (1995), S. 267-278, hier S. 267 f.; DERS., *Přemyslovci-Piastovci-Slavníkovci*, in: *Svatý Vojtěch, Čechové a Evropa*, hg. v. DUŠAN TŘEŠTÍK / JOSEF ŽEMLIČKA, Praha 1997, S. 37-48, hier S. 38 f.; JIŘÍ SLÁMA, *Vitislav (ui utizla)*, in: *Seminář a jeho hosté. Sborník prací k 60. narozeninám doc. dr. Rostislava Nového*, hg. v. ZDENĚK HOJDA u. a., Praha 1992, S. 11-19, hier S. 18.



liden unterstellt wurde, und dass er höchstwahrscheinlich auch das Herzogtum der Lutschanen in Nordwestböhmen unterwarf.<sup>19</sup> Wichtiger ist jedoch die bereits signalisierte Veränderung der territorialen Verwaltungsstruktur im Becken. In den neu eroberten Gebieten wurden die alten Stammesherrschaftszentren zerstört und mit der Errichtung neuer begonnen – so entstand im nordwestlichen Böhmen mit der Burg in Žatec (Saaz) ein neues přemyslidisches Verwaltungszentrum.<sup>20</sup> Leider ermöglichen die archäologischen Befunde in Südböhmen keine präzise Bestimmung der Chronologie der Zerstörung alter Burgen und der Entstehung neuer, aber es ist wahrscheinlich, dass auch in dieser Region von Anfang an geplant war, sie ähnlich zu organisieren.<sup>21</sup>

Boleslav I. (935 bis 972), Wenzels jüngerer Bruder, hat diese Politik effektiv fortgesetzt. Schon zu Beginn seiner Herrschaft besiegte er die übrigen, nicht-přemyslidischen Fürsten; er verleibte ihre Gebiete seinem unmittelbaren Herrschaftsbereich ein und zerstörte ihre wichtigsten Burgwälle, in deren Nähe dann přemyslidische entstanden. Eine genaue Datierung des Aufbaus dieser neuen Verwaltungsstruktur ist angesichts der immer noch unvollkommenen Methoden zur Datierung der einzelnen Bauten leider nicht möglich. Im Lichte der bisherigen archäologischen Untersuchungen müssen zu diesen neuen Objekten außer Žatec auch die Burganlagen Starý Plzenec, Bílina, Mladá Boleslav, Kouřim, „Šance“ bei Březnice, Dudleby, Kozárovce, Netolice und Prácheň gezählt werden.<sup>22</sup> Es lässt sich aber nicht ausschließen, dass einige von ihnen erst mit der Herrschaft Boleslavs II. (972 bis 999) verbunden waren.<sup>23</sup>

Wir wissen nicht, ob die neuen Burgwälle sofort alle Aufgaben übernommen haben, die die Verwaltung späterer Zeiten auszeichneten – in erster Linie erfüllte sie militärische Aufgaben, hielt den Gehorsam der

---

<sup>19</sup> MATLA-KOZŁOWSKA, Pierwsi Przemyślidzi, S. 55-62, S. 75; zur Methode der Eroberung Südböhmens vgl. MICHAŁ LUTOVSKÝ, Jižní Čechy v raném středověku. Slovanště osídlení mezi Práchní a Chýnovem, České Budějovice 2011, S. 206-213.

<sup>20</sup> PETR ČECH, Žatec v raném středověku (6.– počátek 13. století), in: Žatec, hg. v. PETR HOLODNÁK / IVANA EBELOVÁ, Praha 2004, S. 54-114, S. 59; MATLA-KOZŁOWSKA, Pierwsi Przemyślidzi, S. 61; in der Frage der Datierung dieser Burg erheben sich allerdings skeptische Stimmen, vgl. IVO ŠTEFAN, Několik poznámek ke stati Petra Čecha v nové knize o Žatci, web.ff. uni.cz/ustavy/uprav/pages/.../Stefan.doc (12.12.2013).

<sup>21</sup> LUTOVSKÝ, Jižní Čechy, S. 213 ff.

<sup>22</sup> SLÁMA, K počátkům hradske organizace, S. 182 ff.; DERS., Střední Čechy, S. 213-216.

<sup>23</sup> Vgl. KATEŘINA TOMKOVÁ, Hradiště doby Boleslava II., in: Přemyslovský stát kolem, S. 93-100; Encyklopedie hradíšť v Čechách, Praha 2003, S. 39, 75 f., 142, 205, 242, 292, 362.

Untertanen aufrecht, zog Tribute ein und zwang die ihr unterstehende Bevölkerung der Umgebung zu verschiedenen Dienstleistungen.<sup>24</sup>

Gleichzeitig kam es in der Zwischenzeit zu mehr Burgsiedlungen auf dem Territorium der mittelböhmisches Domäne der Přemysliden, vielleicht zum Zweck der Stärkung des Kernlandes des Staats in Eroberungszeiten. Daher kann der These zugestimmt werden, dass diese Veränderungen zu Keimformen eines Staats mittelalterlichen Typs in Böhmen geführt haben, der sich auf die einheitliche Verwaltung des gesamten Landes stützte, das heißt auf die Burgorganisation.<sup>25</sup> Die Effektivität der Maßnahmen sollte bereits die nächste Zukunft zeigen – Boleslav I. wusste sich im Hinblick auf die Bezwingung sowohl innerer als auch äußerer Gegner (letztere in Gestalt des Heeres Ottos I.) ohne größere Probleme zu helfen.<sup>26</sup>

Es muss jedoch betont werden, dass es sich bei dem hier besprochenen Fall eigentlich nicht um eine „Wirtschaftskrise“ im klassischen Sinne handelt; am Beispiel dieser Wendezeit kann allerdings gezeigt werden, dass den strukturellen Veränderungen der böhmischen Staatlichkeit unter anderem ökonomische Fragen sowie die Ineffizienz des bisherigen Herrschaftssystems und einer Wirtschaft zugrundelagen, welche es den Přemysliden nicht erlaubte, eine effektive „Außenpolitik“ zu betreiben.

An dieser Stelle soll auch noch daran erinnert werden, dass die Veränderungen sich in den Funktionsweisen der Gesellschaft widerspiegeln. Die neue Art der Territorialverwaltung und die damit verbundenen neuen Dienstverpflichtungen und Belastungen der Bevölkerung zugunsten des Herrschers – in Form festgelegter Abgaben und Arbeiten – waren der bisherigen Stammesgemeinschaft unbekannt und weckten daher auch den Widerstand der traditionellen Gesellschaft, der vom Herrscher dann gewaltsam gebrochen wurde.<sup>27</sup> Im Endeffekt kam es zur dauerhafteren Umwandlung der bisherigen, immer noch auf Stammesbasis organisierten

---

<sup>24</sup> ŽEMLIČKA, *Expanze*, S. 206 f.

<sup>25</sup> SLÁMA, *Přínos archeologie*, S. 167 f.; DERS., *K počátkům hradské organizace*, S. 186; DERS., *Střední Čechy*, Bd. 3, S. 84.

<sup>26</sup> *Widukindi monachi*, lib. II, cap. III, S. 69 f.; LÜBKE, *Regesten*, Bd. 2, S. 69 f. Diese Veränderungen ermöglichten zweifellos einen Ausbau der Gefolgschaft, ŽEMLIČKA, „*Duces Boemorum*“, S. 718, DERS., *Expanze*, S. 207.

<sup>27</sup> *Cosmae Pragensis Chronica Boemorum*, hg. v. BERTOLD BRETHOLZ (*Monumenta Germaniae Historica, Scriptores rerum Germanicarum, Series Nova* 2), Berlin 1923, lib. 1, cap. 19, S. 38 f.

Gesellschaft zu Untertanen des Staats – und infolgedessen zu deren Differenzierung.<sup>28</sup>

Die in den 930ern vorgenommenen strukturellen Veränderungen schufen die ökonomischen Grundlagen, die dann eine Expansion nach außen ermöglichten und diese vielleicht auch indirekt erzwangen.<sup>29</sup> Im Verlauf der nächsten zwei Jahrzehnte erstreckte sich die Herrschaft Boleslavs I. über ein beträchtliches Gebiet und umfasste das südliche Polen bis zum Bug und Styr sowie Mähren und den nördlichen Teil der Slowakei.<sup>30</sup> Dies wiederum öffnete den Weg zu neuen Einkünften aus Beutezügen und Tributzahlungen der unterworfenen Gebiete, zudem in beträchtlichem Maße aus dem Fernhandel: Die Přemysliden brachten einen großen Abschnitt der Arabisch-Spanien mit dem islamischen Osten verbindenden eurasischen Magistrale unter ihre Kontrolle<sup>31</sup> und erhielten somit Zölle und Mautgebühren von durchziehenden Karawanen, dem sich dynamisch entwickelnden Prager Markt und besonders dem außerordentlich profitablen Handel mit Sklaven, die von den neu unterworfenen slawischen Ländern in größerer Zahl geliefert werden konnten.<sup>32</sup> Der Staat Boleslavs I. wurde zu einem nicht unbedeutenden Akteur auf der mitteleuropäischen Bühne, dessen Handelskontakte bis ins Kalifat Cordoba reichten.<sup>33</sup> Um 970 begannen die Přemysliden auch eigene Münzen zu prägen.<sup>34</sup>

<sup>28</sup> ROSTISLAV NOVÝ, *Přemyslovský stát 11. a 12. století*, Praha 1972, S. 104; TOMÁŠ PETRÁČEK, *Fenomén darovaných lidí v českých zemích*, Praha 2003, S. 190 f.

<sup>29</sup> JOSEF ŽEMLIČKA, *Přemyslovci-Piastovci-Slavníkovci*, in: *Svatý Vojtěch, Čechové a Evropa*, hg. v. DUŠAN TŘEŠTÍK / JOSEF ŽEMLIČKA, Praha 1997, S. 37-48, hier S. 38; ŽEMLIČKA, *Čechy v době*, S. 154.

<sup>30</sup> MATLA-KOZŁOWSKA, *Pierwsi Przemyślidzi*, S. 150-239.

<sup>31</sup> Zu den Zusammenhängen der přemyslidischen Expansion mit dieser Handelsroute vgl. ŽEMLIČKA, *Čechy v době*, S. 37; DUŠAN TŘEŠTÍK, *Von Svatopluk zu Bolesław Chrobry. Die Entstehung Mitteleuropas aus der Kraft des Tatsächlichen und einer Idee*, in: *The Neighbors of Poland in the 10<sup>th</sup> Century*, hg. v. PRZEMYSLAW URBAŃCZYK, Warszawa 2000, S. 127; SLÁMA, *Český kníže Boleslav II.*, in: *Přemyslovský stát kolem*, S. 9-26, hier S. 15.

<sup>32</sup> TŘEŠTÍK, „Veliké město“, S. 54-65; SLÁMA, *Český kníže*, S. 14 f.; ŽEMLIČKA, *Čechy v době*, S. 38; DERS., „Říše“ českých Boleslavů, Slavníkovci a biskup Vojtěch, in: *Środkowoeuropejskie dziedzictwo św. Wojciecha*, hg. v. ANTONI BARCIAK, Katowice 1998, S. 63 f.; ŽEMLIČKA, *Expanze*, S. 208 f.

<sup>33</sup> ALEXANDR PUTÍK, *Notes on the Name GBLYM in Hasdai's Letter of the Khaqan of Khazaria*, in: *Ibrahim ibn Ya'qub at Turtushi*, hg. v. PETR CHARVÁT / JIŘÍ PROSECKÝ, Praha 1996, S. 169-175; TŘEŠTÍK, „Veliké město“, S. 56 f.

<sup>34</sup> ZDENĚK PETRÁŇ, *První české mince*, Praha 1998, S. 61; DERS., *Jaké mince vlastně viděl na pražském tržišti Ibrahim ibn Jákúb? Několik poznámek k počátkům českého min-*

Außerdem legten sie die Grundlagen für eine Kirchenorganisation in Form zweier Bistümer in Prag und in Mähren,<sup>35</sup> die wiederum zur Stabilisierung und Zentralisierung der neuen Herrschaft beitrugen.

Der politische Zusammenbruch und die  
„Wirtschaftskrise“ um das Jahr 1000

Ein Ende des mächtigen böhmischen Reichs brachten die Herrschaft Boleslavs II. und vor allem seine ziemlich unfähige Außenpolitik, obwohl auch die geopolitische wie innere Situation Einfluss auf die sich nähernde Krise hatte. Die bisherigen Expansionserfolge und hauptsächlich die mit dieser Expansion verbundenen neuen Einnahmequellen hemmten die dynamisch begonnene Umgestaltung der inneren Organisationsstruktur.<sup>36</sup> Auch wurden in den neuen Gebieten, mit geringen Ausnahmen in Form der Burg Olmütz in Mähren sowie vielleicht der böhmischen Burgen in Breslau (Wrocław) und Nimptsch (Niemcza / Němčín) (oder der Befestigungen des Krakauer Okol),<sup>37</sup> keine Versuche unternommen, diese enger in den přemyslidischen Staat zu integrieren; man gab sich mit der Tributabhängigkeit und der Zusammenarbeit mit den lokalen Eliten zufrieden.<sup>38</sup>

---

covnictví, in: *Dějiny ve věku nejistot. Sborník k příležitosti 70. narozenin Dušana Třeštíka*, hg. v. JAN KLÁPŠTĚ u. a., Praha 2003, S. 209-219.

<sup>35</sup> DUŠAN TŘEŠTÍK, K založení pražského biskupství v letech 968–976. Pražská a řezenská tradice, in: *Vlast a rodný kraj v díle historika. Sborník prací žáků a přátel věnovaný profesorovi Josefu Petráňovi*, hg. v. JAROSLAV PÁNEK, Praha 2004, S. 179-196; DUŠAN TŘEŠTÍK, Moravský biskup roku 976, in: *Ad vitam et honorem. Profesorovi Jaroslavu Mezníkovi přátelé a žáci k pětasedmdesátým narozeninám*, hg. v. TOMÁŠ BOROVSKÝ u. a., Brno 2003, S. 211-220; DUŠAN TŘEŠTÍK, Die Gründung des Prager und des mährischen Bistums, in: *Europas Mitte um 1000*, Bd. 1, Stuttgart 2000, S. 407-410; DAVID KALHOUS, Záhadné počátky pražského biskupství, in: *Evropa a Čechy na konci středověku. Sborník příspěvků věnovaných Františku Šmahelovi*, hg. v. EVA DOLEŽALOVÁ u. a., Praha 2004, S. 195-208.

<sup>36</sup> ŽEMLIČKA, Expanze, S. 211; DERS., Přemyslovci-Piastovci, S. 41; DERS., Čechy v době, S. 40.

<sup>37</sup> Zu den einzelnen Burgen vgl. JANUSZ FIRLET, Wyniki nowych badań nad konstrukcją i chronologią wałów obronnych na Wawelu, in: *Archaeologia Historica* 19 (1994), S. 273-281; KRZYSZTOF JAWORSKI, Niemczański zespół grodowy na przełomie pierwszego i drugiego tysiąclecia, in: *Śląsk około roku 1000. Materiały z sesji naukowej we Wrocławiu w dniach 14-15 maja 1999 roku*, Wrocław 2000, S. 160; DERS., Grody w Sudetach (VIII–X w.), Wrocław 2005, S. 322; JOSEF BLÁHA, Časňeslovanská osada v Olomouci a počátky řemeslnicko-kupeckého podhradí, in: *Archaeologia historica* 9 (1984), S. 133-146; VÍT DOHNAL, Olomoucký hrad v raném středověku (10. až první polovina 13. století), *Olomouc* 2001, S. 57 ff.; MATLA-KOZŁOWSKA, Pierwsi Przemyślidzi, S. 229-239, 316 f.

<sup>38</sup> ŽEMLIČKA, Přemyslovci, S. 39 f.

Erst für das ausgehende 10. Jahrhundert lässt sich ein Interesse an der Vergrößerung des inneren wirtschaftlichen Potentials des Staats beobachten: Man erkennt das Bestehen einiger Burgbezirke (Provinzen)<sup>39</sup> sowie die Errichtung neuer Burgwälle,<sup>40</sup> zudem Anfänge einer Organisation der přemyslidischen Domäne und das sogenannte Dienstsiedlungssystem.<sup>41</sup> Aber die komplexen Funktionen der Burgwälle – nicht nur die militärischen, sondern auch die administrativen, wirtschaftlichen, gerichtlichen sowie jene, die mit der Christianisierung und der Kirchenorganisation zusammenhängen – sind erst für die Zeit Břetislavs I. dank der von ihm 1039 erlassenen Statuten ausdrücklich bestätigt.<sup>42</sup> In dieser Situation darf vermutet werden, dass die gesamte Bevölkerung zwar formell der Herrschaft der Přemysliden unterstellt und mit Abgaben oder verschiedenen Dienstleistungen für den Herrscher belastet war, es aber unter der Herrschaft der ersten Boleslaven nur zur Schaffung der Grundlagen für die funktionierende Territorialverwaltung kam. Die vollständige Entwicklung des Systems erfolgte erst später.<sup>43</sup> Doch selbst wenn die Strukturen in

<sup>39</sup> DERS., „Decimas trium provinciarum“ pro klášter v Břevnově (K hmotnému zajištění nejstarších klášterních fundací v Čechách), in: Ludzie, Kościół, wierzenia. Studia z dziejów kultury i społeczeństwa Europy Środkowej (średniowiecze – wczesna epoka nowożytna), hg. v. WOJCIECH IWAŃCZYK / STEFAN K. KUCZYŃSKI, Warszawa 2001, S. 125-133; ŽEMLIČKA, Čechy v době, S. 45.

<sup>40</sup> JIŘÍ SLÁMA, Raně středověké hradiště u Nalžovického Podhájí na Sedlčansku, in: *Varia archaeologica* 5, Praha 1991, S. 85-117; DERS., Archeologie i vnitřních proměnách přemyslovského státu za vlády Břetislava I., in: *Kraje słowiańskie w wiekach średnich. Profanum i sacrum*, hg. v. HANNA KÓČKA-KRENZ / WŁADYSŁAW ŁOSIŃSKI, Poznań 1998, S. 93; ein komplexes Bild der realen und der hypothetischen Burgsiedlungen jener Zeit zeichnet TOMKOVÁ, Hradiště, S. 101-120, hier S. 94.

<sup>41</sup> BARBARA KRZEMIENSKA / DUŠAN TŘEŠTÍK, Přemyslovská hradiště a služební organizace přemyslovského státu, in: *Archeologické rozhledy* 17 (1965), S. 624-655, hier S. 651; BARBARA KRZEMIENSKA, Hospodářské základy raně středověkého státu ve střední Evropě (Čechy, Polsko, Uhry v 10. a 11. století), in: *Hospodářské dějiny* 1 (1978), S. 149-230, hier S. 178; ŽEMLIČKA, Čechy v době, S. 157. Beide Phänomene zusammengefasst, d. h. die Herausbildung von Höfen in der přemyslidischen Domäne und die Organisation der Dienstbarkeit und der Handwerksproduktion, die ihnen unterstand, behandelt PETRÁČEK, Fenomén, S. 174, 176, 190; DERS., Nevolníci a svobodní, kníže a velkostatek, Praha 2012, S. 86 f., 103.

<sup>42</sup> *Cosmae Pragensis Chronica Boemorum*, lib. 2, cap. 4, S. 86 ff.; SLÁMA, K počátkům, S. 176; TOMKOVÁ, Hradiště, S. 98; ŽEMLIČKA, Čechy v době, S. 155.

<sup>43</sup> NOVÝ, Přemyslovský stát, S. 100 f.; ŽEMLIČKA, Das „Reich“, S. 268; DERS., Čechy v době, S. 36 f., 154 f.; DERS., Přemyslovci, S. 39 ff.; SLÁMA, Archeologie, S. 93; TOMKOVÁ, Hradiště, S. 98. Žemlička unterstreicht für diese erste Zeit den „räuberischen“ Charakter des staatlichen Lebens und die Rolle der Gefolgschaft sowie des Repressions-

allgemeinen Zügen bereits herausgebildet waren,<sup>44</sup> vermochten die Dynastien sie noch nicht umfassend und effektiv zu nutzen. In Böhmen selbst verblieb zudem die Domäne der Slavníkeniden außerhalb des Gebietes der direkten Kontrolle der přemyslidischen Herrscher.<sup>45</sup>

Eine Garantie für den Erfolg und die Existenz des Staats boten vorläufig die eroberten Besitztümer, aber er war ein Koloss auf tönernen Füßen, wofür schon die 980er Jahre eine Bestätigung liefern sollten. Die Piasten, die in der Zwischenzeit ihre Herrschaft ausgebaut hatten, begannen eine Expansion im Süden Polens – von den Přemysliden fiel zuerst das südöstliche Kleinpolen ab, und ihm folgten dann das Krakauer Land und Schlesien. Nach 990 war von den přemyslidischen Besitztümern in Polen nichts mehr übrig.<sup>46</sup> Der territorial beschnittene, einst mächtige böhmische Staat versank in der Krise.<sup>47</sup>

Diese Krise war nicht nur politischer, sondern vor allem ökonomischer Natur. Der Verlust so weiter Gebiete bedeutete weniger Einkünfte aus Tributzahlungen und aus dem Fernhandel, was weitgehende Folgen hatte. Vor allem war in der Zwischenzeit die Gefolgschaft vergrößert worden, die nun ungefähr 3.000 Mann zählte.<sup>48</sup> Ein Teil davon lagerte als Besatzung in den Burgwällen, auch in den eroberten Gebieten (zum Beispiel in Krakau, Olmütz, vielleicht Breslau und Nimptsch), während die anderen sicher im Umfeld des Fürsten weilten; zweifellos bezogen sie ihren Unterhalt in beträchtlichem Maße aus äußeren Einkünften. Nach den Niederlagen kehrten die außerhalb des Landes befindlichen Krieger nach Böhmen zurück und mussten nun irgendwo untergebracht und ver-

---

apparates, ähnlich auch JIŘÍ SLÁMA, *Ekonomické proměny v přemyslovském státě za panování nástupců Boleslava II.*, in: *Přemyslovský stát kolem*, S. 261-266, hier S. 262.

<sup>44</sup> PETRÁČEK, *Fenomén*, S. 190; DERS., *Nevolníci*, S. 86 f.

<sup>45</sup> Zu den Slavníkeniden in Böhmen siehe RUDOLF TUREK, *Slavníkovci a jejich panství*, Hradec Králové 1982; ROSTISLAV NOVÝ, *Slavníkovci v raně středověkých Čechách*, in: *Slavníkovci ve středověkém písemnictví*, hg. v. DEMS. u. a., Praha 1987, S. 11-95; JIŘÍ SLÁMA, *Slavníkovci – významná či okrajová záležitost českých dějin 10. století?*, in: *Archeologické rozhledy* 47 (1995), S. 182-224; JIŘÍ SLÁMA / PETR CHARVÁT, *Vyvrážení Slavníkovců*, Praha 1992; JARMILA JUSTOVÁ-PRINCOVÁ, *Knížecí prostředí na slavníkovské Libici ve světle archeologických objevů*, in: *Archeologické rozhledy* 47 (1995), S. 252-266; MATLA-KOZŁOWSKA, *Pierwsi Przemyślidzi*, S. 138 ff., 330 ff.

<sup>46</sup> Ebd., S. 240-329 (dort der bisherige Forschungsstand S. 240-251).

<sup>47</sup> Am ausführlichsten zum Thema der Krise des böhmischen Staats in dieser Zeit vgl. BARBARA KRZEMIENSKA, *Krise českého státu na přelomu tisíciletí*, in: *Československý časopis historický* 18 (1970), H. 6, S. 497-532; ŽEMLIČKA, *Expanze*, S. 205-221; DERS., *Das „Reich“*, S. 267-278.

<sup>48</sup> DERS., *Expanze*, S. 207; DERS., *Čechy v době*, S. 37.

sorgt werden. Allerdings waren die Einnahmen aus der Expansion und die innerböhmisches Einkünfte in der Zwischenzeit gesunken.

Die Krise zwang Boleslav II. deshalb, nach anderen Lösungen zu suchen. Eine solche war die unmittelbare Einverleibung Südmährens, das bisher nur tributpflichtig gewesen war (im Unterschied zu Nordmähren), wofür es um das Jahr 990 Hinweise gibt.<sup>49</sup> In diesem Kontext können wir die letztendliche Lösung des Konfliktes zwischen den Přemysliden und den Slavnikiden in Form der Eroberung des reichen Libitz, des Zentrums des slavnikidischen Fürstentums, im Jahre 995 in Verbindung mit der Ermordung der sich dort aufhaltenden übrigen Vertreter des Geschlechts der Slavnikiden sehen.<sup>50</sup>

Auf diese Weise geriet das gesamte Böhmisches Becken unter die unmittelbare Herrschaft der Přemysliden. Als ein Weg zur Bewältigung der Krise wird außerdem auf die Errichtung des Burgwalls Wyschehrad verwiesen, der als ein Ort für die ins Land zurückkehrende Gefolgschaft fungieren konnte; mit Sicherheit verfügen wir über eine Bestätigung für das Wirken einer neuen Münzstätte an der Wende vom 10. zum 11. Jahrhundert.<sup>51</sup> Eine weitere Lösung war der Verkauf lokaler Sklaven, deren Zahl jedoch nicht ihren Zustrom aus der Zeit der Expansion ausgleichen konnte, und was zudem zu einem Konflikt des Herrschers und seiner Eliten mit dem Prager Bischof Adalbert führte.<sup>52</sup>

---

<sup>49</sup> ČENĚK STAŇA, *Pronikání Boleslava II. na Brněnsko ve světle archeologických objevů*, in: *Přemyslovský stát kolem*, S. 197-208; vgl. JARMILA HÁSKOVÁ / ČENĚK STAŇA, *Půldenár Boleslava II. z hradiště „Staré Zámky“ v Brně-Lišni* (Acta Universitatis Carolinae. Philosophia et historica 1, Z pomocných věd historických 11 – Numismatica), Praha 1993, S. 107 f.

<sup>50</sup> Zum Verlauf des Libitzer Mordes: S. Adalberti Pragensis episcopi et martyris vita prior, hg. v. JADWIGA KARWASIŃSKA, Warszawa 1962 (Monumenta Poloniae Historica, Series Nova (hiernach: MPH SN) 4.1), cap. 25, S. 38; S. Adalberti Pragensis episcopi et martyris vita altera auctore Brunone Querfurtensi, hg. v. DERS., Warszawa 1969 (MPH SN 4.2), cap. 21, S. 26 ff.; Cosmae Pragensis Chronica Boemorum, lib. 1, cap. 29, S. 53; vgl. NOVÝ, Slavnikovci, S. 59; SLÁMA, Slavnikovci – významná, S. 210. Vielleicht bildete die Eroberung des slavnikidischen Malin mit der dortigen Münzstätte um 990 durch die Přemysliden eine Etappe des Konflikts und der Suche nach Einkommensquellen; vgl. JARMILA HÁSKOVÁ, Slavnikovci v historické výpovědi svých mincí, in: *Archeologické rozhledy* 47 (1995), S. 225-230, hier S. 226 ff.

<sup>51</sup> Über die Entstehungszeit schrieb zuletzt VARADZIN, K vývoji hradišť, S. 545, 548; zur Tätigkeit der hiesigen Münzstätte vgl. JARMILA HÁSKOVÁ, *Vyšehradská mincovna na přelomu 10. a 11. století*, in: *Sborník Národního Muzea v Praze, řada A-Historie* 29 (1975), H. 3, S. 105-166; ihre Rolle als eine Art „Aufbewahrungsstelle“ für die zurückkehrenden Garnisonen unterstreicht ŽEMLIČKA, *Expanze*, S. 212.

<sup>52</sup> ŽEMLIČKA, *Přemyslovci*, S. 42; SLÁMA, *Ekonomické proměny*, S. 262.



All diese Maßnahmen erwiesen sich jedoch als unzureichend, und der böhmische Staat versank an der Jahrtausendwende in immer größerem Maße in einer politischen wie ökonomischen Krise, deren Auswirkungen die Herrschaft der Nachfolger Boleslavs II. (gestorben 999) noch stärker belasteten. Diese Krise führte zur Schwächung der Oberherrschaft und zu einer Zunahme der Rolle der Adelseliten, was den Veränderungen auf dem böhmischen Thron zugrundelag und in weiterer Perspektive zum Verlust der politischen Unabhängigkeit des Přemyslidenstaats sowie zum Verlust der übrigen Territorialgewinne führen sollte.

Hier muss bemerkt werden, dass die Krise des böhmischen Staats – innerhalb der Region – keineswegs untypisch oder unerwartet eintrat: Gewöhnlich erfolgte nach der Zeit der Konsolidierung eine breite Expansion nach außen, welche zu einem bestimmten Zeitpunkt dann wegen einer größeren Konkurrenz in der Region gebremst wurde und schließlich ganz zusammenbrach. Angesichts der unzureichend ausgebildeten inneren und wirtschaftlichen Strukturen des Staats musste dies zu dessen zeitweiligem – und manchmal dauerhaftem – Niedergang und zur allmählichen Wiedergeburt führen – diese dann allerdings in neuer Form und ohne den bisherigen territorialen Machtbereich.<sup>53</sup>

Die erste äußere Krisenerscheinung war, wie bereits erwähnt, der Verlust der bisherigen Position des böhmischen Staats in der internationalen Arena, was schon im Vergleich mit den benachbarten Herrschaftsbildungen der Piasten und der Árpáden deutlich wird. Gerade der zur Zeit Ottos III. aufblühende Staat Bolesławs des Tapferen (Chrobry) gilt als Hauptpartner des Reiches unter den slawischen Völkern. Der Besuch des Kaisers in Gnesen führte zur Entstehung einer unabhängigen Kirchenprovinz, und der ungarische Herrscher Stephan I. erlangte in dieser Zeit nicht nur eine Kirchenprovinz, sondern auch die Königskrone. Dagegen wurde Böhmen schon zu Beginn der Herrschaft Boleslavs III. bei dieser mit der *renovatio imperii* verbundenen Umgestaltung Mitteleuropas nicht mehr berücksichtigt. Mehr noch, Thietmar zufolge befand sich Boleslav III. in einem Vasallenverhältnis gegenüber dem Meißener Markgrafen Ekkehard, der sich direkte innere Einmischungen in Böhmen

---

<sup>53</sup> KRZEMIEŃSKA, Krize, S. 497 f. Eine ausführlichere Analyse der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den im Entstehen begriffenen mitteleuropäischen Staaten bietet FRANTISEK GRAUS, Die Entstehung der mittelalterlichen Staaten in Mitteleuropa, in: *Historica* 10 (1965), S. 5-65.



erlaubte.<sup>54</sup> Zweifellos war das ein bedeutsamer Niedergang der Unabhängigkeit des böhmischen Herrschers, denn von ähnlichen Interventionen ist in der früheren Zeit nie die Rede gewesen – auch nicht seitens der deutschen Herrscher.

Eine zweite, bereits signalisierte Folge der wirtschaftlichen Krise war die innere Schwächung der Přemysliden gegenüber ihrer eigenen Adelselite. Dies hatte wesentlichen Einfluss auf die Geschehnisse des Prager Thrones, wo sich die Interessen der böhmischen Größen und der Nachbarherrscher kreuzten, das heißt hauptsächlich von Bolesław dem Tapferen und Heinrich II. Es sei daran erinnert, dass die mit der Herrschaft Boleslavs III. unzufriedenen Adelseliten ihn im Frühjahr oder Sommer 1002 stürzten und aus Polen einen gewissen Vladivoj auf den Thron holten, der wahrscheinlich einer Seitenlinie der Přemysliden entstammte.<sup>55</sup> Auch wenn die Begründung, die Thietmar anführt, dass das böhmische Volk (damit meint er die Machteliten) „die Last des ihm zugefügten Leides nicht länger ertragen konnte“,<sup>56</sup> so ist es doch erstaunlich, dass nach der Vertreibung Boleslavs III. nicht einer der jüngeren Söhne Boleslavs II. auf den Thron

---

<sup>54</sup> Kronika Thietmara, hg. v. MARIAN Z. JEDLICKI, Poznań 1953 (hiernach: Kronika Thietmara), lib. 5, cap. 7 (5), S. 257. Dieses unklare Vasallenverhältnis des böhmischen Fürsten, der eventuell ein Vasall des Kaisers sein sollte, wurde bisher auf unterschiedliche Weise zu erklären versucht, vgl. WILHELM WEGENER, Böhmen / Mähren und das Reich im Hochmittelalter. Untersuchungen zur staatsrechtlichen Stellung Böhmens und Mährens im Deutschen Reich des Mittelalters 919–1253, Köln / Graz 1959, S. 64; KARL BOSL, Böhmen und seine Nachbarn. Gesellschaft, Politik und Kultur in Mitteleuropa, München / Wien 1976, S. 112; KRZEMIŃSKA, Krize, S. 501 f.; GABRIELE RUPP, Die Ekkehardiner, Markgrafen von Meissen, und ihre Beziehungen zum Reich und zu den Piasten, Frankfurt a. M. 1996, S. 60; ANDRZEJ PLESZCZYŃSKI, Bolesław Chrobry w Czechach. Realizacja idei Sklawinii czy zwykła ekspansja, in: Polacy w Czechach, Czesi w Polsce, X–XVIII wiek, Lublin 2004, S. 137; DAVID KALHOUS, Boleslav III. – kníže na konci časů?, in: Ad vitem et honorem – profesor Jaroslavu Mezníkovi přátelé a žáci k pětasedmdesátým narozeninám, hg. v. TOMÁŠ BOROVSKÝ u. a., Brno 2003, S. 221–229, hier S. 223 f.

<sup>55</sup> Kronika Thietmara, lib. 5, cap. 23 (15), S. 283. In diesem Vladivoj wollte die ältere Wissenschaft einen Piasten sehen, und es gab auch die Konzeption, dass er ein jüngerer Bruder Boleslavs II. war, eventuell auch ein Přemyslide mütterlicherseits, vgl. VÁCLAV NOVOTNÝ, České dějiny, Bd. 1.1: Od nejstarších dob do smrti knížete Oldřicha, Praha 1912, S. 672 und Anm. 1; GERARD LABUDA, Władysław, in: Słownik starożytności słowiańskich. Encyklopedyczny zarys kultury Słowian od czasów najdawniejszych, Bd. 6, Wrocław 1977, S. 521 f. In letzter Zeit hat Žemlička die These aufgestellt, es könne sich hier vielleicht um den Vertreter einer Seitenlinie der Přemysliden handeln, die in der Zeit der Konsolidierungsaktion Boleslavs I. aus dem Böhmischem Becken emigriert war, vgl. JOSEF ŽEMLIČKA, Rod Přemyslovců na rozhraní 10. a 11. století, in: Přemyslovský stát kolem, S. 267–273.

<sup>56</sup> Kronika Thietmara, lib. 5, cap. 23 (15), S. 283.

gesetzt wurde. Diese weilten, nachdem sie von ihrem älteren Bruder ins Exil getrieben worden waren, wahrscheinlich am bayerischen Hofe und hatten als unmittelbare Nachfolger der Dynastie mit Sicherheit legitimere Rechte auf die Krone. Sicher befand sich die Familie Vladivojs schon seit Jahrzehnten im polnischen Exil, sodass seine Wahl „aufgrund der Verwandtschaft und der großen Sympathie“, wie Thietmar schreibt, zu denken geben muss. Trotz zahlreicher Andeutungen der Forscher wird hier keine direkte Einmischung fremder Mächte (konkret: von Bolesław dem Tapferen) erkennbar,<sup>57</sup> sondern eine selbständige Aktion der böhmischen Adligen. Man kann nicht sagen, dass etwa die Eignung des neuen Fürsten der Grund dafür gewesen wäre, ihm den Thron anzubieten, denn seine – allerdings nur kurze – Herrschaftszeit hat sich in der böhmischen Geschichte nicht allzu löblich ausgezeichnet. Im November 1002 begab er sich zu Heinrich II. nach Regensburg, wo er diesem huldigte und ihn als erster böhmischer Herrscher bat, ihm Böhmen zu überlassen.<sup>58</sup>

Um aber auf das Wesentliche zurückzukommen: Dass der Bruch mit der Herrschaft der Hauptlinie der Dynastie wohl nicht nur aus den Grausamkeiten Boleslavs III. resultierte, muss tiefere Gründe gehabt haben. Es sei daran erinnert, dass die Adelsfamilie Wrschowetz schon früher, noch vor der Vertreibung Boleslavs III., versucht hatte, Jaromir, den jüngeren der Přemysliden, physisch zu eliminieren, sicher in der Hoffnung, den Thron für ihren Vertreter zu gewinnen, dessen Gattin eine Tochter Boleslavs III. war.<sup>59</sup> Die Tatsache, dass in der Zeit der sich vertiefenden Krise manche Adelsfamilien Hoffnungen hegen konnten, den Thron zu besetzen und die Dynastie abzusetzen, ist bezeichnend – ganz offensichtlich hatten deren Vertreter aufgehört, die Erwartungen ihrer Untertanen zu erfüllen und der Rolle des Herrschers gerecht zu werden.

---

<sup>57</sup> ZDENĚK FIALA, *Vztah českého státu k německé říši do počátku 13. století* (Podle kritiky pramenů), in: *Sborník historický* 6 (1959), S. 23-95, hier S. 59; KRZEMIENSKA, *Krise*, S. 505 f. und Anm. 33; *Velké dějiny země Koruny české*, hg. v. MARIE BLÁHOVÁ u. a., Bd. 1: *Prehistorie českých zemí a jejich vývoj za vlády velkomoravských Mojmírovců a knížat z rodu Přemyslova*, Praha / Litomyšl 1999 (hiernach: BLÁHOVÁ, Bd. 1), S. 352; RUDOLF PROCHÁZKA / MARTIN WIHODA, *Polský průnik na Moravu a hrad Přerov v kontextu dějin 10. století*, in: *Świat Słowian wczesnego średniowiecza*, hg. v. MAREK DWORACZYK u. a., Szczecin / Wrocław 2006, S. 631; anders sieht das GERARD LABUDA, *Studia nad początkami państwa polskiego*, Bd. 2, Poznań 1988, S. 270; MATLA-KOZŁOWSKA, *Pierwsi Przemyślidzi*, S. 386 f.

<sup>58</sup> *Kronika Thietmara*, lib. 5, cap. 23 (15), S. 283 ff.; vgl. NOVOTNÝ, *České dějiny*, S. 674 f.; WEGENER, *Böhmen / Mähren*, S. 65.

<sup>59</sup> NOVOTNÝ, *České dějiny*, S. 672 f.; PETR KOPAL, *Neznámý známý rod. Pokus o genealogii Vršovců*, in: *Sborník archivních prací* 51 (2001), H. 1, S. 3-84, hier S. 15 f.

Gab es einen Zusammenhang zwischen dieser Situation und der andauernden „Wirtschaftskrise“? Ganz bestimmt: Unter den Bedingungen der frühmittelalterlichen Staaten bildeten neben dem Monarchen die Eliten und die Gefolgschaft die wichtigsten Elemente,<sup>60</sup> die ihn unterstützten und die Aufrechterhaltung der staatlichen Strukturen sowie die Kontrolle der beherrschten Gebiete ermöglichten. Sie waren ihrem Herrn treu, solange er ihre Treue belohnte.<sup>61</sup> Deshalb musste er nicht nur für den Unterhalt seiner Gefolgschaft sorgen, sondern sie auch reichlich beschenken; auch der Adel erwartete Geschenke, Festgelage, regelmäßige Einkünfte oder Ämter. Hier müssen wir auf einen entscheidenden Aspekt der heidnischen und später der christlichen Weltanschauung zurückgreifen, der – in Anknüpfung an Georges Dumézil – mit dem Herrscher als Garanten und Disponenten von Lebensmitteln und allen möglichen Gütern verbunden war.<sup>62</sup>

Im Bewusstsein heidnischer Gesellschaften gewährleistet ein nützlicher Herrscher den materiellen Wohlstand, sein Einfallsreichtum äußert sich in guten Ernten und reichen Erträgen, und er beschenkt seine Gefolgsleute, um sich ihre Treue und Unterstützung zu sichern. Wenn den Herrscher das Glück verlässt, dann wird er unbrauchbar für die Gemeinschaft und verliert die Berechtigung, sie zu regieren, sodass er abgesetzt werden kann.<sup>63</sup> Angesichts eines Herrschers, dessen Macht schwindet und der seinen Untertanen keine entsprechende Fürsorge garantieren kann, können sich letztere von der Verpflichtung zum Gehorsam entbunden fühlen.<sup>64</sup> Selbstverständlich ist hier nicht nur der Besitz entscheidend, sondern vor allem die Umverteilung von Reichtum. Das Motiv des „Garanten und Disponenten von Gütern“ tritt nicht nur in der Mythologie

---

<sup>60</sup> Zu den böhmischen Magnaten vgl. DAVID KALHOUS, *Čeští velmoži 10. věku*, in: *Sborník filozofické fakulty brněnské university Řada historická C*, 54 (2006), H. 52, S. 5-13; MARTIN WIHODA, *Kníže a jeho věrní. Kosmas o světě předáků a urozených*, in: *Šlechta, moc a reprezentace ve středověku*, hg. v. MARTIN NODL u. a., Praha 2007, S. 11-29.

<sup>61</sup> KRZEMIENSKA, Krize, S. 498.

<sup>62</sup> GEORGES DUMÉZIL, *L'idéologie tripartite des Indo-Européens*, Bruxelles 1958; DERS., *Mythe et Épopée. L'idéologie des trois fonctions dans les épopées des peuples indo-européens*, Paris 1968; JACEK BANASZKIEWICZ, *Podanie o Piascie i Popielu. Studium porównawcze nad wszesnośredniowiecznymi tradycjami dynastycznymi*, Warszawa 1986, S. 29 ff.

<sup>63</sup> BOHDAN LAPIS, *Rex utilis. Kryteria oceny władców germańskich we wczesnym średniowieczu*, Poznań 1986, S. 11; BANASZKIEWICZ, *Podanie o Piascie*, S. 32; JAN BASZKIEWICZ, *Mysł polityczna wieków średnich*, Poznań 2009, S. 91 f.

<sup>64</sup> LAPIS, *Rex utilis*, S. 12 und Anm. 27.

der vorchristlichen Zeit (in der die legendären Gründer immer die Verbindung mit reichen Ernteerträgen repräsentieren)<sup>65</sup> und in den Funktionen der Stammeskönige ausführlich in Erscheinung, sondern auch in der christlichen Zeit. Die christliche Religion veränderte diese Auffassung nicht, sondern hat sie vielleicht sogar noch ergänzt.<sup>66</sup>

Den Aspekt der Freigiebigkeit unterstreichen daher die karolingischen Herrscherspiegel (in Form von Almosen und der eigentlichen Belohnung verdienter Personen)<sup>67</sup> wie das spätere Schrifttum aus Westeuropa und aus Böhmen<sup>68</sup> – angefangen von den ältesten Legenden aus dem 10. Jahrhundert;<sup>69</sup> er kommt selbst noch an der Schwelle der Neuzeit in den praktischen Vorstellungen der Gesellschaft über die Macht des Monarchen zum Ausdruck.<sup>70</sup> Dieser Aspekt königlicher und fürstlicher Macht äußert sich oft in der Symbolik des Festmahls, die einerseits an die Fähigkeit des Herrschers anknüpft, seinen Untertanen die nötigen Mittel zum Leben und dem Land Wohlstand zu sichern<sup>71</sup>, andererseits einen messbaren Beweis seiner Macht und seines Erfolges darstellt. Und wenn sich der Tisch des Herrschers leerte, dann konnte dies durchaus zum Verlust der Herrschaft oder sogar zu einem Wechsel der Dynastie führen, wie es im Kontext der Erlangung der Macht durch Piast von Gallus Anonymus in mythischer Fassung gezeigt wurde.<sup>72</sup>

---

<sup>65</sup> JACEK BANASZKIEWICZ, Königliche Karrieren von Hirten, Gärtnern und Pflügern. Zu einem mittelalterlichen Erzählungsschema vom Erwerb der Königsherrschaft, in: *Saeculum* 33 (1982), H. 3-4, S. 265-286; DERS., *Podanie o Piaście*, S. 31 ff., 42, 51 ff., 70 ff.; DUŠAN TRĚŠTÍK, *Mýty kmene Čechů (7.-10. století). Tři studie ke „starým pověstem českým“*, Praha 2003, S. 99-167, besonders S. 159 f.

<sup>66</sup> SŁAWOMIR GAWŁAS, *O kształt zjednoczonego królestwa. Niemieckie władztwo terytorialne a geneza społeczno-ustrojowej odrębności Polski*, Warszawa 1996, S. 16.

<sup>67</sup> WOJCIECH FALKOWSKI, Karolińskie zwierciadło władcy – powstanie gatunku, in: *Europa barbarica, Europa christiana. Studia mediaevalia Carolo Modzelewski dedicata*, hg. v. ROMAN MICHAŁOWSKI, Warszawa 2008, S. 59-74, hier S. 62, 67, 69.

<sup>68</sup> ROBERT ANTONÍN, *Ideál panovnické moci v narativních pramenech českého středověku*, in: *Dvory a rezidence ve středověku II*, hg. v. DANA DVOŘÁČKOVÁ-MALÁ / JAN ZELENKA, Praha 2008, S. 401-417, besonders S. 402, 410.

<sup>69</sup> *Legenda Christiani*, S. 36, 57.

<sup>70</sup> BANASZKIEWICZ, *Podanie o Piaście*, S. 37.

<sup>71</sup> DERS., *Trzy razy uczta*, in: *Spółczesność Polski średniowiecznej*, hg. v. STEFAN K. KUCZYŃSKI, Bd. 5, Warszawa 1992, S. 95-108, hier S. 107.

<sup>72</sup> Dies geschieht in einem symbolischen Wechsel der Rolle desjenigen, der die Gäste empfängt und ernährt; vgl. ROMAN MICHAŁOWSKI, *Restauratio Poloniae w ideologii dynastycznej Galla Anonima*, in: *Przegląd Historyczny* 76 (1985), H. 3, S. 457-480; BANASZKIEWICZ, *Podanie o Piaście*, S. 40 ff.; etwas anders EDWARD SKIBIŃSKI, *Przemiany*

Wie erwähnt, bewirkt die Notwendigkeit der „Fähigkeit, den Untertanen die nötigen Mittel zum Leben zu gewährleisten [...], das Erscheinen von Göttern und mythischen Gestalten an der Spitze der königlichen Genealogien, die über reiche Ernten und eine Fülle verschiedener Güter verfügen, das heißt über das Wohlergehen der Gesellschaft im weitesten Sinne“.<sup>73</sup>

Das ist jedoch nicht nur ein Element der Mythologie. Für die späteren slawischen Fürsten ist das Veranstellen von Festmählern für ihre Eliten ein wichtiger Bestandteil der Demonstration ihrer Macht. Diesen Aspekt unterstreicht Gallus, wenn er von Bolesław dem Tapferen sagt, dieser habe täglich mindestens 40 Tische gedeckt.<sup>74</sup> Auch die böhmischen Herrscher veranstalteten als Akte ihrer monarchischen Ostentation (zum Beispiel an Festtagen) Gastmähler für den Adel, verteilten Lebensmittel an das versammelte einfache Volk und warfen manchmal sogar Münzen mitten in die Menge – was nichts anderes war als eine symbolische Demonstration der Funktion des Herrschers als „Ernährer der Gemeinschaft“.<sup>75</sup> Die Freigiebigkeit des Herrschers bestätigte zweifellos seine Position und verband seine Untertanen enger mit ihm.<sup>76</sup>

Die Rolle des Herrschers als jemand, der der Gemeinschaft Wohlstand garantiert und sie im Prinzip sogar konstituiert, findet also im ökonomischen Bereich ihren ganz konkreten Ausdruck. Vor diesem Hintergrund müssen wohl die Versuche gesehen werden, der Hauptlinie der Přemysliden die Macht zu entreißen: Die Freigiebigkeit des Herrschers war nur ein Aspekt symbolischer Vorstellungen und zugleich eine in dieser Form gefasste Information über ein grundsätzliches und überaus effektives Regierungsinstrument. Mit den Niederlagen Boleslavs II. endete der große Reichtum des Herrschers, welcher mit der Tatsache verbunden war, dass er bisher ein weiträumiges Land besaß, aus dem unablässig Tributzahlungen, Profite aus dem Fernhandel, Beute und Sklaven in die Hauptstadt strömten – alles Waren, die auf dem Prager Markt dann güns-

---

władzy. Narracyjna koncepcja Anonima tzw. Galla i jej podstawy, Poznań 2009, S. 51 ff., 57 f.

<sup>73</sup> BANASZKIEWICZ, *Podanie o Piaście*, S. 32 ff.

<sup>74</sup> Galli Anonymi cronicae et gesta sive principum Polonorum, hg. v. KAROL MAŁE-CZYŃSKI (MPH SN 2), lib. 1, Kraków 1952, cap. 14; ausführlicher BANASZKIEWICZ, *Trzy razy uczta*, S. 95-108.

<sup>75</sup> ANDRZEJ PLESZCZYŃSKI, *Przestrzeń i polityka. Studium rezydencji władcy wcześniejszego średniowiecza. Przykład czeskiego Wyszehradu*, Lublin 2000, S. 251, 253.

<sup>76</sup> Ebd., S. 254.

tig gegen Luxusgüter für die Bedürfnisse des Hofes und der mit ihm zusammenwirkenden Eliten eingetauscht werden konnten und die Versorgung einer großen Gefolgschaft ermöglichten. Weder er noch seine unmittelbaren Nachfolger fanden dauerhafte und effektivere Wege zur Überwindung der „Wirtschaftskrise“.<sup>77</sup> Daher konnten sich die Přemysliden nicht mehr erlauben, sich die Treue ihrer Eliten und der Gefolgschaft durch ständige Freigiebigkeit und Geschenke zu sichern, die diesen wiederum zur Aufrechterhaltung ihres Prestiges dienten. Logisch erscheint daher, dass in deren Augen der Herrscher oder das gesamte Geschlecht die Legitimität verlor und der Adel sich infolgedessen befugt fühlte, über die Thronbesetzung zu entscheiden. Mit den neuen Herrschern verknüpfte man daher Hoffnungen auf eine Überwindung der schwierigen wirtschaftlichen Situation und erneuten Wohlstand. Diese Erwartungen mussten auf ihre Verwirklichung allerdings noch warten.

Hier muss zudem auf das von Bolesław dem Tapferen eroberte Mähren verwiesen werden, wo seine Herrschaft höchstwahrscheinlich die volle Unterstützung der lokalen Eliten genoss – es ist nicht auszuschließen, dass diese selbst für den piastischen Herrscher optiert hatten und auf die Protektion der Přemysliden verzichteten.<sup>78</sup> Somit gewann erneut ein erfolgreicher Piast gegen die unfähigen und geschwächten Přemysliden. Die „Wirtschaftskrise“ hatte also reale Auswirkungen auf die Veränderungen in der Mentalität der böhmischen und mährischen Adelseliten und in ihrer Sicht auf die Oberherrschaft.

### Der Umbau der přemyslidischen Herrschaft und die Überwindung der Krise unter Břetislav I.

Die Schwächung des böhmischen Staats in der internationalen Arena sollte noch ein weiteres gutes Dutzend Jahre andauern, während derer die böhmischen Herrscher mehr oder weniger selbständige Satelliten des Reiches wurden, die – als Vasallen – die damalige Politik Heinrichs II.

---

<sup>77</sup> Zur politischen Szene in Böhmen und den Veränderungen auf dem böhmischen Thron in dieser stürmischen Zeit vgl. NOVOTNÝ, *České dějiny*, S. 666 ff.; KRZEMIENSKA, *Krise*, S. 500 ff.; DIES., *Politický vzestup českého státu na knížetě Oldřicha (1012–1034)*, in: *Česko-slovenský časopis historický* 25 (1977), S. 246–271; BLÁHOVÁ, Bd. 1, S. 344 ff.; KALHOUS, *Boleslav III.*, S. 221–229; MATLA-KOZŁOWSKA, *Pierwsi Przemyślidzi*, S. 383 ff.

<sup>78</sup> MARTIN WIHODA, *Morava v době knížeci 906–1197*, Praha 2010, S. 107 f., 110.

militärisch unterstützten.<sup>79</sup> Gewisse Versuche, die Krise zu überwinden, können wir schon bei Oldřich (1012–1034) beobachten, denn mit seiner Herrschaftszeit ist die Rückgewinnung Mährens aus polnischer Hand, wahrscheinlich 1029, verbunden, das für die weiteren Jahrhunderte dann zu einem integralen Bestandteil des böhmischen Reiches wurde.<sup>80</sup>

Aber zur Überwindung der „Wirtschaftskrise“ genügte eine Rückkehr zur Politik weitreichender Eroberungen nicht, die zu dieser Zeit außerdem gar nicht mehr möglich war. Nur Veränderungen der administrativen Struktur des Staats und die damit verbundene intensivere Nutzung der Einkünfte aus dem eigenen Territorium konnten real zu seiner Stärkung und zur Schaffung einer stabilen Herrschaftsbasis beitragen. Zu Aktivitäten dieser Art kam es erst unter Oldřichs Nachfolger, seinem Sohn Břetislav I. (1035 bis 1055). Unter seiner Herrschaft muss der Prozess des Aufbaus der Burgwallorganisation als abgeschlossen anerkannt werden.<sup>81</sup> Sie erfüllte, wie allgemein angenommen wird, administrative, militärische, wirtschaftliche und gerichtliche Funktionen und gründete sich auf ein Netz von Burgwällen, denen die umgebenden Gebiete unterstanden. An ihrer Spitze standen vom Fürsten abhängige Beamte (*comites*). Den Burgwällen wurde die freie Bevölkerung persönlich unterstellt, und die Aufgabe dieser Herrschaftsstruktur bestand im Eintreiben der Abgaben, in der Erzwingung unterschiedlicher Dienstleistungen für den Herrscher und der gerichtlichen Strafverfolgung; damit hing zudem die Kontrolle des Handels und der Einkünfte von den Märkten, der Zölle oder Mautgebühren zusammen. Mit den Burgwällen war ebenfalls die Kirchenorganisation verbunden.<sup>82</sup>

---

<sup>79</sup> KRZEMIENSKA, Krize, S. 519 ff.

<sup>80</sup> GERARD LABUDA, Mieszko II król Polski (1025–1034). Czasy przełomu w dziejach państwa polskiego, Kraków 1992, S. 73–76, 82 und Anm. 6; HERWIG WOLFRAM, Konrad II. (990–1039). Kaiser dreier Reiche, München 2000, S. 236; JÁN STEINHÜBEL, Nitrianské kniežatstvo. Počiatky stredovekého Slovenska, Bratislava 2004, S. 251; MARTIN WIHODA, Morava v 10. stolytí, in: České země v raném středověku, hg. v. PETR SOMMER, Praha 2006, S. 53–73, hier S. 63; MATLA-KOZŁOWSKA, Pierwsi Przemyslidzi, S. 434–451.

<sup>81</sup> JOSEF ŽEMLIČKA, K dotváření hradecké sítě za Břetislava I (Přemyslovská jména v názvech českých a moravských hradíšť), in: Historická geografie 28, hg. v. DEMS. u. a., Praha 1995, S. 27–47; JAN KLÁPŠTĚ, Proměna českých zemí ve středověku, Praha 2005, S. 235.

<sup>82</sup> Zum Funktionieren der Burgorganisation vgl. KRZEMIENSKA / TŘEŠTÍK, Hospodářské základy, S. 155 ff.; SLÁMA, K počátkům, S. 175 f.; DUŠAN TŘEŠTÍK, Struktura feudální společnosti v českých zemích do poloviny 14. stolytí, in: Struktura feudální společnosti na území Československa a Polska do přelomu 15. a 16. stolytí, hg. v. JÁN ČIERNY u. a.,



Die Anfänge des Wirkens Břetislavs auf diesem Gebiet gehen auf das neu angeschlossene Mähren zurück, das er noch zu Lebzeiten seines Vaters zur Verwaltung erhalten hatte. In erster Linie wurde die mährische Adelselite eliminiert, die in der Zeit davor mit dem polnischen Herrscher kooperiert und dessen Politik aktiv unterstützt hatte.<sup>83</sup> Die neuen Eliten rekrutierten sich zweifellos aus vertrauten böhmischen Adeligen, was unter Berücksichtigung ihrer Fremdheit auf diesem Gebiet einen zusätzlichen Zentralisierungsfaktor darstellen konnte – schon wegen der Notwendigkeit ihrer engen Zusammenarbeit mit dem Herrscher.

Die meisten Veränderungen waren zweifellos noch vor dem Tod dieses Herrschers abgeschlossen, obwohl seine Nachfolger die bestehende Struktur vervollständigten.<sup>84</sup> Außer den neuen Befestigungsanlagen am rechten Ufer der March und am linken Ufer der Thaya<sup>85</sup> betraf diese Neuordnung das gesamte Territorium. Bei der Umgestaltung wurden sowohl die bestehenden Burgwälle genutzt als auch neue errichtet. Man geht davon aus, dass Mitte des 11. Jahrhunderts (also gegen Ende der Herrschaft Břetislavs) in Mähren ein Netz von mindestens zehn Burgwällen mit ähnlichen Funktionen wie die Kastellaneiburgen mit den ihnen unterstehenden Provinzen existierte.<sup>86</sup> Außerdem gab es weitere befestigte Burganlagen mit in erster Linie strategisch-militärischen Funktionen (die als Sitz für die Gefolgschaft dienten), aber eventuell auch wirtschaftliche Aufgaben wahrnahmen.<sup>87</sup>

---

Praha 1984, S. 23-39, S. 31 ff.; ŽEMLIČKA, Expanze, S. 216; DERS., Čechy v době, S. 149-187; KLÁPŠTĚ, Proměna, S. 325 f.

<sup>83</sup> ŽEMLIČKA, Expanze, S. 214; SLÁMA, Ekonomické proměny, S. 264 und Anm. 26, S. 353; WIHODA, Morava v době, S. 109 f. Kritisch äußert sich zu dieser Konzeption LIBOR JAN, Ovlivnilo raně přemyslovské správní a ekonomické ústrojí piastovské Polsko?, in: *Historia Slavorum Occidentis* 2 (2012), H. 2, S. 77-90, hier S. 80 f.

<sup>84</sup> PAVEL KOUŘIL u. a., Opevněná sídla na Moravě a ve Slezsku (vznik, vývoj, význam, funkce, současný stav a perspektivy dalšího výzkumu), in: *Archaeologia Historica* 19 (1994), S. 121-151; JIŘÍ SLÁMA, Přemyslovci a Morava, in: *Sborník Společnosti přátel starožitností* 2, hg. v. TOMÁŠ DURDÍK / PETR CHOTĚBOR, Praha 1991, S. 51-67, hier S. 57 f.

<sup>85</sup> RUDOLF PROCHÁZKA, K vývoji a funkčnímu rozvrstvení hradu 11.-12. století na Moravě, in: *Lokalne ośrodki władzy państwowej w XI-XII wieku w Europie Środkowo-Wschodniej*, hg. v. SŁAWOMIR MOŹDZIOCH, Wrocław 1993, S. 109-134, hier S. 114-122; KOUŘIL, Opevněná sídla, S. 124.

<sup>86</sup> PROCHÁZKA, K vývoji, S. 115-125; ŽEMLIČKA, Expanze, S. 214, spricht in diesem Zusammenhang von 10 bis 15 solcher Burgen; zu Břetislavs Umbauten vgl. auch KOUŘIL, Opevněná sídla, S. 123 f.; SLÁMA, Ekonomické proměny, S. 263.

<sup>87</sup> PROCHÁZKA, K vývoji, S. 117-122, 126-130.



Das System des Umbaus des Burgennetzes ging nicht am Böhmischem Becken selbst vorbei. Hier wurden auf ähnliche Weise ältere Burgwälle aus dem 10. Jahrhundert genutzt, welche die Eigenschaften von Kastellaneiburgen gewannen, sowie neue Objekte errichtet, darunter auch in dem bisher noch nicht vom Burgennetz erfassten Ostböhmen (dem früheren Herrschaftsgebiet der Slavnikiden).<sup>88</sup> Gleichzeitig wird festgestellt, dass ein Teil der älteren Burgwälle, die sich in Mittelböhmen befanden, das heißt in der alten přemyslidischen Domäne, ihre Bedeutung verlor und verfiel – sicher infolge der Realisierung einer anderen Konzeption der Gebietsorganisation, selbst wenn sie sicher weiterhin den fürstlichen Verwaltern dienten.<sup>89</sup>

Die administrativen Burgwälle mitsamt den ihnen unterstehenden Provinzen bildeten in den landwirtschaftlich genutzten Gebieten ein verhältnismäßig enges Netz, während zwischen den in Waldgebieten gelegenen Objekten größere Abstände bestanden. Für den Fall, dass es in einem bestimmten Gebiet keine Kastellaneiburgen gab, konnten kleinere Burgwälle oder die damals entstehenden Zentren neuen Typs, welche hauptsächlich wirtschaftlichen Zwecken dienten, deren Funktionen übernehmen. Das waren herzogliche Höfe, die – im Unterschied zur älteren Zeit, als sie sich auf den Burgen selbst befanden – in der Burgvorstadt oder im offenen Gelände errichtet wurden. Sie bildeten Zentren zur Verwaltung eines Besitztums des Fürsten, konnten aber – neben wirtschaftlichen – zudem administrative und Residenzzwecke erfüllen, selbstverständlich in Abhängigkeit von ihrer Lokalisierung.<sup>90</sup>

---

<sup>88</sup> ŽEMLIČKA, K dotváření hradské sítě, S. 27-47.

<sup>89</sup> JIŘÍ SLÁMA, Přínos archeologie, S. 166 (z. B. Tetín, Budeč, Levý Hradec, Libušín); VARADZIN, S. 548 (er verweist auch auf den Rückgang der Bedeutung der Burg Stará Boleslav).

<sup>90</sup> KRZEMIENSKA / TŘEŠTÍK, Hospodářské základy, S. 155-158; PETR MEDUNA, K rekonstrukci vnitřní struktury hradské organizace Přemyslovců v severozápadních Čechách, in: Lokalne ośrodki władzy państwowej, S. 91-108, hier S. 105; SLÁMA, Archeologie, S. 95; DERS., Ekonomické proměny, S. 265; ŽEMLIČKA, Expanze, S. 216 ff.; DERS., Čechy v době, S. 45 ff., 157 ff., 177; KLÁPŠTĚ, Proměna, S. 4. Die genaue Anzahl der Kastellaneiburgen ist unbekannt, die vollständigsten Angaben liefert uns erst die Urkunde des Herzogs Soběslav I. aus dem Jahre 1130, vgl. Codex diplomaticus et epistolaris regni Bohemiae, hg. v. GUSTAV FRIEDRICH, Bd. 1: Inde ab a. DCCCC usque ad a. MCXCVII, Praha 1904-1907, S. 111; NOVÝ, Přemyslovský stát, S. 98 f. Auch die genaue Schätzung der Anzahl von Höfen für den besprochenen Zeitabschnitt ist schwierig, MEDUNA, Curia Radonice – výjimka nebo pravidlo? Stručné zamyšlení nad dvory v raném středověku, in: Vladislav II., druhý král z Přemyslova rodu, hg. v. MICHAL MAŠEK u. a., Praha 2009, S. 203-211, hier S. 207; die bis jetzt identifizierten Objekte werden zusammengestellt bei:

Die strukturelle Umgestaltung des böhmischen Staats war jedoch breiter angelegt, denn auch die innere Besiedlung sollte das wirtschaftliche Potential der Herrschaft verbessern. Schon mit dem Feldzug Břetislavs gegen Polen im Jahre 1039 hing eine Umsiedlung der Bevölkerung nach Böhmen zusammen, von der Cosmas teilweise berichtet, und die solche Ortsnamen wie Hedčany, Obřany, Krusičany (vielleicht auch Hrusice) oder Krakovany bestätigen. Daneben finden sich Namen, die auf Ungarn oder die Bewohner der Slowakei hindeuten, sodass sich sicher die Ungarnfeldzüge dieses Fürsten auf die geplante Erhöhung des eigenen Siedlungspotentials zurückführen lassen.<sup>91</sup> Andere Ortsnamen wiederum können suggerieren, dass es vielleicht schon damals Umsiedlungen in Bezug auf die Bevölkerung von Böhmen und Mähren selbst gegeben hat – sicher um die schwächer besiedelten Gebiete effektiver zu nutzen.<sup>92</sup> Die innere Wirtschaft wurde außerdem von der Dienstbarkeit und der Handwerksproduktion unterstützt, die wahrscheinlich mit den Kastellaneiburgen und den fürstlichen Höfen verbunden waren. Spezialisierte Bedienstete (Ministerialen) versorgten den Fürsten, seinen Hof, die Beamten wie die Gefolgschaft mit den unentbehrlichen Waren und Dienstleistungen.

Hier können wir nicht auf eine detaillierte Aufzählung aller Dienstarten eingehen, da deren Anzahl in Böhmen selbst bei etwa 40 lag.<sup>93</sup> Wesentlich dabei ist, dass sie den gesamten Staatsapparat ernähren, versorgen, bedienen und damit eine weitere Einnahmequelle des Fürsten bilden sollten. Die Abgaben und die öffentlichen Arbeiten, die Handwerksproduktion und die Dienstleistungen sowie die Produkte der eigenen Wirtschaft des Fürsten wurden in den Burgwällen oder Höfen zusammengetragen und umverteilt.<sup>94</sup> Unter der Herrschaft Břetislavs ist ferner eine

---

NOVÝ, Přemyslovský stát, S. 104; ŽEMLIČKA, Čechy v době, S. 158; KLÁPŠTĚ, Proměna, S. 43.

<sup>91</sup> VLADIMÍR ŠMILAUER, Krusičany v Čechach a Kruszewice w Polsce, in: *Prace filologiczne* 18 (1964), H. 2, S. 299-302; JERZY NALEPA, Obranie – plemię nad Obrą w południowej Polsce, in: *Słowiańszczyzna w Europie*, Bd. 1, hg. v. ZOFIA KURNATOWSKA, Wrocław 1996, S. 67 f.; JIŘÍ SLÁMA, K některým ekonomickým a politickým projevům raně středověkého přemyslovského státu, in: *Archeologické rozhledy* 37 (1985), S. 334-342.

<sup>92</sup> PROCHÁZKA, K vývoji, S. 125.

<sup>93</sup> KRZEMIENSKA / TŘEŠTÍK, Hospodářské základy, S. 162; PETRÁČEK, Fenomén darovaných lidí; KLÁPŠTĚ, Proměna, S. 301. Eine Zusammenstellung für Ostmitteleuropa (die Staaten der Přemysliden, der Arpaden und der Piasten) liefert CHRISTIAN LÜBKE, *Arbeit und Wirtschaft im östlichen Mitteleuropa*, Stuttgart 1991.

<sup>94</sup> KRZEMIENSKA / TŘEŠTÍK, Hospodářské základy, S. 173 f., 180; PETRÁČEK, Nevolníci, S. 111; KLÁPŠTĚ, Proměna, S. 325.

zunehmende Bedeutung des Münzwesens zu erkennen.<sup>95</sup> Diese Veränderungen stärkten die wirtschaftlichen Grundlagen des Staats und machten ihn in höherem Maße gegen Krisen widerstandsfähig.<sup>96</sup>

Bedeutsam waren zudem die gesetzgeberischen Aspekte der Herrschaft dieses Přemysliden. Zweifellos dienten die anlässlich der *Translatio* der sterblichen Überreste des heiligen Adalbert von Gnesen nach Prag erlassenen sogenannten Dekrete Břetislavs der Stabilisierung des Staats. Darin ist eine gewisse Reaktion auf die im Zusammenhang mit dem Konflikt zwischen dem böhmischen Adel und dem Prager Bischof herrschenden anarchischen Verhältnisse in der Krisenzeit, also in den beiden letzten Jahrzehnten des 10. Jahrhunderts, zu erkennen, denn es finden sich Anweisungen zur Verwirklichung einiger – vorher wirkungslos gebliebener – Postulate Adalberts, die die Einführung christlicher Prinzipien im Leben der böhmischen Gesellschaft betrafen, um sie auf diese Weise mittels weltlicher Sanktionen zur praktischen Anpassung an die neue Religion zu zwingen.<sup>97</sup> Außerdem steht außer Zweifel, dass die Kontrolle über die religiöse Sphäre eine Stärkung der Herrschaft bedeutete und die Zentralisierung der Gesellschaft erleichterte,<sup>98</sup> und dass die christliche Religion in Gestalt der sie verkörpernden Kirche in längerer Perspektive positiv zur Festigung der Macht des Monarchen beitrug.<sup>99</sup>

Zudem wurde die Gerichtsbarkeit des Herrschers und seiner Beamten, der Burggrafen (mit einem Anteil von Vertretern der Kirche – der Erzpriester), in einem Bereich eingeführt, der bisher vielleicht noch nicht völlig vom ihm erfasst war und sicher zum Teil noch nach den alten Stammestraditionen funktionierte. Diese Monopolisierung des Gerichtswesens durch den Herrscher stärkte seine Macht und Kontrolle über die

---

<sup>95</sup> SLÁMA, Archeologie, S. 96; DERS., Kosmovy záměrné omyly, in: Dějiny vy věku nejistot. Sborník k příležitosti 70. narozenin Dušana Třeštíka, hg. v. JAN KLÁPŠTĚ u. a., Praha 2003, S. 261-267, hier S. 264.

<sup>96</sup> Die strukturelle innere Umgestaltung des Staats, die unter Břetislav erfolgte, erlaubt einigen Forschern, schon von dem Beginn eines völlig autarken staatlichen Wirtschaftsmodells zu sprechen: ŽEMLIČKA, Čechy v době, S. 155; vgl. auch KRZEMIENSKA / TŘEŠTÍK, Hospodářské základy, S. 179; PETRÁČEK, Nevolníci, S. 106. Dagegen argumentiert LIBOR JAN, Budování monarchie, Budování monarchie českých Přemyslovců, Brno 2010, S. 117-136.

<sup>97</sup> Cosmae Pragensis Chronica Boemorum, lib. 2, cap. 4, S. 86 ff.

<sup>98</sup> PRZEMYŚLAW URBAŃCZYK, Władza i polityka we wczesnym średniowieczu, Wrocław 2008, S. 40, 43.

<sup>99</sup> ZDENĚK FIALA, Přemyslovské Čechy. Český stát a společnost v letech 995–1310, Praha 1975, S. 71 f.; URBAŃCZYK, Władza, S. 155 und 188.

Gesellschaft noch zusätzlich, zumal sie dem fürstlichen Fiskus weitere, nicht geringe Einkünfte sicherte.<sup>100</sup>

Dem gesetzgeberischen Wirken Břetislavs kam somit aus zwei Gründen eine wichtige Rolle zu: Es mehrte die Einkünfte des Fiskus aus Gerichtsstrafen und war von Bedeutung für die Veränderungen der böhmischen Gesellschaft in weltanschaulicher Hinsicht, denn es beseitigte zumindest teilweise die noch aus vorstaatlicher Zeit stammenden Relikte des sozialen Lebens. Das beförderte die intensivere Einführung der neuen Ordnung im Zusammenhang mit der Herrschaft des Monarchen und der nun geltenden christlichen Religion. Gleichzeitig ist der Aspekt, wonach der Herrscher als Richter, Garant des Friedens und der Ordnung fungiert, bekanntlich eines seiner wichtigsten Attribute. Man sieht also, dass dieser Přemyslide auf den Niedergang des böhmischen Staats in der Zeit vor ihm mit verschiedenen Aktivitäten auf mehreren Ebenen reagierte.

Břetislav I. war ein außerordentlich effektiver Herrscher, denn er überwand nicht nur die politische Krise, sondern vor allem die wirtschaftliche. Die Umgestaltung der administrativ-ökonomischen Strukturen des Staats – obwohl es auch siegreiche Kriegszüge gab, die eine zusätzliche Quelle reicher Beute bildeten – lieferte Einkünfte, die die Zentralmacht stabilisierten und zweifellos die Bedürfnisse der böhmischen Eliten befriedigten.

Die Freigiebigkeit des Herrschers seinen Leuten gegenüber konnte somit voll und ganz realisiert werden. Die ganze Zeit seiner Herrschaft über hören wir nur von einer einzigen Gehorsamsverweigerung der Eliten, aber diese stand im Zusammenhang mit dem das Land verwüstenden Krieg gegen Heinrich III. 1040/41.<sup>101</sup> Wahrscheinlich gewährleistete er seine ganze Herrschaftszeit hindurch dieser Gruppe dennoch stabile und sichere Einkommensquellen, sodass es keinen Grund gab, mit der Politik des Herzogs unzufrieden zu sein. Dem Herrscher selbst bot dies stabile wirtschaftliche Grundlagen zur Führung einer breit angelegten „internationalen“ Politik.<sup>102</sup>

---

<sup>100</sup> Vgl. SLÁMA, Kosmovy záměrné omyly, S. 262 ff.

<sup>101</sup> *Annales Altahenses maiores*, hg. v. GEORGE H. PERTZ, Hannover 1868 (*Monumenta Germaniae Historica, Scriptores rerum Germanicarum*), anno 1041, S. 29; vgl. *Cosmae Pragensis Chronica Boemorum*, lib. 2., cap. 12, S. 99; BARBARA KRZEMIŃSKA, *Boj knížete Břetislava I. o upevnění českého státu 1039–1041*, Praha 1979, S. 54 ff.

<sup>102</sup> Zu Břetislavs Außenpolitik vgl. DIES., *Břetislav I. Čechy a střední Evropa v první polovině XI. století*, Praha 1999, S. 188–371; MATLA-KOZŁOWSKA, *Pierwsi Przemyslidzi*, S. 452–492; BLÁHOVÁ, Bd. 1, S. 384–402.

Zweifellos hatte die „Wirtschaftskrise“, die das přemyslidische Böhmen um die Jahrtausendwende betraf, unterschiedliche Folgen. In erster Linie führte sie zur äußeren und inneren Schwächung des Staats, vorübergehend zu Veränderungen im Bewusstsein und Verständnis der Herrschaft – in weiterer Perspektive aber legte sie den Grund für strukturelle Veränderungen des Staats und daraus resultierend zur Herausbildung seiner stabilen wirtschaftlichen Fundamente.

*Aus dem Polnischen von Herbert Ulrich*

ANDRZEJ GLIWA

## KRISE DURCH PLÜNDERUNG

### DIE ZIVILISATORISCHE UND ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG IM GRENZGEBIET DES OSMANISCHEN REICHES UND DER POLNISCH-LITAUISCHEN ADELSREPUBLIK

Weite Gebiete Ostmitteleuropas prägende regressive Phänomene im ökonomischen und sozialen Bereich waren in der frühen Neuzeit besonders scharf erkennbar. In der bisherigen Historiografie wurde das Problem der im globalen Maßstab spürbaren, tiefgreifenden wirtschaftlichen Veränderungen – als Krise des 17. Jahrhunderts bezeichnet – meistens im Kontext umfassenderer Prozesse betrachtet, die die Genese des Kapitalismus, die Dominanz des Westens gegenüber dem östlichen Teil Europas sowie dessen wirtschaftliche und zivilisatorische Rückständigkeit betreffen. Eines der Hauptgebiete der Untersuchungen von Historikern und Geschichtssoziologen, zu denen unter anderen Eric Hobsbawm, Fernand Braudel, Witold Kula, Marian Małowist, Jerzy Topolski, Immanuel Wallerstein, Robert Brenner und Perry Anderson gehörten, bezog sich auf die Herausbildung binärer ökonomischer Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den reichen und höchstentwickelten Staaten des Westens und den in wirtschaftlicher Hinsicht schwachen und peripher gelegenen Ländern im östlichen Teil Europas.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> ERIC HOBSBAWM, *The General Crisis of the European Economy in the 17<sup>th</sup> Century*, in: *Past and Present* 2 (1954), H. 5, S. 33-53; FERNAND BRAUDEL, *Kultura materialna, gospodarka i kapitalizm XV–XVIII wiek*, Bd. 2: *Gry wymiany*, Warszawa 1992, S. 242-246; *Rozwój gospodarczy Polski XVI–XVIII w.*, hg. v. WITOLD KULA / JACEK KOCHANOWICZ, Warszawa 1983, S. 126-140; MARIAN MAŁOWIST, *Wschód a Zachód Europy w XIII–XVI wieku. Konfrontacja struktur społeczno-gospodarczych*, Warszawa 2006, S. 252-257; JERZY TOPOLSKI, *La Regression économique en Pologne*, in: *Acta Poloniae Historica* 4 (1962), H. 7, S. 28-49; DERS., *Gospodarka polska a europejska w XVI–XVIII wieku*, Poznań 1977, S. 112-124; DERS., *Narodziny kapitalizmu w Europie XIV–XVIII wieku*, Poznań 2003, S. 125-140; DERS., *Polska w czasach nowożytnych. Od środkowoeuro-*

Eine andere Erklärung für die Genese der Stagnations- und Krisenerscheinungen in der europäischen Wirtschaft wurde von Emmanuel Le Roy Ladurie vorgeschlagen, der sie mit den Klimaveränderungen in dieser Zeit auf der Nordhalbkugel in Zusammenhang brachte, und von Hugh Trevor-Roper, für den sie eine Folge der Antagonismen zwischen dem bürokratischen System dieser Staaten und einer übermäßig vom Fiskalismus bedrückten Gesellschaft darstellten.<sup>2</sup> Unlängst wurde die Diskussion über dieses Problem von Geoffrey Parker wieder belebt.<sup>3</sup>

In der bisherigen Debatte über die sogenannte Krise des 17. Jahrhunderts und die Rückständigkeit des östlichen Teils Europas legten die Forscher hauptsächlich Nachdruck auf die breiteren ökonomischen Prozesse, die mit der Entstehung und Expansion des kapitalistischen Systems verbunden waren. Hinzu kamen bestimmte soziale und politische Strukturen der Staaten dieser Region, die sich auf die Dominanz und privilegierte Position des Adels und der Magnaten gegenüber den Bauern und den bürgerlichen Schichten gründeten, was zur Herausbildung einer Guts- und Fronhofwirtschaft und im Endeffekt zur Entwicklung einer sekundären Leibeigenschaft geführt haben soll.<sup>4</sup> Charakteristisch bei der Erklärung dieser sozio-politischen Prozesse und der Bedingungen einer wirtschaftlichen Entwicklung war oft, den Krieg zu unterschätzen, obwohl er den Verlauf und die Veränderungen der Geschwindigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusste. Ähnliche Phänomene konnten auch in der

---

pejskiej potęgi do utraty niepodległości (1501–1795), S. 561–586; IMMANUEL WALLERSTEIN, *The Modern World-System. Capitalist Agriculture and the Origins of the European World-Economy in the Sixteenth Century*, New York u. a. 1974, S. 97 ff.; ROBERT BRENNER, *The Agrarian Roots of European Capitalism*, in: *Past and Present* 30 (1982), H. 97, S. 16–113; DERS., *Economic Backwardness in Eastern Europe in Light of Developments in the West*, in: *The Origins of Backwardness in Eastern Europe. Economics & Politics from the Middle Ages until the Early Twentieth Century*, hg. v. DANIEL CHIROT, Berkeley u. a. 1989, S. 15–52; PERRY ANDERSON, *Passages from Antiquity to Feudalism*, London 1974, S. 246–264; GEOFFREY PARKER, *Crisis and Catastrophe: The Global Crisis of the Seventeenth Century Reconsidered*, in: *American Historical Review* 113 (2008), H. 4, S. 1053–1079; vgl. auch: *The Brenner Debate. Agrarian Class Structure and Economic Development in Pre-Industrial Europe*, hg. v. TREVOR H. ASTON / C. H. E. PHILPIN, New York 1985.

<sup>2</sup> EMMANUEL LE ROY LADURIE, *Historie et Climat*, in: *Annales E.S.C.* 14 (1959), H. 1, S. 13–34; DERS., *Aspects historiques de la nouvelle climatologie*, in: *Revue Historique* 85 (Januar–März 1961), H. 225, S. 1–20; HUGH REDWALD TREVOR-ROPER, *The General Crisis of the 17<sup>th</sup> Century*, in: *Past and Present* 7 (1959), H. 16, S. 31–64.

<sup>3</sup> PARKER, *Crisis*.

<sup>4</sup> MARIAN MAŁOWIST, *Wschód a Zachód Europy*, S. 280, 304; JERZY TOPOLSKI, *Gospodarka polska a europejska*, S. 121–124.

deutschen und britischen Geschichtsschreibung des letzten Jahrhunderts beobachtet werden.<sup>5</sup> In der polnischen Historiografie ist das Problem der Wirtschaftskrise der Adelsrepublik im 17. Jahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg stark ideologisiert und von der marxistischen Theorie sozio-ökonomischer Formationen vereinnahmt worden.<sup>6</sup>

In dieser deterministischen Konzeption, die in der polnischen Geschichtswissenschaft gegenwärtig den Status eines Paradigmas besitzt, hätten die Kriegsverwüstungen die angeblich schon Ende des 16. Jahrhunderts begonnene wirtschaftliche Regression des Landes lediglich beschleunigt und vertieft. Als eine Art Kuriosum kann die Tatsache angesehen werden, dass gerade im dritten Viertel des 20. Jahrhunderts, einer Blütezeit in der Entwicklung sozio-ökonomischer Forschungen in der

---

<sup>5</sup> Vgl. THEODORE K. RABB, *The Effects of the Thirty Years War on the German Economy*, in: *Journal of the Modern History* 34 (1962), H. 1, S. 40-51; vgl. FRANCIS LUDWIG CARSTEN, *Was There an Economic Decline in Germany before the Thirty Years' War?*, in: *The English Historical Review* 71 (April 1956), H. 279, S. 240-247; EDWARD ANTHONY WRIGLEY / ROGER S. SCHOFIELD, *The Population History of England 1541-1871*, Cambridge 1989, S. 670-685, Karte Nr. A 10.11.

<sup>6</sup> STANISŁAW ŚRENIOWSKI, *Oznaki regresu ekonomicznego w ustroju folwarczno-pańszczyźnianym w Polsce od schyłku XVI wieku*, in: *Kwartalnik Historyczny* 61 (1954), H. 2, S. 165-195; WŁADYSŁAW RUSIŃSKI, *Uwagi o zniszczeniach po wojnach z połowy XVII w.*, in: *Polska w okresie drugiej wojny północnej*, Bd. 2, hg. v. KAZIMIERZ LEPSZY, Warszawa 1957, S. 427-434; WŁADYSŁAW RUSIŃSKI, *Straty i zniszczenia w czasie wojny szwedzkiej (1655-1660) oraz jej skutki na obszarze Wielkopolski*, in: *Polska w okresie drugiej wojny północnej*, Bd. 2, S. 261-306; DERS., *Początki kryzysu gospodarczego w pierwszej połowie XVII w.*, in: *Dzieje Wielkopolski do roku 1795*, hg. v. JERZY TOPOLSKI, Bd. 1, Poznań 1969, S. 479-486; IRENA GIEYSZTOROWA, *Zniszczenia i straty wojenne oraz ich skutki na Mazowszu*, in: *Polska w okresie drugiej wojny północnej*, Bd. 2, S. 307-343; ADAM KAMIŃSKI, *Zniszczenia wojenne w Małopolsce i ich skutki w okresie najazdu szwedzkiego 1655-1660*, in: *Polska w okresie drugiej wojny północnej*, Bd. 2, S. 345-381; STANISŁAW HOSZOWSKI, *Zniszczenia w czasie wojny szwedzkiej na terenie Prus Królewskich*, in: *Polska w okresie drugiej wojny północnej*, Bd. 2, S. 383-426; ANDRZEJ NOWAK, *Początki kryzysu sił wytwórczych na wsi wielkopolskiej w końcu XVI i pierwszej połowie XVII wieku (na przykładzie województwa kaliskiego)*, Warszawa / Poznań 1975; JERZY TOPOLSKI, *La Regression économique en Pologne*, S. 28-49; DERS., *Polska w czasach nowożytnych*, S. 567-573. – 2007 hat Jadwiga Muszyńska die bisherigen Untersuchungen zur Frage der Kriegszerstörungen aus der Zeit der „Schwedischen Sintflut“ auf dem Territorium der Adelsrepublik kritisch dargestellt: JADWIGA MUSZYŃSKA, *Zniszczenia wojenne w połowie XVII wieku a gospodarka Rzeczypospolitej*, in: *Wojny północne w XVI-XVIII wieku. W czterechsetlecie bitwy pod Kircholmem*, hg. v. BOGUSŁAW DYBAŚ / ANNA ZIEMLEWSKA, Toruń 2007, S. 232-258 – vgl. auch ihren Beitrag in diesem Band –, und dieses Problem wurde unlängst in breiterer chronologischer Perspektive kritisch thematisiert: ANDRZEJ GLIWA, *Kraina upartych niepogód. Zniszczenia wojenne na obszarze ziemi przemyskiej w XVII wieku*, Przemysł 2013, S. 17-29.



polnischen Historiografie, einige Untersuchungen von Zenon Guldon, Jerzy Topolski, Waław Odyniec und Stanisław Cackowski entstanden sind, die das vorherrschende Modellschema kräftig infrage gestellt haben.<sup>7</sup> Leider sind diese Arbeiten für andere Historiker nicht zu einem hinreichenden Anreiz für weitere Studien geworden, welche die bisherigen Überzeugungen hätten verifizieren können.

Das Grenzgebiet im weiteren Sinne zwischen der polnisch-litauischen Adelsrepublik und dem Osmanischen Reich war in der Neuzeit eine etwa 200 bis 400 km breite Zone, die sich vom unteren Dnjepr im Osten über das Wilde Feld (*Campi Deserti*), Jedisan, das nördliche Moldawien und das südliche Podolien sowie Pokutien bis hin zu den östlichen Waldkarpaten (Bieszczady) im Westen hinzog, also über eine Länge von über 1.200 km. Diese Region wird in ihrem östlichen Abschnitt seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in der ukrainischen Historiografie als Großer Kordon bezeichnet, der die sesshaften, Landwirtschaft betreibenden Christen von den nomadischen oder halbnomadischen Gesellschaften islamischen Glaubens trennte.<sup>8</sup>

Die Gegensätze zwischen diesen beiden Gruppen wurden noch dadurch vertieft, dass dort auch die Grenze zwischen zwei geobotanischen Zonen verlief.<sup>9</sup> Während im Norden bewaldete und landwirtschaftlich genutzte Gebiete dominierten, die verhältnismäßig gut bevölkert waren, zogen sich weiter im Süden ungewöhnlich schwach besiedelte Steppengebiete hin. Aus diesen Gründen kann die uns interessierende Grenzzone in der Neuzeit als einer der wichtigsten diskontinuierlichen Räume in ganz Europa angesehen werden, als Gebiet eines zivilisatorischen und

---

<sup>7</sup> ZENON GULDON, Uwagi w sprawie zniszczeń gospodarczych w połowie XVII w. na terenie Wielkopolski, in: *Zapiski Historyczne* 24 (1958–1959), H. 1, S. 63–83; JERZY TOPOLSKI, Wpływ wojen połowy XVII wieku na sytuację ekonomiczną Podlasia, in: *Studia historica. W 35-lecie pracy naukowej Henryka Łowmiańskiego*, Warszawa 1958, S. 309–349; WAŁAW ODYNEC, *Starostwo puckie 1546–1678*, Gdańsk 1961, S. 56–61; STEFAN CACKOWSKI, *Gospodarstwo wiejskie w dobrach biskupstwa i kapituły chełmińskiej w XVII–XVIII w.*, T. 2: *Gospodarstwo folwarczne i stosunki rynkowe*, Toruń 1963, S. 194–200.

<sup>8</sup> İVAN LISÂK-RUDNICKIJ, Ukraïna miż Shodom i Zahodom, in: *İstoričnì ese, Kiïv* 1994, Bd. 1, S. 4 f.; ÂROSLAV DAŠKEVIČ, Bol’šaâ granica Ukraïny: Etničeskij bar’er ili etnokontaknaâ zona, in: *Etnokontaknye zony v Evropejskoj časti SSSR: İstoriâ, dinamika, metody izučeniâ*, Moskva 1989, S. 7–21; vgl. auch VİKTOR BREHUNENKO, Kozaki na stepovomu kordonì Êvropi. Tipologiâ kozackih spil’not XVI-peršoï polovini XVII st., Kiïv 2011, S. 19–24.

<sup>9</sup> Kompleksnij Atlas Ukraïni, hg. v. GRIGORIJ PİDGRUŠNIJ / RiJ KAČEV, Kiïv 2005.

kulturellen Bruches (*zone of fracture*).<sup>10</sup> Eine solche Konstellation bildet einen guten Ausgangspunkt für eine neue Sicht auf dieses aus der Perspektive der westlichen Welt peripher gelegene Gebiet Ostmitteleuropas, welches aber für die in diesem Teil des Alten Kontinents stattfindenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Prozesse mit entschieden größerer territorialer Reichweite von außerordentlicher Wichtigkeit ist.

Es scheint, dass eine objektivere und maßgeblichere Erklärung der Bedingungen und Ursachen für die ungewöhnlich tiefgreifende und langandauernde ökonomische Krise in den südlichen Gebieten der polnischen Krone im 17. Jahrhundert nicht möglich ist, wenn man zwei anderen, bisher wenig beachteten Faktoren keine Aufmerksamkeit schenkt: Erstens ist eine kritischere Sicht auf die geopolitische Landschaft Südosteuropas und das damit verbundene Erbe der früheren Abhängigkeit der ruthenischen Gebiete von der mongolisch-tatarischen Oberherrschaft wichtig. Das macht eine eingehende Analyse der politisch-rechtlichen Beziehungen zwischen den Königen Polens und den litauischen Großherzögen sowie den Khanen der Krimtataren notwendig. Zweitens müssen nicht nur die von den Tataren durchgeführten militärischen Aktivitäten und die Existenz beträchtlicher Disproportionen und Unterschiede in der zivilisatorischen und wirtschaftlichen Entwicklung in dieser Region stärker berücksichtigt werden, sondern auch die dort über mehrere Jahrhunderte hindurch herrschenden spezifischen sozialen und kulturellen Bedingungen.

Die Krimtataren und ihre Stammesbrüder, die Nogaier, spielten in der Zeit vom 15. bis 18. Jahrhundert die Rolle eines außerordentlich wichtigen politischen und militärischen Faktors in Osteuropa, was nicht nur in der polnischen Forschung generell unterbewertet wird. Die dreieinhalb Jahrhunderte lang die Macht im Krimkhanat ausübende Giray-Dynastie hielt sich für die legalen Erben der mongolischen Goldenen Horde, deren Herrschaft und Einflüsse sich von der Mitte des 13. bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts über weite Gebiete Osteuropas erstreckten. Die mehrere Jahrhunderte hindurch organisierten tatarischen Raubzüge gegen ruthenische Gebiete, die bereits ein integraler Bestandteil Polens und Litauens und nach 1569 der Adelsrepublik waren, dienten zur Aufrechterhaltung der eigentlich nur noch rudimentären Kontrolle der Dschingisiden über diese Gebiete und die sie bewohnenden Bevölkerungsgruppen. Aus tatari-

---

<sup>10</sup> Vgl. WOLFGANG REINHARD, *Zones of Fracture in Modern Europe. A Summary*, in: *Zones of Fracture in Modern Europe: The Baltic Countries, the Balkans, and Northern Italy. Zone di frattura in epoca moderna. Il Baltico, i Balcani e l'Italia settentrionale*, hg. v. ALMUT BUES, Wiesbaden 2005, S. 271-275.

scher Perspektive und in der politischen Praxis der Giray-Dynastie stellten Raubzüge immer dann ein legales und gerechtfertigtes Vorgehen dar, wenn die polnischen und litauischen Herrscher ihren Verpflichtungen nicht nachkamen, Gebühren in Form sogenannter „Geschenke“ (in osmano-türkischer Sprache *bölek*, *virgü*, *pişkeş*) zu zahlen, wie dies in den polnisch-tatarischen und polnisch-osmanischen Friedensverträgen garantiert worden war.<sup>11</sup> Jeder Fall einer Vernachlässigung dieser Pflicht durch die polnischen Dynasten wurde von den Krimherrschern als eine ernsthafte Verletzung der bestehenden Beziehungen interpretiert. Für die Giray-Dynastie bedeutete dies rechtliche Sanktionen sowie eine Rechtfertigung neuer Kriegszüge (in osmano-türkischer Sprache *akın* – Einfall) gegen das Territorium des polnisch-litauischen Staats entsprechend ihrer Interpretation des islamischen Rechts.<sup>12</sup>

Solche Raubexpeditionen waren über mehrere Jahrhunderte ein vortreffliches Werkzeug, um von den polnischen Herrschern die Bezahlung zu erzwingen.<sup>13</sup> An dieser Stelle lohnt es, das Fragment eines am 29. Juni 1635 von Khan Inajet Giray in Bachtschyssaraj an König Władysław IV. gerichteten sogenannten Bundesbriefes (*‘ahdname*) zu zitieren. Darin behauptete der Khan unumwunden:

„Und wenn es dazu käme, dass entgegen unseren alten Bräuchen und Abmachungen von Euch, unserem Bruder, keine Geschenke und keine Geldmittel mehr geschickt werden sollten [...], dann würde ich, der Khan Inajet Giray, mein Heer in euren Staat schicken und dieses sommers wie winters verwüsten lassen. Ich würde mit hunderttausend Tataren in Euren ganzen unangetasteten Staat eindringen und mit Gottes Hilfe und der Geistesgegenwart unseres Propheten Eure Ländereien niederbrennen und, mit dem Säbel kämpfend,

---

<sup>11</sup> The Crimean Khanate and Poland-Lithuania. International Diplomacy on the European Periphery (15<sup>th</sup>-18<sup>th</sup> Century). A Study of Peace Treaties Followed by Annotated Documents, hg. v. DARIUSZ KOŁODZIEJCZYK, Leiden / Boston 2011, S. 586, Nr. 10, S. 616, Nr. 15, S. 631, Nr. 17, S. 699, Nr. 26, S. 734, Nr. 31, S. 784, Nr. 35, S. 858, Nr. 46; Ottoman-Polish Diplomatic Relations (15<sup>th</sup>-18<sup>th</sup> Century). An Annotated Edition of ‘Ahdnames and Other Documents, hg. v. DARIUSZ KOŁODZIEJCZYK, Leiden u. a. 2000, S. 378, Nr. 35, S. 382, Nr. 3, S. 497, Nr. 51, S. 499, Nr. 51, S. 502, Nr. 52; vgl. HALIL İNALCIK, Power Relationships between Russia, the Crimea and the Ottoman Empire as Reflected in Titulature, in: *Passé turco-tatar, présent soviétique. Études offertes à Alexandre Bennigsen*, hg. v. CHANTAL LEMERCIER-QUELQUEJAY u. a., Louvain / Paris 1986, S. 208-211, hier S. 209.

<sup>12</sup> Vgl. İNALCIK, Power Relationships, S. 209.

<sup>13</sup> VICTOR OSTAPCHUK, Crimean Tatar Long Range Campaigns. The View from Remmal Khoja’s History of Sahib Gerey Khan, in: *Journal of Turkish Studies* 29 (2005), S. 271-287.

Kleine und Große in Gefangenschaft wegführen, für jeden [*koźdego*]<sup>14</sup> Tataren einen Gefangenen und ein Stück Vieh rechnend, wenn dies nicht mehr bringen würde als jene Geschenke, die wir von Euch bekommen sollten. Also überlegt es Euch!<sup>15</sup>

Die bisherigen Forschungen über die von den Tatarenhorden verursachten Kriegsverwüstungen bezeugen trotz ihres fragmentarischen Charakters, dass die Worte des Khans Inajet Giray – mit Ausnahme der Phrase vom hunderttausend Kämpfer zählenden Heer – keine rhetorische Figur darstellten, sondern eine den Tatsachen entsprechende Darlegung der ständigen politischen Praxis der Dschingisiden in ihren Beziehungen mit dem Königreich Polen und dem Großfürstentum Litauen und später auch mit der Adelsrepublik. Das zitierte Dokument beweist gleichzeitig, dass die Herren der Krim die bewaffneten Übergriffe gegen ihre nördlichen Nachbarn als zwar alternative, aber dennoch berechtigte Form der Eintreibung der ihnen *de iure* zustehenden Apanagen ansahen.<sup>16</sup>

Der erwähnte rechtliche Legalismus bei der Durchführung militärischer Aktionen auf dem Gebiet der Adelsrepublik spiegelte sich in den *modi operandi* der einzelnen tatarischen Reiterverbände wider. Außerdem begrenzte die Führung der Krim-Horde die Operationen bewusst auf die einst unter der Kontrolle der Khane der Goldenen Horde stehenden Gebiete. Ein Beispiel dafür liefern die Aktivitäten der Krimtataren während des Überfalls auf das Przemyśler Land an der Grenze zum Sandomirer Land im Oktober 1672. Die Reichweite der Stoßtruppen des Sultans Nureddin Safa Giray im Westen deckte sich annähernd mit der Grenze zwischen dem Przemyśler Land und dem Sandomirer Land, welche sich angefangen vom Dorf Lecka im Tal des Ryjak-Baches bis nach Sarzyna bei Leżajsk hinzieht.<sup>17</sup>

Wesentlich ist hier das Fehlen irgendwelcher Überlieferungen, dass die Truppen in dem erwähnten Abschnitt die Grenze des Przemyśler Landes überschritten hätten und etwa auf das Territorium des Sandomirer Landes

---

<sup>14</sup> So im Original.

<sup>15</sup> The Crimean Khanate and Poland-Lithuania, S. 907, Nr. 51.

<sup>16</sup> In Wirklichkeit übertrafen die von den größten und mittelgroßen Tatarenoperationen generierten Einkünfte den in den polnisch-tatarischen und polnisch-osmanischen Verträgen vorgesehenen Wert der Geschenke in Höhe von 20.000 Złoty um ein Vielfaches, wovon im Übrigen ja schon der Ton der Äußerung des Khans Inajet Giray zeugt (ebd.).

<sup>17</sup> Central'nij Deržavnij Istoryčnij Archiv Ukraïni m. Lviv (hiernach: CDIAUL), Castrensia Premislensia (hiernach: CP), fond 13, op. 1, spr. 1078, S. 947; 895; 959-960; 948; 968; 972; 962; 964; 929-930; 1180; 922; 1184; 973; 1183; 943; 849-850.

vorgedrungen wären. Wie es scheint, war die Nichtüberschreitung der westlichen Marken der Region von Przemyśl und Sanok sowie die Subordination der von Safa Giray befehligten Krimtatarenverbände in den Dispositionen des Khans Selim I. Giray und der Ratsversammlung der tatarischen Anführer begründet.<sup>18</sup> Ähnliches war auch in der westlichen Grenzmark des Sanoker Landes zu beobachten, wo Verbände aus der vom Sultan Haci Giray befehligten Gruppierung operierten. Es ist bekannt, dass ein Torhak aus dieser Operationsgruppe bis zur Linie des oberen Wislok vordrang und in die Gegend von Jaśliśka gelangte.<sup>19</sup>

Eine solche Politik wäre ohne die leichten tatarischen Reiterverbände nicht möglich gewesen.<sup>20</sup> Während der Raubzüge in Gebiete des polnisch-litauischen Staats bedienten sich die Tataren in breitem Ausmaß asymmetrischer Kriegführung (*asymmetric warfare*).<sup>21</sup> Darunter ist die Anwendung vom Standpunkt des Gegners ungewöhnlicher Methoden zu verstehen, um die eigenen Schwächen auszugleichen und einen Vorteil zu erlangen.<sup>22</sup> Unter den realen Bedingungen der Neuzeit bedeutete das, den direkten Kampf mit regulären Militärverbänden zu vermeiden und auf die Einnahme befestigter Stellungen zu verzichten – zugunsten sogenannter weicher Ziele (*soft targets*) wie nicht verteidigter Dörfer und Vorstadtsiedlungen sowie kleinerer Städte ohne effektive Wehreinrichtungen. Damit hielt man die eigenen Verluste gering und wandte zudem solche destabili-

---

<sup>18</sup> Archiwum Narodowe w Krakowie, Archiwum Pinoccich, Ms. 372, Proceder y puncta tractatów przez JMP. Franciszka Lubowieckiego, kasztelana Wołyńskiego, y przez Imci Pana Szumowskiego, podskarbiego nadwornego koronnego, starostę opoczyńskiego, posłów y commissarzów od KJMci y Rzęptey naznaczonych namowione z Hanem Imcią y z Imcią Kapłanem baszą spolnie mocnymi z woyskiem tureckim, y z armatą. Die 6 8-bris 1672, S. 289; ANDRZEJ GLIWA, Najazd tatarski na ziemię przemyską podczas wojny polsko-tureckiej w 1672 r., in: Rocznik Przemyski 39 (2003), H. 4: Historia, S. 46 f.

<sup>19</sup> Biblioteka Polskiej Akademii Nauk-Polskiej Akademii Umiejętności w Krakowie, Ms. 1070, S. 542.

<sup>20</sup> OSTAPCHUK, Crimean Tatar Long Range Campaigns, S. 271 f.

<sup>21</sup> Der Begriff und die Konzeption „asymmetrischer Kriegshandlungen“ (*asymmetric warfare*) und des „asymmetrischen Konflikts“ (*asymmetric conflict*) sind in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von amerikanischen Militärstrategen im Rahmen der Analysen der amerikanischen Kriegshandlungen in Vietnam eingeführt worden, vgl. MAREK MADEJ, Zagrożenia asymetryczne bezpieczeństwa państw obszaru transatlantyckiego, Warszawa 2007, S. 38 f.

<sup>22</sup> COLIN S. GRAY, Thinking Asymmetrically in the Times of Terror, in: Parameters 32 (2002), H. 1, S. 5-14, hier S. 6 f.; BRUCE W. BENNETT, Responding to Asymmetric Threats, in: New Challenges. New Tools for Defense Decisionmaking, hg. v. STUART E. JOHNSON u. a., Santa Monica 2003, S. 33-37.

sierende Techniken an wie Vergewaltigungen, Morde, Plünderungen, die Entführung von Zivilpersonen, die absichtliche Zerstörung von Höfen und der wirtschaftlichen Infrastruktur überhaupt sowie der Sakralobjekte. Dabei muss betont werden, dass das Vorgehen der tatarischen Verbände einen doppelt asymmetrischen Charakter besaß, weil es sich nicht nur auf eine unverhältnismäßige Verwendung der Mittel und Potentiale unter militärischen Gesichtspunkten bezog (*asymmetry in means*), sondern auch auf den Charakter und die Wahl der grundlegenden Ziele ihrer Mission, also die Konzentration aller Kampfanstrengungen im zivilen Raum; dazu wurden eindeutig ländliche Gebiete bevorzugt (*asymmetry in space*).

Derartige militärische Handlungen wurde von Rupert Smith kürzlich als „Krieg unter den Gesellschaften“ (*war amongst the people*) definiert – eine Formulierung, die meiner Meinung nach in hohem Grade dem Vorgehen der Horde gerecht wird.<sup>23</sup> Diese Art und diese Formen von Kriegshandlungen wurden im 17. Jahrhundert hauptsächlich von tatarischen Verbänden angewandt, aber sie sind auch im Militärwesen der Saporoger Kosaken und in ihren Überfällen auf osmanische Besitztümer im Küstengebiet des Schwarzen Meeres erkennbar.<sup>24</sup> Das verwischte in hohem Maße die Unterschiede zwischen Kriegszustand und Frieden und war den in den letzten Jahren stattfindenden Kriegen und militärischen Konflikten in Somalia, Afghanistan, Sudan, Syrien und neuerdings auch in der Ukraine zum Verwechseln ähnlich. Die mangelnde Identifizierung symmetrischer und asymmetrischer Arten der Kriegführung hat in den Forschungen zur Militär- und Wirtschaftsgeschichte der Länder Mittel- und Osteuropas in der Neuzeit zu zahlreichen Vereinfachungen und Fehlinterpretationen sowie zur Nichtberücksichtigung wichtiger wirtschaftlicher und sozialpolitischer Phänomene und Prozesse geführt.

---

<sup>23</sup> RUPERT SMITH, *The Utility of Force. The Art of War in the Modern World*, New York 2007, S. 6.

<sup>24</sup> Vgl. VICTOR OSTAPCHUK / OLEH HALENKO, *Cossack Black Sea Region Naval Campaigns in the Naval History of Katib Chelebi*, in: *Mappa mundi. Studia in honorem Jaroslavi Dashkevych septuagenario dicata*, New York u. a. 1996, S. 341-426; VICTOR OSTAPCHUK, *The Human Landscape of the Ottoman Black Sea in the Face of the Cossack Naval Raids*, in: *Oriente Moderno* 20 (2001), H. 1, S. 23-95. Auch wenn Ostapchuk und Halenko in ihren Publikationen den Begriff „asymmetrische Kriegshandlungen“ nicht verwendet haben, lassen die darin enthaltenen Analysen über die von den Kosakenverbänden im Schwarzmeerbecken durchgeführten militärischen Operationen im 17. Jahrhundert keinen Zweifel daran, dass sie auf dem Niveau der taktischen Ziele und in ihrer operativen Dimension den tatarischen Raubzügen gegen Gebiete des polnisch-litauischen Staats zum Verwechseln ähnlich waren.

Das dominierende Interesse am zivilen Bereich hat nicht einmal für die Zeit der größten polnisch-osmanischen Kriegsauseinandersetzungen wie in den Jahren 1621 oder 1672 aufgehört, als Verbände von der Krim und aus dem Budschak wichtige Aufgaben erfüllten, indem sie das Heer des Sultans in militärischer und logistischer Hinsicht sowie als Kundschafter unterstützten.<sup>25</sup> Es muss unterstrichen werden, dass die Tataren diese Aufgaben gewöhnlich deshalb so mustergültig erfüllen, weil sie den Fähigkeiten ihrer leichten Reiterei vorzüglich entsprachen und darüber hinaus mit der materiellen Motivation der gewöhnlichen Hordenkrieger korrespondierten, die ja weitgehend ärmeren Stammesverbänden entstammten.

Wenn der tatarische Geschichtsschreiber Haci Mehmed Senai die Kriegszüge gegen die Adelsrepublik aus der Zeit des ersten Chmielnicki-Aufstandes beschreibt, dann verwendet er vielfach solche Formulierungen wie „den Feind jagende“ Hordenverbände.<sup>26</sup> Eine identische rhetorische Figur kann man bei Evliya Celebi finden, der schrieb: „Die Tataren, die sich gewöhnlich den Spaß machten, Feinde zu jagen, überfielen diese Stadt im Morgengrauen und legten Feuer an sie, und als die Leute, plötzlich aus dem Schlaf gerissen, nackt aus ihren Betten aufspringen wollten, wurden sie von ihnen in Gefangenschaft (Jassyr) geführt.“<sup>27</sup> Die Motive der „Jagd“ und des „Einfangens“ sowie der reichen Beute und Eroberungen als Effekt dieser Kriegszüge gegen die Ungläubigen bilden übrigens ein in neuzeitlichen krimtatarischen Quellen häufiges Element.<sup>28</sup> Den Charakter der Beziehungen zwischen den Tatarenverbänden und der die südöstlichen Gebiete der Krone bewohnenden Zivilbevölkerung hat der niederländische Künstler Romeyn de Hooghe in seinem Werk über die Schlacht bei dem Dorf Komarno im Lemberger Land am 9. Oktober 1672 deutlich dargelegt.<sup>29</sup> Abbildung 1 zeigt den dramatischen Augenblick des Angriffs der Panzerreiter des Hetmans Jan Sobieski gegen die Krieger der Horde, welche mit großer Entschlossenheit bemüht sind, den transportierten

---

<sup>25</sup> Vgl. GLIWA, *Kraina upartych niepogód*, S. 233-265, 557-596.

<sup>26</sup> HADŻY MEHMED SENAI, *Historia chana Islam Gereja III*, bearbeitet v. ZYGMUNT ABRAHAMOWICZ, Warszawa 1971, S. 102.

<sup>27</sup> *Księga podróży Ewliji Czelebiego*, bearbeitet v. ZYGMUNT ABRAHAMOWICZ, Warszawa 1969, S. 194.

<sup>28</sup> *Tarih-i Sahib Giray Han* (Historie de Sahib Giray, Khan de Crimée de 1532 à 1551), hg. v. ÖZALP GÖKBILGIN, Ankara 1973, S. 189; OSMAN AKÇOKRAKLI, *Tatarska poema Džan-Muhamedova pro pohid Islam Gireâ spil'no z Bogdanom Hmel'nickim na Pol'šu 1648-49 r.r.*, in: *Shidnĭj Svĭt* 12 (1930), H. 3, S. 167-170, hier S. 167 f.; *Księga podróży Ewliji Czelebiego*, S. 194-199, 201 f., 205, 207 f., 282; SENAI, *Historia*, S. 101.

<sup>29</sup> Muzeum XX. Czartoryskich w Krakowie, R. 7474.



Jassyr zu verteidigen, der das Schlachtfeld übrigens fast völlig ausfüllt und umgibt. Allerdings wurde ein solches asymmetrisches Vorgehen von der Historiografie im Prinzip bisher noch gar nicht wahrgenommen.<sup>30</sup>

Abbildung 1: Romeyn de Hooghe, Schlacht von Komarno 1675 (Fragment)<sup>31</sup>



Eine Folge dieses militärischen Vorgehens war ein ungewöhnlich hoher Grad an Zerstörungen,<sup>32</sup> die sich hauptsächlich auf ländliche Gebiete konzentrierten. Beispielhaft zeigt sich das im Przemyśler Land im westlichen Teil der Wojewodschaft Ruthenien, das von den Stationierungsorten der tatarischen Reiterverbände zwischen 800 und 1.100 Kilometer entfernt war. Die Berichte über das Ausmaß und die Intensität der materiel-

<sup>30</sup> RHOADS MURPHEY, *Ottoman Warfare, 1500–1700*, New Brunswick (New Jersey) 1999, S. 150 f.; VICTOR OSTAPCHUK, *Crimean Tatar Long Range Campaigns. The View from Remmal Khoja's History of Sahib Gery Khan*, in: *Warfare in Eastern Europe 1500–1800*, hg. v. BRIAN J. DAVIES, Leiden / Boston 2012, S. 147–172; A. KADIR VAROGLU / MESUT UDAR, *The Impact of Asymmetric Warfare on the Military Profession and Structure. Lessons Learned from the Ottoman Military*, in: *Armed Forces and Conflict Resolution. Sociological Perspectives*, hg. v. GIORGIO CAFORIO u. a., Bingley 2008, S. 49–60.

<sup>31</sup> Muzeum XX. Czartoryskich w Krakowie, R. 7474 (der Autor dankt der Stiftung XX. Czartoryskich für die Publikationserlaubnis).

<sup>32</sup> GLIWA, *Kraina upartych niepogód*, S. 629–653.



len Schäden sind so eindrucksvoll, dass die Historiker doch wohl stärker auf die oft unterschätzten Raubzüge aufmerksam machen sollten. Die für das Przemyśler Land durchgeführten Untersuchungen haben gezeigt, dass sich dessen wirtschaftliches Potential nach einem guten Dutzend tatarischer Militäroperationen zwischen 1618 und 1699 um etwa 80 Prozent verringert hatte. Insgesamt war es zu 2.480 Angriffen feindlicher Verbände gegen Dörfer und zu 66 Aktionen gegen Städte gekommen. Zu den Kriegszerstörungen kam es auf dem erwähnten Territorium in drei Zeitsequenzen, die die Jahre 1618 bis 1629, 1648 bis 1657 und 1672 bis 1699 umfassten.

Die größten Verluste entstanden bereits in den 1620ern, wobei die Wirtschaft des Przemyśler Landes zu über 40 Prozent verwüstet wurde (Tabelle 1).<sup>33</sup> In diesem Zeitraum wurden 1.095 Angriffe gegen Dörfer registriert, was 44 Prozent aller damals notierten Dörfer ausmachte, sowie 18 Überfälle auf Städte, was etwa 27 Prozent von ihnen betraf. Im Ergebnis der Tatarenexpeditionen in jener Zeit verringerten sich die Ackerflächen um 4.242 Hufen (ungefähr 68.000 Hektar), was etwa 47 Prozent entsprach. Das Przemyśler Landes schied infolge der Kriegshandlungen weitestgehend aus dem Produktionszyklus aus. Bedeutende Zerstörungen, die aber deutlich geringer waren als die in den 1620ern, erlitten die Wirtschaft und die Bevölkerung nach dem gemeinsamen Kriegszug von Tataren und Kosaken gegen Gebiete Rotrutheniens im Herbst 1648, welcher 426 Dörfer und 15 Städte betraf.

Noch größere Verwüstungen hinterließ die während des Krieges mit dem Osmanischen Reich durchgeführte tatarische Operation im Oktober 1672, unter der 867 Dörfer und 32 Städte litten, also über 93 Prozent aller Dörfer und 97 Prozent aller Städte. Das Ausmaß des von den Kosaken unterstützten Tatarenüberfalls von 1648, der Expedition von 1672 und des letzten Überfalls der Budschak-Horde im Jahre 1699 zeigt Tabelle 1.

---

<sup>33</sup> DERS., *Dwa najazdy tatarskie na Ruś Czerwoną podczas wojny Rzeczypospolitej z Imperium Osmańskim w 1621 r. Zniszczenia i straty demograficzne na obszarze ziemi przemyskiej*, in: *Rocznik Przemyski* 48 (2012), H. 1: Historia, S. 3-58; DERS., *Najazd tatarski na ziemię przemyską w 1624 r.*, in: *Rocznik Przemyski* 41 (2005), H. 1: Historia, S. 27-80; DERS., *Zimowy najazd Tatarów krymskich na Rzeczpospolitą w 1626 r. i jego skutki na terenie ziemi przemyskiej*, in: *Rocznik Przemyski* 42 (2006), H. 1: Historia, S. 3-58; DERS., *Jesienny najazd Tatarów krymskich i budżackich na Rzeczpospolitą w 1629 r. i jego skutki na terenie ziemi przemyskiej*, in: *Rocznik Przemyski* 43 (2007), H. 1: Historia, S. 105-155.

Tabelle 1: Zahl der überfallenen Dörfer und verwüsteten Bauernhufen infolge tatarischer Einfälle im Przemyśler Land im 17. Jahrhundert<sup>34</sup>

Nr.	Jahr des Einfalls	Zahl der überfallenen Dörfer	% der überfallenen Dörfer	Zahl der zerstörten Hufen	% der zerstörten Hufen
1	1620	89	3,6	503	6,8
2	1621	192	7,7	630	8,5
3	1623	36	1,4	25	0,3
4	1624	403	16,2	1500	20,4
5	1626	238	9,6	1236	16,8
6	1629	137	5,5	347	4,7
7	1648	426	17,2	2171	29,5
8	1672	867	35	955	13
9	1699	92	3,7	Keine Daten	
Insgesamt im 17. Jahrhundert		2480	100	7367	100

Das bereits weiter oben erwähnte Material, das auf der Basis sogenannter Massenquellen vorbereitet wurde und die Reichweite der tatarischen Militäroperationen in den 1620er Jahren präsentiert (Tabelle 2), zeigt in dynamischer Erfassung die Skala und die Intensität der Auswirkungen tatarischer Hordenangriffe gegen Gebiete der Krone.

Die Tabelle 2 zeigt auch ein von den Historikern bisher völlig übersehenes Phänomen, das mit den Aktivitäten der Tataren in Ruthenien im Zusammenhang steht. Es handelt sich dabei um die Verschiebung der Zonen mit den jeweils größten Zerstörungen. Die Ursachen dafür lagen im Charakter des tatarischen Vorgehens, das eine sequenzielle, vorher geplante und methodisch realisierte Verwüstung und Plünderung einzelner Gebiete der Adelsrepublik durch aufeinanderfolgende Militäroperationen vorsah. In den 1620ern wurde das Przemyśler Land von acht Tatarenüberfällen heimgesucht, von denen sechs seinen Zentralteil erreichten, während die weiteren dann schrittweise fast sein gesamtes Gebiet erfassten. Im Ergebnis dieser im Voraus geplanten Strategie verschoben sich die Zonen mit den größten Zerstörungen ständig von Südosten nach Nordwesten und erreichten 1624 einen Höhepunkt, um sich dann Mitte der 1620er wieder in Ausgangsrichtung zurückzuziehen.

<sup>34</sup> Die Tabellen 1-3 wurden anhand folgender Karten erstellt: GLIWA, *Kraina upartych niepogód*, S. 150, Abb. 5; S. 195, Abb. 8; S. 202, Abb. 9.

Tabelle 2: Zahl der zerstörten Hintersassen- und Einliegerhöfe sowie der Handwerkerbetriebe im Przemyśler Land im 17. Jahrhundert

Nr.	Jahr des Einfalls	Zahl der zerstörten Hintersassenhöfe	% der zerstörten Hintersassenhöfe	Zahl der zerstörten Einliegerhöfe	% der zerstörten Einliegerhöfe	Zahl der zerstörten Handwerkerbetriebe	% der zerstörten Handwerkerbetriebe
1.	1620	138	4,3	81	2,9	25	6,3
2	1621	155	4,9	140	5,0	6	1,5
3	1623	2	0,1	14	0,5	1	0,2
4	1624	947	29,8	854	30,6	169	42,5
5	1626	377	11,8	296	10,6	31	7,8
6	1629	97	3,0	81	2,9	12	3
7	1648	685	21,5	534	19,2	52	13,1
8	1672	782	24,6	787	28,2	102	25,6
Insgesamt im 17. Jh.		3183	100	2787	100	398	100

Tabelle 3: Zahl der zerstörten Mühlen und Schänken infolge tatarischer Einfälle im Przemyśler Land im 17. Jahrhundert

Nr.	Jahr des Einfalls	Zahl der zerstörten Mühlen	% der zerstörten Mühlen	Zahl der zerstörten Schänken	% der zerstörten Schänken
1.	1620	23	3,3	27	3,7
2	1621	45	6,5	45	6,2
3	1623	0	0	3	0,4
4	1624	117	16,9	126	17,3
5	1626	91	13,2	96	13,2
6	1629	28	4,1	34	4,7
7	1648	127	18,4	170	23,4
8	1672	246	35,6	213	29,2
9	1699	14	2	14	1,9
Insgesamt im 17. Jh.		691	100	728	100

Eine detaillierte Raumanalyse der Zerstörungen beweist, dass die Angriffe tatarischer Horden sich auf einen Streifen von Jarosław über Przemyśl bis nach Sambor konzentrierten – und damit ganz bewusst auf das Gebiet mit

der dichtesten Siedlungsdichte, die hier etwa 40 Personen pro Quadrat-kilometer betrug und das größte wirtschaftliche Potential aufwies. Tabelle 3 stellt die Reichweite aller tatarischen Raubzüge dar, die zwischen 1620 und 1699 das Przemyśler Land erreichten.

Das umfangreiche statistische Material in Form von Juramenten, Gerichtsmanifesten, Lustrationen königlicher Domänen und Revisionen von Landgütern ermöglicht detailliertere Untersuchungen der Effektivität der Krim- und der Budschak-Horden auf dem Territorium der Adelsrepublik. Die Analyse umfasste die Tatarenzüge von 1620, 1621 (zwei Überfälle), 1624, 1626, 1648, 1672 und 1699, für die ziemlich komplette Angaben über die Fläche der verwüsteten Bauernhöfe und die Zahl der zerstörten Objekte wie Mühlen und Schänken erhalten sind.

Tabelle 4: Durchschnittliche Zerstörungen in Polen durch Tataren (pro überfallenem Dorf)<sup>35</sup>

	1620	1621	1624	1626	1629	1648	1672	1699
Ackerfläche in Hufen	5,6	3,3	3,7	5,2	2,5	3		
Mühlen	0,23	0,23	0,27	0,38	0,2	0,29	0,28	0,15
Schänken	0,3	0,23	0,31	0,4	0,24	0,4	0,24	0,15

Im Verlauf der sechs Expeditionen zerstörten die Tataren Bauernwirtschaften mit einer mittleren Fläche von 3,9 Hufen (über 62 Hektar) in jedem von ihnen überfallenen Dorf. Das war ein außerordentlich hoher Zerstörungsgrad, gar nicht zu vergleichen mit den Folgen der schwedischen Kriegshandlungen während der sogenannten „Sintflut“ 1656, als die sich innerhalb der Grenzen des Przemyśler Landes aufhaltenden skandinavischen Verbände 21 Tage lang in 46 Dörfern Bauernhöfe mit einer Gesamtfläche von 7 Hufen verwüsteten, was im Durchschnitt 0,1 Hufen auf jedes zerstörte Dorf ergibt. Die aus Russen und Kosaken bestehenden Heere, die im Herbst 1655 das Przemyśler Land durchzogen und dabei in 46 Dörfern 11 3/8 Hufen Bauernland verwüsteten, was im Durchschnitt 0,2 Hufen ausmacht, waren nur wenig „effizienter“. Über welche hohen Destruktionsfähigkeiten die Tatarenverbände verfügten und wie effektiv sie bei der Durchführung ihrer terroristischen Raubzüge vorgingen, zeigt auch ein Vergleich zwischen ihnen und dem transilvanisch-kosakischen Überfall 1657. Diese Formationen, die sich vom 30.

<sup>35</sup> DERS., *Kraina upartych niepogód*, S. 642 f.

Januar bis zum 16. März innerhalb der Grenzen des Przemysler Landes aufhielten, verwüsteten damals 331 Dörfer mit Bauernwirtschaften mit einer Fläche von 1068 Hufen, also durchschnittlich 3,2 Hufen pro Dorf.<sup>36</sup>

Sehr ähnlich gestalteten sich die Parameter in Bezug auf die durchschnittlichen Zerstörungen in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, vor allem im Hinblick auf Mühlen und Schänken. Wenn man berücksichtigt, dass es sie längst nicht in jedem Dorf gab, dann müssen die Schäden als sehr hoch angesehen werden. Die vorhandenen Statistiken zeigen erstens, über welch ein hohes Zerstörungspotential die tatarischen Reiterabteilungen verfügten, und zweitens, dass der entscheidende Faktor dafür asymmetrische Strategien waren.

Die Auswirkungen der Tatarenüberfälle auf die Wirtschaft waren in allgemeinen Zügen schon ein halbes Jahrhundert früher dank der Forschungen von Maurycy Horn und seiner bahnbrechenden Arbeit über die Kriegszerstörungen in Rotruthenien in den Jahren 1605 bis 1633 bekannt.<sup>37</sup> Aber erst detailliertere Arbeiten zu dieser Frage im Maßstab einer Region, unter Verwendung der kartographischen Methode, und vor allem die Erfassung der durch Tatarenüberfälle verursachten Kriegszerstörungen im Vergleich mit den Folgen aller anderen feindlichen Operationen in diesem Gebiet in längerer chronologischer Perspektive, haben die volle Intensität dieses Phänomens aufgezeigt. Selbst wenn die hier vorgestellten Ergebnisse nur eine Region betreffen, können sie – wie es scheint, in hohem Maße – auf andere rot ruthenische Regionen sowie die Wojewodschaften Belz, Wolhynien und vermutlich auch Podolien und Brazław übertragen werden, und damit auf die meisten ruthenischen Gebiete der Adelsrepublik.

Obwohl sich die Forschungen über die Kriegszerstörungen in den südöstlichen Gebieten des polnisch-litauischen Staats immer noch im Anfangsstadium befinden, bestätigen erste Resultate doch, welch eindeutig negativen Einfluss die tatarische Nachbarschaft auf dieses Gebiet ausgeübt hat.<sup>38</sup> Das außerordentlich hohe Potential der Tatarenüberfälle erwies sich

---

<sup>36</sup> DERS., *Działania militarne na obszarze Rusi Czerwonej podczas inwazji wojsk siedmiogrodzko-kozackich w 1657 r. Zniszczenia i straty materialne na terenie ziemi przemyskiej*, in: *Rocznik Przemyski* 46 (2010), H. 1: Historia, S. 9-93.

<sup>37</sup> MAURCY HORN, *Skutki ekonomiczne najazdów tatarskich z lat 1605–1633 na Ruś Czerwoną*, Wrocław u. a. 1964, S. 21-61, 95-166.

<sup>38</sup> JÓZEF RYSZARD SZAFLIK, *Wieś lubelska w połowie XVII wieku. Problem zniszczeń wojennych i odbudowy*, Lublin 1963, S. 114-136, 147-151; VASIL' OLEKSIIJOVIČ PIRKO, *Galic'ke selo naprikinci XVII – v peršij polovini XVIII st. (istoriko-ekonomičnij naris za materialami Peremišl's'koj zemli)*, Donec'k 2006, S. 53-153; OLEH BOGDANOVIČ ĀARO-

als wichtigster die Wirtschaft dieser Regionen im 17. Jahrhundert degradierender Faktor. Unabhängig davon kann auf der Grundlage der statistischen Angaben festgestellt werden, dass sich die militärischen Systeme der Krim- und der Budschak-Horde hinsichtlich ihrer Operationsfähigkeit und ihrer Effektivität im Prinzip nicht voneinander unterschieden. Wie es scheint, bestand eine der Hauptursachen dafür, neben der gemeinsamen mongolisch-tatarischen Herkunft ihrer militärischen Traditionen, im vergleichbaren Motivationsniveau der Hordenkrieger, das aus konkreten existentiellen Lebensbedürfnissen und in etwas geringerem Grade auch aus ihren gemeinsamen ideologisch-religiösen Werten resultierte. Außer ernstlichen Zerstörungen der wirtschaftlichen Infrastruktur und der Bausubstanz waren ganz beträchtliche demographische Verluste die wichtigste Folge der tatarischen Raubzüge.

Die in die Gebiete ihrer nördlichen Nachbarn vordringenden Reiter waren hauptsächlich auf die ökonomische Ausplünderung eingestellt, was nicht nur durch den Raub von Besitztümern und Zuchttieren seinen Ausdruck fand, sondern vor allem in dem Willen und in der Entschlossenheit, „Jassyr“ zu nehmen, also Gefangene zu machen (in osmano-türkischer Sprache bedeutet *esir* – Sklave). Die so definierten Prioritäten waren gleichbedeutend mit intensiven Menschenjagden im größten Maßstab – all dies im Rahmen der strikt definierten Praktiken des tatarischen Militärwesens.<sup>39</sup> Die Attraktivität derartiger Handlungen war vor allem von der enormen Aufnahmefähigkeit der osmanischen Märkte und dem großen Bedarf an Sklaven bestimmt, sodass sie sehr einträglich waren und durchaus als eine Art Geschäftstätigkeit bezeichnet werden konnten.<sup>40</sup>

---

ŠINSKIJ, Volin' u roki ukraïnskoï nacional'noï revoliucii seredini XVII st., Kiïv 2005, S. 210-249; IRINA VORONČUK, Naselennâ Volinî v XVI – peršij polovini XVII st.: Rodina, domogospodarstvo, demografičnî činniki, Kiïv 2012, S. 356-417, 577-613; DIES., Demografičnî naslidki tatars'kogo napadu 1617 roku na Krasnokorec'ku volost' Volinî, in: Ośâgnennâ istoriï. Zbornik prac na pošanu profesora Mikoli Pavloviča Koval'skogo z nagodi 70-riččâ, Ostrog-N'û Jork 1999, S. 229-239.

<sup>39</sup> LESLIE J. D. COLLINS, The Military Organization and Tactics of the Crimean Tatars, 16<sup>th</sup>-17<sup>th</sup> Centuries, in: War, Technology and Society in the Middle East, hg. v. VERNON J. PARRY / MALCOLM EDWARD YAPP, London u. a. 1975, S. 258-276; S. A. IŠENKO, Vojna i voennoe Delo u krymskikh tatar XVI-XVIII vv., in: Severnoe Pričernomor'e i Povol'že vo vzaimootnošeniâh Vostoka i Zapada v XII-XVI vekah, hg. v. G. A. FEDOROV, Rostov-na-Donu 1989, S. 136-145.

<sup>40</sup> Vgl. HALIL İNALCIK, Servile Labor in the Ottoman Empire, in: The Mutual Effects of the Islamic and Judeo-Christian Worlds: The East European Pattern, hg. v. ABRAHAM ASCHER u. a., New York 1979, S. 26-52; DARIUSZ KOŁODZIEJCZYK, Slave Hunting and Slave Redemption as a Business Enterprise: The Northern Black Sea Region in the Six-

Auch die lebendigen Traditionen des im Spätmittelalter von genuesischen Kaufleuten, die die Hafenstädte der Krimhalbinsel bewohnten, betriebenen Sklavenhandels begünstigten das Vorgehen.<sup>41</sup> Vom Standpunkt der Aggressoren aus verband sich die Teilnahme an solchen Raubzügen immer mit der Perspektive einer beträchtlichen und schnellen materiellen Bereicherung. Und da die männliche tatarische Jugend sehr zahlreich war, keiner festen Beschäftigung nachging und auch über keine anderen Verdienstmöglichkeiten verfügte, war das ein außerordentlich wichtiger Umstand.<sup>42</sup>

Die bisherigen Forschungen zur in die Sklaverei entführten Bevölkerung lieferten keine Antwort auf die Frage nach der tatsächlichen Dimension dieses Phänomens. Wie der amerikanische Forscher Alan W. Fisher vor über vier Jahrzehnten feststellte, werden wir dessen Ausmaße nie präzise bestimmen können, weil es dazu an den entsprechenden Dokumenten mangelt.<sup>43</sup> Trotzdem ermöglichen vor allem serielle Quellen zumindest im Falle größerer Tatarenraubzüge Untersuchungen über die Skala des Menschenraubs.

Für das Przemyśler Land sind genaue Zahlenangaben für den tatarisch-kosakischen Überfall 1648 bekannt, als diese Verbände mindestens 8.794 Personen entführten, und für den letzten Raubzug der Budschak-Horde 1699, also bereits nach Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der Hohen Pforte in Karlowitz, bei dem mindestens 6.567 Personen entführt

---

teenth to Seventeenth Centuries, in: *Oriente Moderno* 25 (2006), H. 1, S. 149-159; MARIA IVANICS, Enslavement, Slave Labour and Treatment of Captives in the Crimean Khanate, in: *Ransom Slavery along the Ottoman Borders (Early Fifteenth-Early Eighteenth Centuries)*, hg. v. GÉZA DAVID / PÁL FODOR, Leiden 2007, S. 193-220, hier S. 201 f.; ANDRZEJ DZIUBIŃSKI, *Na szlakach Orientu*, Wrocław 1997, S. 203 f., 206-210.

<sup>41</sup> MARIAN MAŁOWIST, *Kaffa – kolonia genueńska na Krymie i problem wschodni w latach 1453–1475*, Warszawa 1947, S. 318; CHARLES VERLINDEN, *Medieval Slavers*, in: *Economy, Society and Government in Medieval Italy*, hg. v. DAVID HERLIHY u. a., Kent 1969, S. 1-4; vgl. auch DANUTA QUIRINI-POPLAWSKA, *Włoski handel czarnomorskimi niewolnikami w późnym średniowieczu*, Kraków 2002, S. 144-271.

<sup>42</sup> Ähnliche sozio-demographische und materielle Bedingungen für Korsarenunternehmen im Mittelmeer im 17. Jahrhundert erblickte in den Ländern des osmanischen Maghreb auch COLIN HEYWOOD, A „Forgotten Frontier“? Algiers and the Ottoman Maritime Frontier from the French Bombardment (1682) to the Algiers Earthquake (1716), in: *Revue d'Histoire Maghrébine* 31 (2004), H. 114, S. 35-50, hier S. 42 f.

<sup>43</sup> ALAN W. FISHER, *Muscovy and the Black Sea Slave Trade*, in: *Canadian-American Slavic Studies* 6 (1972), H. 4, S. 575-594, hier S. 582; vgl. ĀROSLAV DAŠKEVIČ, *Āsyr z Ukraїni (XV–perša polovina XVII st.) āk īstoriko-demografīčna problema*, in: *Ukraїniskij Arheografičnij Šoričnik*, Nova seriā, <sup>2</sup>Kiїв 1993, S. 40-47, hier S. 44.

wurden.<sup>44</sup> Die tatsächliche Zahl der Gefangenen aus dem Przemyśler Land muss auf etwa 13.000 geschätzt werden, denn für einen großen Teil der überfallenen Dörfer gibt es überhaupt keine Angaben.

Die Beute der damals in Rotruthenien, Wolhynien und Podolien operierenden Hordenverbände und der sie unterstützenden Kosaken gehörte zu den höchsten in der Geschichte der Tatarenkriege gegen die Adelsrepublik, und die Gesamtzahl des von den Tataren in den Ländern der Krone genommenen *Jassy* kann auf mehrere Zehntausend und sogar bis zu 100.000 geschätzt werden. Auf indirekte Weise bestätigen das übereinstimmend auch tatarische, kosakische und polnische Quellen, darunter die der Fiskal- und Steuerbehörden.<sup>45</sup> Im Lichte der durchgeführten Untersuchungen wurde eine spürbare Entvölkerung des Przemyśler Landes auch von den Tatarenoperationen in den Jahren 1620 bis 1672 verursacht, in deren Ergebnis mindestens 4.000 Personen in Gefangenschaft gerieten – wobei betont werden muss, dass dies alles andere als komplette Angaben sind.<sup>46</sup> Zusammenfassend entführten und versklavten die Tatarenverbände im 17. Jahrhundert allein im Przemyśler Land mindestens 20.000 Personen.

Die in den letzten Jahren von der ukrainischen Historikerin Irina Woronczuk durchgeführten Untersuchungen bestätigten die große Dimension der Bevölkerungsverluste.<sup>47</sup> Aufgrund der erhaltenen Landinventarverzeichnisse konnte sie feststellen, dass allein 1578 bis 1621 mindestens

---

<sup>44</sup> ANDRZEJ GLIWA, *The Tatar-Cossack Invasion of 1648. Military Actions, Material Destruction and Demographic Losses in the Land of Przemyśl*, in: *Acta Poloniae Historica* 54, 105 (2012), S. 85-120, hier S. 118; DERS., *Ostatni napad tatarski na ziemię przemyską w 1699 r.*, in: *Studia Historyczne* 43 (2000), H. 4, S. 569-591, hier S. 582 ff.

<sup>45</sup> OSMAN AKČOKRAKLI, *Tatarska poema Džan-Muhamedova*, S. 168; SENAI, *Historia*, S. 116; *Litopis Samovidca*, hg. v. ĀROSLAV ĪVANOVIČ DZIRA, Kijv 1971, S. 54; CDIAUL, CP, fond 13, op. 1, spr. 1069, S. 356-1096; spr. 1070, S. 351-614; spr. 1071, S. 1-392; spr. 1075, S. 29-43.

<sup>46</sup> Ebd., spr. 339, S. 79 f., 92 f., 103 ff., 173 f., 191 f., 314 ff., 731 f., Archiwum Główne Akt Dawnych w Warszawie (hiernach: AGAD), Archiwum Skarbu Koronnego, Abt. 46, Nr. 23, k. 49v-70; CDIAUL, CP, fond 13, op. 1, spr. 340, S. 73-108, 157-208, 240-261, 309-332, 437-456, 481-504, 687 f., 731 f., 741 f., 778 f.; spr. 1072, S. 39 f.; spr. 339, S. 1632, 1646; Archiwum Państwowe w Lublinie (hiernach: APL), Archiwum Ordynacji Zamoyskich (hiernach: AOZ), 103, S. 1-32; CDIAUL, CP, fond 13, op. 1, spr. 1072, S. 1-163, 193-262, 516-566; spr. 1070, S. 615-630; spr. 1071, S. 128 f.; spr. 1075, S. 1425-1548; *Lvivska Naukova Biblioteka Nacjonalnoĭ Akademii Nauk Ukraĭni, Okremi Nadhodženā*, fond 9, op. 1, spr. 247, S. 187-263, CDIAUL, CP, fond 13, op. 1, spr. 1069, S. 119-124, 529 f., 548 f., 581 f., 586 f., 629, 683; spr. 1078, S. 819-1260.

<sup>47</sup> VORONČUK, *Naseleonnā Volinā*, S. 387-417.



31.621 Personen aus Wolhynien von Tatarenverbänden entführt wurden.<sup>48</sup> Diese Zahl stellt keineswegs eine vollständige Bilanz dar, weil sie weder alle in diesem Zeitraum geschehenen Überfälle noch das gesamte Territorium der Wojewodschaft umfasst. Dennoch bestätigen diese Untersuchungen, dass der von den Tataren permanent praktizierte Menschenraub großer Bevölkerungsgruppen und die daraus resultierende Entvölkerung Wolhyniens einen beträchtlichen Einfluss auf die wirtschaftliche Situation dieses Teils der Adelsrepublik ausgeübt haben.

Die enormen demographischen Verluste hatten allerdings eine größere territoriale Reichweite, denn sie umfassten einen beträchtlichen Teil der Adelsrepublik. Was für eine traumatische und schmerzliche Erfahrung die Tatarenüberfälle für die Bevölkerung der ruthenischen Gebiete darstellten, illustriert der Fall einer Bauernfamilie aus dem Dorf Piniany bei Sambor im Przemyśler Land. Wie die damals schon im fortgeschrittenen Alter stehende Fedia, die Gattin des Popen von Piniany, am 24. März 1626 vor dem Gericht des Samborer Krongutes aussagte, entführten im Juni 1624 Krieger der Horde Andrzej Drozd und anderthalb Jahre später im Februar 1626 auch seine kleine Tochter, brannten seine Hütte nieder und raubten außerdem zwei Kühe und zwei Färsen.<sup>49</sup> Ähnliche Fälle dauernder Trennung und oft auch der Entführung ganzer Bauernfamilien in die Sklaverei oder auch eines zeitlich versetzten *Jassy* auf dem Niveau der Kernfamilie muss es unter den damaligen Bedingungen viel mehr gegeben haben.

Die erhaltenen Quellen erlauben in gewissem Umfang eine vergleichende Analyse über die „Effektivität“ der Tatarenhorden anhand des versklavten *Jassy*. In dieser Hinsicht können nur der Raubzug der Krim-Horde im Herbst 1648 und der letzte Nomadenüberfall aus dem Budschak in gewissem Umfang miteinander verglichen werden, da für diese eine ausführlichere Dokumentation über die demographischen Verluste erhalten ist.<sup>50</sup> Während des Überfalls auf Rotruthenien im Herbst 1648, als auf dem Territorium des Przemyśler Landes 426 Dörfer angegriffen

<sup>48</sup> Ebd., S. 607 f., 609 f., 611 ff.

<sup>49</sup> Naukowa Biblioteka Lwiv'skogo Nacional'nogo Universitetu im. Ivana Franka, spr. 518/III, Liber inscriptionum, contractus, resignationis, tam intra quam extra conventum celebrationem, id que inter colonos samboriensis [...], 1614–1632, k. 407.

<sup>50</sup> CDIAUL, CP, fond 13, op. 1, spr. 1069, S. 356–1096; spr. 1070, S. 351–614; spr. 1071, S. 1–392; spr. 1075, S. 29–43; spr. 1071, Rewizya partyey zadniestrskiey po spustoszeniu tatarskim [...], S. 399–452; ebd., Castrensia Żydaczowiensia, fond 7, op. 1, spr. 80, S. 1255–1257, 1497–1498; Biblioteka Narodowa w Warszawie, Ms. 9085 III, S. 138; Biblioteka Uniwersytetu Warszawskiego, Ms. 76, k. 25–25v.

wurden, gelang es den Krimtataren, mindestens 8.794 Menschen zu versklaven, was einen Durchschnitt von 20,6 Personen für jedes überfallene Dorf ergibt. Die auf eine Dorfeinheit entfallende tatsächliche Durchschnittszahl der in *Jassy* genommenen Personen lag damals mit Sicherheit viel höher, denn in einer beträchtlichen Zahl von Fällen wurden überhaupt keine Angaben über die Anzahl der Gefangenen gemacht.

Zum Vergleich lohnt es, eine Statistik der demographischen Verluste während des letzten großen Tatarenüberfalls anzuführen, der im Februar 1699 stattfand. Im Verlauf dieses Raubzuges entführten die Tatarenverbände von Nureddin Gaza Giray allein aus dem südöstlichen Teil des Przemyśler Landes 6.567 Personen aus 92 Dörfern, was einen Durchschnitt von 71,3 Personen pro Siedlung ergibt. Eine nur etwas größere „Ernte“, nämlich durchschnittlich 85,9 Personen pro Dorf, erreichten die Hordenverbände des Kalgaj Devlet Giray im Februar 1617, als sie die Wojewodschaft Wolhynien plünderten.<sup>51</sup> Diese Zahl resultiert jedoch aus der nur wenig repräsentativen Menge der 47 zu den Krasnokorecki-Gütern gehörenden Dörfer. Ein ähnlich hoher Durchschnitt, nämlich 76 entführte Personen für jedes überfallene Dorf, wurde von mir für das Territorium der Zamechski-Güter während des Überfalls von Budschak-Tataren im Juni 1623 errechnet, als insgesamt 1.065 Bauern entführt wurden.<sup>52</sup> Dieser Indikator umfasst allerdings nicht die 74 Personen, die bei Tatarenangriffen gegen diesen Teil des Familienfideikommiss von Tomasz Zamoyski ermordet wurden.

So hohe Zahlenangaben über Entführte waren selbstverständlich kein allgemeines und für alle Tatarenexpeditionen typisches Phänomen. Während des Überfalls der Krimtataren im Jahre 1618 auf den Landkreis Krzemieniec wurden 2.008 Menschen aus 54 Dörfern entführt, und damit durchschnittlich 37,1 Personen pro Siedlung.<sup>53</sup> Vor diesem Hintergrund muss die Durchschnittszahl der Gefangenen von kaum vier Personen pro Dorf ungewöhnlich niedrig erscheinen, die die Tataren während des Überfalls im Juni 1624 aus dem Przemyśler Land entführen konnten, worauf die für die polnischen Kräfte siegreiche Schlacht bei Martynów und die Befreiung des mehrere Dutzend Gefangene zählenden *Jassy* wohl den größten Einfluss hatte.<sup>54</sup>

<sup>51</sup> VORONČUK, Naeleonnâ Volinî, S. 609 f., Tafel VII.5.

<sup>52</sup> APL, AOZ, 91, Inquisitia o spustoszonych trzech włościach: ludzi y koni przez Tary zabranych uczyniona a die 19 ad diem 28 July [1624], S. 1-32.

<sup>53</sup> VORONČUK, Naeleonnâ Volinî, S. 611 f., Tafel VII.6.

<sup>54</sup> GLIWA, Kraina upartych niepogód, S. 304.

Auch wenn wir nur über ein in territorialer und chronologischer Hinsicht beschränktes Material über das Ausmaß und die Intensität demographischer Verluste in den südöstlichen Gebieten des Adelsrepublik in der Neuzeit verfügen, können wir dennoch einige allgemeine Schlussfolgerungen ziehen, die dieses Problem betreffen: Es scheint, dass in der Zeit vom Ende des 15. bis zum ausgehenden 17. Jahrhundert aus dem Territorium des Königreiches Polen und des Großfürstentums Litauen und später der Adelsrepublik ungefähr eine bis 1,2 Millionen Menschen entführt werden konnten.<sup>55</sup> Pro Jahr ergibt das etwa 5.000 in tatarische Gefangenschaft geratene Personen, was in Anbetracht der vielen Operationen und der organisatorischen und logistischen Möglichkeiten der Tatarenhorden keineswegs eine allzu hoch angesetzte Zahl ist. Solche Schätzungen korrespondieren mit den Untersuchungen des türkischen Historikers Halil İnalcık, der feststellte, dass im 16. Jahrhundert jährlich etwa 10.000 Sklaven die Zollstationen in der Schwarzmeerregion passierten, die in ihrer Mehrheit aus Polen und Litauen sowie aus dem Großfürstentum Moskau stammten.<sup>56</sup>

Noch überraschender erweist sich ein Vergleich der Gesamtzahl der in dieser Zeit in *Jassy* genommenen Bevölkerung aus dem polnisch-litauischen und dem Moskauer Staat mit dem transatlantischen Sklavenhandel aus Afrika. Es stellt sich nämlich heraus, dass die Zahl der tatarischen Gefangenen aus diesen Staaten, ungefähr zwei Millionen Menschen, vermutlich die Zahl der nach Nord- und Südamerika verschifften schwarzafrikanischen Sklaven übertraf, welche gegenwärtig auf 1,8 Millionen geschätzt wird.<sup>57</sup> In einer solchen Perspektive erst werden die Dimensionen, die Bedeutung und die Wucht der militärisch-wirtschaftlichen Aktivitäten der Tataren erkennbar, die diese seit dem ausgehenden Mittelalter bis zum Ende des 17. Jahrhunderts in weiten Gebieten Ostmitteleuropas unternahmen.

Ihr Vorgehen im Grenzgebiet zwischen dem Osmanischen Reich und der Adelsrepublik war durch fundamentale Disproportionen und Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung auf beiden Seiten des Großen Kordons bedingt: Auf der einen Seite gab es relativ wohlhabende christliche Gemeinschaften, die in ihrer überwiegenden Mehrheit ein sesshaftes

---

<sup>55</sup> Vgl. KOŁODZIEJCZYK, *Slave Hunting*, S. 151.

<sup>56</sup> HALIL İNALCIK, *An Economic and Social History of the Ottoman Empire*, Bd. 1: 1300–1600, Cambridge 1994, S. 285.

<sup>57</sup> PHILIP D. CURTIN, *The Atlantic Slave Trade. A Census*, Madison 1969, S. 268; vgl. KOŁODZIEJCZYK, *Slave Hunting*, S. 152; BREHUNENKO, Kozaki, S. 80, 397.

Leben führten und sich hauptsächlich von ihrer Arbeit in der Landwirtschaft ernährten, während wir es auf der anderen Seite mit einer armen nomadischen oder halbnomadischen Bevölkerung zu tun hatten, die entweder Hirten oder auch Viehzüchter waren und nur in geringem Maße, hauptsächlich auf der Krim, Landwirtschaft und Obstbau betrieben.<sup>58</sup>

Diese Disproportionen in der Entwicklung vertieften sich in den ersten beiden Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts noch, als in das Gebiet von Budschak zwischen dem unteren Dnjestr und dem Dnjepr normadische Stämme der Nogai-Tataren eindringen, deren Entwicklungsstand und Einkommensniveau noch unter dem der Krimtataren lag, die aber gleichzeitig stark militarisiert und kriegslustig waren. Angefangen von der zweiten Dekade bis zum Ausgang der 1620er Jahre wurde die Budschak-Horde zur größten Gefahr für die in Rotruthenien, das zu diesem Zeitpunkt noch zu den wohlhabendsten und am dichtesten bevölkerten Gebieten der damaligen Adelsrepublik gehörte, lebende polnische und ruthenische Bevölkerung. Die erwähnte Asymmetrie und die Ungleichmäßigkeit der sozio-ökonomischen Systeme im Grenzgebiet war ein Faktor, der die Konflikte zwischen der sesshaften Bevölkerung und den Nomaden dynamisierte, die in den 1620ern zusätzlich von Kosakenraubzügen im Schwarzmeerbecken überlagert wurden, was Vergeltungsangriffe der Nogaier als Untertanen der Hohen Pforte auslösen musste.<sup>59</sup>

Mit den Aktivitäten der Budschak-Horde (und in etwas geringerem Maße auch mit denen der Krimtataren) in verschiedenen Gebieten der Adelsrepublik ist noch ein interessantes Phänomen verbunden, das bisher nicht Gegenstand der Betrachtungen von Historikern war: Die tatarischen Raubexpeditionen stellten einige Jahrhunderte lang nicht nur ein wesentliches Element in der Struktur der wirtschaftlichen Einkünfte des Krim-Khanats und der nomadischen Nogaier-Gemeinschaften sowie ein vorzügliches Instrument zur ökonomisch-demographischen Ausbeutung der ruthenischen Gebiete der Adelsrepublik dar, sondern erfüllten zudem eine wichtige Kommunikationsfunktion. Diese beruhte, stark vereinfacht formuliert, auf der Vermittlung bestimmter „Kommunikate“ mittels massenhafter Gewalt, die allgemein Angst auslöste.

---

<sup>58</sup> ALAN W. FISHER, *The Crimean Tatars*, Stanford (Ca.) 1978, S. 26 ff.; MICHAEL KHODARKOVSKY, *Russia's Steppe Frontier. The Making of a Colonial Empire, 1500–1800*, Bloomington 2002, S. 12; vgl. PETER B. GOLDEN, *Aspects of the Nomadic Factor in the Economic Development of Kievan Rus'*, in: *Ukrainian Economic History. Interpretive Essays*, hg. v. IWAN. S. KOROPECKYJ, Edmonton 1991, S. 79 ff.

<sup>59</sup> Vgl. OSTAPCHUK, *The Human Landscape*.

Zum ersten Mal kam dieser ungewöhnliche Typ der Kommunikation nach dem misslungenen Kriegszug des Königs Johann Albrecht nach Moldawien im Herbst 1497 zur Anwendung. 1497 bis 1503 organisierte die osmanisch-tatarische Seite mehrere große militärische Vergeltungsoperationen, wobei sie sogar die Weichsel erreichten. In den 1620ern führten die Tataren der Krim- und der Budschak-Horde eine ganze Reihe von Raubexpeditionen durch, und zwar als Vergeltung für die Kosakenüberfälle auf die osmanische Schwarzmeerküste, mit denen die polnischen Herrscher eine effektive Lösung des Kosakenproblems erreichen wollten.

An dieser Stelle muss eine Botschaft des Nogaierführers Kantemir Mirza vom 10. Juni 1624 erwähnt werden, die er in der Anfangsphase eines der größten Tatarenüberfälle im 17. Jahrhundert an König Sigismund III. richtete. In diesem Schreiben warf der Belgoroder Beylerbey dem König vor, er würde die Bedingungen des zwischen dem Osmanischen Reich und der Adelsrepublik bei Chotyń geschlossenen Friedens nicht einhalten; vor allem aber sei er nicht imstande, den Kosakenüberfällen gegen die am Schwarzen Meer gelegenen osmanischen Städte Einhalt zu gebieten.<sup>60</sup> Kantemirs Erklärung zufolge stelle die Operation tatarischer Verbände gegen Rotruthenien daher lediglich einen Vergeltungsakt für die Expeditionen der Saporoger gegen osmanische Besitztümer dar und diene gleichzeitig als Warnung für die polnischen Herrscher. Ähnliche Tatarenüberfälle, die bestimmte politische Kommunikate generierten, fanden unter anderem 1648 statt und hatten damals das Ziel, die polnischen Herrscher zum Bezahlen noch fälliger „Geschenke“ oder wie 1672 zur Unterzeichnung eines Friedensvertrages unter für die Türken günstigen Bedingungen zu zwingen.<sup>61</sup>

In der bisherigen Historiographie dominierte ein Ansatz, der durchaus als reduktionistisch bezeichnet werden kann, weil er sich auf den rein ökonomischen und demographischen Bereich der tatarischen Reiterüberfälle konzentrierte. Dagegen scheint es, dass die langandauernde Bedrohung durch Raubzüge tatarischer Horden und deren katastrophale wirtschaftliche Auswirkungen nicht die einzigen Folgen dieser militärischen Aktivitäten waren. Das permanente Gefühl der Bedrohung im

---

<sup>60</sup> AGAD, Archiwum Koronne Warszawskie, Türkische Abteilung, Karton 72, Mappe 309, Nr. 568; Katalog dokumentów tureckich. Dokumenty do dziejów Polski i krajów ościennych w latach 1455–1672, bearbeitet von ZYGMUNT ABRAHAMOWICZ, hg. v. ANANIASZ ZAJĄCZKOWSKI, Warszawa 1959, S. 255 f., Nr. 263.

<sup>61</sup> AGAD, Archiwum Koronne Warszawskie, Tatarische Abteilung, Bd. 62, Nr. 110; Lvivska Naukova Biblioteka Nacjonalnoï Akademii Nauk Ukraïni, fond 5, op. 1, Sign. 225, k. 71v-72; GLIWA, Kraina upartych niepogód, S. 409 f.

allgemeinen Lebensrhythmus der Bevölkerung der südöstlichen Gebiete der Krone sowie der asymmetrische Charakter der vom tatarischen Militärsystem repräsentierten Kriegshandlungen, die sich *par excellence* gegen die wehrlose Zivilbevölkerung richteten, übten einen starken Einfluss auf die Dynamik verschiedener Adaptationsprozesse in kultureller und sozialer Hinsicht aus. Insbesondere gilt das für die bisher kaum erforschten Veränderungen im Verlauf der Entstehung eines kollektiven Gedächtnisses der von den Hordenkriegern angegriffenen Gemeinschaften.

Einer dieser Prozesse betraf die Herausbildung eines ganz entschieden gegen die orientalischen Angreifer gerichteten kulturellen Diskurses, wie dies in der Ikonographie der katholischen und orthodoxen Kirchen in den betroffenen Gebieten erkennbar wird. Die dortigen Malereien stellen die Gestalt des Tataren als Antichrist dar, als einen mit dem Teufel identischen Gegner Gottes. Ein charakteristisches Merkmal dieser Bilder war die Verteufelung und Dämonisierung der Tataren und Türken, um sie zu diskreditieren und zu demütigen. Beispiele dafür liefern die Ikonen mit Szenen des Jüngsten Gerichts, wie sie in der Sakralkunst der Ostkirche auf dem Gebiet der Przemyśl Eparchie weit verbreitet waren und wo sich unter den Verdammten gerade auch Tataren befinden.<sup>62</sup>

Ein ähnliches oft angetroffenes Motiv bildete die Darstellung der Orientalen als Henker der heiligen Märtyrer. Dieser ikonographische Typ war besonders in der Gegenreformation recht populär und knüpfte an martyrologische Vorbilder bei der Verteidigung des Glaubens an.<sup>63</sup> Als Beispiel einer derartigen Aktualisierung sei ein aus dem 17. Jahrhundert stammendes Bild angeführt, welches das Martyrium des hl. Stephanus aus der Allerheiligenkirche in Blizne darstellt (Abbildung 2), sowie die Polychromie der orthodoxen Georgskirche in Drohobycz (Abbildung 3).<sup>64</sup> Die Bezüge auf die tatarische Bedrohung in den Kunstwerken katholischer und orthodoxer Kirchen können als Form und Ritual „weicher“ Gewalt gegen den heidnischen Feind, sozusagen als Antwort auf die „harte“ und reale Aggression, interpretiert werden.

---

<sup>62</sup> LŪDMILA MILÂÊVA, Stinopis Poteliča. Vizvol'na borot'ba ukraïns'kogo narodu v pismectvi XVII st., Kiïv 1969, S. 43; Īkonopis zahidnoï Ukraïni XII-XV st., L'viv 2005, S. 243-260.

<sup>63</sup> Vgl. MARIAN KORNECKI, Gerarda Seghersa „Św. Sebastian“ w Polsce. Przyczynek do problemu zapożyczeń, adaptacji i aktualizacji barokowych kompozycji malarskich, in: Roczniki Humanistyczne 35 (1987), H. 4, S. 68.

<sup>64</sup> Vgl. MARIUSZ CZUBA, Drewniany kościół parafialny p.w. Wszystkich Świętych w Bliznem. Uratowane dziedzictwo, Blizne 1996, S. 13; VASIL' SLOBODÂN, Cerkvi Ukraïni. Peremis'ka Ėparhiâ, L'viv 1998, S. 152.



Abbildung 2: Martyrium des hl. Stephanus, Allerheiligenkirche Blizne, 1649 (Foto: Igor Witkowicz, 1999)



Solche die Tataren als Fremde stigmatisierenden Praktiken stellten, wie es scheint, auch einen Versuch dar, die Herrschaft über die sich der Kontrolle der christlichen Bevölkerung entziehende Wirklichkeit aufrechtzuerhalten, indem man der Gewalt Rituale entgegensetzte und damit ihr destruktives Potential einschränkte. Die Gläubigen sollten davon überzeugt werden, dass der Feind das letztendlich zur Niederlage verurteilte absolute Böse verkörperte.

Die Wahrnehmung der Tataren als Feinde, die die lokalen Gemeinschaften existentiell bedrohten, und ihre Darstellung als dämonische „Fremde“ war typisch für die plebejische Kultur, die Mentalität der Bauern und ihr um das Sacrum herum konzentriertes traditionelles Weltbild. Daher verwundert es auch nicht, dass die tatarischen Horden gemeinhin mit den Kräften des Teufels gleichgesetzt wurden, die gegen Gott kämpften und die christliche Bevölkerung verfolgen und vernichten wollen.

Abbildung 3: Fragment der Polychromie des Stephan von Medyka, orthodoxe Georgskirche Drohobycz, 1657–1659 (Foto: Michał Jurecki, 2002)



Die Dynamik und Schärfe des Konflikts zwischen der sesshaften und in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung sowie den Aggressoren aus der westlichen Sphäre des *Deşt-i Kıpçak* wurde noch durch bestimmte weltanschauliche Überzeugungen sowie ideologische und religiöse Werte vertieft, wie sie von den meisten Hordenkriegern geteilt wurden – besonders von denen aus dem Krim-Khanat.

Vom Gesichtspunkt der Tataren selbst eröffnete die Teilnahme an Raubzügen in christliche Länder ihnen nicht nur Perspektiven einer beträchtlichen und schnellen materiellen Bereicherung, sondern sie besaß auch eine enorme ideologisch-religiöse Bedeutung: Während der Vorbereitungen auf Expeditionen gegen die Ungläubigen wurde oft die Idee des an den Grenzen der islamischen Welt (*Darü'l-Islam*) und darüber hinaus geführten Heiligen Kriegs (*gaza*) propagandistisch genutzt.<sup>65</sup> Dabei handelte es sich um die Idee von Kämpfern (*akıncı*) gegen die Ungläubigen auf dem von ihnen besetzten Gebiet, das im islamischen Religionsrecht als

<sup>65</sup> OSTAPCHUK, Crimean Tatar Long Range-Campaigns, S. 156; vgl. Tarih-i Sahib Giray Han, S. 46.



Domäne des Krieges (*Darü'l-Harb*) bezeichnet wird.<sup>66</sup> Diese mehr oder weniger bewusste Umsetzung der Vorstellung des Heiligen Kriegs führte während der Überfälle in Verbindung mit den weiter oben erwähnten materiellen Motivationen zu konkreten Handlungen und Verhaltensweisen gegenüber der Zivilbevölkerung. Interessant ist, dass die Verbindung der militärischen und ökonomischen Aktivitäten mit religiösen und ideologischen Sanktionen außerhalb der Grenzen des Islam dazu beitrug, dass dieses Vorgehen auf tatarischer Seite entschieden positiv bewertet und ihm ein hoher moralischer Wert beigemessen wurde.

Die hier angedeuteten Probleme im kulturellen und sozialen Raum der breiten Zone des polnisch-osmanischen Grenzlandes waren selbstverständlich nicht nur materieller Art, sondern verbanden sich mit dynamischen Veränderungen der nichtmateriellen Kultur, welche gegenwärtig als vollwertiger Bestandteil des kulturellen Erbes gilt und zu der von Generation zu Generation weitergegebene Legenden, Sagen, Lieder, Redensarten, volkstümliche Sprichwörter und Glaubensinhalte gehören. Ein Produkt der synergischen Verbindung des Wirkens nichtmaterieller und materieller Erinnerungsträger, die sich mit Hilfe eines dialektisch komplizierten Kommunikationsnetzes zwischen den Generationen verbanden, war die Herausbildung eines kollektiven Gedächtnisses. Es wurde mithilfe offizieller Diskurse begründet, welche seinen sozialen Rahmen bildeten. Die lange Dauer und die katastrophalen Folgen der Tatarenüberfälle in wirtschaftlicher und demographischer Hinsicht bewirkten, dass die Kontakte der bäuerlichen Bevölkerung der Adelsrepublik mit den Kriegern von der Krim und aus dem Budschak als Konfrontation unterschiedlicher Werte und Lebensstile zum Fundamentaltrauma wurden, das die Herausbildung der lokalen Identität nachhaltig beeinflusste. Unter anderem deshalb kann die jahrhundertelange Invasion nomadischer Horden als ein interkultureller Konflikt definiert werden, der außergewöhnlich tiefe und langfristige Krisenerscheinungen generiert hat.

Zusammenfassend können wir die These wagen, dass das Phänomen der Tatarenüberfälle erstens einen der wichtigsten Faktoren für die wirtschaftlichen und sozialen Krisen in diesen Teilen Europas darstellte; und zweitens waren sie strukturell doppelt bedingt, weil ihre Wurzeln nicht nur in der prinzipiellen Ungleichmäßigkeit der Entwicklung in dieser

---

<sup>66</sup> DARIUSZ KOŁODZIEJCZYK, Between the Universalistic Claims and Reality. Ottoman Frontiers in the Early Modern Period, in: The Ottoman World, hg. v. CHRISTINE WOODHEAD, London / New York 2012, S. 206; OSTAPCHUK, The Human Landscape of the Ottoman Black Sea, S. 88.

Region lagen, sondern auch politische, ideologische und religiöse Ursachen hatten. Entscheidende Bedeutung für die langandauernde militärisch-ökonomische Aktivität der Tatarenhorden hatte die Transformation des Schwarzmeerbeckens in einen sogenannten „osmanischen See“ (*Türk gölü*), der schon 1475 mit der Besetzung der Krim durch das Osmanische Reich und danach durch die türkische Herrschaft über die Schwarzmeerbahnen Kilija und Belgorod (Akkerman) besiegelt wurde, die vorher zur polnisch-litauischen Einflusssphäre gehört hatten.<sup>67</sup> Das ermöglichte den Tatarenchanaten Raubüberfälle auf ihre nördlichen Nachbarn sowie den außerordentlich einträglichen Sklavenhandel.<sup>68</sup> Bezeichnend ist, dass der im Herbst 1497 gescheiterte Versuch des Königs Johann Albrecht, das osmanische Vordringen in dieser Region aufzuhalten, mit dem Beginn der ersten außergewöhnlich zerstörerischen Reihe von tatarischen Raubzügen gegen die südöstlichen Gebiete der Krone zwischen 1497 und 1503 zusammenfiel.<sup>69</sup> Somit wurden die Voraussetzungen für zahlreiche Tatarenüberfälle erst durch eine komplizierte Verflechtung der politisch-historischen Bedingungen mit bestimmten Anreizen ökonomischer und geschäftlicher sowie religiöser Natur in Verbindung mit den Fähigkeiten der Tatarenhorden zu weitreichenden Expeditionen und zur Projektion militärischer Stärke durch Ausnutzung asymmetrischer Strategien geschaffen.

Der Konflikt zwischen den sesshaften christlichen Gemeinschaften und den nomadischen oder halbnomadischen Tatarenstämmen, der sich über mehrere Jahrhunderte im Grenzgebiet zwischen dem Osmanischen Reich und der Adelsrepublik sowie in deren näherer Umgebung hinzog, war – um an die bekannte Konzeption von Samuel Huntington anzuknüpfen – ein klassischer und spektakulärer Fall eines interkulturellen „Zusammenstoßes der Zivilisationen“ (*clash of civilizations*) im neuzeitlichen Europa. Darüber hinaus beeinflusste er auch ganz entschieden die Herausbildung struktureller Rahmenbedingungen für soziale Zusammenbrüche und Diskontinuitäten sowie permanente Wirtschaftskrisen in großen Bereichen des südöstlichen Teils des Alten Kontinents in der Zeit vom Ende des 15. bis zum ausgehenden 17. Jahrhundert.

*Aus dem Polnischen von Herbert Ulrich*

---

<sup>67</sup> HALIL İNALCIK, *Sources and Studies on the Ottoman Black Sea*, Bd. 1: *The Customs Register of Caffa, 1487–1490*, Cambridge 1995; BRIAN L. DAVIES, *Warfare, State and Society on the Black Sea Steppe 1500–1700*, New York 2007, S. 7.

<sup>68</sup> KOŁODZIEJCZYK, *Slave Hunting*, S. 149–159.

<sup>69</sup> ZDZISŁAW SPIERAŁSKI, *Po klęsce bukowińskiej 1497 roku. Pierwsze najazdy Turków na Polskę*, in: *Studia i Materiały do Historii Wojskowości* 9 (1963), H. 1, S. 45–58.



JADWIGA MUSZYŃSKA

## DIE „SCHWEDENFLUT“ UND DIE HÖFISCHE WIRTSCHAFT AUF DEN GÜTERN DER KRAKAUER BISCHÖFE

Die Tafelgüter der Krakauer Bischöfe umfassten in der altpolnischen Zeit 19 wirtschaftlich genutzte Gebiete, die über einen beträchtlichen Raum zweier Wojewodschaften des westlichen Kleinpolens – Krakau und Sandomir – verstreut waren. Der Besitz war sowohl hinsichtlich seiner Größe als auch seiner wirtschaftlichen Kondition mit dem größten kirchlichen Latifundisten, dem Erzbistum Gnesen, vergleichbar. Mitte des 17. Jahrhunderts zählte er zwölf Städte und 260 Dörfer. Attraktiv war dieses Gebiet auch durch seine landwirtschaftlichen Nutzflächen und natürlichen Reichtümer, was manche von seinen Bewirtschaftern dazu bewog, auf eine höhere Stufe auf der geistlichen Leiter zu verzichten. In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts lehnte etwa Bischof Piotr Gembicki zweimal die Annahme des Primasamtes – in Gnesen – ab, und auch Bischof Jakub Zadzik verhielt sich ähnlich.<sup>1</sup> Das ausgedehnte Territorium des Bistums Krakau bildet ein hervorragendes Beispiel für Wirtschaftspolitik in dieser schwierigen Zeit vor und nach dem polnisch-schwedischen Krieg. Eine aufmerksame Analyse aller Phänomene ermöglicht außerdem, charakteristische Merkmale in der Wirtschaft des Bistums und Unterschiede in der Politik der einzelnen Krakauer Bischöfe herauszuarbeiten.

---

<sup>1</sup> HIERONIM WYCZAŃSKI, *Biskup Piotr Gembicki 1585–1657*, Kraków 1957, S. 298. Vorher hatte Bischof Zbigniew Oleśnicki den Vorschlag von Papst Eugen IV. zur Translation nach Gnesen abgelehnt, Piotr Tomnicki den Vorschlag Sigismunds des Alten und Bischof Andrzej Trzebiecki den von Johann III. Sobieski. Ähnlich verhielt sich später auch Jan Aleksander Lipski. Im Berichtszeitraum gab es nur einen Krakauer Bischof, Bernard Maciejowski, der das Bistum Gnesen und das Primasamt übernahm. BOLESŁAW STANISŁAW KUMOR, *Dzieje diecezji krakowskiej do roku 1795*, Bd. 1, Kraków 1998, S. 483 f., 523; JÓZEF GIEROWSKI, Lipski Jan Aleksander, in: *Polski Słownik Biograficzny*, Bd. 17, Wrocław 1972, S. 428; JAN DZIĘGIELEWSKI/JAREMA MACISZEWSKI, Maciejowski Bernard, in: *Polski Słownik Biograficzny*, Bd. 19, Wrocław 1974, S. 50 f.

Für die Forschung interessant ist der chronologische Umfang des behandelten Themas der sogenannten „Schwedischen Sintflut“, genauer gesagt die Jahre von 1645 bis 1668, also kurz vor und nach diesem Krieg. Die Annahme einer solchen Zäsur ergibt sich aus den Quellen. Ein zusätzlicher Vorzug dieser Materialien liegt in ihrer Provenienz, denn die bisherigen Untersuchungen über Verluste und Kriegszerstörungen gründeten sich hauptsächlich auf die in den 1960ern „umgewerteten“ Fiskalquellen – insbesondere die Lustrationen der Krongüter, die deren Zerstörungsgrad gewöhnlich zu hoch ansetzten.<sup>2</sup> Die normalerweise bei der Übernahme des Bistums durch den nächstfolgenden Ordinarius erstellten Güterinventarverzeichnisse ermöglichen eine etwas andere Sicht auf die Frage der Kriegsschäden,<sup>3</sup> die die bisherigen Ansichten über die Krise und den Niedergang der polnischen Wirtschaft nach der Mitte des 17. Jahrhunderts infrage stellt.

Die bisherigen Forschungen sind in Verbindung mit einer Analyse der Quellen sowie der wichtigsten methodologischen Probleme und strittigen Fragen in früher veröffentlichten Arbeiten besprochen.<sup>4</sup> Insbesondere bewegt die Fachwelt seit langem der Einfluss der durch die Kriege in der

---

<sup>2</sup> Zur Beurteilung ihrer Brauchbarkeit für die Forschung vgl. JADWIGA MUSZYŃSKA, *Straty demograficzne i zniszczenia gospodarcze w Małopolsce w połowie XVII wieku. Problemy badawcze*, in: *Rzeczpospolita w latach potopu*, hg. v. JADWIGA MUSZYŃSKA / JACEK WIJACZKA, Kielce 1996, S. 277 f.

<sup>3</sup> Vorher wurden fragmentarische Inventarverzeichnisse einzelner Herrschaften genutzt: der Herrschaft Bodzentyn aus dem Jahre 1652 – Archiwum Krakowskiej Kapituły Katedralnej (hiernach: AKKK), B. 7, sowie der Herrschaft Iłża von 1654 roku – AKKK, B. 17. Bischof Andrzej Lipski hatte nach seiner Übernahme des Bistums Krakau die Erstellung eines Inventarverzeichnisses der Herrschaft Iłża angeordnet. Dieses Inventarverzeichnis von 1630 befindet sich in AKKK, B. 16. Nach seiner kurzen Amtszeit und seinem Tod 1631 entstand 1632 ein Inventarverzeichnis der Herrschaft Kozięgłowy – AKKK, B. 35. Wir verfügen außerdem über einige Inventare, die während der Vakanz des Krakauer Bischofsitzes nach dem vorzeitigen Tod des Kardinals Johann Albert Wasa (am 29.12.1634) und noch vor der Vereidigung des neuen Ordinarienbischofs Jakub Zadzik (am 30.11.1635) entstanden sind. Diese Inventarverzeichnisse von 1635 betreffen folgende Herrschaften: Kielce – AKKK, B. 26; Dobrowoda – AKKK, B. 13; Radów – AKKK, B. 53. – Die größte Bedeutung für die neuesten Forschungen besaßen zwei Inventare für die Gesamtheit aller Güter: das erste aus der Vorkriegszeit 1644/45 und dann das acht Jahre nach Beendigung des polnisch-schwedischen Krieges erstellte Inventarverzeichnis von 1668 – AKKK, B. 1, k. 1-829 und AKKK, B. 2, k. 1-713.

<sup>4</sup> JADWIGA MUSZYŃSKA, *Zniszczenia gospodarcze połowy XVII wieku a gospodarka Rzeczypospolitej*, in: *Wojny północne w XVI-XVIII wieku. W czterechsetlecie bitwy pod Kircholmem* (hiernach: *Wojny północne*), hg. v. BOGUSŁAW DYBAŚ, Toruń 2007, S. 233-247; JADWIGA MUSZYŃSKA, *Gospodarka dworska w dobrach biskupów krakowskich w połowie XVII wieku*, Kielce 2012, S. 13, Anm. 9 und 10.

Mitte des 17. Jahrhunderts verursachten Zerstörungen auf die Wirtschaft der Adelsrepublik<sup>5</sup> oder im weiteren Sinne der gesamteuropäische Maßstab der Krise des 17. Jahrhunderts.<sup>6</sup> Die polnische Historiographie zeigte sich lange davon überzeugt, dass es schon am Ende des 16. und in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts Symptome einer Wirtschaftskrise in der Adelsrepublik gegeben habe. Unklar ist allerdings, ob die Zerstörungen die bereits vor den Kriegen zerrüttete Gutswirtschaft etwa nur endgültig gelähmt haben. Eine etwas frappierende Antwort auf diese Frage finden wir in der Arbeit von Stanisław Hoszowski, wonach in der Zollkammer in Nowy Dwór Gdański 1662 immerhin 43.500 Lasten Getreide abgefertigt wurden, und damit nicht viel weniger als in den erfolgreichsten Vorkriegsjahren. Das bewegte den Autor zu der Schlussfolgerung, „dass der Organismus des Landes aus den Kriegszerstörungen nicht völlig ruiniert hervorging und dass er imstande war, Schritte zum

---

<sup>5</sup> Siehe insbesondere: Polska w okresie drugiej wojny północnej 1655–1660, Bd. 2, Warszawa 1957. Darin präsentieren mehrere Autoren die Ergebnisse ihrer Forschungen über die von den Kriegen verursachten Zerstörungen in verschiedenen Provinzen der *Rzeczpospolita*: Władysław Rusiński in Großpolen, Irena Gieysztorowa in Masowien, Adam Kamiński in Kleinpolen und Stanisław Hoszowski in Königlich-Preußen. Später befassten sich mit diesem Problem auch: JERZY TOPOLSKI, Uwagi o badaniach nad wpływem zniszczeń wojennych w połowie XVII wieku na sytuację ekonomiczną kraju, in: *Studia i Materiały do dziejów Wielkopolski i Pomorza* 6 (1960), H. 1, S. 463–478; EDWARD TRZYNA, Kwestia zniszczeń wojennych i wojskowych oraz zahamowanie rozwoju gospodarczego królewskich województwa krakowskiego w drugiej połowie XVII wieku, in: *Małopolskie Studia Historyczne* 8 (1965), H. 1–2, S. 71–94; ZENON GULDON, Uwagi w sprawie zniszczeń gospodarczych w połowie XVII wieku, in: *Zapiski Historyczne* 24 (1958–1959), H. 1, S. 63–83. Eine detaillierte Besprechung der Literatur zu diesem Thema bietet JADWIGA MUSZYŃSKA, Zniszczenia wojenne w połowie XVII wieku a gospodarka Rzeczypospolitej, in: *Wojny północne*, S. 233–246.

<sup>6</sup> Crisis in Europe from „Past and Present“, hg. v. TREVOR ASTON, London 1965; JANINA LESKIEWICZOWA, Jeszcze o kryzysie i upadku gospodarki folwarczno-pańszczyźnianej w Polsce, in: *Kwartalnik Historyczny* 66 (1959), H. 3–4, S. 109 ff.; ANTONI MACZAK, Problemy gospodarcze, in: *Polska XVII wieku*, Warszawa 1969, S. 84 ff.; DERS., O kryzysie i kryzysach XVII, in: *Kwartalnik Historyczny* 70 (1963), H. 1, S. 54–68; ANDRZEJ WYCHAŃSKI, W sprawie kryzysu XVII, in: *Kwartalnik Historyczny* 69 (1962), H. 3, S. 656–672; DYMITER LEONIDOWICZ POCHILEWICZ, W sprawie kryzysu i upadku gospodarki obszarnej Rzeczypospolitej w drugiej połowie XVII i pierwszej połowie XVIII wieku, in: *Kwartalnik Historyczny* 65 (1962), H. 1, S. 742–765; Geneza nowożytnej Anglii, hg. v. ANTONI MACZAK, Warszawa 1968; JERZY TOPOLSKI, Gospodarka polska a europejska w XVI–XVII wieku, Poznań 1977; MIROSLAV HROCH / JOSEF PETRÁŇ, 17. století – krize feudalni společnosti?, Praha 1976; JAN DE VRIES, The Economy of Europe in Age of Crisis 1600–1750, Cambridge 1976 (Neuaufgabe 1996); GEOFFREY PARKER / LESLEY SMITH, The General Crisis of the Seventeenth Century, London 1978; GEOFFREY PARKER, Europe in Crisis 1598–1648, Cambridge 2001.

Wiederaufbau der Landwirtschaft zu unternehmen“.<sup>7</sup> Aus anderen Quellen wissen wir auch, dass man auf den großen Landgütern, etwa der Familie Lubomirski, in den Jahren 1658 bis 1662 über beträchtliche Mengen an Getreide verfügte, wovon ein Teil nach Danzig verschifft wurde.<sup>8</sup>

Den heute vorgebrachten Einwänden ist jedenfalls insofern zuzustimmen, als die bisher funktionierenden homogenen Modelle zur Erklärung des Verlaufs dieser Prozesse revidiert werden müssen.<sup>9</sup> Indessen verweist die neuere Historiographie noch in eine andere Richtung, nämlich auf den Einfluss der Klimaabkühlung auf die europäische Ökonomie und die demographischen Prozesse.<sup>10</sup> Im Lichte dieser Untersuchungen decken sich die in der Wirtschaft auftretenden Krisenerscheinungen ziemlich genau mit der sogenannten Kleinen Eiszeit, die auf die Zeit von der Mitte des 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts datiert wird.

Es liegt auf der Hand, dass man beim Versuch, diese Ansätze zu vereinen, nicht den Einfluss aller Faktoren auf ganz Polen untersuchen kann, sondern sich auf eine Fallstudie beschränken muss – hier auf die Tafelgüter des früheren Bistums Krakau. Im vorliegenden Text soll die Frage beantwortet werden, in welchem Grade die erhaltenen Befunde über die wirtschaftlichen Verluste und Zerstörungen in der Mitte des 17. Jahrhunderts von der quellenkundlichen Grundlage selbst beeinflusst gewesen sein könnten und in welchem Umfang diese Unterschiede vielleicht aus der Wirtschaftspolitik der Besitzer dieser Latifundien resultierten.

<sup>7</sup> STANISŁAW HOSZOWSKI, Zniszczenia wojny szwedzkiej w świetle wiślanego spławu zboża w 1662 roku, in: *Badania nad historią społeczno-gospodarczą w Polsce. Problemy i metody*, Poznań 1978, S. 155-162.

<sup>8</sup> ADAM HOMECKI, *Produkcja i handel zbożowy w latyfundiach Lubomirskich w drugiej połowie XVII wieku*, Wrocław 1970, S. 63-70.

<sup>9</sup> KRZYSZTOF MIKULSKI, Kryzys średniej szlachty w Prusach Królewskich w XVII wieku i powstanie nowej elity średnioszlacheckiej na przełomie XVII i XVIII wieku (Przyczynek do dyskusji na temat rozwoju gospodarczego i społecznego Polski), in: *Miedzy zachodem a wschodem. Studia z dziejów Rzeczypospolitej w epoce nowożytnej*, hg. v. JACEK STASZEWSKI u. a., Toruń 2002, S. 275.

<sup>10</sup> Ebd., S. 176; KRZYSZTOF MIKULSKI, Kondycja demograficzna rodziny mieszczańskiej w Toruniu w XVI-XVIII w. (w świetle genealogii Neisserów), in: *Kobieta i rodzina w Polsce w średniowieczu i u progu czasów nowożytnych*, hg. v. ZENON HUBERT NOWAK / ANDRZEJ RADZYMIŃSKI, Toruń 1998, S. 115-142; vgl. auch den dieser Frage gewidmeten Passus in einem kürzlich herausgegebenen Lehrbuch für Studenten: *Historia powszechna. Wiek XVI-XVIII*, hg. v. KRZYSZTOF MIKULSKI / JACEK WIJACZKA, Warszawa 2012, S. 19, der die Chance bietet, diese These einer breiteren öffentlichen Meinung zugänglich zu machen.

Untersucht wurden 83 Güter mit einem jeweils sehr verschiedenen ökonomischen Profil. Einige von ihnen waren typische Landwirtschaftsbetriebe, andere stärker mit der Forst- oder Fischwirtschaft verbunden, auf noch anderen überwogen Objekte wie Brauereien, Brennereien oder Mühlen sowie das Bergbau- und Hüttenwesen. Die Entwicklung dieser verschiedenen Formen der Gutswirtschaft hing vor allem von den natürlichen Bedingungen und der Geländebeschaffenheit ab. Die Analyse wurde durch die Gliederung diesbezüglich charakteristischer Regionen im Untersuchungsgebiet erleichtert. So konnten wir zwei landwirtschaftliche Regionen im Sandomirer und im Krakauer Land, die rohstoffreiche Region des Heiligkreuzgebirges, die polnisch-schlesische Grenzregion mit der dort charakteristischen Dominanz der „Industriewirtschaft“ sowie die sehr spezifische bergige Region des Sandezer Landes mit seiner Hirtenwirtschaft unterscheiden. Letztere spielte eine besondere Rolle als Wehrbastion, die das Territorium der Krakauer Bischöfe und die südlichen Grenzmarken der Adelsrepublik vor den Nachbarn und besonders vor den Ungarn schützte.

In erster Linie weckte die in der damaligen Zeit grundlegende Form der Gutswirtschaft unsere Aufmerksamkeit – die Getreideproduktion. Schon eine erste Betrachtung des zusammengetragenen Quellenmaterials hat gezeigt, dass solche Güter häufiger in fruchtbaren Gebieten, nahe an Flößerstellen hin zur Weichsel oder auch in der Nachbarschaft einer Schiff ladungsstätte entstanden. In ihren landwirtschaftlichen Herrschaften entfiel ein Gut durchschnittlich auf etwas über zwei Dörfer, während in Gebieten mit schlechteren Böden, in gebirgigen oder von Flößerstellen weit entfernten Gebieten ein Gut 3,5 bis 3,7 Dörfer bediente. Eine weitere wichtige Beobachtung betrifft den nur geringen Rückgang des Gutsareals nach den Kriegen in der Mitte des 17. Jahrhunderts. Der gegenüber der Gesamtheit der Dorfgrundstücke in den an der Weichsel gelegenen Herrschaften nur geringe Prozentsatz der Gutsgrundstücke bestätigt die in der Historiographie bereits gefestigte These, dass sich große Wirtschaften in Gebieten nahe an Flößerstellen einfach nicht lohnten. Charakteristisch war die Aufrechterhaltung der Getreidewirtschaft auf einem guten Niveau in Herrschaften, wo reichere Böden überwogen. Dort wurden auch bessere Ergebnisse beim Anbau anspruchsvollerer Getreidearten wie Weizen und Gerste erreicht (in den Herrschaften von Dobrowoda und Radłów).

Eine sich aus der Analyse des untersuchten Materials ergebende wichtige Schlussfolgerung ist die Erkenntnis, dass die Kriege in der Mitte des 17. Jahrhunderts die Ergiebigkeit der Getreideproduktion nicht verringert haben. Diese ging nur in den „industriellen“ Herrschaften zurück, die



während des Krieges stärker auf die Herstellung von Rüstungsmaterial eingestellt waren. Die Getreideproduktion auf den Gütern des Bistums stellte auch eine wichtige Exportquelle sowohl auf den regionalen als auch auf ausländischen Märkten dar. Obwohl diese Kontakte in den schwierigen Kriegsjahren natürlich ernstlich erschwert waren, wurden dennoch gleich nach dem Krieg, und zwar 1662, in der Zollkammer von Nowy Dwór neun dem Krakauer Bischof Andrzej Trzebicki gehörende Transporteinheiten mit Getreide (Schuten und Leichtschiiffe) notiert. Das zum Verkauf bestimmte Korn wurde in Speichern in Solec und Opatowiec aufbewahrt.<sup>11</sup>

Eine aufmerksame Betrachtung der Angaben über die Getreidewirtschaft auf den Gütern des Bistums Krakau zeigt, dass die während der „Schwedenflut“ erlittenen Verluste nicht groß waren und dass der wirtschaftliche Wiederaufbau nach dem Krieg recht schnell erfolgte. Dieses Phänomen ist gleichsam auch im größeren Maßstab charakteristisch, denn wir können beobachten, dass in den größeren Gütern und Latifundien die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Zustandes nach allen Katastrophen verhältnismäßig leicht vor sich ging.

Etwas anders präsentierte sich die zweitwichtigste Wirtschaftstätigkeit auf den Gütern der Krakauer Bischöfe – die Viehzucht. Ihre Entwicklung wurde durch die guten Bedingungen in den Gebieten nahe der Weichsel, in ihrem Einzugsgebiet und dem ihrer zahlreichen Nebenflüsse (Nida, Kamienna, Iłżanka und Uszwia) begünstigt. Dort gab es Wiesen und Weiden, die agrotechnisch keiner besonderen Behandlung bedurften. Im Sommer gab es genügend Gras und im Winter Stroh und Heu als Futter für die Tiere. Viel schlechtere Bedingungen herrschten in den Gebieten nahe der „launischen“ Flüsse Dunajec und Poprad vor, wo es oft zu Überschwemmungen kam. Dort waren auch die Folgen der Kriege in der Mitte des 17. Jahrhunderts stärker zu spüren. Die Verluste im Viehbestand der Güter waren beträchtlich und erreichten etwa 80 Prozent des Vorkriegszustands. Dies war aber auch der Situation zuzuschreiben, in der sich das Sandezer Land in dieser Zeit befand: Die bäuerliche Bevölkerung dieser Gebiete hatte sich erhoben, unterstützt von militärischen Verbänden und den Dragonern des Bischofs. Viele Jahre lang wehrten sie die Angriffe der Aggressoren ab, trotz der Verluste an Menschen, niedergebrannten Kirchen und verwüsteten Bauernhöfen.

Insgesamt veränderten sich in 15 bischöflichen Herrschaften, für die wir Angaben aus der Vor- und Nachkriegszeit zu 52 Gütern fanden, die

---

<sup>11</sup> MUSZYŃSKA, *Gospodarka dworska*, S. 37-62.

auf je ein Gut entfallenden Durchschnittswerte nur geringfügig. Im Falle des Hornviehs fiel das Mittel von 45,6 auf 44 Stück pro Gut, von den Schweinen gab es sowohl vor als auch nach dem Krieg ungefähr 19 pro Gut, und nur die Durchschnittszahl für das Geflügel ging von 59 auf etwa 55 zurück.<sup>12</sup> Wenn wir unsere Berechnungen mit den allgemeiner gehaltenen Angaben für das Erzbistum Gnesen konfrontieren, wo der Durchschnitt an Hornvieh für je ein Gut für die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts 45,7 und 1685 noch 37 betrug, dann können wir feststellen, dass der Rückgang der Viehzucht nach den Kriegen dort viel ausgeprägter war.

Einen sehr wichtigen Zweig der höfischen Wirtschaft des Krakauer Bistums bildete das Bergbau- und Hüttenwesen. Über die Entwicklung dieser Wirtschaftsform entschieden der Reichtum an mineralischen Bodenschätzen und deren verhältnismäßig leichte Zugänglichkeit. Differenziert werden muss hier zwischen dem Abbau und der Verhüttung von Eisenerz, von Blei- und Kupfererzen sowie dem Töpferhandwerk, dem Steinmetzhandwerk und der Glashüttenindustrie. Am reichsten an Erzen waren die Herrschaften im Heiligkreuzgebirge. Dort gab es vor allem Eisen, sodass dieses Gebiet schon frühzeitig die wichtigste Rolle im polnischen Hüttenwesen spielte. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts befanden sich in dieser Region 142 aktive Eisenhütten von 321 auf dem gesamten Territorium der polnischen Krone (ohne die ruthenischen und ukrainischen Gebiete). In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts lagen von insgesamt 188 aktiven Eisenhütten auf dem Gebiet der Krone allein 102 in der Wojewodschaft Sandomierz. Im 16. und 17. Jahrhundert befanden sich 47 Eisenhütten auf den Gütern des Krakauer Bistums.

Dank der Vorsorge und des Wirtschaftssinns der Krakauer Bischöfe gelang schon zu Beginn des 17. Jahrhunderts die Verarbeitung der Eisenerzressourcen mithilfe der in den polnischen Gebieten bisher völlig unbekannten Mehrofentechnik. Aus der Gegend von Brescia und Bergamo ins Land geholte italienische Spezialisten führten technische Veränderungen im Erzabbau und seiner Verarbeitung ein. Der Vorteil der neuen Methode gegenüber der Schmelzhütte bestand vor allem in der Vergrößerung der Ausbeute. Die durchschnittliche Jahresproduktion einer Schmelzhütte wird meistens mit 150 Krakauer Zentnern berechnet, etwa sechs Tonnen. Ein großer Ofen ergab oft hundert und mehr Zentner Roheisen wöchentlich. Darüber hinaus vergrößerte die Anwendung der Mehrofentechnik die Ausbeute von Eisen aus Eisenerz von 52 auf 90 Prozent. In der Schmelzhütte wurden zum Ausschmelzen von einer Tonne Eisen 5,2

---

<sup>12</sup> Ebd., S. 72-93.

Tonnen Erz und 5,1 Tonnen Holzkohle gebraucht. Dagegen brauchte es im Falle der Mehrofentechnik zur Erzeugung von einer Tonne Roheisen 3,3 Tonnen Eisenerz und nur 1,9 Tonnen Holzkohle.

Die ersten großen Öfen entstanden am Fluss Bobrza – in Bobrza und Samsonów; der dritte wurde höchstwahrscheinlich in Cedynia bei Kielce in den Jahren 1636 bis 1640 errichtet. Am größten war der Bedarf an Eisen während der polnisch-schwedischen Kriege. Allein im Jahre 1657 quittierte Johann Kasimir eigenhändig die Abnahme von 6.000 Kanonenkugeln unterschiedlichen Kalibers, ein andermal wurden in demselben Jahr 978 Kugeln und 48 Granaten für Mörser geliefert, im Jahre 1648 sogar etwa 4.000 Granaten. Versorgt wurde auch die Kronartillerie mit Stabeisen und Werkzeugen. 1659 erhielt die Warschauer Rüstkammer von den Betrieben des Hüttenpächters Giovanni Gibboni, eines für jene Zeit großen Unternehmers, 156 Spaten, 244 Schaufeln und 110 Äxte.<sup>13</sup> Der sich der Protektion der polnischen Könige erfreuende Gibboni wurde 1654 geadelt. Im Jahre 1658 beschwerte er sich bei König Johann Kasimir, er würde „beim Herstellen von Kanonen für die vorbeikommenden Militärpersonen [...] große Versäumnisse und Schaden erleiden“. In dieser Situation verbot Johann Kasimir dem Herr für die Gibboni gehörenden Industriesiedlungen Folgendes:

„Keiner möge es wagen, in Bobrza, Ćmińsk, Kołoman, Tumlini und Zagdańsk anzuhalten, Station zu machen, zu übernachten, sich zu verpflegen, noch den Untertanen und dortigen Handwerkern auch nur das geringste Leid zuzufügen, da diese unablässig Kanonen für uns herstellen und in dieser Zeit keinerlei Einnahmen davon haben.“

Nach den Schwedenkriegen entschloss sich Gibboni, seinen großen Ofen von Bobrza an einen anderen Ort zu verlegen, woraufhin ihm Bischof Andrzej Trzebicki empfahl, den Ofen wegen der Nähe der Erzvorkommen und der Hütte in Samsonów nach Humer bei Samsonów zu verlegen.<sup>14</sup> Wie Jakub Haur berichtet, wurde in der Gegend von Samsonów in

---

<sup>13</sup> JADWIGA MUSZYŃSKA, *Górnictwo i hutnictwo w dobrach biskupów krakowskich w województwie sandomierskim w połowie XVII wieku*, in: *Pamiętnik Świętokrzyski. Studia z dziejów kultury chrześcijańskiej*, hg. v. LONGIN KACZANOWSKI u. a., Kielce 1991, S. 152.

<sup>14</sup> ZENON GULDON, Gibboni Jan, in: *Świętokrzyski słownik biograficzny*, Bd. 1: bis zum Jahre 1795, hg. v. JACEK WIJACZKA, Kielce 2002, S. 50 ff.; JADWIGA MUSZYŃSKA, *Rola biskupów krakowskich w rozwoju górnictwa i hutnictwa*, in: *Rzeczpospolita wielu wyznań*, hg. v. ADAM KAŻMIERCZYK u. a., Kraków 2004, S. 329-340, hier S. 332.

Schmelzöfen auch eine minderwertigere Sorte Stahl gewonnen – der sogenannte Dul.

Weniger reich an Eisenerz waren die Herrschaften Bodzentyn und Itza, wo im Berichtszeitraum nur Schmelzhütten existierten. Solche gab es auch auf dem Territorium des Herzogtums Siewiersk, und ihre frühere Ausbeutung im 16. Jahrhundert hatte dem Krakauer Bischof beträchtliche Einkünfte gebracht. Jedoch die ganze Zeit über, besonders während der „Schwedenflut“, war dort die größte von ihnen in Betrieb – die Eisenhütte Piwonia. Während des polnisch-schwedischen Krieges konnte ihre Produktion mit Erfolg die militärischen Bedürfnisse befriedigen, und sogar noch nach dem Krieg, im Jahre 1668, erbrachte sie dem Bischof Einkünfte in Höhe von 1.000 polnischen Złoty.

Die Rolle der Krakauer Bischöfe für die Entwicklung des Bergbaus und der Erzverhüttung in ihren Gebieten war bedeutsam.<sup>15</sup> Im privilegierten und vor allem an Bleierzen reichen polnisch-schlesischen Grenzgebiet gab es die Herrschaft Sławków. Dort förderten die Krakauer Bischöfe schon im 13. Jahrhundert Bleierz. Nach dem späteren sichtbaren Niedergang des Bergbaus in Sławków ist dann zu Beginn des 16. Jahrhunderts eine gewisse Belebung und schließlich dessen stabile Entwicklung im 17. Jahrhundert zu beobachten. In der Herrschaft Sławków befanden sich beträchtliche Lagerstätten des damals für die Messing- und Bronzeproduktion sehr wertvollen Galmei. Wie aus Studien über den Handel mit Nichteisenmetallen in Klempolen hervorgeht, wurden zwischen 1635 und 1651 immerhin 1.814 Fässer und neun bis zehn Flöße mit Galmei aus Sławków nach Danzig verschifft. Beträchtliche Mengen förderte man nach den Schwedenkriegen und verkaufte sie vor allem in Danzig. Die Ausbeutung von Galmei in diesen Gütern ist auch in späterer Zeit bezeugt.

Eine geradezu unschätzbare Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung des Bistums spielte die Entdeckung von Kupferlagerstätten in der Herrschaft Kielce, die in ganz Polen bekannt wurde. Bald entstanden dort Hütten in Białogon und Niewachłów, es fanden sich neue Unternehmer und Bergknappen, und Bischof Bernard Maciejowski gründete ein Bergamt, das sich mit allen Angelegenheiten im Zusammenhang mit Bergbau und Erzverhüttung in diesem Gebiet befassen sollte. Die Zeit der Kriege Mitte des 17. Jahrhunderts störte die Arbeit der Hütten nicht, ganz im Gegenteil: Die Hütte in Niewachłów wurde 1668 noch erweitert und besaß nun acht Öfen, davon drei zur Schmelze von Blei und Kupfer, einen zur Abscheidung von Blei und Silber sowie vier Knappschaftsofen.

---

<sup>15</sup> MUSZYŃSKA, *Gospodarka dworska*, S. 117-123.

Zum Ende des 16. Jahrhunderts reicht auch die Geschichte der den Krakauer Bischöfen gehörenden Hütten in Białogon zurück. 1645 waren dort sechs Öfen tätig, davon drei allein zur Schmelze von Blei und Kupfer sowie drei zu dessen Veredlung und Verarbeitung. Die Einkünfte aus der Hütte betrugen nach Abrechnung der Löhne für die Handwerker und anderer mit der Erzschnmelze verbundener Kosten 2.000 polnische Złoty.<sup>16</sup>

Insgesamt gab es Mitte des 17. Jahrhunderts in den Kielcer Gütern der Krakauer Bischöfe fünf funktionierende Hütten. Den Krieg überdauerten jedoch nur die größten, da sie über die beste technische Basis, genügend Wasser und Holzkohle sowie über eine entsprechende Zahl von Arbeitskräften verfügten. Die größte Blütezeit der Erzverhüttung in dieser Region fiel daher in die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts, als sieben, mit der in Samsonów zusammen sogar acht Schmelzhütten für Blei- und Kupfererz tätig waren. In den besten Jahren wurde in einigen von ihnen sogar Silber gewonnen. Die Hauptzentren der Erzverhüttung im Heiligkreuzgebirge stellten Białogon und Niewachlów mit dem benachbarten Ort Kostomłoty dar, der auch nach den Kriegen in der Mitte des 17. Jahrhunderts noch gut prosperierte.

Unter Ausnutzung anderer Naturreichtümer in den zum Bistum gehörenden Gebieten entwickelten die Bischöfe auch noch weitere industrielle Wirtschaftsformen, wie das besonders für die Herrschaft Iłża mit ihren großen Lehm-vorräten charakteristische Töpferhandwerk, das in der Herrschaft Kunów prosperierende Steinmetzhandwerk sowie die Glashüttenindustrie.<sup>17</sup>

Wenn man die Charakteristik des Bergbau- und Hüttenwesens sowie anderer industrieller Wirtschaftsformen auf den Gütern des Bistums Krakau Mitte des 17. Jahrhunderts zusammenfasst, dann muss unterstrichen werden, dass die Krakauer Bischöfe sich besonders um die an Mineralvorkommen reichen Gebiete kümmerten und dort den technischen Fortschritt unterstützten, der einen großen Aufwand erforderte, aber zugleich eine Steigerung der Einkünfte erwarten ließ. Sie wussten die in der Erde verborgenen Erze zu schätzen, führten großangelegte Suchaktionen nach neuen Erzvorkommen durch und modernisierten die Abbau- und Verarbeitungstechnik. Eine besondere Rolle spielte dabei ihre Wirtschaftstätigkeit, die eine Verbesserung des technischen Niveaus des

---

<sup>16</sup> Inwentarz klucza kieleckiego biskupstwa krakowskiego z 1645 roku, hg. v. JADWIGA MUSZYŃSKA, Kielce 2003, S. 35; JAN PAZDUR, Zakłady metalowe w Białogonie 1614–1914, Wrocław 1957.

<sup>17</sup> MUSZYŃSKA, *Gospodarka dworska*, S. 123 ff.

Bergbau- und Hüttenwesens mithilfe ausländischer Spezialisten, vor allem aus Italien, zum Ziel hatte. Die von ihnen eingeführten neuen Technologien entschieden in nicht geringem Maß über das Entwicklungsniveau der Güter des Bistums Krakau in jener Zeit. Einen Niedergang dieser Form der Gutswirtschaft nach den Kriegen Mitte des 17. Jahrhunderts haben die Forschungen nicht bestätigt.

Welchen Einfluss hatte das Kriegsgeschehen auf die übrigen Zweige der höfischen Wirtschaft des Bistums? Eine wichtige Rolle spielten die Herstellung und der Ausschank alkoholischer Getränke. Mitte des 17. Jahrhunderts handelte es sich dabei, ähnlich wie in anderen Gütern, schon um ein höfisches Propinationsmonopol. Allgemein praktiziert wurde die Verpachtung von Schänken, deren Betreiber dann verpflichtet waren, ihre Waren aus höfischen, städtischen oder dem Schultheiß gehörenden Brauereien zu den im Pachtvertrag festgelegten Bedingungen zu beziehen. Nur in Ausnahmefällen enthielten diese Verträge eine Klausel, die das Bierbrauen und Schnapsbrennen für den Eigenbedarf erlaubte. Die Betreiber dieser Schänken waren außerdem verpflichtet, einen jährlichen Mietzins zu zahlen, Fuhrleistungen zu erbringen und die Forst- und Teichaufsicht zu übernehmen. Oft waren die Schänken sehr reich ausgestattet und an privilegierte Personen von höherer Geburt vergeben. Versorgt wurden diese Gastwirtschaften von den zahlreichen Brauereien, Mälzereien und Brennereien. Ein zu beobachtendes charakteristisches Merkmal stellte die deutliche Zunahme der Zahl dieser Objekte dar. 1645 gab es im Bistum 30 Brauereien, in der Nachkriegszeit waren es bereits 36, also um 20 Prozent mehr.<sup>18</sup> Ähnlich verhielt es sich mit den Brennereien, denn in der Zeit vor den Kriegen Mitte des 17. Jahrhunderts entfiel eine Brennerei auf 19 Dörfer, nach den Kriegen 1668 aber nur noch auf elf Dörfer.<sup>19</sup> Dieses Ergebnis zeigt, dass die Destillation auf den Gütern des Bistums Krakau Mitte des 17. Jahrhunderts stark zugenommen hatte. In derselben Zeit bediente in Großpolen eine Brennerei 52 Dörfer, und zu einer Zunahme der Produktion kam es dort erst Mitte des 18. Jahrhunderts.

Ähnlich wie im Falle der Schänken stellte auch die Verpachtung von Mühlen eine wichtige Einnahmequelle dar. Die wichtigste Leistung, die der Müller an das Bistum zu entrichten hatte, bestand in der Zahlung des Pachtzinses, dessen Höhe sich in Abhängigkeit von der Größe und Lage der Mühle, der Zahl ihrer Mühlräder, der zusätzlichen Landwirtschaftsausstattung und schließlich auch der rechtlichen Situation des Müllers sehr

---

<sup>18</sup> Ebd., S. 135.

<sup>19</sup> Ebd., S. 137.

unterschiedlich gestaltete. Wenn die Mühle nach sogenannten „Maßen“ arbeitete, dann konnte der Müller ein Drittel des Getreides für sich behalten, und zwei Drittel gingen anstelle des Pachtzinses ans Bistum. Die nach diesem „Maßsystem“ arbeitenden Müller waren außerdem verpflichtet, je ein Schwein für den Bedarf des Hofes zu mästen. Zu ihren Pflichten gehörten zudem Zimmermannsarbeiten.

Der Wasserreichtum im Bistum bot gute Grundlagen für die Entwicklung der Teichwirtschaft und Fischzucht. Ähnlich wie auf anderen damaligen Gütern wurden auch auf denen der Krakauer Bischöfe meistens Karpfen gezüchtet. Aus den allerdings nur lakonischen Quellenerwähnungen geht hervor, dass es sich dabei um eine Setzlingszucht handelte. Wir verfügen über Informationen über Haupt- und Aufzuchtteiche, Laichplätze sowie Teiche, in denen die Fische lediglich überwinterten. Das Wasser wurde damals alle drei bis vier Jahre abgelassen. Andere gezüchtete Fischarten waren Karauschen, Barsche, Brassen, Hechte und in einigen Teichen zudem Forellen. Neben diesen Zuchtfischen wurde für die Bedürfnisse der bischöflichen Wirtschaften außerdem eine bestimmte Zahl von Fangfischen aus offenen Gewässern wie Flüssen und Seen geliefert. In den Quellen finden sich reichhaltige Informationen zu diesem Thema: Zum Beispiel gab es Untertanen, die für eine Summe von 100 polnischen Złoty zum Fischfang im Dunajec für die Bedürfnisse des Hofes verpflichtet waren und darüber hinaus 30 Lachse jährlich abliefern mussten.<sup>20</sup>

Großen Nutzen brachten den Krakauer Bischöfen die Waldbestände auf ihren Gütern. Vor allem lieferten die Wälder genügend Holz, das grundlegende Baumaterial, aber auch viel Brennholz, Wildbret, Beeren und Wildfrüchte; sie bildeten eine wichtige Futterquelle für die Zuchttiere und wurden außerdem für die Ökonomie des Bistums genutzt. An der Nutzung des Waldes waren die Gutsbesitzer wie die Bauern interessiert, aber er gehörte im Prinzip zum direkten Eigentum des Hofes und stand zu dessen alleiniger Verfügung. Er hatte außerdem die Kontrolle über die gesamte Waldwirtschaft. In den Wäldern vieler Herrschaften des Bistums entwickelte sich die Bienenzucht. Besonders günstige Bedingungen dafür besaß die Herrschaft Iłża, wo die Wälder 75 Prozent der Fläche darstellten. In zwölf Dörfern dieser Herrschaft befassten sich die Bauern mit der Waldbienenzucht, außerdem gab es in einem Dorf ein aus 13 Stöcken bestehendes Bienenhaus. Allerdings trugen die sich in diesem Gebiet ausbreitende Waldindustrie sowie wahrscheinlich die in dieser Zeit zuneh-

---

<sup>20</sup> Ebd., S. 142-149.

mende Klimaabkühlung zu einem baldigen Niedergang dieser Wirtschaftsform bei.<sup>21</sup>

Die zur Verfügung stehenden Quellen sowie ihr chronologischer und territorialer Umfang belegen, dass das weitreichende Territorium des Bistums Krakau ein vorzügliches Beispiel dafür ist, wie man sich in der schwierigen Krisenzeit vor und während des polnisch-schwedischen Kriegs in den verschiedenen Wirtschaftsregionen der damaligen Adelsrepublik zu helfen wusste. Für die Ökonomie des Bistums zwischen 1644 und 1668 zeigt sich, dass der Wiederaufbau nach den Kriegen Mitte des 17. Jahrhunderts recht schnell erfolgte.<sup>22</sup> Das galt insbesondere für größere Güter, in denen es leichter war, den Vorkriegsstand wiederherzustellen. Im Lichte des untersuchten Materials wurden keine größeren Veränderungen in der zu dieser Zeit dominierenden Getreidewirtschaft festgestellt und auch keine drastische Verringerung des Areals der bischöflichen Güter. Größere Veränderungen sind in den einzelnen, von uns unterschiedenen Wirtschaftsregionen erkennbar. Charakteristisch ist, dass der Getreideanbau in denjenigen Herrschaften auf einem guten Niveau gehalten werden konnte, in welchen reichere Böden vorherrschten – dort wurden zudem bei anspruchsvolleren Sorten wie Weizen und Gerste bessere Resultate erreicht (in den Herrschaften Rado und Dobrowoda).

Die Kriege in der Mitte des 17. Jahrhunderts verursachten keine großen Schäden in der Industrie des Bistums. Natürlich wurden Betriebe in Mitleidenschaft gezogen, aber in allgemeiner Bilanz kann man sagen, dass die Kriege den Bedarf an Produkten dieses Zweigs der Gutswirtschaft vergrößert haben. Besonders positiv wirkte sich das auf die Entwicklung der Rüstung im Altpolnischen Industrieviertel aus. Mit geringerem Erfolg arbeiteten während der „Schwedenflut“ drei Eisenhütten im Herzogtum Siewierz. Dort waren gewisse Verluste festzustellen.

Die natürlichen Bedingungen begünstigten auch die Entwicklung des Bergbau- und Hüttenwesens, eines Bereichs, dem die Krakauer Bischöfe besonderes Gewicht beimaßen. Es muss noch einmal wiederholt werden, dass sie damals gewissermaßen das technologische Mäzenat über die an Bodenschätzen reichen Gebiete ausgeübt haben. Die von ihnen mithilfe ausländischer Spezialisten eingeführten neuen Methoden entschieden in nicht geringem Maße über die Leistungsfähigkeit der untersuchten Güter in jener Zeit.

---

<sup>21</sup> Ebd., S. 149-153.

<sup>22</sup> Ebd., S. 279-293.



Eine wichtige Rolle zur Aufrechterhaltung des guten wirtschaftlichen Zustandes der Güter spielte zweifellos die Vor- und Fürsorge der Krakauer Bischöfe, die in zahlreichen, von uns im Text erwähnten Situationen bemüht waren, ihren Besitz vor Zerstörungen zu schützen und die Stationierung und Einquartierung von Militär auf ein Minimum zu reduzieren. Jedoch gelang dies nicht immer. Empfindliche Schäden und Zerstörungen trafen die Untertanen der Herrschaft Muszyna, denen durchziehende Reiterverbände 1658 ganze 24.449 Złoty abnahmen, um sich dann gleich im nächsten Jahr für über zehn Wochen dort „häuslich einzurichten“, was weitere 21.497 Złoty kostete.

Ein ähnliches Schicksal hatte das bischöfliche Wawrzeńczyce. Gravierend betroffen war ferner die materielle Substanz der Güter – bischöfliche Schlösser, Gutsgebäude, Gärten, Obstplantagen, Wiesen und dergleichen. Von den wichtigsten bischöflichen Residenzen blieben nur das Schloss in Bodzentyn und das Palais in Kielce unversehrt. In beträchtlichem Maße zerstört wurden Iłża und Lipowiec: Im September 1655 eroberten, besetzten und zerstörten die Schweden weitgehend das Schloss in Iłża, das jedoch schon im Jahr darauf restauriert werden konnte. Recht schnell erfolgte auch der Wiederaufbau des Schlosses und des Priestergefängnisses in Lipowiec. Auf Bemühen von Bischof Andrzej Trzebicki wurde bereits 1657 nach zweijähriger schwedischer Belagerung mit der Arbeit begonnen, und im Jahre 1668 befanden sich das Schloss und der neu errichtete Hof wieder in einem zufriedenstellenden Zustand.<sup>23</sup>

Vom Krieg betroffen war außerdem die Herrschaft Sławków. Der die Festung Jasna Góra belagernde General Burchard Müller hatte am 20. November 1655 von der Stadt Sławków unter Androhung von Feuer und Schwert gefordert, innerhalb von 15 Tagen (bis zum 5. Dezember) 1.200 Laib Brot, 40 Fässer Bier, 500 Scheffel Hafer, acht Ochsen, 80 Hammel, fünf Fässer Salz, vier Schweine, 60 Fäßchen Butter sowie Gänse und Hühner „nach Bedarf“ ins Feldlager bei Tschenstochau zu liefern. Nach dem Abzug der Schweden richtete die „Erhebung von Winterbrot“ durch sich dort aufhaltende Verbände des Großhofmarschalls und Feldhetmans der Krone Jerzy Sebastian Lubomirski im Jahre 1659 beträchtliche Schäden an. Die daraus resultierenden Verluste betrugen insgesamt 3.645 Złoty für die Stadt und 20.453,15 Złoty für die Herrschaft Sławków.<sup>24</sup> Nur

---

<sup>23</sup> AKKK, B.2, k. 94.

<sup>24</sup> ZDZISŁAW NOGA, Sławków w okresie nowożytnym, in: *Dzieje Sławkowa*, hg. v. FELIKS KIRYK, Kraków 2008, S. 147 ff.

geringe Schäden trug das Schloss in Siewierz davon, während die Industriewirtschaft dieses Herzogtums stärker gelitten hatte.

Die oben angeführten Beispiele für den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach den Kriegen Mitte des 17. Jahrhunderts zeugen von der imponierenden Rolle des Bischofs Andrzej Trzebicki auf diesem Gebiet, der als langjähriger Herrscher (vom 2. März 1658 bis zu seinem Tod in Kielce am 28. Dezember 1679) in einer für den polnischen Staat schwierigen Zeit wirkte, aber damit gut zurechtkam, wie dies auf der Grundlage des genauen, den Nachkriegszustand registrierenden Inventarverzeichnisses von 1668 konstatiert werden kann. Darin sind bereits Veränderungen erkennbar, die nicht nur eine Folge der Zerstörungen darstellten, sondern auch des Wiederaufbaus nach dem Kriege.

Wir hoffen, dass der vorliegende Text die zeitgenössische Tendenz widerspiegelt, die Grenzen der Forschungen über die Wirtschaft der Adelsrepublik und vor allem über die nur schwer zu beurteilende Zeit der Mitte des 17. Jahrhunderts auszuweiten. Denn wenn einer der größten Nachteile der früheren Studien zu diesem Problem in der Einengung der Quellengrundlage auf bloße Fiskalangaben bestand, dann scheint die Einführung von Dokumenten anderer Provenienz doch von prinzipieller Bedeutung für den Erfolg des begonnenen Vorhabens zu sein. Diese neuen Quellen erweitern nicht nur die Materialbasis, sondern verändern auch die Wahrnehmung der behandelten Thematik.

*Aus dem Polnischen von Herbert Ulrich*



## 4. DER KOMMUNISMUS IN DER KRISE



ANDREA KOMLOSY

## SYSTEMTRANSFORMATION ALS KRISENMANAGEMENT

DER RGW-UMBRUCH IM GLOBALEN KONTEXT,  
40 JAHRE DANACH (1973–2013)

Die Systemtransformation, die in den osteuropäischen Staaten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zum Systemwechsel zwischen 1989 und 1991 geführt hat, wird in diesem Beitrag als Zusammenspiel interner und externer Faktoren analysiert. Aus westlicher Perspektive schuf bereits die Weltwirtschaftskrise 1973/74 neue Anforderungen an eine Region, die sich der Kapitalverwertung partiell entzogen hatte (Absatz, Arbeitskräfte, Übernahmen, Ausschaltung von Konkurrenz). Im RGW-Raum versagte die Planwirtschaft dabei, die Produktivität mit den Vorstellungen einer modernen Konsumgesellschaft zusammenzuführen. Um die Modernisierungsschwächen zu überwinden, wurde der wirtschaftliche Austausch mit dem Westen erhöht. Die zum Ziel erklärte Angleichung an das westeuropäische Niveau gelang damit allerdings nicht. Seit Mitte der 1970er Jahre zeigten sowohl Produktionsindizes als auch Bruttoinlandsprodukt nach unten.

Bei der gebotenen Differenzierung zwischen den einzelnen Staaten folgte auf eine Phase der Ost-West-Kooperation in den 1970er und 1980er Jahren die Unterminierung des politischen Primats durch äußeren Druck, ökonomische Sachzwänge und anpassungswillige Eliten, die den Systemwechsel als Chance zur persönlichen Bereicherung oder zum sozialen Aufstieg erkannten. Die Transformation weckte die Hoffnung auf jene nachholende Modernisierung, die der Planwirtschaft nach dem Ende des Wiederaufbauzyklus nicht gelungen war. Der Zusammenbruch der alten Ordnung im Osten seit 1988/89 erwies sich dann als ein Experimentierfeld für den krisengeschüttelten westlichen Industrie- und Dienstleistungssektor, das sich in der Folge für den neoliberalen Umbau auch im Westen als wegweisend entpuppen sollte.

Als Einordnungsrahmen für die Weltwirtschaftskrisen 1973/74 und 2007/08 wird das Modell der „langen Wellen“ herangezogen.<sup>1</sup> Nach einem Rückblick auf die Rolle Osteuropas in den Konjunkturzyklen in den hundert Jahren zwischen den Weltwirtschaftskrisen von 1873 und 1973 liegt das Augenmerk auf den darauf folgenden 40 Jahren. Die Profit- und Verwertungskrise von 1973 leitete eine Anpassungsphase ein, die neue Bedingungen für die Kapitalakkumulation bot. Die Weltmarktintegration Osteuropas spielte dabei eine zentrale Rolle, die 1988/89 im Systemwechsel und 1991 in der Auflösung von RGW und Warschauer Pakt kulminierte.

Die Öffnung des Eisernen Vorhangs ermöglichte eine Markterweiterung. Gleichzeitig bedeutete die Übernahme, Zerschlagung und Umstrukturierung der realsozialistischen Industrie neue Güterkettenarrangements, in denen Osteuropa die Rolle der verlängerten Werkbank spielte. Dies erlaubte im Westen die Spezialisierung auf wissensbasierte Aufgaben sowie neue Leitsektoren und schuf die Voraussetzung für eine Phase globaler Erholung. Die Weltwirtschaftskrise 2007/08 bereitete diesem Aufschwung, der durch die Kapitalexpansion in den ehemals kommunistischen Staaten ermöglicht wurde, ein Ende. Die sogenannten *Subprime*-Kredite platzten als erstes in den USA und weiteten sich zur Krise aus, die sich auf sämtliche Weltregionen auswirkte. Das verstärkt die internationale Konkurrenz sowie die Absteckung von Einflussphären zwischen den Regionalblöcken. Dabei deutet sich die Verlagerung der globalen Hegemonie in den ostasiatischen Raum an.

40 Jahre nach der Weltwirtschaftskrise 1973/74, die die Integration Osteuropas in die kapitalistische Ökonomie einleitete, wird die Frage nach den Auswirkungen des Strukturbruchs nach dem Ende des Wiederaufbau-Zyklus vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise 2007/08 aufgegriffen. Außerdem werden die beiden Krisen in Hinblick auf ihre Folgen für die osteuropäischen Staaten sowie ihre Rolle im westlichen Krisenmanagement verglichen. Die in Osteuropa stattfindenden Transformationen lassen sich dann in ihrer Verbundenheit und Wechselwirkung mit denen im Westen diskutieren. Die Überlegungen beziehen sich dabei auf die osteuropäischen RGW-Staaten, nicht jedoch auf die Nachfolgestaaten der Sowjetunion, wobei das besondere Augenmerk auf Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn liegt, die ihre Aktivitäten seit 1991

---

<sup>1</sup> Vgl. Andrea Komlosy, Krisen, lange Wellen und die Weltsystemtheorie, in: Arbeitnehmerinteressen in Krisenzeiten, hg. v. Friedrich Ebert-Stiftung, Bonn 2015 (in Vorbereitung).

als Visegrád-Gruppe koordinieren. Für diese Staatengruppe ist auch der Begriff „Ostmitteleuropa“ gebräuchlich, insbesondere um sich selbst von Russland beziehungsweise der Sowjetunion abzugrenzen. Da die imaginierten Grenzen zwischen West, Mitte und Ost fließend und in ständiger Bewegung sind, wird hier der neutrale Osteuropabegriff vorgezogen.

### Krisen und lange Wellen

Lange Wellen bestehen – im Gegensatz zu den kürzeren Investitions- und Konjunkturzyklen – aus einem bisher rund 20 bis 25 Jahre währenden Aufschwung (auch als Kondratieff-A-Phase bezeichnet), der durch Ausweitung von Produktion und Nachfrage bei steigenden Preisen und Profitraten gekennzeichnet ist; diesem steht ein ebenso lang währender Abschwung (die Kondratieff-B-Phase) gegenüber, eingeleitet durch eine Profit- und Überproduktionskrise, in die der Aufschwung geführt hatte. Bei genauerem Hinsehen lässt sich eine *lange Welle*, ein Zyklus von Auf- und Abschwung, in vier Phasen untergliedern: Prosperität, Rezession, Depression und Erholung.<sup>2</sup>

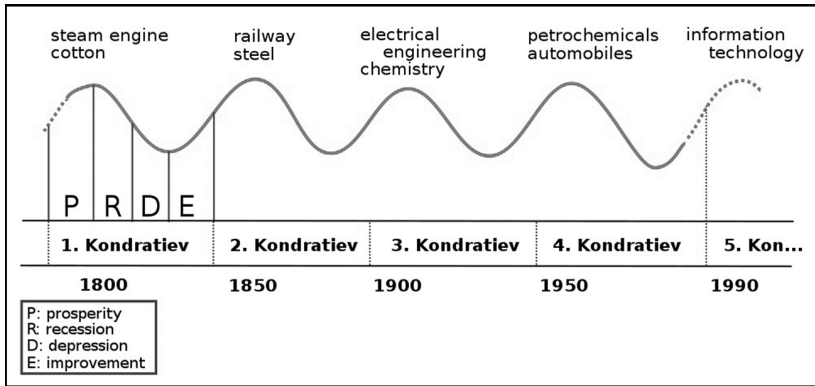
Historisch gesehen basierte jede A-Phase auf einer Leitindustrie. Diese stand in Verbindung mit bestimmten Technologien und Antrieben und spiegelte sich in wirtschaftspolitischen und institutionellen Rahmenbedingungen. Führt das Erstarken von Konkurrenten, der Anstieg der Arbeitskosten und die Sättigung der Märkte zum Sinken der Gewinnmargen, schlug die Prosperität in eine Krise (Rezession) um. Depressionsphasen bedeuteten verschärften Konkurrenzkampf für die Unternehmen. Da viele diesem nicht gewachsen sind, sind Depressionsphasen von Zusammenbrüchen gekennzeichnet, die Joseph Schumpeter als „schöpferische Zerstörung“ begreift,<sup>3</sup> denn sie eröffnen die Suche nach Erneuerung: Kostensenkungen und Rationalisierungen in bestehenden Branchen, Produktinnovationen in neuen Sektoren, Prozessinnovationen durch Erschließung neuer Technologien, Rohstoffe bzw. Substitute als Grundlagen für einen neuen Aufschwung.

---

<sup>2</sup> NIKOLAI KONDRATIEFF, Die langen Wellen der Konjunktur, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 56 (1926), H. 1, S. 573-609.

<sup>3</sup> JOSEPH A. SCHUMPETER, Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses, Göttingen 1961 (zuerst amerikanisch: Business Circles, New York / London 1939).



Übersicht 1: Die Phasen des Zyklus<sup>4</sup>

Die 1926 von Nikolai Kondratieff beschriebenen und nach ihm benannten Zyklen oder *langen Wellen* leiten sich aus Produktions-, Preis- und Lohnbewegungen des gewerblich-industriellen Sektors der jeweils führenden Industrieländer ab. Im Wesentlichen herrscht Konsens, dass der vierte Kondratieff-Zyklus in seiner A-Phase vom Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg gespeist war, der ungeahnte Nachfragepotentiale bei Konsumgütern mobilisierte und auf zahlreiche vor- und nachgelagerte Sektoren ausstrahlte.

An der Wende von den 1960er zu den 1970er Jahren sanken die Profitraten, was zusammen mit dem Anstieg der Erdölpreise in der Weltwirtschaftskrise 1973/74 kulminierte und das Ende des auf Massenkonsum, sozialer Wohlfahrt und sozialpartnerschaftlicher Konsensbildung beruhenden Modells einleitete, das auch unter der Bezeichnung „Fordismus“ firmiert.<sup>5</sup> Die nach Kondratieffscher Zählart fünfte lange Welle durchlebte ihre A-Phase in den Jahren 1990 bis 2007 und kippte mit der Weltwirtschaftskrise seit 2007 in die Rezession, in der wir uns trotz kurzfristigen regional und sektoral verlaufenden unterschiedlichen Erholungen nach wie vor befinden. Die Prosperität des fünften Kondratieff-Zyklus beruhte auf einer kurzen Gründerzeit, die im Boom von Telekommunikation, IT-

<sup>4</sup> Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Kondratjew-Zyklus> (7.1.2013).

<sup>5</sup> Vgl. ANDREA KOMLOSY, Krise und lange Wellen. Langfristige Bewegungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft, in: Lunapark21. Zeitschrift zur Kritik der politischen Ökonomie 12 (2010), S. 66-69.

Sektor und Biotechnologien sowie in neuen Güterkettenarrangements manifest wurde.<sup>6</sup>

Ob 1990 tatsächlich eine neue A-Phase begann, ist in der Wirtschaftswissenschaft allerdings höchst umstritten. Die Nähe zur unmittelbaren Gegenwart erschwert die unbefangene Einschätzung der Entwicklung, die in vieler Hinsicht von den bisherigen Beobachtungen abweicht. Skeptiker argumentieren, dass die postfordistische Depression bis heute nicht überwunden – und im Rahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft auch nicht überwindbar – und die 1973 einsetzende B-Phase mit konjunkturellen Schwankungen nach wie vor im Gange ist.<sup>7</sup> Immanuel M. Wallerstein führt dafür ins Treffen, dass das Ansteigen von Arbeitskosten (aufgrund von Urbanisierung), Materialkosten (aufgrund der Erschöpfung bzw. Verteuerung von Ressourcen) sowie Steuern die für die zyklische Erneuerung erforderliche Kostensenkung nicht mehr zuließen; er deutet die allorts sichtbaren Krisenzeichen als Anfang vom Ende des historischen Kapitalismus.<sup>8</sup> Auch wenn die Perspektive, das kapitalistische System durch eine sozial gerechte Weltordnung zu überwinden, verlockend klingt, halte ich das Ende der systemimmanenten Erneuerungsfähigkeit keineswegs für ausgemacht. Die Tendenz zur Verschiebung der weltwirtschaftlichen Wachstumsdynamik in Schwellenländer, die als neue Industrieländer zunehmend auch auf Forschung und Entwicklung, Bildung, tertiäre Aktivität und Ausweitung von Massenkonsum setzen und mehr Einfluss und Gestaltungsmöglichkeit in internationalen Organisationen einfordern, deutet keineswegs auf ein Ende, sondern eine regionale Neuordnung der Akkumulation hin. André Gunder Frank fasst diesen Prozess als „ReOrientierung“.<sup>9</sup>

Das Modell der *langen Wellen* bezieht sich auf die zyklische Abfolge von Krisen und Konjunkturen in den westlichen Industriestaaten seit dem Übergang zum Fabriksystem an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert.

---

<sup>6</sup> ERICH STREISSLER / GUNTHER TICHY, *How to Forcast Economic Developments During and After Crises*, Wien 2012.

<sup>7</sup> So Immanuel M. Wallerstein zuletzt in der Einleitung zum vierten Band seines „Modernen Weltsystems“: IMMANUEL M. WALLERSTEIN, *Der Siegeszug des Liberalismus 1789–1914*, Wien 2012, S. 14; vgl. auch KARL-HEINZ ROTH, *Die globale Krise*, Hamburg 2009, und WINFRIED WOLF, *Sieben Krisen – ein Crash*, Wien 2009.

<sup>8</sup> IMMANUEL M. WALLERSTEIN, *Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts*, Wien 2002.

<sup>9</sup> ANDRÉ GUNDER FRANK, *Orientierung im Weltsystem. Von der Neuen Welt zum Reich der Mitte*, Wien 2005; vgl. auch ULRICH MENZEL, *Die Ordnung der Welt*, Frankfurt a. M. 2015.

Es gilt also nur für die Zentren der globalen Ökonomie. Bringt man die langen Wellen allerdings mit der ungleichen Raumstruktur des kapitalistischen Weltsystems in Verbindung, spiegeln die Zyklen nicht nur die jeweils dominierenden Leitsektoren und Technologien wider, sondern auch die Großregionen, in denen diese entwickelt wurden und die ihre führende Rolle in der Weltwirtschaft auf diese bauen.

Grundsätzlich werden A-Phasen von der Profitabilität in der Realwirtschaft getragen. Der Fall der Preise und Profitraten in der Rezession hingegen bewirkt die Suche nach Rationalisierungs- und Kosteneinsparungspotentialen.<sup>10</sup> Das begünstigt den Kapitalexport in periphere Regionen, die als Ressourcenquelle oder Billiglohnstandorte erschlossen werden. Deren Indienstnahme und Inwertsetzung stellt einen zentralen Mechanismus der Krisenüberwindung dar, die im Zentrum eine auf neuen Leitprozessen und Leitsektoren basierende Wachstumsphase einleitet. Die Abfolge von Prosperität, Rezession, Depression und Erneuerung erfordert es, auch periphere Regionen in den Blick zu nehmen: Welche Rolle spielen diese in Aufschwung-Phasen? Inwiefern ändert sich die Arbeitsteilung, wenn sie in Krisenzeiten stärker in die Weltwirtschaft integriert werden? Im vorliegenden Beitrag werden diese Fragen in Hinblick auf Osteuropa gestellt.

### Osteuropa und die langen Wellen vor 1973

Die in Betracht stehende Region gehörte an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert dem preußischen, dem österreichischen und dem russländischen Imperium an. In dem Maße, wie die Habsburgermonarchie und Russland ihr Herrschaftsgebiet im Schwarzmeer- und im Balkanraum auf Kosten des Osmanischen Reichs ausdehnten, umfasste sie auch ehemalige Gebiete der „europäischen Türkei“. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sowie nach 1918 gingen aus den Reichen Nationalstaaten oder multinational zusammengesetzte Staaten wie Jugoslawien hervor, von denen allerdings nur ein Teil im späteren RGW vereinigt wurde, dem unser Hauptinteresse gilt. Keines der Reiche gehörte zu den Zentren der Weltwirtschaft, und als Semiperipherien waren sie in unterschiedlichem Maße erfolgreich beim Nachholen der Modernisierungen, die von der westeuropäischen Industrie als Maßstab für Konkurrenzfähigkeit vor-

---

<sup>10</sup> GIOVANNI ARRIGHI, *The Long 20<sup>th</sup> Century. Money, Power and the Origins of Our Time*, London / New York 1994.

gegeben wurden. Noch mehr als für die Kerngebiete der Reiche galt diese Rückständigkeit für deren Rand-, Grenz- und Erweiterungsregionen, die aufgrund von Rivalitäten und Absprachen, die auch das Osmanische Reich und Schweden einschlossen, oftmals die staatliche Zugehörigkeit wechselten.

Insofern die Regionen zwischen Ostsee, Schwarzem Meer und unterer Donau, die zwischen deutschen Fürstenstaaten und der Habsburgermonarchie im Westen sowie dem Russländischen Reich im Osten gelegen waren, im „langen 19. Jahrhundert“ von den Metropolen dieser Reiche beherrscht wurden, stellten sie politische Peripherien dar. In allen Fällen wurde die Macht von einer ethnisch-sprachlichen Gruppe ausgeübt, die in der Region nur als Minderheit oder überhaupt nur als Verwalter ansässig war. In seiner kleinräumigen Strukturierung zeichnete sich Osteuropa nicht nur durch ethnisch-sprachliche Vielfalt aus, die häufig mit der sozio-kulturellen Zugehörigkeit korrelierte, sondern auch durch vielfältige gewerbliche Mittelpunkte: Diese konzentrierten sich in Sachsen, Nordböhmen, Nordmähren und Schlesien, im Raum Prag und Brünn. Die spätere Tschechoslowakei und die DDR unterschieden sich von den anderen osteuropäischen RGW-Staaten daher maßgeblich durch ihre alten gewerblich-industriellen Traditionen. Weiter nördlich, östlich und südlich spielten Exportgewerbe kaum eine Rolle, allerdings existierten im slowakischen Erzgebirge und im Karpatenbogen regionale Zentren des Bergbaus und der Metallverarbeitung.

Diese Teile Osteuropas waren vornehmlich agrarisch geprägt. In wirtschaftlicher Hinsicht erfüllten die osteuropäischen Regionen in der nationalökonomischen Konsolidierung ihrer Imperien die Rolle innerer Peripherien.<sup>11</sup> Nicht die Ausbildung endogener Potenziale stand im Vordergrund der von den jeweiligen Metropolen ausgehenden und von den lokalen Eliten eingeforderten Modernisierungsmaßnahmen, sondern die Übernahme von Ergänzungs- und Ausgleichsfunktionen für die Zentren.<sup>12</sup>

---

<sup>11</sup> Zur Definition, Operationalisierung des Konzepts vgl. die von Hans-Heinrich Nolte herausgegebenen Bände mit zahlreichen Fallstudien: HANS-HEINRICH NOLTE, *Internal Peripheries in European History*, Göttingen / Zürich 1991; DERS., *Europäische Innere Peripherien im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1997; DERS., *Innere Peripherien in Ost und West*, Stuttgart 2002.

<sup>12</sup> Für die Habsburgermonarchie vgl. ANDREA KOMLOSY, *Innere Peripherien als Ersatz für Kolonien? Zentrenbildung und Peripherisierung in der Habsburgermonarchie*, in: *Zentren, Peripherien und kollektive Identitäten in Österreich-Ungarn*, hg. v. ENDRE HÁRS u. a., Tübingen / Basel 2006, S. 55-78; für das Kronland Galizien KLEMENS KAPS, *Galizisches Elend revisited. Wirtschaftsentwicklung und überregionale Arbeitsteilung in einer*

Die Weltwirtschaftskrise 1873 verstärkte aufgrund der Verwertungsschwierigkeiten in den Zentralräumen das Interesse an Peripherien, sowohl in Hinblick auf die Beschaffung von Rohstoffen als auch die Errichtung fabrikindustrieller Produktionsstätten an kostengünstigen Standorten. Dies erforderte verstärkte infrastrukturelle Erschließung und ging mit erhöhtem Kapitalbedarf einher. Mit Direktinvestitionen in Bahnbau, Stadtentwicklung und Unternehmensgründung wurde der Kapitalexport zu einem bestimmenden Faktor: Er ermöglichte die Modernisierung vor Ort, setzte mit Tilgungen, Zinszahlungen und Gewinntransfers aber gleichzeitig einen Kapitalrückfluss aus den Peripherien in die Zentren in Gang.

Der Kapitalexport in innere Peripherien und osteuropäische Erweiterungsgebiete des österreichisch-ungarischen und des Deutschen Reiches glich in seiner Struktur und Funktion dem klassischen Imperialismus der westeuropäischen Seemächte. Er war eine Antwort auf die Weltwirtschaftskrise, die die A-Phase der ersten Gründerzeit beendete und eine B-Phase einleitete, die mit der Suche nach neuen Wachstumssektoren, Technologien und Antriebskräften, der Expansion des Welthandels sowie mit einer Neuordnung der globalen Güterketten einherging. Die Neuordnung während der Depression bereitete die nächste A-Phase vor (1896–1914), die auch als zweite Gründerzeit bezeichnet wird. Im Fall der Habsburgermonarchie, die – abgesehen von Konzessionsgebieten in der chinesischen Hafenstadt Tianjin – über keine kolonialen Besitzungen verfügte, können die ost- und südosteuropäischen Erweiterungsräume als ein Ersatz für überseeische Kolonien angesehen werden;<sup>13</sup> im Fall des Deutschen Reiches wurden über die inneren Peripherien hinaus in den 1880er Jahren auch Kolonien in Afrika und in der Südsee erschlossen.<sup>14</sup> Das russische Reich hing in seinen Bemühungen um nachholende Modernisierung stark von westeuropäischen Investoren und Know-how ab, nahm gegenüber dem Kaukasus und Zentralasien jedoch eine kolonisierende Rolle ein.<sup>15</sup> Anders

---

Grenzregion der Habsburgermonarchie (1772-1914), in: Zeitschrift für Weltgeschichte (hiernach: ZWG) 14 (2013), H. 2, S. 53-80; für Polen DARIUSZ ADAMCZYK, Polens halbperiphere Stellung im internationalen System: Eine Long-Run-Perspektive, in: ZWG 2, H. 2, S. 79-90.

<sup>13</sup> KOMLOSY, Innere Peripherien.

<sup>14</sup> SEBASTIAN CONRAD, Globalisierung und Nation im Deutschen Kaiserreich, München 2006, S. 74 ff., 124 ff.

<sup>15</sup> HANS-HEINRICH NOLTE, Tradition des Rückstands: ein halbes Jahrtausend „Russland und der Westen“, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 78 (1991), H. 3, S. 344-364.

als in den polnischen Teilungsgebieten Österreichs und Preußens, die in Hinblick auf Sozialprodukt und Industrieproduktion unter den Schlusslichtern ihrer Reiche rangierten, gehörten Russisch-Polen und das Baltikum zu jenen Gebieten des Zarenreichs mit der am höchsten entwickelten Industrieproduktion. Sie dienten zudem als Kontakträume zum Westen.

Sehen wir von den südosteuropäischen Staaten ab, die im Zuge des Niedergangs des Osmanischen Reichs mit west-, zentraleuropäischer und/oder russischer Rückendeckung staatliche Unabhängigkeit erlangten, erreichte in Osteuropa im 19. Jahrhundert nur Ungarn mit dem „Ausgleich“ von 1867 politische Autonomie. Dessen Regierung war daher in der Lage, nach 1867 die nachholende Entwicklung zu fördern und die Abhängigkeit vom Agrarexport zu reduzieren. Budapest positionierte sich als nationales Zentrum mit einer modernen Verarbeitungsindustrie, war dabei jedoch auf Kapitalimport aus der österreichischen Reichshälfte angewiesen. Die finanzielle Abhängigkeit wurde allenfalls dadurch gemildert, dass österreichische durch westeuropäische Kredite ersetzt wurden. In den ländlichen Regionen hingegen dominierte der agrarische Großgrundbesitz, dem im Ausgleich für den Zollschatz für österreichische und böhmische Industrieprodukte ein geschützter Binnenmarkt für Agrarprodukte zur Verfügung stand.<sup>16</sup>

Die Möglichkeit einer eigenständigen staatlichen Wirtschaftspolitik eröffnete sich für ostmitteleuropäische Staaten vom Baltikum bis zur Tschechoslowakei erst mit den Staatsgründungen von 1918.<sup>17</sup> Mit Ausnahme letzterer, die in den böhmischen Ländern bereits über entwickelte industrielle Strukturen verfügte, bemühten sich die Regierungen um den Aufbau eines möglichst kompletten Branchenspektrums im Rahmen der staatlichen Grenzen. Eine Angleichung an die alten Industrieländer gelang jedoch nicht. Umstellungsprobleme in den neuen Territorien, Mangel an Kapital und Know-how, die kurze Zeit bis zur Weltwirtschaftskrise 1929/31 sowie die deutschen Begehrlichkeiten nach der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 durchkreuzten die Entwicklungspläne und verwandelten die osteuropäischen Staaten – manche unter Mitwirkung, andere gegen die Absichten ihrer Regierungen – in Ergänzungsräume für

---

<sup>16</sup> IVÁN BEREND / GYÖRGY RANKI, *Underdevelopment and Economic Growth. Studies in Hungarian Social and Economic History*, Budapest 1979.

<sup>17</sup> DIETER SEGERT, *Die Grenzen Osteuropas. 1918, 1945, 1989 – Drei Versuche im Westen anzukommen*, Frankfurt a. M. / New York 2002; ALICE TEICHOVA, *Kleinststaaten im Spannungsfeld der Großmächte. Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit*, Wien 1988; am Beispiel Polens ADAMCZYK, *Polens halbperiphere Stellung*, S. 83-89.

den deutschen Großraum, Aufmarschgebiete und Bündnispartner für den Krieg gegen die Sowjetunion.<sup>18</sup> Dieses Integrationsprojekt scheiterte mit der deutschen Kapitulation.

Die anschließende Zugehörigkeit zur sowjetischen Einflussphäre entzog die Region – bei aller Heterogenität der wirtschaftlichen Entwicklung und des Übergangs zum realen Sozialismus, der die Volksdemokratien prägte – dem westlichen Zugriff. Der Erfolg des Sozialismus als Strategie nachholender Entwicklung war einerseits durch das Embargo des Westens bestimmt, das keine Alternative zur Integration innerhalb des RGW zuließ, andererseits durch die Nachkriegs- und Wiederaufbaukonjunktur (in der Kondratieff A-Phase), die unabhängig von der ordnungspolitischen Ausrichtung in West und Ost Wachstums- und Modernisierungspotenziale eröffnete.<sup>19</sup> Die „Wirtschaftswunder“ ähneln einander daher, auch wenn Ausgangsbasis, Kriegszerstörungen, Reparationen und Ausschluss von US-amerikanischer Wiederaufbauhilfe in Osteuropa den Start erschwerten.

Umgekehrt erwies sich die besondere Form der planwirtschaftlichen Steuerung und autoritären Mobilisierung als Bedingung des Erfolgs nachholender Industrialisierung. Die Schubkraft erlahmte Ende der 1960er Jahre, als die technologische Erneuerung und die Motivation der Arbeiterschaft zur Leistungs- und Produktivitätssteigerung mit den rigiden Kommandostrukturen in Konflikt gerieten. Während der Prager Frühling 1968 diese Blockade im „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ durch innere Transformation zu überwinden trachtete, setzten die anderen osteuropäischen RGW-Staaten verstärkt auf Wandel durch Technologieimport aus dem Westen – im Kalkül, die aufgenommenen Kredite durch Ausfuhren zurückzahlen zu können. Diese Idee scheiterte an den Bedingungen der Planwirtschaft und der mangelnden Exportfähigkeit osteuropäischer Waren, am Embargo des *Coordinating Committee on Multilateral Export Controls* (COCOM), das westlichen Staaten den Export von Hochtechnologie nach Osteuropa untersagte, sowie an der dort fehlenden Aufnahmebereitschaft für Waren aus dem RGW-Raum. Anstelle eines *up-grading* spiegelten die Warenstruktur im West-Ost-Handel sowie die Unternehmenskooperationen die abhängige Rolle wider, die die osteuropäischen

---

<sup>18</sup> TEICHOVA, Kleinststaaten, S. 186-198.

<sup>19</sup> ANDREA KOMLOSY / HANNES HOFBAUER, Peripherisierung und nachholende Entwicklung in Osteuropa in historischer Perspektive, in: ZWG 10 (2009), H. 2, S. 99-134; SEGERT, Die Grenzen Osteuropas; DARIUSZ ADAMCZYK, Polen, „nachholende Entwicklung“ und die Rhythmen der Globalisierung im 20. Jahrhundert, in: ZWG 13 (2012), H. 2, S. 75-90; DERS., Polens halbperiphere Stellung, S. 79-90, hier S. 81 f.

Staaten als Exporteure von Roh- und Halbfertigwaren sowie – teilweise – als Zulieferer und verlängerte Werkbank für westliche Auftraggeber einnahmen. Der Weg in die Verschuldung war damit vorgezeichnet.

## Osteuropa und die langen Wellen nach 1973

### 1. Die Wende als Zusammenspiel innerer und äußerer Faktoren (1973–1989)

Es gibt keinen Zweifel daran, dass das Ende des Sowjetkommunismus und seiner militärischen und wirtschaftlichen Bündnissysteme eine maßgebliche Zäsur in den einzelnen Ländern sowie im internationalen System bewirkt hat. Innerhalb der Staaten wurde damit der politische Primat außer Kraft gesetzt, der wirtschaftliche und soziale Fragen zwar nicht unbeeinflusst, jedoch gegen die Logik des Marktes zu regulieren erlaubte. Staatsmonopole, Kapitalverkehrskontrollen, Lohn- und Preisfestsetzungen, Investitionsentscheidungen und Außenhandel nach Planvorgaben waren damit hinfällig. Dem gesamten Regelwerk der Steuerungs- und Verteilungsmechanismen der realsozialistischen Gesellschaft wurde von einem Tag auf den anderen jede Grundlage entzogen. Dies führte einen regellosen Zustand herbei, der ungeahnte Unsicherheit mit der Gefahr des sozialen Absturzes, aber auch ungeahnte Chancen der Bereicherung und des sozialen Aufstiegs beinhaltete.

Die Umgangsweisen damit fielen sehr unterschiedlich aus. Einerseits wurden alte Gewohnheiten beibehalten. Da alles erlaubt war, konnten andererseits gut positionierte, informierte und vernetzte Akteure zu abenteuerlichen Bereicherungsbeutezügen ansetzen, in marxistischer Terminologie: ursprüngliche Akkumulation betreiben. Um sich des frisch Akkumulierten zu vergewissern, brachten die Neureichen vieles außer Land in Sicherheit. Wer nicht so gut positioniert war, musste – wenn bisherige regelmäßige Einkommensquellen ausblieben – dasselbe auf niedrigem Niveau tun: der so genannte Kioskkapitalismus, wie die meist informell aus dem Boden schießenden Kleinstunternehmen im Handel und im Dienstleistungssektor aufgrund ihrer prekären Arbeitsstätten bezeichnet wurden, brachte zwar für viele keine nennenswerten Profite, erfreute sich aber großer Beliebtheit.

So sehr die Wende neue Lebensumstände und geopolitische Konstellationen schuf: Die Vorstellung eines plötzlichen, gar überraschenden Umbruchs wird der Prozesshaftigkeit des Geschehens nicht gerecht. Tat-



sächlich handelte es sich dabei um einen längerfristigen Prozess, der sich politisch im Systemwechsel manifestierte, im ökonomischen Bereich jedoch bereits in den 1970er Jahren eingeleitet wurde. Den Auftakt bildete das Ende der Wiederaufbauphase, das in Ost und West bereits Ende der 1960er Jahre erste Krisen auslöste. Die Ölpreiserhöhungen 1973 waren schließlich der Anlass für eine weltweite Rezession.

Aus westlicher Perspektive kann diese als zyklische Verwertungskrise mit Profitklemme angesehen werden, die durch Ausweitung von Märkten, Produktionsverlagerungen an Billiglohnstandorte, Rationalisierung und die Suche nach neuen Technologien und Leitsektoren zu überwinden versucht wurde. Eine Begleiterscheinung der Krise war die Finanzialisierung, die angesichts sinkender Renditeerwartungen in der Realwirtschaft die Spekulation am Kapitalmarkt begünstigte und in der Folge neue Finanzprodukte schuf. Das wiederum begründete eine virtuelle Ökonomie, die der Realwirtschaft zusätzlich Kapital – und als Folge weitere Rendite entzog. Zunächst bot das Veranlagung suchende Geld jedoch die Möglichkeit, die nachholende Industrialisierung, die durch die Auslagerung der industriellen Massenproduktion an Billiglohnstandorte angestoßen wurde, mit Kapital zu versorgen. Die niedrigen Zinsen begünstigten in den Peripherien der Weltwirtschaft die Bereitschaft zur Aufnahme von Krediten. Im Rahmen der neuen internationalen Arbeitsteilung wurden auch osteuropäische RGW-Staaten als verlängerte Werkbänke erschlossen.

Die Regierungen einiger osteuropäischer Staaten waren an westlichen Krediten zu diesem Zeitpunkt interessiert, um ihren Kurs nachholender Modernisierung fortzusetzen. Sie hatten in den 1950er und 1960er Jahren nach sowjetischem Vorbild die Schwer- und Grundstoffindustrie forciert und die Konsumgütererzeugung vernachlässigt. Nun waren sie aus eigener Kraft nicht in der Lage, den Übergang von der extensiven Phase auf eine intensive Phase des Wachstums zu vollziehen. Von Kapitalimport und Unternehmenskooperationen erhofften sie sich technologische Impulse und die Überwindung von Innovationsschwächen.<sup>20</sup> Die Öffnung gegenüber dem Westen war daher von Kreditaufnahmen begleitet. Dies betraf in erster Linie Polen, Ungarn und Rumänien; die Tschechoslowakei und die DDR verfügten über größere eigene Forschungs- und Innovationskapazitäten; zudem war die DDR seit dem Beginn der Entspannungspolitik der 1970er Jahre in den innerdeutschen Handel einbezogen. Bulga-

---

<sup>20</sup> „Zarte Bande“. Österreich und die planwirtschaftlichen Länder, hg. v. GERTRUDE ENDERLE-BURCEL u. a., Wien 2006, mit Länderstudien zur systemübergreifenden Zusammenarbeit.

rien wies eine ungewöhnliche Kombination agrarischer Verhältnisse mit hoch entwickelten technologischen Kapazitäten auf, deren Einsatz auf die Sowjetunion orientiert war und die in den vorhandenen Industriebetrieben keine entsprechende Anwendungsmöglichkeit vorfanden.<sup>21</sup>

Sämtliche osteuropäischen RGW-Staaten intensivierten in den 1970er Jahren den Handel mit dem Westen. Vor diesem Hintergrund traten die am stärksten im Ost-West-Handel involvierten Staaten dem *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT) bei, von dem sie bei der Gründung 1947 noch ausgeschlossen waren (Polen 1967, Rumänien 1971, Ungarn 1973). Da der Außenhandel weiterhin der Planung und staatlichen Kontrolle unterlag, kamen zentrale Elemente des GATT, wie die Meistbegünstigung für Zölle und der Abbau quantitativer Beschränkungen, allerdings noch nicht zur vollen Anwendung. Auch die westlichen Staaten setzten die in den GATT-Verträgen festgeschriebene Öffnung ihrer Märkte für Importe aus den osteuropäischen Mitgliedsstaaten nur mit großen Einschränkungen um. Mengenquotierungen und Einfuhrbeschränkungen wurden aufrechterhalten, um die nationalen Märkte gegen Billigimporte zu schützen. Im 1974 abgeschlossenen Multifaserabkommen, dem auch die osteuropäischen GATT-Mitglieder beitraten, nahmen die westlichen Industriestaaten etwa den gesamten Textil- und Bekleidungssektor von der Handelsliberalisierung aus, um die einheimische Textilindustrie zu schützen. Zudem blieb das COCOM-Embargo weiterhin aufrecht und unterband High-Tech-Exporte in den Osten.<sup>22</sup>

In Hinblick auf die Regulierung des Schuldendienstes erfolgte der Beitritt zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank (Rumänien 1972, Ungarn 1982, Polen 1986). Reformeliten aus den Kaderschmieden der Kommunistischen Parteien bemühten sich, Freiräume für private Initiativen zu schaffen, von denen sie sich höhere Produktivität, größere Loyalität sowie die Überwindung von Lieferengpässen erwarteten. Am weitesten vorangeschritten war dies in Polen durch die Zulassung von Privatunternehmen und die Bildung von Joint Ventures mit ausländischen Partnern sowie in Ungarn durch die sogenannte zweite Ökonomie. Letztere ermöglichte es den Beschäftigten von Staatsunternehmen, die betrieblichen Einrichtungen (Räume, Maschinen, Land) außerhalb der Kern-

---

<sup>21</sup> Transformationsprobleme Bulgariens im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. ULF BRUNNBAUER, München 2007.

<sup>22</sup> ANDREA KOMLOSY, Österreichs Brückenfunktion und die Durchlässigkeit des Eisernen Vorhangs, in: „Zarte Bande“, S. 73-105, hier S. 93.

arbeitszeit für private Aufträge auf eigene Rechnung zu nutzen.<sup>23</sup> So vollzog sich ein langsamer Übergang zu einer Marktwirtschaft, die durch ihre Einbettung in die im Realsozialismus aufgebauten Sicherheiten von Ausbildung, Arbeitsplatzgarantien und sozialer Versorgung den Eindruck entstehen ließ, dass die Vorzüge der beiden Systeme sich einfach miteinander kombinieren ließen, wenn der entsprechende Reformwille nur vorhanden war. Im Zuge der wachsenden Verschuldung sowie der Veralbstandigung marktwirtschaftlicher Elemente ging die Chance, die Öffnung zum Weltmarkt zu steuern, allerdings verloren. Damit folgte auf die ökonomische Reform die politische Wende.

## 2. Der Transformationsschock (1989–1993)

Die osteuropäischen Bevölkerungen versprachen sich von der Wende, sofern sie sie nicht als Bedrohung und Verunsicherung wahrnahmen, mehr politische und wirtschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten. Diese Hoffnung beruhte auch dann, wenn sie mit der Forderung nach weniger Staat und politischem Eingriff verbunden war, auf der Erfahrung, dass die sozioökonomische Entwicklung prinzipiell lenkbar war. Diese Steuerungskapazität wurde mit dem Ende des realen Sozialismus jedoch aus der Hand gegeben. Was weiter passierte, hing in viel stärkerem Ausmaß als bisher von den wirtschaftlichen und politischen Kräfteverhältnissen ab; dabei befanden sich die osteuropäischen Staaten angesichts von politischem Umbruch, Führungslosigkeit, Regellosigkeit, Naivität und Bereicherungssucht der Eliten in einer ungünstigen Konkurrenzposition.

Westliche Unternehmen hingegen sahen im Wegfall der Regel- und Steuerungsmechanismen ein Opportunitätsfenster aufgehen. Zuvor hatten sie beim Zukauf von Vorleistungen oder der Auslagerung einer Produktion in einen osteuropäischen Betrieb zwar von dessen niedrigem Lohn bei gleichzeitig hohem Qualifikationsniveau profitieren können, weil die Kosten für Gehälter, Ausbildung und Sozialpolitik vom Staat getragen wurden; auf betriebswirtschaftliche Entscheidungen in den Staatsbetrieben, geschweige denn auf arbeits- und sozialrechtliche Bedingungen hatten sie als Auftraggeber jedoch keinen Einfluss. Erwarb ein westlicher nun im Zuge der Privatisierung den osteuropäischen Partner, konnte er zum Bei-

---

<sup>23</sup> Vgl. ESZTER BARTHA, *Alienating Labour. Workers on the Road from Socialism to Capitalism in East Germany and Hungary*, Oxford / New York 2013; MICHAEL SWAIN, *Collective Farms Which Work?*, Cambridge 1985. – In der Tschechoslowakei, der DDR und in Bulgarien gab es keine vergleichbaren Reformen.

spiel dergestalt in die Unternehmensstruktur eingreifen, dass nur das weitergeführt wurde, was sich – kostengünstig – in die Güterkette einbauen ließ; die Fertigungstiefe und Breite der Kombinate, die vom Rohstoff über Forschung und Entwicklung bis zum fertigen Produkt alle Stufen der Produktion vereint hatten, wurden so zugunsten der Ausrichtung auf die Zulieferung an eine von westlichen Konzernzentralen und Auftraggebern bestimmte Güterkette aufgegeben. Und das auch nur, sofern das Unternehmen mangels Käufer-Interessenten nicht ohnehin geschlossen oder nach der Privatisierung als unerwünschte Konkurrenz liquidiert wurde, wie zahlreiche Beispiele belegen.<sup>24</sup>

Für die Privatisierung von Staatsvermögen wurden unterschiedliche Privatisierungsmodelle angewandt.<sup>25</sup> Bei der Treuhandprivatisierung durch staatliche Verkaufsagenturen kamen westliche Firmen durch direkten Verkauf von lukrativen Unternehmensteilen zu Eigentum. Aber auch die Kuponprivatisierung, die die Überführung von Staatsbesitz in Volksaktien vorsah, mündete fast zwangsläufig in der Konzentration des kleinen Aktienbesitzes in Fonds, von wo dieser auf den Kapitalmarkt gelangte, wo er für ausländische Übernahmen zur Verfügung stand.

Was auf die eine oder andere Art nicht verkäuflich war, blieb dem Staat; oft fiel es binnen kurzer Zeit der Liquidierung anheim; in anderen Fällen, etwa im Rohstoff- und Energiesektor, wurde die Produktion aufrechterhalten, um den Privatsektor mit billigen Vorleistungen zu unterstützen. Während die Einführung der kapitalistischen Marktwirtschaft von ihren Proponenten in der öffentlichen Meinung gerne mit der Absenz von Planung in Verbindung gebracht wird, liefen Planung und Einflussnahme im Hintergrund auf Hochtouren. In einer strukturell offenen Situation wie dem Kollaps des Realsozialismus war es umso wichtiger, die ordnungspolitischen Weichen so zu stellen, dass keine unerwünschten Richtungsentscheidungen getroffen wurden.

---

<sup>24</sup> Vgl. HANNES HOFBAUER, *EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen*. Wien 2007, S. 268-272, sowie die Branchenstudien zur Textil- und Bekleidungsindustrie: GARY GEREFFI / OLGA MEMEDOVIC, *The Global Apparel Value Chain. What Prospects for Upgrading by Developing Countries?*, Wien 2003; BETTINA MUSIOLEK, *Made in ... Osteuropa. Die neuen „fashion Kolonien“*, in: *Kampagne für saubere Kleidung*, hg. v. *Terre des Femmes*, Berlin 2002; REGINA BARENDT / BETTINA MUSIOLEK, *Workers' Voices. The Situation of Women in the Eastern European and Turkish Garment Industries*, Meißen 2005.

<sup>25</sup> HANNES HOFBAUER, *Wendejahre in Osteuropa. Zusammenbruch, Transformation, Wirtschaftskrise*, hg. v. Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, ISW-Spezial Nr. 23, München 2009, S. 17.

Was die marktwirtschaftliche Ausrichtung und die liberale Demokratie anlangte, gab es einerseits einen Gleichklang der Interessen externer westlicher Akteure, oft „internationale Gemeinschaft“ genannt, und der im Zuge der politischen Wende an die politische Macht gelangten osteuropäischen Regierungen. Letztere hielten die westlichen Auflagen für wohlgemeinte Ratschläge, die sie meist aus freien Stücken aufgriffen. Andererseits bestanden trotz der Bereitschaft zur Übernahme des westlichen Modells die Vorstellung und der Wille, den Transformationsprozess im Sinne nationaler Interessen zu gestalten. Aus westlicher Perspektive hingegen ging es in erster Linie um Markterweiterung, sowohl beim Bezug von Vorprodukten und im Absatz als auch bei Übernahmen und in der Auftragsfertigung. Im Spannungsverhältnis dieser unterschiedlichen Erwartungshaltungen erfolgten die ersten ordnungspolitischen Weichenstellungen nach der Wende.

Das hohe Ausmaß an staatlichem und kollektivem Eigentum, die Zuweisung von Land, Kapital und Betriebsmitteln an Unternehmen und Kommunen, die Zuteilung von Grund und Boden, Wohnraum, Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, Sozialleistungen und knappen Gütern an Personen war in realsozialistischen Gesellschaften nicht nur von Finanzmitteln und Kaufkraft abhängig: nicht-marktmäßige Mechanismen spielten eine zentrale Rolle, wobei der Betrieb ein zentrales Scharnier der Vermittlung darstellte; Mängel im Rahmen des regulären Zuteilungssystems wurden durch persönliche Beziehungsnetzwerke wettgemacht. Nachdem diese Mechanismen durch die Wende außer Kraft gesetzt wurden, galt es, sie durch Marktmechanismen zu ersetzen.

Zunächst war ein freier Arbeitsmarkt herzustellen. Das bedeutete, das Recht auf Arbeit, das in vielen Fällen auch als Zwang empfunden wurde, abzuschaffen. Es kam zur Aufkündigung von Arbeitsplatzsicherheit, zu Flexibilisierung, Mobilisierung und Entlassung der Arbeitskräfte. Die ältere Generation wurde in die unterbezahlte Rente abgeschoben, wo Inflation die Ersparnisse dezimierte, die jüngere Generation durch die schlechte Lage am Arbeitsmarkt und die niedrigen Löhne in die Arbeitsmigration gedrängt. Viele aus der mittleren Generation trieb der Verlust von Zukunftsperspektiven in die Verzweiflung.

Der demographische Einbruch, hinter dem sich die Flucht in Alkoholumismus, Depression, Gewalt oder Freitod verbarg, ging als sogenannte *Transition Mortality* in die Sozialstatistik ein. Die Sterblichkeit lag 1993 in den osteuropäischen Staaten zwischen fünf (Ungarn, Polen) und elf bis

zwölf Prozent (Bulgarien, Rumänien) höher als 1989.<sup>26</sup> Bei der Privatisierung durch Restitution bestand das Problem, dass der Besitz in den meisten Fällen nicht mehr in der Form existierte, in der er verstaatlicht oder in genossenschaftliches Eigentum überführt worden war. Restitutionstitel beinhalteten oft nur einen Rechtsanspruch auf Staatseigentum. So wurden vor allem im landwirtschaftlichen Bereich Staatsbetriebe zur Bedienung von Restitutionsansprüchen zerstückelt, während im Fall von Genossenschaften die Rückgabe an Voreigentümer oder die Umwandlung in eine Kapitalgesellschaft gelang.

In der Frage, inwieweit auch vertriebene Deutsche in der Tschechoslowakei, Polen und Ungarn, aber auch in der Slowakei und in Rumänien restitutionsberechtigt seien, wurde zugunsten der Eigentumstransfers nach der sozialistischen Machtergreifung entschieden, die die Vertriebenen und Umsiedler aufgrund der Potsdamer Beschlüsse (1945) ausschloss.<sup>27</sup> In den meisten Ländern sollten Übergangsfristen gewährleisten, dass es zu keinem Ausverkauf von Grund, Boden und Immobilien an ausländische Eigentümer kam. Diese konnten allerdings relativ leicht durch Strohmänner und Taschenverträge umgangen werden, sodass ausländische Interessenten vielfach zum Zug kamen.

Im Zuge des Privatisierungsprozesses entstand ein Kapitalmarkt, der das unverkäufliche, oft überschuldete Staatseigentum als „schlechtes“ Eigentum beim Staat beließ, und „gutes“, weil veräußerbares Eigentum auf den Markt brachte. Um die Mobilisierung und die freie Beweglichkeit von Kapital sowie die Konvertibilität der Währungen zu ermöglichen, wurden das Bankensystem, Finanzprodukte und -institutionen nach westlichem Vorbild umgebaut. Realsozialistische Wirtschaften begnügten sich mit einem einfachen Bankensystem: Sparkassen verwalteten das private Sparaufkommen; Geschäftsbanken versorgten Unternehmen mit Krediten und wickelten den Zahlungsverkehr ab; Nationalbanken stellten die Währung bereit und besorgten den internationalen Zahlungsverkehr. Es gab keine Börse, keine Finanzprodukte und nur ein geringes Ausmaß an Bankdienstleistungen. In dieses Vakuum konnten westeuropäische Banken problemlos vorstoßen: Dies erfolgte in der Regel durch Übernahme einer bestehenden Bank, mit der nicht nur Filialnetz und Kundenstock, sondern auch Immobilienbesitz verbunden waren; defizitäre Beteiligungen

---

<sup>26</sup> Crisis in Mortality, Health and Nutrition. Regional Monitoring Report Nr. 2, hg. v. UNICEF, Florence 1994, S. 35 f.

<sup>27</sup> Eine Ausnahme war die DDR, wo nach der Eingliederung in die Bundesrepublik Deutschland sämtliche Vorbesitzer als restitutionsberechtigt angesehen wurden.

hingegen wurden zuvor ausgesondert und in staatliche Schulden umgewandelt. Auf dieser Basis wurde die Angebotspalette erweitert. Aufgrund mangelnder Sicherheiten von Einzelkunden stellte der Hypothekarkredit die am weitesten verbreitete Form der privaten Kreditaufnahme dar. Binnen weniger Jahre befand sich der osteuropäische Bankensektor in ausländischen Händen: 2001 betrug der Anteil (berechnet auf der Basis der Bilanzsumme) in Tschechien, der Slowakei und Bulgarien zwischen 70 und 80 Prozent, in Polen 70 und in Ungarn 60 Prozent.<sup>28</sup>

Kapital-, Waren- und Dienstleistungsmärkte wurden von den politischen Eingriffen befreit, die die Allokation von Ressourcen in der Produktion, die Festsetzung der Preise, subventionierte Abgabe sowie das – durch Reformen allerdings längst gelockerte – Außenhandelsmonopol des Staates mit sich brachten. Dies bedeutete, dass sich das Waren- und Dienstleistungsangebot von den Planvorgaben wegentwickelte. Markt-offensiven ausländischer Anbieter, mangelnde Konkurrenzfähigkeit osteuropäischer Waren gegenüber Weltmarktprodukten im Verein mit Eigentumswechsel sowie Schließung und Zerschlagung von Unternehmen setzten örtliche Anbieter einem massiven Verdrängungswettbewerb aus. Westwaren genossen hohes Prestige. Dazu kamen Übernahme und Monopolisierung des Einzelhandels durch westliche Handelskonzerne, die ihren Lieferanten Vorrang gewährten. Nur wenige Ostmarken konnten sich unter den neuen Bedingungen behaupten – und wenn, so war dies häufig mit der Übernahme durch ausländische Eigentümer verbunden. Es setzte ein Wandel der Konsumgewohnheiten ein, weil vieles, was bisher durch offizielle Zuteilungen oder Beziehungen zu niedrigen Preisen erhältlich war, nun käuflich erworben werden musste. Die Kaufkraft wurde zu einer entscheidenden Zugangsschranke der gesellschaftlichen Partizipation. Nicht immer entsprach das Angebot der Nachfrage, sodass sich ein Konsumtourismus in nahe der Grenze gelegene westliche Städte entwickelte. Ob sich die Menschen die Produkte überhaupt leisten konnten, stand auf einem anderen Blatt, sodass neue Beziehungsnetzwerke und Selbstversorgungsquellen aktiviert wurden.

Einschneidende Veränderungen gab es auch im Sozialsystem. Absicherung war im realen Sozialismus ein Grundrecht, das die öffentliche Hand bereitstellte und das jedem Bürger zustand. Mit der Herausbildung eines

---

<sup>28</sup> Bankenvergleich Mittel- und Osteuropa 2001, hg. v. Bank Austria-Creditanstalt, Wien 2002; vgl. auch HANNES HOFBAUER, *Wendejahre in Osteuropa. Zusammenbruch, Transformation, Wirtschaftskrise*, hg. v. Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung, ISW-Spezial Nr. 23, München 2009, S. 19.

freien Arbeitsmarktes stellte man auf das im Westen übliche Prinzip um, das den Anspruch an einen sozialversicherungsberechtigten Arbeitsplatz koppelte. Damit fielen all jene aus dem öffentlichen sozialen Netz, die keine reguläre Anstellung hatten. Den staatlichen Versicherungen mangelte es zudem an ausreichenden Mitteln zur Bedienung der Ansprüche. Sie bedurften daher massiver staatlicher Zuschüsse – ohne sie befanden sie sich in einem dementsprechend armseligen Zustand. In diesem Moment brachte die Privatisierung den Versicherungsgesellschaften massenhafte Kundschaft. Durch die gesetzliche Verpflichtung, eine zweite, private Rentenversicherung abzuschließen, wie dies seit 1997 etwa in Ungarn<sup>29</sup> oder wenig später in der Slowakei<sup>30</sup> der Fall war, wurde ihnen diese geradezu zugewiesen. Nun hing die Leistung allerdings von der Kapitaldeckung ab – der Anfang eines nunmehr über den Markt vermittelten Zweiklassen-Systems. In dem Maße, in dem sich die Beiträge auf die zweite, private Säule verschoben, dünnte die Versorgung durch die erste, staatliche Säule aus.

Die Daten, die das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche für die *Countries in Transition* erhebt und jährlich im „Handbook of Statistics“ publiziert, vermitteln Ernüchterung:<sup>31</sup> Das Pro-Kopf-Produkt der sechs ehemaligen osteuropäischen RGW-Staaten (ohne DDR, getrennte Berechnungen für Tschechien und die Slowakei) ging 1991 im Vergleich zum Vorjahr zwischen ein (Landesteil Tschechien) und 11,5 Prozent (Polen) zurück; 1992 zwischen sieben (Polen) und 14 Prozent (Landesteile Tschechien und Slowakei), 1992 zwischen 2,5 (Polen) und zehn Prozent (Rumänien). Während die Talfahrt 1993 für Bulgarien (-2,5 %), Tschechien (-1,0 %), die Slowakei (-4 %) und Ungarn (-1 %) weiter anhielt, trat in Polen (+4 %) und Rumänien (+1,0 %) eine Stabilisierung ein.

---

<sup>29</sup> DERS., Ungarns Wirtschaftspolitik unter „Fidesz“: Sozial-national oder gulasch-faschistisch?, in: Lunapark 21. Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie 21 (Frühjahr 2013), S. 12-15.

<sup>30</sup> HANNES HOFBAUER / DAVID X. NOACK, Slowakei. Der mühsame Weg nach Westen, Wien 2012, S. 152, 206.

<sup>31</sup> Das Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) erhebt seit 1978 sozioökonomische Daten. Von 1978 bis 1990 wurden diese als *COMECON Data* publiziert. 1991–2004 liegen Daten für die *Countries in Transition* vor, die seit 2005 als *Central, East and Southeast Europe* bezeichnet werden; hier WIIW Handbook of Statistics Countries in Transition 1995, Wien 1995; vgl. auch HOFBAUER, Wendejahre, S. 13-16.



Tabelle 1: Prozentuale Veränderung der Industrieproduktion 1990 bis 1994 (jeweils im Vergleich zum Vorjahr):<sup>32</sup>

	1990	1991	1992	1993	1994
Bulgarien	-16	-22	-16	-11	+ 5
Polen	-24	-12	+ 4	+ 7	+ 12
Rumänien	-19	-23	-22	+ 1	+ 3
Slowakei	- 3	-24	-14	-11	+ 6
Tschechien	- 3	-24	-15	- 5	+ 2
Ungarn	-10	-17	-10	+ 4	+ 9

Eine Rückkehr zu positivem Wachstum war erst 1994 zu beobachten. Eine Ausnahme stellte Polen dar, wo die Wende *de facto* bereits 1988 einsetzte und die Stabilisierung der Industrieproduktion bereits 1992 eintrat. Begleitet war der Produktionseinbruch von der Steigerung der Konsumentenpreise, die in Polen (1990: 585 %), Bulgarien (1991: 340 %) und Rumänien (1992: 210 %) hyperinflationäre Züge annahm. Nehmen wir das Jahr 1990 als Ausgangspunkt, so stiegen die Konsumgüterpreise bis 1994 auf 231 (Tschechien), 247 (Slowakei), 241 (Ungarn), 435 (Polen), 2845 (Bulgarien) und 7887 Prozent (Rumänien).

Die ersten Jahre nach der Wende waren nicht nur durch einen Einbruch der Produktion in allen Sektoren der Wirtschaft und die Freisetzung von Arbeitskräften gekennzeichnet, sondern auch durch die totale Unsicherheit der Menschen, wie mit diesem Umbruch umzugehen sei. Die Euphorie über das Ende der weithin ungeliebten Parteiherrschaft ließ viele Menschen dennoch gute Miene zu ihren schlechten Erfahrungen machen. In der Hoffnung auf eine baldige Besserung ihrer Lage waren sie bereit, die Bürde der von ihnen geforderten Flexibilisierung und Mobilisierung auf sich zu nehmen.

### 3. Atempause (1993–1997/98)

Nach vollzogenem Eigentümerwechsel schien die Talfahrt vorerst gebremst. Von einem niedrigen Niveau ausgehend, wie es sonst nur durch Kriegseinwirkung zustande kommt, konnten positive Zuwachsraten erzielt werden. Während die Eigentümerschaft und die Struktur der

<sup>32</sup> Ebd.

Unternehmen in Hinblick auf Zuliefer- und Marktnischen umgebaut wurden, machte sich in Regierungskreisen und der Öffentlichkeit, die im Übrigen sukzessive von Medien in ausländischem Besitz geformt wurde, die Erwartung auf Erholung durch EU-Förderung breit: Programme zur wirtschaftlichen Umstrukturierung (PHARE), Infrastrukturförderung (ISPA), ländlichen Entwicklung (SAPARD) und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (INTERREG) sollten der Heranführung an die Europäische Union dienen. Gegenüber dem Kahlschlag, den die Veräußerung und Liquidierung von Staatsbetrieben zuvor mit sich gebracht hatten, waren es Tropfen auf den heißen Stein – aber sie eröffneten Handlungsperspektiven. Diese waren zwangsläufig damit verbunden, Austausch und Arbeitsteilung im RGW-Raum zugunsten einer Ausrichtung auf westliche Staaten zu ersetzen.

Die ersten Jahre nach dem Transformationsschock waren hier und dort von Bemühungen der Regierungen gekennzeichnet, den Umbau des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems im jeweiligen nationalen Interesse zu begleiten. Da die privatkapitalistische Eigentumsordnung als Voraussetzung für Demokratie und ein westliches Entwicklungsmodell galten, erschien Privatisierung notwendig für Erfolg. Mangels einheimischer Kapitalkraft wurden ausländische Investoren angesprochen, denn man setzte in sie Hoffnungen wirtschaftlicher Modernisierung und westlicher Produktivitäts- und Qualitätsstandards.

Die Möglichkeiten, Auslandskapital zu mobilisieren, waren von Land zu Land verschieden. Sie hingen davon ab, welche Anlagen überhaupt vorhanden waren, zu welchem Preis und zu welchen Konditionen. Im Bemühen, einander bei den Bedingungen für Investoren zu überbieten, kam es zu einer massiven Verschleuderung von Vermögen; beim Staat verbliebene Unternehmensschulden vergrößerten das Defizit. Dazu kam, dass viele Auftraggeber oder Übernehmer gar nicht daran dachten, die vollen Kapazitäten der Anlagen auszunützen, sondern nur jene Abteilungen weiterführten, die sich kostengünstig in ihre eigene Konzernstruktur und in die globale Güterkette eingliedern ließen. Dies war insbesondere in der Konsumgüterindustrie der Fall, deren voll integrierte Kombinate in verlängerte Werkbänke verwandelt wurden. Konkret hieß dies etwa, dass ein Textilunternehmen, das vom Rohstoff bis zum fertigen Kleidungsstück sämtliche Entwicklungs- und Verarbeitungsprozesse kontrollierte, nach der Übernahme nur mehr als Standort für das Nähen interessant war. Da dies der arbeitsaufwändigste Arbeitsschritt war, machte sich die Lohndifferenz hier am deutlichsten bezahlt. Übernahmen gingen vielfach auch mit Auslagerungen an Zulieferbetriebe einher, die als

Subunternehmen in kleinen Werkstätten oder in Heimarbeit zu noch geringeren Löhnen zu arbeiten bereit waren.<sup>33</sup>

Die sogenannten Europa-Abkommen, die zwischen 1991 und 1996 mit allen osteuropäischen EU-Beitrittskandidaten geschlossen wurden,<sup>34</sup> sollten diese an den Westen heranführen. Sie sorgten außerdem dafür, dass den EU-Staaten daraus keine Konkurrenz erwuchs: So blieben westeuropäische Märkte für Agrarexporte verschlossen. Im Textilbereich wurden durch die sogenannten OPT-Abkommen (*Outward Processing Trade*) zwar die Einfuhrzölle auf Textilien aus osteuropäischen Staaten aufgehoben – allerdings nur unter der Bedingung, dass es sich nicht um Finalprodukte, sondern um Stücke handelte, die im passiven Veredelungsverkehr entstanden waren. Diese Sonderverträge setzten die Quoten, die Ursprungsregeln und die Zolleskalation außer Kraft, denen die osteuropäischen Staaten bis dahin als Teilnehmerinnen der Multifaser- bzw. Welttextilabkommen (1974–2005) unterlagen.<sup>35</sup> Osteuropäische Textilien erhielten allerdings privilegierten Zutritt zu den Märkten der EG-Staaten. Die OPT-Abkommen legten diese jedoch ausdrücklich auf die Zulieferrolle in den unteren Segmenten der Güterketten fest, in denen die Lohndifferenz am stärksten ins Gewicht fiel. Die westeuropäische Textilindustrie konnte angesichts des verschärften Wettbewerbs aus den asiatischen Schwellenländern nur dann überleben, wenn sie einerseits stark rationalisierte, andererseits die arbeitsintensiven Teile der Produktion nach Osteuropa verlagerte – eine Strategie, die zum raschen Einbruch der Beschäftigung in der westlichen Textil- und Bekleidungsindustrie führte. Sie räumte damit im Schumpeterschen Sinne das Terrain für die Konzentration auf neue Wachstumsbranchen – regionale und soziale Schief lagen, die aus der mangelnden Vermittelbarkeit der arbeitslos gewordenen Textilarbeiterschaft in diesen Sektoren resultierten, miteingerechnet.

In Branchen hingegen, in denen osteuropäische Produkte als Konkurrenz galten, setzten andere Mechanismen ein, um diese vom Markt zu verdrängen. Der freie Wettbewerb nahm dabei mitunter direkte Interven-

---

<sup>33</sup> GEREFFI, MEMEDOVIC, *The Global Apparel Value Chain*; MUSIOLEK, *Made in ... Osteuropa*; BARENDT / MUSIOLEK, *Workers' Voices*; LEONHARD PLANK / CORNELIA STARITZ, *Globale Produktionsnetzwerke und „prekäres Upgrading“ in der Elektronikindustrie in Mittel- und Osteuropa. Die Beispiele Ungarn und Rumänien*, in: *Globale Güterketten. Weltweite Arbeitsteilung und ungleiche Entwicklung*, hg. v. KARIN FISCHER u. a., Wien 2010, S. 179–200.

<sup>34</sup> HOFBAUER, *EU-Osterweiterung*, S. 68.

<sup>35</sup> ANDREA KOMLOSY, *Weltmarkttextilien: Globale Güterketten im historischen Wandel*, in: *Globale Güterketten*, S. 76–97, hier 83 f.

tionen in Anspruch, etwa wenn polnische oder slowakische Rüstungsexporte als illegaler Waffenhandel blockiert und damit das Feld für westliche Exporte geöffnet wurde.<sup>36</sup> Schließlich ließen die Embargobestimmungen gegenüber Jugoslawien, Irak und Libyen die traditionellen Exportmärkte osteuropäischer Unternehmen wegbrechen. Auch die engen Lieferverbindungen mit der ehemaligen Sowjetunion und anderen RGW-Staaten wurden durch die Umstellung auf Devisenhandel unterbrochen. Das ungarische Unternehmen Ikarus, das den gesamten RGW-Raum mit Autobussen versorgt hatte, verlor mit dessen Zusammenbruch seine Absatzmärkte. Da die osteuropäischen Staaten ihren Zahlungsverpflichtungen in Devisen nicht nachkommen konnten, drang der Internationale Währungsfonds auf Lieferstopp und versetzte damit diesem Flaggschiff der ungarischen Industrie den Todesstoß.<sup>37</sup>

Ganz generell kann festgestellt werden, dass westliche Unternehmen nichts unversucht ließen, um den Fortgang der Transformation in ihrem Interesse zu beeinflussen. Liberale Vordenker stellten sich als Präsidenten- und Regierungsberater zur Verfügung und entwarfen die Strategien, die bei der Privatisierung der Gewinne und der Sozialisierung der Kosten und Verluste zur Anwendung kamen. Als prominenter Fall kann der IWF-Berater Jeffrey Sachs angeführt werden, der 1989 der polnischen Regierung von Tadeusz Mazowiecki und dessen Finanzminister Leszek Balcerowicz zur Seite stand.<sup>38</sup>

Relevante Investoren bildeten in den einzelnen Staaten Lobbygruppen, die direkt in den Verlauf der Privatisierung sowie der Gesetzgebung intervenierten.<sup>39</sup> Die *American Chamber of Commerce* gründete Niederlassungen in Ungarn, in der Slowakei und in Polen. Das entsprechende Pendant auf westeuropäischer Ebene bildete der *European Round Table of Industrialists* (ERT) mit Ablegern, die in den einzelnen Staaten die gemeinsamem westeuropäischen Interessen wahrnehmen, so etwa das *Hungarian European Business Council* (HEBC). Ähnliche Initiativen auf na-

---

<sup>36</sup> HOFBAUER / NOACK, Slowakei, S. 78; HANNES HOFBAUER, Die Diktatur des Kapitals. Souveränitätsverlust im postdemokratischen Zeitalter, Wien 2014.

<sup>37</sup> HANNES HOFBAUER, Marktwirtschaft in Ungarn: Eine Fehlplanung, in: Ungarn im Umbruch, hg. v. DELAPINA FRANZ u. a., Wien 1991, S. 39-65, hier 62 ff.

<sup>38</sup> HOFBAUER, EU-Osterweiterung, S. 110.

<sup>39</sup> Kamil Dolhun, Aufbruch von der Peripherie. Ostmitteleuropa in der Habsburgermonarchie und in der Europäischen Union, Diplomarbeit Universität Wien 2014, S. 163, 169, 179; vgl. auch ARJAN Vliegenthart, Transnational Actors and Corporate Governance in ECE: the Case of the EU and the Czech Republic, in: State and Society in Post-Socialist Economies, hg. v. JOHN PICKELS, New York 2008, S. 47-68, 57.

tionalstaatlicher Ebene betrieben die Handelskammern aus Großbritannien und Deutschland. In Ungarn hatten sich die in Joint Ventures involvierten Westfirmen bereits 1986 zur *Joint Venture Organisation* (JVO) zusammengeschlossen, um ihre Gruppeninteressen länderübergreifend zu vertreten. In Polen setzten sich das *Centre for International Private Enterprise* (CIPE) sowie das Institut zur Förderung der Demokratie durch Stärkung der Marktorientierung für die freundliche Aufnahme von ausländischen Direktinvestitionen ein – unterstützt durch westliche *Think Tanks*, parteinahe Stiftungen, Banken und internationale Finanzinstitutionen. Die *Polish Information and Foreign Investment Agency* lieferte vergleichende regionale Standortanalysen, vor denen die Investitionsentscheidungen getroffen werden konnten. In der Tschechischen Republik bemühte sich Finanzminister Pavel Mertlik um die Einbindung ausländischer Investoren in die 1999 zur Privatisierung der Staatsbetriebe gegründete Revitalisierungsagentur, scheiterte aber in diesem Punkt trotz Rückendeckung durch die EU-Kommission am Widerstand seines sozialdemokratischen Ministerkollegen Miroslav Grégr.

Regierungen bewegten sich in den ersten Jahren nach dem Wende-schock in einer Art Trance. In der Hoffnung auf Entwicklungsimpulse durch ausländische Übernahmen waren sie bereit, den Kaufinteressierten die Filetstücke der realsozialistischen Unternehmen zu billigen Preisen zu überlassen; sie versuchten, ihnen jeden Wunsch von den Augen abzulesen und überboten einander in der Zusage von Steuerfreiheit, Infrastrukturkosten und Gewinntransfers. Um die Folgen der Kündigungen und Einkommensverluste abzufedern und keinen sozialen Protest aufkommen zu lassen, wurden die sozialen Kosten quasi als *bad assets* ins Budget übernommen. Während Leszek Balcerowicz, polnischer Finanzminister von 1989 bis 1991, mit Rückendeckung des IWF fast „staatsstreichartig“<sup>40</sup> seine Schocktherapie durchzog, musste die Sozialversicherung die sozialen Härten der Reform abfedern. Entlassene Beschäftigte wurden scheinbar großzügig ins Pensionssystem übernommen. Die Pensionsausgaben stiegen von 6,5 Prozent des BIPs im Jahr 1989 auf 14,7 Prozent im Jahr 1992. Zwischen 1989 und 1996 nahmen die Frühpensionierungen um 46, die Invaliditätsrenten um 22 Prozent zu.<sup>41</sup>

---

<sup>40</sup> DOROTHEE BOHLE / BÉLA GRESKOVITS, *Capitalist Diversity on Europe's Periphery*, Ithaca (London) 2012, S. 196; vgl. auch JOACHIM BECKER, Der Drang nach Osten: Wirtschaftliche Interessen und geopolitische Strategien, in: *Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen*, 2008, Nr. 4, S. 5-29.

<sup>41</sup> BOHLE / GRESKOVITS, *Capitalist Diversity*, S. 153; Dolhun, *Aufbruch*, S. 175 f.

Die Pensionierungen sollten der Massenarbeitslosigkeit in ähnlicher Weise gegensteuern wie die Aufrechterhaltung der im Staatsbesitz verbliebenen Kohlegruben, die zudem die Privatindustrie mit billiger Energie versorgten.<sup>42</sup> Dies hatte lediglich aufschiebende Wirkung: Nachdem die Renten das Budget überforderten, wurde die Verpflichtung zur privaten Vorsorge eingeführt, die die Kosten auf die Beitragszahlenden abwälzte, dabei jedoch gleichzeitig den Markt für private Versicherer eröffnete.<sup>43</sup>

In Ungarn ging das radikale Spar- und Privatisierungspaket der sozial-liberalen Koalition unter Finanzminister Lajos Bokros (1995/96) mit der Ausweitung von Invaliditätspensionen (+49 %) und Frühpensionen (+20 %) einher. Als es das Sozialsystem an die Grenzen der Finanzierbarkeit trieb, wurden Sozialleistungen abgebaut und die Pensionskassen privatisiert.<sup>44</sup> In der Slowakei nahm die Transformation unter den Regierungen von Vladimír Mečiar (1992–1998) größere Rücksichten bei der Aufrechterhaltung der Beschäftigung wie der Arbeits- und Sozialgesetzgebung, sodass dem Pensionssystem keine so große Bedeutung als Auffangbecken zukam – diese erhielt es erst unter der radikal-liberalen Regierung von Mikuláš Dzurinda (1998–2006), die mit der Senkung von Steuern, Lohn- und Sozialkosten um westliche Investoren warb. Die explodierende Arbeitslosigkeit überlastete das Sozialsystem, das in der Folge ebenfalls der Privatisierung anheimgestellt wurde.<sup>45</sup> Auch in der Tschechischen Republik waren die Regierungen von Václav Klaus (1992–1998) – trotz Bekenntnissen zum Marktliberalismus – darum bemüht, die sozialen Folgen von Privatisierung und Verkauf an ausländische Investoren durch staatliche Eingriffe und Ausgleichsmechanismen im Zaum zu halten. Dies ließ sich seit 1997 gegenüber dem Druck ausländischer Investoren, die Liberalisierung, Investitionsanreize und Sparpakete einforderten, nicht mehr durchsetzen; der Umbau in Richtung eines Wettbewerbsstaates, der seinen Erfolg an die Interessen und Bedingungen des Auslandskapitals band, wurde schließlich von der sozialdemokratischen Regierung unter Miloš Zeman (1998–2002) umgesetzt.<sup>46</sup>

---

<sup>42</sup> HOFBAUER, EU-Osterweiterung, S. 116 f.

<sup>43</sup> Dolhun, Aufbruch, S. 176.

<sup>44</sup> BOHLE / GRESKOVITS, Capitalist Diversity, S. 155; Dolhun, Aufbruch, S. 165; HOFBAUER, EU-Osterweiterung, S. 86.

<sup>45</sup> HOFBAUER / NOACK, Slowakei, S. 152.

<sup>46</sup> JAN DRAHOKOUPIL, The Politics of the Competition State. The Agents and Mechanisms of State Transnationalization in Central and Eastern Europe, in: The Transnationalization of Economics, States, and Civil Societies. New Challenges for Governance in

Der Handlungsspielraum der osteuropäischen Regierungen war durch die grundsätzliche Entscheidung, eine auf ausländische Direktinvestitionen gegründete Anbindung an den Weltmarkt einzuschlagen, recht gering. In der Unterordnung unter westliche Vorgaben waren die Regierungen aber selbst dann erstaunlich willfährig, wenn sie eigenständige nationale Interessen verfolgten. Verstanden sie sich als direkte Erfüllungshelfer, wie dies wohl am krassesten unter dem ultraliberalen Leszek Balcerowicz der Fall war, kann ohnehin von einem Gleichklang der Interessen gesprochen werden. In Tschechien und der Slowakei, die durch das vergleichsweise niedrigere Niveau der Verschuldung weniger erpressbar waren, wurden einheimische Interessen mit größerem Nachdruck verfolgt; da sozialistische Zielsetzungen auch hier diskreditiert waren, bedeutete dies für die von Arbeitsplatzverlust und Sparprogrammen geplagte Bevölkerung vor allem die Abmilderung oder Verzögerung sozialer Härten. Einheimische Privatisierungsgewinner bildeten eigene Lobbygruppen, die ihren Einfluss auf Regierungen geltend machten und ebenso wie die internationalen Lobbys diese berieten oder unter Druck setzten. Ein Beispiel stellt der 1993 gegründete slowakische *Think Tank* M.E.S.A. 10 dar, der sich für Einschränkung staatlicher Aufgaben und Öffnung der Märkte einsetzte. Aus diesen Kreisen rekrutierte sich die ultraliberale Ministerriege, die nach dem Wechsel zur Regierung Dzurinda 1998 ans Ruder kam.<sup>47</sup>

Dass in der Wirtschaftspolitik ein gewisser Handlungsspielraum bestand, der unterschiedliche politische Strategien in der Steuerung der Transformation erkennen ließ, ist freilich nicht nur der osteuropäischen Seite geschuldet. Westliche Investoren nutzten die Öffnung zwar als Expansionsfenster und nahmen durch den Übernahmewettbewerb Positionen für die weitere Entwicklung ein. Gleichzeitig gab es angesichts des massenhaften sozialen Abstiegs und der Härten für die Bevölkerung Unwägbarkeiten über die zukünftige politische Ausrichtung der Staaten. Die Unerfahrenheit der Politiker sowie die Unzufriedenheit breiter Bevölkerungskreise führten fast bei jeder Wahl zu einem Wechsel der Regierung. An der grundsätzlichen Ausrichtung an kapitalistischen Freiheiten und liberaler Demokratie hat sich allerdings nirgends etwas geändert. Dennoch: Es war nicht ausgeschlossen, dass der parteienübergreifende Konsens, die Wahrung der Kapitalinteressen als oberste Leitlinie politi-

---

Europe, hg. v. LÁSZLO BRUSZT / RONALD HOLZHACKER, New York 2009, S. 135-155, hier S. 153; vgl. auch Dolhun, *Aufbruch*, S. 159.

<sup>47</sup> HOFBAUER / NOACK, Slowakei, S. 151.

schen Handels zu akzeptieren, an Grenzen stoßen könnte. Daher galt es, die Transformation im ökonomischen und sozialen Bereich in der Rechtsordnung abzusichern. Das Instrument zur Intervention in die nationale Gesetzgebung bot der Beitrittsprozess zur Europäischen Union.

#### 4. Rechtsangleichung im Beitrittsprozess (1998–2004/2007)

Eine zentrale Voraussetzung für die Herstellung und die Übernahme von Markt war die Durchsetzung von Rechts- und Investitionssicherheit. Die Beseitigung kommunistischer Kader war dafür eine notwendige, jedoch keine ausreichende Bedingung. Genauso wichtig war es, den daraus hervorgehenden Freiraum in eine Richtung zu beeinflussen, die Osteuropa dem westlichen Krisenmanagement nutzbringend eröffnete. Diesem Ziel diente der Prozess der EU-Osterweiterung. Sie begann mit den ersten Anträgen auf Mitgliedschaft im Jahr 1994, trat mit der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit acht osteuropäischen Staaten in den Jahren 1998 beziehungsweise 2000 in eine konkrete Umsetzungsphase und mündete in die Beitrittsrunden von 2004 (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn), 2007 (Rumänien und Bulgarien) sowie 2013 (Kroatien).

Endabsicht war die Übernahme des EU-Ziel- und Rechtsrahmens, des *Aquis communautaire*, der mit jedem einzelnen Beitrittskandidaten in bilateralen Verhandlungen umgesetzt wurde.<sup>48</sup> Übergeordnete Voraussetzung für die Inangriffnahme der einzelnen Verhandlungskapitel bildeten die in Kopenhagen 1993 formulierten Kriterien: „institutionelle Stabilität“, „funktionsfähige Marktwirtschaft“, die Verpflichtung, „sich die politischen Ziele der Union [...] zu eigen zu machen“. Neben der Übernahme der „vier Freiheiten“ (des Kapital-, Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehrs) wurden die Beitrittskandidaten zur Privatisierung, zur Verwaltungs- und Justizreform, zur Einhaltung von Budget- und Schuldendisziplin, zur Öffnung des Sozialversicherungswesens für den Kapitalmarkt sowie zur Liberalisierung von Gesundheitsversorgung, Wohnen und Bildung verpflichtet.

Noch bevor die Verhandlungen endeten, waren bereits die Weichen in militärischer Hinsicht gestellt. Sämtliche Kandidaten der ersten beiden Runden waren zwischen 1999 und 2002 der NATO beigetreten. Die ersten neuen Mitglieder – Polen, Tschechien und Ungarn – nahmen auch am Einsatz der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien 1999 teil,

---

<sup>48</sup> HOFBAUER, EU-Osterweiterung, S. 80.



der ohne UN-Mandat stattfand und daher gegen das Völkerrecht verstieß. Ihre geopolitische Bündnistreue war also unter Beweis gestellt, noch bevor sie die EU-Mitgliedschaft erhielten. Die Kompatibilität mit den westlichen Interessen wurde in doppelter Hinsicht abgesichert. Die Rahmenbedingungen waren nun klar vorgegeben, sodass nationalstaatliche Alleingänge nur mehr in engen Grenzen möglich blieben.

Nachdem das ausländische Kapital die profitablen Teile der osteuropäischen Staaten bereits in den Jahren der Transformation übernommen und die Produktion an den Erfordernissen der internationalen Arbeitsteilung ausgerichtet hatte, war die Beseitigung von tariflichen und nicht-tariflichen Handels- und Investitionshemmnissen die logische Konsequenz. Mit den „Vier Freiheiten“ für Kapital, Dienstleistungen, Waren und Arbeitskräfte hatten die neuen Mitgliedsstaaten die Möglichkeit zum Schutz der Binnenmärkte und zur Förderung der einheimischen Wirtschaft abgegeben; im Austausch erhielten sie unbeschränkten Zugang zu den westeuropäischen Märkten.<sup>49</sup>

Mit dem EU-Beitritt waren den Regierungen auch die wirtschaftspolitischen Regeln vorgegeben, die die Budget- und Sparziele der Maastricht-Verträge beinhalteten. Diese verpflichteten die Mitglieder zur Senkung von staatlichen Sozialausgaben und zur Erhöhung von Konsumsteuern. Osteuropäische Regierungen überboten sich in der Umsetzung von *flat tax*-Modellen, die Vermögende und Gutverdiener entlasteten. Während sie Kapital- und Einkommenssteuern senkten, hoben sie Konsumsteuern, die Niedrigverdienende überproportional belasteten, sukzessive an.

Systemwechsel und Transformation hatten zwischen 1989 und 1997/98, dem Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen, zum Einbruch in der Produktion, der Beschäftigung, der sozialen Sicherheit sowie der persönlichen Orientierung der davon Betroffenen geführt. Für westliche Investoren ergaben sich daraus mehrfache Chancen. Bestehende Betriebe konnten durch Übernahme verlängerter Werkbankfunktionen und Kontraktfertigung zur Kostensenkung beitragen und die Profitkrise überwinden. Die angesichts des Wegbrechens realsozialistischer Versorgungs- und Zuteilungssysteme notwendig gewordene Neuordnung des sozialen Lebens schuf Nachfrage nach einer Reihe von neuen Produkten im

---

<sup>49</sup> Lediglich im Bereich der Bodenmärkte (Beschränkungen beim Erwerb physischer Personen in einigen osteuropäischen Staaten) sowie der Arbeitsmärkte (Freizügigkeit für Neumitglieder in einigen EU-Staaten) wurden die Ungleichgewichte durch vorübergehende Beschränkungen abgeschwächt.

Konsumgüter- und Dienstleistungsbereich, die westlichen Unternehmen ungeahnte Expansionsmöglichkeiten bot. Sie konnten auf diese Weise die Folgen der weltwirtschaftlichen Depressionsphase überwinden. Akquisitionsmärkte, Absatzmärkte, Arbeitskräfte vor Ort sowie die kostengünstige Verfügbarkeit williger osteuropäischer Arbeitsmigranten in deregulierten Sektoren westeuropäischer Staaten stellten einen kräftigen An Schub für eine neue Phase der wirtschaftlichen Erneuerung dar.

Während das erste Nachwendejahrzehnt durch Übernahmen bestehender Anlagen durch westliche Eigentümer geprägt war, trat um die Jahrtausendwende die Neuansiedlung von Produktionsstätten in den Vordergrund. Diese waren nun nicht mehr primär auf Konsumgüter, Druckwaren, Grund- und Baustoffe beschränkt, sondern drangen in hochwertigere Produktgruppen vor. Als Flaggschiffe der neuen Gründungen gelten die Automobilwerke von Volkswagen Bratislava (gegründet 1991, 2002 Ausbau nach Verlagerung von SEAT), PSA-Peugeot-Citroën Trnava (2006) und Hyundai KIA Žilina (2006) in der Slowakei, VW-Audi Győr (2000) in Ungarn sowie Opel GM Gliwice (1998) in Polen. Das Suzuki-Werk in Esztergom wurde bereits 1991 errichtet. In den genannten Fällen handelte es sich um Gründungen auf der grünen Wiese.<sup>50</sup>

In anderen Fällen wurden bestehende Fertigungsanlagen durch ausländische Konzerne übernommen und ausgebaut. Die Übernahme von Škoda Mladá Boleslav in Tschechien durch Volkswagen setzte bereits 1991 ein; bis 1996 hielt VW 70 Prozent der Anteile. Das Dacia-Werk in Pitești geht auf ein Joint Venture mit Renault im Jahr 1967 zurück und ging zehn Jahre später in rumänischen Besitz über; 1999 stieg Renault erneut als Investor ein; ähnlich das 1988 in Kooperation mit Citroën in Craiova (Rumänien) errichtete Olcit-Werk, das 1994 von Daewoo und 2007 von Ford übernommen wurde.<sup>51</sup> Mit der Expansion der Autoerzeugung rückten Metall- und Maschinenindustrie, die im Realsozialismus eine zentrale Stellung im Branchenspektrum gespielt hatten, wieder in den Vordergrund. Der Einsatz qualifizierten Personals und die Zunahme des Exports im Bereich hochwertiger Finalgüter wurden als Zeichen für ein industrielles *Upgrading* durch ausländische Direktinvestitionen gefeiert.

1999 entfiel auf osteuropäische Staaten lediglich ein Anteil von 2,7 Prozent an der weltweiten Autoproduktion, gegenüber 31,1 Prozent in Westeuropa. 2006 hatte sich dieser Anteil fast verdoppelt, und bis 2012

---

<sup>50</sup> Daten aus Presseberichten sowie öffentlich zugänglichen Firmeninformationen.

<sup>51</sup> KENO VERSECK, Weltmarke aus Rumänien, in: *Le Monde Diplomatique*, März 2014, H. 3, S. 9.

kam es trotz des krisenhaften Rückgangs in der Industrieproduktion nochmal zu einer annähernden Verdoppelung. Osteuropa hatte also enorm zugelegt, dabei allerdings nicht verhindern können, dass der europäisch gefertigte Ausstoß an der – gleichzeitig massiv angestiegenen – Welt-PKW-Erzeugung 2007 auf 27,8 und 2012 auf 19,5 Prozent gesunken war. Innerhalb Europas aber hatte eine Verlagerung der Autoproduktion von West nach Ost stattgefunden, über 27 Prozent aller europäischen Fahrzeuge wurde nun dort hergestellt.<sup>52</sup>

Ausschlaggebend für die Verlagerung war die Lohndifferenz. Der durchschnittliche Bruttomonatslohn eines Industriearbeiters bewegte sich Mitte der 1990er Jahre im Vergleich zu Deutschland zwischen 1:10 (Ungarn) und 1:34 (Bulgarien, Rumänien). 2006 machte der Unterschied immer noch 1:5 (Polen, Tschechien, Ungarn), 1:6 (Slowakei), 1:10 (Rumänien) und 1:20 (Bulgarien) aus.<sup>53</sup> Gleichzeitig konnten die Konzerne auf eine geschulte, erfahrene Industriearbeiterschaft zurückgreifen, für die die Arbeit in der PKW-Produktion sowie in der KFZ-Zulieferindustrie eine attraktive Beschäftigungsmöglichkeit darstellte, die in der Regel über dem landesweiten Durchschnitt entlohnt wurde.

Die Erholung der Weltwirtschaft bewirkte auch in Osteuropa eine Stabilisierung, die sich mit dem Beitritt verstärkte. Mit der EU-Mitgliedschaft entfielen sämtliche bis dahin bestehenden Einfuhrzölle, was die Verlagerung der Komponentenproduktion erleichterte und verbilligte. Bereits im Vorfeld des Beitritts verzeichneten Bruttoinlandsprodukt und Industrieproduktion hohe Wachstumsraten – umso mehr, als die Ausgangsposition durch den wendebedingten Kahlschlag niedrig lag. Als besonders zugkräftig für das Wachstum erwies sich der Exportsektor, wobei in Tschechien, Polen (außer 2006) und Ungarn die Zunahme der Exporte jene der Importe übertraf.

---

<sup>52</sup> WINFRIED WOLF, Europas Autoindustrie: Go East!, in: Lunapark21. Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie, 2013, H. 24, S. 51 ff.

<sup>53</sup> Quelle: Institut für die Deutsche Wirtschaft (1996), zitiert in: Im Osten was Neues. Aspekte der EU-Osterweiterung, hg. v. HANS-JÜRGEN WAGENER / HEIKO FRITZ, Bonn 1998, S. 32.

Tabelle 2: Bruttoinlandsprodukt 2004–2006 – jährliche Zuwachsraten in Prozent<sup>54</sup>

	2004	2005	2006
Bulgarien	6,6	6,2	6,1
Tschechien	4,6	6,5	6,4
Polen	5,3	3,6	6,1
Rumänien	8,5	4,1	7,7
Slowakei	5,4	6,0	8,3
Ungarn	4,8	4,1	3,9

Tabelle 3: Bruttoindustrieproduktion 2004–2006 – jährliche Zuwachsraten in Prozent<sup>55</sup>

	2004	2005	2006
Bulgarien	13,9	10,0	8,2
Tschechien	9,6	6,7	11,2
Polen	12,6	3,7	11,3
Rumänien	5,3	2,0	7,2
Slowakei	4,2	3,6	9,8
Ungarn	7,4	7,0	10,1

Tabelle 4: Güter-Exporte und Importe 2004–2006 – jährliche Zuwachsraten in Prozent<sup>56</sup>

	2004	2005	2006
Bulgarien	20 / 20	19 / 27	27 / 27
Tschechien	26 / 21	16 / 12	21 / 21
Polen	22 / 20	18 / 13	20 / 22
Rumänien	21 / 24	18 / 24	16 / 25
Slowakei	15 / 18	15 / 17	30 / 30
Ungarn	18 / 16	12 / 9	18 / 16

---

<sup>54</sup> WIIW Handbook of Statistics 2007, Tab. II: Selected Economic Indicators.

<sup>55</sup> Ebd.

<sup>56</sup> Ebd.

Eine Aufschlüsselung nach Produktgruppen belegt die Zunahme technologieintensiver, komplexer Finalgüter.<sup>57</sup> Bei genauerem Hinsehen stellt sich allerdings heraus, dass die Exporte nur scheinbar hochwertigen Charakter hatten: Die vor Ort erzielte Wertschöpfung kam zu einem beträchtlichen Anteil aus der Komponentenfertigung, während Forschungs-, Entwicklungs- sowie Logistikanteile, die sich ebenfalls in der Exportstatistik abbilden, als Vorleistungen aus dem Ausland bezogen wurden. Betrachten wir die Ausgaben und den Personaleinsatz für Forschung sowie die Entwicklung von Patenten im Hochtechnologiebereich, schneiden die osteuropäischen Staaten im EU-europäischen Vergleich mager ab. Lediglich die Tschechische Republik ragt als alter Industriestandort unter den ehemaligen RGW-Staaten heraus.<sup>58</sup> So fügt sich auch die Verlagerung der PKW-Produktion in das Muster der abhängigen Industrialisierung, das bereits im Textil- und Bekleidungsbereich sichtbar geworden war.

Ein Blick auf die Leistungsbilanz zeigt, dass die erhöhten Exporte lediglich die Zunahme der verlängerten Werkbankfunktion widerspiegeln. Gewinntransfers in die Konzernzentralen sowie Zahlungen für importierte Vorprodukte ließen auch in den Ländern mit positiver Bilanz im Güterhandel die Leistungsbilanz ins Negative kippen.

Tabelle 5: Leistungsbilanz (in Prozent des Bruttoinlandsprodukts)<sup>59</sup>

	2005	2006
Bulgarien	-12,0	-15,8
Tschechien	-1,6	-3,1
Polen	-1,7	-2,3
Rumänien	-8,7	-10,3
Slowakei	-8,6	-8,3
Ungarn	-6,9	-5,8

Die Verlagerung der Zulieferrolle in den PKW-Bereich stellte also keine Wende in Richtung *Upgrading* dar. Sie ermöglichte allerdings, die industriellen Traditionen in Osteuropa aufrechtzuerhalten. Dies geht freilich mit einer starken sozialen und regionalen Polarisierung einher, da die

<sup>57</sup> Dolhun, Aufbruch, S. 185.  
<sup>58</sup> Ebd., S. 189 ff.  
<sup>59</sup> WIIW Research Reports 341, July 2007.

Automobil-Cluster in wenigen Zentralräumen konzentriert sind und auch hier nur einen kleinen Teil der Arbeiterschaft einbinden können. Während das Bruttoinlands- und Industrieprodukt eine starke Zunahme erlebten, stagnierte die Erwerbstätigkeit mit geringfügigen Schwankungen. Über den Gesamtzeitraum von 1990 bis 2006 betrug der Einbruch der Beschäftigung 10 (Tschechien), 10,5 (Polen), 16 (Rumänien), 24 (Bulgarien) beziehungsweise 27 Prozent (Ungarn); lediglich die Slowakei erlebte langfristig eine Zunahme der Beschäftigung um sechs Prozent.<sup>60</sup>

An Wachstum und sozialer Mobilität Teilhabende nehmen die Welt völlig anders wahr als die Ausgegrenzten und Beschäftigungslosen. Der osteuropäische Beitrag zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise wurde also auch in den Jahren beeindruckender Wachstumsraten von einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung nicht als Ausweg, sondern als Ausdruck einer Krise gewertet. Der mobile, anpassungsfähige Teil der Bevölkerung setzte auf persönlichen Aufstieg. Wer im Land kein Auskommen fand, begab sich in die Arbeitsmigration: Im Verein mit dem Rückgang der Geburtenraten trug die Auswanderung über den Zeitraum von 1990 bis 2008 überall (mit Ausnahme von Tschechien und der Slowakei) zum absoluten Rückgang der Bevölkerung bei. Am stärksten waren die Bevölkerungsverluste mit 12,6 Prozent in Bulgarien.<sup>61</sup> Aber auch die Pendel- und Auswanderung stellt eine Subventionierung des Westens dar, weil die höheren Westlöhne gut ausgebildete Menschen anzogen (*brain drain*), die gleichzeitig bei der Haushalts- und Versorgungsarbeit in den Familien ausfielen (*care drain*).

## 5. Die Folgen der Weltwirtschaftskrise 2007/08

In Osteuropa schlugen sich die Folgen der Weltwirtschaftskrise 2007/08 im Rückgang des Bruttoinlandsprodukts nieder. Dieser setzte 2008 ein und führte 2009 mit Einbrüchen zwischen fünf und sieben Prozent zu einer veritablen Rezession. Lediglich Polen verzeichnete gebremstes Wachstum. Noch eindrucksvoller fiel der Rückgang der Industrieproduktion aus, der 2009 zwischen vier und 18 Prozent lag.<sup>62</sup>

Zurückzuführen war dies in erster Linie auf den Einbruch der Nachfrage aus den westlichen Staaten. Der Rückgang der Güterexporte betrug 2009 zwischen 14 (Rumänien) und 23 Prozent (Bulgarien). Noch stärker

---

<sup>60</sup> HOFBAUER, *Wendejahre*, S. 16.

<sup>61</sup> Ebd.

<sup>62</sup> Alle Zahlen aus WIIW Handbook of Statistics 2013.

brachen die Importe mit 19 (Tschechien) und 33 Prozent (Bulgarien) ein. Dies deutet darauf hin, dass auch die Vorleistungen, die für die Verarbeitungsindustrie notwendig waren, nicht angeliefert wurden. Zudem sank das Konsumvolumen beträchtlich, der Einzelhandel war jedoch weiterhin von ausländischen Ketten und Produkten dominiert. Eine weitere Folge der Krise im Westen war ein Investitionsstopp, was sich in einem Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen, in weiterer Folge auch in Kapitalrückzug bemerkbar machte.

Tabelle 6: Bruttoinlandsprodukt 2007–2013 – jährliche Zuwachsraten in Prozent<sup>63</sup>

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Polen	6,8	5,1	1,6	3,9	4,5	1,9	1,6
Tschechien	6,1	2,5	-4,5	2,5	1,8	-1,0	-0,9
Slowakei	10,6	6,2	-4,9	4,4	3,0	1,8	0,9
Ungarn	0,7	0,9	-6,8	1,1	1,6	-1,7	1,1
Rumänien	6,3	7,3	-6,6	-1,1	2,2	0,7	3,5
Bulgarien	6,4	6,2	-5,5	0,4	1,8	0,8	0,9

Tabelle 7: Bruttoindustrieproduktion 2007–2013 – jährliche Zuwachsraten in Prozent<sup>64</sup>

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Polen	9,3	2,6	-3,8	11,1	6,7	1,2
Tschechien	10,6	-1,9	-13,6	8,6	5,9	-0,9
Slowakei	17,0	3,3	-15,5	8,2	5,3	7,9
Ungarn	7,9	-0,2	-17,6	10,5	5,6	-1,8
Rumänien	10,3	2,6	-5,5	5,5	7,4	2,4
Bulgarien	9,6	0,6	-18,2	2,1	5,8	-0,3

Mit den Fertigungsaufträgen fiel die Zahl der Beschäftigten, wenn auch nicht im gleichen Maß wie die Industrieproduktion. Andererseits führte die Stabilisierung ab 2010 nicht zu einer entsprechenden Zunahme. Die

<sup>63</sup> WIIW Handbook of Statistics 2010, 2013; WIIW Monthly Report 7-8/2014.

<sup>64</sup> Ebd.

Arbeitslosenzahlen halten sich seither auf hohem Niveau. Die privaten Haushalte waren immer weniger in der Lage, die vielfach in Fremdwährungen aufgenommenen Hypothekarkredite zurückzuzahlen, zumal sich das Wechselkursverhältnis zuungunsten der einheimischen Währung veränderte. Sie waren in der Aufschwungphase von den Banken zur Aufnahme von Konsumkrediten geradezu animiert worden.

Auch die öffentlichen Haushalte schlitterten in die Verschuldung. Die Region blieb also von der Kreditblase und platzenden *Subprime*-Krediten nicht verschont, sondern fügte sich in die globale Rezession ein, die aufgrund der Eigenkapitalschwäche, der organisatorischen Außenabhängigkeit der Unternehmen sowie der schwachbrüstigen Sozial- und Steuersysteme härtere soziale Folgen zeitigte als im westlichen Norden.

Osteuropa kam in der Krise eine wichtige Vorreiterrolle bei der Absenkung arbeitsrechtlicher, sozialpolitischer und steuerlicher Standards zu. Die dort kostengünstige Produktion wird von multinationalen Konzernen als wesentliches Argument ins Treffen geführt, um auch in den alten Industrieländern den Abbau sozialer Sicherheiten durchzusetzen. Dennoch kam es im Gefolge sinkender Nachfrage aus dem Westen, dem Einbruch der Kaufkraft vor Ort sowie uneinbringlicher Kredite zu einem Rückzug des Osteuropa-Engagements zahlreicher westlicher Banken und Unternehmen.<sup>65</sup> In vielen Fällen mussten großvolumige Abschreibungen vorgenommen werden; die Anpassung der Bilanzen wird noch einige Jahre in Anspruch nehmen, die Klärung von Streitfällen Gutachter, Regierungskommissionen und Gerichte beschäftigen.

Die Krise polarisierte zudem die politische Landschaft und stärkte die Kritiker einer vorbehaltlosen Öffnung zum Westen. Dementsprechend traten nach einer Phase der politischen Westorientierung unter neoliberalen Regimen in einigen Staaten wieder politische Kräfte auf den Plan, die regulierend in die Wirtschafts- und Sozialpolitik eingreifen. Dies geschieht unter unterschiedlichen ideologischen Vorzeichen und hat mit einer Restaurierung des Staatssozialismus nichts zu tun. In der Slowakei machte der sozialdemokratische Premier Robert Fico in seiner ersten Amtszeit (2006–2010) die Privatisierung der Sozialversicherung rückgängig, stoppte eine Reihe von geplanten Privatisierungen und erließ Arbeits- und Sozial-

---

<sup>65</sup> Unter Überschriften wie „Harte Bandagen für Österreichs Firmen“ (Kurier, 5. Juli 2014) oder „Der wilde Osten schlägt zurück“ (Die Presse, 5. Juli 2014) wurden die Verluste im Osteuropageschäft österreichischer Banken, Versicherungen, Energie-, Telekom- und Baumarkunternehmen offengelegt. Als Ursachen für die Verluste wurden zu teuer bzw. zu später Kauf, staatliche Eingriffe, krisenbedingte Kreditausfälle bzw. Absatzeinbrüche genannt.



gesetze, die der ungebremsen Prekarisierung Einhalt geboten; die unsoziale *flat tax* blieb entgegen anders lautender Versprechungen – vorerst – unangetastet.<sup>66</sup>

Der rechtskonservative Viktor Orbán setzte sich seit 2010 in Ungarn die Zurückdrängung des ausländischen Einflusses in strategischen Wirtschaftsbereichen zum Ziel: Dazu führte er eine Steuer auf Banken und Finanztransaktionen ein und verpflichtete Kreditinstitute, ihren in Fremdwährung verschuldeten Hypothekarkreditnehmern eine Rückzahlung zu festgesetzten Wechselkursen in Forint zu ermöglichen. Die private Säule der Sozialversicherung wurde ebenso rückverstaatlicht wie das Erdölunternehmen MOL, Einrichtungen zur Daseinsvorsorge wiederum rekommunalisiert. Ausländer, die unter Umgehung des Veräußerungsverbotes Grund und Boden erworben hatten, verpflichtete die Regierung zur Rückgabe.<sup>67</sup> Die protektionistischen Maßnahmen Orbáns zielten auf die Erholung des ungarischen Mittelstands, während sozial Unterprivilegierte verstärkt marginalisiert wurden.

In Bulgarien, wo ein österreichischer Energiekonzern die örtliche Stromversorgung aufgekauft hatte, wurde dessen Gewinn 2013 durch Erhöhung der Abnahmepreise und die staatliche Festsetzung der Abgabepreise an die Konsumenten geschwächt. Im März 2013 zwang der Protest der von Sparpaketen erschöpften Bevölkerung gegen die hohen Strompreise im März 2013 die Regierung von Bojko Borissow zum Rücktritt.<sup>68</sup> Seitdem erscheint Osteuropa auf den Wirtschaftsseiten der westlichen Medien als Problemkind. Westbanken und Konzerne wenden sich zur Durchsetzung ihrer Interessen an die Gerichte. Es wäre freilich zu einfach, Osteuropas Bedeutung als Quelle von Absatz, Investition und kostengünstiger Fertigung für beendet zu erklären: Das außerordentliche Opportunitätsfenster, das sich mit der Wende aufgetan hat, ist allerdings geschlossen. Einen Absatzmarkt sowie ein Verlagerungsgebiet für die Fertigung zu niedrigen Löhnen und Preisen vor der Haustür zu haben, ist Teil der westeuropäischen Normalität geworden.

Bezeichnenderweise hat sich der Einbruch der industriellen Produktion von 2009 im PKW-Bereich nicht langfristig niedergeschlagen. Mit Ausnahme von Polen erlebte die KFZ-Produktion auch zwischen 2006 und 2012 mittelfristig gesehen eine Zunahme. Damit setzte sich der bereits seit 1999 bemerkbare Trend der Ostwärtsverlagerung der europäischen

---

<sup>66</sup> HOFBAUER / NOACK, Slowakei, S. 200 ff.

<sup>67</sup> HOFBAUER, Ungarns Wirtschaftspolitik, S. 12-15.

<sup>68</sup> Die Presse, 5. Juli 2014.

Autoproduktion ungebrochen fort. Der Ausstoß an Fahrzeugen wuchs zwischen 1999 und 2012 in Polen um 13, in Ungarn um 70, in Rumänien um 216, in Tschechien um 238 und in der Slowakei um 613 Prozent.<sup>69</sup> Die osteuropäischen Werke stabilisierten so die gesamteuropäische PKW-Fertigung, unabhängig davon, ob sich die Konzerne in deutschem, französischem, italienischem, US-amerikanischem, japanischem oder südkoreanischem Eigentum befanden.<sup>70</sup>

Einerseits schwächte die Autoindustrie die Krisenfolgen für die osteuropäischen Ökonomien zu einem gewissen Grad ab, denn sie wuchs auch in Zeiten gebremsten und volatilen Wachstums nach dem Einbruch 2008/09 wieder. Andererseits war sie trotz steigender Aufträge und Exporte nicht in der Lage, die Wertschöpfung und die Beschäftigung im Inland zu sichern. Aufgrund ihres Beitrages zum Transfer von Ost nach West muss vielmehr angenommen werden, dass ihr Wachstum keinen stabilisierenden Effekt auf die osteuropäischen Standorte hatte. Als Indikator dafür kann Polen ins Treffen geführt werden, dessen relativ gutes volkswirtschaftliches Abschneiden auf die Größe und Diversifizierung seines Binnenmarktes zurückzuführen ist; der Erfolg beruhte nicht zuletzt darauf, dass die Autoindustrie die polnische Wirtschaft nicht im gleichen Ausmaß dominierte wie etwa in der Slowakei.

### Die Weltwirtschaftskrisen 1973/74 und 2007/08 im Vergleich

Die Krise 1973/74 öffnete die RGW-Staaten, die seitdem als verlängerte Werkbänke und Kreditnehmer im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung zur wirtschaftlichen Erholung beitrugen. Der Prozess mündete in den Systemwechsel, der die realsozialistische Regulierung durch einen ungezügelter Kapitalismus ersetzte. Dieser brachte enorme Wachstums- und Kostensenkungspotentiale für westliche Unternehmen mit sich, die wiederum die Prosperitätsphase des Kondratieff-A-Zyklus zwischen 1991 und 2007/08 trugen. Letzterer war im Westen von neuen Wachstumssektoren gekennzeichnet, während ausgereifte Fertigungen in den globalen „Süden“ verlagert wurden, dem auch Osteuropa „angehörte“. Die Wende 1989/91 war eine Folge der Anpassungsmaßnahmen an die Weltwirtschaftskrise 1973/74.

---

<sup>69</sup> WINFRIED WOLF, *Europas Autoindustrie*, S. 52.

<sup>70</sup> Ebd.

Osteuropa trug zwischen 1990 und 2007 durch die Bereitstellung von Absatzmärkten und kostengünstigen Produktionsstandorten zur Stabilisierung der westlichen Konjunktur bei. Die Absenkung arbeitsrechtlicher und sozialpolitischer Standards wurde im Zuge der Verlagerung von industrieller Massenproduktion zuerst in Osteuropa vorgenommen, von wo der Lohnkosten- und Steuerwettbewerb auf die westeuropäischen Staaten zurückwirkte. Die Systemtransformation ordnete die osteuropäischen Staaten der Krisenüberwindung im Westen unter. Sie half den alten westeuropäischen Industrieländern, ihre dominierende Rolle in der Weltwirtschaft gegenüber der ost- und südasiatischen Herausforderung zu verteidigen.

Die Umorientierung Osteuropas als wirtschaftlicher Ergänzungsraum des Westens trug dort zu sektoralen, regionalen und sozialen Verschiebungen bei, was Transformationsgewinner, -verlierer und -flüchtlinge schuf. Nach dem unmittelbaren Transformationsschock (1989–1993) bemühten sich osteuropäische Regierungen unter verschiedenen politischen Vorzeichen und Strategien um Angleichung ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen an westliche Vorbilder. Die damit verbundenen sozialen Härten wurden – mehr schlecht als recht – sozial abgefedert (1993–1997). Die EU-Beitrittsverhandlungen (1998–2003) machten die Rolle als Billiglohnstandort und verlängerte Werkbank zur allgemeinen Voraussetzung der Mitgliedschaft. Dies erforderte eine Schulden- und Budgetdisziplin, die keine korrigierenden sozialpolitischen Maßnahmen mehr erlaubte. Die Erholung der weltwirtschaftlichen Konjunktur, zu der das osteuropäische Erweiterungsfenster beigetragen hatte, schlug sich seit der Jahrtausendwende auch in der Region im Wachstum von *Output* und Pro-Kopf-Einkommen nieder. Die Wachstumspole blieben allerdings auf Hauptstadtregionen und wenige „Inseln“ beschränkt und waren mithin nicht in der Lage, landesweit Arbeitsplätze und gleichmäßiges Einkommen zu schaffen. Die abhängige Industrialisierung schuf zudem die Voraussetzung für den Kapitalfluss von Ost nach West. Der ökonomische A-Zyklus basierte also auf einer besonderen politischen Situation, die aus dem Systemwechsel in Osteuropa resultierte. Dieser brachte mit der NATO-Erweiterung 1999–2002 zudem eine geopolitische Verschiebung mit sich, die vor den EU-Osterweiterungen in Kraft trat.

Die Weltwirtschaftskrise 2007/08 unterschied sich davon erheblich. Sie war tiefer und schloss das periphere Osteuropa in die Symptome ein. Es zeigte sich, dass die Region kein Regenerationspotenzial mehr hatte, sondern ihrerseits durch Kreditblasen, Nachfrageeinbrüche und Kapitalrückzug geprägt war. Das Osteuropa-Geschäft erweist sich heute nicht

mehr als Ausweg aus der Krise, sondern als deren Symptom. Nichtsdestotrotz spielen osteuropäische Standorte in den transnationalen Güterketten weiterhin eine wichtige Rolle und tragen durch die Kombination von Lohn- und Steuervorteilen dazu bei, dass die industrielle Massenproduktion nicht in noch stärkerem Ausmaß aus Europa in süd- und ostasiatische Schwellenländer abwandert. Damit sind die osteuropäischen Staaten jedoch einem besonderen Druck zur Senkung ihrer sozialen Standards ausgesetzt, der die Zunahme sozialer Proteste und politischer Gegenbewegungen gegen die neoliberale Anpassungspolitik an die globalen Investoren erwarten lässt. Wirtschafts- und sozialpolitische Protektion ist wieder politikfähig geworden; die institutionellen Voraussetzungen für deren Umsetzung sind durch den EU-Rechtsrahmen, die Vorgaben der internationalen Finanzorganisationen sowie die organisatorische Abhängigkeit der Unternehmen (die so genannte *Global Governance*) jedoch äußerst eingeschränkt.

Mit dem Schließen des ostmitteleuropäischen „Fensters“ gewinnt Ostasien mit China als globale Gestaltungsmacht an Bedeutung.<sup>71</sup> Das Drängen der Europäischen Union, ihren Erweiterungsraum mit der sogenannten Ostpartnerschaft<sup>72</sup> auf einige Nachfolgestaaten der Sowjetunion auszudehnen, kann als eine Antwort auf die Abschwächung des Beitrittsbonus interpretiert werden, der in den osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten seit der Normalisierung der Krise zu beobachten ist. Für die USA ist dieser osteuropäische Raum in ökonomischer Sicht von untergeordnetem Interesse. Sie nützen die Ukraine-Krise, die aus der Aufforderung zu deren Westorientierung 2013/14 erwachsen ist, zur geopolitischen Neuordnung, um nach der ökonomischen nicht auch noch die globale militärische Hegemonie zu verlieren.

---

<sup>71</sup> ANDREA KOMLOSY, Hegemonialer Wandel im Weltsystem: der Aufstieg Chinas, in: GIGA Focus, 2013, H. 4, [www.giga-hamburg.de/giga-focus](http://www.giga-hamburg.de/giga-focus); vgl. auch MENZEL, Die Ordnung.

<sup>72</sup> Erste Abkommen wurden 2014 mit der Republik Moldau, Georgien und der Ukraine geschlossen.



PATRYK PLESKOT

## DER KURIOSE TRIUMPH DES MARXISMUS?

### ZUM INTERNATIONALEN KONTEXT DER ÖKONOMISCHEN KRISE IN DER VOLKSREPUBLIK POLEN ALS URSACHE DES DEMOKRATISCHEN SYSTEMWANDELS (1987–1989)

Nach der zehnjährigen Regierungszeit von Edward Gierek, in der einige wenige Jahre des Wirtschaftswachstums durch eine enorme Staatsverschuldung und zahlreiche fehlgeleitete ausländische Investitionen erkauft wurden, zeigte sich der marode Zustand der Volkswirtschaft im kommunistischen Polen sehr rasch. Bereits im Juli 1981, zur Zeit der legalen Tätigkeit der *Solidarność*-Bewegung, kam es zu ersten Hungermärschen auf den Straßen. Als General Wojciech Jaruzelski am 13. Dezember 1981 das Kriegsrecht über Polen verhängte und dabei verlautbarte, dass das Land am Rande des Abgrunds stehe, hatte er nicht nur dessen politische, sondern vor allem auch ökonomische Lage im Sinn. Der fortan herrschende Ausnahmezustand verschlechterte die wirtschaftlichen Perspektiven Polens nur noch mehr: In Reaktion auf die massive Unterdrückung der *Solidarność* begannen die Staaten der westlichen Welt, das Ostblockland auf spezifische Weise finanziell zu erpressen, um demokratische Veränderungen in der Politik Warschaus zu erzwingen. Dabei versprach man Polen neue Kredite und Verhandlungen über eine günstigere Schuldentilgung, falls es sich für eine Demokratisierung der Staatsgewalt und zur Wiederaufnahme von offiziellen Gesprächen mit der Opposition entschlösse.

Seit Mitte der 1980er Jahre begann das Militärregime von General Jaruzelski allmählich einzusehen, dass es ohne finanzielle Mittel aus dem Westen nicht imstande sein würde, Polen vom Weg in den ökonomischen Abgrund abzubringen. Der finanzielle Druck des Westens trug erste Früchte. Einen wichtigen Wendepunkt bildete dabei sicherlich das Referendum vom November 1987, in dem die kommunistischen Machthaber in Warschau die gesellschaftliche Zustimmung zu einschneidenden inne-

ren Reformen forderten. Diese Tendenzen offenbarten sich zum Beispiel in der amerikanischen Außenpolitik gegenüber der Volksrepublik und der *Solidarność*, denn die Niederlage Jaruzelskis in der Volksbefragung wurde im Weißen Haus anscheinend eher verwundert zur Kenntnis genommen – zumindest aus der Sicht der polnischen Botschaft. Offizielle Reaktionen der US-Regierung blieben hingegen aus. Dagegen tauchte das Gerücht auf, dass die kommunistischen Machthaber Polens die Niederlage im Referendum bewusst arrangiert hätten, um unter den westlichen Gläubigerstaaten sowie bei Weltbank und Internationalem Währungsfond eine größere Elastizität bei der Kreditvergabe zu erreichen. Zugleich wurde im westlichen Ausland auf den demokratischen Charakter der Volksbefragung hingewiesen. Deren Ergebnis habe klar gezeigt, dass man in Polen ohne die Opposition keine ernsthaften Reformen durchführen könne. Von diesem Zeitpunkt an drängten die USA noch intensiver auf die Wiederaufnahme des Dialogs mit der *Solidarność*.<sup>1</sup>

Experten des US-Kongresses sahen darin eine Art Teufelskreis, in dem sich das Jaruzelski-Regime befand: Tiefgreifende Wirtschaftsreformen waren ohne gesellschaftliche Akzeptanz unmöglich. Diese konnte jedoch nur durch eine Demokratisierung des politischen Lebens erreicht werden – und eben darüber herrschte in Warschau immer noch Uneinigkeit. Zugleich blockierte der Mangel an echten Reformen jegliche Finanzhilfen aus dem Westen, die für deren Durchführung möglicherweise unerlässlich waren.<sup>2</sup> In Hinblick auf das „erfolglose“ Referendum in Polen erkannte die westliche Presse durchaus, dass sogar legale Gewerkschaften die Preiserhöhungen und gravierenden Versorgungsengpässe der polnischen Volkswirtschaft kritisierten.<sup>3</sup> Darüber hinaus stießen die inneren Reformen auf den passiven Widerstand der polnischen Staatsverwaltung.<sup>4</sup> Die kommu-

---

<sup>1</sup> Archiwum Ministerstwo Spraw Zagranicznych, Warschau (hiernach: AMSZ), Eingehende Depeschen – Washington, 74/p/IV, Bd. IV, Chiffreschrift Nr. 3664/IV aus Washington, S. 800 f., 3.12.1987; AMSZ, Chiffreschrift Nr. 3672/IV aus Washington, S. 803, 3.12.1987.

<sup>2</sup> Archiwum NSZZ „Solidarność“ w Gdańsku (hiernach: ASG), US Government & Policy, 353.000-353.100, Bericht von John P. Hardt und Jean F. Boone aus dem Forschungsbüro des US-Kongresses über die amerikanisch-polnischen Beziehungen, 20.11. 1987; JOHN P. HARDT / JEAN F. BOONE, Poland's Renewal and U.S. Options. A Policy Reconnaissance, Washington 1987, S. 23-28, 36.

<sup>3</sup> Vgl. z. B. CHARLES BOBINSKI, Poles Protest over Prices, in: The Financial Times, 20. März 1987.

<sup>4</sup> HARDT / BOONE, Poland's Renewal, S. 36.

nistischen Machthaber verloren also auch politisch zunehmend den Boden unter den Füßen.

Das Jahr 1987 bewerteten einige Experten des US-Kongresses rückblickend als Jahr der „Beseitigung von Hindernissen“. Damals hielt man aber im Weißen Haus noch nicht die Zeit für gekommen, die (nach der Aufhebung des Kriegsrechts angewandte) verhaltene Strategie des *step by step* tatsächlich auf innovative Weise zu beschleunigen. Diese Beschleunigung sollte erst in den Jahren 1988–1990 erfolgen. Das außenpolitische Engagement Washingtons gegenüber Warschau (*reengagement*) nahm im Laufe der Zeit konkretere Formen an. Dabei erwog die amerikanische Seite eine Neufestlegung der Tilgungsraten der polnischen Staatsverschuldung und erarbeitete konkrete Pläne zur Vergabe weiterer Kredite.

Außerdem setzten sich die USA für eine nachhaltige bilaterale Zusammenarbeit in Technologie, Landwirtschaft, Industrie, Medizin, Wissenschaft und Kultur ein. Von Warschau erwartete man im Gegenzug ernsthafte Wirtschaftsreformen und eine weitgehende politische Demokratisierung.<sup>5</sup> Vor diesem Hintergrund rechneten manche Beobachter damit, dass Polen in Zukunft vor einer Wegscheide stehen werde: entweder ökonomischer Kollaps und politische Konfrontation oder erfolgreiche Wirtschaftsreformen und fortschreitender Pluralismus.<sup>6</sup> Beide Optionen verzahnten sich jedoch in gewisser Weise, sodass es 1989 zwar tatsächlich zum wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes kam, zugleich aber auch der Weg für eine friedliche Pluralisierung des politischen Lebens gebahnt wurde.

Bis Herbst 1988 machte die amerikanisch-polnische Annäherung lediglich geringe Fortschritte, denn die USA stießen aufgrund fehlender grundlegender Reformen in Polen auf etliche Hindernisse. Trotz dieser Spannungen mangelte es jedoch nicht an positiven Veränderungen, die vor allem aus der „weicheren“ Haltung Warschaws erwuchsen. So nahm das kommunistische Regime unter anderem schrittweise davon Abstand, die Rundfunksendungen von *Radio Free Europe* durch Störwellen im Äther zu übertönen und beugte sich mit der Zeit auch den amerikanischen Forderungen, die terroristische Abu-Nidal-Organisation nicht

---

<sup>5</sup> ASG, US Government & Policy, 353.000-353.100, Bericht von John P. Hardt und Jean F. Boone aus dem Forschungsbüro des US-Kongresses über die amerikanisch-polnischen Beziehungen, 20.11.1987; HARDT / BOONE, *Poland's Renewal*, S. 19-22, 35.

<sup>6</sup> Ebd., S. 10 f.



länger zu unterstützen.<sup>7</sup> Andererseits tauchten neue Initiativen humanitärer Hilfe auf.<sup>8</sup> Am 12. Februar 1988 fand im *State Department* die (sich bereits seit 1983 hinziehende) Vereidigung von John Davis als neuem bevollmächtigten US-Botschafter in Polen statt. In seiner Antrittsrede ließ Davis die *Solidarność* völlig unerwähnt.<sup>9</sup> Mit Einwilligung der kommunistischen Machthaber nahm im Februar 1988 in Polen zudem die „Stiftung zur Entwicklung der Polnischen Landwirtschaft“ ihre Tätigkeit auf. Dabei handelte es sich um eine private Non-Profit-Organisation, die von der Ford-Stiftung und der Rockefeller-Stiftung unterstützt wurde.<sup>10</sup>

Auch die direkten zwischenstaatlichen Kontakte entwickelten sich weiter. Vom 30. Januar bis 3. Februar 1988 weilte der stellvertretende amerikanische Außenminister John Whitehead zu bilateralen Gesprächen in Warschau; sein erster offizieller Besuch hatte bereits ein Jahr zuvor stattgefunden.<sup>11</sup> In Polen vermutete man, dass er sich dabei vor allem über den tatsächlichen Zustand der polnischen Volkswirtschaft und eventuelle Reformansätze informieren wollte. Außerdem gedachte Whitehead mehr über den konkreten Verlauf des Demokratisierungsprozesses zu erfahren – insbesondere im Kontext von Gewerkschaftspluralismus und Menschenrechtsproblematik. Darüber hinaus war er sicherlich bestrebt, sich ein genaues Bild über das reale Durchsetzungsvermögen der politischen Opposition zu machen. Die bei diesem Staatsbesuch gezogenen Schlussfolgerungen sollten dabei helfen, die Leitlinien der amerikanischen Polenpolitik für die nächsten Jahre zu definieren, und zwar insbesondere in der beiderseitigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit (von demokratischen Fortschritten abhängig) und den diplomatischen Kontakten (eventuelle gegenseitige Besuche der Außenminister).<sup>12</sup>

---

<sup>7</sup> Abu Nidal Is Reportedly Placed under House Arrest by Libyans, in: *New York Times*, 28. November 1989.

<sup>8</sup> BENNETT KOVRIG, *Of Walls and Bridges. The United States and Eastern Europe*, New York 1991, S. 150.

<sup>9</sup> AMSZ, Eingehende Depeschen – Washington, 74/p/I – 1988, Chiffreschrift Nr. 2402/I aus Washington, S. 146, 15.2.1988.

<sup>10</sup> KOVRIG, *Of Walls*, S. 293.

<sup>11</sup> Tydzień w tydzień: 28 lutego, in: *Tygodnik Mazowsze*, 1988, Nr. 238, S. 4; Informator. Stosunki dyplomatyczne Polski, hg. v. BARBARA JANICKA u. a., Bd. 1: Europa 1918–2006, Warszawa 2007, S. 182.

<sup>12</sup> Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej, Warschau (hiernach: AIPN), 0449/8, Bd. 4, Chiffreschrift Nr. 599 aus Washington, S. 251–254, 24.1.1988; ebd., informacja Departamentu I MSW dotycząca wizyty zastępcy sekretarza stanu Johna Whiteheada w Polsce, S. 246 ff., 29.1.1988.

Whitehead führte vertrauliche Gespräche mit Jaruzelski und Außenminister Marian Orzechowski, wobei er ein bereits zuvor geschlossenes bilaterales Abkommen über den Flugverkehr unterzeichnete. Obwohl es am Rande des Staatsbesuchs auch zu mehreren Treffen mit *Solidarność*-Vertretern kam, vermied Whitehead bewusst eine offizielle Stellungnahme zur damals aktuellen Frage der Erteilung einer Ausreisegenehmigung für Lech Wałęsa, der eine Australienreise plante.<sup>13</sup> In führenden Kreisen des Weißen Hauses wurden sogar Stimmen laut, dass Whitehead in Polen eine allzu weiche politische Haltung eingenommen habe. Abgesehen davon warf man ihm vor, dass der den kommunistischen Machthabern nahegelegte Vorschlag eines „Telefonats mit Wałęsa“ am Kern des Problems – der Legalisierung der Opposition – vorbeigehe.<sup>14</sup> Seitens des polnischen Innenministeriums wurde Whitehead indessen für die Favorisierung einer „trilateralen Besuchsstrategie in Polen“ kritisiert, die Regierung, Opposition und katholische Kirche als gleichrangige Dialogpartner betrachte. Diese Strategie hielt man für ein taktisches Grundelement der amerikanischen Diplomatie gegenüber Polen.<sup>15</sup> Während das Besuchsklima von polnischer Seite einerseits als „generell gut“ eingeschätzt wurde, betonte man zugleich, dass Whitehead in seinen offiziellen Erklärungen keine außergewöhnlichen Zugeständnisse gemacht habe: Die USA hegten also auch weiterhin keine Vorbehalte gegenüber einem Ausbau der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen. Zugleich halte Washington im Verhältnis zu Warschau unverändert an der Strategie des *linkage* fest, also am Junktim von ökonomischen Entscheidungen und politischen Zugeständnissen der kommunistischen Machthaber.<sup>16</sup>

Nichtsdestotrotz besaß die Kontinuität der bilateralen Verhandlungen über Finanz- und Handelsfragen für die polnische Seite einen ungleich höheren Stellenwert als der zweite Staatsbesuch Whiteheads. Die politische Bühne in den USA richtete ihr Augenmerk hingegen eher auf den Präsidentschaftswahlkampf im eigenen Land und die Abrüstungsgespräche mit der Sowjetunion. Trotz wohlfeiler offizieller Erklärungen White-

---

<sup>13</sup> AMSZ, Eingehende Depeschen – Washington, 74/p/I – 1988, Chiffreschrift Nr. 537/I aus Washington, S. 43 f., 15.1.1988; ebd., Chiffreschrift Nr. 1798/I aus Washington, S. 120, 4.2.1988; AIPN, 0449/8, Bd. 4, Chiffreschrift Nr. 2099 aus Washington, S. 180 f., 9.3.1988.

<sup>14</sup> AIPN, 0449/8, Bd. 4, Chiffreschrift Nr. 2774 aus Washington, S. 166 f., 27.3.1988.

<sup>15</sup> AIPN, 0449/8, Bd. 7, Ocena stanu i długofalowych perspektyw rozwoju stosunków dwustronnych PRL – USA, S. 38, 16.11.1987.

<sup>16</sup> AIPN, 0449/8, Bd. 4, Informacja Departamentu I MSW dotycząca przebiegu wizyty zastępcy sekretarza stanu Johna Whiteheada w Polsce, S. 234 f., 6.2.1988.

heads (unter anderem der Zusage finanzieller Hilfsleistungen für Polen seitens des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und des Pariser Klubs) zeigten sich die kommunistischen Machthaber in Warschau von dessen diplomatischer Mission eher enttäuscht, was man in Washington durchaus zur Kenntnis nahm. Trotzdem ließen hochrangige Kreise im *State Department* offiziell verlautbaren, dass die amerikanisch-polnischen Gespräche auf das beiderseitige Verhältnis überaus „konstruktive“ Auswirkungen haben würden.<sup>17</sup>

Unter Bezugnahme auf diesen Besuch vom 11. bis 12. Februar 1988 schlugen hochrangige Beamte des *State Department* (Rozanne Ridgway, Robert Perito, Thomas Simons) in vertraulichen Gesprächen mit Vertretern der polnischen Botschaft in Washington eine etwaige strategische Modifizierung der US-Politik gegenüber Polen vor. Die amerikanischen Gesprächspartner gaben allerdings zu verstehen, dass es zu dieser Modifizierung erst dann kommen könne, wenn das Regime in Warschau den politischen Dialog mit der *Solidarność* aufnehme und bereit wäre, gravierende Verstimmungen in den bilateralen Beziehungen in bestimmten Punkten zu beseitigen, nicht zuletzt bezüglich des laufenden Untersuchungsverfahrens gegen Kornel Morawiecki.<sup>18</sup> Der Fall Morawiecki hatte tatsächlich spürbare Risse im Verhältnis Polens zu den USA und anderen westlichen Staaten verursacht, denn in dieser Angelegenheit hatten seit Beginn des Jahres 1988 mehrere – für ihre Unterstützung der polnischen Opposition bekannte – amerikanische Kongressabgeordnete, u. a. Butler C. Derrick,<sup>19</sup> Claudine Schneider (mit Vorbehalten),<sup>20</sup> Clairborne Pell,

---

<sup>17</sup> ANNA MAZURKIEWICZ, *Dyplomacja Stanów Zjednoczonych wobec wyborów w Polsce w latach 1947–1989*, Warszawa 2007, S. 182; AIPN, 0449/8, Bd. 4, Chiffreschrift Nr. 1979 aus Washington, S. 188, 6.3.1988; ebd., notatka dotycząca stanowiska strony amerykańskiej przedstawionego przez Rozanne Ridgway i Thomasa Simonsa podczas rozmów w Waszyngtonie 11./12.2., S. 185 ff., 14.2.1988.

<sup>18</sup> Privatarchiv Dr. Garret Sobczyk, in: *Polish Solidarity Documents* (1988), 18feb88.pdf, Schreiben v. Garret Sobczyk an den Kongressabgeordneten Butler C. Derrick in der Angelegenheit Kornel Morawiecki, 18.2.1988; AIPN, 0449/8, Bd. 4, Chiffreschrift Nr. 1041 aus Washington, S. 232 f., 8.2.1988.

<sup>19</sup> Privatarchiv Dr. Garret Sobczyk, in: *Polish Solidarity Documents* (1988), 27feb88, Schreiben v. Butler C. Derrick an Zdzisław Ludwiczak, chargé d'affaires der Botschaft der VR Polen in Washington in der Angelegenheit Kornel Morawiecki, 27.2.1988; ebd., 27feb88.pdf, Schreiben v. Butler C. Derrick an Garret Sobczyk in der Angelegenheit Kornel Morawiecki, 27.2.1988.

<sup>20</sup> ASG, IV, USA, Schreiben von Claudine Schneider an Ewa Ślusarek, 13.1.1988; ebd., Schreiben von Claudine Schneider an Ewa Ślusarek, 19.2.1988.

John Chafee und Fernand St. Germain,<sup>21</sup> wiederholt Protest eingelegt. Anfang April 1988 richteten 15 US-Senatoren eine offizielle Verlautbarung an den polnischen Ministerpräsidenten Zbigniew Messner, in der sie die unverzügliche Freilassung Morawieckis forderten.<sup>22</sup>

Trotz dieser Hindernisse schienen die Verantwortlichen im *State Department* aus der Sicht des polnischen Außenministeriums inzwischen bereit zu sein, zur zweiten Etappe der Strategie des *step by step* überzugehen und die Politik des *reengagement* in die Tat umzusetzen. Während die erste strategische Etappe dazu gedacht war, „einen neutralen Gang einzulegen“, sollte die zweite „einen Gang einlegen, der es erlaubte, sich sofort von der Stelle zu bewegen“. Die Grundsätze der amerikanischen Diplomatie gegenüber Polen galten jedoch unverändert. Auch weiterhin versicherte man den Machthabern in Warschau, sich in die inneren Angelegenheiten der VR Polen nicht einmischen zu wollen, machte aber zugleich die weitere Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen, insbesondere im Bereich des Außenhandels und der Finanzen, von echten Fortschritten im Demokratisierungsprozess abhängig. Dabei erwartete Washington von Warschau nicht kleine Schritte, sondern eher „spektakuläre“ Entscheidungen, also die Legalisierung bzw. Aufnahme von offiziellen Gesprächen mit der *Solidarność*.<sup>23</sup>

Die finanziellen Erpressungsversuche – die wirksamste Waffe des Westens im Kampf um die politische Bewegungsfreiheit der *Solidarność* (worüber sich die kommunistischen Machthaber in Warschau im Klaren waren<sup>24</sup>) – dauerten also weiter an. Die Politik des Jaruzelski-Regimes gegenüber der Opposition lässt sich ohne Berücksichtigung dieser wichtigen internationalen Zusammenhänge nicht schlüssig analysieren,<sup>25</sup> zumal

---

<sup>21</sup> ASG, IV. USA, Schreiben von Ewa Ślusarek an Claudine Schneider, 16.5.1988.

<sup>22</sup> Ebd.

<sup>23</sup> AMSZ, Eingehende Depeschen – Washington, 74/p/I – 1988, Chiffreschrift Nr. 2477/I aus Washington, S. 148 f., 16.2.1988; AIPN, 0449/8, Bd. 4, Notatka dotycząca stanowiska strony amerykańskiej przedstawionego przez Rozanne Ridgway i Thomasa Simonsa podczas rozmów w Waszyngtonie 11 i 12 lutego, S. 185 ff., 14.2.1988.

<sup>24</sup> Vgl. z. B. Brutalna szczerłość M. F. Rakowskiego, in: Tygodnik Mazowsze, 1988, Nr. 246, S. 1 f.

<sup>25</sup> Im August 1989 wies Bronisław Geremek in einem Gespräch mit amerikanischen Politikern auf folgenden Zusammenhang hin: „Einer der Gründe, weshalb die Kommunisten die Macht abgegeben haben [...], war ihre Erwartung, dass die ‚Solidarność‘-Regierung westliche Hilfe erhalten würde“ (zitiert nach: Depesza ambasady USA w Warszawie do Sekretariatu Stanu dotycząca spotkania Elizabeth i Roberta Dole’ów z parlamentarzystami OKP, 29.8.1989, in: Ku zwycięstwu „Solidarności“. Korespondencja Ambasady

man sogar im *State Department* von der Effektivität dieses Drucks überzeugt zu sein schien. Laut vertraulichen Berichten des polnischen Geheimdienstes vertraten führende amerikanische Experten die Ansicht, dass man sich in Warschau allmählich damit abfinde, dass „die Bildung einer institutionalisierten Opposition zu einem dauerhaften Bestandteil der inneren gesellschaftlich-politischen Situation werden“ würde. Ein Teil der kommunistischen Parteiführung sollte dabei nach geeigneten Mechanismen für einen Dialog mit der gemäßigten Opposition suchen. Für die amerikanische Seite bildeten diese Tendenzen den Beweis für die Wirksamkeit der eigenen Strategie, politische Fragen mit ökonomischen Aspekten zu verknüpfen.<sup>26</sup>

Am 25. März 1988 kam es erneut zu einer Begegnung zwischen dem polnischen Botschafter Jan Kinast und hochrangigen Beamten des *State Department*. Deren Repräsentant Thomas Simons wies dabei darauf hin, dass die USA das Problem der Achtung der Menschenrechte in der Volksrepublik Polen immer noch aufmerksam betrachteten. Simons lobte in diesem Zusammenhang insbesondere die Haltung von Staats- und Parteichef Jaruzelski aufgrund folgender inzwischen veranlasseter Maßnahmen des Regimes: 1) Freilassung prominenter *Solidarność*-Führer aus der Internierungshaft (September 1986); 2) Dialog mit der Kirche; 3) Ankündigung liberalerer Gesetzesvorschriften über Vereine und gesellschaftliche Zusammenschlüsse; 3) Einstellung der Entsendung von Störwellen zur Überhöhung westlicher Rundfunksendungen; 4) Veröffentlichung eines Interviews mit Bronisław Geremek in der legalen Zeitschrift „Konfrontacje“. Zugleich betonte Simons, dass ein Abweichen von diesem Weg eine Verschlechterung der beiderseitigen Beziehungen bedeuten und weitere Fortschritte in den Verhandlungen über finanzielle Fragen verhindern würde.

Eine solche „Erosion“ im bilateralen Verhältnis sah Simons in der Inhaftierung Kornel Morawieckis, durch die der geplante USA-Besuch von Außenminister Orzechowski an Bedeutung verliere. Außerdem kritisierte er die vom Jaruzelski-Regime angeordneten Verhaftungen wegen Wirtschaftssabotage und Wehrdienstverweigerung, hinter denen er politische Motive vermutete. Als „zweideutig“ und ungenügend bezeichnete er ferner die Rolle des im Dezember 1986 entstandenen Konsulta-

---

USA w Warszawie z Departamentem Stanu, styczeń–wrzesień 1989, bearbeitet von GREGORY F. DOMBER, Warszawa 2006, S. 380-384.

<sup>26</sup> AIPN, 0449/8, Bd. 4, Informacja Departamentu I MSW dotycząca aktualnej amerykańskiej taktyki politycznej wobec Polski, S. 179 f., 12.[?]3.1988.

tionsrates beim Staatsratsvorsitzenden. Darüber hinaus rief Simons dazu auf, die staatliche Zensur in Polen zunehmend einzuschränken, das Prinzip des Gewerkschaftspluralismus zu restituieren sowie demokratische Änderungen im Wahlrecht vorzunehmen und die verbotene Massengewerkschaft *Solidarność* zu legalisieren. Zugleich appellierte er an die kommunistischen Machthaber in Warschau, „Wałęsa und seine Gefolgsleute in den Prozess der nationalen Verständigung“<sup>27</sup> einzubinden.

Die vom Regime geplanten Wirtschaftsreformen erachtete Simons als zu oberflächlich und partiell. Er fügte hinzu, dass die von amerikanischer Seite vorgetragenen Forderungen lediglich den Charakter von wohlwollenden Ratschlägen und Anregungen trügen, aber keinen Druck auf die politischen Entscheidungsträger in Warschau ausüben sollten. In Wirklichkeit setzte man in Washington jedoch auf eben diesen Druck zur Umsetzung der gegenüber Polen gewählten politischen Strategie. In Reaktion auf Simons' deutliche Kritik brachte Kinast seine „tiefe Enttäuschung“ über die bisherige Entwicklung der amerikanisch-polnischen Beziehungen zum Ausdruck, verharnte dabei jedoch in einer dezidiert passiven Haltung.<sup>28</sup> Die polnische Diplomatie dämpfte im Frühjahr 1988 ihre eher harsche Rhetorik in den Kontakten mit dem *State Department* immer mehr.

Mitte April 1988 sondierte Kinast die Möglichkeiten eines Staatsbesuchs von Ronald Reagan in Polen. Daraufhin gab Whitehead eindeutig zu verstehen, dass Washington ohne bedeutende demokratische Veränderungen in Polen nicht von der Strategie des *step by step* abrücken könne. Daher komme ein Besuch Reagans in Warschau bis auf weiteres nicht in Betracht.<sup>29</sup> Die Äußerungen Simons' und Whiteheads spiegeln deutlich wider, wie sehr die westliche Diplomatie damals auf die *Solidarność* als entscheidende Trumpfkarte in den Beziehungen zu Polen

---

<sup>27</sup> Zitiert aus: AMSZ, Eingehende Depeschen – Washington, 74/p/I – 1988, Chiffreschrift Nr. 5129/I aus Washington, S. 305-308, 29.3.1988; vgl. ebd., Chiffreschrift Nr. 5128/I aus Washington, S. 309-312, 29.3.1988. Kurze Zeit darauf richtete eine Gruppe von amerikanischen Kongressabgeordneten einen offiziellen Brief an General Jaruzelski, in dem die unverzügliche Freilassung Morawieckis gefordert wurde; AMSZ, Eingehende Depeschen – Washington, 74/p/II – 1988, Chiffreschrift Nr. 4309/II aus Washington, S. 609 f., 10.6.1988.

<sup>28</sup> AIPN, 0449/8, Bd. 4, informacja Departamentu I MSW dotycząca komentarzy zastępcy asystenta sekretarza stanu USA Thomasa Simonsa po spotkaniu z ambasadorem PRL Janem Kinastem, S. 149 ff., 20.4.1988.

<sup>29</sup> AMSZ, Eingehende Depeschen – Washington, 74/p/II – 1988, Chiffreschrift Nr. 805/II aus Washington, S. 370 f., 15.4.1988.

setzte. Dabei wurden die von amerikanischer Seite formulierten Postulate immer unverblümter, während die Gegenreaktionen in Warschau eine zunehmende politische „Fügsamkeit“ offenbarten.

Diese „Fügsamkeit“ resultierte vor allem aus dem dringenden Bedarf an amerikanischen Krediten. Aus einem Bericht der I. Abteilung des polnischen Innenministeriums geht klar hervor, wie aussichtslos die Lage aus Sicht des Regimes inzwischen erschien. Denn obgleich man sich in Warschau längst keine Illusionen über die antikomunistische und antisowjetische Propaganda der amerikanischen Außenpolitik mehr machte, sah man sich dennoch zur beiderseitigen Zusammenarbeit gezwungen: „Objektive politische Wirkzusammenhänge und grundlegende Interessen Polens haben zur Folge, dass die weitere Entwicklung der Beziehungen zu den USA in der gegenwärtigen Situation notwendig wird.“<sup>30</sup> Aus eben diesen Motiven reiste der stellvertretende Ministerpräsident Zdzisław Sadowski Anfang Mai 1988 in „wirtschaftlicher Mission“ nach Washington. Abgesehen von Gesprächen mit amerikanischen Politikern wie Whitehead und Bankleuten suchte er dabei auch den Kontakt mit Vertretern von IWF und Weltbank.<sup>31</sup> Die amerikanische Seite hielt jedoch ihre starre Haltung gegenüber den polnischen Kreditwünschen aufrecht.<sup>32</sup>

Die in Polen Ende April 1988 ausbrechenden Streikaktionen und deren brutale Niederschlagung durch Bürgermiliz und die *Zmotoryzowane Odwody Milicji Obywatelskiej* (ZOMO – Motorisierte Reserven der Bürgermiliz) zeigten, dass beide Seiten für gegenseitige Zugeständnisse immer noch nicht bereit waren: Die Amerikaner machten die Gewährung von Krediten weiterhin von der Aufnahme des Dialogs mit der *Solidarność* abhängig, das Jaruzelski-Regime lehnte diesen Dialog unbeirrt ab. Die bilaterale Pattsituation bewirkte eine weitere Vertiefung der inneren Krise in Polen, worüber man sich in Washington voll bewusst war. Im *State Department* entschloss man sich daraufhin zu kühler Zurückhaltung in den politischen Kontakten,<sup>33</sup> rückte aber von der Strategie der Bereitschaft, sich in Bezug auf Polen „unverzüglich von der Stelle bewegen“ zu können, nicht ab. Nichtsdestotrotz nahm das Tempo der Umsetzung dieser Strategie erheblich ab, denn das Verhältnis der kommunistischen

---

<sup>30</sup> AIPN, 0449/8, Bd. 4, informacja Departamentu I MSW dotycząca stanu i perspektyw stosunków polsko-amerykańskich, S. 173, 29.3.1988.

<sup>31</sup> Ebd.

<sup>32</sup> AIPN, 0449/8, Bd. 17, Chiffreschrift Nr. 3854 aus Bern, S. 144 f., 29.4.1988.

<sup>33</sup> AIPN, 0449/8, Bd. 4, Chiffreschrift Nr. 4775 aus Washington, S. 125 ff., 20.5.1988; ebd., Chiffreschrift Nr. 4679 aus Washington, S. 130 f., 18.5.1988.



Machthaber zur Opposition beeinflusste das Klima der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit mit dem Westen nach wie vor spürbar.

Infolge der Streikaktionen in Polen verlegte man den für Juli 1988 geplanten USA-Besuch von Außenminister Orzechowski auf unbestimmte Zeit. Am 26. Mai 1988 setzte Außenstaatssekretär Whitehead Botschafter Kinast über diese Entscheidung offiziell in Kenntnis. Bei dieser Gelegenheit bestätigte er nochmals die stagnierende Entwicklung der bilateralen Beziehungen und kritisierte die Verletzung der Menschenrechte während der Streikaktionen. Außerdem wies er auf die schwerwiegenden Folgen der vom Jaruzelski-Regime beschlossenen Lohnerhöhungen hin, die seiner Ansicht nach die Grundlagen der in Gang gesetzten inneren Reformen zerstörten. Diese Revidierung der politischen und ökonomischen Reformansätze bedeutete für Polen im Gegenzug, dass auch die Unterstützung durch US-Kredite unwahrscheinlicher wurde.<sup>34</sup>

Trotzdem war die polnische Diplomatie weiterhin bemüht, gegenüber dem *State Department* größtmögliche Kompromissbereitschaft zu demonstrieren. Diese Tendenz zeigte sich etwa bei der Begegnung von Kinast mit Außenminister George Shultz am 27. Juni 1988. Kinast lehnte bei diesem Gespräch – ebenso wie Sadowski – eine erneute Legalisierung der *Solidarność* zwar grundsätzlich ab, machte für diese Ablehnung aber ausschließlich ökonomische Motive geltend:

„In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation wäre es nicht gerechtfertigt, über eine erneute Legalisierung der ‚S‘ [*Solidarność*] auch nur zu diskutieren. Eine solche Maßnahme würde einer Eskalation unannehmbarer Lohnforderungen Tür und Tor öffnen.“

Dennoch war allein schon die Thematisierung dieser Frage recht bemerkenswert. Im weiteren Gesprächsverlauf relativierte Kinast seine ablehnende Haltung wie folgt:

„Das heißt nicht, dass wir das Demokratisierungsprogramm vergessen. Ganz im Gegenteil: Es wird konsequent realisiert und schafft die Möglichkeit, alle – einschließlich der ehemaligen ‚S‘-Führer – einzubinden.“

Gegen Ende des Gesprächs bekräftigte Kinast nochmals den „guten Willen“ der kommunistischen Machthaber in Warschau: „Wir sind völlig darauf eingestellt, andere Auffassungen zuzulassen.“<sup>35</sup> Noch wenige Mona-

<sup>34</sup> AMSZ, Eingehende Depeschen – Washington, 74/p/II – 1988, Chiffreschrift Nr. 3494/II aus Washington, S. 556-561, 27.5.1988.

<sup>35</sup> AMSZ, Eingehende Depeschen – Washington, 74/p/III – 1988, Chiffreschrift Nr. 5208/II aus Washington, S. 647 ff., 28.6.1988.



te zuvor wären derartige Zugeständnisse polnischer Diplomaten gegenüber der amerikanischen Seite unmöglich gewesen.

Angesichts dieser politischen Aufbruchsstimmung begab sich Orzechowski vom 28. bis 30. Juli 1988 nach Washington. Dabei handelte es sich um den ersten offiziellen Besuch eines polnischen Außenministers im *State Department*, was von der zunehmenden Normalisierung der Beziehungen beider Regierungen zeugte.<sup>36</sup> Die Gespräche auf ministerialer Ebene (zu einem Treffen Orzechowskis mit Präsident Reagan kam es nicht) führten jedoch zu keinem größeren Durchbruch, denn die amerikanische Seite schätzte den Besuch zwar als „positiv“ ein und erklärte ihren Willen, auch „größere Schritte“ zu unternehmen – allerdings erst bei „sichtbareren“ Effekten der wirtschaftlichen Veränderungen sowie nach der Realisierung des Gewerkschaftspluralismus. Vor diesem Hintergrund forderten die USA eine enge Einbindung der *Solidarność* in den „politischen Prozess in Polen“ sowie „irgendeine Form der Anerkennung Wałęsas“.<sup>37</sup> Orzechowski „polemisierte“ gegen diese Haltung.<sup>38</sup>

Kurze Zeit später zeigte eine amerikanische Initiative erneut das „erpresserische“ Element der politischen Strategie des Westens gegenüber der Volksrepublik: Anfang August 1988 brachte US-Senator Carl Levin ein Gesetzesprojekt zur Gründung der Regierungsgesellschaft OPIC (*Overseas Private Investment Corporation*) in den Kongress ein. Das Projekt sah vor, dass im Ausland investierende amerikanische Firmen – beispielsweise mit Eigentümern polnischer Herkunft – sich nur dann um finanzielle Zuschüsse seitens der US-Regierung bewerben konnten, wenn sie das internationale Recht auf eine freie Vielfalt von Gewerkschaften (auch in Bezug auf die *Solidarność*) achteten. Außerdem durften diese Unternehmen keine gemeinsamen Geschäfte mit staatlichen Subjekten betreiben. Nach Einschätzung des polnischen Geheimdienstes SB hatte Senator Levin dieses Gesetzesprojekt vor der Einbringung in den Kongress mit Jerzy Milewski und indirekt auch mit Lech Wałęsa besprochen. In Führungskreisen des Jaruzelski-Regimes herrschte die Ansicht, dass Levin bewusst amerikanische Auslandsinvestitionen im privaten Sektor favorisierte, um so eine legale finanzielle Basis zur Unterstützung der polnischen Opposition zu

---

<sup>36</sup> AMSZ, Eingehende Depeschen – Washington, 74/p/III – 1988, Chiffreschrift Nr. 839/III aus Washington, S. 725 ff., 15.7.1988.

<sup>37</sup> AIPN, 0449/8, Bd. 4, Chiffreschrift Nr. 7267 aus Washington, S. 63, 3.8.1988.

<sup>38</sup> KOVRIG, Of Walls, S. 151; AMSZ, Eingehende Depeschen – Washington, 74/p/III – 1988, Chiffreschrift Nr. 1495/III aus Washington, S. 771 f., 29.7.1988.

schaffen. An diesem Beispiel wird ersichtlich, wie sehr das *Solidarność*-Problem mit ökonomischen Aspekten verknüpft wurde.<sup>39</sup>

Diese politische Taktik der westlichen Staaten spielte bei der Entscheidung der kommunistischen Machthaber Polens, in offizielle Verhandlungen mit der Opposition einzutreten, sicherlich eine wesentliche Rolle. Das Jaruzelski-Regime fällt diese Entscheidung vor dem Hintergrund weiterer gesellschaftlicher Massenproteste im August 1988. Das von den EWG- und NATO-Staaten angewandte Mittel der Erpressung in Fragen der Kreditvergabe machte Geldzuflüsse nach Polen von wohlwollenden Gesten der Staats- und Parteiführung gegenüber der Opposition abhängig und erzwang letztendlich eine zunehmende Liberalisierung des politischen Systems. Wie stark der Einfluss des finanziellen Drucks tatsächlich gewesen sein muss, veranschaulicht die in einer Meldung des polnischen Innenministeriums zitierte, im September 1988 vertretene Auffassung der außenpolitischen Berater von Präsident Reagan. Demnach war die erneute Legalisierung der *Solidarność* lediglich eine Frage der Zeit, da die „polnische Regierung in der gegenwärtigen ökonomischen Situation des Landes gezwungen sein wird, die vom Westen angebotenen Bedingungen der Kreditvergabe an die Wirtschaft der Volksrepublik Polen zu akzeptieren“.<sup>40</sup>

Vor diesem Hintergrund versuchte die amerikanische Außenpolitik, ihre strategischen Zielsetzungen an den im Jahre 1989 zu beobachtenden politischen Wandel in Polen anzupassen. Dabei vertrat Washington gewisse konzeptionelle Schwerpunkte, die sowohl der an Macht verlierenden kommunistischen Staatsführung als auch der auf dem Wege der Legalisierung befindlichen Opposition gerecht werden sollten. In seinen Erinnerungen bezeichnete George Bush die Politik als „verantwortungsbewussten Katalysator“<sup>41</sup> demokratischer Veränderungen, wirtschaftlicher Reformen und der formalen Anerkennung der Opposition. Dieser „Katalysator“ sollte zugleich von politischem Verantwortungsbewusstsein zeugen und durfte daher nicht auf bilaterale Konfrontation abzielen. Nach Ansicht des amerikanischen Zeithistorikers Gregory F. Domber verfolgte die Regierung Bush diese „katalysierende“ Politik allerdings nur in den An-

---

<sup>39</sup> AIPN, 0449/8, Bd. 4, Informacja Departamentu I MSW dotycząca polityki USA wobec Polski, S. 56 f., 17.8.1988.

<sup>40</sup> AIPN, 1585/3900, meldunek Departamentu I MSW dotyczący spotkania Janusza Onyszkiewicza z Ronaldem Reaganem, S. 14, September 1988.

<sup>41</sup> GEORGE BUSH / BRENT SCOWCROFT, *A World Transformed*, New York 1998, S. 117.

fangsmonaten des Jahres 1989, wobei Washington starken Druck auf Warschau ausübte, um das Regime zu einem stärkeren Dialog mit der Opposition zu bewegen.<sup>42</sup>

Der Handlungsstil der amerikanischen Diplomatie in den ersten sechs Monaten der Regierung Bush wird in der Forschung sogar als zurückhaltend und passiv eingeschätzt.<sup>43</sup> Laut Domber waren zu Beginn des Jahres 1989 tatsächlich keine deutlichen Veränderungen in der amerikanischen Polenpolitik erkennbar. Die auffallende diplomatische Zurückhaltung resultierte nach Ansicht Dombers aus der Tatsache, dass die tiefgreifenden demokratischen Veränderungen in Polen ohnehin nach den Vorstellungen der politischen Entscheidungsträger im Weißen Haus verliefen. Die seit vielen Jahren formulierten Ziele der amerikanischen Osteuropapolitik wurden also in einem Maße Wirklichkeit, die die kühnsten Träume übertraf. Daher wollte man in Washington auf die revolutionären Ereignisse in Polen von außen keinen Einfluss nehmen, denn eine derartige Einmischung hätte vielleicht unerwünschte Folgen gehabt.<sup>44</sup>

Andererseits setzte Präsident Bush nach Ansicht des polnischen Politologen Paweł Kowal weitaus mehr als sein Vorgänger Reagan auf die Unterstützung der Perestrojka als Instrument der Förderung demokratischer Tendenzen im Ostblock. Daher erachtete Bush die Stabilisierung des Gorbatschow-Regimes als vorrangige Aufgabe seiner Ostpolitik.<sup>45</sup> Diese Prioritätensetzung hatte sicherlich auch negative Auswirkungen auf die politischen Bestrebungen mancher *Solidarność*-Kreise. Zugleich herrschte in Washington jedoch weitgehende Unsicherheit über das weitere Schicksal des „polnischen Experiments“. Aus diesen Gründen entschlossen sich die Entscheidungsträger im Weißen Haus letztlich nicht für konkrete Finanzhilfen zur Verbesserung der ökonomischen Lage in Polen.

Nach Ansicht des damaligen Außenministers James Baker (1989–1992) konzentrierten sich die USA in der stürmischen Umbruchszeit des Völkerfrühlings auf die heikle Aufgabe, bei der „Konsolidierung und Fortsetzung“ der in Polen und Ungarn am weitesten fortgeschrittenen inneren

---

<sup>42</sup> GREGORY F. DOMBER, *Solidarity's Coming Victory. Big or Too Big. Poland's Revolution as Seen from the U.S. Embassy*, [www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB42](http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB42) (12.10.2013); vgl. auch AIPN, 0449/8, Bd. 10, Informacja Departamentu I MSW dotycząca stanowiska nowej administracji USA wobec Polski, S. 48 ff., 29.3.1989.

<sup>43</sup> Vgl. z. B. ROBERT L. HUTCHINGS, *American Diplomacy and the End of the Cold War*, Washington 1997.

<sup>44</sup> DOMBER, *Solidarity's Coming Victory*.

<sup>45</sup> PAWEŁ KOWAL, *Koniec systemu władzy. Polityka ekipy gen. Wojciecha Jaruzelskiego w latach 1986–1989*, Warszawa 2012, S. 313.

Reformen der Ostblockländer subtile Hilfe zu leisten. Während die amerikanische Außenpolitik diese Reformvorhaben also behutsam unterstützte, wollte man im *State Department* zugleich jegliche Provokationen vermeiden, die leicht zu Vergeltungsmaßnahmen einzelner Staaten hätten führen können.<sup>46</sup> Diese im Einzelfall unterschiedlich akzentuierte Strategie wurde nach der Epochenwende von 1989 zur Leitdoktrin der gesamten westlichen Diplomatie gegenüber den Staaten Osteuropas.

In Reaktion auf die Anfang Februar 1989 feierlich eröffneten Gespräche am Runden Tisch bestätigte Präsident Bush offiziell, dass die USA dabei seien, ein finanzielles Hilfsprogramm für Polen auszuarbeiten. Diese Erklärung bedeutete eine radikale Kehrtwende der früheren amerikanischen Sanktionspolitik, wobei das Weiße Haus die weitere Entwicklung jedoch abwartete. Am 17. April 1989 – am Tag der erneuten Legalisierung der *Solidarność* und kurz nach der Unterzeichnung der Vereinbarungen am Runden Tisch – hielt Bush im überwiegend von Bürgern polnischer Abstammung bewohnten Detroiter Stadtteil Hamtramck eine Rede: „Wir teilen die Aspirationen und die innere Erregtheit der Polen“. In pathetischem Tonfall stellte der amerikanische Präsident weiter fest, dass die

„Ära des Totalitarismus zu Ende geht und dessen Ideen verschwinden, wie die Blätter eines alten, kahlen Baumes [...]. Falls das polnische Experiment gelingt, schließen sich vielleicht weitere Länder diesem Beispiel an.“

Darüber hinaus bezeichnete er die Vereinbarungen am Runden Tisch als historischen Umbruch und große Chance. Der dabei erzielte Kompromiss zeuge vom „unbeugsamen Geist des polnischen Volkes sowie der Kraft und Klugheit Wałęsas, aber auch vom Realismus General Jaruzelskis und der geistigen Führung der Kirche“ in Polen. Darüber hinaus wies der amerikanische Präsident darauf hin, dass die „demokratischen Kräfte in Polen den Westen um moralische, politische und wirtschaftliche Unterstützung baten“, worauf der „Westen nun antworten wird“.<sup>47</sup>

Im weiteren Verlauf der Rede präsentierte Bush die programmatischen Grundzüge der neuen amerikanischen Polenpolitik, die in der interna-

---

<sup>46</sup> JAMES A. BAKER, *The Politics of Diplomacy. Revolution, War and Peace*, 1989–1992, New York 1995, S. 64.

<sup>47</sup> Zitiert nach: George Bush Library, Public Papers (hiernach: GBL PP), Ansprache von George Bush an die Einwohner von Hamtramck, 17.4.1989; vgl. Excerpts from Speech by Bush on Polish Aid, in: *The New York Times*, 18. April 1989; BERNARD WEINRAUB, Bush Unveils Aid Plan for Poland Linked to Recent Liberalization, in: *The New York Times*, 18. April 1989; Informator. Stosunki dyplomatyczne Polski, hg. v. BARBARA JANICKA u. a., Bd. 1: Europa 1918–2006, Warszawa 2007, S. 182.

tionalen Öffentlichkeit rasch unter der Bezeichnung „Polen-Paket“ bekannt wurden. Der Präsident sagte dem Ostblockland dabei erneut wirtschaftliche Hilfen zu, allerdings ohne konkrete Versprechen. Ferner kündigte er die Einführung von Handels- und Zollpräferenzen an, versprach Investitionserleichterungen und Unterstützung für Polens Verhandlungen mit IWF und Pariser Klub. Abgesehen davon plädierte Bush für eine erweiterte bilaterale Zusammenarbeit in Wissenschaft und Kultur – allerdings nur bei einer strikten Fortsetzung der demokratischen Reformen. Denn „ungesunde Kredite“<sup>48</sup> wollte Washington dem von zunehmendem Machtverfall betroffenen Jaruzelski-Regime nicht gewähren.

Etliche Jahre später räumte Bush rückblickend ein, dass die von den USA im Frühjahr 1989 geleisteten offiziellen Versprechungen von keinen konkreten Zusagen gedeckt waren und sich insgesamt recht bescheiden ausnahmen, da sie dem riesigen Ausmaß der ökonomischen Probleme des Landes in keiner Weise entsprachen. Bush räumte sogar ein, dass diese Probleme die amerikanische Seite regelrecht „in Verlegenheit brachten“.<sup>49</sup> Umso mehr zeigte sich die kommunistische Staatsführung von der Haltung Washingtons unbefriedigt. Laut dem damaligen Ministerpräsidenten Mieczysław Rakowski waren Bushs Vorschläge nicht geeignet, „den Teufelskreis der polnischen Verschuldung zu unterbrechen“.<sup>50</sup> Das „Polen-Paket“ unterschied sich in der Tat nur geringfügig von den bisherigen Initiativen der US-Außenpolitik. In Warschau erwartete man stattdessen konkrete Vereinbarungen und rechnete vor allem mit einem Staatsbesuch Bushs.

Zu diesem Besuch kam es erst im Juli 1989 – unmittelbar nach den für die kommunistischen Machthaber schockierenden Ergebnissen der Parlamentswahlen im Juni und auf dem Höhepunkt der politischen Krise im Lande. Die tiefgreifenden politischen Veränderungen in Polen trugen zu einer deutlichen Umorientierung der US-Außenpolitik bei. Die Phase der finanziellen Erpressung gelangte an ihr Ende. Zugleich zeigte sich die amerikanische Seite von der rasanten innenpolitischen Entwicklung zunehmend beunruhigt. Die demokratischen Veränderungen weckten bei

---

<sup>48</sup> Zitiert nach: GBL PP, Ansprache von George Bush an die Einwohner von Hamtramck, 17.4.1989; vgl. Excerpts From Speech by Bush on Polish Aid, in: *The New York Times*, 18. April 1989; WEINRAUB, Bush Unveils Aid Plan; KOVRIG, Of Walls, S. 152; BUSH / SCOWCROFT, *Świat przekształcony*, Warszawa 2000, S. 62 ff.

<sup>49</sup> BUSH / SCOWCROFT, *A World Transformed*, S. 63; vgl. MAZURKIEWICZ, *Dyplomacja*, S. 215 f.

<sup>50</sup> MIECZYŚLAW F. RAKOWSKI, *Dzienniki polityczne 1987–1990*, Warszawa 2005, S. 420.

den Entscheidungsträgern in Washington keine Freude, sondern eher Furcht und Konsternation, denn man befürchtete, dass der mühsam erreichte Kompromiss zwischen Regime und Opposition am Runden Tisch durch den unerwartet hohen Wahlsieg der *Solidarność* im Juni 1989 zunichtegemacht würde.

Sowohl die kommunistischen Machthaber in Warschau als auch die Aktivisten der *Solidarność* erhofften sich vom für Juli 1989 geplanten Besuch des amerikanischen Präsidenten eine weitreichende finanzielle Unterstützung des eigenen Landes. Davon zeugen insbesondere die diplomatischen Aktivitäten von Botschafter Kinast im Vorfeld. Er begab sich am 18. Juni 1989 gemeinsam mit Konsul Jerzy Jaskiernia zum damaligen Leiter des Osteuropa-Büros im *State Department*, James W. Swihart, um die Chancen für eine etwaige Erweiterung und Konkretisierung des amerikanischen Investitionsprogramms auszuloten.<sup>51</sup> Aber auch führende Oppositionsvertreter ersuchten die westliche Staatengemeinschaft um die Gewährung von Krediten.<sup>52</sup>

Am Abend des 9. Juli 1989 landete Bush in Warschau-Okęcie. Auf dem Flughafen wurde er von Wojciech Jaruzelski begrüßt, der damals bewusst „nur“ das Amt des Staatsratsvorsitzenden bekleidete.<sup>53</sup> Bush versäumte bereits zu Beginn seines Besuchs nicht, ihn für seine „Klugheit und Mut“ bezüglich der am Runden Tisch getroffenen Vereinbarungen zu loben, bestätigte jedoch zugleich den Wunsch, auch mit der Opposition in Dialog zu treten.<sup>54</sup> Daher traf er sich zu einem inoffiziellen Gespräch mit Lech Wałęsa, den er zuhause besuchte. Darüber hinaus kam es zu Unterredungen mit Ministerpräsident Rakowski sowie den Marschällen von Sejm und Senat.<sup>55</sup>

---

<sup>51</sup> MAZURKIEWICZ, *Dyplomacja*, S. 217 ff.

<sup>52</sup> Vgl. z. B. AMSZ, *Eingehende Depeschen – Washington*, 74/p/IV – 1988, Chiffreschrift Nr. 203/IV aus Washington, S. 1268 f., 4.10.1988; ebd., Chiffreschrift Nr. 3610/III aus Washington, S. 1255 ff., 7.9.1988.

<sup>53</sup> Angesichts der verheerenden Niederlage der Kommunisten in den Sejm-Wahlen vom Juni 1989 verzichtete General Jaruzelski damals bewusst auf das Staatspräsidentenamt, was bereits in den Verhandlungen am Runden Tisch inoffiziell verabredet worden war.

<sup>54</sup> GBL PP, Ansprache von George Bush während des Begrüßungszeremoniells in Okęcie (Flughafen Warschau), 6.7.1989.

<sup>55</sup> MAUREEN DOWD, *Bush Urges Poles to Pull Together*, in: *The New York Times*, 12. Juli 1989; *Excerpts From Remarks by Walesa and Bush at the Solidarity Monument*, in: Ebd.; GBL PP, *Der von George Bush beim Dinner im Radziwiłł-Palast (Warschau) ausgebrachte Toast*, 10.7.1989.

Am Nachmittag des 10. Juli 1989 hielt Bush eine Ansprache im polnischen Parlament, bei der er ausdrücklich an die Verfassung vom 3. Mai 1791 und die Gestalt des Revolutionsführers Tadeusz Kościuszko anknüpfte. Darüber hinaus unterstrich er die historische Tragweite der politischen Umwälzungen in Polen, was eine gemeinsame Fotoaufnahme mit Jaruzelski und Wałęsa auf der ersten Sejm-Sitzung nach den Juniwahlen von 1989 sinnfällig bezeugen sollte.

Der regierungsfreundliche Tonfall der Rede Bushs war unüberhörbar: Er sprach vom „Mut“ und „Realismus“ der kommunistischen Machthaber Polens und Ungarns, die nun bestrebt seien, „die Fehler der Vergangenheit mit Ehrlichkeit, Kreativität und – ja – Mut zu verbessern“. Diese Lobeshymnen begleitete die Feststellung, dass „Lech Wałęsa und die Solidarność eng mit denjenigen Institutionen verbunden sind, die der gesamten Nation dienen werden“.<sup>56</sup>

Den aus polnischer Sicht wichtigsten Teil der Sejm-Rede bildete ein nur grob skizziertes Angebot wirtschaftlicher Unterstützung, das über die diesbezüglichen Ankündigungen von Hamtramck hinausgehen sollte. Das „Sechs-Punkte-Paket“ ließ jedoch viele Einzelfragen völlig offen:

1. Bush versprach, das Problem der Unterstützung Polens auf dem bevorstehenden G-7-Gipfel in Paris aufzugreifen, um eine „vertiefte Koordination und gemeinsame Hilfsaktionen“ in Gang zu setzen. Diese Hilfsinitiativen sollten auf das finanzielle Potential von Weltbank, Pariser Klub und IWF zurückgreifen, aber die Zusage blieb äußerst vage.
2. Bush wollte den US-Kongress (und indirekt auch andere G-7-Staaten) bitten, einen Sonderfonds zur Förderung des privaten Sektors der polnischen Volkswirtschaft einzurichten.
3. Das Weiße Haus wollte ferner die Weltbank dazu bewegen, Polen einen Kredit in Höhe von fünf Milliarden Dollar zur Entwicklung der einheimischen Industrie und Landwirtschaft einzuräumen.
4. Die amerikanische Seite versprach außerdem, im Kreise der westlichen Bündnispartner für eine für Polen günstigere Neufestlegung der Tilgungsraten staatlicher Schulden einzutreten. Im Jahre 1989 hätte der Ostblockstaat auf diese Weise sogar eine Milliarde Dollar weniger zurückzahlen müssen. Eine endgültige Entscheidung über diese Frage sollte jedoch erst auf der Pariser G-7-Konferenz im Juli 1989 fallen.
5. Der US-Kongress sollte bestimmte Gelder zur Reduzierung der Umweltverschmutzung in Polen – insbesondere in Krakau – bereitstellen.

---

<sup>56</sup> GBL PP, Ansprache von George Bush im Sejm der VR Polen, 10.7.1989.



6. Bush stellte ferner die Gründung eines amerikanischen Kultur- und Informationszentrums in Warschau und einer analogen polnischen Einrichtung in den USA in Aussicht.<sup>57</sup>

Diese eher vagen, auf eine unbestimmte Zukunft ausgerichteten Absichtserklärungen des amerikanischen Präsidenten konnten die Sejm-Abgeordneten unabhängig von ihrer jeweiligen politischen Couleur sicherlich nicht zufriedenstellen, zumal Bush keinen neuen Marshall-Plan versprach, von dem man auf polnischer Seite vielfach geträumt hatte.

Während der feierlichen Ansprache auf der gemeinsamen Sondersitzung von Sejm und Senat saßen Wałęsa und Jaruzelski nebeneinander in der ersten Reihe. Eine Woche später wurde Jaruzelski mit nur einer Stimme Mehrheit zum neuen Staatspräsidenten Polens gewählt.<sup>58</sup> Laut Domber war Bushs Polenmission für diese Wahl nicht ganz bedeutungslos gewesen, denn der amerikanische Präsident habe am Morgen des 10. Juli 1989 Jaruzelski bei einem Treffen im Belweder-Palast persönlich zur Kandidatur für das höchste Staatsamt zu überreden versucht. Gerade dies sei im Übrigen das Hauptziel von Bushs Warschau-Besuch gewesen. Er hatte dem General bereits früher wiederholt in eindeutiger Form seine politische Unterstützung angeboten und dabei an Lob für dessen politische Vorgehensweise nicht gespart. Diese freundliche Anteilnahme war Jaruzelski sicherlich nicht entgangen.<sup>59</sup>

Auch die zeitgenössische amerikanische Presse machte in ihrer Berichterstattung auf diesen Aspekt aufmerksam.<sup>60</sup> Die polnische Zeithistorikerin

---

<sup>57</sup> GBL PP, Ansprache von George Bush im Sejm der VR Polen, 10.7.1989; ebd., Informationsnotiz des Weißen Hauses bezüglich der Finanzhilfe für Polen und Ungarn, 10.7.1989.

<sup>58</sup> GABRIEL MÉRÉTIK, *Noc generała*, Warszawa 1989, S. 244, 258; MARCIN FRYBES, *Dziękujemy za solidarność = Merci pour votre solidarité!*, Warszawa 2005, S. 104; Depesza Sekretariatu Stanu do ambasady USA w Brukseli [sic], 2. September 1989, in: Ku zwycięstwu „Solidarności“, S. 385-391; Pilna notatka ministra spraw zagranicznych dotycząca wizyty prezydenta George’a Busha w Polsce, 19.5.1989, in: Ku wielkiej zmianie. Korespondencja między Ambasadą PRL w Waszyngtonie a Ministerstwem Spraw Zagranicznych, styczeń – październik 1989, hg. v. HENRYK SZLAJFER, Warszawa 2008, S. 130-136; Chiffreschrift Nr. 0-607/III aus Washington, 13.7.1989, in: Ku wielkiej zmianie, S. 174 ff.; Pilna notatka ministra spraw zagranicznych dotycząca wizyty prezydenta George’a Busha w Polsce, 18.7.1989, in: Ku wielkiej zmianie, S. 177-197; Zachód o wizycie Busha, in: *Gazeta Wyborcza*, 10. Juli 1989, S. 7.

<sup>59</sup> GYÖRGY DALOS, *Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa*, München 2009.

<sup>60</sup> Vgl. z. B. RAYMOND W. APPLE JR., *A Polish Journey. Bush Escapes Pitfalls in Weathering Tough Economic and Political Climate*, in: *The New York Times*, 12. Juli 1989.



Anna Mazurkiewicz betont dabei folgenden Zusammenhang: „Im Juli 1989 gestand die Führung der amerikanischen Außenpolitik öffentlich ein, dass Wojciech Jaruzelski für den friedlichen Verlauf des Transformationsprozesses in Polen unerlässlich sei, da er vor allem auf Moskau beruhigend einwirken könne.“<sup>61</sup> Spätestens seit Juni 1989 hielt man im Weißen Haus die Aufrechterhaltung äquivalenter Kontakte zur *Solidarność* und der kommunistischen Regierung für ein höchst wichtiges Element der US-Diplomatie gegenüber Polen. Daher nahm unmittelbar nach der vertraulichen Unterredung zwischen Bush und Jaruzelski auch Bronisław Gerekme am 10. Juli 1989 am festlichen Lunch in der Warschauer US-Botschaft teil.<sup>62</sup>

Angesichts derart tiefgreifender Umgestaltungen der politischen Landschaft Polens erschien die konkrete Realisierung der in Aussicht gestellten Finanzhilfe unausweichlich. Unmittelbar nach seinem Polen-Besuch reiste Bush nach Ungarn und anschließend nach Paris, um an den – wie sich rasch herausstellte – aus polnischer Sicht sehr bedeutsamen Beratungen der G-7-Staaten (14. bis 16. Juli 1989) teilzunehmen. Seit mehreren Wochen hatte der amerikanische Präsident immer wieder betont, dass an diesem Ort die Schlüsselentscheidungen für die demokratische Zukunft des östlichen Europa fallen würden.<sup>63</sup> In einer Verlautbarung vom 15. Juli 1989 erklärten die G-7-Mitgliedstaaten ihren „Wunsch nach mehr Freiheit und Demokratie im Osten. [...] Jeder von uns ist bereit, diesen Prozess zu fördern, wobei in geeigneter, koordinierter Weise zu überlegen ist, wie man die nachhaltige Öffnung und Umgestaltung der Volkswirtschaften ökonomisch unterstützen“<sup>64</sup> könne.

Diesmal folgten den Worten auch Taten. Zunächst entschied man sich für rasche Nahrungsmittellieferungen in die betreffenden ostmitteleuropäischen Staaten. Dabei wurde eine Sonderkommission einberufen, die sich mit diesen Problemen näher befassen sollte. Auf Anregung von Bundeskanzler Helmut Kohl wurden die Vorschläge der G-7 von der EWG-Kommission sofort übernommen. Auf der Sitzung des EWG-Au-

---

<sup>61</sup> MAZURKIEWICZ, *Dyplomacja*, S. 233.

<sup>62</sup> GBL PP, Beim Lunch ausgebrachte Toaste in der US-Botschaft in Warschau, 10.7.1989.

<sup>63</sup> Vgl. z. B. GBL PP, Pressekonferenz von George Bush in Washington, 6.7.1989; ebd., Äußerung von George Bush vor dem Abflug nach Polen, 9.7.1989.

<sup>64</sup> Zitiert nach: ASG, 331.122, Verlautbarung der G-7 über die Ost-West-Beziehungen, 15.7.1989; KOVRIG, *Of Walls*, S. 295; Chiffreschrift Nr. 0-868/III aus Washington, 19.7.1989, in: Ku wielkiej zmianie, S. 198 ff.

ßenministerrates vom 17. Juli 1989 vereinbarte man, Polen und Ungarn unverzüglich Grundnahrungsmittel zukommen zu lassen, trug jedoch die konkrete Durchführung der Hilfsaktion den einzelnen Landwirtschaftsministern auf. Darüber hinaus betonte man erneut die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung eines traditionellen politischen Grundsatzes – dass jegliche materielle Hilfsleistungen von konkreten Fortschritten des Demokratisierungsprozesses in Politik und Gesellschaft abhingen.<sup>65</sup>

George Bush bezeichnete den G-7-Gipfel als „unübersehbaren Erfolg“ und betonte, dass „die sich nach Demokratie und Freiheit sehnenden Menschen unsere Unterstützung verdienen“.<sup>66</sup> In Hinblick auf die politischen Bedingungen für die Gewährung von Hilfsleistungen in den Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zwischen Polen und der westlichen Welt begann tatsächlich eine neue Ära: Am 1. August 1989 trafen die Vertreter von 24 westlichen Staaten in Brüssel zur ersten koordinierenden Sitzung zusammen, um die Verlautbarungen des G-7-Gipfels in die Tat umzusetzen. Am 26. September 1989 – bereits nach der Vereidigung der Regierung Tadeusz Mazowiecki – kam es zu einem erneuten Treffen.<sup>67</sup> Die politische Umbruchsstimmung in Europa zeigte sich vor allem auf dem Pariser EWG-Gipfel im November 1989, auf dem die Bildung eines Stabilitätsfonds für Polen (und Ungarn) beschlossen wurde.<sup>68</sup>

Vor dem Hintergrund der obigen Überlegungen fällt auf, dass der sich Ende der 1980er Jahre beschleunigende wirtschaftliche Zusammenbruch der Volksrepublik Polen proportional zur fortschreitenden Demokratisierung der Staatsgewalt erfolgte. Die politische Krise erreichte daher im Jahre 1989 ihren absoluten Tiefpunkt. Führende Politiker des Westens verstanden diesen inneren Zusammenhang sehr gut, sodass man die Ab-

---

<sup>65</sup> Depesche des *State Department* an die US-Botschaft in Warschau, 25.7.1989, in: Ku zwycięstwu „Solidarności“, S. 325-329; Chiffreschrift Nr. 0-868/III aus Washington, 19.7.1989, in: Ku wielkiej zmianie, S.198 ff.; KOVRIG, S. 295; AMSZ, Eingehende Depeschen – London, 24/91, Fasz. 12, Chiffreschrift Nr. 0-992/III aus London, S. 340 f., 21.7.1989. Auf dieser Grundlage kam es am 19. September 1989 in Warschau zur Unterzeichnung eines Handelsabkommens zwischen der EWG und der VR Polen; ASG, EEC Assistance to Poland, 331.122, Operation PHARE. Beziehungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu Polen und Ungarn, 16.11.1989.

<sup>66</sup> GBL PP, Pressekonferenz von George Bush in Paris, 16.7.1989.

<sup>67</sup> ASG, EEC Assistance for Poland, 331.122, Operation PHARE. Beziehungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu Polen und Ungarn, 16.11.1989.

<sup>68</sup> AMSZ, Eingehende Depeschen – Paris, 24/91, Fasz. 18, Chiffreschrift Nr. 0-2421/IV aus Paris, S. 757 f., 22.11.1989. Informator. Stosunki dyplomatyczne Polski, hg. v. BARBARA JANICKA u. a., Bd. 2: Ameryka Północna i Południowa 1918–2006, Warszawa 2008, S. 162.

hängigkeit zwischen neuen Krediten und Zugeständnissen des Regimes an die Opposition umso deutlicher betonte. Auch die politischen Entscheidungsträger in Warschau unterwarfen sich nolens volens dieser Logik.

Resümierend bleibt festzustellen, dass der demokratische Systemwandel in Polen eher aus dem ökonomischen Kollaps des Landes und weniger aus der politischen Bankrotterklärung seiner Machthaber resultierte. Dieser Systemwandel käme demnach einem kuriosen Triumph des Marxismus gleich. Denn laut dieser Ideologie sind es die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse im Kapitalismus, die letztlich den politischen Umsturz erzwingen. Aber in Polen wurde paradoxerweise ein Herrschaftssystem beseitigt, das sich als kommunistisch bezeichnete.

*Aus dem Polnischen von Jan Obermeier*

JOANNA WIESLER

## DIE KINDERFÜRSORGE UND DER ALLTAG POLNISCHER FAMILIEN IN DEN 1980ER-KRISENJAHREN

DIE ARBEIT DER GESELLSCHAFT DER KINDERFREUNDE  
[TOWARZYSTWO PRZYJACIÓŁ DZIECI]

Die wirtschaftliche Notlage im Polen der 1980er Jahre veränderte das Alltagsleben in vielfältiger Hinsicht. Die mangelhafte Lebensmittelversorgung oder der sich verschlechternde Zustand im Gesundheitswesen verursachten nicht selten Probleme bei Familien und in vielen Bereichen des Fürsorgesystems. Die Situation in den Krisenjahren zwang die Bevölkerung dazu, sich neu zu orientieren. Das galt auch für die seit der Zwischenkriegszeit existierende Gesellschaft der Kinderfreunde (*Towarzystwo Przyjaciół Dzieci*, TPD).<sup>1</sup> Inwieweit kann man dabei von einer „Anpassung“ der Arbeit der TPD an die Situation in den 1980ern sprechen? Zu welchen organisatorischen Umwandlungen der Organisation kam es in dieser Periode? Konnte sie zu diesem Zeitpunkt andere Initiativen entwickeln? Und wie beeinflusste diese Periode die spätere Tätigkeit der TPD?

---

<sup>1</sup> Die Gesellschaft der Kinderfreunde wurde 1949 mit Zusammenschluss der Arbeitergesellschaft der Kinderfreunde (*Robotnicze Towarzystwo Przyjaciół Dzieci*, RTPD) und der Bauerngesellschaft der Kinderfreunde (*Chłopskie Towarzystwo Przyjaciół Dzieci*, ChTPD) gegründet. Die RTPD entstand 1919 aus der Initiative der Polnischen Sozialistischen Partei (*Polska Partia Socjalistyczna*, PPS). Nach dem Zweiten Weltkrieg reaktivierte das Lubliner Komitee 1944 die RTPD, was ein klares Zeichen dafür war, welche Position die Gesellschaft im neuen Fürsorgesystem einnehmen würde. Anfang 1946 wurde für die Arbeit auf dem Land die ChTPD berufen. 1949–1956 gehörte zu ihren wichtigsten Aufgaben die Durchsetzung der politischen Richtlinien der sozialistischen Erziehung. Nach dem *Polnischen Oktober* 1956 fing die TPD mit der auf den Traditionen der RTPD basierenden Arbeit im familiären Milieu an; vgl. STANISŁAW TUŁODZIECKI, *Dorobek XX-lecia i zamierzenia Towarzystwa Przyjaciół Dzieci na lata 1966–1970*, Vortrag gehalten auf der Vollversammlung des TPD-Vorstands, Warszawa, 9. Juni 1964, S. 3-10 (als Druckschrift erschienen).

Eben diese Fragen stehen im Vordergrund der folgenden Analyse. Anzumerken ist, dass in der Geschichte der TPD die Befolgung staatlicher Richtlinien nichts Neues war. Diese Grundhaltung in der Zeit des Kommunismus kann nicht verwundern, zumal die Organisation in vielen Bereichen der Fürsorge eine Ergänzung zu den staatlichen Initiativen bildete. Die TPD-Aktivitäten gaben jedoch nie die Bestrebungen nach möglichst breiter Selbständigkeit auf. Kam es also in den Krisenjahren zu einer Abweichung von den durch den Staat aufgezungenen Anweisungen?

Vor einer Untersuchung der Arbeit der TPD im letzten Jahrzehnt des Kommunismus ist es sinnvoll, sich ein Bild über den früheren Zustand des polnischen Fürsorgesystems zu machen. Über dessen Schwächen und die daraus resultierenden Konsequenzen seit den 1950er Jahren äußerten sich Pädagogen<sup>2</sup> aufwändig in der Fachliteratur; sie warfen den Institutionen einen fehlenden Überblick über die Probleme im Elternhaus und ein fehlendes übergreifendes Ressort vor, welches einen schlüssigen Arbeitsplan der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen hätte vorlegen können. Davon ausgehend versuchte die Volksrepublik nach der Bildungsreform von 1961,<sup>3</sup> unter dem Motto „Erziehung im Milieu“, eine effektive Zusammenarbeit zwischen Schule, Familie und staatlichen sowie gesellschaftlichen Institutionen zu begründen. Außerdem war Warschau bestrebt, das Gerichtswesen und die Miliz noch stärker in den Kampf gegen Jugendkriminalität einzubeziehen. Dieses Konzept brachte jedoch keinen größeren Erfolg: Einerseits stieß es auf wenig Gegenliebe der Eltern, andererseits fehlte es in den schulischen und anderen Organisationen an qualifiziertem Personal.

Ein paar Jahre später, im Februar 1973, traf der „Bericht über den Stand des Bildungswesens in der Volksrepublik Polen“<sup>4</sup> auf dem Schreib-

---

<sup>2</sup> MARIAN BALCEREK, Funkcjonowanie systemu opiekuńczo-wychowawczego na rzecz rodziny, in: Funkcje socjalizacyjno-wychowawcze, kulturowe i opiekuńcze rodziny oraz współdziałających z nią instytucji i organizacji wyspecjalizowanych. Referaty, Warszawa 1980; JANINA MACIASZKOWA, Rodzina a sieroctwo społeczne, in: Studia Pedagogiczne. Pedagogika opiekuńcza – podstawy metodologiczne i wybrane kierunki opieki nad dzieckiem, Wrocław u. a. 1992.

<sup>3</sup> Beschluss des VII. Plenums des Zentralkomitees der PZPR über die Reform des Grund- und Mittelschulwesens 21.1.1961, in: Bildungspolitik in der Volksrepublik Polen 1944-1986. Quellensammlung mit einleitender Darstellung und Kommentaren, hg. v. SIEGFRIED BASKE, Bd. 1, Berlin 1987, S. 405 f.

<sup>4</sup> Am 30. Januar 1971 wurde aufgrund der Initiative des Politbüros des ZK der PZPR ein Expertenkomitee zur Durchführung einer Analyse zum Stand des Bildungssystems und zur Bearbeitung des Projektes eines zukünftigen Modells des Bildungswesens in Polen einberufen, vgl. WINCENTY OKOŃ, Główne założenia raportu o stanie oświaty, in: Kwar-

tisch des Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei Edward Gierek ein. Der Rapport beurteilte das damalige Bildungssystem und ebnete den Weg zu seiner Modernisierung. Noch im selben Jahr verabschiedete der Sejm einen „Beschluss über das Nationale Edukationssystem“ mit der langfristig geplanten Bildungsreform.<sup>5</sup> Zugleich übte das Expertenkomitee Kritik an der polnischen Kinderfürsorge.<sup>6</sup>

Die im Bericht besprochenen Punkte waren indes schon zuvor bekannt gewesen. Im Laufe der Jahre stieg jedoch die Anzahl der Familien mit sozialen Dysfunktionalitäten, wodurch immer mehr Kinder von der sozialen Verwaisung bedroht wurden.<sup>7</sup> Zu deren ersten Symptomen gehörten meistens Abwesenheit vom Schulunterricht sowie Alkoholkonsum und kriminelle Vergehen der Eltern. Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre betrug der Anteil der Kinder ohne lebende Eltern in den Waisenhäusern nicht mehr als sieben Prozent<sup>8</sup> der dort untergebrachten Minderjährigen. Im Jahre 1982 waren es nur noch 5,2 Prozent.<sup>9</sup> Zugleich wuchs die Anzahl der Gerichtsentscheidungen über die Entziehung des Sorgerechts.<sup>10</sup>

---

talnik Pedagogiczny 18 (1973), H. 4, S. 9-22, hier S. 11. Den Vorsitz hatte der Direktor des Instituts für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Professor Jan Szczepański. Dem Komitee gehörten auch Ministerialbeamte, über zwanzig Wissenschaftler, Wirtschaftsfachleute und Schulleiter an; vgl. Verordnung des Ministers für Bildung und Hochschulwesen vom 30.1.1971 über die Berufung des Expertenkomitees für die Erarbeitung des Berichts über den Stand des Bildungswesens in der Volksrepublik Polen, in: BASKE, Bd. 2, S. 513 f.

<sup>5</sup> Beschluss des VII. Plenum, in: BASKE, Bd. 2, S. 565 ff.

<sup>6</sup> Raport o stanie oświaty w PRL, Warszawa 1973, S. 307-315.

<sup>7</sup> Unter „sozialen Waisen“ versteht man die Minderjährigen, die Eltern oder einen Elternteil hatten, die aber aus verschiedenen Gründen nicht ihre fürsorglichen Pflichten gegenüber ihren Kindern ausüben konnten. Archiwum Akt Nowych, Warschau (hiernach: AAN), Bd: Ministerstwo Sprawiedliwości w Warszawie 1945–1984, 11/15 – Departament Spraw Nietelnich. Raport o stanie sieroctwa społecznego w Polsce oraz współdziałaniu w zapobieganiu i zwalczaniu tego zjawiska, Warszawa 1981.

<sup>8</sup> Betriebsarchiv der Gesellschaft der Kinderfreunde in Ciechanów (hiernach: TPD Ciechanów), Protokół z plenarnego posiedzenia Zarządu Wojewódzkiego w Ciechanowie, 3.11.1977, S. 9 f.

<sup>9</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1/17 – Posiedzenie Prezydium Rady ds Rodziny, protokół z materiałami 1984. Sytuacja w placówkach opiekuńczo-wychowawczych ze szczególnym uwzględnieniem domów dziecka, Warszawa 1984.

<sup>10</sup> Im Jahre 1980 gab es fast 21.000 Gerichtsentscheidungen über die Entziehung der elterlichen Gewalt, was im Vergleich zum Jahre 1965 mehr als das Doppelte war. AAN, Bd.:

Nach dem kritischen Bericht wurden neue Schritte für die „Reparatur“ des Fürsorgesystems eingeleitet. Die Reformstimmung setzte der Staat in der Anordnung vom 12. April 1973 „über die Aufgaben der Nation und des Staats in der Erziehung der Jugend und ihrer Teilnahme am Aufbau des sozialistischen Polens“<sup>11</sup> um. In den Folgejahren wurden zur Optimierung des Fürsorgesystems in vielen Bereichen neue Gesetze verabschiedet. Vor allem sicherte man die Alleinerziehenden und die Pflegeeltern finanziell ab.<sup>12</sup> Für die Koordinierung der Arbeit auf der ministerialen Ebene wurde ein Familienrat geschaffen,<sup>13</sup> man berief bei der Generalstaatsanwaltschaft in Warschau die Prophylaxeabteilung<sup>14</sup> ein und letztendlich mit Anordnung vom 1. Januar 1978 Familiengerichte.

Die Reformen der 1970er Jahre waren für die Anpassung des Fürsorgesystems an die sozialen Probleme im Lande bedeutsam, brachten aber wenig Erfolg in der Bekämpfung der sozialen Dysfunktionalitäten. Besonders stießen die Familiengerichte auf Kritik. Rechtswissenschaftler beanstandeten, dass die Richter mit den Angelegenheiten überlastet seien und es dadurch in den Verfahren an Sorgfalt mangle. Ebenso ließ die pädagogische Vorbereitung der gerichtlichen Kuratoren viel zu wünschen übrig.<sup>15</sup> In diesem überforderten System galten weiterhin Alkoholkonsum und Kriminalität der Eltern als die wichtigsten Verursacher pathologischer Verhältnisse im Familienhaus. Nach den Untersuchungen des In-

---

Ministerstwo Sprawiedliwości w Warszawie 1945–1984, 11/15 – Departament Spraw Nietelnich. Raport o stanie sieroctwa społecznego.

<sup>11</sup> Zjawiska patologii życia rodzinnego w Wielkopolsce oraz ich społeczno-prawne konsekwencje. Materiały IV sesji naukowej poświęconej problemom kryminologicznym Wielkopolski, hg. v. ALEKSANDER RATAJCZAK, Poznań 1983, S. 27.

<sup>12</sup> Zum 1. Januar 1975 wurden die Anweisungen über die Einrichtung des Unterhaltsfonds [*Fundusz Alimentacyjny*] und über die Erhöhung der Beihilfe für Pflegefamilien eingeführt. Gleichzeitig erkannte man die Pflegefamilie als Rechtsform an, in: JAN LEWANDOWSKI, Troska o dziecko w polityce społecznej PRL, Warszawa 1980, S. 81-90.

<sup>13</sup> Zu den Aufgaben des Familienrats gehörten u. a.: die Beurteilung der durchgeführten Projekte und das Vorlegen neuer Lösungsvorschläge zur Stärkung der Familienpolitik. AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1 – Uchwała Nr 148/78 Rady Ministrów z dnia 6 października 1978 w sprawie powołania Rady do Spraw Rodziny.

<sup>14</sup> Betriebsarchiv der Gesellschaft der Kinderfreunde in Warschau (hiernach: TPD Warschau), Bd.: Współpraca z Państwem. Współpraca TPD z Prokuraturą Generalną od 1977 r.

<sup>15</sup> JAN KUPCZYK, Opiekuńczo-wychowawcze funkcjonowanie sądownictwa dla nietelnich w środowisku wielkomiejskim, in: Studia Pedagogiczne. Doskonalenie funkcjonowania systemu wychowania w środowisku, hg. v. STANISŁAW KOWALSKI / STANISŁAW WAWRYNIUK, Bd. 47, Wrocław 1984, S. 216 f.

stituts für Pädagogische Forschung (*Instytut Badań Pedagogicznych*) aus dem Jahre 1987 traten bei 75 Prozent der Väter und 55 Prozent der Mütter von Heimkindern Alkoholprobleme auf.<sup>16</sup> Zudem gab es auf lokaler Ebene keine Institution, welche die vielschichtigen Schwierigkeiten der Familien komplex betrachten konnte.

Über die Situation im Fürsorgesystem wussten die TPD-Mitarbeiter sehr gut Bescheid. 1971 meldeten sie sich selbst zu Wort angesichts der kritischen Stimmen. Sie warfen den Schulen Vernachlässigung der fürsorglichen Pflichten vor. Auch die Elternbeiräte wurden scharf kritisiert: „sie helfen nicht, angemessen die Situation der Kinder im Elternhaus zu erkennen“.<sup>17</sup> Die Kinderfreunde organisierten deshalb beispielsweise die sogenannten TPD-Zirkel mit unterschiedlichem Profil (ca. 5.600 Anfang der 1960er), die während der Sommerferien mit individueller Fürsorge und finanzieller Hilfe Kinder betreuten. Die Aktivitäten der TPD umfassten auch ein Netz der Zusammenarbeit mit Schulen, Milizorganen, Familiengerichten und für die Siedlungen zuständigen Räten, dazu suchten sie Pflegefamilien und etablierten bis Mitte der 1960er Beratungsstellen.

Zu einer weiteren Initiative gehörte die Gründung der ersten Fürsorge- und Adoptionsstelle in Warschau, der im Laufe der 1960er Jahre weitere in Białystok, Bydgoszcz, Gdańsk, Katowice, Kielce, Kraków, Lublin, Rzeszów und Wrocław folgten. Sie betreuten den ganzen Adoptionsprozess und übernahmen teilweise die Fürsorge für Mütter und Kinder ohne elterliche Obhut. Außerdem organisierten sie die Schulung des pädagogischen Personals, die Betreuung der Adoptiveltern vom ersten Tag der Anmeldung bis in die späteren Jahre nach der Kindesannahme und boten Hilfe für schwangere Frauen in schwierigen Lebenslagen an.<sup>18</sup>

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre verschlechterte sich die ökonomische Situation im Land. Während 1975 die Reallöhne noch durchschnittlich 24 Prozent über den Lebenshaltungskosten lagen, kehrte sich 1980 das Verhältnis um, und die Kosten waren durchschnittlich 1,6 Pro-

---

<sup>16</sup> AAN, Bd.: Ministerstwo Oświaty i Wychowania w Warszawie 1972–1987, 905 – Departament Kształcenia Specjalnego i Profilaktyki. Problemy sieroctwa społecznego. Raport, Warszawa 1987.

<sup>17</sup> AAN, Bd.: Współpraca z Państwem. Notatka dla Ministerstwa Oświaty i Szkolnictwa Wyższego w sprawie opieki nad dziećmi oraz zapobieganie demoralizacji i przestępczości nieletnich.

<sup>18</sup> TPD Warschau, Bd.: Opieka nad dzieckiem osieroconym. Informacja o doświadczeniach Ośrodka Adopcyjno-Opiekunczego Okręgu Stołecznego.



zent höher als die Gehälter<sup>19</sup>: Das Bruttoinlandseinkommen sank zwischen 1979 und 1983 um 28 Prozent.<sup>20</sup> Anfang der 1980er Jahre traten Probleme bei der Lebensmittelversorgung auf, was insbesondere für Fleisch galt.<sup>21</sup> Aber auch die Qualität von Milchprodukten verschlechterte sich. So entsprachen 1979 über 55 Prozent der Butterproben nicht den mikrobiologischen Anforderungen,<sup>22</sup> und die Milch war meistens mit Wasser verdünnt.<sup>23</sup> All dies hatte Auswirkungen auf die Fürsorge, und folglich wurden zum Beispiel mit Anordnung des Bildungsministeriums vom 29. Januar 1981 zusätzliche Gebühren für die Verpflegung der Kinder in erzieherischen Einrichtungen eingeführt.<sup>24</sup> Darüber hinaus herrschte auch ein Mangel an Industrieprodukten vor, vor allem an Waren für Kinder und an Hygieneartikeln.<sup>25</sup>

Der Staat hatte beispielsweise erhebliche Schwierigkeiten bei der Produktion oder anderweitigen Beschaffung der dringend benötigten Windeln. Mittels Schwangerenkarte durfte jede Mutter zehn so genannte „TETRA“-Windeln sowie zwei Flanellwindeln anfordern, womit die Eltern auskommen mussten. 1986 fehlten neun Millionen Paar Schuhe, weshalb nur 70 Prozent des Bedarfs abgedeckt waren. Ebenfalls mangelte es an Kleidern, für jedes Kind gab es in diesem Jahr nur 0,4 Jacken sowie 0,3 Pullis zu kaufen.<sup>26</sup> Die Mütter waren gezwungen, statt Puder Kar-

---

<sup>19</sup> Polen 1980–1984: Dauerkrise oder Stabilisierung? Strukturen und Ereignisse in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, hg. v. DIETER BINGEN, Baden-Baden 1985, S. 294.

<sup>20</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1/43 – Stała Komisja ds. polityki społeczna rzecz rodziny 1982–1983. Polityka społeczna w latach 1983–1985.

<sup>21</sup> Polen 1980–1984, S. 291 f.

<sup>22</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1/35 – IX Posiedzenie Rady 1981 r. Informacja na temat jakości artykułów nabiałowych z punktu widzenia zdrowotności społeczeństwa, a zwłaszcza dzieci i ludzi starszych, 20.3.1983.

<sup>23</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1/48 – Stała komisja ds. materialnych warunków egzystencji rodzin 1982–1989. Rada do Spraw Rodziny, 3.2.1983.

<sup>24</sup> AAN, Bd.: Ministerstwo Oświaty i Wychowania w Warszawie 1972–1987, 1089 – Dożywianie uczniów – informacje, pisma okólne, wytyczne 1981. Zarządzenie Ministra Oświaty i Wychowania w sprawie dodatkowych opłat za usługi świadczone przez placówki opiekuńczo-wychowawcze w związku ze zmianą cen detalicznych żywności, 29.1. 1981.

<sup>25</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1/48 – Stała komisja ds. materialnych warunków egzystencji rodzin 1982–1989. Rada do Spraw Rodziny, 3.2.1983.

<sup>26</sup> ROBERT PRZYBYLSKI, Kolejowy socjalizm, in: Rzeczpospolita, 19. Februar 2008, Nr. 15, S. 14.

toffelmehl zu benutzen. Lätzchen für die Kinder musste man oft selbst nähen.

Nach den im „Programm zur Verbesserung der sanitären Bedingungen und Rationalisierung der Verpflegung in den Bildungseinrichtungen für die Jahre 1981–1985“ beinhalteten Schätzungen sollten rund 20 Prozent (ca. 830.000) der Grundschüler zwischen dem siebten und fünfzehnten Lebensjahr mit materieller Hilfe unterstützt werden.<sup>27</sup> Die gesamte Situation wirkte sich negativ auf die physische und psychische Entwicklung der Kinder aus: Bei 20 bis 30 Prozent der Schüler und Schülerinnen beobachtete man Erziehungsstörungen. Für diese Situation waren einerseits der Nahrungsmittelmangel, andererseits die Vernachlässigung der Körperkultur im Bildungssystem verantwortlich.<sup>28</sup>

Nach den Berichten des Instituts für Nahrung und Ernährung (*Instytut Żywności i Żywienia*) drohte der polnischen Bevölkerung keine Hungersnot. Der Kollaps in der Lebensmittelversorgung aber war nach den „fetten 1970ern“ noch mehr spürbar: 1979 hatte ein durchschnittlicher Bürger 73 Kilo Fleisch im Jahr konsumiert. Fünf Jahre später waren es nur noch 53 Kilo.<sup>29</sup> Gleichzeitig stiegen die Ausgaben für Nahrungsmittel, im Jahre 1982 auf 50 Prozent des Haushaltsgelds.<sup>30</sup>

Noch in den 1970ern hatte man die traditionelle altpolnische Küche beworben. Parallel zu den Versorgungsengpässen erschienen nun in den Zeitschriften Artikel, welche die von Fleisch und tierischen Fetten beherrschten Essensgewohnheiten kritisierten. Die Autoren dieser Artikel sahen darin auch den Grund für gesundheitliche Probleme und die Fettleibigkeit der Gesellschaft. In der Frauenzeitschrift „Uroda“ wurde 1981 der Mangel an den Fleischprodukten als eine „Wohltat“ für die Figur der polnischen Frauen dargestellt.<sup>31</sup> Mit dem Versorgungsproblem mussten auch die Mitarbeiter der Kantinen zurechtkommen, weshalb beispielsweise „der Tag ohne Fleisch“ eingeführt wurde und man häufig Fruchtsuppe mit Nudeln servierte, was eigentlich nur Kompott war.

---

<sup>27</sup> AAN, Bd.: Ministerstwo Oświaty i Wychowania w Warszawie 1972–1987, 1089 – Dożywianie uczniów – informacje, pisma okólne, wytyczne 1981. Program poprawy warunków sanitarnych i racjonalizacji żywienia w placówkach oświatowych na lata 1981–1985.

<sup>28</sup> Ebd., dezyderat Nr. 47 Komisji: Zdrowia i Kultury Fizycznej oraz Oświaty i Wychowania.

<sup>29</sup> KATARZYNA STAŃCZYK-WIŚLICZ, Kryzys w latach 80-tych w polskiej kuchni, <http://opcit.pl/teksty/kryzys-lat-80-w-polskiej-kuchni/> (30.12.2012).

<sup>30</sup> BŁAŻEJ BRZOSTEK, PRL na widelcu, Warszawa 2010, S. 25.

<sup>31</sup> Ebd.

Das Aneignen von Lebensmitteln war mit guten Beziehungen und dem Zugang zum Schwarzmarkt verbunden. Es bestand auch die Möglichkeit, in den kommerziellen Läden einzukaufen, allerdings zu viel höheren Preisen. Man tauschte die Produkte mit den Nachbarn, Bekannten oder mit der Familie. Seit Mitte 1981 traten Probleme beim Einlösen der Lebensmittelkarten auf, und daheim kochte man daher „Großmutterns Essen“<sup>32</sup>: Gerichte basierend auf Mehl, Gemüse, Grütze und Erbsen. In den Frauenzeitschriften wurde den Leserinnen empfohlen, Frühstücksfleisch zu verbrauchen<sup>33</sup> oder sehr große Piroggen zu formen. In anderen Zeitschriften konnte man bei den Rezepten umgekehrte Zutatenproportionen finden, in denen Fleisch als Zusatz aufgeführt wurde.<sup>34</sup>

Nicht nur die Versorgung war problematisch, sondern auch die Aufbewahrung von Lebensmitteln. Dank Krediten aus dem Westen wurden in den 1970ern die neuesten Maschinen für Molkereien und Verarbeitungsbetriebe gekauft, mit der Zeit aber funktionierten sie nicht mehr richtig, und es fehlte an Devisen, um die notwendigen Teile für die Reparatur zu kaufen. Als Folge gab es undichte Käse- und Milchverpackungen. Auch die Kältemaschinen waren oft kaputt. Darüber hinaus kam es zu Stromausfällen, was zu Salmonellenerkrankungen führen konnte, besonders in den Ferienanlagen für Kinder.<sup>35</sup> Wie die neuesten Untersuchungen der Medizinischen Universität in Danzig zeigen, gab es zwischen 1981 und 1989 eine Salmonellenepidemie in Polen. Die Anzahl der Erkrankten im Jahre 1984 war 33 Mal so hoch wie noch 1977, 1986 bereits 75 Mal so hoch, und schließlich 1988 sogar 100 Mal höher. Damit lag 1988 die absolute Anzahl an Erkrankungsfällen fast bei 100.000. Der Grund für die Salmonellenvergiftungen war der Verbrauch von Eiern und daraus hergestellten Produkten, die keiner Reglementierung unterlagen.<sup>36</sup>

Gegen Ende der 1970er verschlechterte sich auch die Leistungsfähigkeit des von den Kommunisten so hoch gelobten Gesundheitswesens. Auf dem III. Plenum des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei vom 30. Juni 1980 wurden die Probleme angesprochen. Man

---

<sup>32</sup> Ebd.

<sup>33</sup> *Kobieta i życie*, Nr. 7 und 10, 1982, in: Ebd.

<sup>34</sup> *Przyjaciółka*, Nr. 3, 1982, in: Ebd.

<sup>35</sup> BŁAŻEJ BRZOSTEK, Zjeść w PRL, in: *Gazeta Wyborcza*, [http://wyborcza.pl/alehistoria/1,129847,13012106,Zjesc\\_w\\_PRL.html](http://wyborcza.pl/alehistoria/1,129847,13012106,Zjesc_w_PRL.html) (7.12.2012).

<sup>36</sup> BOŻENA DERA-TOMASZEWSKA / EWA TOKARSKA-PIETRZAK, Typowanie bakteriofagowe w diagnostyce pałeczek „salmonella“ enteritidis występujących w Polsce, in: *Postępy Mikrobiologii* 51 (2012), H. 4, S. 323-329.

erwähnte einen Mangel an Arzneimitteln, unzureichende Krankenhausbetten und eine Bevorzugung der Interessen einiger Patienten.<sup>37</sup> In den Jahren 1980 bis 1982 wurden die notwendigen regelmäßigen Kontrolluntersuchungen für Kinder seltener durchgeführt. Genauso sank die Zugänglichkeit zu den Diagnostik- und Heilleistungen, und es verschlechterte sich der allgemeine hygienische Zustand in den Bildungseinrichtungen.<sup>38</sup> Nicht immer wurde die Gesellschaft vom Staat über das Ausmaß der Erkrankungen und Epidemien informiert.

Viele negative Äußerungen betrafen die Entbindungsstationen in Polen. Es herrschten unkomfortable Bedingungen vor, sodass die Frauen ihre Kinder in großen gemeinsamen Sälen zur Welt bringen mussten, und die werdenden Mütter fühlten sich unmenschlich und gefühllos vom Krankenhauspersonal behandelt. Nach Aussagen der Patientinnen wurden in vielen Fällen die Untersuchungen ohne vorherige Besprechung durchgeführt. Nach der Ankunft in der Entbindungsstation war auch die Anwesenheit des Ehemanns oder eines Familienmitglieds unmöglich. Solche Bedingungen sollten in den Entbindungsstationen bis Anfang der 1990er Jahre vorherrschen.<sup>39</sup>

Neben vielen Problemen im Alltag verlangten in dieser schwierigen ökonomischen Situation die polnischen Familien immer häufiger nach Sozialhilfe. 1983 bekamen 1.415.295 Personen Sozialleistungen, die sich auf 80 Prozent der niedrigsten Rente beliefen<sup>40</sup> – damit gehörten sie zu den niedrigsten in den sozialistischen Ländern.<sup>41</sup> 41,2 Prozent der Familien mit drei oder mehr Kindern bekamen 1985 Hilfe von außen. Meistens erhielten sie die Unterstützung von eigenen Bekannten aus dem Inland (79 %) und aus dem Ausland (14,6 %), dann von kirchlichen Ein-

---

<sup>37</sup> KLAUS ZIEMER, *Polens Weg in die Krise. Eine politische Soziologie der „Ära Gierek“*, Frankfurt a. M. 1987, S. 319.

<sup>38</sup> AAN, Bd.: Ministerstw Oświaty i Wychowania w Warszawie 1972–1987, 1089 – Dożywianie uczniów – informacje, pisma okólne, wytyczne 1981. Opinia nr 3 Komisji: Zdrowia i Kultury Fizycznej oraz Oświaty i Wychowania.

<sup>39</sup> AGNIESZKA WOCHANA-TYMIŃSKA, Zakład produkcji dzieci. Oddział położniczy w Polsce przełomu lat osiemdziesiątych i dziewięćdziesiątych XX wieku, in: *Kłopoty z seksem w PRL. Rodzenie nie całkiem po ludzku, aborcja, choroby, odmienności*, hg. v. MARCIN KULA, Warszawa 2012, S. 203–232.

<sup>40</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1/44 – Stała Komisja ds. polityki społecznej na rzecz rodziny 1984 r. Ocena działania skoordynowanej pomocy społecznej.

<sup>41</sup> MICHAŁ WINIEWSKI, *O roli sfery socjalnej*. Instytut Pracy i Spraw Socjalnych. Zakład Warunków Bytu, Warszawa 1984, S. 10.

richtungen (13,3 %), Betrieben (12,5 %), Sozialhilfe und anderen staatlichen Organisationen (6,7 %).<sup>42</sup> Infolge der Medieninformationen über die Hungermärsche und Armut in Polen begann ab 1980, wie nach dem Zweiten Weltkrieg, eine „Paket-Ära“. Aus dem Ausland wurden Lebensmittel und Reinigungsmittel sowie Kleidung geschickt.<sup>43</sup> Besonders während des Kriegsrechts wurden im Westen die Hilfsorganisationen, Schulen und Gemeinden mobilisiert. Viele Pakete kamen in die Pfarreien. In Gdynia etwa halfen Organisationen aus den USA und sowohl katholische als auch evangelische Gemeinden aus Westdeutschland. Die Priester besaßen Listen mit den bedürftigsten Gemeindemitgliedern, und ihnen wurde die Hilfe auch direkt zugeteilt.<sup>44</sup>

Trotz der Krise sollte das Bild Polens als Sozialstaat beibehalten werden, was mit dem kostenlosen Gesundheitswesen, medizinischer Betreuung in den Schulen und der Wertevorstellung von einer „gesunden Gesellschaft“ zu tun hatte. Außer Wochenbett-, Mutterschafts- und Kindertagesstättenzulagen für behinderte Kinder wurde deshalb in der ersten Hälfte der 1980er Jahre der Erziehungsurlaub eingeführt. Unter anderem hat dieser Beschluss dazu beigetragen, dass in jener Periode die Anzahl der Geburten sogar gestiegen ist.<sup>45</sup> Viele Frauen zogen sich zudem durch den Mangel an Arbeitsplätzen in typischen Frauenberufen wie Dienstleistungsbetrieben aus dem aktiven Berufsleben zurück (zur damaligen Zeit betrug der Anteil der berufstätigen Frauen 44%)<sup>46</sup> und konzentrierten sich auf die Erziehung eigener Kinder. Dass auch Väter den Erziehungsurlaub beantragen konnten, wurde zu diesem Zeitpunkt selten wahrgenommen.<sup>47</sup>

<sup>42</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1/50 – Stała Komisja ds. materialnych warunków egzystencji rodzin 1983, 1986–1987. Notatka Sygnalna Nr 32/86 dotyczy wyników jednorazowego badania ankietowego pt. „Sytuacja bytowa rodzin wielodzietnych i niepełnych z dziećmi“, 4.9.1986.

<sup>43</sup> BRZOSTEK, PRL na widelcu, S. 167.

<sup>44</sup> MARIUSZ KARDAS, Działalność Rady Charytatywnej przy kościele parafialnym pw. Najświętszego Serca Pana Jezusa w Gdyni w okresie stanu wojennego, in: *Polityka i humanitaryzm. Kontakty międzynarodowe rządu i opozycji w Polsce w latach 1980–1989*, Materiały z konferencji odbytej w Opolu, 18.-20.11.2009.

<sup>45</sup> CARMEN JANAS, Zum Wandel von Familienstrukturen. Ein deutsch-polnischer Vergleich, Aachen 2005, S. 173 f.

<sup>46</sup> STANISŁAWA GOLINOWSKA, Polityka rodzinna a przemiany rodziny, gospodarki i państwa. Głos w debacie o polityce rodzinnej w Polsce, in: *Polityka Społeczna*, 2007, H. 8, S. 11.

<sup>47</sup> HENRYK KOSTECKI, Die Entwicklung der Familienpolitik und die Systeme für Familienzulagen, in: *Die Familienpolitik im Lichte der demographischen Entwicklung*, hg. v. International Social Security Association, Genf 1990, S. 85-104, hier S. 96.

Mit der Krise veränderten sich die Strukturen der polnischen Sozialpolitik nicht. Im Juni 1981 wurden während des Parteitags deren Grundsätze angesichts der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage diskutiert. Man plante unter anderem, die Effizienz des Gesundheitswesens zu erhöhen, Wartezeiten bei Wohnungszuteilungen zu verkürzen und Erscheinungen der sozialen Pathologie auf allen Ebenen durch verstärkte prophylaktische Tätigkeit und eine verbesserte gesellschaftliche Kontrolle zu bekämpfen.<sup>48</sup> Eigentlich waren in diesem Fall die vorgestellten Pläne nicht viel anders als die Forderungen der streikenden Arbeiter in den „21 Punkten“ und die aus den Augustabkommen im Jahre 1980. Daher bestand auch kein Bedarf, für die nächsten Jahre eine Umstrukturierung im System durchzusetzen.<sup>49</sup>

In der Praxis waren die Möglichkeiten des Staates nicht so groß, wie man es sich im Parteiprogramm von 1981 vorgestellt hatte. Die Regierenden unternahmen in der Folge meistens den Versuch, das Fürsorgesystem durch Gesetze zu optimieren. So etwa im Fall der Kinderheime: Mit einer Anordnung aus dem Jahr 1980 wurden dort neue Erziehungsmodelle eingeführt, welche familiäre Formen der Lebensorganisation widerspiegeln sollten.<sup>50</sup> Es überrascht also nicht, dass die Mitglieder des Familienrates Anfang der 1980er Jahre vom Sozialdienst und von gesellschaftlichen Organisationen wie dem Polnischen Roten Kreuz oder dem Bund der Polnischen Frauen (*Liga Kobiet Polskich*, LKP) härtere Anstrengungen und Kooperation untereinander sowie Zusammenarbeit mit den Staatsorganen zwecks schneller Einschätzung der finanziellen Situation der Familien verlangten.<sup>51</sup>

Hilfe war jedoch nicht immer einfach. Das lag daran, dass jede staatliche oder gesellschaftliche Institution über eigene Karteien verfügte. Ohne Informationsaustausch konnte man nicht prüfen, ob eine Familie nicht schon von einer anderen Organisation Hilfe erhielt. Was in kleineren Gemeinden noch durch persönliche Kontakte überschaubar war, blieb woanders unrealisierbar.

---

<sup>48</sup> RAINER HASL, Normative und instrumentelle Aspekte der polnischen Sozialpolitik, Frankfurt a. M. 1985, S. 464-467.

<sup>49</sup> Ebd., S. 466.

<sup>50</sup> ALBIN KELM, *Formy opieki nad dzieckiem w Polsce Ludowej*, Warszawa 1983, S. 188.

<sup>51</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978-1988, 1/55 – Zespół ds. koordynacji polityki społecznej na rzecz kobiet i rodziny w okresie Dekady Kobiet 1976-1985. Wnioski w sprawie dalszego rozwoju badań na sytuacją materialną rodzin.

Mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation erreichte die Tätigkeit der TPD eine neue Dimension. Viele ihrer Mitarbeiter verglichen die 1980er mit der Nachkriegszeit. Besondere Gefahren sahen sie im so genannten „Eiweißhunger“, der durch den Mangel an Fleisch, Milch und Milchprodukten verursacht worden war.<sup>52</sup> Genauso wie damals konzentrierte sich die Arbeit der Gesellschaft zum größten Teil auf die direkte Hilfe für Kinder und ihre Familien. Das galt als notwendig, nicht nur direkt wegen der mangelhaften Versorgung, sondern auch aufgrund schlecht funktionierender anderer Zweige der Kinderfürsorge. An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass während des Kriegsrechts viele fürsorgliche Selbstverwaltungsorganisationen aufgelöst wurden, was für die TPD eine zusätzliche Arbeitsbelastung bedeutete.

Wie man aus dem 1981 vorgelegten „Bericht über die Bedingungen des Lebens- und Berufsbeginns der Jugendlichen“ erfährt, verschlechterte sich der Zustand der Vorschulerziehung. Es gab zu wenige Plätze in den Kindergärten, und es fehlte an Personal. Auf dem Land ließ das Niveau dieser Einrichtungen viel zu wünschen übrig. Man brauchte eine Erweiterung der Arbeit an den Schulen, die über den Unterricht hinausging, und eine bessere Organisation des Zurschulebringens der Kinder. Die TPD forderte eine Verallgemeinerung und Verlängerung der finanziellen Erziehungshilfe, damit die Kleinkinder länger zu Hause bleiben konnten, und um Krippen nur als eine Ergänzung in der Fürsorge betrachten zu können. Ein anderes Thema bildete die Bekämpfung der sozialen Dysfunktionalitäten. Man war sich einig, dass Schulen und staatliche Inobhutnahmen allein dieses Problem nicht lösen können. Daher musste man neue Formen der Zusammenarbeit mit den Familien entwickeln. Das forderte der Parteitag vom Juni 1981, die meisten Projekte wurden jedoch zu diesem Zeitpunkt gestoppt.<sup>53</sup>

Bei der Arbeit der TPD in den 1980er Jahren kann man von einer Zweigleisigkeit sprechen. Neben der Bekämpfung der direkten Folgen der Wirtschaftskrise erfüllte die Gesellschaft weiter ihre statutarischen Aufgaben. Anders als in den vorherigen Jahren schwächte jedoch der gesellschaftliche Faktor ihre Arbeit ab. Meistens engagierten sich nur die Lehrer für die neuen Projekte der TPD. Außerdem fand man nur wenig Verbindung zu den Verwaltungsstrukturen, besonders auf Wojewodschaftsebene sowie im direkten Erfahrungsaustausch zwischen der Hauptverwaltung in

---

<sup>52</sup> BOHDAN TRACEWSKI, *Przyjaciele Dzieci*, Warszawa 2009, S. 169.

<sup>53</sup> TPD Warschau, Bd.: *Współpraca z Państwem. Opinia do raportu o warunkach startu życiowego i zawodowego młodzieży*, 2.4.1981.

Warschau und den einzelnen Ressorts.<sup>54</sup> Deshalb ist das Handeln der Gesellschaft in den 1980er Jahren weiter institutionalisiert worden. Auf lokaler Ebene repräsentierten sie TPD-Gemeinde- oder TPD-Stadtverwaltungen, welche unter der Kontrolle der zuständigen Wojewodschaftsverwaltungen standen. Aber immer öfter war die TPD auf sich allein gestellt. Die Ablehnung vieler ihrer Initiativen durch den Staat wegen fehlender finanzieller Mittel motivierte ihre Mitglieder zu selbständigem Handeln. Die TPD funktionierte zwar weiter im Rahmen des polnischen Fürsorgesystems, es kam aber zu Lockerungen im strikten Befolgen politischer Richtlinien.

Für diese Untersuchung ist es notwendig, einige Zahlen anzuführen. Ende 1980 zählte Polen 35,73 Millionen Einwohner,<sup>55</sup> darunter über zehn Millionen Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr.<sup>56</sup> Im Jahre 1983 gab es rund zwölf Millionen Familien, und es wurde die größte Geburtenrate erreicht.<sup>57</sup> 1,25 Millionen Kinder waren nach den Untersuchungen des Instituts für Kriminalitätsproblematik (*Instytut Problematyki Przemępczości*) von Armut oder Demoralisierung bedroht.<sup>58</sup> Die TPD betreute rund 200.000 Kinder,<sup>59</sup> darunter 65.000 aus dysfunktionalen Familien; mit ihnen arbeiteten 15.000 individuelle Betreuer. In den Vordergrund der Arbeit der Gesellschaft rückten in den 1980ern Kinder aus in finanzielle Not geratenen Familien und solche mit unterschiedlichen Graden an Behinderungen mitsamt ihrer Familien, die bis dahin auf die Unterstützung des Staates angewiesen waren. Besonders der zweiten Gruppe wurde große Aufmerksamkeit zuteil. Diese schwerpunktmäßige Hilfe bestimmt das Handeln der Gesellschaft bis heute.

---

<sup>54</sup> TPD Warschau, Bd.: Koła Towarzystwa Przyjaciół Dzieci. Protokół z plenarnego zebrania Zarządu Wojewódzkiego Towarzystwa Przyjaciół Dzieci w Krakowie, 20.6.1985.

<sup>55</sup> TPD Warschau, Bd.: Ministerstwo Zdrowia. Stan rozwoju zawodowej służby socjalnej w roku 1982.

<sup>56</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1/66 – Projekt ustawy o ochronie nieletnich przed demoralizacją. Informacja o sytuacji dzieci i młodzieży wychowujących się w środowiskach wiejskich zagrożonych alkoholizmem i demoralizacją, Warszawa 1981.

<sup>57</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1/17 – Posiedzenie Prezydium Rady ds Rodziny, protokół z materiałami 1984. Działalność Rady do Spraw Rodziny w 1983 roku.

<sup>58</sup> TPD Warschau, Bd.: Prawa dziecka. Najpilniejsze potrzeby dzieci w świetle doświadczeń i ocen Towarzystwa Przyjaciół Dzieci, Warszawa 1981.

<sup>59</sup> TPD Warschau, Bd.: Współpraca z Państwem. List Zarządu Głównego TPD z dnia 10 czerwca 1982 roku do Wicepremiera Rady Ministrów Zenona Komendera, 10.6.1982.



Bis zu Beginn der 1980er Jahre arbeitete die TPD ausschließlich mit geistig behinderten Kindern, und unter ihrem Patronat handelte das für die Hilfe zuständige Komitee (*Komitet Pomocy Dzieciom Specjalnej Troski*). Die Gesellschaft führte Aufklärungsaktionen im Radio und Fernsehen über die gesellschaftliche Situation dieser Kinder durch und organisierte für sie Zirkel.<sup>60</sup> Probleme in der Versorgung sowie die Verschlechterung der Situation in den Krankenhäusern lösten für ihre Familien, die teils unter unterschiedlichen Erkrankungen gelitten hatten, neue Schwierigkeiten aus: Es wurden viele Ferienlager für diese Kinder gestrichen, von neuen Rehabilitationsanstalten konnte keine Rede mehr sein, und es mangelte an diätetischen Lebensmitteln. Auch deswegen schlossen sich immer mehr Eltern im Kampf um die existenzielle Absicherung ihrer erkrankten Kinder zusammen.

Ihren Fürsprecher fanden sie in der Gesellschaft der Kinderfreunde. So entstanden dort drei neue Komitees (für gehbehinderte, zuckerkrankte und auf glutenfreie Diät angewiesene Kinder). Die Anzahl der Kinder und Jugendlichen mit den oben genannten Erkrankungen betrug zwischen 400.000 und 500.000; hiervon bildeten die geistig behinderten Kinder mit circa 250.000 die größte Gruppe.<sup>61</sup> Für sie konnte der Staat nur zu fünf Prozent den Bedarf an Kindergartenplätzen abdecken,<sup>62</sup> weswegen auch die meisten von ihnen zu Hause blieben.

Eine wichtige Frage war die Finanzierung der TPD-Projekte. In den vorangegangenen Jahren finanzierte der Staat über Subventionen, durch Kommunen oder Berufsinstitutionen etwa 70 Prozent der Ausgaben der TPD. Den Rest deckte die Organisation selbst ab – beispielsweise durch Beiträge oder Spenden.<sup>63</sup> In den krisenhaften 1980er Jahren musste sie wegen der begrenzten Unterstützung durch die Regierung neue Wege der Finanzierung finden. Seit Ende 1981 arbeitete in ihrer Hauptverwaltung das Bürgerkomitee des gesellschaftlichen Fonds der Kinderhilfe (*Obywa-*

---

<sup>60</sup> TRACEWSKI, *Przyjaciele Dzieci*, S. 243-250.

<sup>61</sup> TPD Warschau, Bd.: *Współpraca z Państwem. Uwagi, postulaty i wnioski Towarzystwa Przyjaciół Dzieci nt. poprawy opieki nad osobami niepełnosprawnymi w wieku rozwojowym*, Mai 1983.

<sup>62</sup> TPD Warschau, Bd.: *Prawa dziecka. Najpilniejsze potrzeby dzieci w świetle doświadczeń i ocen Towarzystwa Przyjaciół Dzieci*, Warszawa 1981.

<sup>63</sup> AAN, Bd.: *Ministerstwo Oświaty w Warszawie [1944] 1945–1956*, 281 – Robotnicze Towarzystwo Przyjaciół Dzieci – działalność Zarządu Głównego i Oddziału Warszawskiego. Sprawozdanie Komisji Ministerstwa Oświaty, powołanej do zbadania całokształtu działalności RTPD.

*telski Komitet Społecznego Funduszu Dzieciom*);<sup>64</sup> man suchte nach neuen Spendern im Inland – zum Beispiel die Staatliche Lotterie<sup>65</sup> – und im Ausland. Kontakte zu westlichen Organisationen pflegte die TPD allerdings schon früher. An der Hilfe für die erkrankten Kinder beteiligten sich besonders „Radda Barnen“ aus Schweden und „Red Barnet“ aus Dänemark. Sie lieferten glutenfreie Lebensmittel und Rehabilitationsgeräte nach Polen.<sup>66</sup>

Die Betreuung von erkrankten Kindern war ein Teil der Arbeit der TPD. Sie strebte damit eine Individualisierung der Familienhilfe an. Die TPD-Mitarbeiter wollten zu den Bedürftigsten kommen, daher appellierten sie an die Betriebe, sie auf die Situation in den Elternhäusern aufmerksam zu machen.<sup>67</sup> Es ging dabei nicht nur um materielle oder finanzielle Unterstützung, denn die existenzielle Not der Familien war oft mit anderen Problemen verbunden. Deswegen sprach sich die Gesellschaft für eine umfassende Betrachtung der familiären Lage aus, wofür man die Zusammenarbeit mit Schulen und Gerichten brauchte, aber auch mehr Rechte für die TPD-Mitarbeiter. Die schon erwähnte Streuung der Kompetenzen in der Sozialhilfe verlangte viel Engagement, um im konkreten Fall helfen zu können. Um diese Arbeit zu optimieren, forderte die Gesellschaft, die Beachtung von Kinderrechten besser kontrollierten zu dürfen,<sup>68</sup> was 1985 durch eine Änderung ihrer Statuten ermöglicht wurde.<sup>69</sup>

Mehrköpfige Familien hatten sich oft mit schlechten Wohnbedingungen herumzuschlagen. Es gab Fälle, wo sich bis zu zehn Personen eine

---

<sup>64</sup> TPD Ciechanów, Regulamin Wewnętrzny Obywatelskiego Komitet Społecznego Funduszu Dzieciom, 10.12.1981.

<sup>65</sup> TPD Warschau, Bd.: Współpraca z Państwem. Pismo Zarządu Głównego Towarzystwa Przyjaciół Dzieci w Warszawie do Dyrektora Państwowego Monopoli Loteryjnego Obywatela Leona Palczyńskiego, 5.2.1985.

<sup>66</sup> TPD Warschau, Bd.: Ministerstwo Oświaty w Warszawie. List Zarządu Głównego Towarzystwa Przyjaciół Dzieci w Warszawie do Ministerstwa Oświaty i Wychowania. Gabinet Ministra, 19.1.1982.

<sup>67</sup> TPD Ciechanów, Protokół posiedzenia Komisji ds. pomocy Dziecku i Rodzinie przy Zarządzie Wojewódzkim Towarzystwa Przyjaciół Dzieci w Ciechanowie, 9.6.1987.

<sup>68</sup> TPD Warschau, Bd.: Współpraca z Państwem. Pismo Zarządu Głównego Towarzystwa Przyjaciół Dzieci w Warszawie do Ministerstwa Spraw Wewnętrznych. Departament Społeczno-Administracyjny w Warszawie, 15.8.1983.

<sup>69</sup> Nach der Anordnung konnte die TPD diese Berechtigung zusammen mit den zuständigen Behörden ausüben, vgl. Zarządzenie Ministra Spraw Wewnętrznych z dnia 1 lipca 1985 r. w sprawie ustalenia i ogłoszenia statutu stowarzyszenia wyższej użyteczności „Towarzystwo Przyjaciół Dzieci“, in: Monitor Polski, 1985, Nr. 19, Pos. 147, S. 2 f.

Einzimmerwohnung teilen mussten.<sup>70</sup> Trotz aller Pläne zur Lösung dieses Problems in den 1970ern änderte sich daran kaum etwas: Zwischen 1979 und 1982 sank die Anzahl der Neubauten, besonders der soziale Wohnungsbau wurde vernachlässigt. In Schätzungen aus dem Jahr 1984 sprach man von einem zusätzlichen Bedarf an 2,1 Millionen Wohnungen bis 1990, was eine Fertigstellung von circa 350.000 Wohnungen jährlich bedeutet hätte (zum Vergleich: 1982 waren es 185.000).<sup>71</sup>

Eine andere Gruppe, die zu diesem Zeitpunkt immer häufiger um Hilfe ersuchte, stellten Alleinerziehende mit ihren Kindern dar. Insgesamt gab es Anfang der 1980er Jahre elf Prozent unvollständige Familien. Meistens waren das die von niedriger Rente oder staatlichen Leistungen lebenden alleinerziehenden Mütter. Außer finanziellen Schwierigkeiten waren die Familienmitglieder oftmals von Krankheit gezeichnet und mit ihrer Situation überfordert. Auch thematisierte man „schlechte“ Mütter: Manche waren in schlechte Gesellschaft geraten oder dem Alkohol nicht abgeneigt. Durch neue Beziehungen zu Männern vernachlässigten sie ihre Kinder, was bei diesen oft zu Verhaltensstörungen führte. Nach Schätzungen des „Berichtes über die Bedingungen des Leben- und Berufsstarts der Jugend“ aus dem Jahre 1981 traten bei 34 Prozent der Minderjährigen aus diesen Familien Schulprobleme auf, für neun Prozent dieser Kinder begann ihre Bildung mit Verzögerung.<sup>72</sup>

Die Absicherung der existenziellen Bedürfnisse der Kinder stellte in den Krisenjahren die größte Herausforderung für die TDP dar. Wie den Familien geholfen wurde, lässt sich dank erhaltener Dokumente der TPD-Hauptverwaltung der ehemaligen Wojewodschaft Ciechanów aus den Jahren von 1982 bis 1987 feststellen: Auf lokaler Ebene war eine kooperative Arbeit mit staatlichen Organen wie Schulen, Gemeindeverwaltungen, Sozialhilfe, Krankenhäusern, Familiengerichten und dem Polnischen Roten Kreuz zu beobachten. Es wurden Umfragen über die Situationen der bedürftigen Familien erstellt, um zu erfahren, welche Hilfe sie bereits bekommen hatten oder was für sie am nötigsten wäre. Meistens waren das Lebensmittel, Kleider und einmalige Zuschüsse.

---

<sup>70</sup> TPD Ciechanów, Dane o rodzinach potrzebujących z Rybna, 23.10.1989.

<sup>71</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1/15 – Posiedzenie Prezydium Rady do Spraw Rodziny. Protokół z notatkami 1984 r. Polityka mieszkaniowa realizacja i zamierzenia. Synteza, Warszawa 1984.

<sup>72</sup> AAN, Bd.: Rada do Spraw Rodziny przy Radzie Ministrów 1978–1988, 1/57 – Raport o warunkach startu życiowego i zawodowego młodzieży, Warszawa, März 1981.

Nicht zu unterschätzen ist das Engagement der zur TPD gehörenden Parteivertreter. Dank ihrer Beziehungen konnten sie inoffiziell oft die nötigsten Aufgaben erledigen. Zum Beispiel wurde im Jahre 1975 in Ciechanów der Vizekurator des Bildungswesens Franciszek Budzianowski zum Vorsitzenden der Wojewodschaftsverwaltung der TPD berufen; er blieb auch nach 1990 im Amt.<sup>73</sup> Im Unterschied zu den oft politischen Besetzungen in der Hauptverwaltung in Warschau, was natürlich nicht *per se* im Widerspruch zu ehrlichem Engagement stand, wurden Entscheidungen auf lokaler Ebene oft aus der Überzeugung der anderen TPD-Mitglieder getroffen; trotz der statutarischen Erklärung über die Aufgabe der Kinderfreunde „zur Vorbereitung der jungen Generation auf das Leben in der sozialistischen Gesellschaft“<sup>74</sup> lag der Fokus in der Provinz hauptsächlich auf der Kinderhilfe.

Von der TPD wurden außer der individuellen Hilfe auch größere Aktionen durchgeführt. Viele an die Staatsorgane gerichtete Forderungen wurden zwar geprüft und als notwendig anerkannt, blieben jedoch auf dem Papier stehen. Beispielhaft kann man den Antrag des Mutter-Kind-Instituts in Warschau (*Instytut Matki i Dziecka*) aus dem Jahr 1981 auf Zuteilung von Verpflegung für die Kinder der Internatsschulen<sup>75</sup> oder die für das Schuljahr 1982/83 geplante TPD-Initiative „Ein Glas Milch“ anführen.<sup>76</sup>

Zudem waren auch noch die bis dato funktionierenden Programme bedroht. Das betraf zum Beispiel die Ferienanlagen, die außer Erholung für die Kinder auch Rehabilitation oder Sprechstunden mit Ärzten boten. Um dieses Angebot aufrechtzuerhalten, brauchte die TPD 1982 eine staatliche Förderung in Höhe von 100 Millionen Złoty<sup>77</sup> (in diesem Jahr

---

<sup>73</sup> Informationen nach dem im Juni 2012 durchgeführten Interview mit Jadwiga Pa-procka, Vorsitzende der Stadt-Kreisverwaltung der TPD in Ciechanów.

<sup>74</sup> TPD Warschau, Bd.: Statuty Towarzystwa Przyjaciół Dzieci. Statut Towarzystwa Przyjaciół Dzieci, Warszawa 1977, S. 4.

<sup>75</sup> AAN, Bd.: Ministerstwo Oświaty i Wychowania w Warszawie 1972–1987, 1089 – Dożywianie uczniów – informacje, pisma okólne, wytyczne 1981. List Instytutu Matki i Dziecka do Ministra Oświaty i Szkolnictwa Wyższego, Warszawa, 18.3.1981; Odpowiedź Ministerstwa Oświaty na list Instytutu Matki i Dziecka, Warszawa, 30.5.1981.

<sup>76</sup> TPD Warschau, Bd.: Ministerstwo Oświaty w Warszawie. Wniosek Towarzystwa Przyjaciół Dzieci w sprawie wprowadzenia obowiązku powszechnego posiłku szkolnego z początkiem roku szkolnego 1982/83.

<sup>77</sup> TPD Warschau, Bd.: Współpraca z Państwem. Pismo Zarządu Głównego TPD do Wiceprezesa Rady Ministrów Prof. Jerzego Ozdowskiego, 3.3.1982.

kostete ein Dollar 86 Zloty).<sup>78</sup> Vor einer ähnlichen Situation standen im Jahre 1984 die Frühinterventionszentren: Ohne regelmäßige Finanzierung konnten sie nicht mehr funktionieren.<sup>79</sup>

Dank der Kontakte zu ausländischen Organisationen oder Partnerstädten reisten immer mehr Kinder in den 1980ern ins Ausland. Für die Bezirksverwaltung der TPD in Konin (Großpolen) fing 1984 der Ferienaustausch mit der DDR an. Vier Jahre später luden Gemeinden aus Bayern und der Verein „Partnerschaft“ aus Karlsruhe die ärmsten Kinder aus der Region zu sich ein.<sup>80</sup> Die TPD-Mitglieder sprachen dabei in manchen Fällen von einer „biologischen Bedrohung der jungen Generation“<sup>81</sup> und wollten dort, wo es möglich war, eigene Initiativen durchsetzen. Besondere Aufmerksamkeit verlangte nach Meinung der TPD die Fürsorge für Kinder bis drei Jahren. Die Gesellschaft sah sich in dieser Sache als Mitinitiator und versuchte den Staatsrat in den Wojewodschaften zu mobilisieren. Letzterer sollte für die Analyse der Bedürfnisse und die Organisation der Fürsorge in bestimmten Gebieten zuständig sein und als Hilfsorgan der TPD handeln.<sup>82</sup>

Das Engagement in den 1980er Jahren bewirkte wie nie zuvor ein gesteigertes Vertrauen gegenüber den Kinderfreunden. Man kann von einer Wiederbelebung der Gesellschaft als philanthropischer Organisation in den Augen der polnischen Bevölkerung sprechen. Nach der Reaktivierung der TPD (damals noch RTPD) 1944 und nach der offensichtlichen Kooperation mit dem Staat, besonders bei der Führung der Laienschulen bis zum Jahre 1956, änderte sich das Bild der TPD als gesellschaftlicher Institution. In den folgenden Jahren blickte die Gesellschaft auf ihre Traditionen aus der Zwischenkriegszeit zurück und berief sich in der Praxis immer weniger auf die Ideale der sozialistischen Erziehung. Dadurch baute sie ein neues Verhältnis zur polnischen Bevölkerung auf.

---

<sup>78</sup> ANDRZEJ JEZERSKI / CECYLIA LESZCZYŃSKA, *Historia Gospodarcza Polski*, Warszawa 2003, S. 548.

<sup>79</sup> TPD Warschau, Bd.: Współpraca z Państwem. Pismo Zarządu Głównego TPD do Sekretarza Rady ds. Ludzi Starszych, Inwalidów i Osób Niepełnosprawnych przy Radzie Ministrów Ob. Dra Zdzisława Szamborskiego, 9.7.1984.

<sup>80</sup> Kalendarium Towarzystwa Przyjaciół Dzieci w latach 1955–2010, Konin 2010.

<sup>81</sup> TPD Warschau, Bd.: Ministerstwo Sprawiedliwości. Sprawozdanie z działalności Towarzystwa Przyjaciół Dzieci w 1981 r.

<sup>82</sup> TPD Warschau, Bd.: Współpraca z Państwem. Uwagi i propozycje Towarzystwa Przyjaciół Dzieci w sprawie rozwoju uzupełniających form opieki nad małym dzieckiem, 16.12.1987.

Zwischen den Kinderfreunden und der Regierung existierte eine Wechselbeziehung. In den 1980ern beobachtet man einen Wandel in diesen Verhältnissen: Die TPD wurde in ihrem Handeln selbständiger und konnte ohne Absprachen mit den zuständigen Staatsorganen eigene Initiativen ergreifen. Für die Gesellschaft begann also mit den Krisenjahren ein neues Kapitel, weil das ganze Fürsorgesystem kollabierte. Die Durchführung der in den 1970er Jahren angefangenen Reformen wurde gestoppt; die Konzentration auf die Nothilfe verdrängte die pädagogische Arbeit mit Eltern und Kindern, und der Verzicht auf geeignete, notwendige Maßnahmen brachte Desorganisation in manche Polikliniken und in Bildungseinrichtungen. Letztendlich war der Staat auf Hilfe von außen angewiesen.

Die Periode der 1980er Jahre schließt ein bedeutendes Kapitel in der Geschichte der TPD. Nach der Reaktivierung der Organisation direkt nach dem Krieg kam schon bald, mit der Verstaatlichung der christlichen und gesellschaftlichen Institutionen Anfang der 1950er, die Zeit des Kampfes um einen Platz in der polnischen Kinderfürsorge. In den 1960er und 1970er Jahren passte sich die TPD an die Bedürfnisse des Fürsorgesystems an. Die Entwicklung neuer Methoden, die als Grundlage für das weitere Wirken der Organisation dienten, fiel gerade in diese Zeit. Die 1980er waren die Jahre der anstrengendsten Arbeit der Gesellschaft der Kinderfreunde. Viele Schicksale polnischer Familien lagen in ihren Händen, und oft mussten TPD-Mitarbeiter auf sich allein gestellt Entscheidungen treffen.



## AUTOREN- UND HERAUSGEBERVERZEICHNIS

DARIUSZ ADAMCZYK, geb. 1966, PD Dr., war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut Warschau und ist Privatdozent an der Leibniz-Universität Hannover. Veröffentlichte u. a. Silber und Macht. Fernhandel, Tribute und die piastische Herrschaftsbildung in nordosteuropäischer Perspektive (800–1100), Wiesbaden 2014; Trzecia fala napływu arabskiego srebra a powstanie „państwa” piastowskiego, in: Wiadomości Numizmatyczne 58 (2014), S. 33-53; Fernhandelsemporien, Herrschaftszentren, Regional- und Lokalmärkte. Die ökonomischen Funktionen von Silber, oder wie lässt sich der Grad der Monetarisierung in den frühmittelalterlichen Gesellschaften des Ostseeraumes „messen“?, in: Economies, Monetisation and Society in the West Slavic Lands 800–1200 AD, hg. v. Mateusz Bogucki / Marian Rębkowski, Szczecin 2014, S. 115-136.

HARALD FLOHR, geb. 1981, M.A., Doktorand an der Universität Cambridge (Jesus College). Veröffentlichte u. a.: The phenomenon of language contact – English influence on Irish and Welsh found in the translations of Rowling’s Harry Potter and the Philosopher’s Stone, in: Zeitschrift für celtische Philologie 60 (2013), S. 65-116.

ANDRZEJ GLIWA, geb. 1968, Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Historischen Instituts der Universität Warschau. Veröffentlichte u. a.: Kraina upartych niepogód. Zniszczenia wojenne na obszarze ziemi przemyskiej w XVII wieku, Przemyśl 2013; The Tatar-Cossack Invasion of 1648. Military actions, material destructions and demographic Losses in the Land of Przemyśl, in: Acta Poloniae Historica 105 (2012), S. 85-120; Doświadczenie inwazji tatarskich w narracjach ludowych i pamięci zbiorowej jako niematerialne dziedzictwo kulturowe Polski południowo-wschodniej, in: Ochrona Zabytków, 2014, S. 53-73.

KLEMENS KAPS, geb. 1980, Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Fachbereichs für Neuzeitforschung an der Universidad Pablo de Olavide in Sevilla. Veröffentlichte u. a.: Entre servicio estatal y los negocios trans-



nacionales. El caso de Paolo Greppi, cónsul imperial en Cádiz (1774–1791), in: *Los cónsules de extranjeros en la edad moderna y a principios de la Edad Contemporánea (siglos XV–XIX)*, hg. v. Marcella Aglietti u. a., Madrid 2013, S. 225–235; *Ungleiche Entwicklung in Zentraleuropa. Galizien zwischen überregionaler Arbeitsteilung und imperialer Politik im habsburgischen Galizien (1772–1914)*, Wien 2015.

ANDREA KOMLOSY, geb. 1957, Prof. Dr., a. o. Univ. Prof. am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien. Veröffentlichte u. a.: *Methoden und Theorien der Globalgeschichte*, Wien / Köln 2011; *Arbeit. Eine globalhistorische Perspektive. 13. bis 20. Jh.*, Wien 2014; (als Hg. mit Thomas Ertl / Hans-Jürgen Puhle) *Europa als Weltregion. Zentrum, Modell oder Provinz*, Wien 2014.

ULLA KYPTA, geb. 1982, Dr., Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Lehrstuhls Mittelalter II der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Veröffentlichte u. a.: *Die Autonomie der Routine. Wie im 12. Jahrhundert das englische Schatzamt entstand*, Göttingen 2014.

STEPHAN LEHNSTAEDT, geb. 1980, Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut Warschau. Veröffentlichte u. a.: *Okkupation im Osten. Besatzeralltag in Warschau und Minsk 1939–1944*, München 2010; (als Hg. mit Jürgen Hensel) *Arbeit in den nationalsozialistischen Ghettos*, Osnabrück 2013; (als Hg. mit Jochen Böhrer) *Die Berichte der Einsatzgruppen aus Polen 1939. Vollständige Edition*, Berlin 2013.

CHRISTIAN LEKON, geb. 1966, Dr., Assist. Prof. und Leiter des Department of International Relations der European University of Lefke (Zypern). Veröffentlichte u. a.: *Time, Space and Globalization. Hadhramaut and the Indian Ocean Rim 1863–1967*, Gießen / Zürich 2014.

MARZENA MATLA, geb. 1976, Dr., Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań. Veröffentlichte u. a.: *Pierwsi Przemysłidzi i ich państwo (od X do połowy XI wieku). Ekspansja terytorialna i jej polityczne uwarunkowania*, Poznań 2008; (als Hg. mit Józef Dobosz / Leszek Wetesko) *Gnieźnieńskie koronacje królewskie i ich śródkoeuropejskie konteksty*, Gniezno / Poznań 2011; *Kwestia zależności polskiego i czeskiego rolnictwa od drugiej połowy XI w. do połowy XIII w.*, in: *Studia Źródłoznawcze* 43 (2005), S. 27–52.

KATRIN MOELLER, geb. 1967, Dr., Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Professur für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Leiterin des Historischen Datenzentrums Sachsen-Anhalt sowie Fachredakteurin des Themenportals „Hexenforschung“ bei Historicum.net. Veröffentlichte u. a.: „Das Willkür über Recht ginge“, Bielefeld 2007.

JADWIGA MUSZYŃSKA, geb. 1946, Prof. Dr., Professorin der Humanistischen Fachhochschule Bolesław Prus in Warschau. Veröffentlichte u. a.: Żydzi w miastach województwa sandomierskiego i lubelskiego w XVIII wieku. Studium osadnicze, Kielce 1998; The Urbanised Jewry of the Sandomierz and Lublin Provinces in the 18th Century, in: Studia Judaica 2 (1999), H. 4, S. 223-240; Gospodarka dworska w dobrach biskupów krakowskich w połowie XVII wieku, Kielce 2014.

PATRYK PLESKOT, geb. 1980, Dr., Mitarbeiter der Abteilung für öffentliche Bildung des Instituts des Nationalen Gedenkens (IPN) Warschau. Veröffentlichte u. a.: Niewiadomski. Zabić prezydenta, Warszawa 2012; Kłopotliwa panna „S“. Postawy polityczne Zachodu wobec „Solidarności“ na tle stosunków z PRL, 1980–1989, Warszawa 2013; Solidarność na Antypodach. Inicjatywy solidarnościowe polskiej diaspory w Australii (1980–1989), Warszawa 2014.

WERNER PLUMPE, geb. 1954, Prof. Dr., Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Veröffentlichte u. a.: Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart, München 2012; Betriebliche Mitbestimmung in der Weimarer Republik. Fallstudien zum Ruhrbergbau und zur chemischen Industrie, München 1999; (als Hg. mit Rainer Hank) Wie wir reich wurden. Eine kleine Geschichte des Kapitalismus, Bd. 1, Stuttgart 2012.

ANSGAR SCHANBACHER, geb. 1982, M.A., Doktorand des Graduiertenkolleg „Interdisziplinäre Umweltgeschichte“ an der Universität Göttingen. Veröffentlichte u. a.: (als Hg. mit Dominik Collet und Thore Lassen) Handeln in Hungerkrisen. Neue Perspektiven auf soziale und klimatische Vulnerabilität, Göttingen 2012.

WERNER SCHELTJENS, geb. 1978, Dr., Akademischer Rat des Lehrstuhls für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Leipzig. Veröffentlichte u. a.: The influence of spatial change on operational strategies in

early modern Dutch shipping, in: *International Journal of Maritime History* 23 (2011), S. 115-147; The Changing Geography of demand for Dutch maritime transport in the eighteenth century, in: *Histoire & Mesure* 27 (2012), S. 3-47.

CLAUS-CHRISTIAN W. SZEJNMANN, geb. 1965, Prof. Dr., Professor für Moderne Europäische Geschichte an der Loughborough University (UK). Veröffentlichte u. a.: (als Hg. mit Benjamin Ziemann) „Machtergreifung“. The Nazi Seizure of Power in 1933 (= *Politics, Religion & Ideology* 14 [2013], H. 3); (als Hg. mit Maiken Umbach) *Heimat, Region, and Empire. Spatial Identities under National Socialism*, Basingstoke 2012; (als Hg. mit Olaf Jensen) *Ordinary People as Mass Murderers. Perpetrators in Comparative Perspectives*, Basingstoke 2008.

JOANNA WIESLER, geb. 1984, M.A., seit 2010 Promotionsstudentin am Lehrstuhl für Geschichte Südost- und Osteuropas der Universität Regensburg; Dolmetscherin in einem deutsch-polnischen Unternehmen. Veröffentlichte u. a.: *Gesellschaft der Kinderfreunde [Towarzystwo Przyjaciół Dzieci]* als Organisator der Laienschule 1945–1956, in: *Ostblicke* 4 (2013), S. 91-97.

## ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AAN	Archiwum Akt Nowych [Archiv der Neuen Akten], Warschau
AGAD	Archiwum Główne Akt Dawnych [Archiv der Alten Akten], Warschau
AIPN	Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej [Archiv des Instituts des Nationalen Gedenkens], Warschau
AKEL	Anorthotiko Komma Ergazomnou Laou [Fortschrittspartei des werktätigen Volkes]
AKKK	Archiwum Krakowskiej Kapituły Katedralnej [Archiv des Krakauer Domkapitels], Krakau
AMSZ	Archiwum Ministerstwo Spraw Zagranicznych [Archiv des Außenministeriums], Warschau
AOZ	Archiwum Ordynacji Zamoyskich [Zamoyski-Familienfideikommissarchiv]
APL	Archiwum Państwowe w Lublinie [Staatsarchiv Lublin]
ASG	Archiwum NSZZ „Solidarność“, Danzig
BBC	British Broadcasting Corporation
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BNP	British National Party
BoC	Bank of Cyprus
CDIAUL	Central’nij Deržavnij Istoryčnij Archiv Ukraïni [Zentrales Staatliches Archiv der Ukraine], Lemberg
CES	Concerted Effort Strategy
ChTPD	Chłopskie Towarzystwo Przyjaciół Dzieci [Bauerngesellschaft der Kinderfreunde]
CIPE	Centre for International Private Enterprise
COCOM	Coordinating Committee on Multilateral Export Controls
COMECOM	Council for Mutual Economic Aid [Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe]
CP	Castrensia Premisliensia
CSO	Central Statistical Office
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DHI	Deutsches Historisches Institut, Warschau
ECE	East-Central Europe
EEC	European Economic Community
EG	Europäische Gemeinschaft
ERT	European Round Table of Industrialists

ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
EU	Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EZB	Europäische Zentralbank
fl.	Floren, Gulden
FSGA	Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters, Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe
G-7	Gruppe der Sieben
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GBL PP	George Bush Library, Public Papers
GDP	Gross Domestic Product
GStA	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
HEBC	Hungarian European Business Council
HR	Hanserecesse
HUB	Hanseatisches Urkundenbuch
IPN	Instytut Pamięci Narodowej [Institut des Nationalen Geden- kens]
IQ	Intelligenzquotient
ISPA	Instrument for Structural Policies for Pre-Accession
IT	Informationstechnik
IWF	Internationaler Währungsfonds
JVO	Joint Venture Organisation
KFZ	Kraftfahrzeug
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LB	Laiki Bank
LKP	Liga Kobiet Polskich [Bund der Polnischen Frauen]
LSE	London School of Economics and Political Science
MGH DD HL	Monumenta Germaniae Historica, die Urkunden Heinrichs des Löwen
Mov. Avg.	Moving Average
MPH SN	Monumenta Poloniae Historica, Series Nova
MSW	Ministerstwo Spraw Wewnętrznych [Polnisches Innenministeri- um]
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NS	Nationalsozialismus / nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSZZ	Niezależny Samorządny Związek Zawodowy „Solidarność“ [Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft „Solidarität“]
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwick- lung
OKP	Obywatelski Klub Parlamentarny [Bürger-Parlamentsklub], Parlamentsklub der „Solidarność“
OPIC	Overseas Private Investment Corporation

OPT	Outward Processing Trade
PHARE	Poland and Hungary: Aid for Restructuring of the Economies
PKW	Personenkraftwagen
PPS	Polska Partia Socjalistyczna [Polnische Sozialistische Partei]
Pr.	Preußen / Preußisch
PRL	Polska Republika Ludowa [Volksrepublik Polen]
PS	Pferdestärke
PZPR	Polska Zjednoczona Partia Robotnicza [Polnische Vereinigte Arbeiterpartei]
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RSP	Rocznik Statystyki Przemysłu i Handlu Krajowego [Statistisches Jahrbuch des nationalen Handels und der Industrie]
RTPD	Robotnicze Towarzystwo Przyjaciół Dzieci [Arbeitergesellschaft der Kinderfreunde]
SAPARD	Special Accession Programme for Agriculture and Rural Development
SB	Służba Bezpieczeństwa [polnischer Geheimdienst]
STRO	Sound Toll Register Online
TPD	Towarzystwo Przyjaciół Dzieci [Gesellschaft der Kinderfreunde]
UK	United Kingdom
UN	United Nations
US / USA	United States of America
VR	Volksrepublik
WIIW	Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche
ZK	Zentralkomitee
ZOMO	Zmotoryzowane Odwoły Milicji Obywatelskiej [Motorisierte Reserven der Bürgermiliz]
ZWG	Zeitschrift für Weltgeschichte

## PERSONENREGISTER

- Abel, Wilhelm 235  
Abu Nidal 379  
Acemoglu, Daron 179, 184  
Adalbert, hl., Bischof v. Prag 274, 286  
Adenauer, Konrad 35  
Al-Assad, Baschar 151  
Anastasiades, Nicos 147  
Anderson, Perry 289  
Apostolides, Alexander 133  
Arthur, W. Brian 129  
August von Sachsen, Herzog v. Sachsen-Weißenfels 189
- Bairoch, Paul 56  
Baker, James 390  
Balcerowicz, Leszek 20, 359, 360, 362  
Bérend, Iván 50  
Berger, Andrea 68  
Bernstein, Eduard 32  
Bestvater, Johann David 253  
Biernat, Czesław 218  
Blair, Tony 44  
Blomenrod, Tideman 173, 183  
Bodelschwingh, Ernst von 237, 249  
Bokros, Lajos 361  
Boleslav I., böhmischer Fürst 266-268, 270, 276  
Boleslav II., böhmischer Fürst 268, 271, 274, 276, 280  
Boleslav III., Herzog v. Böhmen 275  
Bolesław I. der Tapfere (Chrobry), Herzog u. König v. Polen 275-277, 280, 281  
Bonn, Moritz Julius 30
- Boone, Jean F. 378, 379  
Borissow, Bojko 372  
Bořivoj I., böhm. Fürst 263, 264  
Bötticher, Karl Wilhelm 237, 251, 258  
Braudel, Fernand 289  
Brecht, Bertolt 95  
Brenner, Robert 289  
Břetislav I., Herzog v. Böhmen 18, 272, 281-283, 285-287  
Budzianowski, Franciszek 415  
Bullmann, Johann Karl 208  
Bush, George 389-397  
Buttimer, Neil 105
- Cackowski, Stanisław 292  
Celebi, Evliya 298  
Chafee, John 383  
Chmielnicki, Bohdan 298  
Christofias, Demetris 146, 150  
Cosmas von Prag, Chronist 285  
Cromwell, Oliver 117  
Crouch, Colin 47
- Davis, John 380  
De Paor, Louis 130  
De hÍde, Dubhghlas (Hyde, Douglas) 120  
De Roover, Raymond 183  
Derrick, Butler C. 382  
Dole, Elizabeth 383  
Dole, Robert 383  
Dolhun, Kamil 359-362, 368  
Domber, Gregory F. 389, 390  
Dreyhaupt, Johann Christoph von 196

- Drozd, Andrzej 308  
 Dumézil, Georges 278  
 Dzurinda, Mikuláš 361, 362
- Ekkehard I., Markgraf v. Meissen 275  
 Eminer, Fehiman 133  
 Epstein, Steven A. 179  
 Erhard, Ludwig 35, 36  
 Eugen IV., Papst 319  
 Eulenburg, Botho von 246, 247, 255
- Fahlbusch, Friedrich Bernward 176  
 Fahrig, Ute 213  
 Fedia, Gattin des Popen v. Piniany 308  
 Fico, Robert 371  
 Fisher, Alan W. 306  
 Flohr, Harald 13, 14  
 Flottwell, Heinrich Eduard von 237  
 Ford, Henry 83  
 Francke, August Hermann 208, 209  
 Frank, André Gunder 341  
 Franziskus, Papst 97  
 Freitag, Werner 188, 189, 211, 213  
 Friedman, Milton 38
- Gallus Anonymus, Chronist 279, 280  
 Gawron, Thomas 207  
 Gaziński, Radosław 217-219  
 Gembicki, Piotr 319  
 Geremek, Bronisław 383, 384, 397  
 Getzeny, Heinrich 85, 91, 94  
 Gibboni, Giovanni 326  
 Giddens, Anthony 152, 154  
 Gierek, Edward 377, 401  
 Gieysztorowa, Irena 321  
 Giray (Dynastie) 293, 294 (s. auch  
     Haci Giray, Inajet Giray, Kalgaj  
     Devlet Giray, Nureddin Gaza  
     Giray, Nureddin Safa Giray, Se-  
     lim I. Giray)  
 Gliwa, Andrzej 18
- Good, David F. 55, 58, 60  
 Gorbatschow, Michail 390  
 Grabas, Margit 200, 201, 203  
 Graf, Rüdiger 80, 86  
 Grant, Duncan 33  
 Grégr, Miroslav 360  
 Greve, Anke 168  
 Gross 256  
 Guldon, Zenon 292
- Haci Giray, Sultan 296  
 Hadid, Zaha 134, 135  
 Halenko, Oleh 297  
 Hammel-Kiesow, Rolf 166  
 Hardt, John P. 378, 379  
 Haur, Jakub 326  
 Hecht, Michael 188, 190, 191, 206  
 Heinecke, Ernst 186  
 Heinrich der Löwe, Herzog v. Sach-  
     sen u. Bayern 167  
 Heinrich der Vogler s. Heinrich I.  
 Heinrich I. (Heinrich der Vogler)  
     265-267  
 Heinrich II., römisch-deutscher  
     Kaiser 276, 277, 281  
 Heinrich III., römisch-deutscher  
     Kaiser 287  
 Hermann, Ernst 89  
 Hertzberg, Gustav Friedrich 186  
 Hilferding, Rudolf 32  
 Hinkel, Heinz 217  
 Hitler, Adolf 77, 80, 88  
 Hobsbawm, Eric 33, 50, 87, 289  
 Hölderlin, Friedrich 26  
 Hooghe, Romeyn de 298, 299  
 Horn, Maurycy 304  
 Hoszowski, Stanisław 321  
 Huntington, Samuel 317  
 Hyde, Douglas s. De hÍde, Dubh-  
     ghlas
- Ignatieff, Michael 87  
 Inajet Giray, Khan 294



- İnalcik, Halil 310
- Jacoby, K. D. 253
- Jahnke, Carsten 164
- Jan II. Kazimierz Wasa s. Johann Kasimir
- Jan (Johann) III. Sobieski, König v. Polen 298, 319
- Janssen, Hauke 80, 86, 93
- Jaromir, Herzog v. Böhmen 277
- Jaruzelski, Wojciech 377, 378, 383-384, 386-389, 391-395
- Jaskiernia, Jerzy 393
- Jenks, Stuart 174, 175
- Johann Kasimir (Jan II. Kazimierz Wasa) 326
- Johann I. Albrecht, König v. Polen 312, 317
- Johann III. Sobieski s. Jan III. Sobieski
- Johnson, Boris 97
- Jostock, Paul 91
- Jurecki, Michał 315
- Kaiser, Georg 83, 95
- Kalgaj Devlet Giray 309
- Kamiński, Adam 321
- Kamrer, Ulrich 183
- Kantemir Mirza, Nogaierführer 312
- Kaps, Klemens 12
- Kausel, Anton 56
- Kelly, Morgan 123
- Keynes, John Maynard 27, 28, 33-36, 38, 46, 66, 75, 83
- Kinast, Jan 384, 385, 387, 393
- Klaus, Václav 361
- Kohl, Helmut 37, 396
- Komlosy, Andrea 20, 338
- Kondratieff, Nikolai 12, 40, 54, 339, 340, 373
- Kościusko, Tadeusz 394
- Koselleck, Reinhart 234
- Kowal, Paweł 390
- Kracauer, Siegfried 83
- Kula, Witold 289
- Kypta, Ulla 16
- Labrousse, Ernest 190, 197, 235
- Le Roy Ladurie, Emmanuel 290
- Lehnstaedt, Stephan 133
- Lekon, Christian 13, 14
- Lenin, Vladimir I. 32
- Levin, Carl 388
- Lindlar, Ludger 42
- Lipski, Andrzej 320
- Lipski, Jan Aleksander 319
- List, Friedrich 81
- Lopez, Robert S. 162
- Lubomirski (Adelsfamilie) 322
- Lubomirski, Jerzy Sebastian 332
- Ludwiczak, Zdzisław 382
- Ludwig von Male (Ludwig II.), Graf v. Flandern 168
- Ludwig II. s. Ludiwg von Male
- Luhmann, Niklas 235
- Luxemburg, Rosa 32, 50
- Maciejowski, Bernard 319, 327
- Małowist, Marian 289
- Malthus, Thomas Robert 195
- Marshall, George C. 395
- Marx, Karl 28, 32
- Matla, Marzena 18
- Maurer, Michael 102
- Mazowiecki, Tadeusz 359, 397
- Mazurkiewicz, Anna 396
- Mečiar, Vladimír 361
- Meinecke, Friedrich 30
- Menger, Carl 29, 30
- Merkel, Angela 26, 150
- Mertlik, Pavel 360
- Messner, Zbigniew 383
- Meuvret, Jean 190, 197
- Milewski, Jerzy 388

- Mises, Ludwig von 85  
 Misselwitz, Alfred 211  
 Mitterrand, François 37  
 Moeller, Katrin 16, 109, 236  
 Möller, Alex 36  
 Morawiecki, Kornel 382-385  
 Morris, William 133  
 Müller, Adam 81  
 Müller, Burchard 332  
 Murray, James M. 179  
 Muszyńska, Jadwiga 19, 291
- Napoleon I. Bonaparte, Kaiser v.  
 Frankreich 224  
 Neuß, Erich 186, 188, 198  
 Nicholas, David 172  
 Nikodimos (Bischof) 133, 144  
 Nolte, Hans-Heinrich 343  
 Noonan, Michael 124  
 Nordenflycht, Jacob von 250  
 North, Douglas C. 159  
 Nureddin Gaza Giray 309  
 Nureddin Safa Giray, Sultan 295  
 Nützenadel, Alexander 35
- Ó Conaill, Domhnall (O'Connell,  
 Daniel) 117, 119  
 Ó Cuirreáin, Seán 127  
 Ó Direáins, Martin 120  
 Ó Gráda, Cormac 103, 104, 119,  
 131, 254  
 Ó Riagáin, Pádraig 130  
 O'Connell, Daniel s. Ó Conaill,  
 Domhnall  
 O'Rourke, Kevin 56  
 Odyniec, Wacław 292  
 Ogilvie, Sheilagh 179, 182, 184  
 Oldřich, Herzog v. Böhmen 282  
 Oleśnicki, Zbigniew 319  
 Onyszkiewicz, Janusz 389  
 Orbán, Viktor 372  
 Orr, William J. 259
- Orzechowski, Marian 381, 384,  
 388  
 Ostapchuk, Victor 297  
 Otto I., römisch-deutscher Kaiser  
 269  
 Otto III., römisch-deutscher Kai-  
 ser 275
- Paprocka, Jadwiga 415  
 Paris, Helga 185  
 Parker, Geoffrey 290  
 Peel, Robert 104  
 Pell, Clairborne 382  
 Perito, Robert 382  
 Piketty, Thomas 97  
 Pinner, Felix 31  
 Pitz, Ernst 167  
 Pius XI., Papst 90, 97  
 Pleskot, Patryk 20  
 Plumpe, Werner 11, 190, 195, 206  
 Puhle, Matthias 166
- Rachel, Hugo 218  
 Rakowski, Mieczysław 392, 393  
 Ránkyi, Györgi 50  
 Rathenau, Walther 25, 32, 44, 82  
 Reagan, Ronald 385, 388, 389  
 Ridgway, Rozanne 382, 383  
 Robinson, James A. 179, 184  
 Roover, Raymond de 183  
 Roscher, Wilhelm 81  
 Rosenberg, Hans 42  
 Runde, Christian Gottlieb August  
 191, 196, 198  
 Rüsen, Jörn 10  
 Rusiński, Władysław 321  
 Russell, John 104  
 Rüstow, Alexander 35
- Sachs, Jeffrey 359  
 Saksen, Friedrich Wilhelm 248

- Sadowski, Zdzisław 386, 387  
 Sarris, Michaelis 150  
 Sayler, Peter 183  
 Schanbacher, Ansgar 15  
 Scheltjens, Werner 16  
 Schiller, Karl 36  
 Schlöder, Christian 192, 194, 195  
 Schmidt, Theodor 217  
 Schmoller, Gustav von 29, 30, 34, 81  
 Schneider, Claudine 382, 383  
 Schröder, Gerhard 37  
 Schultze-Galléra, Siegmund von 208  
 Schulze, Max-Stephan 55, 56, 58, 60  
 Schulze, Winfried 201  
 Schumpeter, Joseph Alois 40, 41, 177, 200, 339, 359  
 Schuster, Peter 162  
 Selim I. Giray, Khan 296  
 Selzer, Stephan 166, 170, 181  
 Senai, Haci Mehmed 298  
 Shultz, George 387  
 Sigismund der Alte (Zygmunt I. Stary), König v. Polen 319  
 Sigismund (Zygmunt) III., König v. Polen 312  
 Sigismund von Luxemburg, römisch-deutscher König u. Kaiser 183  
 Simons, Thomas 382-385  
 Sláma, Jiří 264  
 Smith, Rupert 297  
 Sobczyk, Gerrit 382  
 Soběslav I., Herzog v. Böhmen 284  
 Sombart, Werner 81  
 Spann, Othmar 81  
 Spengler, Oswald 81  
 Spiethoff, Arthur 40  
 Spytihněv, Sohn Bořivojs I. 263, 264  
 St. Germain, Fernand 383  
 Stephan von Medyka 315  
 Stephan I., hl., König v. Ungarn 275  
 Stephanus, hl. 313-314  
 Stolper, Gustav 31  
 Storrs, Ronald 134, 143  
 Strasser, Gregor 85, 88, 89  
 Straubel, Rolf 217-219  
 Streeck, Wolfgang 207  
 Stromer, Wolfgang von 172, 175  
 Svatopluk I., großmährischer Fürst 263  
 Swihart, James W. 393  
 Szczepański, Jan 401  
 Szejmann, Claus-Christian W. 12, 13  
 Ślusarek, Ewa 382, 383  
 Thatcher, Margaret 37  
 Ther, Philipp 20  
 Thietmar von Merseburg, Chronist, Bischof 275-277  
 Thulden, Theodor van 17  
 Tomnicki, Piotr 319  
 Topolski, Jerzy 215  
 Torp, Cornelius 29  
 Trevelyan, Charles 101, 107  
 Trevor-Roper, Hugh 290  
 Trzebicki, Andrzej 319, 324, 326, 332, 33  
 Turner, Victor 202, 203  
 Veckinchusen, Hildebrand 173  
 Vladivoj, Herzog v. Böhmen 276, 277  
 Vratislav I., Herzog v. Böhmen 264, 265

- Wachowiak, Bogdan 236  
Wagner, Adolf 81  
Waldemar, König v. Dänemark  
165  
Wałęsa, Lech 381, 385, 388, 391,  
393-395  
Wallerstein, Immanuel M. 289,  
341  
Wasa, Johann Albert 320  
Wehrmann, Martin 217  
Weir, David 191, 192  
Wenzel von Böhmen, Fürst 265-  
268  
Wenzeslaus, Herzog v. Luxemburg  
168  
Whitehead, John 380, 381, 385-387  
Wiesler, Joanna 19  
Williamson, Jeffrey 56  
Wiśniewski, Jerzy 217  
Witkiewicz, Igor 314  
Władysław IV., König v. Polen  
294  
Włodarczyk, Edward 217  
Woronczuk, Irina 307  
Wrshowetz (Adelsfamilie) 277  
  
Zadzik, Jakub 319, 320  
Zamoyski, Tomasz 309  
Zeman, Miloš 361  
Zimmermann, Friedrich 85  
Zygmunt I. Stary s. Sigismund der  
Alte  
  
Žemlička, Josef 272, 276